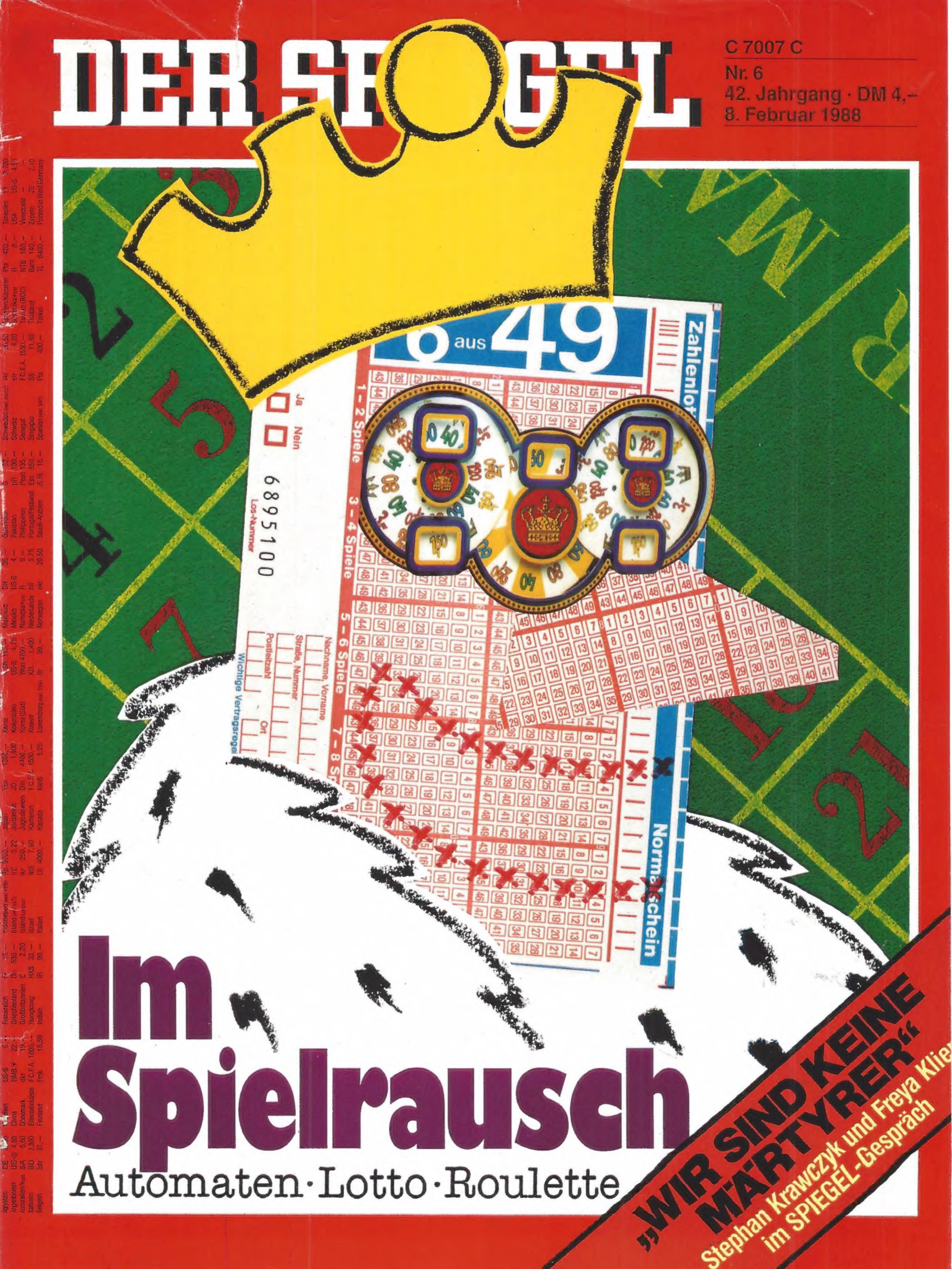

DER SPIEGEL
C 7007 C
Nr. 6
42. Jahrgang · DM 4,–
8. Februar 1988
6 aus 49
Zahlenlotto
Normalschein
Im Spielrausch
Automaten · Lotto · Roulette
„WIR SIND KEINE MÄRTYRER“
Stephan Krawczyk und Freya Klier im SPIEGEL-Gespräch


Deutsche Mark stützt Dollar.
Mit freundlichem Diebels!
Diebels
Alt
SPRINGER & JACOBY

HAUSMITTEILUNG

Datum: 8. Februar 1988 Betr.: Wahrheit

Nach der Enthüllung seiner schmutzigen Wahlkampftricks im September 1987 erstattete Uwe Barschel Strafanzeige auch „gegen die verantwortlichen SPIEGEL-Redakteure und in Frage kommende Hintermänner". Jetzt werde sich zeigen, kommentierte die „Welt", ob der SPIEGEL „tatsächlich etwas auf der Pfanne oder ob er eine Stinkbombe gezündet hat". Letzte Woche wurde das Verfahren von der Lübecker Staatsanwaltschaft eingestellt. Oberstaatsanwalt Joachim Böttcher erklärte, die SPIEGEL-Redakteure hätten „nicht mehr und nicht weniger als im Kern die Wahrheit geschrieben".

Zwei von denen, die es ja wußten, aber es sich nun amtlich hinter den Spiegel stecken können, sind Manfred Ertel, SPIEGEL-Korrespondent in Kiel, und Dieter Uentzelmann aus dem Deutschland-II-Ressort. Die beiden, die als erste Waterkantgate-Informationen in die Pfanne taten, fanden sich mit ihren Kollegen letzte Woche auch noch an anderer Stelle aufs schönste gerechtfertigt.



Böttcher, Ertel

In ihrer Bewertung der Ermittlungsergebnisse des Kieler Untersuchungsausschusses stellte die CDU fest: Daß Barschels Pressesprecher Herwig Ahrendsen die frühzeitige SPIEGEL-Anfrage nach den Machenschaften gegen Björn Engholm „unbeantwortet gelassen" habe, sei „nur mit dem Bestreben zu erklären, von dem eigenen Wissen nichts preiszugeben". Und: „Da der Zeuge Ahrendsen nach der ersten SPIEGEL-Veröffentlichung vom 7. 9. 1987 zumindest bezüglich der anonymen Steueranzeige wußte, daß diese in die Pressestelle der Landesregierung und die Staatskanzlei zurückzuführen war, ist seine Aufforderung an den Zeugen Ertel am 11. 9. 1987 ‚dann sucht mal schön' eine Unverfrorenheit und Dreistigkeit." Alle weiteren Aktivitäten Barschels und Ahrendsens nach der zweiten SPIEGEL-Veröffentlichung zeigten „eindeutig, daß es beiden jetzt nur noch darum ging, die Wahrheit zu verschleiern".

Über die CDU-Abschlußbewertung, die den Vorsitzenden Gerhard Stoltenberg schont, sprach Ertel am vergangenen Donnerstag mit der CDU-Abgeordneten Irmlind Heiser, Mitglied des Untersuchungsausschusses (Interview Seite 106). Eine zusammenfassende Darstellung des Skandals erscheint demnächst als SPIEGEL-BUCH bei Rowohlt: Norbert F. Pötzl „Der Fall Barschel – Anatomie einer deutschen Karriere".

Sorgfalt, Stil, Talent.

Sicher zu entscheiden vermag nur, wer strengste Maßstäbe für sich selbst gelten läßt. Vorbild zu sein, bedeutet auch, die Über-



legenheit anderer zu akzeptieren. Menschen mit diesem Format ist es gegeben, die bessere Idee unter vielen guten sofort zu erkennen.

KYOCERA

Carl Zeiss und Kyocera. Die Symbiose deutsch/japanischer Spitzentechnologie.

CONTAX

Eine Welt für sich.

IN DIESEM HEFT

„Ist die DDR der Knast?“ Seiten 24, 25, 27

Die DDR-Bürgerrechtler Freya Klier und Stephan Krawczyk hatten nur die Wahl Gefängnis oder Ausreise; eine Freilassung ins eigene Land – Krawczyk: „Ist die DDR der Knast?“ – stand nicht zur Diskussion, berichtet das Paar in einem SPIEGEL-Gespräch.



Ex-DDR-Bürger Freya Klier, Krawczyk, SPIEGEL-Redakteure Bickerich, Kühnl

Alternative im Abwärtstrend Seite 108

Die Bonner Grünen wählen sich „eine unheilige Allianz“ an die Fraktionsspitze, die meisten Landesverbände verharren in desolatem Zustand, die linke „Tageszeitung“ ruft dazu auf, Grüne nicht mehr zu wählen. Folgt dem Abwärtstrend der Alternativen der „Marsch ins Sektierertum“?

Gefahr für den Standort Deutschland? Seiten 68, 72



IBM-Chef Henkel

Die Deutschen haben gerade das heißeste Exportjahr ihrer Geschichte hinter sich, und trotz des niedrigen Dollarkurses läuft die Ausfuhr weiter gut. Dennoch sehen Spitzenmanager Gefahren für den Industriestandort Deutschland: Die Unternehmen investieren lieber woanders. IBM-Deutschland-Chef Hans-Olaf Henkel in einem SPIEGEL-Gespräch: „Wir müssen die Sturmwarnsignale ernst nehmen.“

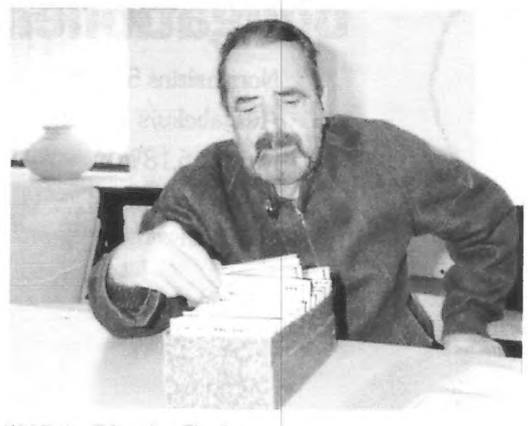
Auswege aus der Schuldenkrise Seite 151

In immer irrwitzigere Höhen steigen die Schulden der Dritten Welt. Doch es gibt Hoffnung: Bei den Banken in den reichen Industriestaaten wächst die Bereitschaft, auf einen Teil der ausgeliehenen Gelder zu verzichten.

Bonns Option auf die Bombe Seite 95

Die Nukem-Affäre warf ein Schlaglicht auf die dunkle Seite der zivilen Atomenergie: ihren möglichen militärischen Mißbrauch. Die Verflechtung beider Bereiche analysiert der Bielefelder Historiker Joachim Radkau.

Belgrad: Machtkampf um Waldheim Seite 118


Waldheim-Erforscher Plenča

Warum wollte – oder konnte – der Historiker und Oberst a.D. Plenča das Original des Waldheim-Telegramms nicht herausgeben? Er war mit seiner Publikation zwischen die kämpfenden Linien geraten: ehemalige Partisanen gegen eine von den Idealen abgeirrte Führung. Die Alten wagen sich sogar an das Idol Tito: Jugoslawiens früherer Marschall hat den früheren Wehrmacht-Leutnant Waldheim gedeckt.

Hoffnung auf einen Dialog in Israel Seiten 121, 122

Der Volksaufstand der Palästinenser hat womöglich positive Folgen: Erstmals seit Jahren zeichnen sich – bescheidene – Chancen für einen Dialog zwischen Israelis und Arabern ab. Ein Ende der Unruhen käme auch Israels Wirtschaft gelegen: Viele der palästinensischen Billig-Arbeitskräfte blieben zu Hause, israelische Fabriken mußten sogar ihre Produktion einstellen.

Amerikanische Hits auf der Berlinale Seiten 190, 205

Auf der Berlinale, die am kommenden Freitag beginnt, sind wieder einmal die USA mit spektakulären Kino-Hits vertreten: mit „Wall Street", Spielbergs „Empire of the Sun" und der Medien-Kolportage „Broadcast News". Der bundesdeutsche Eröffnungsbeitrag: das grelle U-Bahn-Musical „Linie 1".


Spielberg-Film „Empire of the Sun"

„Der tote Beuys kann sich nicht wehren" Seite 200

Joseph Beuys, zu Lebzeiten ein kreatives Ärgernis, stiftet zwei Jahre nach seinem Tod eine andere Art von Unruhe. Jetzt streiten Anhänger um den rechten Umgang mit seinem Werk, um Prestige und Marktmacht. Witwe Eva Beuys fühlt eine „Axt im Schädel", Heiner Bastian, Vertrauter des Künstlers, bereut vor lauter „Irritationen" angeblich, eine große Beuys-Ausstellung organisiert zu haben, die nächste Woche in Berlin eröffnet wird. Kritiker, die das Schau-Projekt voreilig finden, bedauern, daß sich „der tote Beuys nicht wehren kann".


Beuys 1985



Für alle, die den richtigen Riecher haben. Mit Bundesobligationen erwerben Sie ein Wertpapier mit festen Zinsen, marktgerechten Renditen und einer überschaubaren Laufzeit von 5 Jahren. Eine ertragreiche und vorteilhafte Geldanlage. Der Verkauf zum Börsenkurs ist jederzeit möglich. Neu ausgegebene Bundesobligationen bekommen Sie spesenfrei bei allen Banken, Sparkassen und Landeszentralbanken. Vom Informationsdienst für Bundeswertpapiere erhalten Sie ausführliche Informationen. Schreiben Sie oder rufen Sie an: Telefon (0 69) 77 70 13. Die aktuellen Konditionen aller Bundeswertpapiere werden „rund um die Uhr" unter Telefon (0 69) 77 05 71 angesagt.

Ausführliche Informationen über Bundesobligationen erhalten Sie vom Informationsdienst für Bundeswertpapiere, Postfach 90 04 09, 6000 Frankfurt 90.

Name

Straße

PLZ/Ort

BRIEFE

„Watschen-Peppi“

(Nr. 4/1988 SPIEGEL-Titel: Österreich, Waldheim und der Jahrestag des Anschlusses)

Wie können Sie einen überzeugten Demokraten, einen echten Freund der Menschheit, der 10 Jahre lang an der Spitze der Weltorganisation eine schwere, verantwortungsvolle Aufgabe im Dienst des Weltfriedens erfüllte, als Kriegsverbrecher bezeichnen? Dr. Kurt Waldheim hatte als junger Offizier und Dolmetscher der ehemaligen deutschen Wehrmacht keine Ahnung davon, daß Menschen aus religiösen oder rassistischen Gründen umgebracht worden sind. Mit Ihren Verleumdungen gegen Dr. Kurt Waldheim beleidigen Sie auch Millionen Menschen, die bei der ehemaligen deutschen Wehrmacht ihren Militärdienst geleistet haben.

Memmingen (Bay.) CHRISTOFF KÖBELE



Profil, Wien

Machen wir uns doch nichts vor: Hätte es diese ungeheuerliche Medienjustiz nicht gegeben, gäbe es dieses „Trauma Waldheim“ nicht. Aus diesem Grunde stehe ich als junger Auslandsösterreicher zu meinem Staatsoberhaupt und schäme mich nicht, Österreicher zu sein.

Alling (Oberbay.) GREGOR SCHUSTERSCHITZ
Schüler

Waldheim ist der „Watschen-Peppi“ aller politischen, geschichtlichen und journalistischen Angeber, Herostraten, Besserwisser und Masochisten. Daß nicht er, sondern der Generalmajor Schmidt-Richberg der Generalstabschef der Heeresgruppe „E“ gewesen ist, ist allen seinen Kritikern entgangen. Und daß er weder der bestinformierte noch einflußreichste Offizier dieser Armee sein konnte, geht aus Richbergs Buch „Das Ende auf dem Balkan“ hervor, dessen Lektüre wir all seinen Kritikern wärmstens empfehlen.

München MILAN ILINIĆ
Journalist

Österreichs Bundespräsident ist also „Nazi-Kurt“. Warum ist Deutschlands-Bundespräsident nicht „Nazi-Richard“? Weil er Hauptmann war und der Österreicher nur Oberleutnant? Oder weil er nichts gewußt hat? Da lachen doch alle österreichischen und deutschen Hühner! Der Hauptmann a. D. rüstet schon für eine zweite Amtszeit. Wie schön für die Deutschen. Noch schöner wäre es allerdings, wenn die „BRD“ mal einen Präsidenten bekäme, der kein Zustimmer zum Ermächtigungsgesetz, kein angeblicher KZ-Baumeister, kein NS-Parteimitglied und kein Hitler-Offizier gewesen ist.

Berlin
HERBERT WOOSCH

Ich bin Deutscher, seit drei Jahren in Wien. Klar, österreichische Politik ist oft kabarettreif – aber wer Kohl hat, darf nicht mit Steinen werfen.

Wien MATTHIAS FINKENTEY

Ein Staatsoberhaupt mit braunen Flekken ist schlimm. Aber dieses Problem erledigt sich mit der Zeit von selbst. Auch ohne Rücktritt Waldheims ist das Ende seiner Wahlperiode abzusehen.

Winterlingen (Bad.-Württ.) HELMUT MAIER

Sie zitieren mich, den Konservativen (ja, das bin ich) Andreas Khol, zum Anschluß mit den Worten, viele hätten ihn als den „schönsten Tag ihres Lebens“ gesehen. Wer da nicht weiß, daß ich Jahrgang 1941 bin, der könnte wohl meinen, ich hätte persönlich den Anschluß als den schönsten Tag genossen. Potz Blitz, da wäre ich dann wohl einer

Englisch aus'm Kasten

„Take it easy“ ist ein guter Tip für alle, die schon immer leichter Englisch lernen wollten – aber nicht wußten wie. Ein verblüffend einfaches, neues Lernsystem (in Oxford und an anderen Universitäten erprobt!) macht es nun wirklich leicht... „easy“. Man braucht dazu: Den Kasten mit den Vokabelkarten. Da steht zum Beispiel auf der linken Seite: „immediate“. Wer die Übersetzung kennt, legt die Karte ab. Alles okay. Wer zweifelt, guckt nach rechts und weiß gleich: „sofort“, natürlich!

Karte für Karte wird so sortiert. In gelernt und ungelernt. Fast 6000 Wörter, Begriffe und Redewendungen lernt man



„English Standard“: 5824 Begriffe und Redewendungen in 3 Stufen, Grundwortschatz, Aufbauwortschatz, Umgangsenglisch

auf diese leichte Weise. Und man hat Spaß dabei. Weil man den Fortschritt Tag für Tag sehen kann. (An den abgelegten Karten!) Weil man aufhören kann, wann immer man will. Und weil man wirklich nur das zu lernen braucht, was einem fehlt. Was man mitbringen sollte: Grundkenntnisse. Das ist sicher kein Problem für die, die irgendwann einmal Englisch gelernt haben. Und die jetzt im Beruf oder auf Reisen feststellen, daß eigentlich nur genügend Worte fehlen. Englisch aus'm Kasten kann man in drei Stufen haben:

English Standard 1 vermittelt 1408 Wörter, Grundlage für den Hauptschulabschluß (89 Mark). Abiturniveau erreicht man mit 2240 zusätzlichen Begriffen aus English Standard 2 (98 Mark). Fit im Umgangsenglisch macht der anspruchsvolle „Vokabelkasten“ English Standard 3 mit 2176 Redewendungen (98 Mark).

Neu gibt es: die English Standard Grammatik-Kartei (38 Mark), kaufmännisches Englisch (148 Mark) und technisches Englisch (148 Mark). Bezugsquelle:

English Standard Verlag GmbH
Deutschland, Am Breienacker 10,
4005 Meerbusch 1, Tel.: 0 21 59/8 10 01

Stefan Aust: „Guten Tag, Herr Mauss!“
Werner Mauss: „Ich kenne Sie nicht.“

Genf, 23. Oktober 1987, 23.18 Uhr, Hotel Richemond

Die "Akte" Mauss: Anatomie einer Karriere im Untergrund

Jetzt im Buchhandel!



392 Seiten, geb., DM 39,80

Hoffmann und Campe

jener unverbesserlichen, teils romantischen Großdeutschen, teils ewiggestrigen nationalsozialistischen sechs Prozent der Österreicher, die sich nicht zur österreichischen Nation und zu unserem eigenen Weg als einer der (zumindest fünf) deutschsprachigen Staaten bekennt. Dabei hat mich der SPIEGEL nicht falsch zitiert. Gefragt von Journalisten bei einer Pressekonferenz, was für mich der Anschluß 1938 heute bedeutet, sprach ich von der militärischen Besetzung Österreichs gegen den Willen der Regierung unserer Heimat. Aber man müsse sich schon die Frage stellen, warum damals viele Österreicher, in allen politischen Lagern und Parteien, diesen Tag als den schönsten Tag ihres Lebens bezeichnet hätten. Ich stellte weitere Fragen. Warum zum Beispiel das österreichische Bundesheer, obwohl in Bereitschaft, sich nicht gewehrt hätte, und warum schließlich Österreich international von allen anderen Staaten im Stich gelassen worden sei, und trotz des Anschlußverbotes im Friedensvertrag von Saint-Germain – nur Mexiko protestierte! Damit ist wohl klar – ich bin kein Vertreter des Anschlusses, sondern einer jener 94 Prozent Österreicher, die sich (auch mit Stolz) zu ihrer Heimat Österreich als eigener Nation bekennen, und doch in der Bundesrepublik Deutschland ihren liebsten Nachbarn sehen.

Wien (Österr.) PROF. DR. ANDREAS KHOL
Abgeordneter zum Nationalrat aus Tirol

Nach wie vor unfähig, die Götterdämmerung von 1918 zu verdauen, zwischen die Blöcke eingeklemmt und ohne Aussicht auf Wiedererlangung eigenen Einflusses auf die Weltpolitik, flüchtet sich Österreich in Nabelschau, Larmoyanz und Trotz, statt endlich die Vergangenheit geistig aufzuarbeiten. Kreisky war wohl eine Ausnahme, aber ansonsten fühlt sich Österreich in seinem Provinzialismus doch recht wohl, und der mangelnde Schnee dieses Winters ist wichtiger als die Vergangenheit des Bundespräsidenten und der kaum verhüllte Stammtischfaschismus im allgemeinen. Daß sich in diesem Miasma trotzig eine bemerkenswerte neue kulturelle Entwicklung abzeichnet, macht Österreich dennoch wieder liebenswert.

Würzburg KURT R. B. WANKE

Herr Waldheim ist ein medizinisches Phänomen. Meines Wissens funktioniert doch bei Verkalkung das Langzeitgedächtnis besser.

Dortmund RIA BERKE

Vollstes Einverständnis

(Nr. 3/1988 Affären: Die Fernsehmacht des Familienpatrons Franz Josef Strauß)

Der Vorwurf, der Präsident der Oberpostdirektion München sei wegen seiner zögerlichen Haltung beim Senderaufbau nach Darmstadt abgeordnet worden, entbehrt jeder Grundlage.

Herr Präsident Meier ist im August des letzten Jahres mit der Wahrnehmung eines Sonderauftrags betraut worden, da die durch ihn hervorgerufenen personellen Spannungen in der Oberpostdirektion München ein schnelles Handeln notwendig gemacht hatten. Der Sonderauftrag ist zeitlich begrenzt; über die weitere Verwendung des Herrn Meier ist noch keine Entscheidung gefallen. Die Oberpostdirektion München ist im Januar 1986 vom Bundespostministerium mit der Standortsuche für einen lokalen TV-Sender für die Stadt München beauftragt worden. Um möglichst schnell und zu vertretbaren Kosten einen Sender bereitzustellen, ist mit Zustimmung aller Beteiligten – auch von TV weiß blau – der Standort Blutenburgstraße vorgeschlagen worden. Unter den gegebenen Voraussetzungen gab es dazu keine Alternative. Obwohl als Sendebeginn Ende 1986 in Aussicht gestellt wurde, konnte die Oberpostdirektion München den Sender schon im September 1986 in Betrieb nehmen.

Die Vorgehensweise der Oberpostdirektion München und ihres Präsidenten in dieser Sache hatte zu jeder Zeit vollstes Einverständnis des Postministeriums und seiner Leitung. Es bestand keinerlei Grund, die Oberpostdirektion München zu einer anderen Handlungsweise zu drängen oder gar ihren Präsidenten deswegen ins Ministerium zu zitieren.

Bonn WALTER MASCHKE
Pressestelle im Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen

Ruhe und Ordnung?

(Nr. 3/1988 Israel: Ratlose Regierung/SPIEGEL-Redakteur Bernd Dörler über den Haß im Gazastreifen)

Für jeden israelischen Bürger, der sich mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt auskennt, waren die letzten Unruhen in den besetzten Gebieten nur noch eine Zeitfrage. Über den Aufstand im Gazastreifen hat der SPIEGEL trotz der Sensibilität des Themas einen objektiven und sachlichen Bericht geliefert. Die nächste Frage ist: Müssen die Araber, die in Israel wohnen und inzwischen ein demographisches Problem geworden sind (800 000), das gleiche Schicksal erleben?

Stuttgart SAMI NASSIF
Israelischer Bürger

Wenn Israel heute für Ruhe und Ordnung sorgt, unsere Soldaten dabei angegriffen werden und es leider Opfer gibt – verurteilt uns die Welt. Wenn Juden ermordet werden, wie es letztens serienweise vorkam – erwähnt man es nicht. (Auf der Straße zu meiner Siedlung wurde kürzlich eine ganze Familie ermordet. Davon allerdings berichten Sie nichts.) Bei Ihnen in Deutschland galt jüdisches Blut niemals viel.

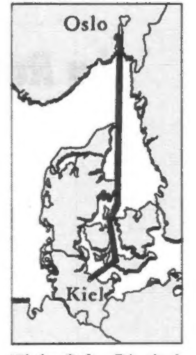
Alfe Menashe (Israel)
PROF. DR. SHIMON SACHS

Wo ist das? Wie komme ich da hin?



Das ist Norwegen. *Wer im Urlaub viel Platz haben möchte und auch atemberaubenden Fjorden, glasklaren Seen und Bächen viel abgewinnen kann, kommt an Norwegen kaum vorbei. Fragt sich nur:*

Wie Sie am besten hinkommen. Nun, da können wir Ihnen eigentlich nur *die einzige direkte Fährverbindung* empfehlen. Unsere königlichen Schiffe M/S Kronprins Harald oder M/S Prinsesse Ragnhild legen täglich mittags in Kiel ab und morgens um 9.00 Uhr in Oslo an. Dazwischen genießen Sie die „Faszination See". Mit viel frischer Luft, vorzüglicher Küche, Tanz, Unterhaltung und – einer gemütlichen Kabine. So kommen Sie frisch und nicht wie gerädert an. Und das schon ab DM 950,– hin und zurück für 4 Personen. Fragen Sie Ihr Reisebüro nach uns. Am besten auch gleich nach den Kurz- und Tagungsreisen, die zwischen 2 und 5 Tagen dauern.



Kiel – Oslo: *Die einzige direkte Fährverbindung von Deutschland.*

Oslo-Kai · 2300 Kiel 1 · Telefon 04 31 / 9 12 81

JAHRELINE



Die Norwegen-Linie

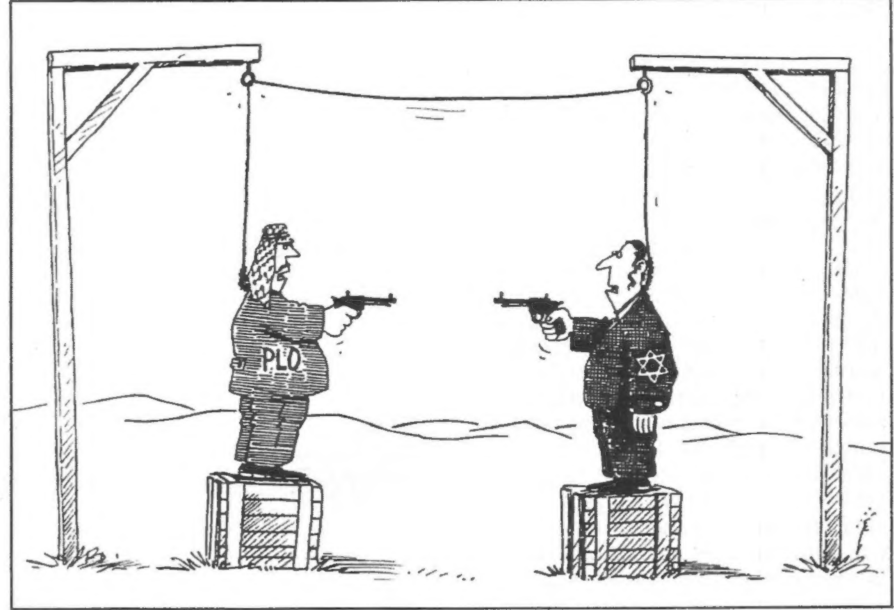
God tur! **Ferienhütten, Appartements, Hotels und interessante Pauschalreisen finden Sie im Katalog NORDLAND 1988. Ihr Reisebüro hält ihn für Sie bereit.**

Die Nordland-Spezialisten **FAST REISEN** Hamburg

BBDO Business Comm.

Wie heißt doch gleich die größte Zeitschrift im Ruhrgebiet?





Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt

„Verschwinde“

Als aufmerksamer Leser stelle ich in diesem Zusammenhang einen unverkennbaren Antisemitismus fest. Wieder einmal – wie so oft – geht es gegen die Juden. Oder sind die Israelis keine Juden??? Fast hat man das Gefühl, daß uns die Vergangenheit wieder eingeholt hat und die Schreiberlinge dieser markanten Zeilen in Goebbels' Propaganda-Kompanien hätten auftreten können.

Hannover HANS RICHTER

Können wir es nicht lassen? Im Jahr der 50. Wiederkehr der Pogromnacht liest sich der Bericht wie ein unglaublicher Alptraum. Es kann doch nicht wahr sein, daß das nahezu perfekte Ausrottungsprogramm – möglich durch geschürten Antisemitismus – aus dem Gedächtnis Ihres Reporters gestrichen ist. Wie kann ein, auch nur in bescheidenem Rahmen, differenziert denkender Mensch einen Vergleich zwischen der Kolonisation in Südafrika und dem, als Zuflucht für die Überlebenden des Holocaust gegründeten, Staat Israel ziehen? Wie kann es geschehen, daß eine deutsche Zeitschrift erneut, ohne ausgeglichene Information, zum Haß und – was noch viel schlimmer ist – zur selbstgerechten Überheblichkeit einlädt?

Berlin ROSEMARIE HANSEN

Eine Herrenrasse, das auserwählte Volk, zeigt Machtansprüche auf ein Land, in dem es jahrhundertelang nicht leben wollte. Die rechtmäßigen Besitzer, die Palästinenser, haben das Pech, daß mittels Dollar und D-Mark ein Gebilde, genannt Israel, künstlich am Leben gehalten wird. Die Nazis sind keine Einmaligkeit in der Geschichte. Es gab eine Menge Vorläufer, und es wird noch viele Nachfolger geben.

Freiberg (Bad.-Württ.) ARTUR HAISCH

Humanität statt Humus

(Nr. 3/1988 Ärzte: NS-Verstrickung wird verdrängt)

Angesichts der unvorstellbaren Greueltaten deutscher NS-Ärzte und des pathologisch reinen Gewissens von Teilen unserer Standesorganisation kann die Gnade der späten Geburt mir die tief empfundene Scham nicht nehmen.

Iovine (USA)
PRIV.-DOZ. DR. FRANZ GEISTHÖVEL

Dieser Herr Vilmar möchte gerne die Dinge verharmlosen oder runterspielen. Doch man kann nicht harmlos – eher wahnsinnig – nennen, daß sein Vorgänger eine Nazi-Vergangenheit hatte! Und was für eine!

Münster (Westf.) LAURA STEINGRUBE
Gymnasiastin, 14 Jahre

Die historische Aufarbeitung des Nationalsozialismus darf den Eindruck nicht aufkommen lassen, alle Lumpereien seien in der braunen Schublade sicher gebannt. Blicken wir uns um! Nachdem beim Tode Mengeles noch einmal kurz in die Archive gegriffen worden war, kam der Fall endgültig zu den Akten. Wenig später wurden in aller Öffentlichkeit Vorschläge zur Eindämmung der Aids-Erkrankung laut, die schaudern ließen. Wenn es noch dieses Beweises bedurft hätte: Doktoren wie jene, die bereits 1920 „Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens“ gefordert hatten und später, in brauner Kluft, ihre Vorstellungen von Hygiene und Wehrmedizin in die Tat umsetzen durften, sie sind heute noch am Werk, nur subtiler.

Karlsruhe WOLFGANG ROSCHER
prakt. Arzt

Als im letzten Jahr in den Zeitungen berichtet wurde, daß eine Entschädigung der Sterilisationsopfer aus Datenschutz-

Die CTM-Gesamtlösung Und morgen ist Ihre Organisation nicht mehr von gestern

OFFICE 2000
BÜROKOMMUNIKATION VON SEL



Eigentlich erstaunlich: die meisten mittelständischen Unternehmen verfügen über modernst ausgestattete Produktionsanlagen – in ihrer oft veralteten Büroorganisation und Verwaltung sind sie aber immer noch „von gestern". Schade – denn genau hier liegt die Chance, durch den gezielten Einsatz moderner Bürokommunikation stille Kapital-Ressourcen zu erschließen und einen Betrieb leistungsfähiger zu machen.

Doch Vorsicht! Manch angebotener Lösungsansatz scheint erfolgversprechend, solange man ihn für sich alleine betrachtet. Aber isolierte Lösungen helfen heute nicht mehr weiter. Sie brauchen ein geschlossenes, zukunftsorientiertes Gesamtkonzept.

Beispielhaft, aus einem Guß, ist die CTM-Gesamtlösung. Da passen die Bausteine nahtlos ineinander. Da kommt alles aus einer Hand. Von der Hardware bis zur Schulung, von der Software bis zum Service. Und für viele Branchen liefern wir die spezifische Lösung.

Mit CTM-Büroinformations-Systemen können Sie alle zukunftweisenden Vorteile nutzen. Die zeitsparende Textverarbeitung ebenso wie die professionelle Geschäftsgrafik. Auf Terminplanung und Wiedervorlage ist Verlaß, und die elektronische Hauspost sichert den reibungslosen, verlustfreien internen Informationsfluß. Und die externe Textkommunikation erschließt Ihnen Telex, Teletex und Telefax optimal.

Lernen Sie die CTM-Gesamtlösungen kennen, hinter denen die Erfahrung und das Wissen von CTM und SEL stehen. Lassen Sie sich durch Ihren CTM-Branchenberater informieren.

CTM
COMPUTERTECHNIK
MÜLLER GMBH
Max-Stromeyer-Straße 160
D-7750 Konstanz
Telefon 0 75 31/802-0

Ich wünsche mehr Informationen.
☐ Senden Sie mir ausführliche Unterlagen über Ihre Gesamtlösungen für alle Kommunikationsaufgaben.
☐ Ich möchte mit meinem CTM-Branchenberater einen Termin vereinbaren.

Name

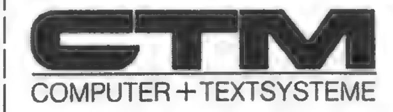
Firma

Branche

Straße

PLZ/Ort

Telefon SP 6/88



COMPUTER + TEXTSYSTEME

Ein Unternehmen der SEL-Gruppe


DIE WELT IM GESPRÄCH
Heute
Alfred Herrhausen (58), Vorstandssprecher der Deutschen Bank, gehört zu den ersten Bankiers der Welt. Ist die Konjunktur stabil oder labil? Wohin steuert die amerikanische Wirtschaft? Schwächt die Quellensteuer den Finanzplatz Deutschland? Brauchen wir eine Europäische Zentralbank? Wie definiert er die Macht seiner Bank?
Die WELT im Gespräch mit Persönlichkeiten von Weltrang. Wir bieten Ansichten, Wissen, Kompetenz in einem Umfeld unabhängiger Berichterstattung. DIE WELT: Tageszeitung für Deutschland mit Sitz in der Bundeshauptstadt. Wir geben detaillierte Informationen, konfrontieren mit dezidierter Meinung. DIE WELT - die große Zeitung mit dem Mut zum Standpunkt.
Alfred Herrhausen:
„Die Krankheit dieser Zeit ist Aktionismus und Hektik."
Lesenswerter denn je
DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

gründen nicht möglich sei, sind mir beinahe die Tränen gekommen vor Rührung über das hehre Ethos der bayrischen Nervenkrankenhäuser. An Hitlers Euthanasieprogramm beteiligte Psychiater haben es nach dem Krieg sogar bis zum Bundesverdienstkreuz (!) gebracht, wie aus einer letztjährigen „Report“-Sendung zu erfahren war.

Taufkirchen (Bay.) LORENZ HUBER
Mitglied der Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte e.V.

Diese nicht aufgearbeitete Ärztevergangenheit läßt Ethik und Humanität zu Worthülsen erstarren. Die nationalsozialistische Ärzteschaft ging ohne Bruch in der bundesrepublikanischen auf, Vergessen und Verdienen waren die neuen Parolen. Dabei hätte es gerade dem hochangesehenen Ärztestand angestanden, das eigene beschmutzte Nest zu säubern; denn nur der, der das verschmutzte Nest reinigt, ehrt es wirklich. Humanität kommt nicht von Humus!!

Friedrichstadt (Schl.-Hol.)
DR. MED. F. R. G. GIEBLER

Den genannten Artikel haben wir mit großem Interesse gelesen und stimmen Ihnen zu, daß es an der Zeit ist, die Rolle der Ärzte im Dritten Reich zu beleuchten. Nur „Hinsehen macht frei“, wie es prägnant im Rahmen des Historikerstreits kürzlich geäußert wurde. Erlauben Sie uns jedoch, eine Korrektur vorzunehmen. Entgegen Ihrer Behauptung haben sich einige bayrische Bezirkskrankenhäuser, darunter auch unser Krankenhaus, sehr intensiv mit den Ereignissen in der Psychiatrie während des Dritten Reiches auseinandergesetzt und über Zeitungsartikel versucht, noch lebende, ehemals sterilisierte Patienten herauszufinden und diese über ihre Anspruchsberechtigung in Kenntnis zu setzen. Zugleich haben wir alle Wohnheime für psychisch Kranke unserer Region auf die Rechtslage aufmerksam gemacht. All dies hat dazu geführt, daß eine Vielzahl ehemaliger Patienten der damaligen Heil- und Pflegeanstalt, die im Dritten Reich sterilisiert wurden, in den Genuß der an sich kläglichen Entschädigung von 5000,-DM gekommen ist. Jeder, der sich in dieser Angelegenheit an uns gewendet hat, konnte mit unserer Hilfe rechnen.

Kaufbeuren (Bay.) MICHAEL VON CRANACH
RUDOLF KLINGER
WILHELM WEINBRENNER
Bezirkskrankenhaus/Fachkrankenhaus für Psychiatrie und Neurologie

Frankfurter „Wirr-Gefühle“

(Nr. 3/1988 Frankfurt: SPIEGEL-Redakteur Rainer Weber über das Kraftzentrum der Republik)

Glückwunsch an Herrn Rainer Weber. Er hat etwas geschafft, was nicht einmal Herrn Wallmann glückte, nämlich mit seinen Haßtiraden im Apo-Stil in Frankfurt ein „Wirr-Gefühl“ herzustellen.

Kelkheim (Hessen)
EWALD SANDNER

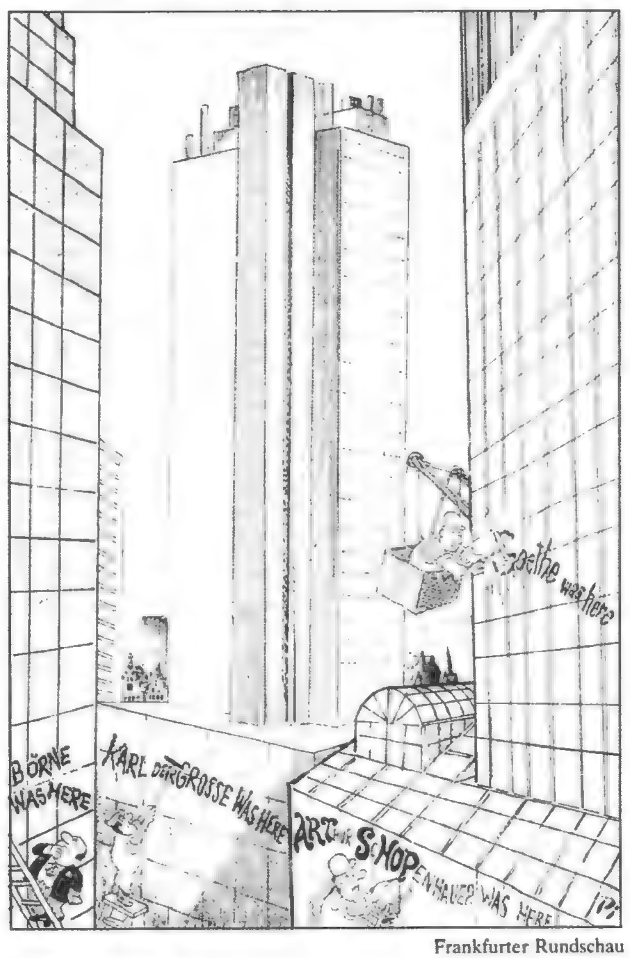
Wer ist Weber? Nie gehört. Er soll Frankfurter sein? Ach so, Jahrgang 1948!! Gehört sicher zu den damaligen 1968er-Chaoten der Universität und ist böse, daß in der Frankfurter Uni endlich wieder gearbeitet und nicht mehr mit Eiern, Tomaten und Schlimmerem geworfen wird.

Frankfurt
KAROLINE MAUER

Frankfurt ist eine Stadt für Protz und Kotz. Goethe würde sich im Grabe umdrehen.

Eschborn (Hessen)
HELMUT PFIRRMANN

Um auch einmal einige positive Adjektive anzubringen: Die Stadt ist schön, reizvoll und



Frankfurter Rundschau

Spurensuche



Bullrich Salz enthält reines Bicarbonat, einen natürlichen Bestandteil vieler Mineralwässer. Seit 150 Jahren rasch wirksam bei Sodbrennen, Völlegefühl, Magendruck und Kater.



... für den Morgen danach

Bullrich-Salz bei Sodbrennen, Magendruck, Kater. Neutralisiert überschüssige Magensäure. Bei anhaltenden Beschwerden Arzt befragen. Delta · 6078 Neu-Isenburg.

Hundeerziehung ohne Strafen!

Joe Bodemann
– Wz. 1 104 857 –

- Liebevolle und qualifizierte Schulung ohne Drill!
- Wohnungsplatz oder exkl. Unterkunft Ihrer Wahl.
- Über 20jährige Erfahrung in der modernen Hundeerziehung.
- Schulungsabschluß mit Video Ihres Hundes.

Hundeinternat Joe Bodemann animal GmbH

staatlich anerkannter Lehrbetrieb
D-3174 Meine bei Braunschweig

Telephon 0 53 04-40 50
Telex: 952 259 Joebo

aufregend. Ich jedenfalls hoffe und glaube, daß sich Winfried Hamanns „Menetekel“ von Frankfurt als Metropole der Zukunft bestätigen wird.

Frankfurt/
Bloomington (USA) PETER SCHERER

Der Gegensatz zwischen einer dem Genie-Kult frönenden Geschäftswelt und einem egozentrisch geprägten, linksintellektuellen Metropolenzirkel prägt eine interessante, lebendige Stadt, in der man einfach weniger Untertan ist. Frankfurt hat eben nicht den Charme von Neuschwanstein, und auch Herr Gauweiler fehlt trotz Wende immer noch.

Maintal (Hessen) WOLFGANG BAHLE

Engagiert und gesponsort

(Nr. 3/1988 Design: SPIEGEL-Redakteur Joachim Hoelzgen über die Design-Hochschule Art Center Europe am Genfer See)

Der Weg ins Château de Sully führt keineswegs nur über Papis pralle Brieftasche. Wir haben einige Studenten, die von zukünftigen Arbeitgebern gesponsert werden, die Schule selbst hält für besonders begabte Studenten mit limitiertem Budget Stipendien bereit, und mehrere Studenten haben Stipendien von außerhalb, in meinem Fall über eines der deutschen Begabtenförderungswerke. Dies erfordert natürlich mehr Engagement, als sich auf einem soliden Bafög-Sofa auszuruhen. Da Sie Photos von unseren Arbeiten veröffentlicht haben, bei denen die Rechte bei den Studenten liegen, wäre es fair, auch die Namen der Urheber zu veröffentlichen: Der Citroën-Entwurf ist von Koji Mangano, USA, die Kopfplastik von Othmar Wickenheiser, Deutschland, und das Teeservice von Ulrich Schraudolph, Deutschland.

Clarens (Schweiz) ULRICH SCHRAUDOLPH
stud. des.

Einer Teilauflage dieser SPIEGEL-Ausgabe ist ein Briefumschlag der Nordwestdeutschen Klassenlotterie, Hamburg, beigeklebt.

Einer Teilauflage dieser SPIEGEL-Ausgabe ist eine Klappkarte des SPIEGEL-Verlages, Hamburg, beigeklebt.

Die Redaktion des SPIEGEL behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

2000 Hamburg 11
Postfach 110 420
Brandstwiete 19/Ost-West-Straße
Telephon (040) 3007-1, Telex 2 162 477, Telefax (040) 3007-247,
Telegramm Spiegelverlag
Postgiro-Kto. Hamburg Nr. 7137-200
BLZ 200 100 20

HERAUSGEBER
Rudolf Augstein

CHEFREDAKTION
Erich Böhme, Dr. Werner Funk

REDAKTION
Ariane Barth, Rolf Becker, Dieter Bednarz, Wolfram Bickerich, Ulrich Bieger, Wilhelm Bittorf, Peter Bölke, Jochen Bölsche, Dr. Hermann Bott, Stephan Burgdorff, Werner Dähnhardt, Werner Dagefür, Dr. Thomas Darnstädt, Bernd Dörler, Dr. Martin Doerry, Adel S. Elias, Nikolaus von Festenberg, Dr. Michael Fischer, Uly Foerster, Klaus Franke, Angela Gatterburg, Hans Jakob Ginsburg, Henry Glass, Rudolf Glismann, Wolfgang Gust, Dr. Hans Halter, Werner Harenberg, Dietmar Hawranek, Manfred W. Hentschel, Ernst Hess, Heinz Höhne, Joachim Hoelzgen, Dr. Jürgen Hohmeyer, Siegesmund von Ilsemann, Ulrich Jaeger, Urs Jenny, Dr. Wolfgang Kaden, Dieter Kampe, Dr. Hellmuth Karasek, Klaus-Peter Kerbusk, Hans Werner Kilz, Dr. Walter Knips, Siegfried Kogelfranz, Klaus Kröger, Karl Heinz Krüger, Bernd Kühnl, Wulf Küster, Dr. Romain Leick, Heinz P. Lohfeldt, Andreas Lorenz, Armin Mahler, Dr. Wolfgang Malanowski, Hans Hermann Mans, Dr. Hans-Peter Martin, Gerhard Mauz, Dr. Renate Merklein, Fritjof Meyer, Rolf S. Müller, Bettina Musall, Hans-Georg Nachtweh, Irma Nelles, Dr. Renate Nimtz-Köster, Hans-Joachim Noack, Gunar Ortlepp, Stephan Paetow, Rainer Paul, Christoph Peck, Jürgen Petermann, Norbert F. Pötzl, Joachim Preuß, Günter Rau, Klaus Reinhardt, Dr. Rolf Rietzler, Dr. Gerd Rokkel, Kurt Röttgen, Valeska von Roques, Dr. Fritz Rumler, Marie-Luise Scherer, Peter Schille, Tom Schimmeck, Heiner Schimmöller, Arnd F. Schirmer, Hans Joachim Schöps, Bruno Schrep, Diethelm Schröder, Harald Schumann, Helmut Sorge, Lutz Spenneberg, Mareike Spiess-Hohnholz, Hans Gerhard Stephani, Hans-Wolfgang Sternsdorff, Günther Stockinger, Peter Stolle, Willy Theobald, Dr. Rainer Traub, Dieter G. Uentzelmann, Klaus Umbach, Hartmut Volz, Dr. Manfred Weber, Rainer Weber, Alfred Weinzierl, Sibylle Weischenberg, Erich Wiedemann, Dr. Harald Wieser, Dr. Dieter Wild, Helene Zuber

REDAKTIONSVERTRETUNG BONN
Winfried Didzoleit, Dr. Richard Kiessler, Dirk Koch, Jürgen Leinemann, Dr. Paul Lersch, Heiko Martens, Hartmut Palmer, Olaf Petersen, Hans-Jürgen Schlamp, Tina Stadlmayer, Alexander Szandar, Klaus Wirtgen, Dahlmannstraße 20, 53 Bonn, Tel. 26703-0, Telex 886 630

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND
Berlin (West): Wolfgang Bayer, Christian Habbe, Axel Jeschke, Kurfürstenstraße 72–74, 1 Berlin 30, Tel. 26 10 61, Telex 184704 · Berlin (DDR): Ulrich Schwarz, Leninallee 175, 16–06, DDR-1156 Berlin, Tel. 372 10 75 und 375 41 44 · Düsseldorf: Georg Bönisch, Hans Leyendecker, Manfred Müller, Richard Rickelmann, Rudolf Wallraf, Immermannstraße 15, 4 Düsseldorf 1, Tel. 1 68 90-0, Telex 8 582 737 · Frankfurt a. M.: Peter Adam, Stefan Baron, Wolfgang Bittner, Ulrich Manz, Jürgen Scherzer, Oberlindau 80, 6 Frankfurt a. M., Tel. 71 71 81, Telex 413 009 · Hannover: Wolfgang Becker, Jürgen Hogrefe, Rathenaustraße 16, 3 Hannover, Tel. 32 69 39, Telex 922 320 · Karlsruhe: Rolf Lamprecht, Amalienstraße 25, 75 Karlsruhe 1, Tel. 225 14, Telex 7 825 471 · Kiel: Manfred Ertel, Dietrich Lachmund, Niemannsweg 18, 23 Kiel, Tel. 56 30 66, Telex 299 859 · Mainz: Wilfried Voigt, Rheinstraße 101, 65 Mainz, Tel. 23 24 40, Telex 4 187 507 · München: Heinz Höfl, Dr. Joachim Reimann, Michael Schmidt-Klingenberg, Stuntzstraße 16, 8 München 80, Tel. 470 10 54, Telex 522 501 · Stuttgart: Dinah Deckstein, Peter Stähle, Kriegsbergstraße 11, 7 Stuttgart, Tel. 22 15 31, Telex 722 673

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND
Athen: Kostas Tsatsaronis, Omirou 13, 10672 Athen, Tel. 363 6577 und 363 6737, Telex 215 418 · Basel: Jürg Bürgi, Spalenring 69, 4055 Basel, Tel. 22 63 63, Telex 825 391 · Brüssel: Marion Schreiber, Bd. Charlemagne 45, Residence Roncevaux, 1040 Brüssel, Tel. 230 6108 und 230 6217, Telex 25 294 · Kairo: Volkhard Windfuhr, 18, shari' El-Fawakeh, Muhandisin, Kairo, Tel. 71 22 10 und 70 40 15 · Kapstadt: Paul M. Schumacher, 4th Floor, Protea Assurance House, 31 Adderley Street, Kapstadt 8001, Tel. 45 57 57, Telex 520 393 und 524 955 · London: Hans Hielscher, Economist Building, 7th Floor, 25 St. James's Street, London SW 1 A 1 HA, Tel. 839 7666 und 930 1604, Telex 25 278 · Madrid: Elisabeth Guth, Marques de Cubas 12, Madrid 14, Tel. 429 8964, Telex 45 383 · Mexiko: Armin Wertz, Alfonso Caso 278–7 bis, Col. Tlacopac, 01040 Mexico, D. F., Tel. 550 1297, Telex 1 773 310 (Presseclub) · Moskau: Jörg R. Mettke, Krutizkij Wal 3, Kw 36, Moskau, Tel. 274 00 09, Telex 413 288 · Neu-Delhi: Sri Prakash Sinha, 35 B Nizzamuddin East, Neu-Delhi, Tel. 61 97 33, Telex 3 162 469 · New York: Dr. Werner Meyer-Larsen, 516 Fifth Avenue, Penthouse, New York, N. Y. 10036, Tel. 221 7583, Telex 237 723 · Paris: Lutz Krusche, 17 Avenue Matignon, 75008 Paris, Tel. 4256 1211 und 4256 1972, Telex 650 086 · Peking: Dr. Stefan Simons, Qijiayuan 7. 2. 31, Peking, Tel. 532 3541, Telex 22 736 · Rio de Janeiro: Walter Tauber, Avenida São Sebastião, 157 Urca, 22291 Rio de Janeiro (RJ), Tel. 275 1204, Telex: 2 130 706 · Rom: Birgit Kraatz, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. 679 7522, Telex 622 257 · Stockholm: Hermann Orth, Scheelegatan 4, Stockholm, Tel. 50 82 41 · Tel Aviv: Henri Zoller, Harechesch Street 12, Tel Aviv (Afeka), Tel. 42 73 65, Telex 342 663 · Tokio: Dr. Tiziano Terzani, 3–31–9 Kamimeguro, Meguro-ku, Tokio, Tel. 791 8011 · Washington: Hans Hoyng, Dr. Martin Kilian, Suite 702, 1015 15th Street, N. W. Washington, D. C. 20 005, Tel. 347 5222, Telex 440 214 · Wien: Dr. Inge Cyrus, Telekygasse 13, 1190 Wien, Tel. 36 15 92 und 36 35 37, Telex 115 888

ILLUSTRATION
Martina Blume, Barbara Bocian, Ludger Bollen, Katrin Bollmann, Thomas Bonnie, Regine Braun, Manuela Cramer, Josef Csallos, Peter Nils Dorén, Volker Fensky, Rüdiger Heinrich, Karin Kahlisch, Ingeborg Molle, Ursula Morschhäuser, Walter Pomikalko, Monika Rick, Chris Riewerts, Manfred Schniedenharn, Frank Schumann, Karin Weinberg, Rainer Wörtmann, Jürgen Wulf, Monika Zucht

SCHLUSSREDAKTION
Rudolf Austenfeld, Horst Beckmann, Jens Eggers, Horst Engel, Hermann Harms, Rolf Jochum, Herbert Kanthack, Karl-Heinz Körner, Heinz Kohl, Inga Lembcke, Reimer Nagel, Andreas M. Peets, Wolfgang Polzin, Gero Richter-Rethwisch, Thomas Schäfer, Wilhelm Schöttker, Claus Schüler, Ingrid Seelig, Hans-Eckhard Segner, Hans-Jürgen Vogt, Holger Wolters, Peter Zobel

VERANTWORTLICHER REDAKTEUR
dieser Ausgabe für Panorama, CDU/CSU, Koalition, DDR, Klier/Krawczyk-Gespräch, FDP, SPIEGEL-Essay: Diethelm Schröder; für EG, Beamte, Schaumwein, Export, Henkel-Gespräch, Chemie, Milch, Trends, Lufthansa, Schuldenkrise: Dr. Wolfgang Kaden; für Hafenstraße, Wahrsager, Dirnen, Affären, Gemeinden, Kunststoff-Autos, Kirche, Waterkantgate, Standesrecht, Grüne, Fernsehen: Hans Werner Kilz; für Südafrika, USA/Nicaragua, USA, Jugoslawien, Nahost, Israel, Kernkraft, Panorama Ausland, Kokoschin-Gespräch, Sowjet-Union, Ungarn, Paraguay, China, Afrika: Dr. Dieter Wild; für Serie: Siegfried Kogelfranz; für Politisches Buch, Titelgeschichte (S. 216), Aids, Prisma: Jürgen Petermann; für Automobile: Rudolf Glismann; für Bestseller, Szene, Kunstbetrieb, Theater, Film, Fernseh-Vorausschau: Dr. Hellmuth Karasek; für Sport, Lebenshilfe: Kurt Röttgen; für Titelgeschichte: Joachim Preuß; für namentlich gezeichnete Beiträge: die Verfasser; für Briefe, Personalien, Register, Hohlspiegel, Rückspiegel: Ulrich Bieger; für Titelbild: Rainer Wörtmann; für SPIEGEL-Verlag/Hausmitteilung: Rolf Becker (sämtlich Brandstwiete 19/Ost-West-Straße, 2000 Hamburg 11)

DOKUMENTATION
Jörg-Hinrich Ahrens, Werner Bartels, Sigrid Behrend, Dr. Jürgen Bruhn, Lisa Busch, Armin Dirks, Heinz Egleder, Dr. Herbert Enger, Johannes Erasmus, Wolfgang Fischer, Marianne Friedrichs, André Geicke, Ille von Gerstenbergk-Helldorff, Hartmut Heidler, Wolfgang Henkel, Gesa Höppner, Jürgen Holm, Christa von Holtzapfel, Joachim Immisch, Günter Johannes, Petra Kleinau, Sonny Krauspe, Hannes Lamp, Marie-Odile Jonot-Langheim, Ilse Lange-Henckel, Walter Lehmann, Michael Lindner, Leonore Lohse, Sigrid Lüttich, Roderich Maurer, Günther von Maydell, Rainer Mehl, Ulrich Meier, Wolfhart Müller, Christel Nath, Anneliese Neumann, Werner Nielsen, Paul Ostrop, Nora Peters, Peter Philipp, Ulrich Rambow, Anke Rashatasuvan, Dr. Mechthild Ripke, Hedwig Sander, Rolf-G. Schierhorn, Carl-Heinz Schlüter, Ekkehard Schmidt, Marianne Schüssler, Christel Schulz, Werner Siegert, Margret Spohn, Anja Stehmann, Monika Tänzer, Dr. Eckart Teichert, Jutta Temme, Dr. Iris Timpke-Hamel, Carsten Voigt, Ursula Vollmann, Horst Wachholz, Dieter Wessendorff, Andrea Wilkens, Georg Wöhner
Leitung: Karl-H. Schaper, Harald Schütz

NACHRICHTENDIENSTE
AP, dpa, Los Angeles Times/Washington Post, Newsweek, New York Times, Time

SPIEGEL-VERLAG
RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG
Büro des Herausgebers: Wolfgang Eisermann; verantwortlich für Anzeigen: Horst Görner; gültige Anzeigenpreisliste Nr. 42 vom 4. Januar 1988, Abonnementspreise (Normalpost, inklusive USt.): Inland sechs Monate DM 104,–, zwölf Monate DM 208,–. Normalpost Europa: sechs Monate DM 135,–, zwölf Monate DM 270,–; Seepost Übersee: sechs Monate DM 140,20, zwölf Monate DM 280,40; Luftpostpreise auf Anfrage. Abonnement-Service: Tel. (040) 30 07-445
Verlagsgeschäftsstellen: Düsseldorf: Immermannstraße 15, 4000 Düsseldorf, Tel. 16 89 0-0, Telex 8 382 737; Frankfurt a. M.: Oberlindau 80, 6000 Frankfurt a. M., Tel. 72 03 91, Telex 411 977; Hamburg: Brandstwiete 19, 2000 Hamburg 11, Tel. 3007-1, Telex 2 162 477; München: Stuntzstraße 16, 8000 München 80, Tel. 470 10 54, Telex 522 501; Stuttgart: Kriegsbergstraße 11, 7000 Stuttgart, Tel. 22 15 31, Telex 722 673
Druck: Druckhaus Ahrensburg, Ahrensburg bei Hamburg, und Darmstadt

VERLAGSLEITUNG
Helmut Wallbaum, Christian Wenger

GESCHÄFTSFÜHRUNG
Rudolf Augstein, Adolf Theobald

Neuheiten–Produkte–Chancen

Prospekte + Kataloge per Post

Reisen – Freizeit – Hobby

Romantische Rhein- und Moselreisen



KD Köln-Düsseldorfer

Unvergessliche Urlaubstage auf komfortablen Kabinenschiffen.

Kommen Sie an Bord: zum Entspannen, Genießen und Erleben. Wir bieten Ihnen die Bequemlichkeit eines Komfort-Hotels und den Reiz einzigartiger Landschaften zwischen Holland und der Schweiz. Reisedauer 1 bis 5 Tage. Rund 400 Reisen stehen zur Wahl.

Wir schicken Ihnen gerne Prospekte.

Köln-Düsseldorfer Deutsche Rheinfahrt AG, Postfach 10 11 06, Frankenwert 15, 5000 Köln 1, Tel. 02 21 / 20 88-288 *Info-Nr.* ①



Die schönsten Badeziele rund ums Mittelmeer. SPANIEN-GRIECHENLAND-TÜRKEI-ITALIEN-JUGOSLAWIEN-ISRAEL-ÄGYPTEN-MAROKKO-KORSIKA-MALTA.

Prospekt in Ihrem Reisebüro oder über Info-Coupon anfordern. *Info-Nr.* ②

AIDA in Verona

Traum oder Wirklichkeit

das fragten sich schon viele Arena-Besucher, wenn nach einer glanzvollen Aufführung der letzte Ton verklungen ist und tosender Beifall der Opernenthusiasten einsetzt. Wie in Trance feiern die Veroneser ihre Solisten. So manch' ausländischer Besucher wurde hier schon von der spontanen Mentalität ergriffen. Bahn-, Bus-, Flug- und PKW-Reisen mit Parkettkarten für Aida, Turandot, La Gioconda und I. Kl.-Hotels in und um Verona stehen vom 1.7.–29.8.1988 zur Verfügung.

Prospekt und Buchung bei: *Nr.* ③

Mainzer Reisebüro Hillebrand

Veranstalter für weltweite Opern- und Konzertreisen

Schillerstraße 30, 6500 Mainz, Tel.: 06131/258251

Superreisen durch AUSTRALIEN

24.6.–21.7.88 und 8.7.–4.8.88

Perth–Kalgoorlie–Ayers Rock–Alice Springs–Kakadu Park–Darwin–Sydney–Kuala Lumpur–Baden im Südchinesischem Meer

DM 5.950,– ab und bis Frankfurt.

Hotels in Perth, Sydney und Malaysia von Perth bis Darwin mit Bus und Zelt, deutsche Reiseleitung, kaum Extrakosten.

Für Kurzentschlossene noch ein paar Plätze Westaustralien 18.3.–7.4.88 nur DM 4.435,–.

Vielfältiges Angebot an Terminen und Routen (auch Outback-Abenteuertouren).

Cruising Reise GmbH, Lerchenweg 8, 3015 Wennigsen, Tel. 05103/1442 *Info-Nr.* ④

USA $149

PIEDMONT AIRLINES

FLORIDA Rundreisetarif $ 149
Sie können 3 beliebige Städte innerhalb Floridas anfliegen –Miami–Key West–Orlando–Miami–.

OST-USA Rundreisetarif $ 249
Anwendbar auf dem Piedmont Streckennetz östlich des Mississippi. Unser Vorschlag: New York–Buffalo–New Orleans–Miami–New York.

ALL-AMERIKA-RUNDREISETARIF AB $ 247 (3 Städte–12 Städte)
Anwendbar auf allen Strecken in USA, einschl. Kanada und Bahamas. Zusätzlich können 9 weitere Städte angeflogen werden. Der Preis erhöht sich pro Stadt bis zu max. $ 619 für 12 Städte.

Alle Flüge mit fester Buchung.

Reservierungen und Prospekte über Ihr Reisebüro oder:

PIEDMONT AIRLINES, Steinweg 3, 6 Frankfurt/M, Tel. 069/292097 *Info-Nr.* ⑤

KLINGERREISEN

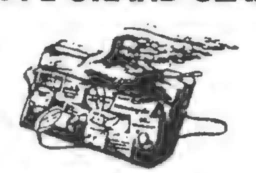
Bequeme Bus-Studienreisen



Der neue Katalog mit vielen neuen und bewährten Reisen für Ihren nächsten Urlaub. Den Katalog erhalten Sie kostenlos und unverbindlich durch

Klingerreisen, Marienplatz 5, 8700 Würzburg, Tel. 0931/50851, oder in Ihrem Reisebüro. *Info-Nr.* ⑥

POPPE GRAND SLAM



Der neue POPPE-Spezial-Reiseprospekt ist ein neuer Maßstab im Angebot perfekt organisierter Individual- und Incentive-Reisen zu den großen Sportereignissen der Welt, z.B.

WIMBLEDON 23.6.-26.6.88	**ab DM 2245,–**
Olymp. Spiele Seoul 17.9.-2.10.88	**ab DM 5695,–**
New York Marathon 03.-7.11.88	**ab DM 1695,–**



**Poppe & Co.
Weißliliengasse 10
6500 Mainz
Tel. 06131/2012 35-6** *Info-Nr.* ⑦

DER GRIECHENLAND SPEZIALIST '88

SEIT 25 JAHREN INTERCONTINENTAL

Seit 25 Jahren ist ISTS INTERCONTINENTALREISEN München *der* Griechenlandspezialist!

Auf 176 Seiten werden alle wichtigen Ziele – darunter **48 Inseln** angeboten, viele im **Direktflug** ab Deutschland: Tradition haben die im Kykladen-Jet nach SANTORIN und MYKONOS.

Die Angebotspalette reicht vom reinen Badeurlaub über Studienreisen und Kreuzfahrten bis zu Fly & Drive und Programmen für Individualisten wie z. B. „Island Hopping à la Carte".

ISTS Intercontinental Reisen München, Türkenstraße 71, 8000 München 40, Tel. 089/237 27-0 *Info-Nr.* ⑧

Superlearning

Die Lernmethode der Zukunft

So gehts leichter

Viele Menschen plagen sich immer noch mit veralteten Lernmethoden. Bei Sprachkursen heißt der vermeintliche Schlüssel zum Erfolg oft noch: Stures Pauken. Das muß nicht sein. Aufbauend auf den Erkenntnissen der modernen Lernbiologie werden mit „Superlearning" die geistigen Fähigkeiten voll ausgeschöpft. Dies führt schnell zu spielerisch leichtem Lernen. Das Programm der „blitz-Superlearning" Sprachkurse auf Tonbandkassetten: Englisch, Business-Englisch, Spanisch, Französisch, Italienisch. Aber auch individueller Lernstoff kann nach dieser Methode aufbereitet werden mit dem „blitz-Superlearning zum Selbermachen".

Weitere Informationen direkt oder über Info-Kennziffer.

Verlag für moderne Lernmethoden Postfach 6234, 8261 Tüssling Telefon (08633) 1450 *Info-Nr.* ⑨

Studiosus Sprachreisen

Erwachsenen-Kurse, Spezial- und themenspezifische Intensiv-Kurse

Über 50 Programme auf 60 Seiten u.a. für Englisch, Französisch, Italienisch, Portugiesisch.

Kurse u.a. in England, USA, Neuseeland, Malta, Frankreich, Italien, Spanien.

Der neue Katalog ist da! Information, Beratung und Buchung in jedem guten Reisebüro, oder bei

FDSV

Studiosus Reisen

Studiosus Reisen, Postfach 20 22 04, 8000 München 2, Tel. 089/500 600 und 500 60-279 *Info-Nr.* ⑩

Ferienhaus-Urlaub

2500 Ferienhäuser für 2-10 Personen in Skandinavien, England, Frankreich, Schleswig-Holstein. **NEU: Florida/USA**, preiswerte und komfortable Appartements und Bungalows. Bis zu DM 100,– Ersparnis mit dem FAMILIENPASS von Nord-Reisen. Sie können außerdem bis zu DM 1500,– gewinnen.

Katalog kostenlos von

NORD-REISEN

Bahnhofstr. 8, 2370 Rendsburg, Tel. 04331/5131 *Info-Nr.* ⑪

Initiative und Realisation: Primus Public Relation, Postfach 1231, 8036 Herrsching a. A., Tel. 08152/3046

INFO-COUPON

Mit diesem Coupon können Sie weitere Gratis-Informationen anfordern. Gewünschte Info-Nummer ankreuzen und einsenden an: **Primus Public Relation, Postfach 1231, 8036 Herrsching a. A.**

Info-Nr. ① ② ③ ④ ⑤ ⑥ ⑦ ⑧ ⑨ ⑩ ⑪

Vor-/Zuname

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Telefon

Alter

SP 6/88

Verrostete Uran-Fässer

Auf eine neue Spur im Atomskandal sind die Ermittlungsbehörden in Rheinland-Pfalz gestoßen: In der privaten Urananlage Ellweiler, der einzigen dieser Art in der Bundesrepublik, entdeckten die Fahnder 6319 Fässer mit Urankonzentraten (Grundstoff für die Herstellung von Brennelementen), von denen viele stark verrostet sind. Diese Behälter sind offenbar in einem derart miserablen Zustand, daß sie nach Ansicht von Beamten des Landeskriminalamts „für den Transport als ungeeignet angesehen werden müssen". Die Polizei, die überdies auf Fässer ohne jeden Hinweis auf den radioaktiven Inhalt stieß, hält „das Einschreiten der Aufsichtsbehörden für erforderlich". Deren Kontrolleure waren auch schon da, wenige Tage vor den polizeilichen Ermittlern. Ihr Inspektionsbefund: keine Beanstandung.



Tieffliegende Tornado-Flugzeuge

Zweifelhaftes Verfahren

Um mögliche Gesundheitsschäden durch Tieffluglärm zu erforschen, plant das Bundesgesundheitsamt (BGA) im Auftrag des Bonner Umweltministeriums ein großangelegtes „Menschenexperiment". Mindestens eine Woche lang sollen erwachsene Männer überraschend dem Krach diverser Düsenflugzeuge ausgesetzt werden, die unter der in der Bundesrepublik zulässigen Mindesthöhe von 75 Metern fliegen. In einer Vorlage für Verteidigungsminister Manfred Wörner erklärte sich die Bundeswehr bereit, für den „Akut-Versuch" Soldaten zu einer „Übung" auf das Versuchsgelände im niedersächsischen Meppen abzukommandieren. Die Luftwaffe will im Wege der Amtshilfe Tiefflieger zu vorbestimmten Zeiten in vom BGA vorgeschriebenen Flughöhen einsetzen, obwohl sie „die Wissenschaftlichkeit des Verfahrens" bezweifelt. Ginge es nach einer interministeriellen Arbeitsgruppe, würden auch Kinder, Frauen und Alte in den Menschenversuch einbezogen. Dagegen hat aber die Ethik-Kommission des Bundesgesundheitsamtes Einspruch erhoben. Ob der Versuch stattfindet, hat nun Wörner zu entscheiden.

„Falsche politische Signale"

Die Kritik prominenter Unternehmer an der Wirtschaftspolitik der Regierung Kohl/Bangemann nimmt Formen an. Am 19. Januar versammelten sich zu später Stunde in der Stuttgarter „Villa Reitzenstein", dem Amtssitz des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth, Top-Manager wie Hans-Olaf Henkel (IBM), Helmut Lohr (SEL), Wolfgang Oehme (Esso), Achim Zink (Badenia) und Gert Dahlmanns vom Frankfurter Institut für wirtschaftspolitische Forschung. Statt „konsequente Wachstumspolitik" zu betreiben, kämen „falsche politische Signale" wie die Ankündigung von Steuererhöhungen. Erforderlich wäre ein „ganzheitliches politisches Konzept", hielt einer aus der Schar der Gäste in einem internen Aide-mémoire fest. Um den „Standort Bundesrepublik" international attraktiv zu erhalten, müßten Unternehmensteuern, Subventionen und Arbeitskosten gesenkt, soziale Risiken dagegen privatisiert werden. IBM-Henkel (siehe SPIEGEL-Gespräch Seite 72), der am vorigen Wochenende auch an einem internationalen Manager-Symposium von Landesvater Späth teilnahm, verlangte, Politiker und Arbeitgeber müßten jetzt „eine Lawine lostreten". Notwendig sei ab sofort eine „koordinierte Einzelkämpferschaft" der Unternehmer, begleitet von Aufklärungskampagnen über die Dramatik der Lage. Henkel: „Wir dürfen nicht wieder vor dem Trümmerhaufen stehen." Esso-Oehme warnte davor, die Arbeitnehmer zu „demotivieren". Die Malaise läge woanders: „Regierung und Parteien fehlen die Perspektiven." Und Zink von Badenia steuerte eine Erfahrung bei, adressiert an den „Optimisten in Bonn": Es sei kein Geheimnis, daß „Regierungswechsel bei uns immer aus wirtschaftlichen Schwierigkeiten gekommen sind".



Unternehmer Oehme, Lohr

Pleiten per Steuerreform

46 Wohnungsgesellschaften sind in ihrer Existenz gefährdet, Mieterhöhungen für Tausende von Bewohnern werden notwendig: Das ist nach Ansicht des Gesamtverbands gemeinnütziger Wohnungsunternehmen die Folge des geplanten Steuerreformgesetzes. Finanzminister Gerhard Stoltenberg nimmt mit diesem Gesetz vielen Wohnungsfirmen das Steuersparprivileg „gemeinnützig". Zugleich gefährdet er die Baugenossenschaften, die mit den Sparverträgen ihrer Mitglieder bauen und modernisieren. Nach Stoltenbergs Gesetzentwurf müssen die Genossenschaftskassen demnächst wie alle anderen Geldinstitute einen bestimmten Eigenkapitalanteil haben – was die meisten nicht erfüllen können. Die Konsequenz: Die Sparvereine müßten sich auflösen, ihre Einlagen zurückzahlen und die Mieten in ihren Gebäuden erhöhen.

Neue Atomgranaten

Mit der Stationierung neuer Atomgranaten in der Bundesrepublik werden, nach Einschätzung von Nato-Militärs, die Vereinigten Staaten wahrscheinlich noch in diesem Jahr beginnen. Die neue Geschoß-Generation hat eine größere Treffgenauigkeit und Reichweite als die auszumusternde Atommunition. Erleichtert werden soll den Deutschen die Einführung der Präzisionsatomwaffen mit der für den Sommer erwarteten Ankündigung, die wirksamere Munition erlaube es, den vorhandenen Bestand um ein Drittel auf rund 2000 Nukleargranaten zu verringern.

Elitebildung per Selektion?

Die nordrhein-westfälische Wissenschaftsministerin Anke Brunn erweist sich als nachtragend. Nachdem die Privatuniversität Witten/Herdecke, eine hochangesehene Alma mater, mit dem Großteil ihres Lehrbetriebes nach Baden-Württemberg zog, drängt die Sozialdemokratin die SPD-Kollegen in den Ländern, die staatliche Förderung von Privathochschulen generell zu unterbinden. In vertraulichen Schreiben an die



Anke Brunn

Hochschulexperten der SPD beklagt Brunns Staatssekretär Gerhard Konow „eine sich ständig verstärkende Tendenz zur Etablierung neuer Privathochschulen". Diese Universitäten förderten die „Elitebildung bei sozialer Selektion" – ein „extrem demokratiefeindlicher Vorgang". Die Uni Witten/Herdecke, der die nordrhein-westfälischen Sozis vor dem Exodus nach Mannheim geringe staatliche Hilfe offeriert hatten, bekomme von der Regierung Späth „in erheblichem Umfang staatliche Investitionshilfen" – die „massive Abzweigung öffentlicher Mittel zugunsten privater Hochschulen" sei aber „politisch nicht zu verantworten".

Im Februar '88

neu bei dtv



10843 / DM 16,80

Angela Carter: Die infernalischen Traummaschinen des Doktor Hoffman
Roman
dtv/Klett-Cotta
10850 / DM 12,80



10851 / DM 12,80



10852 / DM 7,80



10853 / DM 9,80



Die Geschichte einer Frau, deren Lebensinhalt ein mißhandelter Hund ist.
(10854 / DM 6,80)



16 Erzählungen über das Leben und die Träume der Frauen in der Türkei.
(10856 / DM 7,80)



Manzonis Liebes- und Mordgeschichte aus der Urfassung der ›Verlobten‹.
(2192 / DM 7,80)



Zum 70. Geburtstag Buchheims: sein Buch über das Sehen und das Malen.
(2899 / DM 14,80)



Die Memoiren der »großen, alten Dame des Deutschen Films«.
(10848/DM 16,80)



Über die stammesgeschichtlichen Grundlagen der Vernunft.
(10858/DM 18,80)



Eltern berichten vom Alltag mit ihren behinderten Kindern.
(10859 / DM 9,80)



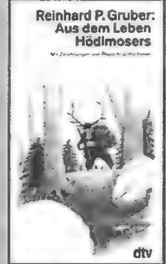
Ein grundlegendes Werk über die Urformen der Liebe.
(15040/DM 16,80)



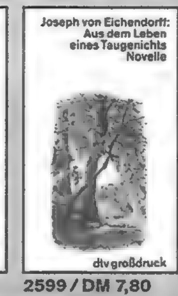
Die Krise der europäischen Gesellschaft 1848–1914.
(4471 / DM 14,80)



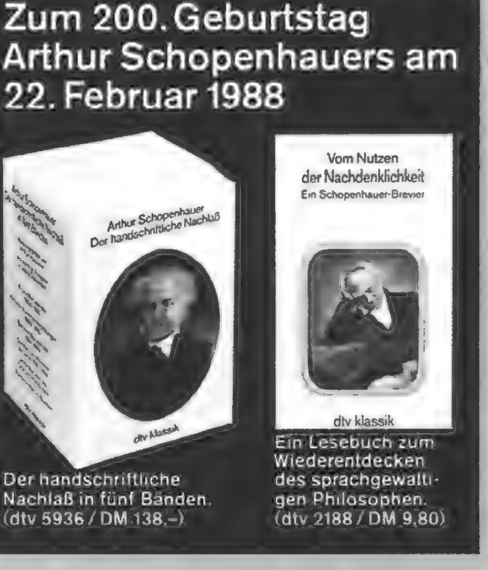
Ein Buch, das unseren Sinn für die Macht der Klänge vertieft.
(10860/DM 12,80)

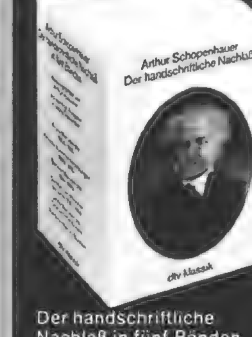


10857 / DM 8,80



2599 / DM 7,80





Der handschriftliche Nachlaß in fünf Bänden.
(dtv 5936 / DM 138,–)

Vom Nutzen der Nachdenklichkeit
Ein Schopenhauer-Brevier
dtv klassik
Ein Lesebuch zum Wiederentdecken des sprachgewaltigen Philosophen.
(dtv 2188 / DM 9,80)



9247 / DM 9,80



7880 / DM 6,80

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

CDU/CSU: „Die Lust am Untergang“

Die Führungsgremien der Christenunion wehren sich gegen die Alleingänge des Kanzlers. Helmut Kohl mußte nicht nur sein Nein zur Verlängerung der Vorruhestandsregelung zurückziehen. Er soll künftig alle Gesetzentwürfe vor ihrer Veröffentlichung erst den Experten der CDU/CSU-Fraktion vorlegen, die er bislang souverän übergangen hatte. Tenor der unverblümten Kritik an Kohl: So wie bisher geht es nicht weiter.

Der „Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland“, wie Helmut Kohl sich gerne tituliert, hat eine wichtige Erkenntnis für das Gedeihen der Regierungsgeschäfte gewonnen. Die eigene Partei hat seine einsamen Entscheidungen satt.

Am vergangenen Montag erlebte Kohl zum erstenmal in seiner über fünfjährigen Amtszeit, daß die Mehrheit im Präsidium, im Bundes- und im Fraktionsvorstand der Union Front gegen ihn machte. Der Kanzler soll gezwungen werden, seine Politik und seine Schwenks mit Partei und Fraktion abzustimmen. Vorbeisein soll die Zeit, so ein CDU-Präside, „daß er die Politik nicht als Schach-, sondern als Würfelspiel betreibt“.

Es half Kohl auch nicht, daß er am Montag morgen im Präsidium mit einem langen Lagebericht wieder Zeit zu schinden suchte. Von seiner letzten Prag-Reise erzählte er, von dem prägenden Einfluß der k. u. k. Monarchie auf die katholische Kirche, von den niedrigen Preisen, über die er sich in der Woche zuvor beim Tanken und Heizölkauf gefreut habe. Kein Wort verlor er über die brisanten Bonner Themen.

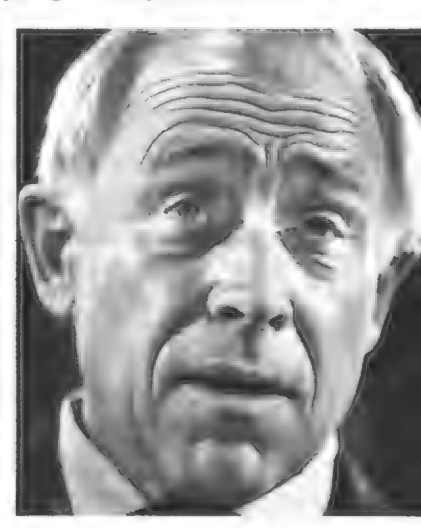
Heiner Geißler begehrte auf: So gehe es nicht weiter. Schluß müsse sein mit Kohls Alleingängen. Was sich der Kanzler jetzt wieder mit dem von ihm verfügten Stopp der Vorruhestandsregelung geleistet habe, bringe die Partei in allergrößte Verlegenheit. Eben noch habe die CDU die vom Staat mitfinanzierte Möglichkeit, schon im Alter von 58 Jahren den Arbeitsplatz zu räumen, als wirksames Mittel im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit gepriesen, polterte der Generalsekretär; nun solle das alles auf einmal nicht mehr richtig sein.

Und genauso sei die Partei von anderen Kanzlerbeschlüssen kalt erwischt worden. Gegen Konjunkturprogramme, wie von der SPD gewünscht, habe die CDU beharrlich gekämpft, da tische der Kanzler selber ein Kreditprogramm für Investitionen der Gemeinden auf. Stets habe sich die CDU als Hüterin solider Finanzen gefeiert, plötzlich aber treibe Kohl die Staatsverschuldung so hoch wie nie zuvor. Und nie sei die Partei vorher gefragt worden.

Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth, daheim mitten im Wahlkampf, fielen zu den Bonner Regierungskünsten nur noch Sarkasmen ein. Er sei ja bereit, alles mitzumachen, „jede eingesprungene Sitzpirouette mit und







Kohl-Kritiker Rita Süssmuth, Dregger, Geißler, Waigel, Blüm: „Nicht alles, was wir machen, ist populär. Aber es gibt Sachen, die

ohne Flügel“ mitzutanzen – „aber ihr müßt mir wenigstens sagen, was ihr vorhabt“. Sonst preise er vormittags in Wahlkampfreden den Vorruhestand, und nachmittags höre er dann, „es ist alles Quatsch gewesen“.

Und so ging es dann weiter gegen den Kanzler, der, hinter der Brille mal böse, mal beleidigt guckend, immer wieder an seiner Krawatte fingerte. Norbert Blüm drängte auf Verlängerung des Vorruhestands: „Nicht alles, was wir machen, ist populär. Aber es gibt Sachen, die sind populär, und die machen wir jetzt kaputt.“ Rita Süssmuth klagte, daß Verbesserungen in der Familienpolitik, Herzstück des Unionsprogramms, dem Rotstift zum Opfer fallen sollen.

Die gleichen harten Töne hörte Kohl im Bundesvorstand. Ulf Fink, Vorsitzender der CDU-Sozialausschüsse, hielt dem Regierungschef vor, noch im Dezember habe er ihm zugesagt, die Vorruhestandsregelung solle verlängert und verbessert werden. Was das denn für ein Verhalten sei. In dieselbe Kerbe hauten Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen und Niedersachsens Regierungschef Ernst Albrecht: Die Bonner Politik müsse endlich wieder berechenbar werden.

Nach der Vorstandssitzung hatte Kohl noch geglaubt, er könne hart bleiben: „Wir können uns nicht den Luxus erlauben, möglichst viele möglichst früh in Pension zu schicken. Diese Sache ist entschieden.“ Am Abend war sie es nicht mehr. Die Revolte hatte auf den CDU/CSU-Fraktionsvorstand übergegriffen.

Kritisierter Kanzler: Eingesprungene Sitzpirouette ohne Flügel

Alfred Dregger war verbittert, weil er am Donnerstag zuvor im Koalitionsgespräch von Kohl bloßgestellt worden war. Der Fraktionschef hatte sich – wie Blüm und Geißler – vehement für die Verlängerung des Vorruhestands ausgesprochen. Der Kanzler aber verblüffte die Herren mit der Mitteilung, er werde nicht verlängert – und die FDP-Koalitionäre freuten sich. Mit ihnen hatte sich Kohl vorher verständigt. Und den Unternehmern, die ihm mit Klagen über Geißlers wachsenden Einfluß auf die Unionspolitik im Ohr liegen, wollte Kohl auch mal zeigen, wer Herr im Haus ist.

Dregger zahlte es dem Kanzler im Fraktionsvorstand heim: „Die Regierung“, gemeint war Kohl, dürfe „der Fraktion nicht alles zumuten“. Das war das Stichwort zu allgemeiner Empörung. Die Abgeordneten Gerhard Pfeffermann und Christian Lenzer schimpften los, es sei schier unerträglich, wie die Parlamentarier von der Regierung übergangen würden. Ob bei der Steuerreform, ob bei der Erhöhung der Verbrauchsteuern oder jetzt beim Vorruhestand, stets könnten die Abgeordneten nur diskutieren, wenn die Entscheidungen längt gefallen seien.

Matthias Wissmann, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und wie der Kanzler gegen eine Verlängerung des Vorruhestands, stimmte ein ins Lamento über die schlimmen Erlebnisse der Abgeordneten in ihren heimischen Wahlkreisen: „Geht man draußen zu einem Betriebsrat, wird man angemotzt. Geht man anschließend zu den Unternehmern, wird man auch angemotzt. Und immer wegen der Dissonanzen in Bonn.“

Beim Verriß des Durcheinanders in Kohls Bonner Laden tat sich einer besonders hervor, den der CDU-Kanzler stets zu seinen treuen Verbündeten gezählt hatte: Theo Waigel. Wenn er sich das Hin und Her bei der Steuerreform, bei den Subventionen, bei der Quellensteuer ansehe, so der CSU-Landesgruppenchef, dann könne er nur sagen, „manche sind von der Lust am Unter-





sind populär, und die machen wir jetzt kaputt“

gang beseelt". Kern des Übels sei „eine immer mehr um sich greifende Tendenz zur Disziplinlosigkeit".

Ordnung in dieses Chaos zu bringen hat sich nun Alfred Dregger vorgenommen. Der alte Herr schlug vor, und die Fraktionsspitze stimmte zu, dem Treiben Kohls und seines Kabinetts seien Zügel anzulegen. Die Regierung soll jeden Referentenentwurf zu einem Gesetz vor Veröffentlichung erst in den zuständigen Arbeitskreisen der Fraktion genau begutachten lassen.

Von Zuträgern gewarnt, nach dem Fraktionsvorstand werde auch die Gesamtfraktion gegen ihn aufbegehren, beeilte sich Kohl, von seinem vorschnellen Nein zur Vorruhestandsverlängerung herunterzukommen. Blüm, Fink und Wolfgang Schäuble wurden gebeten, einen Ausweg zu suchen. Über Nacht entstand der Vorschlag, eine prominent besetzte Kommission solle binnen sechs Wochen ein langfristig angelegtes Konzept gegen die Arbeitslosigkeit vorlegen.

Hatten Kohl und FDP-Wirtschaftsminister Martin Bangemann gerade noch erklärt, es bestehe „kein Handlungsbedarf" für weitere Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt, bot sich Blüm und seinen linken Gefolgsleuten unverhofft die Gelegenheit zu „gestalterischer Politik" (Fink). Der Arbeitsminister sicherte sich im Handstreich die Kontrolle über die Kommission – beim Koalitionsgespräch am Dienstag morgen verkündete er bündig, dem Gremium sollten je zwei Vertreter aus CDU, CSU und FDP angehören – „und ich bin der Vorsitzende".

Die CDU-Sozialausschüsse wissen schon, wie der gleichwertige Ersatz zum Vorruhestand aussehen soll: Ein Teil-Vorruhestand – schon vor Jahren vom Vorsitzenden der Gewerkschaft Nahrung–Genuß–Gaststätten, Günter Döding, entwickelt – soll es Arbeitnehmern ab 55 erlauben, ihre Arbeitszeit zu halbieren. Den entsprechenden Lohnausfall müßte der Staat durch Zuschüsse in Grenzen halten.

600 000 Beschäftigte kämen dafür in Frage, hat Heribert Scharrenbroich, Sprecher der Sozialausschüsse, errechnet; er schwärmt vom „Charme dieser Lösung": Der Arbeitnehmer bleibe in seinem Beruf, könne sich an das Rentnerleben allmählich gewöhnen, gleichwohl sei dieser Ansatz für den Arbeitsmarkt „wahrscheinlich viel effektiver" als das bisherige Konzept.

Das war in der Tat ein Flop: In vier Jahren konnten mit insgesamt rund 1,3 Milliarden Mark nur schätzungsweise 35 000 Arbeitsplätze neu besetzt werden.

Der neue Plan käme allerdings wohl auch viel teurer. Die Zuschüsse für 100 000 Teil-Vorruheständler würden die Kasse der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit mit jährlich rund 800 Millionen Mark belasten. Weil die Arbeitsverwaltung schon jetzt ins Defizit läuft, müßte die Bundeskasse für einen Ausgleich sorgen. Dazu kämen die Ausfälle bei der Rentenversicherung. Fraglich ist, ob die FDP da mitmachen wird.

Der CDU-Arbeitsminister bastelt auch schon an anderen Modellen, die die „Tarifpartner in eine Lösung des Arbeitslosenproblems" einbeziehen sollen. Nach dem Vorbild der Hermes-Exportversicherung, die deutsche Betriebe gegen Risiken im Auslandsgeschäft absichert, könnten sich Unternehmen dagegen versichern, daß sie ihre Beschäftigten im Krisenfall nur mit teuren Sozialplänen loswerden. Wer Entlassungen nicht scheuen muß, so der Gedanke, stellt eher Leute ein.

Den wirtschaftspolitischen Sprecher der Fraktion, Matthias Wissmann, weiß Blüm schon hinter sich. Die Tarifpartner, die sich daran „natürlich beteiligen" müßten, dürften nicht gleichermaßen begeistert sein: Die Gewerkschaften werden sich schwertun, die Entlassung ihrer Mitglieder abzusichern. Für Blüm und Fink aber steht fest, daß sich auch die Liberalen wegen des allgemeinen Erwartungsdrucks nicht gegen weitere Staatsausgaben für den Abbau der Arbeitslosigkeit sperren können.

Am Dienstag, Kohl hatte vor den Unionsabgeordneten sein Kapitulationspapier abgeliefert, mochte sich Blüm eine weitere Demütigung des Kanzlers nicht verkneifen: „Ich bedanke mich bei allen, die diese hervorragende Lösung auf den Weg gebracht haben, vor allem beim Herrn Fraktionsvorsitzenden, beim Herrn Bundeskanzler" – Gelächter –, „bei Wolfgang Schäuble, bei der Arbeitnehmergruppe und nicht zuletzt bei mir selber." Großes Gelächter.

KOALITION

Zwischen den Ohren

Die Strauß-Reise nach Südafrika entzweit die Koalition. Der Kanzler steht als Tölpel da.

Im Präsidium der CDU, am Montag letzter Woche, herrschte eisiges Schweigen, als Norbert Blüm seinen Kanzler zur Rede stellte.

„Sie haben den Eindruck", ging Blüm den Regierungschef an, „daß ich nicht nach Südafrika fahren will. Den können Sie nach dem, was ich Ihnen gesagt habe, gar nicht haben." Und klipp und klar hielt Blüm fest: „Es kann nicht die Arbeitsteilung geben, der eine darf fahren, dem anderen wird es verboten."


Frankfurter Allgemeine Zeitung

Kohl, durch den offenen Affront sichtlich verunsichert, wich aus: Ein Mitarbeiter habe schon richtiggestellt, was da im SPIEGEL geschrieben worden sei. Er meinte damit seinen Gehilfen Horst Teltschik, der – unbestritten – in einer vertraulichen Runde von Kohls Drohung berichtet hatte, wenn Blüm reise, fliege er aus dem Kabinett.

Ihn interessiere nicht, erwiderte Blüm, wie die Sache mit dem Rausschmiß gelaufen sei. Er sei „kein Detektivbüro" und auch „kein Laufbursche". Blüm: „Ich fahre, und jeder, der mich kennt, muß wissen, das Letzte, was mich beeindruckt, sind derlei Drohungen."

Kohl leitete den Rückzug ein. Blüm habe doch mit dem ganzen Streit „angefangen"; er, Kohl, habe „durch stille

Hilfe für die Menschenrechte in Südafrika viel getan". Niemand mochte daran zweifeln, aber die Mitglieder des Präsidiums merkten, daß Kohl den Mund zu voll genommen hatte.

Der Bundeskanzler hatte geglaubt, wenn er Franz Josef Strauß, mit einem regierungsamtlichen Vermittlungsauftrag versehen, ins südliche Afrika schikke, könne er mit einem genialen Streich gleich mehrere Treffer landen. Kohl hatte sich die falschen Gegner ausgesucht, jetzt steht er als Tölpel da.

Erster Gewinner: Norbert Blüm. Gerade weil Strauß mit seiner Südafrika-Tour so viel Verwirrung gestiftet hatte, kann Kohl seinem Arbeitsminister nicht mehr verbieten, nunmehr den Buren die offizielle Regierungslinie zu verkünden.

Kohl wollte mit seiner Kritik nicht nur Blüm treffen, sondern auch Heiner Geißler und Rita Süssmuth, die der CDU nach dem Chile-Besuch des Arbeitsministers eine Diskussion um die Menschenrechte eingebrockt hatten.

Diese Kampagne möchte Blüm jetzt in Südafrika fortsetzen. Frohgemut läßt er überall wissen: „Ich fahre." Und der Kanzler muß erklären, er habe sein Reiseverbot „unter den damaligen Umständen" verhängt.

Auch Strauß hat dem Kanzler wieder einmal seine Grenzen gezeigt. Kohl dachte wohl, er könne den ewigen Widersacher mit seinem Reisesegen zugleich disziplinieren. War Strauß nicht gerade aus Moskau mit den erstaunlichsten Erkenntnissen zurückgekehrt?

Irrtum. Zwar berichtete Kohl intern von einer wunderlichen Einsicht: Strauß erwarte von der Regierung Pieter Willem Botha keine Änderung ihrer Politik, wohl aber die Anerkennung des ANC, der bislang verbotenen Opposition, und er habe sogar die „Hoffnung", der prominenteste Gefangene, Nelson Mandela, werde demnächst freigelassen.

In Südafrika aber hatte Strauß genüßlich alle Bonner Tabus verletzt. Die Reise, als Vermittlung zwischen Schwarzen und den regierenden Weißen angelegt, wurde zu einem reinen Freundschaftsbesuch beim Rassisten-Regime.

Nach seiner Rückkehr ließ Strauß sich in der Unionsfraktion feiern. „Die Riege Geißler, Blüm und Süssmuth hatte ein Mienenspiel", beobachtete ein Teilnehmer, „als hätte man ihnen einen Einlauf gemacht."

Der CSU-Mann heimste sogar großen Beifall ein, als er trotzig verkündete, er sei „ein freier Mann" und müsse sich seine Reise nicht „vom Bischof absegnen lassen".

Danach gab es nur zwei Wortmeldungen. Der CSU-Abgeordnete Ortwin Lowack warf der Bundesregierung vor, sie betreibe Südafrikapolitik auf der Linie Moskaus. Der Parlamentarische Staatssekretär im Entwicklungshilferessort, Volkmar Köhler, berichtete von einer Konferenz der Frontstaaten, daß Strau-

„Strauß vertritt, was wir ablehnen"

SPIEGEL-Interview mit dem Schwarzsüdafrikaner Neville Alexander

Der Historiker und Germanist Neville E. Alexander, 51, ehemals Stipendiat der Humboldt-Stiftung, ist einer der führenden Erziehungswissenschaftler Südafrikas. Zehn Jahre lang saß er wegen „Verschwörung zum Zweck der Sabotage" auf der Strafgefangenen-Insel Robben Island.

SPIEGEL: Herr Alexander, Franz Josef Strauß kam zur „fact finding mission" ins südliche Afrika. Hätten Sie ihn treffen wollen?

ALEXANDER: Ganz bestimmt nicht. Herr Strauß vertritt alles, was wir ablehnen. Er ist ein Freund der südafrikanischen Regierung. Gerade jetzt, während des Notstandes, da alle Oppositionskräfte zusammengeschlagen werden, wollen wir mit einem solchen Politiker nichts zu tun haben. Herr Strauß ist – das hätte Herr Kohl wissen müssen – kein guter Sonderbotschafter in einer solchen Situation. Aber der Bundeskanzler hat offenbar kein Verständnis für die Polarisierung, die in Südafrika während der letzten zwei, drei Jahre stattgefunden hat.



Strauß-Kritiker Alexander
„Kohl hat kein Verständnis"

SPIEGEL: In den letzten zwei Jahren sind zwei westliche Besucher von Statur als Vermittler ans Kap gekommen. Beide, der britische Außenminister Sir Geoffrey Howe und Willy Brandt, scheiterten mit ihren Appellen an die Vernunft.

ALEXANDER: Westliche Politiker verstehen die südafrikanische Situation nicht. Sie irren sich, wenn sie glauben, daß die Regierung noch für eine Verhandlungspolitik offen sei. Dies ist das Regime einer aristokratischen Kaste. Historisch gesehen, werden die Machthaber letztlich gewiß gestürzt – aber das kann noch 20 Jahre dauern.

SPIEGEL: Strauß verlangt, der Westen dürfe die Botha-Regierung nicht boykottieren, sondern müsse sie im Gegenteil durch verstärktes wirtschaftliches Engagement im sogenannten Reformkurs bestärken.

ALEXANDER: Die Isolierung des Regimes ist eine Folge der Apartheid. Bei Sanktionen sollte man aber selektiv vorgehen, um nicht die schwarzen Südafrikaner und die Nachbarstaaten zu ruinieren.

SPIEGEL: Strauß hat nach seiner Reise gesagt, wesentliche Veränderungen der südafrikanischen Politik seien nicht zu erwarten, wohl aber weitere Reformschritte. Wie beurteilen Sie das?

ALEXANDER: Was soll man unter Reform verstehen? Sicher wird es im Rahmen der Regierungsideologie sogenannte Reformen geben. Man wird der schwarzen Mittelklasse Konzessionen machen, die der Arbeiterklasse aus ökonomischen Gründen vorenthalten bleiben. Auch im Erziehungswesen sind Maßnahmen zu erwarten, um Schwarze in die Mittelklasse zu kooptieren.

SPIEGEL: Strauß hätte demnach ein bißchen recht?

ALEXANDER: Erforderlich sind keine oberflächlichen Zugeständnisse, sondern radikale Veränderungen der rassistischen und zum Teil auch der kapitalistischen Strukturen.

SPIEGEL: Strauß hat auch den Eindruck gewonnen, das Regime wolle den Schwarzen-Führer Nelson Mandela freilassen.

ALEXANDER: Die gestellten Bedingungen sind unannehmbar: Mandela soll sich verpflichten, gewaltsame Aktionen zur Durchsetzung politischer Ziele weder zu planen noch anzustiften oder auszuführen. Er muß aber bedingungslos freigelassen werden. Alles andere wäre nach 25 Jahren Haft eine Erniedrigung.

SPIEGEL: Wie lautet Ihr Fazit?

ALEXANDER: Schwarze Aktivisten – und ich spreche nicht unbedingt von Radikalen – glauben nicht mehr, daß die Bundesrepublik auch nur ein kleines Interesse am Wohl der Schwarzen hat.

ßens „realistische Politik“ mehr und mehr an Boden gewinne.

Als Sieger dürfen sich schließlich auch der Außenminister und mit ihm die von Strauß „geisteskrank“ geschriebenen FDP-Abgeordneten Gerhart Baum und Burkhard Hirsch fühlen.

Kohl hatte, wie seine Mitarbeiter wissen, Hans-Dietrich Genscher durchaus einen Dämpfer verpassen wollen. „Jetzt aber gibt es bei uns, was Südafrika angeht, eine größere Einigkeit als je zuvor“, freut sich Baum. „Und das haben wir Strauß zu verdanken.“

Im FDP-Parteivorstand am vergangenen Montag fielen alle über Strauß her, machten aber zugleich den Kanzler-Dilettantismus für das ganze Debakel verantwortlich.

Mit großem Ernst meldete sich auch der Ex-Bundespräsident Walter Scheel zu Wort. Scheel, ehemals auch Außenminister, warnte vor einer „gefährlichen Entwicklung“: Landesfürsten dürften sich nicht in auswärtige Angelegenheiten einmischen, sonst werde eine heillose Verwirrung angerichtet. Der Chef der „Jungen Liberalen“, Guido Westerwelle, wurde drastisch: „Bundespräsident von Weizsäcker und der Außenminister müssen jetzt wieder aufbauen, was Strauß und Kohl mit dem Hintern eingerissen haben.“

Im Koalitionsgespräch letzten Mittwoch machte auch FDP-Chef Martin Bangemann dem Kanzler ganz in diesem Sinne Vorhaltungen. Die FDP habe ja keinen Ministerpräsidenten, suchte Kohl abzuwiegeln, da hätten die Liberalen gut reden. Bangemann spitz: „Und wenn wir welche hätten, würden die so was nicht machen.“

Genscher selber schwieg beharrlich – „aus Loyalität zum Kanzler“, wie seine Gehilfen streuen. In Wahrheit blieb der Taktiker still, weil er sicher sein konnte, andere würden Strauß schon in die richtige Ecke stellen, und am Kanzler bleibe, was Genscher durchaus recht ist, schließlich alles hängen. Intern wurde Genscher gleich nach der Strauß-Rückkehr aktiv: Er drängte den Kanzler, er müsse in der aktuellen Stunde die amtliche Südafrika-Politik der Regierung bestätigen.

Im Plenum am Donnerstag brüskierte der Außenminister dann auf feinsinnige Weise den Kohl-Kundschafter, indem er dessen Namen nicht einmal erwähnte. Man müsse eben, steuerte FDP-Mann Ulrich Irmer als Verständnishilfe bei, „zwischen den Ohren hören“ können. Der Kanzler aber gab abredegemäß zu Protokoll, die „Grundlinien der Bonner Afrika-Politik“ seien weiter gültig, Strauß habe „keine Regierungsverhandlungen“ geführt.

Aus Genschers Sicht war damit das Ziel erreicht. Bonns Botschafter draußen in aller Welt erhielten noch am selben Tag Order, die Kanzlerworte sofort zu verbreiten.

Wie man richtig mit einem Mann wie Botha umgeht, dafür weiß Genscher ein gutes Beispiel: Vor Jahren, als er mit seinen Kollegen aus den USA, Frankreich, Großbritannien und Kanada – vergeblich – die Unabhängigkeit Namibias voranzutreiben suchte, habe der Buren-Präsident einem westlichen Außenminister nach dem anderen das bevorstehende Ende der Amtszeit vorausgesagt. Doch bevor der boshafte Gastgeber die Genscher-Dämmerung prophezeien konnte, kam ihm sein Gast aus Bonn zuvor. Genscher: „Ich schlug mit der Faust auf den Glastisch, daß die Weingläser tanzten, und verließ den Raum.“



Südafrika-Besucher Strauß, Gastgeber*: „Nicht vom Bischof absegnen lassen“

* Mit Kirchenvertretern Johan Heyns, Pierre Rossouw in Johannesburg.

EG

Umschlagen ins Patt

Unter deutscher Präsidentschaft streiten die Europäer diese Woche auf ihrem Gipfel weiter über Geld.

In vertrauter Runde wogen am vergangenen Montag die Spitzenleute der Bonner Regierung ihre Chancen für den EG-Gipfel in dieser Woche ab. Gelingt das Brüsseler Treffen der europäischen Regierungs- und Staatschefs? Oder geht es daneben, wie der letzte Gipfel in Kopenhagen?

Auf „55:45“ taxierte Kanzler Helmut Kohl im Koalitionsgespräch die Erfolgsaussichten. Außenminister Hans-Dietrich Genscher stimmte ihm kopfnickend zu. „Aber“, so versuchte der Pfälzer sich an der deutschen Sprache, „die fünf Prozent können auch ins Patt umschlagen.“ Dann werde erst der nächste Gipfel, im Juni in Hannover, die Lösung der offenen Probleme bringen.

Kohl, den Eindruck hatten Teilnehmer der Runde, fände einen Fehlschlag in Brüssel nicht einmal so schlimm. Gewiß, das würde dem Ansehen in Europa schaden; denn den Deutschen, die bis zur Jahresmitte die EG-Präsidentschaft innehaben, fällt diesmal die Vermittlerrolle zu.

Andererseits aber sei eben kein Kompromiß denkbar, der die deutschen Bauern zufriedenstellen könnte. Angesichts bevorstehender Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg wäre da ein weiteres Vertagen vielleicht die angenehmste Lösung.

Die Balance zwischen außenpolitischen Wünschen und innenpolitischen Notwendigkeiten ist schwer zu finden. Ein „Aktivposten für Europa“ sollte das Halbjahr werden, in dem Kohl turnusmäßig den Vorsitz in der Runde der zwölf Regierungschefs innehat.

„Das Menschenmögliche“ wollte der Kanzler tun, „daß Brüssel ein Erfolg wird“. Im Moment sieht es nicht danach aus, und das liegt nicht zuletzt an den Deutschen selbst.

Seit die Regierungschefs der Zwölfergemeinschaft Anfang Dezember ihr geselliges Beisammensein in Kopenhagen ergebnislos abbrachen, sind Massen von Papier beschrieben worden. Politiker und ihre Emissäre sind kreuz und quer durch Europa gereist. Landwirtschafts- und Außenminister haben sich tage- und nächtelang eingesperrt. Aber gebracht hat es nichts.

Die selbst für EG-Verhältnisse erstaunliche Geschäftigkeit dreht sich, natürlich, ums Geld – darum, wie bei den Agrarmilliarden gespart werden kann, wieviel Geld der reiche Norden Europas für den armen Süden freigibt.

Die EG-Partner verbissen sich unter der Führung des Bonner Kanzlers in

immer neue strittige Details. Entsetzt berichtete der holländische Außenminister Hans van den Broek über die zweitägige Klausur der Außenminister Anfang vergangener Woche in Brüssel: „Da flogen nur Zahlen und Papiere über die Tische."

Sein Regierungschef, Ruud Lubbers, beklagte daheim vor Freunden, wer nach seiner Meinung die Verantwortung für die Misere trägt: Helmut Kohl, der nicht vermitteln kann, weil er mit seinen Agrarinteressen viel zu sehr Partei ist.

Die meisten EG-Regierungen richten sich inzwischen darauf ein, Ende dieser Woche ergebnislos aus Brüssel abzureisen. Er sei „sehr pessimistisch", bekennt der dänische Außenminister Uffe Ellemann-Jensen. „Sehr unsicher" fühlt sich der Ministerpräsident Luxemburgs, Jacques Santer.



Getreideüberschuß-Lager: „Zahlen und Papiere flogen über die Tische"

Nur wenn Kohl ein großzügiges Bauernopfer bringt, wäre der Gipfel noch zu retten. Es geht für die Deutschen vor allem um Weizen und Raps. Bei beiden Produkten will die Kommission die produzierten Mengen senken. Wenn die Bauern mehr ernten als in Brüssel beschlossen, gibt es nicht die staatlich garantierten Preise.



Europa-Kontrahenten Kohl, Margaret Thatcher*
„Die Dame ist reizvoll"

Kohl und sein Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle sind bei den Verhandlungen darauf aus, die Schwelle für die Preissanktionen so hoch zu legen, daß sie möglichst niemals greifen.

Statt schon bei 158 Millionen Tonnen Getreide den Ankauf bei den Interventionsstellen zu drosseln, wie die EG-Kommission vorschlägt, soll dies den deutschen Bauern zuliebe erst bei einem Getreideberg von 160 Millionen Tonnen geschehen. Angesichts einer Getreideernte von zuletzt 154 Millionen Tonnen (1986) müßten die Weizenproduzenten Kiechles Vorschlag wirklich nicht fürchten. Eine Entlastung der EG-Kasse gäbe es aber auch nicht.

Der Bonner Bauernminister hat noch eine andere Idee, wie er seine Klientel halbwegs bei Laune halten kann: Die Preisabschläge bei zu hohen Überschüssen sollen nicht schon – wie von der EG-Kommission vorgeschlagen – in diesem, sondern erst im nächsten Jahr gelten.

Bei ihrem Anti-Reform-Kurs bauen die Deutschen auf den Beistand der Franzosen. Auch die Pariser Regierung mag es, so kurz vor den französischen Präsidentschaftswahlen, mit ihren Getreidebauern nicht verderben.

Rest-Europa hält dagegen. Briten und Niederländer vor allem sind entschlossen, die überbordenden Agrarausgaben endlich in den Griff zu bekommen. Die Südländer Griechenland, Portugal und Spanien drängen auf Einschränkung des Landwirtschaftsbudgets, damit mehr für die Stärkung ihrer Wirtschaft übrigbleibt.

Das Geld für diese Zwecke kommt aus den sogenannten Regional- und Sozialfonds. Über deren Ausstattung herrscht völlige Uneinigkeit.

Die Spanier bestehen hartnäckig auf einer Verdoppelung der Mittel auf beachtliche 28 Milliarden Mark, so wie es ihnen ursprünglich versprochen worden war. Die Briten und Franzosen hingegen wollen allenfalls eine 40prozentige Steigerung hinnehmen.

Weil der spanische Außenminister dieses Angebot für „völlig unakzeptabel" hielt, flog Genscher am Freitag vergangener Woche zu einem Kurzbesuch nach Madrid, um die Spanier umzustimmen.

Auch von den sonst vergleichsweise Europa-treuen Italienern ist diesmal Widerstand zu erwarten. Die Hilfsgelder sollen künftig nur noch für besonders notleidende Regionen fließen, Italien müßte auf liebgewonnene Segnungen aus der EG-Kasse verzichten.

Und nicht nur das: Wenn die nationalen Zahlungen an die EG-Kasse sich demnächst stärker am tatsächlichen Wohlstand eines Mitgliedslandes orientieren, müßte Italien bis zu 3,6 Milliarden Mark mehr nach Brüssel abführen. Das akzeptieren die Römer – bislang – nicht. Genscher erkannte: „Das ist für die eine dogmatische Frage."

Kohl und Genscher sind hoffnungsfroh, daß sie die Italiener durch Kompromißlösungen doch noch befrieden können. Für die Engländer haben sich die Bonner eine Spezialbehandlung ausgedacht.

Während der deutsche Kanzler die spröde Britin Margaret Thatcher öffentlich geradezu anhimmelt und, wie vorige Woche in London, den „Charme" von „Margaret" lobt, versucht er seit Wochen hinter den Kulissen die Lady im EG-Kreis zu isolieren.

Noch glaubt Kohl, das sei ihm gut gelungen. Im Koalitionskreis witzelte er vorige Woche, „die Dame" sei schon „reizvoll". Kohl spöttisch: Er wünsche ihr „viel Erfolg", wenn sie in Brüssel gewohnt forsch rangehe.

London nimmt die Bonner Strategie britisch unterkühlt und durchaus amüsiert auf. Ein Thatcher-Helfer: Bonn werde letztlich nachgeben, „wie das bisher immer der Fall gewesen ist". ◆

* Auf der Pressekonferenz nach Kohls London-Besuch am Dienstag voriger Woche.

Friedhof des Denkens

Die Abschiebung des Liedermachers Krawczyk in den Westen hat die Protestbewegung in der DDR nicht gestoppt. Tausende solidarisieren sich landesweit; die Kirche berät Ausreisewillige.

Zwei Wochen lang setzte die SED-Führung auf Härte, dann, am Montag letzter Woche, entschied sich Erich Honecker zum Nachgeben. Bis zum Wochenende, verlangte der SED-Generalsekretär, sollte das Spektakel um die im Sog der „Kampfdemonstration“ für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 17. Januar verhafteten Bürgerrechtler aus der Welt sein.

Einen Tag später, nach der Sitzung des Politbüros am vergangenen Dienstag, verkündete Honeckers diskreter Spezialist fürs Humanitäre, der Ost-Berliner Anwalt Wolfgang Vogel, in den nächsten Tagen kämen alle Inhaftierten frei, auch jene, die unter dem Verdikt des Landesverrats im Gefängnis Hohenschönhausen des Staatssicherheitsdienstes (Stasi) einsäßen. Und ein jeder dürfe frei wählen, wohin er entlassen werden wolle – in den Osten oder in den Westen.

Honeckers Linie, die peinliche Affäre um die Bürgerrechtler mit einer großherzigen Geste aus den Schlagzeilen zu schaffen, hatte sich im SED-Führungszirkel durchgesetzt – so schien es.

Die Ankündigung Vogels, triumphierten Dissidenten in Deutsch-Ost und konservative Kommentatoren in Deutsch-West, bedeute eine böse Schlappe für die Betonköpfe im Sicherheitsapparat der SED. Die breite Solidarisierung innerhalb der DDR – in über 30 ostdeutschen Städten fanden letzte Woche Fürbittgottesdienste für die Eingeschlossenen von Hohenschönhausen statt – sowie das verheerende internationale Echo hätten die Besonnenen im Politbüro die Oberhand gewinnen lassen. Die Entwarnung kam zu früh. Honecker hatte seinen eigenen Freiraum überschätzt.

Als Vogel die Freigabe aller Arretierten ankündigte, waren die beiden wichtigsten Hoffnungsträger der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegung bereits auf dem Weg in den Westen. Der Liedermacher Stephan Krawczyk und seine Ehefrau Freya Klier hatten sich tags zuvor, am 1. Februar, zum Weggang entschlossen. Da sie keine Hoffnung auf Demokratisierung in ihrem Land hätten, so begründeten die beiden ihren von Freya Klier formulierten „Antrag auf Wohnsitzwechsel in die BRD und auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR“, sähen sie sich schweren Herzens gezwungen, die DDR zu verlassen.

Bereits 24 Stunden später fanden sich die beiden im Westen wieder – samt Freyas 15jähriger Tochter Nadja und dem 21jährigen Bert Schlegel, Mitarbeiter der Umweltbibliothek der Ost-Berliner evangelischen Zionsgemeinde, der einen Tag vorher als unerwünschter Teilnehmer am Umzug vom 17. Januar wegen „Zusammenrottung“ zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Er hatte bereits vor längerer Zeit einen Ausreiseantrag gestellt. Nur acht Tage hatte die Staatssicherheit gebraucht, um eines ihrer wichtigsten Ziele zu erreichen: eine Destabilisierung der DDR-Bürgerrechtsbewegung und eine Demontage der beiden Galionsfiguren.



DDR-Besucher Lambsdorff, Gastgeber Honecker*: „Keine Verschärfung“

Der rasche Erfolg verleitete die Strategen im Ministerium für Staatssicherheit offenbar zu einem Fehlschluß: Seien die Protagonisten Krawczyk und Klier erst einmal außer Landes, werde das Sympathisanten und Protestler im ganzen Land entmutigen, vor allem aber die übrigen fünf unter dem Vorwurf des Landesverrats einsitzenden Bürgerrechtler von der „Initiative für Frieden und Menschenrechte“ – Bärbel Bohley, Werner Fischer, Ralf Hirsch sowie das Ehepaar Regine und Wolfgang Templin – zum Wechsel in den Westen veranlassen. Ein solcher Exodus würde die hausgemachte Opposition für lange Zeit lähmen; die SED hätte wieder Luft.



DDR-Anwalt Vogel
„Wohnort frei wählen“

Die rosigen Aussichten bestimmten die Politbürokraten, dem sanften Kurs ihres Generalsekretärs zu folgen. Den für die Ökonomie zuständigen Genossen Günter Mittag zog Honecker mit dem Hinweis auf seine Seite, Bonn wolle die Milde großzügig honorieren. Die Bundesregierung hatte bereits am Wochenende zuvor Anwalt Vogel beauftragt, für die Inhaftierten tätig zu werden.

Doch als sich herausstellte, daß die fünf von Hohenschönhausen hartleibiger waren als gedacht, spielten die für Sicherheit und Justiz verantwortlichen Funktionäre in der SED-Führung nicht mehr mit. Eine sofortige Entlassung von Leuten, die immerhin eines Staatsverbrechens beschuldigt seien, ohne Prozeß und Urteil desavouiere die Rechtsprechung der DDR und untergrabe das Vertrauen der regimetreuen Bürger in die realsozialistische Justiz. Die Heimkehr der fünf an Wohnung und Arbeitsplatz werde sie zudem zu Helden des Widerstands stilisieren. Den Argumenten konnte sich auch Erich Honecker nicht entziehen, er blies zum Rückzug.

Sein Vertrauter Vogel teilte am Donnerstag seinem Dauerpartner, dem

* Mit dem Ständigen Vertreter der Bundesrepublik in Ost-Berlin, Hans-Otto Bräutigam.

„Eine Art von Selbstverstümmelung“

Der Schriftsteller Jurek Becker über das Autoritätsgehabe der SED-Führung

Jurek Becker, 50, Schriftsteller, lebt seit zehn Jahren mit einem gültigen DDR-Paß in West-Berlin; er wurde 1977 nach einem Protest gegen die Ausweisung von Wolf Biermann aus der SED ausgeschlossen.

In beinah regelmäßigen Abständen und ohne erkennbare Not unterzieht sich die DDR einer schweren Tortur, einer Art von Selbstverstümmelung: Als stehe sie unter einem bösen Zwang, straft sie dann ein paar ihrer Leute für deren Ungehorsam ab, offenbar in der Überzeugung, nur so eine Ausbreitung des Ungehorsams verhindern zu können.

Aber ihr, der Staatsmacht, Glaube an die Nützlichkeit solcher Handlungsweise sitzt nicht tief. Nach kurzer Zeit hält sie meistens inne, hört mit ihrem Autoritätsgehabe auf oder wird doch zumindest weniger streng, ja, möchte auf einmal für besonders großzügig gehalten werden; jedenfalls steht sie dann plötzlich ratlos da, so wie jetzt wieder, an einen Anfallkranken erinnernd, der sich an den Kopf greift und nicht verstehen kann, was er schon wieder angerichtet hat.

Daß diese Situation immer wiederkehrt, hat vor allem einen Grund: das Fehlen zuverlässiger Regelungen, an die sowohl die Bürger wie auch die Regierenden sich halten könnten beziehungsweise müßten. Entweder entscheidet die Partei in solchen Fällen nach Opportunitätsgesichtspunkten (die sich andauernd ändern), oder die Justizbehörden müssen auf Paragraphen zurückgreifen, die sie am liebsten nur flüsternd nennen würden, weil sie wie Petrefakte aus einer juristischen Vorzeit wirken: Rowdytum, Herabminderung, Staatsverleumdung, Zusammenrottung.

Zwar gibt es Verfassungsregeln, die die Rede-, Demonstrations- und Bewegungsfreiheit garantieren, aber die sind eher zum Vorzeigen als zum Anwenden bestimmt. Die Bürger wissen genau, daß ihr Staat es als Provokation auffaßt, wenn sie sich darauf berufen, und die Partei denkt nicht daran, sich von der Vorstellung zu trennen, daß ihr (häufig wechselnder) Wille oberstes Gesetz ist. Von der Erkenntnis, daß sie Abweichler gewähren lassen muß, daß sie ihnen wohl die Zuneigung verweigern kann, sonst aber nichts, ist sie weit entfernt. Lieber schüchtert sie aufsässige Bürger ein und folgt ihrem Ideal von einer Bevölkerung mit Händen an der Hosennaht.

Man sollte der Partei glauben, wenn sie von sich behauptet, mit einer Stimme zu sprechen und von einem Willen beseelt zu sein. Was in den letzten Tagen und Wochen geschehen ist, hat sich bestimmt nicht nur mit zähneknirschender Billigung der Parteiführung zugetragen, sondern auf deren Initiative hin. Wenn es nicht so wäre, dann müßte man ja annehmen, daß zuerst die einen im Politbüro die Oberhand gehabt hätten und dann die anderen. Wo sollte es einen Beweis dafür geben?



DDR-Bürger Becker
„Totenstille statt Diskussion“

Falls es tatsächlich jemanden in der Parteiführung gibt, der die Verhaftungen, Verurteilungen und Drangsalierungen der jüngsten Zeit für fragwürdig hält oder mißbilligt, so wird man von seiner Existenz nur auf einzige Weise erfahren können: Indem er mit seiner abweichenden Meinung an die Öffentlichkeit geht. Indem er also genau das tut, wofür die DDR soeben einige junge Leute vor Gericht gestellt hat. Darum geht es ja gerade, daß Meinungsverschiedenheiten *ausgetragen* werden, nicht heimlich, nicht unter dem Teppich, nicht hinter verschlossenen Türen, sondern vor den Augen derjenigen, in deren Auftrag man angeblich regiert und denen man angeblich Rechenschaft schuldig ist.

Vor allem damit plagt sich zur Zeit Gorbatschow in der Sowjet-Union ab: die Menschen aus ihrer Kritik- und Denkstarre zu erlösen, aus ihrer Lethargie. Er tut es in der Erkenntnis, daß anders ihre Mitarbeit und ihre Kreativität nicht zu kriegen sind, daß nur so aus Mitläufern Verbündete gemacht werden können. Noch sind die Erfolge dabei nicht überwältigend, aber schon jetzt hätte ein Drittel der Sowjetbürger Strafverfahren wegen Zusammenrottung oder Staatsverleumdung am Hals, wenn dort die DDR-Regeln gelten würden.

In der DDR gibt sich die Partei weiter mit Lippenbekenntnissen zufrieden, mit einer allgemein geheuchelten Zustimmung. Es erscheint ihr zu riskant, ihre Beschlüsse einer öffentlichen Kritik auszusetzen, sie zieht die Totenstille einer Diskussion vor, an deren Ende bessere Beschlüsse stehen könnten. Es genügt ihr, alle vier Jahre von 99,8 Prozent der Bevölkerung gewählt zu werden, der ja keine andere Möglichkeit bleibt, ihre Interesselosigkeit und ihre Gleichgültigkeit zu bekunden.

Einen nützlichen Nebeneffekt hatte die ganze Affäre vielleicht doch: Im Jahr 1984 veranstaltete die US-Armee auf ihrem Flughafen Tempelhof in West-Berlin einen Tag der offenen Tür. Wie üblich, kamen sehr viele Besucher, kaum weniger als zu der Kampfdemonstration zum Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Plötzlich standen zwölf Mitglieder einer evangelischen Kirchengemeinde, zwölf junge Leute, neben einem der Militärflugzeuge, zündeten Kerzen an und protestierten auf diese Weise gegen das ausgestellte Kriegsgerät.

Ihnen wurde vor einem West-Berliner Gericht der Prozeß gemacht, wegen Hausfriedensbruchs und wegen Verstoßes gegen ein alliiertes Gesetz über die Bannmeile. In erster Instanz sprach das Gericht sie frei, doch das mochte die Staatsanwaltschaft nicht hinnehmen und betrieb hartnäckig ein Berufungsverfahren. Die Sache ist bis heute nicht entschieden. Nun endlich, wohl unter dem Eindruck der Vorgänge in der DDR, scheint der Staatsanwalt bereit, der Verfahrenseinstellung zuzustimmen. Aber welch ein Aufwand!

Staatssekretär im Innerdeutschen Ministerium Ludwig Rehlinger, mit, er lege sein Mandat nieder.

Den äußeren Anlaß für den Absprung lieferte dem Anwalt das Ehepaar Krawczyk/Klier. Einen Tag nach ihrer Ankunft in der Bundesrepublik verlas der Barde im Fernsehen einen vorformulierten 16-Zeilen-Text, er und seine Frau seien keineswegs freiwillig gegangen und wollten möglichst schnell wieder heim.

Das Statement irritierte die Funktionäre von Staat und Kirche gleichermaßen: In einem Gespräch mit Vogel und dem Bischof der Berlin-Brandenburgischen Kirche, Gottfried Forck, so bekundeten Vogel und Forck einhellig, hätten Freya Klier und Stephan Krawczyk ohne jede Beeinflussung von ihrer Seite erklärt, sie wollten aus eigenem Entschluß gehen. Außerdem hätten sich beide verpflichtet, drüben den Mund zu halten, bis alle Inhaftierten frei seien.

Der Synodalpräses der Berlin-Brandenburgischen Kirche, Manfred Becker, und der Dissidenten-Anwalt Wolfgang Schnur schoben dem Paar öffentlich die Schuld für die Wende zum Schlechteren zu; sie hätten besser schweigen sollen. Die Attackierten halten dagegen, die DDR habe die vereinbarte Diskretion gebrochen, weil sie mit Hilfe der Ausreise-Nachricht die einsitzenden Bürgerrechtler beeinflussen wollte: „Wir können nichts dafür, daß die noch sitzen" (siehe SPIEGEL-Gespräch Seite 27).

Die Oberen der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg fanden sich letzte Woche in einer prekären Situation. Krawczyks Weggang hat die DDR-weite Bewegung von Protest und Solidarität bisher nicht gestoppt. Im Gegenteil: Im ganzen Land sammelten sich wieder Tausende bei Fürbittgottesdiensten. In einem „Kontaktbüro" der Kirche in Ost-Berlin häuften sich Solidaritätsadressen. Für die Inhaftierten und deren Angehörige gingen für DDR-Verhältnisse erstaunliche Spendensummen ein, 10 000 Mark an einem einzigen Tag.

In der Provinz gab es bemerkenswerte Beispiele öffentlichen Bürgermuts: In Quedlinburg stellte ein Arbeiter ein Bild von Krawczyk ins Fenster, dazu eine brennende Kerze. In Rudolfstadt hängte ein Busfahrer ein Schild an die Scheibe „Freiheit für Vera Wollenberger", eine der wegen „Zusammenrottung" am Luxemburg-Liebknecht-Fest zu sechs Monaten verurteilten Bürgerrechtlerinnen.

Waren in die Ost-Berliner Gethsemane-Kirche am vorletzten Samstag 2500 Menschen geströmt, verstopften am Donnerstag zwischen 3000 und 4000 das Gotteshaus, Hunderte fanden keinen Einlaß. Die Kirche knisterte; etwa, als der Ost-Berliner Lyriker Uwe Kolbe – einer der wenigen DDR-Literaten, die sich bislang zu den Aktionen gegen die Bürgerrechtler geäußert haben – gegen die Intoleranz der DDR-Obrigkeit sprach: „Unsere Regierung gestattet sich Toleranz gegenüber Franz Josef Strauß. Wer aber Toleranz gegenüber der freien Meinungsäußerung fordert, stößt an die Grenzen der Zensur."

Die Regierenden, so Kolbe unter brausendem Beifall, seien dabei, die DDR „in einen Friedhof des selbständigen Denkens zu verwandeln". Und dann erklärte der 31jährige Lyriker, der zu den privilegierten Künstlern mit West-Visum gehört, seinen Beitritt zur „Initiative für Frieden und Menschenrechte".

Aufgeladen wird die Stimmung durch eine Gruppe, die nur ein Ziel hat. Immer mehr DDR-Bürger wollen im Sog der Bürgerrechtsbewegung schneller in den ersehnten Westen gelangen. Bei einem Gottesdienst am vergangenen Dienstag im Stadtteil Friedrichsfelde konnten „Ausreiser" (DDR-Jargon) nur mühsam gehindert werden, vor der Kirche eine Kerzendemo zu veranstalten. Nach dem Gebetsmeeting in Gethsemane am Donnerstag hatten die Veranstalter Mühe, einen Trupp Antragsteller vom Protestzug durch die Straßen abzuhalten.

Die Kirchenführer fürchten, die Lage sei nicht mehr lange unter Kontrolle zu halten, und sie fordern, der Staat müsse rasch Druck aus dem Kessel nehmen. Die Kirche wirkt mit: Die Ober-Protestanten helfen den Protestlern; letzte Woche richtete die Kirche ein Büro ein, in dem Antragsteller beraten und „seelsorgerlich begleitet" werden – auf das Risiko hin, daß die Kirche nun eine Agentur für Ausbürgerung aus der DDR zu werden droht.

Erich Honecker seinerseits ließ am Donnerstag letzter Woche erkennen, daß er an einer Beschädigung der Kirche kein Interesse hat: Gegenüber seinem Gast aus der Bundesrepublik, dem FDP-Abgeordneten Otto Graf Lambsdorff, lobte der Staatsratsvorsitzende ausdrücklich die Rolle der Kirche, beklagte die „bewußten und vorsätzlichen Störungen" der Luxemburg-Demo, die „Gesetzesverstöße" gewesen seien, und vermittelte dem Besucher den Eindruck, er sei gegen eine weitere „Verschärfung der derzeitigen Situation".

Aus guten Gründen: Das internationale Echo lädiert zunehmend Honeckers Außenpolitik. Letzte Woche übermittelten die in Ost-Berlin akkreditierten Botschafter der USA, Großbritanniens und Frankreichs der DDR-Regierung ihr Befremden über den Umgang des SED-Regimes mit Andersdenkenden.

Sehr groß ist der Spielraum des Generalsekretärs allerdings nicht. Mit der Sicherheitsfraktion im Politbüro verständigte sich Honecker auf folgende Linie: Entweder stellen die unter dem Verdacht des Landesverrats einsitzenden Bürgerrechtler einen Ausreiseantrag. Dann werden sie sofort Richtung Westen abgeschoben.

Oder aber die Ermittlungsverfahren werden durchgezogen bis zu Prozeß und Urteil. Erst danach könne man über Milde reden, etwa über Bewährung oder einen Gnadenakt des Staatsoberhauptes.

Zur zweiten Variante wird es nicht kommen. Die Stasi erreichte Ende letzter Woche ihr Ziel: Alle fünf verließen das gelobte Land des realen Sozialismus „freiwillig".

Erst durften Hirsch und das Ehepaar Templin, so meldete die DDR-Nachrichtenagentur ADN am Freitag abend triumphierend, in die Bundesrepublik reisen, dann auch Bärbel Bohley und Fischer. Die Freilassung der letzten drei, unter ihnen Vera Wollenberger, stand kurz bevor.

DDR-Anwalt Schnur: „Die beiden hätten schweigen sollen"



Künstler-Ehepaar Freya Klier, Krawczyk beim SPIEGEL-Gespräch*: „Wenn ihr nicht geht, dann wird sich nichts bewegen"

„Ein schwerer Rückfall in die fünfziger Jahre"

Die DDR-Protestler Freya Klier und Stephan Krawczyk über ihre Ausreise in den Westen

SPIEGEL: Frau Klier, Herr Krawczyk, sind Sie freiwillig in den Westen gekommen?

KRAWCZYK: Nein.

SPIEGEL: Sie fühlten sich von den DDR-Behörden unter Druck gesetzt?

KLIER: Ja, von Anfang an, durch die Tatbeschuldigung und Verhaftung.

KRAWCZYK: Natürlich wird man unter Druck gesetzt, wenn man verhaftet wird. Ich wurde verhaftet, weil ich mein Recht auf Meinungsfreiheit wahrnehmen und an der Luxemburg-Demonstration am 17. Januar mitwirken wollte. Ich habe durch Luxemburg-Zitate in meinen Programmen 1985 Berufsverbot bekommen. Brecht schrieb mal: „So nützten sie sich, indem sie Lenin ehrten. Und ehrten ihn, indem sie sich nützten." Ich wollte mit meinem Transparent „Gegen Berufsverbote in der DDR" an der Demo teilnehmen. Ich bin davon überzeugt, daß das in der Gedankentradition von Rosa Luxemburg steht. Sie hätte die Künstler in der Zeit, in der sie lebte, und wenn sie die Staatsmacht gehabt hätte, das zu beeinflussen, am öffentlichen Meinungsstreit teilnehmen lassen. Das war ihr Interesse.

SPIEGEL: Haben Sie damit gerechnet, verhaftet zu werden?

KRAWCZYK: Wenn ich damit gerechnet hätte, wäre ich nicht hingegangen. Die Möglichkeit war gegeben, daß man uns – das ist ja schon öfter passiert – 24 Stunden festhält, um uns zu zeigen, wer die Hosen anhat.

SPIEGEL: Aber daß die Staatsmaschinerie so gewaltig zuschlägt mit dem Vorwurf der landesverräterischen Beziehungen, das hätten Sie sich nicht träumen lassen?

KRAWCZYK: Nee, das habe ich mir nicht träumen lassen. Ich wußte aber, als das Ermittlungsverfahren mit dem Vorwurf der „Zusammenrottung" und „Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit" und so weiter losging – das sind ja im Grunde ziemliche Belanglosigkeiten –, daß das Ermittlungsverfahren erweitert wird. Mir wurde klar, daß sie endlich den Vorwand gefunden haben, mich aus dem Verkehr zu ziehen.

SPIEGEL: Wußten Sie denn, daß damals an der Demonstration auch viele teilnehmen wollten, die vornehmlich *ein* Ziel hatten – nämlich in den Westen ausreisen zu können, denen es aber weniger um eine Reform der DDR-Macht- und Lebensbedingungen ging?

KRAWCZYK: Natürlich wußte ich das, und natürlich ist das deren legitimes Recht, an einer solchen Demo teilzunehmen, um ihre Angelegenheit zu befördern. Ich finde es bloß ausgesprochen schlitzohrig, daß die meisten von denen, die Ausreiseanträge gestellt haben, erst dann für irgendwelche politischen Freiheiten in der DDR eingetreten sind, als sie das Land verlassen wollten.

SPIEGEL: Fühlen Sie sich von denen mißbraucht?

KRAWCZYK: Ich wurde nicht gebraucht und demzufolge auch nicht mißbraucht.

KLIER: Das stimmt nicht, natürlich wurdest du mißbraucht. Das Problem Ausreise ist ja seit Jahren ein latentes Thema, aber es ließ sich tabuisieren, solange die Ausreisekandidaten vereinzelt waren. Als die Anfang September nun eine Gruppenform gefunden haben, entstand eine Kraft, die natürlich eine Gefahr bedeutet – denn die powern, die wollen raus um jeden Preis. Die Gruppe hat sich an Stephan gewandt, weil einige wußten, daß er eine intensive Beziehung zu Rosa Luxemburg hat. Er hat ihnen Zitate herausgesucht. Danach, im Knast, haben sie ihn maßlos belastet: Da sind alle in seine Nähe gerückt, in die Nähe des „Staatsfeindes Nummer 1". Stephan war für sie das Vehikel, die Startrampe in den Westen: Je enger sie dran sind, desto schneller kommen sie raus. Wir kennen das, viele Leute haben zu uns

* Das Gespräch führten die Redakteure Wolfram Bickerich und Bernd Kühnl in Hannover.



Protestsänger Krawczyk im Ost-Berliner Pfingstgemeinde-Haus (1987): „Kein Land, wo es nicht Probleme gäbe"

Kontakt aufgenommen – brieflich und telephonisch, damit sie dann schneller raus können, wenn sie Verbindung zu uns halten.

SPIEGEL: Hatten Sie am Dienstag letzter Woche überhaupt die echte Chance, auch in der DDR bleiben zu können?

KRAWCZYK: Nein.

SPIEGEL: Es gab kein derartiges Angebot?

KRAWCZYK: Nein.

SPIEGEL: Man hat Ihnen nur die Ausreise angeboten, und dann ging die Post ab?

KRAWCZYK: Damit die Form stimmt, mußten wir einen Antrag ausfüllen und natürlich auch begründen. Ich schrieb sinngemäß, daß ich als Künstler zweieinhalb Jahre unter Berufsverbot trotzdem die Arbeit fortgesetzt habe; nach meiner Verhaftung war klar, daß dieses Problem für die DDR gelöst werden muß, ich mit hohen Haftstrafen zu rechnen habe, der Paragraph sieht das vor. Wir schrieben, daß wir allerdings unser Leben sinnvoller nutzen wollen, nicht zum Märtyrer neigen und uns deshalb gezwungen sehen, den Ausreiseantrag zu stellen.

SPIEGEL: Sie sagten „gezwungen". Sie hatten keinerlei Gelegenheit, diesen Antrag nicht zu unterschreiben, also in der DDR bleiben zu wollen?

KRAWCZYK: Was ist die DDR? Ist die DDR der Knast? Eine freiwillige Entscheidung über Bleiben und Gehen ist nur außerhalb von Gefängnismauern möglich. In den Gesprächen unmittelbar vor unserer Ausreise – ich möchte nicht sagen mit wem – gab's keine Wahl zwischen etwas, sondern es wurde gesagt: Sie haben die Möglichkeit, morgen, 14.00 Uhr, in der Bundesrepublik zu sein. Es wurde nicht gesagt: Sie haben die Möglichkeit, im halben Jahr oder so, in der DDR zu sein. Alle Gespräche, die wir während der Vernehmungen und bei den Kontakten über den Anwalt hatten, liefen darauf hinaus, daß das Problem nicht anders gelöst werden kann, als daß wir außer Landes gehen.

SPIEGEL: Hatte man Ihnen bei den Vernehmungen eröffnet, welche Vorwürfe man Ihnen macht und wie die nach den Strafgesetzen der DDR bedroht werden?

KRAWCZYK: Ja, das ist ganz normal. Wenn ein Ermittlungsverfahren eröffnet wird, wird der Paragraph vorgelesen. Das war in diesem Fall Paragraph 99 Strafgesetzbuch: Übermittlung von nicht der Geheimhaltung unterliegenden Nachrichten, die an DDR-feindliche Institutionen oder Personen weitergeleitet werden, was mit Strafen zwischen zwei und zwölf Jahren belegt wird.

SPIEGEL: Sie sehen die Vorwürfe für völlig ungerechtfertigt an?

KRAWCZYK: Natürlich.

KLIER: Eigentlich sind es kombinierte Verhaftungen, sozusagen eine Staffelung: Sie nehmen einen fest, haben so einen Anlaß für gründliche Hausdurchsuchung. Dann finden sie immer etwas, können also weiterverhaften oder neue Paragraphen hinzufügen. Ich habe damit gerechnet, daß ich die nächste bin, habe gewartet, bis sie mich abholen.

Dazu kommt, daß ich seit eineinhalb Jahren an einem Buch über die Ursachen des Verfalls von Kultur und Bildung in der DDR saß – das war bekannt, da jedes unserer Telephonate abgehört wurde. Sie haben also gleich das Manuskript mit abkassiert, bei der ersten Hausdurchsuchung alles über SED, Ausreise und so weiter, den Rest sowie meine Tagebücher dann bei der zweiten Hausdurchsuchung.

Bei den Verhaftungen gehört es zur Strategie, daß sie keinen einzelnen als Märtyrer hochkommen lassen wollen – das war bei Stephan so, den sie zur sich zusammenrottenden Ausreisegruppe geschoben haben. Und im Zusammenhang mit mir wurden auch andere Staatsfeinde verhaftet, so, als ob eine ganze Gruppierung von staatsfeindlichen Kräften in enger Arbeit ausgehoben worden sei. Davon las ich dann in der Zeitung.

SPIEGEL: Sie durften im Gefängnis eine Zeitung über Ihren Fall lesen?

KLIER: Wir kriegten das „Neue Deutschland". Ich habe genau verfolgt, wie sich das zuspitzt, wie das DDR-weit ausgewalzt wird. Da erkannten wir: ein schwerer Rückfall in die fünfziger Jahre.

SPIEGEL: Mit welcher Strafe haben Sie gerechnet?

KLIER: Es hätten zwei, vier oder zehn Jahre sein können, und für die anderen auch.

SPIEGEL: Sie aber sind im Westen. Die anderen sitzen, etwa Vera Wollenberger und einige mehr, die zu sechs Monaten ohne Bewährung verurteilt wurden.

KRAWCZYK: Das erklärt sich aus der Schlüsselfunktion, die wir hatten.

SPIEGEL: Sie sind die Symbolfiguren?

KRAWCZYK: Ich glaube, das ist differenzierter. Wir hatten die größte Öffentlichkeit, etwa durch unsere Konzerte. Leute sind sich nähergekommen, die vorher nichts voneinander wußten.

Wenn sich Künstler in solcher Offenheit auf die Bühne stellen, ob das in der Kirche ist oder sonstwo, dann ist das ein Beispiel für Widerstand und ermutigt, selbst etwas zu tun. Es kann größere Betroffenheit bei anderen auslösen, die Initiativgruppen wirken rationaler. Die Angst der Parteibürokraten in der DDR vor der Zustimmung vieler Menschen in unseren Veranstaltungen und vor westlichem Medieninteresse, was wiederum auf die DDR ausstrahlt, ist so groß, daß die Spitze abgebrochen werden mußte.

SPIEGEL: Sie hätten sich innerhalb des DDR-Systems gegen Ihre Ausbürgerung nicht wehren können?

KLIER: Die Möglichkeiten, die's gibt, haben wir natürlich ausgeschöpft, haben zum Beispiel Haftbeschwerde eingelegt. Aber: Es gibt da kein Recht. Die Vorgänge werden vom Politbüro bestimmt, was wie zu laufen hat. Alle anderen sind die Funktionsorgane dazu. Wir haben unsere Freilassung gefordert und gegen unsere Inhaftierung protestiert, darauf ist überhaupt nicht reagiert worden. Ich habe auch gesagt, ich nehme am Prozeß nicht teil, weil es mit Recht nichts zu tun hat. Diese Schauprozesse erinnern an böse Zeiten.

Doch wenn wir hinter Mauern sitzen, können wir keine inhaltliche Auseinandersetzung führen. Wir sind hinter einer Zellentür, sind Häftlinge. Draußen wird aber „gearbeitet" – Stephan wird zum Beispiel per FDJ-Zeitung in die Nähe von Neonazis gerückt, in Briefkästen tauchen Hetzzettel auf gegen ihn. Unser Briefkasten wird demoliert. Die Brecht-Plakate im Hausflur werden zum Scheiterhaufen vor der Wohnungstür verwandelt. Man hat keine Chance, sich zu wehren.

SPIEGEL: Wenn Sie das in Kauf genommen hätten, dann hätten Sie bleiben können und nach Ihrer Freilassung, sozusagen als Märtyrer, innerhalb der DDR weiter für Reformen wirken können.

KLIER: Wir sind keine Märtyrer. Es ist die Frage, inwieweit wir überhaupt noch ein Gespräch zustande bringen, wenn wir zwei Jahre gesessen haben oder vier. Nein, wir wollten raus, und wir wollen in dieses Land zurückkehren.

SPIEGEL: Warum hat dann Ihr Anwalt, Wolfgang Schnur, Ihr Verhalten so vehement kritisiert?

KLIER: Das verstehen wir nicht; aber wir möchten darüber auch nicht spekulieren.

SPIEGEL: Otto Graf Lambsdorff hat Ihnen nach seinem Gespräch mit Erich Honecker dessen Klage vorgehalten, Sie hätten gegen DDR-Gesetze verstoßen.

KRAWCZYK: Das ist wirklich absurd. Er hätte vielleicht doch lieber mit uns reden sollen.

SPIEGEL: Wie oft konnten Sie denn in der Haft Ihren Anwalt treffen?

KRAWCZYK: Zwei Tage nach der Verhaftung habe ich die Aussage verweigert, weil ich erzwingen wollte, meinen Anwalt zu sehen. Nach vier Tagen durfte er kommen, und weitere vier Tage später hat er mir dann erzählt: Freya ist auch eingesperrt, sie hat einen Appell verlesen; und das hat sie für dich gemacht. Den politischen Aspekt meiner Verhaftung, den konnte ich ziemlich gelassen und locker hinnehmen, weil es keine körperliche Folter gibt, jedenfalls ich sie nicht erfahren habe bei der Stasi. Aber zu wissen, man ist irgendwie schuld daran, daß andere Menschen im Knast sind, und die Frau, die man liebt, die leidet jetzt darunter – das sind Dinge, die sich schwer wiedergeben lassen. Da gerät man unter psychischen Druck.

Ich habe ein Lied dann dazu im Knast gemacht. Ich hatte Schreiberlaubnis.

„Nichts dazugelernt"

Stephan Krawczyks Knast-Lied für Freya

Als ich hinter Steinen saß
fest, so fest gemauert
war mir manchmal wie dem Tier
war mir manchmal wie dem Tier
das den Käfig nicht überdauert.

Abends sah ich Tiere am Himmel
blähen die Mähne und ziehn in die Nacht
bäumen sich blutig, eh sie verglühn
mich hat die Zelle fast umgebracht.

Aber als sie, Liebste, dich
nahmen in die Krallen
kamen Nöte über uns
die wir nicht erahnten und
wärn ja fast verfallen.

Abends sah ich Tiere am Himmel
blähen die Mähne und ziehn in die Nacht
bäumen sich blutig, eh sie verglühn
mich hat die Zelle fast umgebracht.

Der Hunger ist so groß im Land
wo wir abseits stehen
die Herren belln die Fahnen an
sie haben nichts dazugelernt
beim Herrschen und Vergehen.

Vielleicht kann ich damit ausdrücken, was ich meine.

SPIEGEL: Dürfen wir es sehen?

KRAWCZYK: Ich habe es nur im Kopf. Aber ich schreib's Ihnen auf.

SPIEGEL: Formal sind Sie korrekt behandelt worden?

KLIER: Ja, sie haben sich fast überkorrekt verhalten, sie haben sehr genau aufgepaßt, daß sie keinen Fehler machen.

SPIEGEL: Ihnen wird nun von manchen Besserwissern vorgeworfen, Sie sorgten mit öffentlichen Erklärungen hier dafür, daß Ihre Freunde in DDR-Haft bleiben müssen und nicht freikommen.

KLIER: Für sie steht dieselbe Alternative wie für uns – Knast oder Abschiebung in den Westen. Das muß man ja einfach mal sagen dürfen, ohne gleich unsinnig beschuldigt zu werden. Denn eines ist doch klar: Den Häftlingen wird nun gesagt, Klier und Krawczyk sind ausgereist, Sie kriegen hier acht Jahre. Und dann werden die anfangen, auch wenn sie alle wackere Leute sind, sich auszumalen, was steht für sie in den nächsten acht Jahren. Die werden auch hier ankommen.

Insofern ist das eine ganz zielgerichtete Art der SED, unliebsame Leute rauszuhauen, ohne daß man es ihr direkt nachweisen kann.

SPIEGEL: Aber ihre Taktik geht auf.

KLIER: Die geht absolut auf. Man muß sie aber beenden.

SPIEGEL: Wie erklären Sie sich, daß Sie jetzt gegriffen wurden, aber nicht vor einem halben oder einem Jahr?

KLIER: Kurt Hager hat schon im letzten November unseren Kopf gefordert, das weiß ich von einem Menschen, der in höheren Parteikreisen arbeitet. Das galt aber als zu direkt und unklug. Sie haben auf eine bessere Gelegenheit gewartet.

SPIEGEL: Nun hat die Betonfraktion gewonnen.

KLIER: Ja, und sie hat ihr Vorgehen genau geplant. Sie haben Stephan aus dem Haus gehen lassen und an der Ecke festgenommen. Da müssen die nicht über Inhalte diskutieren, da hat sich Krawczyk zusammengerottet.

SPIEGEL: Rechnen Sie damit, daß es Nachahmungstäter geben könnte, die am 1. Mai durch die Straße ziehen und nicht die Arbeiterfahne tragen?

KLIER: Hat es schon gegeben, wird es wieder geben.

SPIEGEL: Und dann?

KRAWCZYK: Es ist ein Unterschied, ob der „böse Klassenfeind" von außen hetzt oder ob es konsequente Aktionen im Inland gibt. Ich glaube, auch die Leute aus der Zionskirche wären nicht wieder auf freien Fuß gekommen, wenn nicht im Inland eine so starke Solidaritätsbewegung gewesen wäre. Das läßt sich nicht in die Ecke drängen.

SPIEGEL: Woher kommt diese Solidarität im Protest? Die DDR hat sich in den letzten Jahren doch gewandelt.

KLIER: Als Honecker im September auf Staatsbesuch hier war, da standen wir drüben da und haben gesagt: Wie sollen wir jetzt noch klarmachen, daß wir am Ende sind in diesem Land? In der DDR haben sich ja Prozesse der Stabilisierung vollzogen innerhalb der letzten 20 Jahre, die bemerkenswert sind: Die Methoden der Macht- und Gewaltanwendung haben sich verfeinert. Heute wird bereits im 9. Schuljahr vorsortiert, wer studieren darf. Jugendliche, die poli-

DINERS
DIE VORTEI

Z.B. MIT BUSINESSKARTE OHN



TED BAKER

Auf Wunsch stellen wir den Diners Club-Mitgliedern ohne Mehrkosten eine zusätzliche Businesskarte aus. Durch die separate Monatsabrechnung sind geschäftliche und private Ausgaben übersichtlich voneinander getrennt.

Die Diners Club-Mitglieder genießen weitere lohnende Exklusiv-Vorteile:

Zum Beispiel die ***Partnerkarte ohne Mehrkosten:*** Auf Wunsch stellen wir zusätzliche Karten auch für den Partner und die volljährigen Kinder der Mitglieder aus.

Zum Beispiel ***Bargeld*** an 344 Schaltern bundesweit bis zu 4.000,–DM – oft auch nach Ladenschluß.

Zum Beispiel ***telefonieren ohne Bargeld*** mit den USA von den meisten Städten Deutschlands aus: Die AT&T-Karte stellen wir den Mitgliedern ohne Mehrkosten zur Verfügung. Selbstverständlich lassen sich mit ihr von den USA aus auch die meisten Länder der Welt erreichen.

CLUB.
LS-KARTE:

E MEHRKOSTEN



Nutzen Sie diese und viele weitere Diners Club-Vorteile. Einfach den nebenstehenden Antrag ausfüllen oder zunächst das Informationspaket mit allen Diners Club-Vorteilen telefonisch anfordern: ***069 / 2603-50*** – und Sie bekommen postwendend alle wichtigen Unterlagen auf den Schreibtisch.

DINERS CLUB. DIE VORTEILS-KARTE.

JETZT PERSÖNLICH TESTEN!

Testen Sie die Diners Club Vorteils-Karte – werden Sie Mitglied! Einfach Antrag ausfüllen und an untenstehende Adresse einsenden.

Antrag für Ihre Privatkarte (Hauptkarte) (Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Meine persönlichen Angaben

Nachname: 30247/00

Vorname:

Straße:

PLZ: Ort: Zustellb.:

wohnhaft seit: Monat: Jahr: Telefon:

Wenn weniger als 2 Jahre, frühere Anschrift:

Geburtsdatum: Familienstand:

Kinder: ja ☐ Anzahl: nein ☐

Bankverbindung privat (mind. 2 Jahre)

① Bank: PLZ/Ort:

seit: Kto.-Nr. BLZ

Frühere/weitere Bankkonten (Unzutreffendes bitte streichen)

② Bank: PLZ/Ort:

seit: Kto.-Nr. BLZ

Ich ermächtige hiermit widerruflich Diners Club, fällige Beträge zum Ausgleich meines DC-Kontos per Lastschrift von dem Konto ① ☐ oder ② ☐ einzuziehen. **(Zutreffendes ankreuzen)**

Brutto-Jahreseinkommen: über 45 TDM ☐ über 60 TDM ☐ über 90 TDM ☐

Falls unter 45.000 DM, bitte genauen Betrag angeben: DM

Haus, Wohnungseigentum: ja ☐ Wert: nein ☐

Ich war/bin bereits Mitglied: ja ☐ KK-Nr.:

Ich verfüge über andere Kreditkarten: ja ☐ Welche? nein ☐

Arbeitgeber-/Geschäftsanschrift (Bitte auch ausfüllen, wenn selbständig tätig)

Firmenname:

Straße: Telefon:

PLZ: Ort: Zustellb.:

beschäftigt seit: Monat: Jahr:

Branche:

selbständig seit: Monat: Jahr:

Position:

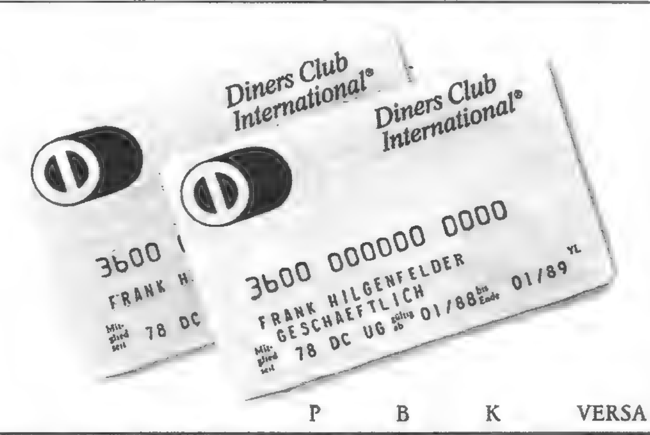
Bitte ankreuzen:

Ich interessiere mich für ☐ die beitragsfreie **Businesskarte** ☐ die beitragsfreie **Partnerkarte**

Schicken Sie mir die entsprechenden Anträge.

Der Diners Club ist berechtigt, erforderlich werdende Auskünfte bei der für meinen Wohnsitz zuständigen Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung – Schufa – einzuholen und der Schufa Daten über nicht vertragsgemäße Abwicklung (z.B. Mahnbescheid bei unbestrittener Forderung, erlassener Vollstreckungsbescheid, Zwangsvollstreckung aufgrund eines Titels) zu melden. Die Datenübermittlungen an die Schufa erfolgen nur, soweit dies zur Wahrung berechtigter Interessen des Diners Club oder der Allgemeinheit erforderlich ist und meine/unsere schutzwürdigen Belange nicht beeinträchtigt werden. **Ferner ermächtige ich hiermit mein dem Diners Club bekanntes kontoführendes Kreditinstitut ausdrücklich, Diners Club oder einer von Diners Club beauftragten Bank allgemein gehaltene bankübliche Auskünfte zu erteilen. Diese Ermächtigung gilt bis auf Widerruf.** Diners Club behält sich vor, diesen Antrag ohne Nennung von Gründen abzulehnen. Der Mitgliedsbeitrag für die Privatkarte (einschließlich Businesskarte und Partnerkarte/n) beträgt 150.– DM. Zusammen mit der Diners Club-Karte erhalte ich die Mitgliedsbedingungen, die mit Annahme der Karte als anerkannt gelten. Die Mitgliedsbedingungen können vorab im Diners Club eingesehen oder dort angefordert werden.

Datum: Unterschrift des Antragstellers:



P B K VERSA

Diners Club Deutschland GmbH, Postfach, 6000 Frankfurt 1

tisch unbequem sind, fallen da schon durch den Rost – Berufsverbot auf kaltem Wege.

SPIEGEL: Die Unterdrückung ist subtiler geworden?

KLIER: Die ist perfekt.

SPIEGEL: Immerhin sind zu Ihren Konzerten viele tausend Zuhörer gekommen, so subtil scheint's nicht zu sein.

KLIER: Das sind eben die, die überhaupt keine Chance haben in dem Land. Sie haben niemand, der sie verteidigt, niemand, der ihnen Haltung vorlebt – weil die Generation, die über ihnen sitzt, sich angepaßt hat. Die sagen ihre Meinung nur in privaten Freundeskreisen. Es sind fast alle für eine Veränderung des Landes, aber die meisten sitzen in Institutionen oder haben eine privilegierte Stellung: Die wollen reisen, gut einkaufen und keinen Fehler machen.

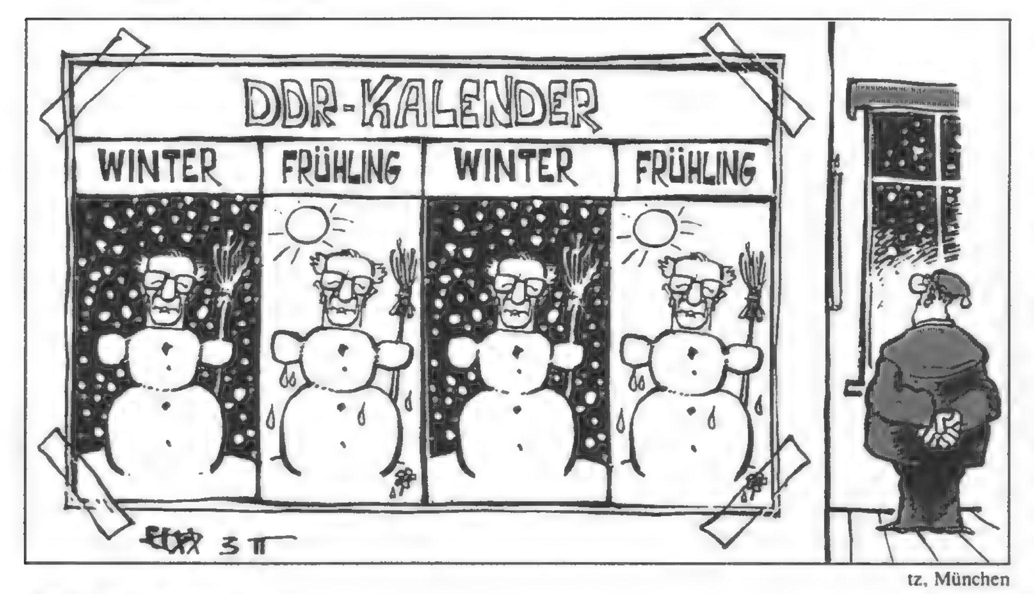
SPIEGEL: Wollen Sie zurück?

KLIER: Natürlich. Man kann nicht alle Leute einsperren und sagen: So, also entweder gleich Bundesrepublik oder zehn Jahre schmoren. Wir wollen, daß diese Praxis beendet wird. Wir fühlen uns hier nicht unwohl, aber wir sind der DDR verbunden, weil wir schon lange in dem Land leben und unsere Arbeit für wichtig halten.

KRAWCZYK: Das muß noch kommen, daß wir uns hier unwohl fühlen; wozu sollten wir uns künstlerisch äußern?

SPIEGEL: Später bitte. Was wollen Sie jetzt machen?

KLIER: Einen Brief an die DDR-Regierung schreiben und sie um die Dialogbereitschaft mit den Menschen im eigenen Land bitten. Sie müssen es ertragen lernen, daß kritische Künstler im Land sind.



tz, München

„Die vier Jahreszeiten"

SPIEGEL: Und die anderen wollen ausreisen.

KRAWCZYK: Nein. Die wollen ändern. Viele wollen auch raus. Uns zum Beispiel ist im Knast mehrfach gesagt worden: Wenn ihr nicht geht, dann wird sich nichts bewegen; wenn ihr geht, gibt es eine Chance für die anderen.

SPIEGEL: Wo sehen Sie den Grund, daß Ihnen nun auch die Kirche – die Ihnen so lange Obdach gab – die Sympathie kündigt?

KLIER: Ich sehe nicht, daß sie uns die Sympathien gekündigt hat: Die Kirche muß zur Zeit eine Menge ausbalancieren, zwischen Staat und unabhängigen Gruppen, zwischen Konservativen und Aufmüpfigen im eigenen Lager – wir haben für ihre Reaktion Verständnis, auch wenn wir die Situation jetzt anders sehen.

SPIEGEL: In der DDR gelten Sie nun als schuldig daran, daß die anderen noch im Knast sitzen.

KRAWCZYK: Wir haben sie nicht eingesperrt.

SPIEGEL: Sie rechnen nicht mit einer Antwort?

KLIER: Gruppierungen oder Menschen, die ihnen von Nutzen sind, kriegen Antworten. Dann gibt's die anderen, die DDR-Teufel, denen wird nur der Daumen gezeigt.

SPIEGEL: Wenn Sie den Brief geschrieben haben – was wollen Sie dann machen?

KLIER: Der Anwalt Wolfgang Vogel hat mir zugesagt, daß ich meine Manuskripte zurückkriege, die die Staatssicherheit beschlagnahmt hat. Erst mal möchte ich mein Buch weiterschreiben über die Situation von Kultur und Bildung in der DDR. Danach wende ich mich endlich dem Theater zu – inszenieren und Stücke schreiben.

SPIEGEL: Und Sie, Herr Krawczyk?

KRAWCZYK: Ich habe einige Angebote und werde erst mal Konzerte machen – am Dienstag im Fernsehen eins, im Pavillon hier in Hannover. Ich habe ein Brecht-Programm, von dem ich glaube, daß es für die Bundesrepublik eine ähnliche Gültigkeit hat wie für die DDR. Ich werde versuchen, an die Leute hier ranzukommen.

SPIEGEL: Haben Sie Angst vor dem oft als flach dargestellten BRD-Kulturbetrieb?

KRAWCZYK: Noch nicht.

SPIEGEL: Die Erfahrungen von Wolf Biermann schrecken Sie nicht? Er kam 1976, getragen von einer emotionalen Welle der Solidarität und der geistigen Beziehung, aus der DDR zwangsweise in den Westen, und da wurde er oft mehr als Exot bestaunt, statt als Künstler akzeptiert.

KRAWCZYK: Ja, das haben wir mitgekriegt, und es hat sich wieder geändert. Ich habe schon verschiedene Stationen in der künstlerischen Arbeit durchlebt, die zum Beispiel jenseits aller Publizität waren. Da saß man vor 20 Leuten in einem Raum und hat versucht, mit seinen Liedern in irgendeiner Weise mit den Zuhörern zu kommunizieren. Ich kann damit umgehen.

Es gibt wahrscheinlich kein Land, wo es nicht Probleme oder Emotionen gäbe, die nicht auch zu besingen wären. Und was ich hier für Texte schreibe, weiß ich noch nicht zu sagen. Erst mal umsehen.

SPIEGEL: Wollen Sie denn den Versuch machen, in die DDR zurückzukehren?

KRAWCZYK: Ich richte mich auf eine lange Zeit hier ein. Ich habe wenig Hoffnung, zurückkehren zu können. Wir werden es versuchen. Es könnte sein, daß die was dazulernen.

SPIEGEL: Glauben Sie daran?

KRAWCZYK: Die bisherige Erfahrung zeigt etwas anderes. Es haben sich lediglich die Varianten geändert, mit denen die bestehende Situation kaschiert werden soll – das Interesse der Demokratisierung dieser Gesellschaft ist nicht ihr Interesse . . .

SPIEGEL: Bei der kommunistischen Vormacht in Moskau wird immerhin eine Umgestaltung versucht.

KLIER: Das ist richtig, doch es wird auch in der Sowjet-Union wenigstens noch eine Dekade brauchen, bis diese „Palastrevolte" den Alltag der Sowjetmenschen erreicht. Die SED-Führung orientiert sich derzeit ökonomisch am Westen, in bezug auf „Umgestaltung" aber eher an Rumänien – es ist eine Frage der Zeit und der Kräfte im In- und Ausland, der SED-Führung eine solche Demokratisierung beharrlich abzufordern.

SPIEGEL: Frau Klier, Herr Krawczyk, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Noch mehr Gewinne in den Superziehungen!
Neuer Gewinnplan! Mehr feste Gewinne von 1 Million!
Gleich gute Gewinn-Chancen und unverändert günstiger Lospreis!
Das Verhältnis von Gewinnen zu Nieten beträgt weiterhin 2:3!
Zur 80. erie steigt die Losauflage .00.000 und damit die Gew summe auf genau 205.021. Mark. Ihre Gewinnchancen ben erstklassig, denn da rhältnis von Gewinn u Nieten beträgt weiterhi 3.
Neu!
Noch mehr Gewinne in den Superziehungen
Jede Klasse startet mit der Superziehung. Natürlich mit 1 Million und jetzt 2mal 500.000, 2mal 250.000 Mark. Und 100.000 Markt gibt's gleich 5mal. Dazu Tausende von weiteren Gewinnen bis 80.000 Mark.
Neu!
Chancen auf feste Gewinne von 1 Million erneut verbessert
Jetzt geht es auch in der zweiten Ziehung jeder Klasse um die volle Million! Nicht zu vergessen die übrigen Ziehungen: jeden Freitag die Million oder 10mal 100.000 Mark. Und das wissen Sie ja: In der 6. Klasse werden die meisten Gewinne verlost, darunter jeweils 3mal 1 Million und 3mal 2 Millionen Mark.
Am 25. März geht's los!
Ja, öchte jetzt meine Chance nutzen.
S Sie mir deshalb umgehend folgende Lose:
Ga s) (1/1) Los(e) DM 120,-
Viertel (1/4) Los(e) DM 30,-
Ha s) (1/2) Los(e) DM 60,-
Achtel (1/8) Los(e) DM 15,-
Name
Herr Frau Fräulein
Straße
PLZ/Wohnort
Die Preise verstehen sich pro Klasse/Monat zuzüglich DM 1,50 für die Amtliche Gewinnliste und Versandkosten. Den Betrag zahle ich, sobald ich die Lose erhalten habe.
Bitte ausfüllen, ausschneiden und einsenden an: Staatliche Nordwestdeutsche Klassenlotterie, Lotterie-Direktion, Überseering 4, 2000 Hamburg 60.
Wir leiten Ihre Bestellung an einen unserer staatlich zugelassenen Lotterie-Einnehmer weiter, der Ihnen umgehend Ihre Lose zuschickt.
180
NKL
Wir machen Millionäre
Staatliche Nordwestdeutsche Klassenlotterie

Feinfühlige Auswahl

Ein unter Verschluß gehaltenes Gutachten soll belegen, daß der öffentliche Dienst unterbezahlt ist.

Ende November 1987 ging im Büro des Bundeskanzlers eine dickleibige Expertise der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Treuarbeit AG ein. Garniert war die Sendung mit einer Warnung des Absenders, des Bundesinnenministers Friedrich Zimmermann.

„Das Gutachten", informierte Zimmermann den Chef Helmut Kohl, „stellt im Ergebnis für weite Bereiche der Beamtenbesoldung einen nicht nur unwesentlichen Einkommensrückstand gegenüber der Privatwirtschaft fest."

Die Veröffentlichung der Analyse, heißt es weiter, sogar schon die „Unterrichtung der Koalitionsfraktionen und des Innenausschusses des Deutschen Bundestages wird erhebliche Unruhe bringen". Deshalb, so der für die Beamten zuständige Minister, habe er das Werk nur Helmut Kohl und dem Finanzminister in je „1 Stück" überlassen. Vorerst bitte er dringend um Diskretion.

Die bislang erfolgreiche Geheimniskrämerei des Innenministers erscheint unverständlich. Schließlich will der CSU-Mann den Staatsdienern grundsätzlich wohl.

Und dabei wäre das Gutachten durchaus hilfreich. Die Treuarbeit-Experten haben in vierjähriger Arbeit herausgefunden: Den Angehörigen des öffentlichen Dienstes geht es schlecht, Besoldungsordnungsverbesserungen scheinen angebracht.

Unglücklicherweise wurde das Werk zum falschen Zeitpunkt fertig, der Minister stand wenige Wochen vor einer schwierigen Tarifrunde. Für die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes hat die ÖTV inzwischen mehr Lohn und mehr Freizeit im Wert von zusammen fünf Prozent gefordert; die Beamten wollen ebenfalls fünf Prozent mehr, legen aber auf eine Arbeitszeitverkürzung keinen gesteigerten Wert.

Der für die staatlichen Arbeiter und Angestellten zuständigen Gewerkschaft ÖTV bot der Innenminister in der vorvorigen Woche ganze 1,3 Prozent; an diesem Freitag steht ihm eine weitere, entscheidende Runde im Tarifstreit bevor.



Beamtenminister Zimmermann (vorn), Beamten-Funktionäre*: Einkommensrückstand?

Dann muß der Bonner Beamtenminister erklären, warum ihm die Forderungen seiner Arbeitnehmer zu hoch erscheinen. Schließlich wird nach Erkenntnis seiner eigenen Gutachter die reale Lage der Staatsbediensteten durch einen „nicht unwesentlichen Einkommensrückstand gegenüber der Privatwirtschaft bestimmt".

Mit dem Treuarbeit-Gutachten gewappnet, wollte Zimmermann den Finanzminister zwingen, die Sparopfer, die von den Beamten seit dem Amtsantritt der christlich-liberalen Koalition gebracht werden mußten, wieder rückgängig zu machen, insbesondere die Herabstufung der Jungbeamten. Im Vorgriff auf die Expertise präsentierte er bereits im Sommer vorigen Jahres den Kabinettsmitgliedern einen Klagebericht über die Nöte der Beamtenschaft.

Logische Folgerung aus der Fleißarbeit des Innenministeriums: Ein Gesetz soll her, das den Beamten – unabhängig von der Besoldungsrunde – vielerlei Wohltaten im Wert von mehreren hundert Millionen Mark sichert.

Erwartungsgemäß blockte der Finanzminister seinen freigebigen Kollegen ab. Gerhard Stoltenberg verhinderte gar, daß der Bericht überhaupt im Kabinett behandelt wurde. Dann kam im November das vor langer Zeit bestellte Treuarbeit-Gutachten. Der Innenminister sah sich, kurz vor der Tarifrunde, in der Zwickmühle: Hielt er sein Gutachten unter der Decke, hatte er kein Druckmittel, um in Bonn wenigstens kleine Zugeständnisse durchzusetzen. Veröffentlichte er die Treuarbeit-Weisheiten, lieferte er ÖTV und Beamtenbund eine Rechtfertigung für saftige Prozentwünsche, die er nicht durchsetzen und Bonn nicht bezahlen kann.

Zimmermann versuchte sich durchzutricksen. Er erklärte die Studie zur Geheimsache, mahnte aber im Begleitbrief seiner Sendung an Stoltenberg und Kohl erste „bescheidene, aber deutliche Schritte" zur Verbesserung der Beamtenbesoldung an.

Die Treuarbeit-Experten haben sich viel Mühe gegeben, diesen Wunsch plausibel zu machen. Sie tüftelten 92 „Tätigkeitsfälle" aus, befragten die Finanzministerien in Bayern, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, die Post und die Bahn sowie zahlreiche Städte und Gemeinden nach den Jahreseinkommen ihrer Bediensteten.

Aus diesen Zahlen ermittelten die Gutachter die Jahresnettoeinkommen verheirateter Beamter mit einem Kind im einfachen, mittleren, gehobenen und höheren Dienst.

In der Privatwirtschaft machten sie elf Bereiche aus, von der Elektrizitätsversorgung über den Automobilbau bis zum Versicherungsgewerbe, in denen angeblich „mit dem öffentlichen Dienst vergleichbare Gehalts- und Vergütungsordnungen anzutreffen sind".

Weil die Entlohnungsbedingungen aber doch nicht so ganz vergleichbar sind, zogen die Gutachter für die dort Beschäftigten drei Einkommensgrenzen: Die unterste wird jeweils von 75 Prozent der Arbeitnehmer überschritten, die mittlere von 50 Prozent, die obere von 25 Prozent. Dann machten sich die Ex-

* Bei der Arbeitstagung des Deutschen Beamtenbundes im Januar in Bad Kissingen.



H A R L E K I N   M I T   K Ö N I G

Ertragsausschüttung am 18. Februar 1988 je Anteil:

Sparkassen-Fonds	Ertrag-schein	Baraus-schüttung	KöSt-Guthaben	Gesamtaus-schüttung	Wiederanlage-Rabatt*) bis 22. April 1988
AriDeka	Nr. 26	DM 1,13	DM 0,27	DM 1,40	2,5%
DekaFonds	Nr. 33	DM 1,01	DM 0,29	DM 1,30	3,0%
DekaRent	Nr. 19	DM 1,80	–	DM 1,80	2,0%
RenditDeka	Nr. 20	DM 1,90	–	DM 1,90	2,0%

*) Bei den ertragsthesaurierenden SparkassenFonds DekaSpezial und DekaTresor beträgt der Wiederanlage-Rabatt 3% bzw. 1,75%.

DEPOT-MANAGEMENT: LEISTUNG, DIE ERTRÄGE BRINGT

Über 300 Millionen DM Erträge schütten die Sparkassen-Wertpapierfonds für das Geschäftsjahr 1987 aus. Inhabern eines Deka-ZuwachsKontos oder AuszahlPlanes wird die Ausschüttung automatisch und spesenfrei in neuen Fondsanteilen gutgeschrieben. Alle anderen Anteilinhaber können den Gutschriftsbetrag oder die Barauszahlung zu Vorzugskonditionen in neuen Fondsanteilen anlegen.

Durch Wiederanlage nutzen Sie das Depot-Management, das Ihnen die Deka bietet: Sie entscheiden sich für einen der Sparkassen-Wertpapierfonds; das Deka-Fondsmanagement legt für Sie an.

Der Geldberater Ihrer Sparkasse oder Landesbank berät Sie gern, wenn es um die Wiederanlage – oder auch um Zusatz- und Neuanlagen geht.

Depot-Management für Aktien und Renten



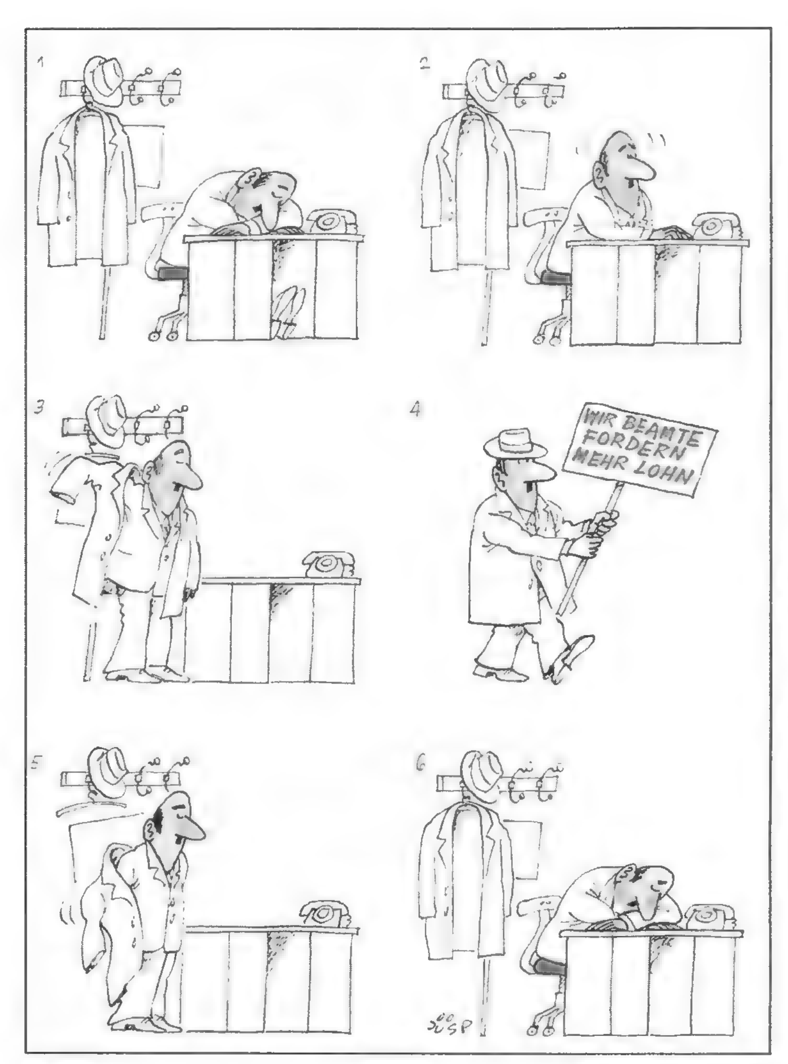
perten – nach mancherlei statistischen Kunstgriffen – an den „Niveauvergleich", mit niederschmetterndem Ergebnis für die Beamten:

▷ Im einfachen Dienst lag die „verfügbare Besoldung" der Beamten 1983 und 1984 im „unteren Bereich der Verdienstskala der Angestellten in der privaten Wirtschaft".

▷ Im mittleren Dienst erreichen erfolgreiche Beamte mit ihrem Bruttogehalt gerade die Nettobezüge des „unteren Bereichs der Verdienstskala" vergleichbarer Angestellter in der Privatwirtschaft. Wer auf Beförderungen lange warten muß, verdient „deutlich" weniger als 75 Prozent der Angestellten im Privatsektor.

▷ Im gehobenen Dienst, bei Inspektoren und Amtmännern, lagen die glücklicheren Beamten zwar im oberen Bereich der Angestelltenverdienste. Die niederen Chargen dieser Laufbahnordnung jedoch rangieren weit „unter dem Niveau der unteren Nettojahresverdienste" von Privat-Angestellten.

▷ Erst im höheren Dienst, bei Studienräten, Staatsanwälten oder Ministerialräten, bewegen sich die Vergütungen „innerhalb der in der privaten Wirtschaft bestehenden Bandbreiten der Nettojahresverdienste der Angestellten" in Banken und Fabriken.



Nebelspalter, Schweiz

Die Studie der Treuarbeit, die ein so düsteres Bild von der Lage der verwaltenden Klasse malt, ist sichtlich durch das Streben gekennzeichnet, einen deutlichen Rückstand zu ermitteln. Mit Bedacht wählten die Gutachter die Vergleichsbranchen aus. Von den zwölf geprüften Wirtschaftszweigen liegen zehn mit ihrem Einkommensniveau über dem Durchschnitt der deutschen Wirtschaft. Die Abweichungen nach oben schwanken zwischen knapp einem Prozent im Versicherungsgewerbe und bis zu 36 Prozent bei Herstellern von Büromaschinen.

Nur Vergleichsbetriebe im Einzelhandel und im Kreditgewerbe lagen unter dem Durchschnitt, mit minus fünf Prozent im Einzelhandel und dreißig Prozent im Kreditgewerbe. Doch im konkreten Fall wurde auch in den beiden Unternehmen aus diesen Sektoren, die für die Fragebögen ausgesucht wurden, auf ein hohes Lohnniveau geachtet.

Ihr Motiv für die feinfühlige Auswahl bekennen die Gutachter offen. Sie schreiben: „Die Verdienstangaben der ausgewählten Unternehmen bilden deshalb (wegen der überdurchschnittlichen Einkommen – d.Red.) für die durchgeführten Niveauvergleiche einen Ausgangspunkt, der sich für die Beurteilung der Besoldung der Beamten keinesfalls nachteilig auswirken kann."

Die Fachleute Stoltenbergs haben noch andere Einwände gegen die Treuarbeit-Analyse. Sie kritisieren, im einfachen Dienst seien Beamte mit Angestellten verglichen worden. Angemessen aber sei ein Vergleich mit Arbeitern. Außerdem seien Verbesserungen seit 1984 nicht berücksichtigt worden, ferner lasse die standardisierte Ermittlung von Nettogehältern Spielraum für Manipulationen.

Die großen Schwierigkeiten eines realistischen Einkommensvergleichs klammerten die Treuarbeit-Forscher ohnehin aus. Auftragsgemäß berücksichtigten sie die konkurrenzlose Alterssicherung der Beamten, denen ohne gehaltsmindernde Abschläge gute Pensionen sicher sind, mit keinem Wort.

Schließlich fällt zugunsten der Beamten auch ihre Unkündbarkeit schwer in die Waage. Diese Gunst in einen geldwerten Vorteil umzurechnen ist, Statistiker und Wirtschaftsforscher beklagen es seit langem, unmöglich. Die Job-Sicherheit aber einfach zu verschweigen verzerrt das Bild; ein unbestreitbarer Vorteil des Beamtendaseins wird übergangen, der Vergleich mit anderen Arbeitnehmern wird schief.

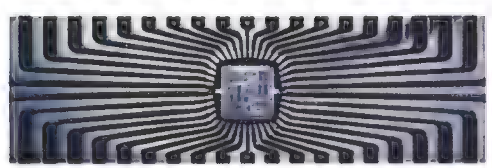
In der vergangenen Woche kam Zimmermann beim Koalitionsgespräch gegen Stoltenberg denn auch nicht durch. Der Finanzminister blockte die Rücknahme der Sparmaßnahmen ab. Nur ein bescheidenes Zugeständnis konnte Zimmermann herausschlagen: Vom 1.1.1989 an erhalten Jungbeamte in technischen Berufen und Fluglotsen einen höheren Anfangssold. In diesem Bereich ist das Anwerben des Nachwuchses nachweisbar schwierig geworden.

Im Tarifstreit dieser Woche hat Zimmermann es, da das Geheimgutachten mittlerweile bekannt ist, besonders schwer. Die methodischen Schwächen der Studie werden nur wenige erkennen. Die griffige These hingegen, daß bei Beamtengehältern ein Nachholbedarf besteht, wird schnell die Runde machen und Anhänger finden. Zu gut paßt die – fragwürdige – These zu anderen Überlegungen: Ein kräftiger Besoldungsanstieg wäre nämlich gesamtökonomisch sinnvoll. Das leugnet nicht einmal der knauserige Finanzminister.

Der hatte Ende vergangenen Jahres den Gewerkschaften den „dringenden Rat" gegeben, „die Tarifrunde zu nutzen, wirklich die Einkommen der Arbeitnehmer und damit die Binnennachfrage zu stärken".

Auf Nachfrage bestätigte der Minister damals ausdrücklich: „Das ist auch die Position für den öffentlichen Dienst." ◆

Größe auf



Es sind die Micro-Chips, die ein Fernseher braucht, will er alle Signale digital verarbeiten. Und bei den Fernsehern der neuen Art von Loewe sind es insgesamt 13. Einer davon sorgt für die gleichbleibende Qualität. Zwei sorgen für den perfekten Ton. Drei für das perfekte Bild. Wieder einer steuert alle Chips. Auch die, die für die Zusatzfunktionen Videotext, Btx oder die verschiedenen Fernsehnormen zuständig sind. Und es sind genauso Micro-Chips, die bei den digitalen Videorecordern von Loewe für die Sonderfunktionen zuständig sind. Für das Super-Standbild. Für Super-Zeitlupe. Für Bild in Bild, also TV und Video gleichzeitig. Für Multibild, also neun Programme gleichzeitig. Für die Anzeige der Programmierungsdaten des Videorecorders auf dem Bildschirm des Fernsehers, on-screen-display genannt. Und sie sind es auch, die in Kombination mit einem digitalen Fernseher wie dem Art 32 von Loewe dafür sorgen, daß Sie sogar zwei TV-Programme gleichzeitig sehen können. So eröffnet Ihnen die Technik der neuen Art noch mehr Möglichkeiten ganz neuer Art.

neue Art.



Wer glaubt, die Größe eines Fernsehers zeige sich einzig in Zentimetern, sieht die Sache recht einseitig. Denn, sieht man es nur so, ist das Bild zwar größer, es ist aber noch lange nicht besser.

Beim Loewe Art 32 ist das Bild bei einer Bildröhren-Diagonalen von 82 Zentimetern nicht nur größer.

Es ist auch großartiger. Dafür sorgt eine flat-square-Planar-Großbildröhre. Und dafür sorgt die Technik der neuen Art:

Die Loewe Micro-Digital-Technik. Sie errechnet Bild und Ton auf der Basis von Zahlen und kommt logischerweise immer zum selben Ergebnis: Optimales Bild und optimaler Ton. Über die gesamte Lebensdauer des Gerätes.

Größe zeigt der Art 32 aber auch aus anderer Sicht – bei der Kombination von TV und Video. Das sieht bei ihm so aus, wie es idealer nicht aussehen kann. Der Videorecorder, integriert im Fernseher, bleibt nämlich unsichtbar. So eröffnet die Größe auf neue Art auch Möglichkeiten ganz neuer Art.

Mehr bei Ihrem Loewe Profi-Partner. Oder direkt von Loewe.

Loewe Deutschland
Industriestraße 11
8640 Kronach
Btx-Nr.: * 50705 #

Loewe Österreich
A-4021 Linz
Postf. 377

Loewe Schweiz
Egli, Fischer & Co. AG
CH-8022 Zürich
Gotthardstrasse 6
VTX-Nr.: * 1881 #

LOEWE.

Forsche Tour

Im Rennen um die Nachfolge des FDP-Chefs Bangemann liegt Graf Lambsdorff vorn. Die Rivalin Adam-Schwaetzer hat aber durchaus noch Chancen.

Mitten im Bundestagswahlkampf, im Sommer 1980, salbte der einstige Vorsitzende der Freidemokraten heimlich seinen Nachfolger.

Er sehe voraus, erklärte damals Hans-Dietrich Genscher dem Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, daß die Außenpolitik künftig „den ganzen Mann fordert". Nach dem Nato-Doppelbeschluß ticke „die Uhr bis zur Stationierung der Raketen". Lambsdorff, so der damalige Wunsch des Außenministers, solle ihm künftig als Parteichef „den Rücken freihalten".

Zur Krönung ist es nie gekommen. Als die Staatsanwälte kurze Zeit später wegen Steuerhinterziehung zu ermitteln begannen, war der Graf schon bald als einer der Hauptverdächtigen in eine der größten Affären der Bundesrepublik verstrickt und für höhere Aufgaben nicht mehr verwendbar.

Nunmehr, acht Jahre später, sieht es so aus, als ob nicht mehr zählt, was damals als Makel galt. Lambsdorff, freigesprochen vom Vorwurf der Bestechlichkeit, aber wegen Steuerhinterziehung rechtskräftig verurteilt, strebt ungeniert nach dem Vorsitz der FDP. Und kaum jemand bei den Freidemokraten stößt sich daran, daß ausgerechnet eine Symbolfigur der gekauften Republik zum obersten Repräsentanten der FDP aufrücken soll. Lambsdorff-Promotor Jürgen Möllemann: „Das interessiert kein Schwein mehr."

Ist etwa, noch bevor der amtierende Vorsitzende Martin Bangemann sich den Posten des Präsidenten der EG-Kommission in Brüssel gesichert hat, das Rennen um seine Nachfolge schon gelaufen? Hat Möllemann mit seiner Kampagne für den Grafen die Konkurrentin Irmgard Adam-Schwaetzer, Staatsministerin in Genschers Auswärtigem Amt (AA), schon ins Aus verwiesen?

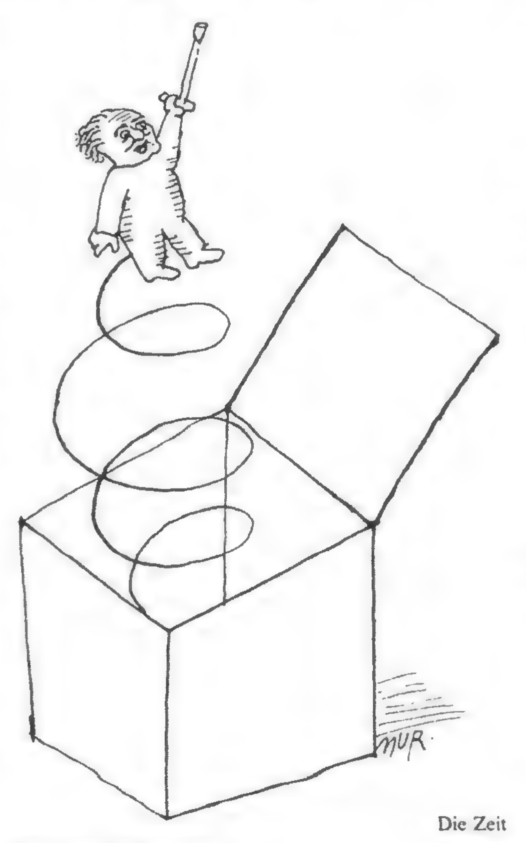
Vor allem aber: Muß der Außenminister sich auf einen neuen starken Mann einstellen, der schon sein Interesse an dessen Amt angemeldet hat?

Hans-Dietrich Genscher, der zurückzuckte, als nur der Verdacht bestand, Lambsdorff sei an dunklen Geschäften bei der Parteienfinanzierung beteiligt, plagen derlei Zweifel jetzt nicht mehr. Die trübe Vergangenheit, glaubt er, werde sicher wieder aufgerührt, aber ohne sonderliche Wirkung bleiben. Und FDP-Vize Gerhart Baum berichtet aus einer Wahlversammlung in Baden-Württemberg, ein Teil des Publikums habe sogar geklatscht, als er Lambsdorff verteidigt habe.



FDP-Favorit Lambsdorff: „Das interessiert kein Schwein mehr"

Für die meisten Freidemokraten hat Lambsdorff sich nicht etwa die Finger schmutzig gemacht, als er durch den Betrieb zahlreicher Waschanlagen Geld für die FDP beschaffte (SPIEGEL 5/1988); so seien schließlich alle Parteien verfahren, nichts habe er in die eigenen Taschen gesteckt.



Die Zeit

Der Graf ist wieder da

„Wenn einer eine reine Weste hat, dann Lambsdorff", beschreibt Ruth Witteler-Koch, Mitglied des NRW-Landesvorstands, das neue Rechtsverständnis der Liberalen. „Alle Parteifreunde stehen in dieser Sache voll hinter ihm."

Der Freispruch vom Vorwurf der Bestechlichkeit zählt bei den Freidemokraten mehr als der Schuldspruch wegen Steuerhinterziehung. Als Minister sei einer wie Lambsdorff nicht etwa generell untragbar, nur als Justizminister vielleicht nicht gerade vorzuzeigen.

Die Vorstellung, ein Vorbestrafter dürfe nicht Vorsitzender werden, lehnen selbst Lambsdorff-Gegner als eine Art „Berufsverbot" ab. „Eine Verurteilung wegen Bestechlichkeit", sagt der Generalsekretär Helmut Haussmann, „wäre etwas völlig anderes gewesen."

Als „weltfremder Idealist" werde daher nur noch bestaunt, so ein Vorständler, „wer meint, es sei der Glaubwürdigkeit der Demokratie nicht zuträglich", wenn einer politisch rehabilitiert werde, der Gesetz und Verfassung nicht sonderlich ernst genommen habe.

„Ein so eklatanter Verstoß ist nicht einfach als Kavaliersdelikt abzutun", setzt Hildegard Hamm-Brücher dagegen. „Kein gutes Signal", klagt der stellvertretende schleswig-holsteinische FDP-Chef Wolfgang Kubicki – zumal wenn zu gleicher Zeit alle lauthals den Verfall der politischen Moral in der Barschel-Affäre bejammern, dem zweiten großen Nachkriegsskandal.

Nachdem sich die erste Überraschung über Lambsdorffs Anspruch auf die Macht bei den Liberalen gelegt hatte, haben sich tatsächlich auch viele Partei-

Lufthansa Tagesrandverbindungen: morgens hin, abends zurück.

Das größte Interesse an einem günstigen Flugplan haben oft die, die gar nicht fliegen.



MESSE MÜNCHEN GIBT DIE ANTWORT

KONSUMGÜTER

ESSEN UND TRINKEN, LUXUS UND MODE, URLAUB, FREIZEIT UND

ERFOLGREICH IN

SPORT – WICHTIGE INTERNATIONALE KONSUMGÜTER-MESSEN

MÜNCHEN

SIND IN MÜNCHEN ZU HAUSE

Ispo · Inhorgenta
Caravan-Boot-Internationaler Reisemarkt · Mode-Woche-München
Ikofa

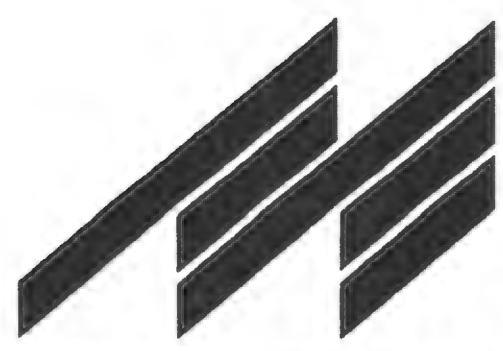
Konsumgüter-Messen:
Erfolgreich in München!

Die Vorteile eines der erfolgreichsten Messeplätze der Welt:

Verkaufsimpulse
Marketing-Optimierung
Informationsvorsprung
Know-how-Transfer
Innovationsschub
Kontaktgewinn

Das Profil eines der attraktivsten Messeplätze der Welt:

Fachmessen: ca. 20 jährlich
Aussteller: ca. 24.000 jährlich
Besucher: ca. 2 Mio jährlich
Hallenfläche: 105.000 m²
Freigelände: 35.000 m²
Parkplätze: 17.000



MESSE MÜNCHEN INTERNATIONAL

Münchener Messe- und Ausstellungsgesellschaft mbH, ✉ 121009, D-8000 München 12, ☎ (089) 5107-0, Tx 5212086 ameg d, Fax (089) 5107-506, Btx * 35075 #

Siem + Partner, München

freunde, die anfänglich zögerten, mit der Aussicht einigermaßen versöhnt.

Schon redet sich mancher ein, Lambsdorff werde dann nicht länger ein Mann des rechten Flügels bleiben, fixiert auf die reine Lehre der Marktwirtschaft. Er werde auch seine rüden, bisweilen verletzenden Umgangsformen abschleifen. Und einige wollen gar die ersten Anzeichen flügelübergreifender Versöhnlichkeit entdeckt haben.

Lambsdorff hat zur Freude der notorischen Rechtsstaatshüter Baum und Burkhard Hirsch gegen den Kronzeugen gefochten. Er hatte Zweifel wegen des Vermummungsverbots. Und Baum hat er vor kurzem ausdrücklich zum Thema Umweltschutz in seinen Wahlkreis eingeladen – Zeichen für neue ökologische Einsichten?



Kontrahenten Möllemann, Irmgard Adam-Schwaetzer: „Kein gutes Signal"

Schon wird seine ungewöhnliche Schweigsamkeit nach dem Hanauer Atomskandal als Zeichen neuer Nachdenklichkeit gedeutet. Und bei einer Diskussion in der SPD-Parteizentrale rückte der Graf Bangemanns Äußerung, der Wohlfahrtsstaat sei der „unmenschlichste Staat", als „sehr zugespitzt" zurecht. Hat Lambsdorff, fragen seine Parteifreunde, vielleicht doch eine soziale Ader? Wäre er vielleicht sogar der Mann für eine Wende zu den Sozialdemokraten, wenn mit der Christenunion gar nichts mehr ginge?

Während der Libero der Liberalen planmäßig sein Image aufbessert und durch Reisen – letzte Woche in die DDR, demnächst in die USA – seine Weltläufigkeit vorführt, ist es seiner Gegenspielerin, der AA-Staatsministerin, fast unmöglich, sich hinter dem Showmaster Genscher überhaupt bemerkbar zu

„Mir paßt der ganze Stil nicht"

Die FDP-Landesverbände kritisieren Möllemanns Lambsdorff-Kurs

Walter Döring, FDP-Landesvorsitzender von Baden-Württemberg, ist stinksauer, wenn er an seine Parteifreunde in Nordrhein-Westfalen denkt. Er will sich „auf keinen Fall" vor den Landtagswahlen am 20. März zum Thema Bangemann-Nachfolge äußern. Döring: „Mir paßt der ganze Stil nicht."

So wie Döring geht es vielen in der FDP. Die Werbekampagne Jürgen Möllemanns für den Grafen Lambsdorff kommt vielen Parteimitgliedern zu früh.

Trotzdem wird sich in Baden-Württemberg nach Einschätzung eines Landesvorstandsmitglieds eine größere Mehrheit für den Grafen engagieren: Lambsdorff sei in vielen Fragen kompetent, die Diskussion wegen der Parteispenden „ziemlich abgeflacht".

Die Alternative Adam-Schwaetzer scheint den meisten Baden-Württembergern noch nicht überzeugend. Es bleiben Zweifel, ob sie schon genügend politische Statur mitbringt.

Der gescholtene Möllemann sagt eine große Mehrheit für Lambsdorff bei einer Abstimmung in seinem Landesverband voraus. In einer der letzten Vorstandssitzungen habe niemand Widerspruch gegen seinen Plan angemeldet, in NRW einen Vorentscheid zwischen den beiden Kandidaten herbeizuführen. „Lambsdorff hat den Vortritt", meint Möllemann, „er wird das vier oder fünf Jahre machen, dann gucken wir weiter." Jeder weiß, dann will er selber ran.

Frau Adam-Schwaetzer wird zumindest unter Frauen als „gleichwertige Kandidatin" eingeschätzt. Die Landtagsabgeordnete Ruth Witteler-Koch: „Vorbehalte gegen sie kommen häufig von älteren Herren, die generell gegen Frauen sind." Wer glaube, die Weichen seien gestellt, findet Frau Hamm-Brücher, „der wird sich noch umgucken".

In Bayern favorisiert der Vorsitzende Manfred Brunner ebenfalls eindeutig Lambsdorff. Wenn Bangemann gehe, meint Dietrich von Gumppenberg, Sprecher der FDP Oberbayern, „dann läuft das allemal sehr gezielt auf den Lambsdorff zu". Aber Frau Adam-Schwaetzer sei als FDP-Vorsitzende „zweifellos eine Attraktion", sie sei „ein lernfähiges und lernwilliges Mädchen".

In anderen Landesverbänden ist die Richtung noch schwerer auszumachen. Martin Hildebrandt, Chef der FDP-Landtagsfraktion in Niedersachsen, meint, Lambsdorff sei mehr als nur Wirtschaftspolitiker, aber auch der Gedanke, eine Frau an der Spitze zu haben, sei „durchaus reizvoll". Der FDP-Landtagsabgeordnete Rudolf Fischer fürchtet: Mit einem Vorsitzenden Lambsdorff könne „der fatale Eindruck entstehen, daß die FDP sich ausschließlich als Wirtschaftspartei sieht". Deshalb müsse die Rivalin auf jeden Fall antreten.

Die Hamburger wollen sich noch nicht festlegen. Kultursenator Ingo von Münch sähe gern eine Frau oben. Früher habe die FDP viele bedeutende Frauen an der Spitze gehabt. „Da haben wir in den letzten Jahren deutlich an Boden verloren."

Der Berliner Vorsitzende Walter Rasch will sich mit den übrigen Nordlichtern zum „gegebenen Zeitpunkt" koordinieren. Sein Vorgänger Wolfgang Lüder wirbt schon eifrig für die Staatsministerin. Klar hat sich bisher die schleswig-holsteinische FDP für Frau Adam-Schwaetzer entschieden. Der stellvertretende FDP-Chef Wolfgang Kubicki: „Die hat sich wirklich gemausert."

Favoritin ist Frau Adam-Schwaetzer auch in Rheinland-Pfalz und Hessen. Rainer Brüderle und Wolfgang Gerhardt sind einig: Sie wünschen einen „Generationenwechsel".

ZUM LANDEN REICHT ABS, ZUM FAHREN BRAUCHEN SIE MEHR.

DAS GOLDENE LENKRAD 1987

Jeder Autofahrer weiß: ABS macht das Bremsen sicherer. Weniger bekannt ist, daß diese Erfindung aus der Luftfahrt stammt. Wie viele Innovationen im High-Tech-Bereich. Der neue Senator CD zeigt, was wir daraus für den Automobilbau gelernt haben.

DAS NEUE HIGH-TECH-FAHRWERK.

Das selbststabilisierende DSA-Fahrwerk setzt Maßstäbe in der Fahrwerkstechnologie.

Es garantiert hohe Kurvenstabilität und ausgezeichnete Spurtreue, selbst wenn die Räder rechts auf nassen und links auf trockenen Straßenbelag treffen. Und damit der Senator auch bei einer Vollbremsung lenkfähig bleibt, haben wir das DSA-Fahrwerk mit ABS kombiniert. Ergebnis: ein einzigartiges Fahrwerk, das in jeder Situation höchste Sicherheit bietet.

DER NEUE HIGH-TECH-KOMFORT.

Für maßgeschneiderten Fahrkomfort sorgt die elektronische Fahrwerksdämpfung Ride-Control. Entscheiden Sie per Knopfdruck: Wollen Sie ein sportlich straffes, ein neutrales oder lieber ein betont komfortabel abgestimmtes Fahrwerk?



D I E   N E U E   T E C H N I K :   D E R   N E U E   S E N A T O R

DIE NEUE HIGH-TECH-LENKUNG.

Die Servotronic des Senator paßt die Lenkung elektronisch der Geschwindigkeit an. Je schneller Sie fahren, desto weniger Servounterstützung gibt es. So haben Sie jederzeit ein sicheres Gefühl für die Straße.

Den hohen Sicherheitsstandard des Senator erleben Sie am besten selbst bei einer Probefahrt.

Neutrale Tester haben das bereits getan und stellten zu seiner Straßenlage fest: „Das Senator-Fahrwerk ... gehört zur absoluten Spitzenklasse." (Die Welt, 1.8.1987)

Safety first ist eben nicht nur in der Luftfahrt oberstes Gebot.



ERLEBEN SIE DEN NEUEN SENATOR.

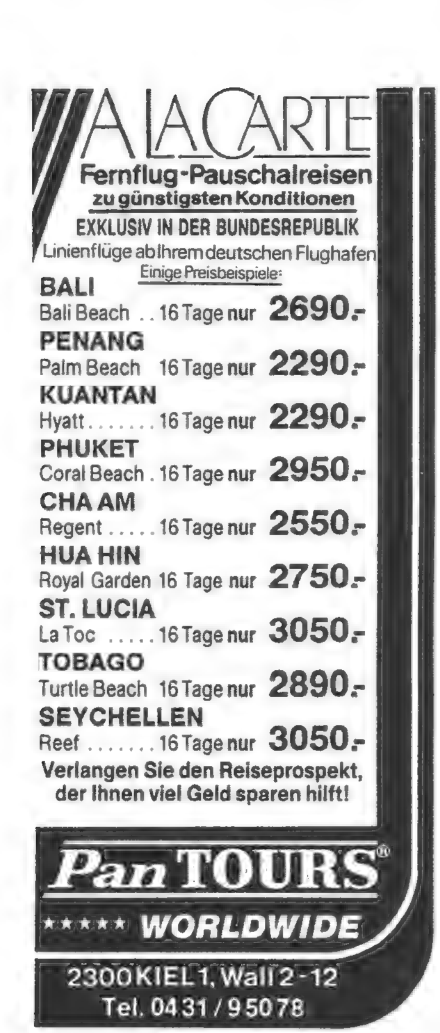
Sie sind herzlich eingeladen, das Buch über den neuen Senator zu lesen. Und Sie sind herzlich eingeladen, den Senator unverbindlich und ausführlich zu testen. Denn nichts überzeugt mehr als das eigene Erlebnis. Rufen Sie einfach unseren Senator-Service an. Zum Ortstarif:

✆ 0130-2040

Adam Opel AG, Abt. 9201, Senator-Service, D-6090 Rüsselsheim.



DER NEUE SENATOR. HIGH-TECH VON OPEL.







Kontrahenten Bangemann, Genscher: „Erneut Schlagseite"?

machen. Während der NRW-Landesvorsitzende Möllemann für den Grafen um Stimmen wirbt und Stimmung gegen die Konkurrentin macht, hat Frau Adam-Schwaetzer nur einen großen Gönner: Hans-Dietrich Genscher. Der aber lehnt sich vorsichtshalber nicht aus dem Fenster.

Möllemann versucht, Frau Adam-Schwaetzer als Spitzenkandidatin für die Europa-Wahl wegzuloben oder sie durch die ferne Aussicht auf den Fraktionsvorsitz zur Aufgabe ihrer Ambitionen zu bewegen. Im mitgliederstärksten Landesverband Nordrhein-Westfalen, als Lambsdorffs Fan-Klub bekannt, mobilisiert er schon jetzt die Truppen für eine Vorentscheidung – in der Hoffnung, die Unterlegene werde sich schließlich dem Psychodruck beugen und auf dem Bundesparteitag gar nicht erst antreten.

Die Verehrer des Grafen verbreiten sich fleißig über Schwächen der Rivalin. Tüchtig sei sie schon, auch Durchsetzungskraft und Standfestigkeit attestieren sie ihr gönnerhaft; alles in allem ein durchaus entwicklungsfähiges Talent, dessen Zukunft allerdings noch nicht angebrochen sei. Denn bislang sei zwar ein ausgeprägtes Karrierestreben, nicht aber ein politisches Konzept zu erkennen. Statt menschlicher Wärme verbreite sie kühle Distanz um sich. Im kleinen Kreis, auch am Bildschirm, wirke sie durchaus überzeugend, aber Leute verstehe sie nicht zu begeistern. „Statt Charisma", so ein bissiger Kommentar, „hat sie die Trockenheit eines alten Brötchens."

Die geschickt inszenierte Kampagne hat der herben Dame durchaus zugesetzt. Es hat sie schon „verwundert", mit „welcher Brutalität da einer vorgeht", den sie früher in arger Bedrängnis unterstützt hatte. Aber entnervt ist sie keineswegs: „Ich denke nicht, daß alles so ablaufen wird, wie Möllemann das möchte."

Tatsächlich hat Möllemanns forsche Tour die Kollegen in anderen Ländern verärgert. Dort wurde die Vorauswahl eines Kandidaten, wie Frau Adam-Schwaetzer meint, „als typische NRW-Arroganz empfunden". Denn: „Die wollen sich nicht vorschreiben lassen, wen sie zu wählen haben."

Und obschon die beiden größten Landesverbände – außer NRW auch Baden-Württemberg – eine Lambsdorff-Vorliebe pflegen, hat Frau Adam-Schwaetzer durchaus ihre Anhänger, vor allem im Norden, in Hessen und Rheinland-Pfalz (siehe Kasten Seite 43). „Die FDP ist keine Flügelpartei und keine Seniorenpartei", stichelt die 45jährige Staatsministerin, „sie muß auch inhaltlich für Junge wählbar sein." Klar, wen sie meint.

Das vergleichsweise jugendliche Alter der Apothekerin ist denn auch ihr größtes Startkapital gegenüber dem 61jährigen Grafen. Sie selber hatte schon im letzten Jahr offen gegen Lambsdorff Front gemacht und in einem SPIEGEL-Interview eine „Verjüngung" auch im Parteivorsitz gefordert. Damit gab sie, wie sie damals konstatierte, „einfach eine Stimmung in der FDP" wieder, „die besagt: Nachwuchspolitiker müssen ihre Chance haben".

Diese Stimmung ist keineswegs verflogen. So hätten beispielsweise die Hamburger gern eine Parteispitze, die eher auf das Jahr 2000 weist als in die Vergan-

genheit. Der rheinland-pfälzische FDP-Chef Rainer Brüderle sähe gern einen „Generationenwechsel“.

Lambsdorffs Wahl, so Baum, werde nach verbreiteter Meinung in der FDP als „das falsche Signal“ verstanden. Bangemann hat mit seinen lässigen Führungsmethoden immerhin den linken Liberalen einigen Auslauf gelassen. Die FDP konnte sich nur langsam „vom Odium der Wirtschaftspartei bekrabbeln“, meint Frau Hamm-Brücher, unter Lambsdorff aber, befürchtet sie, „kriegt die Partei erneut Schlagseite“.

Lambsdorff, der von jeher seine gläubigste Gemeinde in der Bonner Bundestagsfraktion hatte, mußte auf Parteitagen schon oft erleben, daß die Delegierten ihn überstimmten. Er war immer gemeint, wenn der hessische Landesvorsitzende Wolfgang Gerhardt oder andere über „soziale Kälte“ klagten. Er focht schon in der sozialliberalen Koalition beinhart auf seiten der Industrie gegen den Umweltschutz, und ihm fehlte auch jede Sensibilität für die tödlichen Gefahren der Kernenergie.

Regierungssprecher Herbert Schmülling hat schon vor längerer Zeit erkannt, der Graf sei „nicht der Typ, der Strömungen aufnimmt und artikuliert“. „Ein großes Stück der Partei“, so Frau Hamm-Brücher, „deckt er einfach nicht ab.“

So beschloß der Parteitag in Hannover vor zwei Jahren ein Konzept für alternative Energien, das Lambsdorff für „unbrauchbar“ erklärt hatte. Derselbe Parteitag verweigerte die von ihm geforderte Bestandsgarantie für die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf. Die Delegierten verwarfen auch das Lambsdorff-Credo, ein wirtschaftlicher Kurs sei „in sich sozial“.

Skeptische Parteifreunde warnen davor, „aufgesetzte Bemerkungen“ jetzt als Anzeichen für Lambsdorffs Lernfähigkeit mißzuverstehen. Aus dieser Erkenntnis bereitet auch Genscher die Aussicht, der Graf werde sein künftiger Vorsitzender, einige Beklemmungen. Denn oft genug konterkarierte Lambsdorff schon in der Vergangenheit die Aktivitäten des Außenministers.

Von SDI versprach sich der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP dicke Auftragsbücher für deutsche Unternehmer. Im Streit um die Verschrottung der „Pershing 1A“ beruhigte er die Union, seine Partei werde nicht zustimmen. Ein allgemeines, gleiches Wahlrecht für alle Bürger in Südafrika lehnt er – ähnlich wie Strauß – ab. Lambsdorffs „letzter Ausweg“: eine Teilung des Landes in zwei Homelands – eins für die Schwarzen und eins für die Weißen.

Lambsdorff auf der Siegerstraße? „Frau Adam-Schwaetzer“, meint FDP-Vize Baum nach alledem, „ist noch keineswegs aus dem Rennen.“

WIRTSCHAFTS-KOMMENTAR

Der Schwung von gestern

Von Walter Knips

Die Logik leuchtet jedem Laien ein: Wenn die wirtschaftliche Wachstumsrate für dieses Jahr über Null liegt, dann geht es wirtschaftlich weiter aufwärts, dann wird das Sozialprodukt Silvester 1988 größer als zu Beginn des Jahres sein.

Und darin sind sich trotz Börsenkrach und Dollar-Sturz alle Konjunktur-Prognostiker einig: Eine negative Rate wird es für dieses Jahr nicht geben, die Rezession bleibt aus.

Mit 1,5 bis 2,0 Prozent liegt die Schätzung der Bundesregierung natürlich „im oberen Bereich des derzeitigen Prognosespektrums“ (so der Jahreswirtschaftsbericht), denn in Bonn ersetzt das Prinzip Hoffnung die Konjunktur-Politik. Aber auch die Wachstumsraten, die von unabhängigen Fachleuten in Aussicht gestellt werden, bewegen sich mit 1,0 bis 1,5 Prozent noch deutlich über Null.

Hangelt sich die Wirtschaft also in jedem Fall höher? Führt der Weg auch nach Schwarzem Montag und schweren Währungsturbulenzen weiter nach oben?

Konjunktur-Prognosen sind schon in Zeiten, in denen keine Schreckensmeldungen von Aktien- und Devisenmärkten auf Verbraucher und Investoren einstürzen, ein schwieriges Geschäft. Allzuoft haben sich die Experten schon blamiert, und diesmal ist, angesichts der vielen Unwägbarkeiten, die Chance für einen Prognosereinfall besonders groß.

Da ist es schön, wenigstens auf einem Datum aufbauen zu können, das sich im Jahresverlauf nicht mehr ändern wird. Diese prognostische Stütze ist der sogenannte Überhang, eine vom alten Jahr hinterlassene Größe.

Mit der Wachstumsrate für ein bestimmtes Jahr wird nämlich nicht beziffert, wie stark das Sozialprodukt von Jahresanfang bis -ende zunimmt. So einfach und auch für den Amateur verständlich geht es bei den Statistikern nun mal nicht zu.

Die jährliche Wachstumsrate gibt vielmehr an, wie sich der Durchschnittswert des Sozialprodukts in einem Jahr gegenüber dem gleichen Vorjahreswert entwickelt. Und da kann es manchmal ganz verquer zugehen: Die Wachstumsrate *für* das Jahr kann positiv sein, obgleich das Sozialprodukt *in* diesem Jahr schrumpft.

Die Verwirrung wird vom Überhang gestiftet. Er entsteht dadurch, daß bei einer stetigen Aufwärtsentwicklung das Sozialprodukt am Jahresende höher ist als der Mittelwert. Wenn der Jahresschluß-Wert beispielsweise um ein Prozent über dem Jahresdurchschnitt liegt, geht die Wirtschaft mit einem Wachstumsüberhang von einem Prozent ins nächste Jahr.

Schrumpft das Sozialprodukt im neuen Jahr dann zum Beispiel um 0,5 Prozent, liegt der Durchschnittswert immer noch um 0,5 Prozent über dem mittleren Vorjahreswert. Die Wachstumsrate ist also noch positiv, obgleich es abwärtsgeht.

„Dynamik dank der Wirtschafts-Statistik“

Wenn die Produktion hingegen in einem Jahr gleichbleibt, in das die Volkswirtschaft mit einem Überhang einstieg, ist die Wachstumsrate – trotz zwölfmonatiger Flaute – ebenso hoch wie dieser Überhang. So schön ist Statistik.

Nicht mit weiterem Wachstum, sondern mit Stagnation rechnen denn auch die Propheten einer Ein-Prozent-Rate für dieses Jahr. Und selbst die Regierung, die mit ihrer optimistischen Prognose ungebrochene Dynamik vorgaukeln möchte, vertraut in Wahrheit mehr auf mathematische Mechanik als auf ökonomische Antriebskräfte.

Denn der Überhang, dieses statistische Wachstumserbe, beträgt für dieses Jahr 1,1 Prozent. Es ist also fast nur noch der Schwung von gestern, der die Wachstumsrate von heute bringt: Dynamik dank der Wirtschaftsstatistik.

Aber der Bundesregierung genügt der schöne Schein. Daß mit einem Überhang kein einziger neuer Arbeitsplatz geschaffen wird, sondern nur noch eine halbwegs werbewirksame statistische Rate, interessiert weder Kohl noch Bangemann.

Was aber machen die Herren im nächsten Jahr, wenn die Flaute nicht mehr mit einem Überhang zu kaschieren ist?



DER PARTNER FÜR IHRE ZUK



AM MARKT REAGIEREN – MIT KONZEPTEN VON HEWLETT-PACKARD.

„Alle Informationen schnell bereit haben, reagieren können – das ist für uns wichtig. In Deutschland, europaweit, weltweit.

Dabei helfen uns die Computer-Konzepte von Hewlett-Packard: Kommerzielle Rechner und PCs, verbunden in einem internationalen Netzwerk, und die passende Anwendersoftware ermöglichen uns schnelle Aufbereitung, Durchführung und Kontrolle unserer Daten – von der Materialwirtschaft über die Kostenträgerrechnung bis hin zu einem zukünftigen integrierten Informations-Management.

Das sind die Voraussetzungen, um schnell und innovativ am Markt reagieren zu können.

Die Zusammenarbeit mit Hewlett-Packard, die Beratung und der Service entsprechen den Vorstellungen, die wir von einem kompetenten Partner haben."

Dr. Klaus-Peter Meier, Procter & Gamble GmbH, EDV-Leiter Werk Worms (links), im Gespräch mit dem Hewlett-Packard Vertriebsberater Herbert Rosenbach.

Hewlett-Packard zählt zu den Spitzenunternehmen der Elektronik. Qualität, Innovation und Partnerschaft sind die Faktoren, denen das Unternehmen seinen Erfolg zu verdanken hat. In Deutschland und weltweit – seit fast 50 Jahren.

Wenn Sie mehr über die kommerziellen Computer-Konzepte von Hewlett-Packard erfahren möchten, wenden Sie sich bitte an Hewlett-Packard GmbH, Bad Homburg, 06172/400-231.







Auszug aus den Gesamtkatalogen

China ab 1.199,-

Peking 8 Tg. ab DM 1.199,-
Städterundreise 12 Tg. ab DM 3.195,-
Rundreise mit Yangtze 22 Tg. ab DM 4.985,-
Pakistan u. Seidenstr. 28 Tg. ab DM 6.352,-
Sowjet. Orient u. Seidenstr. 21 Tg. ab DM 5.243,-
Nepal u. Tibet 15 Tg. ab DM 5.985,-
Große Rundreise 26 Tg. ab DM 5.994,-
Transsib. Eisenbahn u. China 20 Tg. ab DM 4.697,-

Südost-Asien

Bali, die Götterinsel ab DM 2.596,-
Große Rundreise: Thailand, Singapore, Malaysien, Sumatra, Java, Bali 27 Tg. ab DM 5.485,-
Thailand-Rundreise 13 Tg. ab DM 3.195,-
Nord-Korea 15 Tg. DM 4.385,-

Süd-Amerika

Peru-Rundreise 21 Tg. DM 3.989,-
Brasilien-Rundreise 15 Tg. DM 4.195,-

Sowjetunion

Moskau oder Leningrad 5 Tg. ab DM 399,-
Moskau und Leningrad 8 Tg. ab DM 699,-
Sowjetischer Orient 11 Tg. ab DM 1.390,-
Große Rundreise: Moskau, Sibirien, Usbekistan, Kaukasus 20 Tg. ab DM 2.796,-
Kaukasus mit Badeaufenthalt 15 Tg. ab DM 1.798,-
Mit der Trassib. Eisenbahn nach Japan 18 Tg. DM 3.998,-



Bitte fordern Sie unsere Sonderkataloge – z.B. China, 56 Seiten – kostenlos an.

GeBeCo-Reisen
Ihr Partner für individuelles Reisen

Eckernförder Str. 93
23 Kiel 1, Tel.: 0431/12001

SCHAUMWEIN

Gute Tradition

Die verheißungsvolle Botschaft „Im Champagnerverfahren hergestellt" soll kein deutsches Sektetikett mehr zieren.

Mit den deutschen Konsumenten sind Rudolf Schilling und sein Kompagnon René James Lallier zufrieden. „Die sind auf den Geschmack gekommen", freuen sich die Inhaber der Sektkellerei Deutz & Geldermann im badischen Breisach. Allein 1987 kauften die Bundesbürger 3,4 Millionen Flaschen der Breisacher Sorte, fast 500 000 mehr als im bereits guten Jahr zuvor. Zum Wohle.

Auf die Bundesregierung allerdings reagieren die beiden Schaumwein-Partner ausgesprochen sauer. „Wie die Herren in Bonn mit uns umspringen, ist skandalös", schimpft Schilling. Die Christliberalen, so fürchtet der Sektfabrikant, könnten das schöne Trinkgeschäft verderben.

Das Bonner Justizministerium hält für Unrecht, was den badischen Sektproduzenten als gute Tradition gilt: den verkaufsfördernden Hinweis auf den Flaschenetiketten, daß der Inhalt „im Champagnerverfahren hergestellt" sei. Soll heißen: Der Schaumwein ist in der Flasche gegoren, wie richtiger Champagner, und nicht etwa in Mengen aus Fässern oder Großtanks abgefüllt.

Der hilfreiche Aufdruck ist schon älteren Datums. Seit die französischen Winzer in der Champagne vor einem Jahrhundert weitgehend durchsetzten, nur ihr teurer Schaumwein dürfe Champagner heißen, half sich die Konkurrenz mit dem Hinweis auf das gleiche Produktionsverfahren.

Bislang hatte sich niemand daran gestört, schon gar nicht deutsche Regierungen. Doch plötzlich sehen Bonns Rechtswächter Handlungsbedarf.

Schriftlich forderte das Justizministerium den Verband Deutscher Sektkellereien in Wiesbaden auf, schnellstens auf den Champagner-Hinweis zu verzichten. Statt dessen könne auf den Flaschen stehen, der Sekt sei „im traditionellen Verfahren" produziert.

Die meisten deutschen Sekthersteller betrifft das nicht. Firmen wie Henkell und Deinhard, Faber oder Matheus Müller lassen ihre Getränke seit langem in Fässern und Tanks reifen.

Doch für Konkurrenten wie Deutz & Geldermann und andere kleine Kellereien galt die Nähe zum Schampus bislang als bestes Verkaufsargument: Die Produkte schmecken wie der Schaumwein aus dem Norden Frankreichs, kosten aber gerade die Hälfte. Entsprechend gut läuft das Geschäft.

Nun aber droht Gefahr, Bonns Regierungsbeamte meinen es offenbar ernst. Vergangenen November beschlagnahmten staatliche Weinkontrolleure in Rheinland-Pfalz auf Bonner Weisung erstmals deutsche Sektflaschen mit dem umstrittenen Aufdruck.

Die Beamten im Justizministerium berufen sich auf eine EG-Verordnung aus dem Jahr 1985. Danach darf Schaumwein unter der Bezeichnung „méthode champenoise" oder „Champagnerverfahren" nicht mehr in den Handel gebracht werden.

Die Neuerung setzten die Franzosen in der Euro-Bürokratie durch. Sie dient vor allem dem Schutz heimischer Kellereien gegen Schaumwein-Konkurrenz aus Spanien.

Ganz so eilig wie die Bonner allerdings haben es die Brüsseler Bürokraten nicht. Auf Drängen der betroffenen Kellereien verkündeten sie, der entsprechende Passus der EG-Verordnung Nr. 3309/85 trete erst im September 1994 in Kraft.



Sektproduzent Lallier
Klage gegen den Justizminister

Das dauert den Bonner Justizbeamten offenbar zu lange. Einmal in Fahrt, fanden sie eine weitere Handhabe gegen die Flaschengärer im eigenen Land. Ein deutsch-französisches Abkommen aus dem Jahre 1960, ließen sie wissen, verbiete „die mißbräuchliche Benutzung des Begriffs Champagnerverfahren". Dies sei gegen deutsche Sekthersteller durchaus anwendbar.

Schaumwein-Produzent Lallier, französischer Ururenkel des deutschen Firmengründers Wilhelm Deutz, und Partner Schilling wollen jetzt ihrerseits gegen Bonn vorgehen. Beim Kölner Verwaltungsgericht liegt eine Klage der Kellerei Deutz & Geldermann gegen den verantwortlichen Justizminister Hans Engelhard vor.

Damit soll der Bonner Eifer gebremst werden. Wenigstens bis 1994 möchten die Sektmacher ihren Schaumwein ohne Einschränkung verkaufen. ◆

DIE STUNDE, DA DIE WELT ZU IHRER BÜHNE,
DAS LEBEN ZUR PRACHTVOLLEN INSZENIERUNG WIRD. DER MOMENT,
DA WIR DIE ANONYMITÄT DER MASKE WÄHLEN,
UM DIE EIGENE IDENTITÄT ZU FINDEN.



OMEGA – Offizieller Zeitnehmer der Olympischen Spiele 1988, Calgary und Seoul

SPIEGEL *Essay*

Glotz, Zwerenz und die SPD

von Erhard Eppler

Erhard Eppler, 61, ist Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD.

In der ersten SPIEGEL-Nummer dieses Jahres hat Gerhard Zwerenz sich der „Malaise des Peter Glotz“ angenommen und, weil es so schön war, in einem Arbeitsgang auch noch die ganze SPD abgemurkst. Zuerst reagierte ich so wie in meinen Parlamentszeiten: „Herr Kollege, da haben Sie es sich aber entschieden zu einfach gemacht.“ Dann las ich noch einmal Peter Glotzens Klage über die „Malaise der Linken“ und mußte Zwerenz zugestehen: Peter Glotz hat es ihm auch zu leicht gemacht.

Ich kann Glotz nachfühlen, wie einen die Unfähigkeit der europäischen Linken zu gemeinsamer Politik zur Verzweiflung treiben kann. Aber wenn – wahrscheinlich ungewollt – der Eindruck entsteht, hier kämpfe, ziemlich hoffnungslos, ein einsamer Aufgeklärter und Sensibler gegen eine ganz und gar unaufgeklärte und unsensible Partei an, darf sich niemand wundern, wenn ein Gerhard Zwerenz sich den Spaß erlaubt, nun auch diesen Letzten vollends abzuräumen. Was bleibt dann? Nichts.

Da zündet Peter Glotz ein faszinierendes intellektuelles Feuerwerk – für sich allein schon etwas Erfrischendes in der Eintönigkeit unseres Polit-Jargons –, und dann erscheint am Morgen drauf Gerhard Zwerenz am Ort des Geschehens, kickt mit dem Stiefel ein paar leere Papphülsen weg und befindet: Das also ist übrig von der SPD!

Natürlich hat Zwerenz recht: Die SPD war dabei, als Kanzler-Wahlverein sich selbst zu verlieren. Aber sie hat es gemerkt, hat darunter gelitten. Es ging in der Tat nicht an, diese nicht mehr ganz junge Partei dauernd gegen den Strich zu bürsten und ihr, wenn sie einmal aufjaulte, zu versichern, schließlich könne der Kanzler nichts dafür, wenn ihr die Haare in die falsche Richtung gewachsen seien.

Zwerenz vergißt aber das Wichtigste: Schon während dieser acht Jahre, in denen diese Republik von Helmut Schmidt allemal um vieles kompetenter regiert wurde als heute, hat in der Partei jene Diskussion begonnen, die in Nürnberg einen ersten Abschluß fand und sich jetzt in der Arbeit an einem neuen Grundsatzprogramm niederschlägt.

Aber wie soll ich dies Zwerenz übelnehmen, wenn auch Peter Glotz mit keiner Silbe erwähnt, daß seine Partei seit dreieinhalb Jahren mit viel Sachverstand und Leidenschaft über ein neues Grundsatzprogramm diskutiert, daß dazu bereits ein Entwurf vorliegt, in dem das meiste von dem nachzulesen ist, was Glotz, scheinbar allein auf weiter Flur, seiner Partei als Heilmittel gegen ihre Malaise empfiehlt?

Wenn schon von politischer Kultur die Rede sein soll: Die elf Jahre Energiediskussion bis 1986 können sich sehen lassen. Eine Partei, die noch 1956, voll des Glaubens in den technischen Fortschritt, das aufziehende Zeitalter der Atomenergie geradezu hymnisch gefeiert hatte, ringt sich in einem Jahrzehnt bitterer Diskussion, spannender als mancher Krimi, zu einem klaren Nein durch, ohne daran zu zerbrechen, ja ohne eiternde Wunden davonzutragen – das mache uns jemand nach. Als Peter Glotz vor zwei Monaten seiner Partei attestierte, sie habe in dieser Sache „schon auf mittlere Sicht die besseren Argumente“, konnte er noch gar nicht wissen, wie recht er hatte.

An der Energiediskussion – und das war eben nicht die „hysterische Debatte über Kernenergie“, von der Glotz schreibt – läßt sich am leichtesten zeigen, worum sich Glotz und Zwerenz, zieht man alle Polemik ab, mit guten Gründen streiten: um das Verhältnis von Aufklärung und Fortschrittsglauben. Beide verstehen sich als Aufklärer, aber nur Glotz kann sich linke Politik ohne einen neuen Fortschrittsbegriff nicht vorstellen.

Ich stehe da auf der Seite von Glotz. Zwerenz' Hinweis auf Sartre, der „die liebe Erde als Klumpen Dreck und die Menschheit als etwas Schimmelpilz darauf“ verstand, was „seinem aktivistischen Engagement keinen Abbruch tat“, zieht nicht. Ein Philosoph oder ein Schriftsteller kann solche Spannung vielleicht aushalten; eine Partei, zumal eine linke, kann es nicht. Sie kann nicht die Verbesserung von Schimmelpilzkulturen zu ihrem Programm machen. Sie muß schon eine Vorstellung davon haben, wie Menschen menschlich zusammenleben, was der Entfaltung von Humanität dient, was sie hindert oder blockiert. Heroismus im Angesicht des Absurden taugt nicht zum Parteiprogramm.

Aber Peter Glotz muß sich fragen lassen, ob es ganz von ungefähr kommt, daß vieles von dem, was er heute fordert oder akzeptiert, etwa das Nein zur Atomenergie oder das, was er selbst jetzt „ökologische Modernisierung“ nennt – in der Partei läuft es längst als „ökologische Erneuerung“ –, ohne oder gar gegen ihn angestoßen und durchgesetzt werden mußte. Spielte da sein Argwohn mit, hier sei die Gegenaufklärung am Werk, hier werde der Fortschrittsglaube verscherbelt, hier geschehe „philosophische Desorientierung“? Ich kann seinen Verdacht heute besser verstehen als vor zehn Jahren, aber es war doch wohl gut für die Partei, daß sie gegen seine Einwände entschieden hat.

Glotz schreibt:

> Es gibt eine Verstrickung der Aufklärung in blinde Herrschaft. Deswegen kann nur eine aufgeklärte Aufklärung überleben. Deswegen muß Europa den quantitativen Fortschrittsbegriff überwinden und einen qualitativen an seine Stelle setzen.

Dem kann ich zustimmen. Im Irseer Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm ist dazu Genaueres gesagt unter der Überschrift „Wie wir morgen leben können“. Diese Passage stammt aus der Feder des praktizierenden Katholiken Heinz Rapp. Es ist also keineswegs so, wie Glotz vermutet, daß „der gläubige Christ ... den Fortschritt nicht braucht“. Der Glaube an den Fortschritt ist nicht in Gefahr, weil es in der SPD zu viele Christen gibt, sondern weil die aufgeklärten Menschen, Christen wie Nichtchristen, zu viel erlebt haben und erleben, was sie am Fortschritt zweifeln läßt. Die Aufklärung über die Aufklärung, die auch Glotz verlangt, ist es, was den Fortschrittsglauben erodieren läßt. Und manchmal ist es christliche Hoffnung, die dem entgegentritt.

Auf dem Titelbild des SPIEGEL für die Silvester-Nummer 1987, also zwischen Glotz und Zwerenz, war ein Dinosaurier zu sehen, darunter „Das große Sterben“, und daneben: „Saurier und Mensch, Irrwege der Evolution?“. Niemand wird bestreiten, daß der Gedanke der Evolution zu den Ergebnissen der Aufklärung gehört. Ist es nur das intellektuelle Spiel eines Peter Brügge, wenn die Frage gestellt wird, ob die Menschen jetzt nicht dabeisein könnten, sich dasselbe Schicksal zu bereiten, das 99 Prozent aller von der Evolution geschaffenen Arten bisher beschieden war, nämlich auszusterben?

Wer nicht vor der Aufklärung über die Aufklärung kneifen will, kann dieser Frage nicht ausweichen, auch wenn er dann von Glotz zu hören bekommt, er propagiere „postmodernen Geist“. Nein, Peter Brügge und alle, die fragen wie er, sind konsequente Aufklärer.

Es stimmt auch nicht ganz, wenn Glotz meint, wir seien „wieder an einer Wendemarke, wo der Mensch sich der Herrschaft über seine Mittel versichern muß“ – nicht wieder einmal, sondern in einer ganz und gar neuen, un-erhörten Weise. Nie zuvor hat der Mensch die technische Fähigkeit gehabt, sich als Gattung in wenigen Stunden auszurotten. Nie in der Geschichte waren Menschen in der Lage, neue Viren, Pflanzen, Tiere oder gar Menschen nach ihren Vorstellungen zu konstruieren.

Die Spaltung des Atoms und die Gentechnik haben Menschen eine Macht zuwachsen lassen, die in allen Religionen und Mythen Gott oder den Göttern vorbehalten war. Der neue Prometheus

hat den Göttern nicht nur das Feuer, sondern den Bauplan des Alls gestohlen, und damit kann er das Leben auf dieser Erde neu konstruieren oder auch zum Ende bringen. Erstmals in vier Milliarden Jahren gibt es ein Produkt der Evolution, das die Evolution in die eigenen Hände nehmen oder beenden kann.

Das ist der ganz und gar neue und beispiellose Befund, den wir mit den Instrumenten aufgeklärten Denkens als Folge der Aufklärung feststellen können. Das ist auch die Dimension unserer Verantwortung.

Gerade wenn wir uns dem stellen, geht es – und darin stimme ich Glotz zu – darum, „den Fortschrittsbegriff nicht abzuwracken, sondern sozial und ökologisch zu rekonstruieren". Das ist allerdings eine Aufgabe, die uns noch um einiges mehr abverlangt, als Glotz von seiner Partei erwartet. Der Fortschritts*glaube* ist, soweit er nicht verhungert ist, nach rechts ausgewandert zu den Leuten, die dem huldigen, was Klaus Beck den „positiven industriellen Fatalismus" nennt, also den Glauben, der technisch-industrielle Prozeß werde von selbst den Fortschritt bringen. Die Rechten müssen dies glauben, wenn sie jedes Eingreifen in diesen Prozeß verteufeln und die industriellen Machtpositionen sichern wollen, die diesen Prozeß steuern.

Für Sozialdemokraten geht es um die Frage, ob Fortschritt möglich ist. Und sie sagen: Ja, so gut wie Rückschritt. Und es kommt auf uns an, was wir tun. Der Fortschritt hat ein Subjekt. Es heißt Mensch. Ob dieses Subjekt für demokratische Sozialisten jemals so autonom gedacht wurde, wie Glotz meint, hat Zwerenz zu Recht bezweifelt. Autonom ist sein Gewissen. Aber ob aus einer Fähigkeit zur Freiheit wirklich freie Entfaltung wird, das hängt nicht vom – insofern gar nicht autonomen – einzelnen ab, sondern von der Gesellschaft, von den Bindungen, ohne die es den einzelnen nicht gibt. Und Fortschritt ist, was menschliches Leben fördert, steigert, reifen läßt, menschlicher macht. Wo technische Innovation dies tut, ist sie Fortschritt, wo nicht, ist sie Rückschritt.

Sicher, dazu ist es auch nötig, daß sich die Linke „einen Begriff von Staat bewahrt". Das ist in der Programmdiskussion nicht strittig, wohl aber, wie der Staat aussieht, der leisten kann, was geleistet werden muß, und doch seine Bürger nicht gängelt. Jedenfalls sind ohne Ausnahme alle mit Glotz einig: „Der europäische Sozial- und Infrastrukturstaat darf nicht liquidiert werden."

Aber dies beseitigt nicht die „Unlust, Lethargie, Ausweglosigkeit", die Gerhard Zwerenz in diesem unserem Lande grassieren sieht. Sie hat ihre letzte Ursache wohl darin, daß Politik immer mehr zum Schaugeschäft verkommt, daß wache Menschen von der Politik immer weniger erwarten. Wo nur mit großen Worten oder Gesten der kümmerliche Vollzug von Sachzwängen kaschiert werden soll, da wird Zwerenz' Diagnose zumindest verständlich:

Die Postmoderne ist die letzte Spielform einer Demokratie, in der der Mensch auf seine Wahlstimme reduziert wird und eine Kaste von Berufspolitikern . . . das Stimmenkapital verjuxt."

Solange die Menschen das Gefühl haben, letztlich das Sagen hätten doch nicht die lauten Akteure, die sich auf der politischen Bühne mehr oder minder eitel darzustellen wissen, sondern Kapitalinteressen, die wesentlich kürzere Wege zu finden wüßten als die der demokratischen Willensbildung, so lange werden sie sich nicht in politischen Parteien engagieren. Wenn es stimmt, daß wir „an einer Wendemarke" angelangt sind, „wo der Mensch sich seiner Herrschaft über die Mittel versichern muß", und zwar über Mittel ohne Beispiel, dann muß die Frage von Gerhard Zwerenz ernst genommen werden: „Wer will schon selbstbestimmtes Ich bleiben, wenn jedes Engagement bloße Kraftvergeudung . . . ist?"

Das Reden von der Postmoderne ist häufig Flucht, wie Glotz zu Recht feststellt. Aber es ist eben auch „die postwendende Antwort auf die alten Platten", die Zwerenz formuliert.

Daher kommt es in der Tat auf das an, was Glotz ein „realistisches Verhältnis zu Wissenschaft und Technik" nennt. Nur, was ist das? Reicht es da, gegen Technik-Euphorie und gleichzeitig gegen „laisierte Kardinalskollegien über die Mikrobiologie" zu polemisieren? Dazwischen ist ein weites, weites Feld.

In der Programmdiskussion der SPD gibt es schon so etwas wie einen Konsens darüber, daß es eben nicht darauf ankommt, mit welchen Gefühlen, Euphorie oder Angst, wir technischen Innovationen gegenüberstehen – das ist die Fragestellung der andern –, sondern darauf, in einem Prozeß demokratischer Willensbildung zwischen einer wachsenden Zahl technischer Möglichkeiten zu wählen. Und dazu braucht man Kriterien – da sind wir schon ziemlich weit –, aber eben auch Instrumente und die Macht, diese Instrumente einzusetzen.

Solange die Umsetzung von technischer Innovation in industrielle Produktion allein nach der gewinnträchtigen Verwertbarkeit entschieden wird, werden wir uns der menschlichen „Herrschaft über die Mittel" nicht versichern können. So lange wird auch „die Erneuerung der Produktionsstrukturen der europäischen Industriegesellschaft" (Glotz) nicht gelingen können.

Daher wird die erneute „Justierung des Verhältnisses zum Kapitalismus" nicht ganz einfach werden. Auch wenn wir – durchaus redlich – versichern, wir planten keinen „Frontalangriff gegen den Kapitalismus", so könnte die Notwendigkeit politischer Weichenstellungen für grundlegende Techniken von denen, die darüber bisher allein entschieden haben, durchaus als Frontalangriff verstanden werden. Und billiger geht's eben nicht, wenn Politik Gestaltung der Polis und nicht der geräuschvolle Vollzug von Sachzwängen sein soll.

Es geht, und das wird durch Kohl für viele augenfällig, um die Wiederherstellung der Politik, um ihre Wiedereinsetzung in ihre Rechte und Pflichten. Beide, Glotz und Zwerenz, wissen, daß Politik mehr sein muß als das Gerangel zwischen politischen Parteien um den taktischen Vorteil. Politik findet statt, wo Betriebsräte über die Einführung neuer Techniken mitentscheiden wollen, wo Menschen Atomtransporte verhindern, wo neue Formen des Landbaus erprobt werden. Aber sie findet eben auch statt in Parlamenten und Regierungen. Und das läßt sich – ohne zusätzlichen Schaden – nicht ändern. Das weiß wohl auch Gerhard Zwerenz.

Er fragt nach dem „Personal", das die SPD dafür zu bieten habe, und stellt kategorisch fest, es sei „schlankweg nicht vorhanden". Mag ja sein, daß die SPD für das, was sie zu leisten hat, „einige Brandts, wo nicht Bebels" brauchte. Ich weiß nicht, was Zwerenz vor 20 Jahren über Brandt schrieb. Immerhin stand der entscheidende Teil von Brandts Lebensleistung noch bevor. Wer weiß, was Zwerenz, wenn er es erlebt, in 20 Jahren über Oskar Lafontaine, Herta Däubler-Gmelin, Björn Engholm, Gerhard Schröder, Heide Wieczorek-Zeul oder Dieter Spöri schreiben wird? Ich finde, da wachsen gute Köpfe nach, bessere als anderswo, die das Entscheidende nicht weniger gut begriffen haben als Glotz, Zwerenz oder Eppler und die, was sie begriffen haben, vielleicht besser in politische Wirklichkeit umsetzen können als Glotz oder Eppler.

Und wer weiß, ob Zwerenz im Rückblick nicht auch den „angestrengten Herrn Vogel" unter die beachtlichsten Politiker der Nachkriegsrepublik rechnen wird? Denn dieser Vogel sorgt heute, ebenso zäh wie geschickt, dafür, daß die Partei als Ganzes lernt, was sie lernen muß, wenn sie das tun soll, was Zwerenz im stillen doch noch erhofft: Daß sie sich „ermannt", also die Last auf die Schultern nimmt, die auf sie wartet. Hoffentlich werden sich dann wirklich „genug Mitstreiter finden, die nur darauf warten, der Ödnis ihres ziellos gemachten Alltags zu entrinnen". Darunter vielleicht auch Gerhard Zwerenz.

SPIEGEL *Essay*



AUF LANGSTRECKEN ZEIGT SICH, WAS

Qantas fliegt mehr Passagiere nach Australien als jede andere Fluggesellschaft. Und da wir auf Langstrecken
Je länger Sie an Bord sind, um so deutlicher

WCRSMM



N EINER FLUGGESELLSCHAFT STECKT . . .

ine einmalig lange Erfahrung besitzen, haben wir auch in Sachen Komfort und Service so einiges gelernt.
verden Sie den Unterschied spüren . . .

QANTAS Die Australische Fluglinie. Der Langstrecken-Experte.

HAFENSTRASSE

Aus dem Herzen

Weil der Hamburger Senat mit straffällig gewordenen Hafenstraßen-Bewohnern so nachsichtig umgeht, weigern sich viele Bürger, ihre Bußgelder zu bezahlen.

Für Sünden im Straßenverkehr stand der Hamburger Kaufmann Friedrich Kraft bislang immer ein. Wenn er ein Strafmandat kassierte, zahlte er prompt. Doch das letzte Verwarnungsgeld, 30 Mark für Falschparken, will Kraft partout nicht begleichen.

Er verweigert die Zahlung, weil der Senat der Hansestadt in der lange umkämpften Punker- und Autonomen-Hochburg Hafenstraße nicht hart genug durchgreift. Wie Kraft sperren sich viele.

Nahezu täglich registriert die Bußgeld-Stelle der Innenbehörde neuerdings Zahlungsverweigerungen empörter Bürger. Sie wollen, wie etwa der Spediteur Peter Dezelske, „nicht einsehen", warum sie „für acht Minuten Falschparken bestraft werden", während in der Hafenstraße „Straftaten ungeahndet" bleiben.

Der Bußgeld-Boykott zielt auf die Politik des Senats, den sozialen Unruheherd am Hafenrand behutsam zu befrieden. Den Verweigerern paßt nicht, daß die Bewohner der stadteigenen Altbauten seit Jahren ihre Stromrechnung nicht bezahlen und sogar aus fremden Leitungen ungestraft Strom abzapfen.

Auch in anderen Fällen wurden den etwa 120 Bewohnern der Häuserzeile, die sich jahrelang harte Auseinandersetzungen mit der Polizei geliefert haben, Sonderrechte eingeräumt: Autoknacker, die in die Häuser flüchteten, wurden nicht hartnäckig genug verfolgt, auch konnten die Hafensträßler ungestört einen Piratensender betreiben. Um den Konflikt nicht eskalieren zu lassen, griff die Polizei selbst dann nicht ein, als aus den Häusern Zwillenschützen Streifenwagen unter Beschuß nahmen.

Die Anhänger von Recht und Ordnung haben zudem noch nicht verwunden, daß der Erste Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) Ende letzten Jahres, als Straßenkämpfer wegen der drohenden Räumung massive Barrikaden errichtet und Autos demoliert hatten, der Polizei Zurückhaltung auferlegte, den Hafensträßlern einen Pachtvertrag anbot und im Alleingang den schwelenden Konflikt entschärfte. Seither kommt rigorosen Hafenstraßen-Gegnern jeder Anlaß gelegen, gegen die buntschillernde Szene Stimmung zu machen – selbst wenn's, wie im jüngsten Fall, nur unbezahlte Stromrechnungen sind.

Die Hafenstraßen-Bewohner haben bei den stadteigenen Hamburgischen Electricitäts-Werken (HEW) immerhin rund eine halbe Million Mark offen. Dennoch gingen, zum Verdruß vieler Bürger, in der Häuserzeile die Lichter nicht aus.

Der sozialdemokratische Senat hatte dem städtischen Energieunternehmen schon vor Jahren eine deutliche „Stillhalteempfehlung" gegeben und angeraten, die Hafenstraße trotz offener Rechnungen mit Strom zu versorgen. „Ein Abklemmen der Häuser", befürchtete damals Energiesenator und HEW-Aufsichtsratsvorsitzender Jörg Kuhbier, könne „zu einer Kette von Gewalttaten gegen Personen und Sachen der HEW selbst führen". Weisungsgemäß blieben die Hafenstraßen-Häuser fast alle ans Stromnetz angeschlossen.



Bußgeld-Boykotteur Blumenfeld
„Bis zu 20 Briefe täglich"

Wo die Werke die Leitungen bereits abgeschaltet hatten, zapften die Bewohner flugs Nachbarhäuser an und erklärten trotzig: „Wir kochen auch weiterhin unser Süppchen!" Die alternative „Tageszeitung" („taz") fragte amüsiert: „Kann denn Heizen Sünde sein?"

Doch während Senat, HEW und Hafenstraße über die Stromschulden verhandelten, wurde die Kuhbier-Empfehlung publik – willkommene Gelegenheit für die CDU-Opposition, gegen das „staatlich finanzierte Internat zur Förderung der Arbeit gewalttätiger Radikaler unter Schirmherrschaft von Bürgermeister von Dohnanyi" (Fraktionschef Hartmut Perschau) zu polemisieren. Als besonders einfallsreich trat dabei der Ehrenvorsitzende der Hamburger Christdemokraten und Europa-Abgeordnete Erik Blumenfeld, 72, hervor.

Empört über den „rechtsfreien Raum" Hafenstraße, rief der Hamburger Unternehmer, der sein Geld mit Brennstoffhandel und Verlagsgeschäften verdient, seine 70 Mitarbeiter zum Bußgeld-Boykott auf. Blumenfeld weigerte sich, die Kosten für ein Bußgeldverfahren – einer seiner Firmenwagen war falsch geparkt worden – zu bezahlen.

Der Aufruf, durch die Lokalblätter bekanntgemacht, zeigte Wirkung. Blumenfeld erhielt neben „zahllosen Anrufen" auch „bis zu 10, 20 Briefe täglich", in denen ihm Bürger wie Elli Westendorf aus Hamburg-Rothenburgsort versicherten, daß er mit seiner Aktion „Tausenden von Hamburgern aus dem Herzen" gesprochen habe. In der „Bild"-Zeitung erklärten Bußgeld-Boykotteure gleich reihenweise, daß sie keine Strafmandate mehr zahlen wollen.

Die Blumenfeld-Bewegung hält der Hamburger Polizeipräsident Dirk Rei-



Firmenbesetzung der Grün-Alternativen Liste*: „Massenweise rechtsfreie Räume"

* Die Hamburger GAL-Abgeordnete Ulla Jelpke bei der „Solidaritätsaktion" auf dem Gelände der Firma Kraft.



Das neue Zeichen für Nähtechnik.
Das neue Zeichen für Dürkopp und Adler.

DÜRKOPP UND ADLER NÄHTECHNIK...machen wir!



Ihre berufliche Alternative:
Heilpraktiker


Akupunkturbehandlung

Die Naturheilkunde nutzt die körpereigenen Abwehrkräfte, statt Symptome zu kurieren.
Träger dieses Konzeptes: Deutschlands Heilpraktiker.
Als Heilpraktiker(in) verwirklichen Sie Ihre persönliche Neigung zum verantwortungsvollen Umgang mit Ihren Mitmenschen und deren seelischen und gesundheitlichen Problemen.
Wir vermitteln fundiert und seriös alle Kenntnisse, die Sie hierzu benötigen. Wenn Sie ernsthaftes Interesse haben, lassen Sie sich persönlich beraten von Deutschlands größtem Spezialinstitut für Heilpraktiker-Ausbildung. In 33 Städten Deutschlands und der Schweiz.

Deutsche PARACELSUS Schulen für Naturheilverfahren GmbH Verbandschule FVDH
Sonnenstraße 19/20, 8000 München 2
Telefon: 089/55 89 61

mers für ebenso verwerflich wie manche Hafenstraßen-Aktion. Wer gegen angeblich rechtsfreie Räume angehe, ohne selber auf Gesetze zu achten, rügte Reimers öffentlich, stelle sich „auf eine Stufe mit denen, die er angreift".

Das kann teuer werden. Wer ein Verwarnungs- oder Bußgeld nicht zahlt, muß mit Pfändung rechnen, im schlimmsten Fall droht „Erzwingungshaft". Zur Warnung schickte die Bußgeld-Stelle allzu voreiligen Verweigerern ein „aufklärendes Schriftstück" (Behörde) mit dem Hinweis, daß Rechtsverstöße anderer keine Rechtfertigung für eigene Verfehlungen seien.

Hafenstraßen-Sympathisanten hingegen unterstützten den Verweigerer-Appell. Endlich, spottete die „taz"-Lokalausgabe über den Christdemokraten Blumenfeld, griffen nun auch Hamburger „des gehobenen Bürgertums zu den Mitteln des zivilen Ungehorsams, um ihrem Zorn über staatliche Verfehlungen Nachdruck zu verleihen". Die Grün-Alternative Liste (GAL) begrüßte, daß „auch von dieser ungewohnten Seite" nunmehr „massenweise rechtsfreie Räume in Hamburg geschaffen werden". Demonstrativ besetzten GAL-Mitglieder in einer „Solidaritätsaktion" den Betrieb von Kraft, der zuvor die Parkverbotszone vor seinem Büro als „rechtsfreien Raum" für sich beansprucht hatte.

Blumenfeld sieht in seinem Protest „ein Vorbild", schließlich habe er „doch nur auf Mißstände aufmerksam machen" wollen.

Zahlen muß der Politiker dennoch. Zwar wurde das Bußgeldverfahren eingestellt, weil der Fahrer des Firmenwagens angeblich nicht zu ermitteln war. Doch die Verfahrenskosten schlug das Amtsgericht dem Boykotteur Blumenfeld zu: 25 Mark.

WAHRSAGER

Grassierender GAU

Geister sagen Auserwählten eine Atomkatastrophe in Norddeutschland voraus. Nun kommt Panik auf.

Die „Versammlung der blauen Boten" hatte über den Zustand von Mutter Erde gar nichts Gutes zu berichten. Sie bebe in ihrem Inneren „von all den unglaublichen, aber doch realen Zerstörungskräften aus allen Richtungen", befand Bote Charon, Geist von einer anderen Seinsebene, im Zwiegespräch mit der irdischen Monika. Eigentlich nichts Neues.

Doch dann diktierte Charon seiner Bodenstation eine äußerst beunruhigende Botschaft in die Feder. Mit krakeliger Kinderschrift sah sich Empfängerin Monika, nach eigenem Bekunden ferngelenkt, diese düstere Prophezeiung niederschreiben: „GAU bei Lauenburg an der Grenze."

Für die Verbreitung der bösen Geisternachricht vom größten anzunehmenden Unfall hat Monika Küchler längst gesorgt. In ihrem Buch „Grenzgänger" ist der intensive Dialog der Hamburger Autorin mit Charon und den anderen blauen Boten minutiös festgehalten. Das unlängst im Selbstverlag herausgegebene, schon vergriffene Opus hat unter Geistheilern, Hellsehern und Esoterikern beträchtliche Unruhe ausgelöst.

194

7.7.1987

♈☽2
Gau bei Lauenbu
an der Grenze / Boden
verseuchung Gefahr fü
Umkreis 50-80 km
Bohrungen bringen den
Schaden ans licht

Katastrophen-Prognose: „Los ist da was"

„In der Szene grassiert das Gerücht", berichtet Jürgen Lipp, Geschäftsführer der Hamburger Esoterik-Buchhandlung „Wrage", „da kommen ständig besorgte Leute an." Die Horrorstory werde nach dem Motto „Ich glaub' ja nicht dran, aber hast du schon gehört?" weitererzählt. Einige, so Lipp, seien „bereits geflüchtet".

Zumal die Prognose recht präzise ausfiel: Die GAU-Geister ließen ihr Medium Monika auch drei Symbole notieren, die Auskunft über den Zeitpunkt der Katastrophe geben – das Zeichen für Widder, eine Mondsichel und die Zahl zwei. Nach Ansicht der Deuter steht damit das Datum fest: der 21. Februar 1988.

Der Ort des Geschehens ist für sie ohnehin klar. In der Nähe von Lauenburg liegt, zehn Kilometer entfernt, außer zwei kleinen, derzeit stillgelegten Forschungsreaktoren, nur das Kernkraftwerk Krümmel, der größte Siede-



Kernkraftwerk Krümmel: „Genehmigungsfreier ausgemachter Unsinn"

wasser-Reaktor der Welt. Das umstrittene Krümmel-Monster, 1260 Megawatt stark, ist seit 1983 in Betrieb.

Zunehmend geht die erschröckliche Kunde vom Krümmel-GAU nun in Kneipen, Klubs und Kantinen auch bei Nichteingeweihten um. Aufgeschreckt durch die jüngsten Atomskandale rund um Hanau, bewegt von dem im Januar ausgestrahlten Fernsehfilm „Die Bombe", in dem ein Atomsprengsatz auf dem Hamburger Rathausmarkt für Spannung sorgte, fiel die Nachricht von der bald bevorstehenden Atomkatastrophe bei beunruhigten Bürgern auf fruchtbarsten Seelenboden.

Um Gelassenheit bemüht sich deshalb das Kieler Sozialministerium, Aufsichtsbehörde für das Krümmel-Werk. „Glaskugeln kennen wir nur im Zusammenhang mit der Entsorgung", erklärt ein Ministeriumssprecher, „aber wir sehen auch einen GAU – einen *g*enehmigungsfreien *a*usgemachten *U*nsinn."

Die Hamburger Umweltbehörde, schon lange bemüht, den Betreibern des Kernkraftwerks, den Hamburgischen Electricitäts-Werken (Krümmel-Beteiligung: 50 Prozent), den Ausstieg aus der Atomenergie schmackhaft zu machen, sieht zur Katastrophenvorsorge keinen Anlaß. „Wenn wir danach unsere Politik machen", läßt Senator Jörg Kuhbier verbreiten, „wäre das etwas dünne."

Entwarnung kommt auch aus Hamburger Wahrsagerkreisen. Ein Hellseher namens Engel kann partout „keine Katastrophe erkennen", der „Seher" Jean-Paul, dem düstere Krümmel-Deutungen zugeschrieben wurden, sieht „keinen Grund zur Panik". Zwar könne es, meint Jean-Paul, der mit Pendel, Tarot-Karten und voller Konzentration zu Werke geht, eine „kleine Kettenreaktion", etwa durch einen Pumpenausfall, geben, zumal Krümmel „auf einer Erdstrahl-Kreuzung" gebaut sei. Doch eine GAU-Vorhersage hält der stark französelnde Seher für völlig „übärrtriebänn".

Über „Geschäftemacherei mit der Tschernobyl-Psychose" in der New-Age-Szene ärgert sich eine Hamburger Astrologin. Gleichwohl, so berichtet sie, sei die Sternenkonstellation, erst recht im kommenden Jahr, „übelst". Schon bald, bereits Mitte Februar, stünden Neptun, Uranus und Saturn im Steinbock, kurz darauf trete noch, unangenehm, der Mars hinzu. Die Astrologin: „Los ist da was."

Grenzgängerin Monika selber steht für Fragen schon nicht mehr zur Verfügung. Gemeinsam mit einigen Mitpropheten hat sich die Unruhestifterin nach Auskunft von Bekannten gen Österreich verkrümelt. Sie hinterläßt nur ihr Buch, in dem die blauen Boten den Hinterbliebenen an versteckter Stelle noch ein Fünkchen Hoffnung lassen.

„Die angekündigten Ereignisse", spricht Charon in weiser Voraussicht, „könnten sich verschieben."

DIRNEN

Zappenduster, Ende

Mit Unterstützung des Berliner Senats koordiniert die Prostituierten-Selbsthilfegruppe „Hydra" ein Ausstiegsprogramm für Huren.

Jahrelang ernährte sich Anna, 31, vom Strich und gelegentlich einige Zuhälter dazu. Schichtdienst im Hurenkollektiv, Intrigen im Edelbordell, der tägliche Ekel und die allfällige Verdrängung, dann mit Aids auch noch die „nervigen Freier, die nur ohne Gummi wollen" – der zierlichen Dunkelblonden mit Realschulabschluß ist „nichts Menschliches mehr fremd".

Seit einigen Monaten, nach Umsatzrückgang und einem „riesigen Sommerloch", macht sie eine neue Erfahrung. Nun bedient sie hinterm Schalter, tippt in einer Berliner Behörde Briefe, hat Krankenschutz der AOK, Urlaubsanspruch und eine geregelte Dienstzeit von halb acht bis nachmittags um vier.

Anna hat den Job gewechselt. Statt „der paar Tausender" im Milieu verdient sie „bei den Normalen" jetzt als Bürokraft auf Zeit 1800 Mark im Monat. Und



Prostituierte in Berlin: „Manche Nachtschicht ohne Zaster"

Wußten Sie, daß sportliche Fahrer sehr vernünftig entscheiden?





AUDI 80.
Im vergangenen Jahr war er auf Anhieb der Gefragteste seiner Klasse. Wenn Sie sich fragen, was ihn so schnell erfolgreich gemacht hat, gehen Sie doch einfach von Ihren persönlichen Ansprüchen aus.

Brauchen Sie nicht – selbst bei kompakter Form – einen Innenraum, in dem die Passagiere auch hinten nicht zu kurz kommen? Und machen durchzugsstarke Motoren nicht dann am meisten Freude, wenn der Antrieb die Kraft zuverlässig auf die Straße bringt?

So gesehen können Sie die Wahl eines Audi 80 also auch als einen Sieg der Vernunft betrachten. Sind Sie soweit?

Karosserie: vollverzinkt für langen Werterhalt. 10 Jahre Garantie gegen Durchrostung. Längstes Innenraummaß seiner Klasse.
Motoren: Diesel 40 kW (54 PS). Vier Benziner mit Vergaser oder Einspritzung. Von 55 kW (75 PS) bis 83 kW (113 PS). Kat. serienmäßig.
Antriebe: Frontantrieb. Ab 65 kW (88 PS) auch quattro-Antrieb mit dem neuen Torsen-Zwischendifferential. Dadurch selbstregulierende Kraftverteilung auf beide Achsen (von 25:75 bis 75:25). ABS bei quattro-Antrieb serienmäßig.
Sonderausstattung: zum Beispiel das Audi Sicherheitssystem procon-ten.
Über die umfassende Gewährleistung bis hin zur Mobilitätsgarantie und das günstige Leasing informiert Sie Ihr V.A.G Partner.



Vorsprung durch Technik

Abbildungen zeigen auch Sonderausstattungen gegen Mehrpreis.

wenn die neuen Kollegen außerhalb der Stoßzeiten am Amtstresen mal anzügliche Reden führen („Im Büro wird manchmal gedacht, was im Puff gemacht wird“), hält sie sich zurück: „Die denken sicher, ich sei eine Prüde.“ Keiner am Arbeitsplatz ahnt etwas vom früheren Gelderwerb. Das hat Anna, die sich weder beim Arbeitsamt noch bei den neuen Chefs offenbaren mußte, einem bislang einzigartigen Berliner Projekt zu verdanken.

Seit Mai vergangenen Jahres koordiniert die Prostituierten-Selbsthilfegruppe „Hydra“, eine Interessenvereinigung für das anschaffende Gewerbe, mit erheblichen Senatszuschüssen ein Ausstiegsprogramm für Dirnen. Das Modell, überregional anerkannt als Aids-Prävention, wird vom christdemokratischen Sozialsenator Ulf Fink gefördert und funktioniert inzwischen als eine Art Netzwerk zwischen Kiez und Senat.

Immerhin 97 Vermittlungskontakte liefen seither über „Hydra“. Mehr als zwei Drittel der freiwillig erschienenen Berufswechslerinnen bekamen, auf zwei Jahre befristet, einen Arbeitsplatz oder eine Offerte zur Umschulung.

Gefragt und angeboten waren vor allem Dienstleistungen am Menschen – Krankenschwester, Altenpflegerin oder Kindergärtnerin. Auch die Berufswünsche Elektrikerin, Lackiererin und Bürogehilfin wurden erfüllt. Und einige Frauen, von „Hydra“ bereits umgesetzt, dürfen auf spätere Verwendung am Computer oder im Hotelfach hoffen.

Senator Fink hat für die Aussteigerinnen 100 Planstellen in Wohlfahrtsverbänden oder der Verwaltung reservieren lassen. Vor allem am staatlichen Programm für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, das als Eingliederungshilfe für Arbeitslose eingerichtet wurde, sollen die Dirnen teilhaben.

Die „Hydra“-Frauen profitieren von der „Berliner Linie zur Aids-Bekämpfung“ (Fink), die auf staatliche Eingriffe weitgehend verzichtet, statt dessen mehr auf Freiwilligkeit und Aufklärung setzt.



Hurenball-Ankündigung: Wohltätigkeits-Gala für den Kiez

Es ist vor allem die Angst vor dem Virus, die Frauen zum Umsteigen animiert. Zwar sind jene drogenabhängigen Gelegenheitsdirnen, die zur Finanzierung der Sucht anschaffen gehen, selber Risikoträger und für Ausstiegshilfen oft nur schwer zu keilen. Doch andererseits lebt das Gros der 2500 bis 4000 Berliner Prostituierten – eine Registrierung gibt es seit 1981 nicht mehr – auch ohne Abhängigkeit von der Nadel mit der Furcht, sich bei Kunden anzustecken.

Einschlägige Kampagnen für Präservative, zeigt die Praxis, haben angesichts des Niedergangs der Szene kaum verfangen. Denn schwindende Kaufkraft bedingt Kundenschwund, und mit dem wiederum wächst der Konkurrenzdruck.

Zwar sei Aids, so schallt es unisono aus den Puffs, „weniger ein Dirnen- als ein Freierproblem“. Aber schon „weil ich leben muß“, berichtet eine Betroffene, könne doch die Mehrheit der Freier den Verkehr „ohne Hütchen“ jederzeit erzwingen, „wenn nicht bei mir, dann eben bei einer anderen“.

Dabei hat Aids, so die „Hydra“-Erfahrung, lediglich ausgelöst, was sich unterschwellig seit jeher im horizontalen Dienstleistungsgewerbe aufstaut. Bei Heide, 30, die inzwischen in einem Wohlfahrtsverband arbeitet, gab die „ganze Aids-Panik“ den Anstoß zum Wechsel. Doch erst mit „wachsender Abscheu“ vor dem Job, zumal es „wirtschaftlich bergab“ ging, vollzog sie ihn.

Ihre Bett-Bilanz belegt, daß sich im breiten Mittelbau des Gewerbes der Ausstieg inzwischen sogar finanziell lohnt. 300 bis 400 Mark, rechnet Heide vor, seien früher an aktiven Tagen gleichsam im Schlaf drin gewesen. Im vergangenen Jahr dagegen sei sie gerade noch auf „ein oberes Monatsgehalt von 2500 Mark“ gekommen und habe „manche Nachtschicht ohne irgendwelchen Zaster“ abgesessen: „Das ist mir dieses Risiko nicht mehr wert.“

Erst durch Aids, gab eine andere Umsteigerin in der „Hydra“-eigenen „Zeitung für Bar, Bordell und Bordstein“ zu Protokoll, habe sie die tägliche „psychische, geistige und körperliche Demütigung“ begriffen. Sie sei es nunmehr satt, einer bestimmten „Sorte Männer weiterhin den Arsch lecken“ zu müssen.

Drei Dinge, kolportiert eine Straßendirne, Typ Rubens-Figur, habe sie schon immer „gehaßt wie die Pest“: gewalttätige Freier, Schweißgeruch, „daß ich beim Französisch ständig würgen muß“, und „wenn dich ein Lude einstampfen will“. Nun, mit dem Infektionsrisiko als vierte Dimension, habe sie „die Schnauze voll“: Wenn „du diese verdammten Bazillen eingefangen hast, dann ist es zappenduster, Ende. Ich steige aus.“

Oftmals indes blieb es Illusion. Nicht „nur das Fleisch war schwach“, bilanziert „Hydra“-Gast Sarah, „in unserer Gesellschaft kriegst du lebenslänglich, ob Junkie, Alkie, Prosti“ – Drogensüchtige, Alkoholikerinnen und Prostituierte würden „auf Dauer stigmatisiert“.

Eine normale Arbeitssuche, bestätigt „Hydra“-Mitarbeiterin Helga Bilitewski, „gestaltet sich für Prostituierte ähnlich schwierig wie für entlassene Strafgefangene“ – unabhängig davon, daß die Frauen „der Solidargemeinschaft nie zur Last gefallen“ seien.

Da Prostitution als Beruf nicht anerkannt und tariflich frei gestaltet wird, fallen alle üblichen Leistungsansprüche weg: Es gibt weder Arbeitslosengeld noch Rente. Bürgerliche Moralvorstellungen schließlich fördern die alltägliche Diskriminierung, die fast jede von „Hydra“ vermittelte Frau zuvor bei der Stellensuche erleben mußte.

Was soll denn auch eine Frau, die zehn Jahre auf den Strich ging, bei der Bewerbung erklären, fragt „Hydra“-Mitarbeiterin Inge Schneider: „Daß sie zehn Jahre einem Freund den Haushalt geführt hat, zehn Jahre in Ibiza am Strand gelegen hat, so lange überhaupt nichts gemacht oder angeschafft hat?“ Die Antwort sei klar: Der Arbeitgeber, „der diese Frau einstellt, muß erst noch geboren werden“.

Die Arbeitsplatzsuche für Prostituierte erfordert behutsame und individuelle Vorbereitung. Dazu gehören „Finanzberatung bei Minusvermögen“ ebenso wie die Vermittlung von Kinder-

Business first. *Ab 1.1.1988* bei Austrian Airlines die separate Klasse für den Geschäftsmann. Mit individueller Betreuung und excellentem Bordservice → österreichische Gastfreundschaft. 30 kg Freigepäck. Reservierung des *Wunschsitzes* schon bei Flugbuchung. Größerer Sitzreihenabstand für mehr Komfort → entspannt ankommen mit der **Austrian Business Class.**



AUSTRIAN AIRLINES friendly AUSTRIAN

DIE FREUNDLICHE ART ZU FLIEGEN.



EPSON bringt es auf den Punkt.

Die Entwicklung des Unternehmens EPSON zum Hersteller für modernste Drucktechnik ist beinahe genauso faszinierend wie die Entstehung der modernen europäischen Kunst. EPSON präsentierte immer rechtzeitig genau die Neuentwicklung, die vom Markt gefordert wurde.

Den ersten Personal Computern stellten wir die erforderlichen Arbeitsplatzdrucker zur Seite. Jahr um Jahr verfeinerten wir das Druckbild bis zur perfekten LQ-Schönschrift. Mit vielen neuen Schriftarten und Varianten. Zugleich machten wir die Bedienung immer einfacher und komfortabler.

So erlaubt es jetzt die geniale neue EPSON Papiersteuerung mit einem Handgriff von Endlospapier- auf Einzelblatt-Betrieb umzuschalten. Von den in Europa produzierten EPSON Druckern dürfen Sie noch mehr solcher zeitgemäßen Entwicklungen erwarten.

Ihr EPSON Fachhändler setzt Sie gern ins Bild. Punkt für Punkt.

EPSON®

SEIKO EPSON CORPORATION: Suwa-shi, Japan; Tel.: (0266) 52-3131; Telex: 3362435 **EPSON DEUTSCHLAND GmbH:** Düsseldorf, Bundesrepublik Deutschland; Tel.: (0211) 56030; Telex: 8584786 **EPSON (U.K.) LTD.:** London, Großbritannien; Tel.: (01) 902-8892; Telex: 8814169 **EPSON FRANCE S.A.:** Paris, Frankreich; Tel.: (1) 47.57.31.33; Telex: 610657 **EPSON ITALIA s.p.a.:** Mailand, Italien; Tel.: (2) 670-9136; Telex: 315132 **EPSON-STI, S.A.:** Barcelona, Spanien; Tel.: (3) 440 – 34 00; Telex: 50129

tagesplätzen oder Sozialhilfe. Noch vor einer Kontaktaufnahme mit potentiellen Arbeitgebern wird getestet, ob die umstiegswillige Prostituierte „aufgrund ihrer psychischen Situation überhaupt die 40-Stunden-Woche durchsteht".

Als Ausstiegspropagandisten um jeden Preis verstehen sich die Stammfrauen im „Hydra"-Treffpunkt an der Kantstraße 54 ohnehin nicht. Die Anerkennung der Prostitution als Beruf ist ihnen ebenso Anliegen wie die Hilfe zum Wechsel. Berlins Behörden haben diese Haltung in bemerkenswerter Weise akzeptiert und sich flexibel darauf eingestellt. Die Verhandlungen mit den Sozialämtern führen Kontaktpersonen, die auch die Einstiegsmodalitäten beim künftigen Arbeitgeber regeln. Lediglich Vertrauensleute in den Personalstellen, die jeweiligen Geschäfts- oder Behördenleiter, kennen den früheren Beruf der neuen Mitarbeiterin.

Die allseits vereinbarte Vertraulichkeit geht so weit, daß „Hydra" als Organisation nicht mal bei den Einstellungsgesprächen auftritt. Die Arbeitsämter andererseits gaben ein Stück ihres Vermittlungsmonopols auf. So kooperiert das Arbeitsamt mit dem Prostituierten-Verband zwar bei der Auswahl der vorhandenen Stellen. Um den Umsteigerinnen jedoch Papierkrieg und die Schwellenangst vor Behördenkontakten zu nehmen, läuft die eigentliche Berufsberatung dann faktisch über „Hydra".

„Wir sind gleichsam so eine Art Waschanlage", sagt Vorstandsmitglied Pieke Biermann. Sogar die gemeinsame Erörterung einer glaubwürdigen Legende, mit der die vermittelten Frauen ihren späteren Kollegen gegenübertreten, gehört zum Waschprogramm.

Gefordert indes ist auch die Durchhaltebereitschaft der Ex-Prostituierten, die zum großen Teil unter Alkohol- oder Tablettensucht leiden – Probleme, die, wie Inge Schneider bemerkt, „im normalen Arbeitsleben, wo sich Behörden schon Alkoholbeauftragte leisten, weit eher toleriert werden".

Wie weit die Toleranz des Berliner Senats geht, zeigte sich letzten Samstag, als „Hydra" erstmals zum Hurenball ins Internationale Congress Centrum lud. Zur Wohltätigkeitsgala mit einem Programm „aus aller Huren Länder" hatte sich auch Senatsprominenz angesagt: Sozialsenator Fink wollte selber kommen oder einen Staatssekretär schicken.

Vor Jahren, als „Hydra" noch nicht so hoffähig war, wurde im Rathaus Schöneberg weitgehende Enthaltsamkeit im Umgang mit dem Prostituierten-Verein geübt. Nur Bürgermeisterin Hanna-Renate Laurien, eine der ersten Förderer von „Hydra", durchbrach die Kontaktsperre. „Meine Herren", begründete die Politikerin ihre Gesprächsbereitschaft gegenüber erstaunten männlichen Senatsmitgliedern, „es ist doch sehr viel besser, daß ich mich für die schrägen Damen interessiere, als wenn Sie es täten."

AFFÄREN

Blattschuß verpaßt

Der geschaßte Münchner Postpräsident Alfred Meier wurde zu Unrecht angeschwärzt. Die gegen Meier vorgebrachten Beschwerden aus dem Umkreis von Franz Josef Strauß erweisen sich als haltlos.

Schon gut anderthalb Jahre lang schmorte bei der Bundespost in München eine Korruptionsaffäre. Der Präsident der Oberpostdirektion hatte eine Arbeitsgruppe zur Aufklärung der Vorwürfe eingesetzt, und der Bundespostminister im fernen Bonn fand das auch ganz in Ordnung – bis zum Juli letzten Jahres. Da entschied das Ministerium plötzlich, Postpräsident Alfred Meier, 55, müsse weg.

Der Fall war mysteriös, weil die Nachforschungen bereits zahlreiche Unregelmäßigkeiten in der Hochbauabteilung der Münchner Oberpostdirektion (OPD) ergeben hatten und immer neue Fälle zutage förderten.

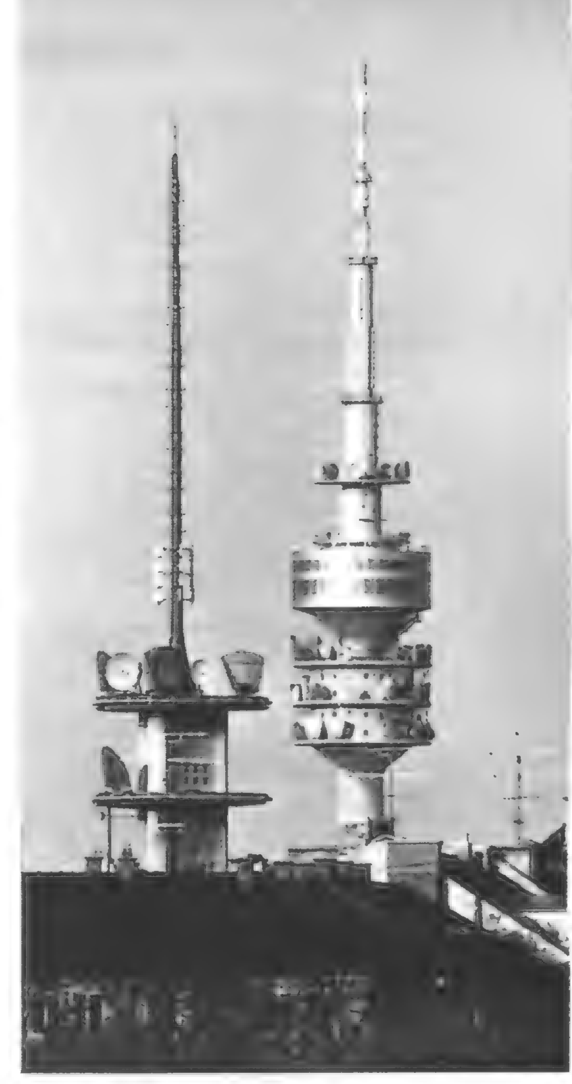
Meier, der sich keinen Reim auf die Bonner Entscheidung machen konnte, wurde Anfang September ins Fernmeldetechnische Zentralamt nach Darmstadt abkommandiert. Der OPD-Chef, ein lebensfroher Oberpfälzer, wehrte sich vergeblich gegen die Abschiebung, die mit einem „innerdienstlichen Spannungsverhältnis" begründet wurde – Beamte hatten gegen die Ermittlungen aufbegehrt. „Man kann doch keinen Präsidenten versetzen", protestierte Meier, „der gegen Korruption kämpft."



Münchner Ex-Postpräsident Meier
Korruption aufgedeckt

Man konnte. Lapidar verkündete Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling (CDU), „daß diese ganze Angelegenheit nichts damit zu tun hat", als wären „wir nicht an der Aufklärung der Fälle mit allem Nachdruck interessiert".

Womit der seltsame Vorgang zu tun haben könnte, dämmerte Meier und seinen Anwälten erst Mitte Januar nach einem Bericht über die Medienpolitik von Franz Josef Strauß (SPIEGEL 3/1988). In einer vertraulichen Korrespondenz mit seinem Staatskanzlei-Chef Edmund Stoiber hatte sich der Ministerpräsident höchst unzufrieden über die Bundespost geäußert, die seinen Sohn Franz Georg und andere Anbieter des Münchner Lokalfernsehens durch einen angeblich zu langsamen Aufbau geeigneter Fernsehsender „in erhebliche Finanznot" gebracht habe.



Münchner Fernsehsender*
„Nicht so schlecht wie behauptet"

Stoiber bestätigte seinem Dienstherrn „die fast destruktive Haltung des Präsidenten der OPD München", die ihn, den Staatsminister, „zu vielfältigen Interventionen" bei Schwarz-Schilling und dessen Staatssekretär Winfried Florian in Bonn veranlaßt habe. Florian, schrieb Stoiber Mitte Juli zufrieden an Strauß, habe ihm „hierzu" schließlich „die Zwangsversetzung" Meiers mitgeteilt.

Der Postpräsident selber aber war nach der Veröffentlichung noch ratloser als zuvor. Fast wollte er die Stoiber-Mitteilung an Strauß nicht glauben, denn er habe, wunderte sich Meier, mit Schwarz-Schilling „nie über die TV-Sen-

* Blutenburgstraße, Olympiaturm.

der ... irgendeine Meinungsverschiedenheit gehabt".

Stoiber wies „die Behauptung des SPIEGEL, Meier sei einer ‚staatlichen Denunziation' zum Opfer gefallen", zurück. Der Münchner SPD-Landtagsabgeordnete Klaus Warnecke gewann dagegen aus dem Stoiber-Vermerk den Eindruck, der Minister habe „Meier den Blattschuß verpaßt".

Die Interventionen in Bonn bestritt der Strauß-Intimus nicht, er bekräftigte sie noch. Stoiber:

> Mir gegenüber wurden wiederholt von bayerischen (Fernseh-)Anbietern sowie der Landeszentrale für Neue Medien Klagen über zögerliche Behandlungen oder wenig hilfreiche Maßnahmen der Deutschen Bundespost beim schnellen Aufbau der Technik vorgetragen. Im Interesse dieses schnellen Aufbaus der für die Programmanbieter wichtigen technischen Infrastruktur habe ich diese Klagen an den Postminister bzw. an seinen Staatssekretär weitergegeben.

Die Münchner Lokalfernseh-Anbieter, darunter als größter die „tv weiß blau"-GmbH mit Franz Georg Strauß als Teilhaber, beklagten vor allem eine zunächst unzureichende Sendestärke und angebliche Zeitverluste bei der „Vollversorgung Münchens" mit ihrem Lokalprogramm.

Auch der Filmgroßhändler Leo Kirch, ein Strauß-Freund, den Münchner Medienkenner als heimlichen Finanzier von „tv weiß blau" ansehen, unterstellte dem OPD-Präsidenten eine Verzögerungstaktik. Kirch: „Der hat das so geschickt gemacht, daß ich ihn fast schon wieder bewundere."

Franz Josef Strauß machte sich die Anbieter-Kritik zu eigen. In seinem Schreiben an Stoiber bemängelte er den Aufbau eines zu schwachen Postsenders in der Münchner Blutenburgstraße, der im Oktober 1986 in Betrieb ging. Richtig wäre es gewesen, so Strauß, gleich einen stärkeren Sender auf dem Olympiaturm zu installieren.

Was die Münchner Fernsehlobby als Obstruktion des SPD-Manns Meier hinstellte – und Stoiber so nach Bonn weitertrug –, war in Wahrheit zwischen mehreren Dienststellen abgestimmt worden. Deutlich wird das Unrecht gegenüber dem OPD-Chef durch ein „Info" der Bayerischen Landeszentrale für Neue Medien (BLM), die Bayerns private Funk- und Fernsehprogramme zuläßt und koordiniert.

Der Sender Blutenburgstraße, heißt es in einer „Sonderausgabe für Kabelgesellschaften", sei „in Abstimmung" zwischen dem Bundespostministerium, dem Fernmeldetechnischen Zentralamt und der OPD München geplant worden. Andere Vorschläge für einen ähnlich schnell zu errichtenden Sender, etwa auf dem Olympiaturm, hätten sich „als unrealistisch erwiesen".

Die Blutenburg-Story blieb nicht die einzige Legende, die gegen Meier in Umlauf gesetzt wurde. Auch Klagen über die verhinderte „Vollversorgung Münchens, die zugesagt war" (Strauß), erwiesen sich als ungerechtfertigt – was Stoiber längst wußte.

Der Staatsminister hatte dem OPD-Präsidenten in einem Brief vom 27. Januar letzten Jahres vorgehalten, daß der Fernsehsender Blutenburgstraße das „Stadtgebiet und nähere Umland" nur mit unzureichender Sendestärke erreiche. In höflicher Form („Gestatten Sie mir eine etwas ausführlichere Darstellung") entkräftete Meier die Kritik in seinem Antwortbrief vom 23. Februar: Durch umfangreiche Funkmessungen sei festgestellt worden, daß „die Versorgungsaufgabe erfüllt ist". Weiter:

> Voraussetzung für einen ordnungsgemäßen Empfang ist allerdings eine dem heutigen technischen Stand entsprechende Empfangsantennenanlage ... Diesbezügliche Anfragen von Teilnehmern haben bei der Nachfrage oder bei der örtlichen Überprüfung immer ergeben, daß die oben geschilderten Voraussetzungen (ordnungsgemäße Antennenanlage; keine Abschattung) nicht vorhanden waren.

Später, als Meiers Sturz beschlossene Sache war, rückte Stoiber bei Strauß mit der Wahrheit heraus. Eine quasi automatische Vollversorgung Münchens durch den Sender Blutenburgstraße sei, anders als von Strauß angenommen, „nicht zugesagt worden", schrieb Stoiber. Der Empfang der Münchner TV-Welle sei andererseits „gar nicht so schlecht, wie oft behauptet wird".

Das hörte sich fast nach einer Entschuldigung für Sozialdemokrat Meier an, doch es war wohl ein anderer gemeint: CSU-Mann Rudolf Mühlfenzl, Präsident der BLM. Denn Mühlfenzls Behörde war an der Blutenburg-Planung aktiv beteiligt.

Mühlfenzl beeilte sich schon im April letzten Jahres mit der frohen Botschaft an „tv weiß blau", „daß die Nutzung des Olympiaturms für die Ausstrahlung Ihres Programms in greifbare Nähe gerückt ist". Dank Meiers Bemühungen konnten die TV-Stationen auf dem Olympiaturm am 11. Januar dieses Jahres aufblenden.

Daß der Postpräsident „wegen seiner zögerlichen Haltung beim Senderaufbau" in München abgeschoben worden sei, wird vom Postministerium bestritten. Von dem jetzt beteuerten „vollsten Einverständnis des Postministeriums" mit OPD-Chef Meier war allerdings im Stoiber-Vermerk an Strauß nichts zu spüren. Das Ministerium beruft sich nun wieder auf „personelle Spannungen" in der OPD, die „ein schnelles Handeln" erfordert hätten.

Doch Meier hat, wie seine Anwälte argumentieren, „die ‚Spannungen' nicht verursacht". Sie ergaben sich vielmehr aus amtsinternen „Anfeindungen" (Meier) bei der Verfolgung der Korruptionsvorgänge in der Münchner OPD. Statt Meier unzweideutig zu stützen, drängten Schwarz-Schilling und sein Staatssekretär Florian auf ein „möglichst schnelles" Ende der Untersuchungen.

Das mußte Meier beunruhigen, zumal Florian an ihm vorbei Gesprächskontakte zum Leiter der OPD-Hochbauabteilung unterhielt, dem mittlerweile getarnte Privatgeschäfte mit einem Postgrundstück zur Last gelegt werden. Nach bisherigen Ermittlungen hat sich der hohe Postbeamte zwölf Eigentumswohnungen von einer Firma bauen lassen, die zur gleichen Zeit Postbauaufträge für 26 Millionen Mark erhielt. Der Beamte ist noch immer im Dienst.

Außerdem beklagte sich Meier, Minister und Staatssekretär hätten ihn nicht

Medienpolitiker Stoiber, Strauß: „Vielfältige Interventionen"


ABSOLUT
Country of Sweden
VODKA®
This superb vodka
was distilled from grain grown
in the rich fields of southern Sweden.
It has been produced at the famous
old distilleries near Åhus
in accordance with more than
400 years of Swedish tradition.
Vodka has been sold under the name
Absolut Since 1879.
40 % vol
PRODUCED AND BOTTLED IN SWEDEN BY AB VIN & SPRITCENTRALEN
IMPORTED
ALLEINIMPORT UND VERTRIEB DURCH JACOBI KG WEINSTADT/WÜRTTEMBERG
1000 ml
ABSOLUT ELEGANT.
ABSOLUT 40% VOL.
ALLEINIMPORT UND WEINSTADT/WÜRTTEMBERG.
TBWA

gegen maßlose Angriffe der Baufirma Alfred Kunz in Schutz genommen, die der Post bei Bauprojekten mindestens 1,2 Millionen Mark zuviel berechnet haben soll. Bei Kunz, einem großzügigen Geber von Parteispenden, amtiert der frühere bayrische Ministerpräsident Alfons Goppel als Aufsichtsratsvorsitzender.

Doch seit Beginn der Korruptionsermittlungen im Herbst 1985 versicherten die Ministerialen stets, sie stünden hinter Meier. Erst im Juli war von einer „job rotation" für den OPD-Chef die Rede. Da hatte Stoiber inzwischen kräftig gegen Meier interveniert.

Gleich zwei bajuwarische Konflikte, einer in München und einer in Bonn, das war dem Bundespostminister offenbar zuviel. Meier mußte weichen.

EXPORT

Ohne große Blessuren

Die deutsche Industrie kommt mit dem schwachen Dollar erstaunlich gut zurecht.

Kurzarbeit, wenn auch nur für drei Prozent der Belegschaft, Umsatzrückgänge – die fetten Jahre scheinen für Carl Zeiss vorbei zu sein.

Von Panik aber ist im württembergischen Oberkochen, der Zentrale des Optik-Spezialisten, nichts zu spüren. Zeiss-Chef Horst Skoludek gibt sich gelassen. Seine Devise: „Abwarten und Tee trinken."

Selten war die Lage so ernst – und die Stimmung so gelassen. Noch nie waren deutsche Waren in den Ländern des Dollarraums so teuer wie heute, da die US-Valuta gegenüber ihrem letzten Höchststand vor drei Jahren über die Hälfte ihres Werts eingebüßt hat. Um satte 18 Prozent sackte der Dollar im vergangenen Jahr bis zum – bisherigen – Tief von 1,58 Mark zur Jahreswende.

Nichts spricht dafür, daß die Aussichten im laufenden Jahr wesentlich besser werden. Allein die massiven Stützungskäufe einzelner Notenbanken sorgten dafür, daß der Dollar jetzt zwischen 1,65 und 1,69 Mark pendelt.

Jede neue Meldung über das US-Handelsdefizit, jede politische Unsicherheit kann die Leid-Währung in neue Turbulenzen stürzen. Die deutsche Wirtschaft wird mit einem schwankenden, wenn nicht sogar mit einem weiter sinkenden Dollar leben müssen.

Dennoch laufen die Export-Geschäfte prächtig; dennoch konnte das „Wall Street Journal" einen „erstaunlichen Optimismus" in der deutschen Industrie ausmachen.

Einmal mehr zahlt sich jetzt aus, daß die deutsche Volkswirtschaft wie keine andere in der Welt auf hochwertige, teilweise konkurrenzlose Produkte spezialisiert ist.

AUSFUHR UNGEBREMST?

Wert des Dollar in Mark; Quartalsdurchschnitte

Export der Bundesrepublik in die USA in Milliarden Mark

Gesamtexport der Bundesrepublik in Milliarden Mark

*geschätzt

DER SPIEGEL

Deutsche Werkzeugmaschinen zum Beispiel gelten als weltweit führend. Und selbst der deutsche Anlagenbau, der seine besten Jahre hinter sich weiß, hat in der Umwelttechnik eine Nische gefunden, die auf eine relativ stabile Zukunft hoffen läßt. Deshalb glaubt auch Jens-Peter Schaefer, Sprecher des Anlagenbauers Lurgi, den Dollarverfall „ohne große Blessuren überstehen zu können".

Manche Spezialisten, etwa der Mönchengladbacher Textilmaschinenhersteller Schlafhorst, haben sogar vom sinkenden Dollar, wie der geschäftsführende Gesellschafter Franz Paetzold verschämt einräumt, „eher profitiert". Ein schwacher Dollar schützt die US-Textilindustrie, einen wichtigen Kunden Schlafhorsts, vor Importen – und verbessert damit die Investitionsbedingungen. Die Maschinen kaufen die Amerikaner vornehmlich in Deutschland.

Einen weiter fallenden Dollar, das weiß Paetzold, der nebenher Präsident des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau ist, muß allerdings auch diese Branche fürchten. Von einem bestimmten Preis an werde jede Maschine, so Paetzold, für den Käufer zu einer unrentablen Investition.

„Diesem Punkt", warnt Präsident Paetzold, „kommt der Maschinenbau mit jedem weiteren Kursverfall näher oder hat ihn schon erreicht."

Ganz ungeschoren hat die deutsche Industrie den Dollarverfall allerdings nicht überstanden. Selbst der Werkzeugmaschinenbauer Maho in Pfronten, ein hochgradig spezialisiertes Unternehmen, mußte Kurzarbeit anmelden. Die Umsätze stagnieren oder gehen leicht zurück, die Gewinne schrumpfen.

Daß es – noch – nicht schlimmer gekommen ist, liegt nicht nur an der geschickten Produktstrategie deutscher Unternehmen. Es liegt auch an der Verteilung der Absatzgebiete: Nur rund zehn Prozent des Exports gehen in die USA, 16 Prozent in den gesamten Dollarraum*.

Der Heimatmarkt der Deutschen ist Europa. Diesen „weitgehend Dollar-unabhängigen Raum" betrachtet BASF-Chef Hans Albers „dank der starken gegenseitigen Verzahnung währungspolitisch fast als den größten Binnenmarkt der Welt und als ein echtes Pendant zu Nordamerika".

In Europa verkauft die BASF fast zwei Drittel ihrer Waren, der Computerhersteller Nixdorf sogar über 90 Prozent.

* Zum Dollarraum zählen neben den USA all jene Länder, die ihre Währung offiziell oder inoffiziell an den US-Dollar gebunden haben – wie Kanada, die Staaten der Karibik oder Hongkong.

Wer dagegen in der Vergangenheit, verlockt durch den gewinnträchtig starken Dollar, seine Fabriken mit Blick auf die Staaten ausbaute, muß heute bitter büßen. Der Autobauer Porsche, übermäßig abhängig vom US-Markt, leidet schwer unter dem niedrigen Dollar. Porsche hatte 1986 in Amerika noch 30 471 Autos verkauft; voriges Jahr waren es nur noch 23 632. Bei den Händlern in den USA stehen gegenwärtig 8000 unverkaufte Porsche herum.

Der Automobilindustrie, die in Nordamerika 20 Prozent ihrer Produktion absetzt, könnten magere Jahre bevorstehen. Und doch hat sie noch Glück: Aus dem Dollarraum sind keine Konkurrenten zu befürchten, die nun, beschleunigt durch einen sinkenden Dollarkurs, den europäischen Markt aufrollen könnten.

Das, immerhin, haben die Autobauer mit der übrigen deutschen Industrie gemeinsam: Ihre Hauptkonkurrenten sitzen in Europa und Fernost – und haben mit dem Kursverfall ebenso zu kämpfen. Glücklich schätzen können sich die deutschen Maschinenbauer, daß die amerikanische Konkurrenz die technische Entwicklung vollkommen verschlafen hat. Vorteilhaft ist auch für die Hersteller von Konsumgütern, daß die US-Unternehmen auf den heimischen Geschmack ausgerichtet sind.

Der Frieden wird nicht ewig währen, die US-Industrie rüstet nach. Und in nicht allzuferner Zukunft werden japanische Autos made in USA in riesigen Stückzahlen auf den europäischen Markt drängen.

Volkswagen dagegen stellt die einzige deutsche Automobilproduktion in den Staaten wegen chronischer Verluste ein. Sinn macht eher das Gegenteil. Selbst Mittelständler drängt es über den Atlantik. Andreas Stihl, Weltmarktführer für Motorsägen aus Württemberg, will seine Produktion dort ausbauen, Maho-Chef Werner Babel plant ein US-Werk.

An Vorbildern für eine solch offensive Strategie mangelt es nicht. Die chemische Industrie stellt die meisten Waren, die sie in Nordamerika verkauft, dort her, BASF etwa 90 Prozent.

Die Chemie-Konzerne sind gegen einen weiteren Verfall der Leitwährung gleich doppelt gefeit. Sie beziehen auch viele Vorprodukte und Rohstoffe in Dollar – und damit billiger.

Sogar der Computerbauer Nixdorf, in dessen Branche die Amerikaner den Ton angeben, zieht aus der Dollarentwicklung noch Vorteile: durch Forschungs- und Produktionsstätten in den USA und im Dollar-abhängigen Singapur sowie durch billigere Einkäufe in den USA und in Dollar-orientierten Regionen wie Südostasien.

Zwar kann die US-Konkurrenz ihre Computer in Europa jetzt günstiger anbieten. Doch selbst darin sieht Nixdorf-Chef Klaus Luft noch etwas Positives – „eine Herausforderung an unsere Wettbewerbsstärke“. ◆

ANASCO GmbH Wiesbaden

Was an Lacalut aktiv aktiv ist:



Was an Lacalut aktiv so aktiv ist, spüren Sie schon beim Zähneputzen: Weil Sie nämlich sofort merken, wie das adstringierende Aluminiumlactat Ihr Zahnfleisch strafft. Und wenn dazu noch die entzündungshemmenden Wirkstoffe Allantoin und Bisabolol aktiv werden, bekommen Sie das gesunde Gefühl, nachhaltig etwas zum Schutz vor Parodontose zu tun. Weshalb es sich empfiehlt, an der täglichen Festigung des Zahnfleisches mit Lacalut aktiv aktiv festzuhalten.

LACALUT

Für alle, die Zahnhygiene ernst nehmen.

In Düsseldorf residieren Prinz, Prinzessin und etliche Könige.








MICHAEL SCHIRNER






94 Königinnen und Könige von 47 Schützenvereinen, eine Prinzessin und ein Prinz, 68 Karnevalsvereine residieren in Düsseldorf. Sie und die 39 Bürger- und Heimatvereine pflegen rheinisches Brauchtum und Tradition.
Warum ist es in Düsseldorf und am Rhein so schön?
Düsseldorf ist die Kunststadt, die Modestadt, die Werbestadt, und – nicht zu vergessen – Düsseldorf hat die Altstadt.
Was Düsseldorf für Ihr Unternehmen tun kann, sagt Ihnen gern das Werbe- und Wirtschaftsförderungsamt, Postfach 1120, 4000 Düsseldorf 1, Telefon: 02 11/ 8 99-55 00.

DÜSSELDORF, EINE GUTE ADRESSE.




SPIEGEL Gespräch

„Irgendwann läuft das Faß mal über"

Der deutsche IBM-Chef Hans-Olaf Henkel über die Gefahren für den Industriestandort Deutschland



IBM-Chef Henkel (M.), SPIEGEL-Redakteure*: „Bei Sonnenschein Sturmwarnsignale ernst nehmen"

SPIEGEL: Herr Henkel, welche ihrer deutschen Fabriken wird IBM demnächst schließen und ins Ausland verlagern?

HENKEL: Keine.

SPIEGEL: Seit einiger Zeit klagen Sie über verschlechterte Bedingungen am Produktionsstandort Deutschland. Da wäre es doch ganz logisch, ein paar tausend Arbeitsplätze bei der deutschen IBM abzubauen und die Werke etwa in England zu erweitern. Genau das, erzählen sich schon manche in der Branche, habe IBM vor.

HENKEL: Dumm Tüch**. Im Gegenteil. Wir haben gerade beschlossen, die Produktion von Kassenautomaten von England nach Berlin zu verlegen. Wir sind dabei, wichtige Entwicklungsaufgaben für Computer-Software von England an den Standort Mainz zu übertragen, um auch dort die Auslastung langfristig zu sichern.

SPIEGEL: Wie paßt das zusammen mit dem, was Sie an dem Industriestandort Deutschland auszusetzen haben?

HENKEL: Wir müssen insgesamt den Produktionsbereich der IBM Deutschland etwas zurückschrauben. Die Produktionskapazität war im gesamten IBM-Verbund zu groß. Natürlich bemühen wir uns zu produzieren, wo es am kostengünstigsten ist. Da schneiden wir im Augenblick im Verhältnis zu unseren Schwestergesellschaften nicht besonders gut ab.

SPIEGEL: Auch viele Ihrer Kollegen in anderen Unternehmen reden derzeit ziemlich laut darüber, ob man in Deutschland, bei den hiesigen Steuern und Löhnen, weiter produzieren kann. Fast hat man das Gefühl, das ist eine konzertierte Aktion des Spitzenmanagements.

HENKEL: Nein, das ist mehr unkoordiniertes Einzelkämpfertum. Die Unternehmer, die in Deutschland produzieren, kämpfen aber alle an der gleichen Front.

SPIEGEL: Hat Ihnen vielleicht das IBM-Hauptquartier in den USA Feuer gemacht, weil Umsätze und Gewinne in Deutschland nicht mehr so wie früher gestimmt haben?

HENKEL: Ich bin deutscher Unternehmer und brauche keine Rauchzeichen von außen. Brandherde erkennen wir selber.

SPIEGEL: Für die These von der schrumpfenden Konkurrenzfähigkeit Deutschlands spricht doch wenig. Im vorigen Jahr schafften die Deutschen einen neuen Rekordüberschuß im Außenhandel. Die Bundesrepublik ist die exportstärkste Nation der Welt.

HENKEL: Das ist sicherlich richtig, und wir Deutschen können stolz darauf sein. Aber zunächst einmal haben die stark gesunkenen Importpreise gehörig dazu beigetragen; und wie jeder Seefahrer muß auch ein Wirtschaftler schon bei

---

Hans-Olaf Henkel

ist seit Anfang 1987 Vorsitzender der Geschäftsführung der IBM Deutschland GmbH, die eine der größten ausländischen Töchter des amerikanischen Computer-Konzerns ist. Der Hamburger Henkel, 47, hat eine für IBM wenig typische Vorbildung: Er lernte Speditionskaufmann bei Kühne & Nagel und studierte auf der gewerkschaftsnahen Akademie für Wirtschaft und Politik. Von 1962 an machte Henkel bei IBM eine internationale Karriere. Seit Mitte 1985 mußte er bei der deutschen IBM, erst als Vize-Chef, gegen rückläufige Gewinne kämpfen. Henkel gehört zu jenen Managern, die in den letzten Monaten die Debatte über den Standort Deutschland angetrieben haben. Am vorigen Wochenende diskutierten auf Einladung des Ministerpräsidenten Lothar Späth Manager in Stuttgart darüber, wie Europa konkurrenzfähig bleiben kann.

---

* Wolfgang Kaden und Michael Schmidt-Klingenberg, vor der IBM-Hauptverwaltung in Stuttgart.

** Plattdeutsch: Dummes Zeug.



Wenn Sie mehr darüber wissen wollen, wie wir unseren Jack Daniel's herstellen, schreiben Sie uns nach Lynchburg, Tennessee 37352, USA.

UNSERE FARMER um Lynchburg, Tennessee, fühlen, ob ihre sonnengereifte Gerste gut genug für Jack Daniel's ist. Mit der Erfahrung vieler Generationen und unendlicher Geduld bereiten wir aus dieser goldenen Gerste und dem kristallklaren Wasser unserer Felsenquelle einen unvergleichlich milden und aromatischen Tennessee-Whiskey.

Auch in Zukunft werden wir unseren Jack Daniel's mit derselben handwerklichen Sorgfalt, den gleichen Qualitätszugaben und derselben unerschütterlichen Geduld bereiten. Wie seit 1866.

Import: Charles Hosie GmbH, 2000 Hamburg 1

JACK DANIEL'S TENNESSEE WHISKEY

3.0 V6

GEBALLTE KRAFT.

DER NEUE ALFA 75 AMERICA.

SOVIEL KRAFT MÜSSEN SIE ERLEBEN: 136 kW (185 PS) BEI 5800 U/MIN, HÖCHSTGESCHWINDIGKEIT 217 KM/H, VON 0 AUF 100 KM/H IN 7,4 SEC, SPURTSTARK IM GESAMTEN DREHZAHLBEREICH (216 NM SCHON BEI 1000 U/MIN, MAX. DREHMOMENT: 245 NM BEI 3000 U/MIN) – NIE WAR DIE LEIDENSCHAFT STÄRKER. IM NEUEN ALFA 75 AMERICA VERBINDEN SICH DIE ELASTIZITÄT UND DIE LAUFKULTUR EINES SECHSZYLINDER-EINSPRITZERS MIT DER UNBÄNDIGEN KRAFT UND DEN EXZELLENTEN FAHREIGENSCHAFTEN EINES ECHTEN ALFA ROMEOS: 25%IGES SPERRDIFFERENTIAL AN DER HINTERACHSE FÜR MAXIMALE BODENHAFTUNG, SELBST IN ENGSTEN KURVEN. PROGRESSIVE SERVOLENKUNG FÜR ENTSPANNTES FAHREN. ABS (GEGEN AUFPREIS) FÜR DIE PASSIVE SICHERHEIT. GEREGELTER 3-WEGE-KATALYSATOR FÜR DIE UMWELT. MIT SEINER CHARAKTERISTISCHEN KEILFORM, US-STOSSFÄNGERN UND SPURVERBREITERUNG IST DER NEUE ALFA 75 AMERICA DER INBEGRIFF KULTIVIERTER SPORTLICHKEIT. DIE ELEGANTE INNENAUSSTATTUNG, DIE VERTIKAL UND AXIAL VERSTELLBARE LENKSÄULE UND DAS ÜBERSICHTLICHE COCKPIT GEWÄHRLEISTEN HÖCHSTEN FAHRKOMFORT. DER NEUE ALFA 75 AMERICA. SINNLICH? SPORTLICH? LUXURIÖS? ENTSCHEIDEN SIE SELBST. BEI EINER PROBEFAHRT.



Alfa Romeo: Fahren aus Leidenschaft

ALFA ROMEO EMPFIEHLT Agip

LINTAS:FRANKFURT

Sonnenschein die Sturmwarnsignale ernst nehmen und sein Schiff auf das Unwetter einrichten.

SPIEGEL: Was sehen Sie für Signale?

HENKEL: Im letzten Jahr haben die Amerikaner ihre Direktinvestitionen in der Bundesrepublik um eine Milliarde Mark abgebaut, während die Investitionen der Deutschen in Amerika um acht Milliarden zunahmen. Das spricht nicht für den Standort Deutschland.

SPIEGEL: Das Geld, das die deutschen Firmen in die USA schaffen, mußten sie erst einmal in der Bundesrepublik verdienen. Daß der Kapitalexport ein Indiz für die Schwäche der Bundesrepublik sein soll, scheint uns geradezu absurd. Das beweist eher, daß hier ordentlich Geld verdient wird.

HENKEL: Die deutschen Auslandsinvestitionen sind natürlich im Prinzip gut und richtig. Sie unterstützen die internationale Arbeitsteilung, und sie sichern Auslandsmärkte. Das Problem ist, daß die Ausländer nicht mehr in Deutschland investieren.

SPIEGEL: Das können Sie so nicht sagen. Natürlich wird nach wie vor hier investiert, nur nicht mehr in dem Ausmaß wie vor einigen Jahren.

HENKEL: Laut „Financial Times" gingen in den vergangenen Jahren nur 1,6 Prozent aller japanischen Auslands-Investitionen nach Deutschland. Mehr als doppelt soviel haben die Japaner in England investiert, sogar in Holland investieren die Japaner mehr als in Deutschland.

Die Japaner produzieren dort, wo sich für sie die Investitionen am besten rechnen. Innerhalb Europas ist das zweifellos England, wie Sie gerade am Aufbau der Nissan-Fabrik in Großbritannien gesehen haben.

SPIEGEL: Liegt der Reiz des Standorts England nicht auch darin, daß dort die Ansiedlungssubventionen ein noch höheres Ausmaß erreicht haben als in der Bundesrepublik?

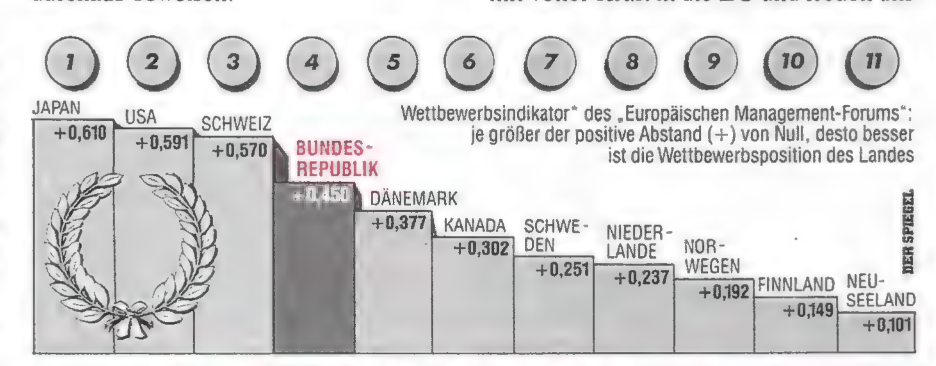
HENKEL: Der Reiz liegt an verschiedenen Faktoren. Ein Faktor ist die weit geringere Steuerbelastung. Nehmen Sie die Dividende auf ausgeschüttete Gewinne. Die IBM England zahlt 26 Prozent Steuern, die IBM Deutschland 54 Prozent auf ausgeschüttete Gewinne. Das ist ein Unterschied.

SPIEGEL: Wie kommen Sie auf 54 Prozent? Der deutsche Satz für die Körperschaftsteuer bei ausgeschütteten Gewinnen liegt bei 36 Prozent.

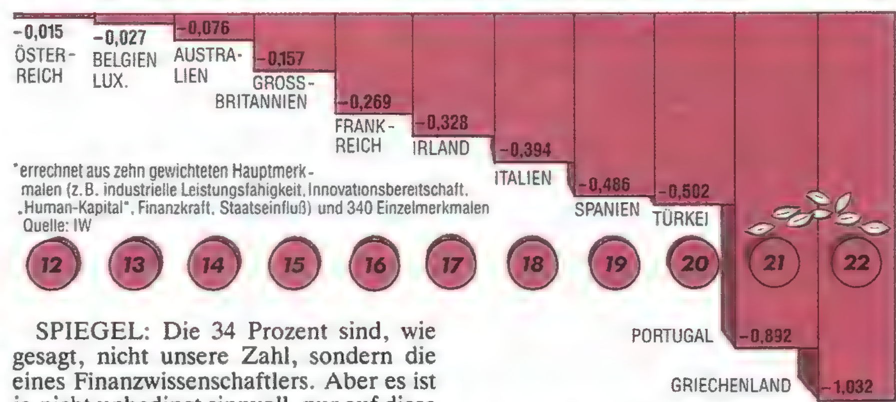
HENKEL: 54 Prozent ist die Gesamtsteuerbelastung der IBM Deutschland inklusive Gewerbe- und Kapitalertragsteuer. Ein deutsches Unternehmen, das seine Gewinne nicht wie wir an die Muttergesellschaft ausschüttet, kommt sogar auf 70 Prozent Steuerbelastung.

SPIEGEL: Das scheint uns eine etwas gewagte Rechnung zu sein. 70 Prozent ist die Maximalbelastung bei einer besonders unglücklichen Konstellation. Der Durchschnitt sieht durchaus günstiger aus. Der Finanzwissenschaftler Konrad Littmann kommt auf eine durchschnittliche Belastung der Unternehmen von ungefähr 34 Prozent, also die Hälfte dieses ständig ins Feld geführten Spitzensatzes.

HENKEL: Diese globale Betrachtung ist nach meiner Meinung nicht sinnvoll; denn sie unterschlägt, daß es viele Unternehmen gibt, die Verluste machen. Die zahlen gar keine Steuern und drükken den Durchschnitt. So kommen Sie auf diese etwa 30 Prozent. Ich rede natürlich von Unternehmen, die Gewinn machen, da lassen sich die 70 Prozent durchaus beweisen.



DEUTSCHE WIRTSCHAFT AUF RANG VIER



SPIEGEL: Die 34 Prozent sind, wie gesagt, nicht unsere Zahl, sondern die eines Finanzwissenschaftlers. Aber es ist ja nicht unbedingt sinnvoll, nur auf diese Steuersätze zu sehen. Auf welchen Betrag werden die Prozente eigentlich berechnet? Wissen die IBM-Manager in den USA, wie schön man in der Bundesrepublik seine Bilanzen gestalten kann, damit der zu versteuernde Gewinn nicht so hoch ausfällt?

HENKEL: Die wissen ganz genau, was sich machen läßt und was nicht. Letzten Endes ist das berühmte Verstekken in den Bilanzen auch nur eine vorübergehende Möglichkeit, Steuern zu senken. Irgendwann tauchen sie dann mal als Gewinn auf und müssen versteuert werden.

SPIEGEL: Wenn man immer wieder neue Gründe für Rückstellungen findet, dann tauchen diese versteckten Gewinne höchstens beim Konkurs auf.

HENKEL: Sie unterschätzen den Ideenreichtum der deutschen Steuerbehörden.

SPIEGEL: Wir unterschätzen auch nicht den Ideenreichtum der Finanzmanager in den deutschen Unternehmen.

HENKEL: Ich bin davon überzeugt, daß kein seriöses deutsches Unternehmen die Steuergesetze hintergeht.

SPIEGEL: Das muß man dafür ja gar nicht. Wir wollen nur darauf hinweisen, daß die Steuergesetzgebung für Rückstellungen und Sonderabschreibungen Möglichkeiten bietet, die außerordentlich günstig sind. Es gibt Firmenchefs, die vor einer Unternehmensteuerreform warnen, weil sie befürchten, daß dann dieses Privileg angetastet wird.

HENKEL: Dieser Ansicht bin ich nicht. Es gibt da im übrigen für mich noch einen wichtigen Punkt: Wir segeln mit voller Kraft in die EG und freuen uns alle auf diesen wunderbaren neuen Binnenmarkt im Jahr 1992. Dabei vergessen wir, daß sich die deutschen Unternehmen auch dem Wettbewerb der Standortbedingungen in der EG aussetzen. Wir können doch nicht erwarten, daß die anderen Länder jetzt aus lauter Harmoniebedürfnis etwa bei sich die Gewerbesteuer einführen. Wir müssen diese Steuer abschaffen.

SPIEGEL: Das wird einen Aufschrei der Bürgermeister geben, denn die Gewerbesteuer ist die wichtigste Einnahmequelle der Städte und Gemeinden.

HENKEL: Sicherlich, ohne die Bürgermeister läuft hier gar nichts. Aber ich könnte mir durchaus vorstellen, daß man die Gewerbesteuer durch eine Gemeindeeinkommensteuer ersetzen kann.

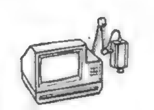
SPIEGEL: Das heißt, die Bürger sollen jetzt die Steuern der Unternehmen übernehmen?



„Vor lauter Routinearbeit kommt bei mir
das Neugeschäft vorne und hinten zu kurz."

varix Bürokommunikation für Bildschirmarbeitsplatz, Betriebsdatenerfassung, Fernkopierer,

„Selber schuld, wenn Dir das durch die Lappen geht. Mit Bürokommunikation von DeTeWe könntest Du doch längst aus dem Schneider sein."


Bildtelefon,

digitales Telefon.   Beratung: Telefon 0 30/61 04-23 10.



„Ein raffinierter und erschreckender Thriller… Glenn Close ist Dynamit…“ – Bruce Williamson: PLAYBOY MAGAZINE

„Man kann nicht aufhören, über diesen Film zu reden.“ – Richard Corliss: TIME MAGAZINE

„Raffiniert und verführerisch. Ein gut detailliertes, glaubhaft aufgezeichnetes, romantisches Dreieckverhältnis…“ – Janet Maslin: NEW YORK TIMES

„Fantastische Unterhaltung… die Oscars sind sicher.“ – Alexander Walker: London, EVENING STANDARD

„Ein außergewöhnlich erregender Thriller… ein fesselnder Film…“ – EXPRESSEN: Schweden

MICHAEL DOUGLAS GLENN CLOSE





PARAMOUNT PICTURES PRÄSENTIERT
EINE JAFFE/LANSING PRODUKTION · EIN ADRIAN LYNE FILM
ANNE ARCHER
FATAL ATTRACTION · Musik MAURICE JARRE
Drehbuch JAMES DEARDEN nach seinem Original-Drehbuch
Produzent STANLEY R. JAFFE und SHERRY LANSING · Regie ADRIAN LYNE
Copyright © 1987 by Paramount Pictures Corporation. All Rights Reserved. EIN PARAMOUNT FILM IM VERLEIH DER UIP
DOLBY STEREO IN AUSGEWÄHLTEN THEATERN

Ab 4.2.1988 im Kino

HENKEL: Die Gewerbesteuer wird heute schon von vielen Leuten für ungerecht angesehen. Nach Meinung von Finanzexperten ist sie vielleicht schon unrechtmäßig, weil nur ewa 30 Prozent der deutschen Unternehmen überhaupt Gewerbesteuer bezahlen. Ich halte es auch für ungerecht, daß eine Gemeinde wie Sindelfingen zum Beispiel sechsmal soviel Gewerbesteuer pro Kopf einnimmt wie Karlsruhe oder sechzigmal soviel wie Völklingen. Die Einführung einer Gemeindeeinkommensteuer könnte auch dazu führen, daß dann die Bürgermeister den Bürgern Rechenschaft dafür ablegen müssen, was sie mit dem Geld tun.

SPIEGEL: Man könnte das doch auch über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer machen. Die muß im EG-Rahmen ohnedies angeglichen werden.

HENKEL: Das halte ich auch für denkbar. Der künftige EG-Binnenmarkt fordert uns ja direkt dazu heraus, die Standortbedingungen anzugleichen. Wir haben noch 58 Monate Zeit, um unser Steuersystem einigermaßen konkurrenzfähig gegenüber den anderen EG-Ländern zu machen. Hier wird sicherlich demnächst von der Bundesregierung – so hoffe ich – ein Signal gesetzt. Es geht nicht um das weitere Zerreden der an sich vernünftigen Steuerreform. Es geht darum, daß wir ein weiteres Signal brauchen, auch für die ausländischen Investoren: In Deutschland wird sich etwas tun.

SPIEGEL: Es scheint, Ihre Klagen haben schon höheren Orts Gehör gefunden.

HENKEL: Es gibt noch viel zu tun. Ganz besonders wichtig ist es aus unserer Sicht, daß wir bei den Diskussionen um das amerikanisch-deutsche Doppelbesteuerungsabkommen weiter Fortschritte machen. Innerhalb dieser Gesamtsteuerbelastung von 54 Prozent, die ein Unternehmen wie unseres auf den ausgeschütteten Gewinn zu zahlen hat, gibt es die Kapitalertragsteuer. Die ist mit 15 Prozent nach unserer Meinung zu hoch.

SPIEGEL: Weniger Kapitalertragsteuer, überhaupt keine Gewerbesteuer mehr, weniger Körperschaftsteuer – wenn es nach Ihren Wünschen ginge, läge die Bundesrepublik bald sogar unter den englischen Steuersätzen.

HENKEL: Nein, wir sind gar nicht so unbescheiden, wie Sie denken. Insgesamt sollte man die Unternehmensbesteuerung auf etwas unter 50 Prozent senken. Da ist nach meiner Meinung die Schmerzgrenze.

SPIEGEL: Wir vermissen bisher die früher so beliebte Klage über die hohen Löhne. Liegt es daran, daß die Löhne in den letzten Jahren hierzulande recht moderat angehoben worden sind?

HENKEL: Ich fand diese Anhebung überhaupt nicht moderat. Im Verhältnis zur Inflation war sie ziemlich stark.

SPIEGEL: Das können Sie allenfalls für die letzten zwei Jahre behaup-

ten, davor waren die Reallöhne rückläufig.

HENKEL: Für 1988 kommen wir jetzt auf eine Lohnerhöhung vom 1. April an um zwei Prozent und eine Arbeitszeitverkürzung, die auch noch mal 2,7 Prozent ausmacht, bei einer ausgesprochen geringen Inflation. Das ist Nummer eins. Nummer zwei: Durch die Aufwertung der Mark sind unsere Lohnkosten im internationalen Vergleich heute schlichtweg verheerend. Wir liegen bei den Lohnkosten pro Stunde gleichauf mit der Schweiz und befinden uns 80 Prozent über der IBM England.

SPIEGEL: Sie sprechen von Arbeitskosten, also Löhnen plus Sozialkosten. Die eigentlich entscheidende Größe für das Unternehmen ist doch, wie produktiv die Beschäftigten arbeiten. Da steht die Bundesrepublik auch im Vergleich mit England nicht übel da. Dies belegen die Untersuchungen so unverdächtiger Institute wie die Dresdner Bank.



Nissan-Automontage in England: „Weit geringere Steuerbelastung"

HENKEL: Nicht nur unverdächtig, sondern zweifellos glaubwürdig. Wir haben aber innerhalb des Fertigungsverbunds der IBM durchaus die Möglichkeit, Produktivität anhand von identischen Produktionsprozessen zu vergleichen. Die IBM England ist heute billiger als wir in Deutschland. Ich bin sicher, daß das praktisch für alle vergleichbaren Fertigungstechniken in diesen beiden Ländern gilt. Was viele in Deutschland noch nicht richtig registriert haben: Bei uns hat sich an den Standortfaktoren gar nichts verändert, es ist ja objektiv nichts schlechter geworden. Entscheidend ist, daß es in anderen Ländern viel besser geworden ist.

SPIEGEL: Unternehmer, die wie Sie über Steuern und Löhne klagen, werden sehr vorsichtig, wenn es darum geht, die eigene Fabrik ins Ausland zu verlegen. Es dauert zehn bis 15 Jahre, sagt BMW-Chef Eberhard von Kuenheim, bis man den Geist der Firma an einen fremden Standort transferiert hat.

HENKEL: Das ist sicherlich richtig. Wir haben ja auch nicht vor, hier eine Fabrik zuzumachen. Aber im Gegensatz zur Automobilindustrie kann ich die tägliche Produktion meiner Mega-Chip-Fertigung, in die wir über eine Milliarde Mark investiert haben, in einem Kulturbeutel von Frankreich oder Japan nach Deutschland tragen. Es gibt natürlich eine Menge positive Standortfaktoren in Deutschland: die Qualifikation unserer Arbeitnehmer; die Qualität, mit der wir Arbeit erledigen; der Fleiß. Auch die Liberalität unserer Wirtschaft gehört dazu. Es gibt zum Beispiel ausländische Banken, die in Deutschland mehr tun können als an ihren Heimatstandorten. Der soziale Frieden und der Ausgleich sind durchaus positive Standortfaktoren, die man berücksichtigen muß.



BMW-Automontage in Deutschland: „In anderen Ländern ist es besser geworden"

SPIEGEL: Was uns so skeptisch macht: Vor vier Jahren, als es um die Verkürzung der 40-Stunden-Woche ging, da haben viele Unternehmer den Untergang der deutschen Industrie prophezeit – so wie wir es heute wieder hören. Die deutsche Industrie ist bisher nicht untergegangen. Im Gegenteil.

HENKEL: Die Mehrheit der deutschen Unternehmer hat eben noch mehr auf Produktivität gesetzt. Es hat die deutsche Industrie ja so ausgezeichnet, daß sie durch Investitionen in Produktivität – übrigens auch Unternehmen aus meiner Branche – den Anschluß an den Weltmarkt halten konnte.

SPIEGEL: Die Wettbewerbsfähigkeit verdanken die Firmen also den Gewerkschaften?

HENKEL: Sie verdanken es gleichermaßen der Kompetenz der Großunternehmen wie dem Einfallsreichtum des Mittelstands und der Einsatzbereitschaft der Arbeitnehmer, diese zusätzlichen Bürden durch neue Produktionstechniken auszugleichen. Ich glaube – und das ist ein ganz wichtiger Punkt –, irgendwann läuft das Faß mal über. Die Frage ist, welcher Tropfen der entscheidende war. Ich kann das nicht beantworten.

SPIEGEL: Weitere Arbeitszeitverkürzungen, so hören wir von den Unternehmern, werden nun wirklich in den Untergang führen. Es sei denn, die Arbeitszeit wird flexibler gestaltet.

HENKEL: Da gibt es durchaus die Möglichkeit, etwas auszugleichen. Wenn die Menschen schon weniger arbeiten wollen, dann soll man wenigstens die Maschinen mehr arbeiten lassen. Das

kann man nur durch mehr Flexibilität erreichen.

SPIEGEL: Wenn Sie Ihre Maschinen am Sonntag und in der Nacht laufen lassen können, bringt Ihnen dies doch wahrscheinlich viel mehr als ein paar Punkte bei den Steuern weniger.

HENKEL: Diese beiden Dinge gehören wirklich nicht zusammen.

SPIEGEL: Aber sie lassen sich natürlich gut addieren.

HENKEL: Man kann über Steuern nur dann reden, wenn man auch verdient. Und letzten Endes führt mehr Flexibilisierung, wenn sie tatsächlich zu mehr Gewinn führt, auch zu mehr Steuern. Eigentlich sollten alle daran interessiert sein.

SPIEGEL: Verbittert es Sie sehr, daß Sie jetzt solche Schwierigkeiten haben, in Ihrem Chip-Werk in Sindelfingen Sonntagsarbeit einzuführen?

HENKEL: Von Verbitterung kann keine Rede sein. Es ist durchaus verständlich, daß Menschen am Sonntag nicht arbeiten wollen. Ich arbeite auch nicht gern am Sonntag. Aber Menschen, die am Sonntag arbeiten wollen, als soziale Umweltverschmutzer hinzustellen, wie das vor kurzem hier ein Pfarrer gemacht hat, halte ich doch für starken Tobak. Denn der beleidigt vier Millionen Menschen, die in Deutschland heute schon sonntags arbeiten.

SPIEGEL: Für Sie ist Sonntagsarbeit in einem Chip-Werk unverzichtbar?

HENKEL: Sie ist unverzichtbar. Denn durch die wöchentliche Unterbrechung des eigentlich kontinuierlichen Fertigungsprozesses produzieren wir einfach zuviel Schrott. Zur Zeit müssen wir schon am Freitag gewisse Vorkehrungen treffen, um die im Produktionsprozeß befindlichen Stücke zu sichern, sozusagen einzufrieren, und Öfen abzuschalten. Wenn wir am Montag dann wieder zurückkommen, werden diese Öfen langsam wieder angefahren.

SPIEGEL: Ist es nun ein technischer Grund, der Sie zu der Sonntagsarbeit zwingt? Oder ist es nicht doch ein wirtschaftlicher Grund, nämlich eine bessere Auslastung dieser sehr kapitalintensiven Anlagen?

HENKEL: Sonntagsarbeit ist in unserer Branche verboten, es sei denn, sie ist durch eine Ausnahmegenehmigung erlaubt. Diese Ausnahme erfordert einen technischen Grund. Den können wir sehr gut darstellen. Er wurde uns auch durch externe Gutachten bestätigt. Natürlich hat das dann auch wirtschaftliche Folgen. Ich kann einen technologischen Grund von einem wirtschaftlichen Grund nicht trennen. Deshalb ist die Tatsache, daß sich dann auch wirtschaftliche Vorteile einstellen, nicht gleichbedeutend mit dem Gegenargument, wir würden die Sonntagsarbeit ja nur aus Wirtschaftlichkeitsgründen einführen.

Chip-Produktion der IBM in Sindelfingen: „Sonntagsarbeit ist unverzichtbar"

SPIEGEL: Die erbitterte Diskussion über die Sonntagsarbeit erklärt sich doch möglicherweise auch daraus, daß bei den Chips ein Grenzfall zwischen technologischen und wirtschaftlichen Gründen entstanden ist. Die Gewerkschaften befürchten, daß immer mehr Bereiche der Wirtschaft in hohem Maße kapitalintensiv und automatisiert arbeiten werden und daß es vielleicht bald überall zwingende wirtschaftliche Gründe gibt, die Fabriken kontinuierlich auszulasten. Sie sehen jetzt den Moment gekommen, „Halt" zu schreien.

HENKEL: Das sehe ich nicht so; denn das Gesetz ist ganz eindeutig. Um Sonntagsarbeit aus rein wirtschaftlichen Gründen zuzulassen, muß man das Gesetz ändern. Wir befinden uns mit unserem Plan durchaus innerhalb der derzeitigen Gesetzgebung.

SPIEGEL: Herr Henkel, zu hohe Steuern, schlechte Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, das sind ja alles Unternehmerklagen, die man sehr gut aus der sozialliberalen Ära kennt. Seit fünf Jahren aber gibt es hier die christlich-liberale Wunschregierung der Unternehmer. Anscheinend tut diese Regierung längst nicht das, was sich die Unternehmer von ihr erhofft haben.

HENKEL: Die derzeitige Regierung hat mit Schwierigkeiten zu kämpfen, die wohl niemand voraussehen konnte. Ich denke an das Finanzierungsloch, das sich vor allem aufgetan hat aufgrund der Dollar-Schwäche. Damit hat niemand in Deutschland gerechnet.

SPIEGEL: Sind Sie, zum Beispiel, damit einverstanden, daß die Vorruhestandsregelung jetzt ausläuft, wie beschlossen?

HENKEL: Aufgrund der demographischen Entwicklung scheint der Zeitpunkt zu kommen, daß man sich darüber Gedanken macht, das Potential der älteren Menschen in Deutschland verstärkt zu nützen. Insofern setzt die Diskussion durchaus zum richtigen Zeitpunkt an. Wenn man das Thema Standort Deutschland wirklich allumfassend aufgreifen will, dann muß man auch die Abnahme der Bevölkerung bei uns betrachten.

SPIEGEL: Welche Konsequenz hat das für Sie?

HENKEL: Man kommt nicht darum herum, sich über eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit ab Mitte der neunziger Jahre wieder Gedanken zu machen. Wir müssen die Frauen mehr fördern, das sind 50 Prozent der potentiell werktätigen Bevölkerung. Das wird nicht richtig genutzt. Man kommt nicht drum herum, sich Gedanken zu machen über die bessere Eingliederung von anderen EG-Bewohnern in unser Land.

SPIEGEL: Hätten Sie eigentlich gern einen anderen Bundeskanzler, zum Beispiel Maggie Thatcher?

HENKEL: Angesichts der in Großbritannien erreichten Standortvorteile glaube ich kaum, daß die Briten Frau Thatcher hergeben würden.

SPIEGEL: Wir wollen wissen, ob Sie einen anderen Kanzler haben wollen.

HENKEL: In dieser Situation sollten wir Unternehmer den deutschen Bundeskanzler und die deutsche Bundesregierung unterstützen, um gemeinsam eine Offensive zum Standort Deutschland zu führen.

SPIEGEL: Herr Henkel, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.


Morgen für Morgen in Höchstform. Aus dem Stand.
Esso weckt die Kraft, die im Motor steckt.
Kraftlose Verbrennung
Kraftvolle Verbrennung
Jeder Motor verliert im Laufe der Zeit wertvolle Kraft. Schuld sind schädliche Ablagerungen im Einlaßsystem, vom Vergaser bzw. den Einspritzdüsen bis zu den Ventilen. Sie verhindern die richtige Aufbereitung des Benzin-Luft-Gemisches. Die Folge: eine kraftlose Verbrennung.
Das muß nicht sein. Esso Kraftstoff hält die Einlaßwege zuverlässig sauber und baut bereits vorhandene Ventil-Ablagerungen wieder ab. Ergebnis: Aus der kraftlosen Verbrennung wird wieder eine kraftvolle.
ESSO
Saubere Kraft

Echt überfordert

AEG-Chef und Daimler-Vorstandsmitglied Heinz Dürr, nebenberuflich noch Fabrikbesitzer, mehrt auf Kosten des Steuerzahlers sein Privatvermögen.

Für die Bewohner der südbadischen Gemeinde Grenzach-Wyhlen bei Basel war der 27. November 1987 ein ganz besonderer Tag. Mehr als 300 geladene Gäste, darunter örtliche Honoratioren, Landtagsabgeordnete und Beamte des Stuttgarter Innenministeriums, hatten sich im Gewerbegebiet „Fallberg" versammelt, um ein „beeindruckendes Industriebauwerk" (Bürgermeister Hans-Joachim Könsler) einzuweihen: den neuen Zweigbetrieb des Stuttgarter Automobilzulieferers Dürr.

Auch die Bevölkerung kam nicht zu kurz. Am Tag der offenen Tür durften interessierte Einheimische den schmukken Wellblechbau am südlichen Ortsrand besichtigen, hernach lud die Firmenleitung zum kostenlosen Imbiß.

Die Gratisvesper hatten sich die Wyhlener redlich verdient, schließlich wurde der rund 25 Millionen Mark teure Betrieb zum großen Teil von ihnen finanziert. Die neue Produktionsstätte des Stuttgarter Anlagenbauunternehmens (Umsatz: rund 800 Millionen Mark), das zu 100 Prozent dem AEG-Chef Heinz Dürr und dessen Familie gehört, wurde voll aus der Staatskasse bezahlt.

Die Billigfabrik ist das Endprodukt einer bald zehnjährigen Sanierungsaktion, die den Steuerzahler über 30 Millionen Mark gekostet, den schwäbischen Dürr-Clan dagegen um einiges reicher gemacht hat: die gescheiterte Rettung des Wyhlener Stahlverarbeiters Eisenbau AG.

Als die zur schweizerischen Buss-Gruppe gehörende Firma 1978 in Schwierigkeiten geriet, weil Aufträge ausblieben und die Eigentümer das unrentable Unternehmen schließen wollten, übernahm Dürr den Betrieb auf Vermittlung des damaligen baden-württembergischen Wirtschaftsministers Rudolf Eberle.

Die Firma Eisenbau, die unter anderem Krane, Brücken oder Schneepflüge herstellte und bis in die Sowjet-Union exportierte, paßte hervorragend zum Dürr-Konzern. Schon damals hatte sich der schwäbische Mittelständler auf Lakkieranlagen für den Fahrzeugbau spezialisiert. Außerdem stimmte das Eintrittsgeld.



Firmensanierer Dürr (M.), Geschäftspartner*: „Retter in der Not"

Zum symbolischen Preis von nur einer Mark erwarb Dürr, damals noch Vorsitzender der baden-württembergischen Metallarbeitgeber, das ehemals florierende Unternehmen. Überdies lockten die Millionensubventionen aus öffentlichen Kassen: Die Gemeinde bot einen Zinszuschuß und Gewerbesteuerfreiheit, vom Land erhielt Dürr – als Dankeschön für den Erhalt der Arbeitsplätze – knapp eine Million Mark Strukturhilfe und eine Bankbürgschaft über 4,5 Millionen Mark.

Doch schon bald begann der „Retter in der Not" („Badische Zeitung") seine Neuerwerbung auszubeinen. So versilberte Dürr einen Teil der firmeneigenen Gebäude und Grundstücke. Das restliche Areal vermachte der inzwischen zum AEG-Vorstandsvorsitzenden aufgestiegene Mittelständler einer neugegründeten Düsseldorfer Leasinggesellschaft, an der er selbst beteiligt war. Von da an mußte der Betrieb für Hof und Hallen sogar Miete zahlen.

Bald darauf stellte Dürr („Wir wollen etwas unternehmen, nicht etwas unterlassen") den Stahlbau gänzlich ein und entließ im Verlauf des Jahres 1983 rund 200 der ehemals 340 Beschäftigten. Die verbliebenen Mitarbeiter fertigten fortan vor allem Fördersysteme für die Autoindustrie, eine ideale Ergänzung zu Dürrs Stammsortiment.

Schon damals erwogen Dürr und seine Wyhlener Statthalter, die noch vorhandene Rumpfproduktion auszulagern und andernorts, von störenden Altlasten befreit, neu aufzubauen. Denn das angestammte, sechs Hektar große Eisenbau-Gelände war längst viel zu groß geworden. „Außerdem", erinnert sich Dürr-Geschäftsführer Bernward Hiller, „mußten wir Unsummen für die Heizung ausgeben."

Doch die sparsamen und erfindungsreichen Schwaben hatten keine Lust, den Umzug selber zu bezahlen. Dürr und seine Manager nutzten eine Lücke im Städtebauförderungsgesetz, um Investitionsausgaben zu sparen. Nach dem 1971 erlassenen Gesetzeswerk können Kommunen Betriebe, die bei der Stadtsanierung stören, auch außerhalb der Stadt ansiedeln und dafür beim Land Zuschüsse beantragen. Die betroffene Firma erhält eine Entschädigung, die dem Wert der Grundstücke und Gebäude entspricht und von einem kommunalen Gutachterausschuß anhand örtlicher Vergleichspreise festgelegt wird.

Doch die vorsichtigen Wyhlener sträubten sich zunächst. „Nicht die Gemeinde ist der Interessent", empörte sich SPD-Stadtratschef Heinz Intveen, „sondern die Firma Dürr, die sich immense Vorteile von einer Aussiedlung erwartet."

Auch Rathauschef Könsler meldete Bedenken an. Die wertlosen alten Gebäude, warnte der Bürgermeister, müßten auf Kosten der Gemeinde abgebrochen werden. Außerdem stehe das Firmengelände auf tonnenschweren Betonfundamenten.

Andere Wyhlener verlangten, statt der Dürr-Dependance lieber den maroden Ortskern zu sanieren. Noch heute bröckelt an vielen Gebäuden der Putz von den Fassaden. Denkmalgeschützte Fachwerkhäuser, in anderen Gemeinden liebevoll restauriert, verrotten.

Doch Dürr und seine Geschäftsführer ließen nicht locker. Falls die Gemeinde nicht einwillige, drohten sie, müsse das Werk eben geschlossen oder anderswo ein neuer Standort gesucht werden. Aus

* Buss-Direktionspräsident Hans Krüsi und Eisenbau-Vorstandsvorsitzender Manfred P. Wahl bei der Firmenübernahme durch Dürr 1978.

WER IN DER LUFT GLÄNZEN WILL, MUSS AM BODEN DAMIT ANFANGEN.



Gastfreundschaft beginnt für uns nicht erst, wenn Gäste da sind. Sie beginnt vorher und mit reinen Äußerlichkeiten. Dazu gehört, daß wir jede unserer Maschinen Millimeter für Millimeter auf Hochglanz bringen – per Hand. Warum wir das tun? Nun, weil es nichts Besseres gibt.

Wir nehmen uns 72.000 Stunden pro Tag Zeit, unsere 389 Flugzeuge innen und außen zu putzen, schrubben und polieren. Wer mit uns fliegt, soll schließlich einen sauberen Eindruck von uns mit nach Hause nehmen.

Wir bringen Sie von Düsseldorf und München nach Chicago. Und von Frankfurt nach Dallas/Fort Worth, Chicago und New York. Mit American und American Eagle geht's dann weiter zu mehr als 200 Städten in den USA, Kanada, Mexiko, der Karibik und Japan. Wann dürfen wir Sie erwarten?

Buchung und Information über Ihr Reisebüro oder American Airlines: Frankfurt/Main, Telefon: 069/23 05 91. Oder 0130/41 14 zum Ortstarif.

AA

American Airlines.

Something special in the air.



Dürr-Lehrwerkstatt in Grenzach-Wyhlen (1987): Aus der Staatskasse bezahlt

Sorge, auch noch die verbliebenen rund hundert Arbeitsplätze zu verlieren, stimmten Bürgermeister und Ratsfraktionen schließlich zu. „Immerhin", rechtfertigt sich SPD-Chef Intveen, inzwischen ein überzeugter Befürworter der Umsiedlung, „können wir auf dem alten Gelände städtebaulich etwas völlig Neues hochziehen."

Daran haben Kritiker wie Alfred Wangler, Sprecher des unabhängigen Bürgerbundes, ihre Zweifel. „Die Gemeinde ist doch schon jetzt so hoch verschuldet", klagt der Geschäftsmann, „daß sie in den nächsten drei Jahren nur noch die Zinsen für ihre Kredite zahlen, aber nicht tilgen kann."

Tatsächlich hält Wyhlen mit 5564 Mark Schulden pro Kopf in der Bundesrepublik unter den kleineren Kommunen einen einsamen Rekord. Schuld daran sind vor allem Dürr und seine Manager, die aus der Gemeindekasse großzügig bedient wurden.

So erlöste Dürr für die alten, zum größten Teil wertlosen Gebäude und Grundstücke über 20 Millionen Mark, obgleich er 1978 die gesamte Eisenbau zum Spottpreis von einer Mark erworben hatte. Dabei heißt es im Paragraphen 23, Absatz 4, Städtebauförderungsgesetz: „Bei der Bemessung von Ausgleichs- oder Entschädigungsleistungen" bleibe eine Vereinbarung „unberücksichtigt", die von den „üblichen Vereinbarungen" in vergleichbaren Gebieten „auffällig abweicht" und den Verdacht rechtfertige, „daß sie getroffen worden ist, um eine (überhöhte) Ausgleichs- oder Entschädigungsleistung zu erlangen".

Auch bei der Ermittlung der Ausgleichssumme haben Dürr und seine Helfershelfer im Stuttgarter Innenministerium das Gesetz in ihrem Sinne gelesen. Statt wie sonst üblich eine Schätzung der örtlichen Grundstücksexperten einzuholen, verließen sich die Stuttgarter Ministerialbeamten lieber auf einen privaten Gutachter Dürrs.

Der gefällige Experte errechnete einen Quadratmeterpreis von über 300 Mark. Nach den Wyhlener Richtpreisen hätte der Verkäufer jedoch höchstens 80 Mark pro Quadratmeter bekommen dürfen. „Der Herr Dürr", erklärt Vizebürgermeister Intveen die wundersame Geldschöpfung, „hat eben erstklassige Beziehungen."

Auch dem zuständigen Baurechtsbeamten im baden-württembergischen Innenministerium, Hans Scheurer, fehlt jegliches Unrechtsbewußtsein: „Diese kommunalen Ausschüsse können vielleicht den Wert eines Einfamilienhauses ermitteln", meint der Staatsdiener herablassend, „aber bei der Bewertung von Industriegrundstücken, wie im Fall Dürr, sind diese Gremien doch echt überfordert."

Nur bei den Finanzen, so scheint es, sind die Wyhlener nicht überfordert. Neben ihrem Anteil an der Entschädigungssumme von acht Millionen Mark – die restlichen 16 Millionen zahlt das Land – müssen sie nun noch die Kosten für den Abbruch der meist wertlosen Gebäude und für die Sanierung des Firmengeländes aufbringen.

Weitere sieben Millionen Mark gingen bereits für die Erschließung des neuen Gewerbegebietes am Fallberg drauf, das eigens für Fabrikbesitzer Dürr planiert wurde. Außerdem mußten die Wyhlener sich verpflichten, bis 1989 eine Zufahrtsstraße zu bauen, da die Dürr-Filiale bislang nur über ein benachbartes Naturschutz- oder Wohngebiet zu erreichen ist.

Die Verursacher der Millionen-Verschwendung kümmert die drohende Pleite der Gemeinde wenig. Die Wyhlener, sagt Dürr-Geschäftsführer Hiller, „müssen halt gucken, wie sie zurechtkommen, schließlich haben sie die Umsiedlung doch gewollt".

Um das Geld wieder hereinzuholen, hat Bürgermeister Könsler bereits „rigorose" Sparmaßnahmen eingeleitet. Ende letzten Jahres strich er „wegen der allgemein schwierigen Wirtschaftslage" vier Sozialhilfeempfängerinnen das Weihnachtsgeld von 100 Mark.

CHEMIE

Davids Kampf

Der Schering-Konzern wird beschuldigt, eine kleine französische Firma durch ein Komplott an den Rand des Ruins getrieben zu haben.

Zufrieden kehrte Schering-Manager Klaus Feldhusen vom Besuch eines neuen französischen Kunden ins heimatliche Bergkamen zurück. Der Betrieb habe einen „recht ordentlichen Eindruck" gemacht, lobte der Produkt-Manager für Industrie-Chemikalien im Schering-Werk Bergkamen die Fabrik der Firma Polytitan.

Wenige Wochen später reiste Laszlo A. Lang, Chef und Eigentümer des mittelständischen Unternehmens Polytitan, zum Gegenbesuch an den Nordostrand des Ruhrgebiets. Und auch diese Visite lief sehr harmonisch ab.

„Lang zeigte sich sehr befriedigt über diesen Arbeitstag in Bergkamen", notierte Jacques Le Campion, ein bei der französischen Tochtergesellschaft beschäftigter Schering-Mann. Er war auch dabeigewesen, als Feldhusen Polytitan seinen Besuch abgestattet hatte.

Mit den persönlichen Kontakten zwischen deutschen Managern und französischem Mittelständler im Spätherbst 1971 begann eine Geschäftsbeziehung, die sich zunächst erfreulich entwickelte.

Schering verkaufte fortan Organozinn-Verbindungen an Langs Polytitan. Dessen Firma fertigte mit diesen Vorprodukten sogenannte Zinn-Stabilisatoren, die für die Herstellung von PVC benötigt werden.

Schering war Polytitans weitaus bedeutsamster Lieferant. Über 70 Prozent seines Umsatzes erzielte Laszlo Lang schließlich mit Stabilisatoren, die auf Lieferungen aus Bergkamen basierten.

Das ging fast ein Jahrzehnt lang gut. In den frühen achtziger Jahren aber wurde das Verhältnis der Geschäftspartner so nachhaltig zerrüttet, daß der Krach noch heute die französische Justiz beschäftigt. Lang, 62, beschuldigt Schering, vorsätzlich auf den Zusammenbruch der von ihm aufgebauten Firma hingearbeitet zu haben, und fordert Schadensersatz von über 25 Millionen Franc.

Die Manager des von Berlin aus geführten Chemie-Konzerns dagegen wer-



Der Jubilæum kommt.

KÜHL, SANFT, DÄNISCH: AALBORG JUBILÆUMS AKVAVIT

fen Lang vor, er wolle sich durch falsche Anschuldigungen vor der Bezahlung von über sieben Millionen Franc drücken. Dies war der Betrag, den Polytitan seinem Hauptgläubiger Schering schuldete, als die Firma im Mai 1982 wegen akuter Zahlungsnot ein Vergleichsverfahren beantragte.

Eine Schlüsselfigur in diesem Streit ist jener Mann, der vor über 17 Jahren in Vineuil-Saint-Firmin, dem Sitz des Polytitan-Betriebs, und in Bergkamen an den ersten Treffen von Schering-Managern mit Lang teilgenommen hatte: Jacques Le Campion, 43, heute Chef eines Konkurrenzunternehmens von Polytitan. Nach Langs Überzeugung war der Franzose Scherings Komplize beim angeblichen Vernichtungsfeldzug gegen Polytitan.

Le Campion hatte Anfang 1969 bei Schering angeheuert. Nach einer Einarbeitungszeit in Deutschland ging der ehrgeizige junge Mann im Jahr 1970 als Verkäufer zur Schering-Filiale nach Paris.

Auf der Suche nach neuen Kunden lernte Le Campion 1971 Polytitan-Chef Lang kennen. Der gebürtige Ungar hatte sich nach dem Chemie-Studium in Budapest 1949 in Begleitung von Schmugglern zu Fuß über die Tschechoslowakei nach Österreich abgesetzt. Nach kurzem Zusatz-Studium in Graz war Lang 1951 nach Frankreich gezogen, wo er sich acht Jahre später selbständig machte.

Lang gewann einen so guten Eindruck von dem Schering-Mann, daß er ihn Ende 1974 als Export-Manager engagierte. In den ersten fünf Dienstjahren Le Campions bei Polytitan lief alles prächtig. Der Export florierte.

Im Herbst 1980 jedoch feuerte Lang seinen Angestellten fristlos. Dem Polytitan-Chef war von Geschäftsfreunden gesteckt worden, daß Le Campion heimlich Kontrakte auf eigene Rechnung abgeschlossen habe.



Schering-Werk in Bergkamen: Von der Millionen-Forderung blieben nur 21 Pfennig

Dem Polytitan-Eigner war überdies zugetragen worden, daß Schering über die heimlichen Geschäfte und die weiteren Pläne Le Campions unterrichtet sei. Er beschwerte sich daher bei seinem Lieferanten; Schering hätte ihn, so Lang, über das Treiben des ungetreuen ehemaligen Mitarbeiters aufklären müssen.

Der Schering-France-Manager Michel Grosse versicherte Lang, daß er Belieferungswünsche Le Campions nie ernst genommen habe. Auch sei keine künftige Zusammenarbeit geplant.

Schon im März 1981 aber schlossen Schering und Le Campion in Bergkamen einen Vertrag über den Transfer von Know-how. In diesem Kontrakt verpflichtete sich der Franzose zur Geheimhaltung des technischen Wissens, das ihm sein früherer deutscher Arbeitgeber für die Herstellung von Stabilisatoren zur Verfügung stellte.

Mit den Marktkenntnissen, die er bei Polytitan erworben hatte, und mit dem technischen Know-how, das ihm Schering bereits vor der Gründung einer eigenen Firma geliefert hatte, besaß Le Campion hervorragende Startbedingungen für eine Karriere als selbständiger Unternehmer. Zusammen mit einem italienischen Geschäftsfreund aus Campione am Luganer See gründete Le Campion Anfang Juni 1981 die Firma Tinstab.



Polytitan-Chef Lang
Mit Schmugglern über die Grenze

Inzwischen hatten sich auch die Geschäftsbeziehungen zwischen Polytitan und Schering stark verschlechtert: Lang ärgerte sich darüber, daß sein neuer Konkurrent Le Campion offensichtlich von den Deutschen technische Hilfe erhielt. Die Schering-Manager wiederum warfen ihrem alten Kunden nachlassende Zahlungsmoral vor.

Der bezahlte die Schering-Lieferungen tatsächlich nicht mehr so zügig wie früher. Durch ein überraschendes Importverbot der brasilianischen Regierung für PVC-Stabilisatoren und andere Produkte hatte Lang bei einem großen Brasilien-Kontrakt einen so hohen Verlust erlitten, daß er Schering um längere Zahlungsfristen bitten mußte.

Die Deutschen waren zunächst einverstanden und ließen ihre Lieferantenkredite an Polytitan auf über zehn Millionen Franc ansteigen. Im September 1981 aber schalteten sie auf eine harte Gangart um: Nach einem kurzen Lieferstopp schickten sie ihre Ware eine Zeitlang nur noch gegen sofortige Bezahlung.

Im Dezember 1981 einigten sich Lang und die Schering-Unterhändler auf einen Tilgungsplan für die Schulden Polytitans. Durch regelmäßige Ratenzahlungen sollten die damaligen Kredite von über 9,6 Millionen Franc binnen zehn Monaten drastisch verringert werden.

Bis zum April 1982 zahlte Polytitan pünktlich die vereinbarten Raten. Die Schulden verringerten sich um über zwei Millionen Franc. Doch die Polytitan-Geschäfte liefen nicht gut genug, um diesen finanziellen Kraftakt noch länger durchzustehen. Der Konkurrenzdruck, den der ebenfalls von Schering belieferte Lang-Rivale Le Campion mit seiner

neuen Firma Tinstab ausübte, war inzwischen sehr stark geworden.

Gegen Ende April bat Lang, ihm für die Hälfte seiner Anfang Mai fälligen Rate von 353 943 Franc eine Woche Zahlungsaufschub zu gewähren. Die Schering-Manager lehnten ab.

Daraufhin hinterlegte Lang die Bilanz seiner Firma bei Gericht, was in etwa einem Vergleichsantrag im deutschen Recht entspricht. Dann ging der Polytitan-Gründer in die Offensive. Zunächst erstattete er Strafanzeige gegen Le Campion: Der frühere Angestellte habe Polytitan-Akten gestohlen und seinen damaligen Arbeitgeber hintergangen.

Danach verklagte Lang Schering auf Schadensersatz. Die Deutschen hätten ihn durch Zusammenarbeit mit Le Campion, durch Lieferstopps, durch abruptes Verweigern von weiteren Lieferantenkrediten und durch plötzliche Preiserhöhungen systematisch in die Pleite getrieben, behauptete er. Auch focht er die Forderungen von Schering an.

Die Deutschen hätten Polytitan vernichten wollen, argumentierte Lang, weil seine Firma nicht nur Kunde, sondern Anfang der achtziger Jahre auch Wettbewerber von Schering geworden sei. Durch Ausweitung der Produktlinie auf sogenanntes Tributylzinnoxid habe Polytitan die Kreise des Schering-Konzerns gestört.

Diese Anschuldigungen, konterten die Schering-Manager, seien grotesk. Lang selbst habe seine Firma in die Pleite gesteuert und wolle davon ablenken, daß sein „persönlicher und familiärer Lebensstil offensichtlich in einem Mißverhältnis zu den finanziellen Mitteln Polytitans" (so ein Schering-Anwalt) gestanden habe.

Doch Lang hatte bislang vor Gericht Erfolg. Ende 1984 setzte das Pariser Handelsgericht die Schering-Forderung von über sieben Millionen Franc gegen Polytitan auf den symbolischen Betrag von einem Franc herab.

Gegen den Widerstand des Chemie-Konzerns ließ das Gericht dann auch den Abschluß des Vergleichsverfahrens zu. Ende 1985 nahmen fast alle Polytitan-Gläubiger den Vergleichsvorschlag an, wonach sie binnen zehn Jahren 70 Prozent ihres Geldes zurückerhalten.

Die Schering-Manager waren natürlich nicht damit einverstanden, daß ihnen von ihrer Millionen-Forderung nun nur noch 70 Centimes (21 Pfennig) übrigblieben. Doch die französischen Handelsrichter verwarfen die Schering-Klage gegen den Polytitan-Vergleich.

Die Schering-Juristen können nun nur noch auf eine Wende in der Berufung hoffen. Lang dagegen ist überzeugt, daß er nicht nur im Vergleichsverfahren, sondern auch im Schadensersatz-Prozeß erfolgreich sein wird.

„Der Kampf ist noch nicht zu Ende", verkündet er siegessicher, „aber auch David hat über Goliath triumphiert." ◆

SEIT 1735 GIBT ES BEI BLANCPAIN KEINE QUARZUHREN. ES WIRD AUCH NIE EINE GEBEN!



BLANCPAIN

Blancpain, die älteste Uhrenmarke der Welt. Noch heute wird jede Uhr durch einen Uhrmacher eigenständig fertiggestellt, von Hand zusammengebaut und poliert.

Nur vier Damenuhren und sechs Herrenuhren verlassen jeden Tag die Ateliers, alle signiert und numeriert.

AACHEN Lücker AUGSBURG Holl BADEN-BADEN Friedrich BERLIN Hulse BONN Toussaint BREMEN Brinckmann & Lange Wempe DARMSTADT Techel DORTMUND Ruschenbeck DUISBURG Ruschenbeck Jansen DÜSSELDORF Blome Wempe ESSEN Deiter FRANKFURT Friedrich, Wempe Christ FREIBURG Kuhn GLADBECK Eimer GÜTERSLOH Lübke HAGEN Ruschenbeck HAMBURG Becker Wempe HANNOVER Brinckmann & Lange Wempe HEIDELBERG Rieth HEILBRONN Luthle INGOLSTADT Dollukopp KAISERSLAUTERN Buhl KARLSRUHE Kamphues KOBLENZ Hofacker KÖLN Holscher Wempe KREFELD Gressmann LANDSHUT Schneider LÜBECK Meyer LÜDENSCHEID Hohage MANNHEIM Braun, Friedo Frier MÖNCHENGLADBACH Simon MÜNCHEN Hemmerle Huber Wempe MÜNSTER Freisleld NÜRNBERG Wempe Wallner OSNABRÜCK Brettschneider Franke & Middelberg REUTLINGEN Depperich STUTTGART Wempe Friedo Frier TIMMENDORFERSTRAND Lindner TRIER Press WIESBADEN Wolf WÜRZBURG Fischer
Information durch BLANCPAIN SA – CH 1348 Le Brassus – Schweiz – Tx 459 420 Tel. 0041 21 85 40 92



Das Stöckchen behauptet seit Jahrtausenden schon vor dem Kirschkern zum Zählen und Rechnen benutzt worden zu sein. Experten streiten sich noch heute.



Der Kirschkern diente wie viele andere Obstkerne, Steine etc. in grauer Vorzeit zum Zählen und Rechnen.

In unserer Software stecken Kir

Stöck

Der Mensch hat schon immer zählen müssen. In grauer Vorzeit mußte er sich dabei mit Kirschkernen, Stöckchen, Muscheln oder was er eben fand, behelfen. Vor rund viertausend Jahren verfügten hochentwickelte Kulturen bereits über raffinierte Zähl- und Rechensysteme.

Heute werden Berechnungen von unvorstellbarer Komplexität und unzählige Aufgaben, die scheinbar gar nichts mit Zahlen zu tun haben, in einer billionstel Sekunde erledigt.

In unserer Software steckt das Wissen von Jahrhunderten, die 'Brainware' von vielen forschenden Generationen vor Ashton Tate. Kein Wunder also, daß Ashton Tate in jeder Software-Kategorie mit einem führenden Produkt vertreten ist.

Beispielsweise dBase III Plus, Multimate, Framework II, Javelin, Byline, Master Serie und Rapidfile.





Der Abacus, römisch bzw. griechisch, gilt als das älteste Rechengerät der Welt (seinerzeit auch im alten Indien, in China und Japan bekannt). 2500 bis 3000 Jahre alt. Nach seinem Prinzip wird z.T. heute noch gerechnet.

schkerne,

chen, Muscheln und vieles mehr.

Sie alle zählen eindeutig zur Spitze, sind leicht zu verstehen, schnell und zuverlässig. Wen wundert's da, daß jeder Anwender bei Ashton Tate sein Programm findet.

Denn mit Ashton Tate wird der Mensch weiter zählen können.

Ashton Tate GmbH, Hahnstraße 70, 6000 Frankfurt/M. 71, Tel. 0 69/6 64 19-0, Telefax 0 69/6 64 19 29, Telex 4 170 348

Ashton Tate – kein Wunder.



KUNSTSTOFF-AUTOS

Nur plop

Die Wracks von Kunststoffautos, offenbart eine Studie, belasten die Umwelt und lassen sich nicht beseitigen.

Noch schneller, noch schnittiger werde das Auto von morgen über Deutschlands Straßen rasen, und umweltfreundlicher dazu. Kunststoff, schwärmt die chemische Industrie, macht's möglich.

Stoßfänger und Kotflügel aus Plastik etwa, so Kurt Stepping vom „Verband Kunststofferzeugende Industrie", hätten große Vorzüge, da „springt die kleine Delle von allein zurück, das macht nur plop". Seien Karossen erst einmal nahezu komplett aus Elastomeren, Thermoplasten und Glasfaserstoffen gegossen, dann hätten, preist die Plastiklobby, auch die Umweltschützer ihre Freude.



Kunststoffauto Renault Alpine: Wie Einkaufstüten auf den Müll

Denn die neuartigen Gefährte wären „leichter, damit automatisch schneller und sparsamer", rechnet Stepping vor, also „blase ich unterm Strich auch weniger zum Auspuff raus". Automobilkonzerne wie Daimler-Benz und Fiat haben bereits fertige Entwürfe für Plastikautos in der Schublade. Modelle wie der BMW Z 1 und der Renault Alpine sind schon jetzt fast ganz aus Kunststoff gebaut.

Die notleidende Stahlbranche, deren Produktion in der Bundesrepublik zu gut 25 Prozent fürs Auto läuft, ist alarmiert: Falls sich die Kunststofferzeuger durchsetzen, sei die Schließung weiterer Hütten unabwendbar.

Deshalb gab die Düsseldorfer „Studiengesellschaft für Anwendungstechnik von Eisen und Stahl", ein von deutschen Stahlunternehmen getragener Verein, eine aufwendige Marktstudie in Auftrag. Darin kommt das Baseler Prognos-Institut zu einem Ergebnis, das die hochfliegenden Pläne mit den Plastikautos dämpfen wird.

Denn deren Wracks, haben die Wissenschaftler ermittelt, seien nur äußerst schwierig zu beseitigen. Mit den Kunststoffkarossen könne nicht einfach verfahren werden wie mit ausgedienten Blechkisten, die jeder kostenlos auf dem Schrottplatz abliefern darf.

Falls dennoch mehr Plastik verwendet werde, so die Forscher, gebe es nur einen Ausweg: Die Autohersteller müßten durch „künftiges staatliches Handeln" zur „Rücknahme der nicht mehr (rentabel) verwertbaren Altautos verpflichtet" werden; sie hätten „damit auch die drastisch gestiegenen Beseitigungskosten" für Plastikmüll zu tragen.

Auf die noch wohlgehütete Expertise reagierten Stahlmanager wie Axel Plagemann von der „Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie" erleichtert. Die Konzerne müßten sich nun darauf einstellen, auch in Zukunft ihre Autos überwiegend aus Blech zu fertigen. Ohnehin ist die Kunststofftechnik im Karosseriebau nicht ausgereift und noch zu teuer (SPIEGEL 46/1987).

Der Plastikanteil an deutschen Autos liegt derzeit bei zehn Prozent. Aus Kunststoff werden vor allem Polster, Innenverkleidung und Stoßfänger gefertigt. In den nächsten zehn Jahren, so lautet die Voraussage in der Studie (Arbeitstitel: „Entwicklungstendenzen und Recyclingprobleme bei der Substitution von Stahl im Automobilbau"), werde sich eine „Mischbauweise" durchsetzen. Kunststoffe würden etwa für formgebende Teile der Karosserie wie Frontpartie oder Kotflügel eingesetzt und nur verwendet, wenn sie „deutliche Kosteneinsparungen" zuließen. Der Plastikanteil steige dann auf 15 bis 16 Prozent.

Schon diese niedrige Zuwachsrate wird nach Ansicht des Basler Instituts die Umwelt erheblich belasten. Bis zum Jahr 1995 verdoppele sich der anfallende Kunststoff- und Gummiabfall aus Autos, der Shreddermüll, auf jährlich über 500 000 Tonnen. Zur Zeit werden die nicht verwertbaren Wrackreste nach dem Abfallbeseitigungsgesetz wie „hausmüllähnlicher Gewerbemüll" behandelt und auf Hausmülldeponien gekippt.

Die Lagerung des Shreddermülls neben Küchenabfällen und Einkaufstüten halten Umweltexperten für höchst bedenklich. Da die Kunststoffteile nicht verrotten und Hohlräume bilden, stören sie, so heißt es in der Prognos-Studie, „die geordnete Abfalldeponierung". Außerdem gibt Shreddermüll höhere Dosen giftiger Halogene wie Fluor und Schwermetalle an die Sickerwässer ab als Hausmüll. Und schließlich, warnen die Prognostiker, gebe es „derzeit keinerlei Wissen über das Langzeitverhalten von Shreddermüll auf Deponien".

Weniger belastende Methoden der Entsorgung sind nach Ansicht der Analytiker „skeptisch bis negativ einzuschätzen". Shreddermüll lasse sich nicht ohne weiteres wiederverwerten, spezielle Verbrennungsanlagen für die Auto-Plastikteile seien nicht wirtschaftlich. Die Bundesregierung werde daher, so die Vorhersage der Forscher, Maßnahmen nach dem Abfallbeseitigungsgesetz ergreifen müssen, um die „Umweltrisiken zu reduzieren". Wrackteile aus Kunststoff würden dann „wahrscheinlich tatsächlich als Sondermüll behandelt", die Hersteller müßten „zur Rücknahme der Altautos verpflichtet" sein.

Doch auch die Gutachter zweifeln, ob dies Plastikproduzenten und Autobauer dazu bringen kann, die Pläne mit den Kunststoffkarossen sausen zu lassen. Da müsse nur ein bedeutender ausländischer Hersteller mit einer Kunststoffaußenhaut „einen Verkaufsschlager" landen, und schon würden, laut Prognos, die Gesetze des Marktes greifen: „Die anderen wären gezwungen, mit ähnlichen Modellen nachzuziehen."

MILCH

Bis zum Hals

Einer der größten deutschen Molkereien laufen die Milchbauern davon.

Der ungewöhnliche Molkereibesuch kam, kurz vor Weihnachten, in heikler Mission. Mitglieder einer konkurrierenden Genossenschaft interessierten sich für die Fertigung und Vermarktung – vor allem aber für eines: ob die Milch-Union Hocheifel an neuen Milchlieferanten interessiert sei.

Die Antwort fiel zufriedenstellend aus. Wenig später, rechtzeitig zum Jah-



Genossenschafts-Vorsitzender Bissels: „Die Leute bei der Stange halten"

resschluß, kündigten 120 Bauern aus dem Aachener Raum der Milchversorgung Rheinland (MVR) in Köln die Gefolg- und Genossenschaft auf. Insgesamt schickten rund 300 Milchlieferanten, die Bauern aus anderen Gebieten eingeschlossen, ihren Kölner Verwertern die Kündigung ins Haus.

Die Milchprotestler sorgten für eine neue Nummer im bunten Agrarzirkus: Durch die Abwanderung wird erstmals bei einer großen Molkerei die Milch knapp. Der MVR droht für 1990, wenn die Kündigungen wirksam werden, der kommerzielle Kollaps.

Milch ist knapp und begehrt in der Bundesrepublik, seit die Europäische Gemeinschaft den Bauern vorschreibt, welche Mengen sie abliefern dürfen. Doch die Lieferanten merken nichts von der Knappheit. Ihnen steht die Milch bis zum Hals, die Preise blieben niedrig, vor allem die der MVR.

Je nach Qualität der gelieferten Ware zahlt diese Großmolkerei bis zu sechs Pfennig pro Liter weniger als andere Abnehmer. Solche Pfennige summieren sich für Grünlandbauern, die allein von der Milchwirtschaft leben, auf bis zu 20 000 Mark im Jahr.

Der Preisabstand der Kölner Milchfabrik zu anderen Abnehmern hat sich in den vergangenen Jahren ständig erhöht, von 3,51 Pfennig 1982 auf zuletzt 5,56 Pfennig pro Liter im Fall eines Bauern aus Mechernich.

Die MVR-Bauern sind benachteiligt, weil ihre Molkerei über Jahre hinweg schlecht geführt wurde und daher nicht mehr zahlen kann. Der Apparat in der Kölner Zentrale ist aufgebläht, die Produktion unwirtschaftlich, die Produktpalette mit 120 Artikeln viel zu breit.

Der 1985 angeheuerte Molkereifachmann Jürgen Velten hatte das alles ändern sollen. Doch die Sanierung dauert länger, als die Bauern warten wollen.

Anschauungsunterricht, wie man es besser machen kann, gibt es direkt in der Nachbarschaft – bei der Konkurrenz, zu der ein Teil der Kölner Genossen überlaufen will. Die Milch-Union Hocheifel, in Pronsfeld ansässig, hat sich vor allem auf Produkte wie H-Milch und Kaffeesahne spezialisiert, die in großen Mengen rationell zu fertigen sind.

Bleiben die rheinischen Bauern bei ihren Kündigungen, dann ist Veltens emsige Sanierungsarbeit umsonst. Die MVR könnte ihren Lieferverpflichtungen nicht nachkommen, weil zusätzliche Milch, zumindest in der erforderlichen Menge, kaum zu kaufen ist. Die MVR-Kosten würden weiter steigen, die Preise für die Lieferanten fallen – eine weitere Kündigungswelle wäre die Folge, die Genossenschaft am Ende.

Um das Schicksal vielleicht doch noch zu wenden, wählten sich die verbliebenen MVR-Genossen unlängst einen neuen Vorsitzenden, den Bauern Jakob Bissels. Er stammt aus Hellenthal, einer der Hochburgen des Widerstands.

Bissels will versuchen, die „Leute bei der Stange zu halten". Nur wie, das kann er nicht sagen. Der Bauer weiß nur eines: „Es muß mir einfach gelingen."

KIRCHE

Stille Seele

In den Ehen evangelischer Pastoren kriselt es, die Scheidungsrate steigt. Das Nachsehen haben die geschiedenen Pfarrfrauen.

Die Frauen, die sich bei Ingrid Pajunk in Hamburg-Osdorf am Telephon melden, haben alle das gleiche Problem: „Mein Mann will, daß ich ausziehe. Was soll ich tun?" fragt eine Anruferin verzweifelt. Und eine andere klagt: „Mein Mann kommt nicht zurück. Er hat sich versetzen lassen, ohne daß ich davon wußte."

Oder: „Mein Mann hat seit über zehn Jahren eine Freundin nach der anderen. Bisher habe ich wegen unserer sechs Kinder geschwiegen. Jetzt, wo das letzte aus dem Haus geht, will ich nicht mehr;



„. . . bis daß der Tod euch scheidet!"

Vernünftiger als ein eigenes Ferienhaus.

Preiswerter, bequemer und abwechslungsreicher:
Bei uns können Sie jedes Jahr ein anderes haben.

HEIDMANN, SIMONS, KEMPEN & SCHMITZ/SMS

Wozu ein Ferienhaus kaufen, wenn Sie es nur wenige Wochen im Jahr nutzen? Die Häuser und Wohnungen von Scharnow sind wie die eigenen vier Wände, solange Sie darin wohnen. Danach brauchen Sie sich um nichts mehr zu kümmern. Und die nächsten Ferien können Sie dann ganz woanders verbringen.

Zum Beispiel in einem **Herrenhaus** in der **Bretagne** (Foto), ca. 9 km vom Meer, für 6 Personen ab **DM 468,–** pro Woche. Oder in **Aquitanien**, nur 800 m von der **französischen Atlantikküste** entfernt, in einem Ferienhaus für 6 Personen, ab **DM 439,–** pro Woche. Bei eigener Anreise. In Ihrem TUI-Reisebüro finden Sie von Scharnow „Urlaub privat" noch 18.000 weitere, große oder kleine Häuser und Wohnungen für einen vernünftigen Urlaub mit Familie oder Freunden.



ich reiche die Scheidung ein. Können Sie mich verstehen?“

Ingrid Pajunk hat Verständnis für die Anruferinnen, allesamt Ehefrauen evangelischer Pastoren, denn sie ist selber geschiedene Pastorenfrau. Als Mitglied des Hamburger Arbeitskreises „Pfarrfrau heute“ weiß sie, daß „das Thema ‚Ehekrise im Pfarrhaus‘ in allen evangelischen Gliedkirchen gärt. Die Scheidungszahlen sind erschreckend“.

Genaue Zahlen publizieren weder die 17 Landeskirchen noch ihre Dachorganisation, die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD). Beschwichtigend weisen die Kirchenleitungen lediglich darauf hin, daß die Scheidungsrate bei Pastorenehen niedriger sei als bei anderen Ehen. In der Bundesrepublik wird derzeit fast jede dritte Ehe geschieden. Südlich des Mains, soviel zumindest steht fest, lassen sich Pfarrer seltener scheiden als im Norden.



Arbeitskreis „Pfarrfrau heute“*: Rechtlos gegenüber der Kirche

Die „Nordelbischen Stimmen“, ein Mitarbeiter-Blatt der Nordelbischen Kirche, berichten von derzeit 140 geschiedenen Pastoren zwischen Flensburg und Hamburg – rund zwölf Prozent der norddeutschen Pfarrer. Der Arbeitskreis „Pfarrfrau heute“ hat festgestellt, daß in Ballungsgebieten die Pfarrerscheidungsrate bei fast 50 Prozent liegt.

Bestätigt werden die Scheidungszahlen von der EKD-Leitung nicht. Die Kirchenführer rechnen lieber „Pi mal Daumen“, so Bernhard Lang, Presse-Pfarrer der Evangelischen Landeskirche in Württemberg – am liebsten aber schweigen sie.

„Das muß man verstehen, das ist ein bißchen ein wunder Punkt“, sagt Oberkirchenrat Jürgen Jeziorowski, Sprecher der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands, „man hat ja immer noch im Kopf, daß die Pfarrersehe ein Vorbild sein soll.“

Was da im protestantischen Pfarrhaus viereinhalb Jahrhunderte lang so vorbildlich klappte, hatte der Urprotestant Martin Luther mal in einer Tischrede kundgemacht: Frauen seien „von Gott dazu geschaffen, die Männer zu erfreuen“. In „öffentlichen Fragen“ dagegen redeten sie „wirr und unpassend“.

Die protestantische Pfarrersfrau hatte den Hinweis nicht nur in Kinderreichtum umgesetzt. Im „Spiegel edler Pfarrfrauen“ von 1865 schweigt die „stille Seele“ möglichst „wie ein Lamm“, wenn der Pfarrherr loslegt. Das Tugend-Ziel lautete: „Willige Unterwürfigkeit und Gehorsam.“

Wie sehr Pastorenfrauen ein solches Rollenbild heute als Anachronismus empfinden, zeigte sich nach Einführung des neuen Scheidungsrechts. Die Pfarrerscheidungen nahmen seit Mitte der siebziger Jahre in einem solchen Maß zu, daß die EKD-Führung 1981 erstmals in einem Sieben-Seiten-Papier die Eheprobleme im Pfarrhaus offen ansprach.

Laut Pfarrerdienstrecht, mahnten die Kirchenoberen, seien Ehe und Familie eines Pfarrers „nicht Privatsache“, sondern „eine Amtspflicht“. Und „schuldhafte Eheverfehlungen des Pfarrers“ seien „Amtspflichtverletzungen“.

Ausgelöst wurde der Scheidungsboom vor allem durch den Wegfall des Schuldnachweises im Scheidungsrecht: Was vor einem weltlichen Gericht nicht aktenkundig wurde, konnte der Pfarrer von nun an seiner Kirche verschweigen oder der Ehefrau aufbürden, um eine Kürzung oder gar den Verlust der Bezüge zu vermeiden.

Während für Pfarrer jedoch selbst im schlimmsten Fall immer noch eine „Fürsorgepflicht“ der Kirche besteht, bekommen die Frauen bei Scheidung häufig zu spüren, daß sie gegenüber der Kirche völlig rechtlos sind.

Die Unsicherheit für die Pfarrfrau beginnt bereits in der Trennungszeit vor einer Scheidung. Wenn der Pfarrer nicht freiwillig Unterhalt zahlt, kann sie das Geld nicht einklagen, ohne ein Disziplinarverfahren gegen ihren Mann in Gang zu setzen – was je nach Schwere der „Eheverfehlung“ unter Umständen mit Versetzung, Wartestand, Pensionierung oder Entlassung enden kann. Mögliche Konsequenz für die Frau: weniger oder gar kein Geld.

Nach der Scheidung muß die Ehefrau das Pfarrhaus verlassen, ihr Umzug wird nicht bezahlt. Hat sie zuwenig Geld, muß sie die Kinder, im Schnitt immer noch zwei bis drei, im Pfarrhaus zurücklassen. Wenn sie wegzieht, verliert sie häufig ihre sozialen Kontakte.

Die Arbeit in der Pfarrei, oft ehrenamtlich, aber wie ein Hauptberuf ausgeübt, muß die geschiedene Frau aufgeben. Weil sie, mitunter jahrzehntelang, nur ehrenamtlich gearbeitet hat, ist sie nicht sozialversichert. Und weil sie häufig mit der Heirat ihren erlernten Beruf aufgegeben hat, nicht selten auf Drängen der Kirche, findet sie keinen Job mehr. Kirchliche Hilfe wird ihr in der Not, wenn überhaupt, nur im Einzelfall zuteil – „ohne jeglichen Rechtsanspruch“, wie es dann in Schreiben von Kirchenämtern heißt.

Um diesen sozialen Mißstand zu ändern, haben sich bereits in fünf Landeskirchen Arbeitskreise und Selbsthilfegruppen aus verheirateten, getrennt lebenden, geschiedenen und verwitweten Pfarrfrauen gebildet. „Wenn die Pastorenehe zur Dienstpflicht des Pfarrers gehört“, argumentiert die Hamburger Selbsthilfe-Sprecherin Pajunk, „dann muß auch die Pfarrfrau in dieser Ehe eigene Rechte erhalten.“

Zwar erkennen auch Kirchenleitungen die Ungerechtigkeit. „Ein bißchen mehr Verständnis für die Frauen aus diesen Ehen“, sagt EKD-Sprecher Rolf Koppe, „könnte ich mir schon vorstellen.“ Auch Bischof Martin Kruse, Ratsvorsitzender der EKD, weiß, daß sich Pfarrfrauen von heute „an den Rand gedrängt“ und „mißachtet“ fühlen.

Nur ändern wird sich so schnell nichts. Solange es genug Bewerber für den Pfarrerberuf gibt, resümiert Oberkirchenrat Jeziorowski die Einstellung der Kirchen-Juristen, „besteht für die Kirche kein Handlungsbedarf“. Rechtsansprüche geschiedener Pfarrfrauen, so das Fazit des Stuttgarter Pfarrers Lang, „würden nur die Scheidungswilligkeit unnötig erhöhen“.

* Dritte von links: Sprecherin Ingrid Pajunk.

Der Nebel wurde jäh zerrissen

Joachim Radkau über den Zusammenhang zwischen zivilen und militärischen Interessen in der Atompolitik

Professor Joachim Radkau, 44, lehrt Neuere Geschichte an der Universität Bielefeld. Seine Habilitation über „Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft“, inzwischen auch als Taschenbuch im Rowohlt-Verlag erschienen, avancierte zum Standardwerk über die bundesdeutsche Atompolitik.

Eben noch war es die große Enthüllung, daß die atomare „Entsorgung“ nach wie vor nicht funktioniert und die Atomwirtschaft nicht weiß, wohin mit dem hochradioaktiven Müll; jetzt dagegen besteht der noch viel größere Skandal darin, daß bestimmte Leute womöglich nur zu gut wissen, wo sie gewisse Spaltstoffe loswerden. Was wird das enthüllte Geheimnis von morgen sein?

Daß die Plutoniumschiebungen keine Pannen sind, sondern System haben? Oder daß es ein funktionierendes atomares System gar nicht gibt? Besteht das dunkle Geheimnis in dem Spinnennetz des „Atomstaates“ oder etwa darin, daß der „Atomstaat“ kaum ansatzweise existiert – so wenig, daß in der Nuklearbranche die linke Hand nicht weiß, was die rechte tut?

Als ich vor zehn Jahren den früheren Atomminister Balke besuchte, fragte ich ihn naiv: „Eine Atombombe bauen – das ist doch ziemlich schwierig?“ Balke lächelte und brummte vor sich hin: „Das ist gar nicht so schwer.“ Er erzählte, wie er in seiner Amtszeit (1956 bis 1962) den Schah von Persien besucht habe und bei diesem auf reges Interesse für die deutsche Kerntechnik gestoßen sei. Wieder fragte ich naiv: „Aber wieso? Der Iran hat doch Öl genug.“ Er: Gewiß, aber der Schah habe sich vor allem für militärische Dinge interessiert.

Nach solchen Gesprächen ließ mich der Gedanke nicht los: Gibt es in der Bonner Atompolitik bedeutsame Bereiche – und gab es sie von Anfang an –, über die man nicht spricht oder allenfalls in kurzen Andeutungen? Hat man als Historiker Grund, sich an die geheime Aufrüstung des Deutschen Reiches nach 1918 zu erinnern? Lenkte etwa der Riesenkrach um den „Atomsperrvertrag“ davon ab, daß die Bundesrepublik im Grunde längst eine Atommacht *ist?* Und: War es von Anfang an klar, daß die deutsche Kerntechnik für jene Staaten der Dritten Welt, die sich derartige Extravaganzen leisten konnten, nur dann attraktiv war, wenn sie auch einen Weg zur Bombe öffnete?

Aus heutiger Sicht wirkt es rätselhaft, wie wenig Aufmerksamkeit die Anti-AKW-Protestler der siebziger Jahre diesen Fragen zuwandten. Doch damals war es schon mühsam, sich in die zivile Kerntechnik einzuarbeiten – da empfand man den Hinweis, sich um die militärische Bedeutung der Uranspaltung kümmern zu sollen, leicht als Ablenkungsmanöver, was es manchmal auch war.

Das politische Buch



Udo Schelb (Hrsg.): „Reaktoren und Raketen Von der zivilen zur militärischen Atomenergie?“ Pahl-Rugenstein Köln 340 Seiten 16,80 Mark

Erst seit Beginn der achtziger Jahre, seitdem immer mehr Kritiker der – vorgeblich zivilen – Atomkraft auch deren militärische Nutzung in Raketensprengköpfen bekämpften, findet auch wieder die Frage Beachtung, wo das eine mit dem anderen zusammenhängt.

Mühsam und langsam nur wurden Erkenntnisse über den Konnex von ziviler und militärischer Atomtechnik wieder ans Licht befördert, die man längst vorher hätte haben können. Die bisher umfangsreichste und gewichtigste Bestandsaufnahme dieser Art von Atomkraftkritik erschien nun auf dem bundesdeutschen Büchermarkt: „Reaktoren und Raketen“, herausgegeben von dem Marburger Physiker Udo Schelb. Es ist eine Studiensammlung, die mehr als manche Vorgänger gründliche, mitunter skrupulöse Arbeiten zusammenträgt, geschöpft aus zum Teil über Jahre zurückreichenden Recherchen.

Die Verfasser machen es sich mit dem Thema nicht leicht: Während viele heutige Atomkraftkritiker es bereits für selbstverständlich halten, daß der Bau der Plutoniumfabrik in Wackersdorf auf die Bombe abzielt, gehen die Autoren dieses Bandes davon aus, daß die Dinge so einfach nicht sind und sich der Sinn von Wackersdorf zunächst einmal als Rätsel darstellt.

Bei der Lösung dieses Rätsels bemühen sie sich im allgemeinen – nicht immer – sorgfältig darum, zwischen dem, was sich beweisen läßt, und dem, was man kombinieren kann, zu unterscheiden. Der Untertitel des Buches „Von der zivilen zur militärischen Atomenergie?“ trifft den Inhalt nicht ganz: Der rote Faden besteht vielmehr in der These, daß sich eine Wende zur militärischen Atomenergie nicht erst jetzt abzeichne, sondern waffentechnische Spekulationen von Anfang an in der Bonner Atompolitik mitspielten.

Matthias Küntzel, der sich als Politologe schon seit seiner Studienzeit mit dem Thema beschäftigt, verfaßte den umfangreichsten Beitrag. Sein Ziel ist der Nachweis, daß es nur aus Unkenntnis der Geschichte erklärt werden könne, wenn sich viele Leute immer noch gutgläubig von den Standard-Hinweisen auf den bundesdeutschen Atomwaffenverzicht von 1954 beeindrucken ließen: Da ist ihm gewiß recht zu geben, der Nachweis ist gelungen.

Adenauers Verzicht von 1954 und die nach unendlichen Querelen schließlich erfolgte bun-



Atomminister Balke*: „Atombomben bauen ist nicht schwer“

* Im September 1960 im Versuchsreaktor Kahl am Main.



(Lösung: 1. Erst denken, dann lenken! 2. Null Blei. 3. 0,33. Weiterbildungskurse beim Fiat-Händler)

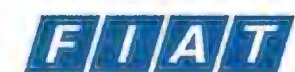
Der Uno 75 i.e. Kat. ist ein Intelligenztest auf 4 Rädern. Die Grundvoraussetzungen für den Kauf sind erfüllt, wenn man 2 der 3 folgenden Fragen richtig beantwortet. 1. Was zeichnet den typischen Uno-Fahrer aus? 2. Eine Dreisatz-Aufgabe: Wenn man mit 5,5/7,0/8,4 l 100 km

sondern mit der Großhirnrinde.

Uno. Europas beliebtester Kompakter.

Rechter Außenspiegel und Radzierblenden Sonderausstattung.

(90 km/h, 120 km/h, Stadtverkehr, DIN 70030-1) fährt, wieviel kommt hinten dabei raus? Und 3. Welchen cw-Wert kann ein Auto erreichen, dessen Innenraum zu den höchsten und größten seiner Klasse zählt?



desdeutsche Unterzeichnung des „Non-Proliferation-Treaty“** waren Schritte, zu denen sich die Bonner Politik nur mühsam mit Vorbehalten und Einschränkungen bequemte und die zumindest in CDU/CSU-Kreisen nur als temporär verstanden wurden.

Die alte Logik: „Jeder Staat muß nach der vollen Verfügung über die besten Waffen streben“ ist in der Bonner Politik von den fünfziger Jahren bis heute tief verwurzelt; die neue Logik: „Unser aller Leben hängt davon ab, daß Atomwaffen tabu werden“ ist noch nicht nachhaltig von der Rhetorik in die politische Realität durchgeschlagen – das ist leider nicht zu bezweifeln.

Auch in einer verhältnismäßigen Schönwetterzeit der Ost-West-Beziehungen wie der jetzigen sollte man sich dessen erinnern; um so mehr, als die gegenwärtige Situation, in der der alte Russenschreck dank Gorbatschow so tief wie nie zuvor in der Versenkung verschwunden ist und als ideologischer Knüppel unbrauchbar wurde, eine welthistorisch einmalige Chance bietet, die neue Logik in militärpolitischen Strukturen zu verankern.

Dieses Buch ist gut geeignet, die bisher ungebrochene Kontinuität jener Machtpolitik in Erinnerung zu rufen, die mit Folgerichtigkeit zu deutschen Nuklearwaffen führt, auch wenn diese Logik nur selten offengelegt wird.

Schon immer liebte man in der Bundesrepublik die Manier, sich gegenüber den politischen und militärischen Dimensionen der Atomtechnik dumm zu stellen und so zu tun, als handele es sich hierbei um eine Ware wie jede andere – was Wunder, wenn beim Transport von Plutonium die goldene alte Fuhrunternehmer-Regel „Wer gut schmiert, der gut fährt“ Schranken öffnen hilft. In diesem Punkt ist uns sogar Frankreich voraus: Dort hat man nie verschwiegen, daß die Atomtechnik ein Politikum ist. Die bundesdeutschen Exportinteressenten dagegen hatten Grund, eine Politisierung der Atomtechnik von Anfang an als Bedrohung zu empfinden.



Technikhistoriker Radkau
Allianz des Schweigens

Um nicht mißverstanden zu werden: Auch in Bonner internen Kreisen war die politische und militärische Dimension der zivilen Kerntechnik allzeit wohlbekannt; der letzte Teil des Buches liefert zahlreiche Hinweise darauf. Aber es gehörte im allgemeinen zum Stil, diese Dimension zu vernebeln.



Atomminister Strauß (M.)*: „Warum soviel Plutonium?“

Einmal wurde der Nebel jäh zerrissen: durch die hysterische Kampagne von CDU/CSU-Kreisen mit dem 90jährigen Adenauer an der Spitze gegen den von ihnen so titulierten „Atomsperrvertrag“. Küntzels Rückblick auf diesen Eklat ist lesenswert. Wenn damals alles, was sich irgendwie „progressiv“ fühlte, gegen die Kampagne zusammenstand, so wurde dabei doch ein entscheidendes Faktum verhüllt: Hätte man mit der Proliferationsverhütung wirklich Ernst gemacht, dann hätte man in die Tat die gesamte Atomwirtschaft an die Kandare nehmen müssen. Insofern war an den schrillen Alarmrufen der Vertragsgegner sogar etwas Wahres. Aber es war ja kein Gedanke daran, in solcher Weise Ernst zu machen – den vollen Umfang des Proliferationsproblems hatte man damals gar nicht im Blick.

Wollte man überhaupt die volle Wahrheit erfahren? Auch unter den Anhängern des Nichtverbreitungsvertrages in der Bundesrepublik drehte sich die Diskussion im allgemeinen nicht um die möglichst perfekte Proliferationsverhütung, sondern darum, die ungehinderte Entwicklung der „friedlichen“ Kernenergie mit dem Vertrag in Einklang zu bringen.

Nur zu gern glaubte man daher an die Wirksamkeit der Karlsruher Patentidee der „instrumentierten Spaltstoffflußkontrolle“***, die das Kontrollproblem zu entpolitisieren und zu technisieren versprach – als ob sich der Spaltstoff stets in einem Fluß bewegt und nicht in einem Wirrwarr von Rinnsalen. Die Atomwirtschaft, die die Unterzeichnung brauchte, um nicht von dem angereicherten Uran der USA abgeschnitten zu werden, geriet damals in die peinliche Lage, die Vertragsgegner bei ihren CDU/CSU-Freunden, die sich auf die Interessen eben dieser Atomwirtschaft beriefen, desavouieren zu müssen.

Wenn dann jedoch Physiker Schelb die Straußsche Atompolitik seit 1955 wie selbstverständlich zur „Politik des westdeutschen Großkapitals“ erklärt, ist das zu formelhaft. Die Unzulänglichkeit dieses Erklärungsmusters zeigt sich sogleich, wenn er die damalige Idee, die europäische Atompolitik zu vereinheitlichen, aus den Interessen des Kapitals ableitet: In Wirklichkeit mußte die Europäische Atomgemeinschaft von Adenau-

---

* Mit dem Münchner Atomphysiker Heinz Maier-Leibnitz und dem Präsidenten der US-Reaktorbaufirma AMF Atomic Inc., General Bedell Smith, vor einem Reaktormodell in New York 1956.

** Vertrag gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen; er verpflichtet alle unterzeichnenden Nicht-Atomwaffenstaaten, auf den Besitz dieser Waffen zu verzichten. Im Gegenzug verpflichteten sich die Atommächte zur nuklearen Abrüstung, bisher ohne Erfolg.

*** Das war ein Konzept aus dem Kernforschungszentrum Karlsruhe, bei dem durch rein technische Überwachung sichergestellt werden sollte, daß keine Spaltstoffe aus Atomanlagen abgezweigt werden können. Dies zogen die Westdeutschen einer Kontrolle durch Personen sowie der ganzen Anlagen vor, offiziell aus Furcht vor „Industriespionage“.

Die Freiheit erleben. Das Leben genießen.



Canadä

Informationen beim Kanadischen Fremdenverkehrsamt, Abteilung O 1, Postfach, 6457 Maintal 2 oder bei Ihrem Reisebüro



er gegen den fast geschlossenen Widerstand der deutschen Industrie durchgesetzt werden*.

Nein, die Faszination durch die Bombe erfaßte keineswegs die gesamte bundesdeutsche Atomwirtschaft. Der Energiewirtschaft kann man es wahrscheinlich glauben, daß sie an militärischen Perspektiven gänzlich desinteressiert war. Weite Industriekreise empfanden traditionell eher einen Horror vor englischen oder französischen Verhältnissen, wo, teilweise unter dem Druck militärischer Interessen, in der Kerntechnik kostspielige nationale Sonderwege verfolgt wurden.

Charakteristisch für bundesdeutsche Zustände ist vielmehr dies: die stillschweigende Koexistenz – manchmal Kumpanei – zwischen einer Industrie, die darauf erpicht war, mit der Kerntechnik, soweit nur irgend möglich, wie mit einem ganz normalen Produkt umzugehen und die militärischen Dimensionen zu ignorieren, und auf der anderen Seite eine Politik, die zwar durchaus auf die militärische Ultima ratio der Kerntechnik spekulierte, aber ebenso geflissentlich darauf bedacht sein mußte, dies nicht offen anzusprechen. Es war und ist eine Allianz des Schweigens, die möglich ist, weil die Kerntechnik die militärischen Möglichkeiten in sich birgt, ob man von ihnen redet oder nicht.

Auf diese Weise konnte die latente Spannung zwischen ökonomischen und machtpolitischen Kalkulationen unausgetragen bleiben.

Wie vorsichtig man sein mußte, läßt eine von Küntzel erwähnte Episode erkennen: Nur verhüllt konnte es sich Gerhard Schröder als Außenminister 1965 leisten, den USA damit zu drohen, daß die Bundesrepublik sich eigene Atomwaffen verschaffen werde, wenn Washington sich ihrem Streben nach nuklearer Mitsprache widersetze – und auch diese versteckte Drohung war ein gewagtes Spiel, das das westliche Bündnis einer Zerreißprobe aussetzte.

Es wäre wichtig, genauer zu analysieren, wie sich die Haltung des westlichen Verbündeten zu bundesdeutschen Avancen in Richtung einer deutschen Teilnahme an der atomaren Rüstung entwickelte. Über das deutsch-französisch-italienische Geheimabkommen vom Februar 1958, das eben eine solche Zusammenarbeit vorsah, in das aber seinerzeit nicht einmal der französische Botschafter in Bonn eingeweiht wurde, ist inzwischen Genaueres bekannt; Küntzel berichtet darüber.

Aber kein anderer als Charles de Gaulle hat dieses Abkommen augenblicklich annulliert, sobald er nach seinem Machtantritt davon erfuhr. Denjenigen deutschen Gaullisten, die von einer französisch-deutschen Atomstreitmacht träumten, stand ihr französisches Idol am meisten im Wege.

Könnte diese jahrzehntelang vergessene Vergangenheit wieder aus der Versenkung auftauchen?

Kürzlich erlebte ich bei einem deutsch-französischen Historikertreffen, wie ein französischer General, der den damaligen Geschehnissen nicht fern gestanden hatte, an dieses Abkommen erinnerte; man spürte, wie manche Zuhörer den Atem anhielten.

Als die Atomkraft-Gegner Anfang der achtziger Jahre ihre Aufmerksamkeit auf den Zusammenhang von ziviler und militärischer Kerntechnik zu konzentrieren und auch auf das technische Detail zu richten begannen, geriet ihnen zunächst der Schnelle Brüter ins Visier: Man entdeckte die besondere Eignung des im Brutmantel entstehenden Plutoniums für militärische Zwecke. Geradliniger, als man sich das bis dahin vorgestellt hatte, lief hier der Weg der militärischen Spaltstoffproduktion zu dem des energiewirtschaftlichen Reaktorbetriebs parallel.

Aber immer noch wurde vielfach vorausgesetzt, daß das beim Normalbetrieb von Leichtwasserreaktoren entstehende Plutonium für Waffenzwecke praktisch nicht brauchbar sei. Dabei hätte man es längst besser wissen können – diesem Punkt gilt in dem Buch der kurze, aber auf gründliche Vorarbeiten gestützte Beitrag der beiden Physiker Egbert Kankeleit und Christian Küppers. Man gewinnt den Eindruck, daß die waffentechnische Eignung von Reaktorplutonium ein Thema war, das in der Fachdiskussion jahrzehntelang bewußt unterdrückt wurde.

In den USA kam diese Möglichkeit seit den frühen siebziger Jahren ins Gerede; aber in der Bundesrepublik wurden solche Informationen unterschlagen. 1977 machte Carter die Probe aufs Exempel und veranlaßte einen Bombentest mit Reaktorplutonium – und siehe da, er gelang. Dieses sensationelle Ereignis wurde damals in der Bundesrepublik erstaunlich wenig bemerkt und setzte sich erst im Laufe der Jahre, wie der Physiker Detlef zum Winkel bemerkt, „in einem unglaublich zähen Prozeß" im Bewußtsein fest. Noch ein 1980 ebenfalls im Verlag Pahl-Rugenstein und sogar unter dem gleichen Titel wie das neuerliche Opus „Reaktoren und Raketen" erschienenes Buch bestritt die Waffentauglichkeit des Reaktorplutoniums.

„Proliferation ist ein politisches Problem" war jahrelang eine Standardformel, die von technischen Details der Proliferation ablenkte. Dabei wurde zu wenig beachtet, daß die Kerntechnik selbst, so wie sie den Bombenprojekten entsprungen und international auf fließende Übergänge zum Militärbereich hin strukturiert war, kontinuierlich

* Es trifft auch nicht zu, wenn Schelb den Atomminister Balke als „ehemaligen IG-Farben-Direktor" bezeichnet; Balke hatte vielmehr in der NS-Zeit als Halbjude manches durchgemacht und bewahrte bis zu seinem Lebensende einen Groll gegen die alte wehrwirtschaftliche Kameraderie, die in manchen deutschen Industriekreisen noch lange nach 1945 fortlebte. Er vertrat im Widerspruch zu Adenauer und Strauß eine strikte Beschränkung der Kerntechnik auf friedliche Ziele.

FÜRSTENBERG ERLEBEN



IN DER TAT EINES DER BESTEN BIERE DER WELT



Plutonium-Verarbeitung*: Roter Faden der deutschen Atompolitik

die latente Proliferationsgefahr fortpflanzte, mochte es auch zwischendurch wohlmeinende Regierungen geben, die es mit der Friedlichkeit der Kernenergie ernst meinten. In der Technik selbst lag und liegt eine Gefahr, ganz ungeachtet der Absichten der jeweiligen Regierung.

Das gilt besonders für die in der bestehenden Kerntechnik angelegte Plutoniumproduktion, und diesem Thema gilt denn auch die besondere Aufmerksamkeit des Buches. Stefan Thomas, Autor des Beitrags „Warum eigentlich Wiederaufarbeitung?“, erkennt gerade in der Ausrichtung auf die Plutoniumgewinnung „die Kontinuität“ der Bonner Atompolitik von Anfang bis heute.

Das Streben nach der Verfügung über größere Mengen des gefährlichen Stoffes zieht sich in der Tat als roter Faden über äußere Brüche in der bundesdeutschen Atompolitik hinweg. Die ursprünglich von einflußreicher Seite favorisierte Schwerwasserreaktorlinie wurde von Wolfgang Finkelnburg, dem Leiter der Siemens-Reaktorabteilung, im Mai 1956 vor allem deshalb empfohlen, weil auf diesem Wege „so bald wie möglich“ deutsches Plutonium gewonnen würde. Der Schwerwassertyp fiel später den Kalkulationen der Energiewirtschaft zum Opfer, gilt aber bis heute als der ideale Reaktortyp, wenn ein Land schnell und mit möglichst niedrigem Aufwand an waffenfähiges Plutonium herankommen will.

Schon im Zweiten Weltkrieg hatten die deutschen Atomforscher das Schwerwasserkonzept gewählt. Von dort läßt sich die Plutoniumspur über den ersten Karlsruher Forschungsreaktor (FR 2) und das Brüterprojekt bis nach Wackersdorf verfolgen.

„Was will die bundesdeutsche Atomwirtschaft mit diesem Plutonium?“ Mit dieser Frage beginnt das Buch. „Warum eigentlich soviel Plutonium benötigt werde“ – diese Frage wurde auch schon 1957 von Heinz Maier-Leibnitz im Bonner Arbeitskreis Kernreaktoren aufgeworfen. Ja, warum? Die Antworten darauf waren bemerkenswert unbestimmt. Erich Bagge, einer der Veteranen aus dem Atomprojekt des Zweiten Weltkrieges, der sich 1945 gegen Carl Friedrich von Weizsäckers Unterstellung verwahrte, die Kernforscher hätten damals den Bombenbau bewußt *nicht* angepeilt, bemerkte 1957, „daß Plutonium in jedem Falle gebraucht werden könne, da seine Verwendung in jedem Projekt möglich sei“ – eine Formulierung, die dazu einlädt, zwischen den Zeilen zu lesen. Andere redeten von Plutonium als Reaktorbrennstoff und verschwiegen, daß damals wie später an einer solchen Plutoniumverwendung gar kein wirtschaftliches Interesse bestand.

Schelb stellt fest, das bei weitem größte Problem beim Bombenbau stelle die Beschaffung des Spaltstoffs dar; das ist wohl richtig, und so wurde es bereits in den fünfziger Jahren gesehen. Adenauer hatte denn auch 1954 nicht nur auf den Bombenbau, sondern auch auf eine deutsche Produktion von waffenfähigem Spaltstoff verzichten müssen; dieser Verzicht wurde jedoch, soweit ich sehe, in der Deutschen Atomkommission nie beachtet – auch ein Faktum, das bis heute nie die gebührende Aufmerksamkeit gefunden hat.

Dennoch würde ich vielen Beteiligten den guten Glauben an den friedlichen Charakter der bundesdeutschen Kernenergie-Entwicklung nicht absprechen. Wenn die Tendenz dieses Bandes dahin geht, diesen guten Glauben generell in Frage zu stellen, wird unterschätzt, wie gründlich die militärischen Möglichkeiten von vielen aus dem Bewußtsein verdrängt wurden.

Wiederaufarbeitung zur unerläßlichen „Schließung des Brennstoffkreislaufs“ und (etwa ab 1975) als „Kernstück der Entsorgung“ – kein Zweifel, an solche Argumente für die Plutoniumverarbeitung wurde ehrlich geglaubt; es war damals nicht leicht, die Dinge anders zu sehen. Manchmal ging es so weit, daß selbst der ursprüngliche Clou des nuklearen „Brennstoffkreislaufs“ – die Erbrütung von neuem Plutonium – verdrängt wurde.

In einer heute kabarettistisch wirkenden Bundestagsszene erklärte 1976 der SPD-Abgeordnete Flämig, Fachleute hätten versichert, die beste Art, „Plutonium loszuwerden, sei, es in den Reaktoren zu verbrennen“, worauf der CDU-Abgeordnete Lenzer begeistert einstimmte: „Verbrennen! Jawohl, so ist es!“ Vermutlich überschätzt man diese Leute, wenn man ihnen unterstellt, sie hätten all diese Jahre bewußt Theater gespielt. Flämig allerdings war Abgeordneter des Wahlkreises Hanau; er mußte manches besser wissen.

„Wiederaufarbeitung“, „Entsorgung“, „Schließung des Brennstoffkreislaufs“: Heute hängen die terminologischen Schleier, mit denen die Plutoniumproduktion jahrzehntelang schamvoll verhüllt wurde, in Fetzen.

In den letzten Jahren wurde klargestellt: Die „Wiederaufarbeitung“ wird nicht notwendig zur Konditionierung abgebrannter Brennelemente für die Endlagerung gebraucht; sie läßt sich nicht wirtschaftlich zur Rezyklierung von Plutonium bei Leichtwasserreaktoren einsetzen; das Brüterprogramm – das einzige Nichtmilitärische, wofür die Wiederaufarbeitung Sinn machte – ist am Ende. Wenn Wackersdorf dennoch mit Ingrimm weiter vorangetrieben wird: Sind dann nicht die militärischen Motive sonnenklar? Und: Bekommt nicht die gesamte Bonner Atompolitik seit 1955 schlagartig jenen inneren Zusammenhang, den sie, solange man sie nur energiewirtschaftlich betrachtete, vermissen ließ?

Nur das militärische Ziel bleibt bei Wackersdorf übrig. Detlef zum Winkel ist in seinem heute prophetisch wirkenden Beitrag über das „Atomzentrum Hanau“ vorsichtiger: „Diese These läßt sich nur plausibel machen, nicht wirklich beweisen.“

In der Tat darf man nie vergessen, auf welch fragmentarischer Quellenbasis alle gegenwärtigen Diskussionen über dieses Thema geführt werden müssen. Am ehe-

* Bei der Hanauer Firma Alkem.



Irland-Urlaub: Natürlich und menschlich

Hafenstadt mit nur drei Häusern

Typisch

Irland

„Auf der Kaimauer sitzen und den Booten beim Dümpeln zusehen. Eins davon kann man sogar mieten…"

„Kleine Häuschen sehen aus wie aus einem bunten Baukasten – jedes in einer anderen Farbe…"

„In einem irischen Lebensmittel-Eisenwaren-Textilgeschäft gibt es oft eine gemütlichere Bar als in einem First Class Hotel…"

„Irische Folklore dort erleben, wo sie zu Hause ist. Einfach mitmachen…"

„Die Köstlichkeiten des Meeres genießen im Fischrestaurant am kleinen Hafen: Frische Austern für wenig Geld, Krabben, Seezunge – alles, was die Fischer am Morgen mitgebracht haben…"

Hier eine von vielen Irland-Urlaubsmöglichkeiten: Fly & Drive. Linienflug mit **Aer Lingus** Düsseldorf – Dublin – Düsseldorf. Eine Woche Mietwagen ohne Kilometerbegrenzung.

Preis pro Person bis 30. April 1988 **DM 734**

Aer Lingus, die irische Fluglinie, fliegt täglich direkt nach Irland. Mit guten Verbindungen von allen deutschen Flughäfen.

IRISH FERRIES befördert Sie mit Ihrem Fahrzeug direkt nach Irland. Le Havre/Cherbourg – Rosslare und Le Havre – Cork.

Wenn Sie mehr über Irland-Urlaub wissen wollen, fordern Sie unsere neue 60-seitige Farbbroschüre an und die Grünen Seiten mit über 1000 Irland-Reiseangeboten, oft preiswerter als im Vorjahr. Für ganz Eilige: Btx * 22 081 #. Oder Stichwort „Informationspaket":

Tel. (069) 23 64 92.

Irische Fremdenverkehrszentrale

BON Bitte schicken Sie mir das komplette Informationspaket der Irischen Fremdenverkehrszentrale mit den Broschüren von Aer Lingus mit täglichen Direktflügen und von Irish Ferries mit den Direktfahren.

Versandanschrift: stafadruck GmbH, Abt. Irland 56, Postfach, 6338 Hüttenberg

Name: ______________________

Straße: ______________________

PLZ/Ort: ______________________

Eine ganz und gar anständige Bett-Geschichte.

Es beginnt ganz formvollendet: Mit »Janus«, dem mehrsitzigen Sofa von COR. Und endet im



Handumdrehen im Bett: »Janus« jetzt himmlischbreit und wohligweich. Für alle, die nicht im Traum daran denken, Wohnen und Schlafen sittsam zu trennen. Fortsetzung bei Ihrem Möbelfachhändler. Oder im Prospekt von *COR, 4840 Rheda-Wiedenbrück.*

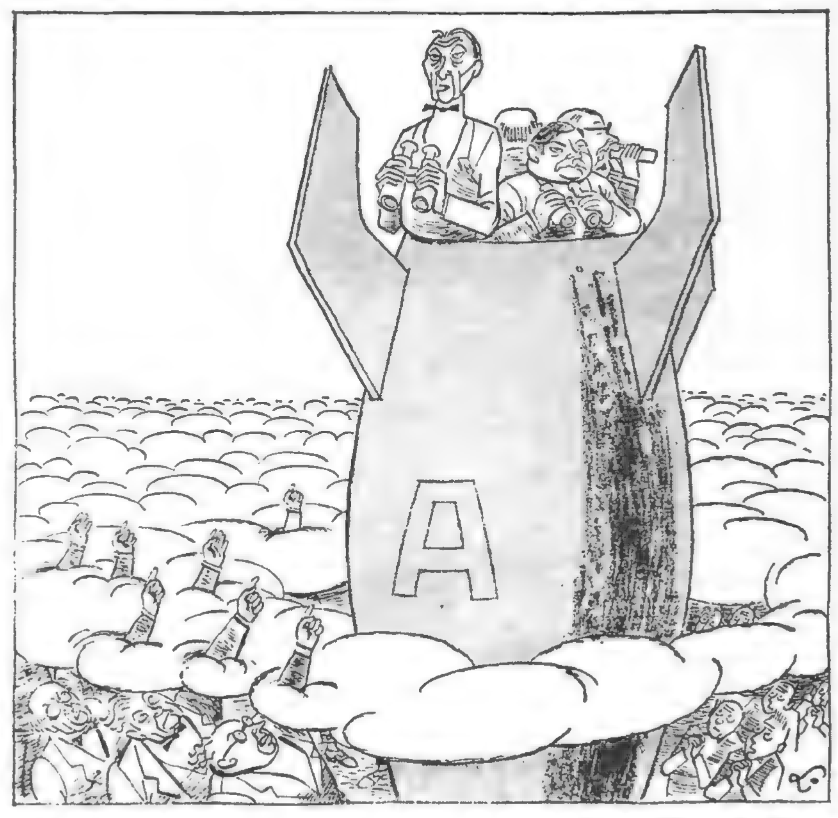


COR
zum Sitzen

sten zustimmen könnte ich daher der auf die Exportpolitik gemünzten Bemerkung, es sei „nicht entscheidbar, ob die grundlegende Motivation der bundesdeutschen Atomexportpolitik entscheidend auf die idealistischen Hoffnungen auf eine unbegrenzte Energiequelle – dieses noch am wenigsten –, auf das rücksichtslose Bestreben, als stark exportorientiertes Land möglichst viele Produkte, egal welcher Art, zu verkaufen, oder auf die Befriedigung militärischer Begehrlichkeiten zurückgeht". Politisch entscheidend sind ohnehin nicht so sehr die ursprünglichen Motive, sondern das, was die Atompolitik am Ende bewirkt – und darüber haben wir in jüngster Zeit sehr viel hinzugelernt.

Winkel weist darauf hin, daß es Enthüllungen gibt, die von Wesentlichem ablenken. Könnte dies auch für die gegenwärtigen Enthüllungen gelten? Einiges spricht dafür – hier ist der Beitrag des Heidelberger Physikstudenten Bernhard Sulzer lesenswert –, daß von den fünfziger Jahren bis heute letztlich Exportinteressen die Haupttriebkraft der Bonner Atompolitik waren und auch die militärischen Momente zumindest teilweise von diesen abzuleiten sind: Denn es waren nicht ökonomische Reize, sondern es war die Aura der Macht, welche die Atomtechnik zum lukrativen Exportgut zu machen versprach. Insofern ist es zutreffend, wenn Stefan Thomas vom „Mythos Plutonium" spricht: Verleiht Plutonium wirklich militärische Stärke, oder verleiht es nur das vage Potenzgefühl des „Man-könnte-wenn-man-Wollte"?

Vertreter der südasiatischen Schwellenmächte versichern, sie wollten nicht wirklich Atombomben bauen, aber sie wollten die Möglichkeit dazu haben; haben sie diese zweideutige Politik der „Option" von den Deutschen gelernt? Der Rüstungswettlauf zwischen den Großen hat sich längst auf exquisitere High-Tech-Teufeleien verlagert, neben denen die Plutoniumbombe plump und primitiv wirkt. Wird der strenge Geruch der Macht aus Marketing-Motiven dem Plutonium gerade heute in dicken Schwaden versetzt – ist das das Geheimnis der Bonner Atompolitik, nicht zuletzt auch der Polizeiknüppel von Wakkersdorf?



Süddeutsche Zeitung

Atomkarikatur 1957: „Der Bomben-Standpunkt"

Ein möglicherweise wichtiges Motiv wird von Thomas nur am Rande erwähnt: Man braucht Wackersdorf, um in einer Zeit der allgemeinen nuklearen Flaute hochqualifizierte Techniker weiterzubeschäftigen. Dieses Motiv klingt trivial; aber so trivial ist eben manchmal des Geschehens letzter Grund. Derartige Motive waren bereits in den Anfängen des Karlsruher Brüterprojekts im Spiel; sie spielten mit, als IG-Farben sich in den zwanziger Jahren auf die Treibstoffsynthese – ein historisches Pendant zum Brüterprojekt – verlegte, das sie schließlich dem NS-Diktator in die Arme trieb.

Nicht nur die Dämonie der Macht, sondern auch und immer mehr die Eigendynamik der Technik wird zum Verhängnis unserer Zeit. ◆

Für alle, die den SPIEGEL nur einmal bezahlen wollen.

Die einfachste und bequemste Art,
den SPIEGEL zu bekommen.
Montag für Montag. 52mal im Jahr.

Falls die Abonnement-Bestellkarte
in dieser Anzeige fehlt, schreiben
Sie bitte direkt an:

SPIEGEL-Verlag
Abonnenten-Service
Postfach 11 04 20
D-2000 Hamburg 11

DER SPIEGEL

M-S-B+K

„Ein Vorsitzender trägt die Verantwortung“

SPIEGEL-Interview mit der Abgeordneten Irmlind Heiser über Waterkantgate und die Rolle der CDU

Irmlind Heiser, 48, pharmazeutisch-wissenschaftliche Assistentin und seit 1980 CDU-Abgeordnete im schleswig-holsteinischen Landtag, war Mitglied des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Barschel-Affäre, der letzten Freitag in Kiel seinen Abschlußbericht vorgelegt hat.

SPIEGEL: Frau Heiser, die CDU-Fraktion hat in ihrer politischen Bewertung der Kieler Affäre unmißverständlich festgestellt, daß der frühere Ministerpräsident Uwe Barschel an den schmutzigen Tricks seines Medienreferenten Reiner Pfeiffer beteiligt war, sie teils veranlaßt, teils geduldet hat. Ist die Affäre für die CDU nun ausgestanden?

HEISER: Nein, die Affäre hat Auswirkungen bis tief in unsere Partei hinein gehabt und ist längst noch nicht bereinigt. Es sind von der Partei Konsequenzen zu ziehen, aber dazu bedarf es noch mancher Diskussion.

SPIEGEL: Welche Konsequenzen?

HEISER: Innerparteiliche. Die CDU-Mitglieder müssen künftig Aktionen unserer Landesgeschäftsstelle und der verschiedenen Parteiorganisationen sehr viel sensibler kontrollieren.

SPIEGEL: Das könnte bei der CDU-Bewertung der Ausschußarbeit beginnen. In dem Papier wird die Schuld an den üblen Machenschaften der Kieler Staatskanzlei gegen SPD-Oppositionsführer Björn Engholm, an der Bespitzelung und den Verleumdungen, allein dem toten Barschel und seinen engsten Mitarbeitern zugeschoben. Das ist bequem, weil es die Verantwortung der CDU als Regierungspartei ausspart.

HEISER: Das war von vielen Mitgliedern sicher so gewollt. Die CDU-Bewertung wurde von den vier Ausschußmitgliedern vorbereitet. Wir mußten uns aber mit der gesamten Fraktion verständigen, damit der Bericht auch von allen Mitgliedern getragen werden kann. Das Ergebnis ist also eine Kompromißlösung.

SPIEGEL: Herausgekommen ist ein Papier, das Barschels Verstrickungen auf über 20 Seiten abhandelt, dem SPD-Verhalten immerhin zehn Seiten widmet. Ihre eigene Partei aber und der CDU-Landesvorsitzende Gerhard Stoltenberg kommen gerade noch auf 27 Zeilen vor. Wird das der Verantwortung der Landes-CDU gerecht?

HEISER: Nein, in meinen Augen nicht. Wir müssen einfach erkennen, daß es nicht nur um das Versagen einer Person an der Spitze geht.

SPIEGEL: Die CDU-Fraktion kommt in ihrer Abschlußbewertung zu der Überzeugung, die Verflechtung von Regierung und Partei im Wahlkampf sei „unzulässig“ gewesen und stelle einen Verfassungsverstoß dar. Wer trägt dafür die politische Verantwortung?

HEISER: Wir haben das in unsere Bewertung hineingeschrieben und daraus teilweise Konsequenzen gezogen. Generalsekretär Rolf Rüdiger Reichardt und Parteisprecher Günter Kohl haben von der übermäßigen Zuarbeit für die CDU-Wahlkampfpublikationen durch die Staatskanzlei gewußt und mußten dafür auch die Verantwortung übernehmen und zurücktreten.

SPIEGEL: Wie kann die CDU einigen Spitzenfunktionären eine Mitverantwortung anlasten, ihren Landesvorsitzenden jedoch, dem die beiden direkt unterstellt sind, politisch freisprechen?



Christdemokratin Irmlind Heiser
„Wahlkampfstil wie noch nie“

HEISER: Wir sind einfach in der Situation, daß wir mit dem Vorsitzenden Stoltenberg keinen Landesvater im Lande haben, sondern eben einen Bundesminister in Bonn. Wir haben akzeptiert, daß er von Dingen, die hier im Wahlkampf gelaufen sind, nicht Kenntnis genommen hat.

SPIEGEL: Ist es nicht unerheblich, ob Stoltenberg über jedes Detail Bescheid wußte oder ob er aus Nachlässigkeit Handlungen zuließ, die im Namen der CDU und aufgrund des Einflusses der CDU stattgefunden haben?

HEISER: Doch, ich denke, daß ein Landesvorsitzender dafür die politische Verantwortung trägt. Mit der Broschüre „Betr: Engholm“, die in der Staatskanzlei ausgearbeitet wurde, mit den CDU-Veröffentlichungen über angebliche Pläne der SPD zur Freigabe der Abtreibung bis zur Geburt und Straffreiheit bei Kindersex hat in der CDU ein Wahlkampfstil Eingang gefunden, den wir hier noch nie praktiziert hatten. Ich habe dafür auch meine Verantwortung übernommen und mich entschuldigt.

SPIEGEL: Ihr Koalitions-Wunschpartner, die FDP, beklagt die mangelnde Bereitschaft der CDU, die Affäre schonungslos aufzuklären. Parteichef Stoltenberg und der Fraktionsvorsitzende Klaus Kribben hätten „nicht mit der gebotenen Deutlichkeit“ auf Barschel eingewirkt.

HEISER: Ich kenne nur die Aussagen im Untersuchungsausschuß, daß Barschel doch sehr angeschlagen gewirkt habe und vielleicht deshalb nicht tiefer auf ihn eingewirkt worden sei. Das muß ich leider so akzeptieren.

SPIEGEL: Überaus schonend geht die CDU in ihrer Bewertung auch mit dem amtierenden Ministerpräsidenten Henning Schwarz um. Seine Rolle auf der Ehrenwort-Pressekonferenz, auf der er als stellvertretender Regierungschef und quasi unabhängiger Anwalt bedingungslos Partei für Barschel ergriff, wird mit lediglich 16 Zeilen gewürdigt, ohne jede kritische Bewertung.

HEISER: Ich habe schon darauf hingewiesen, daß unsere Bewertung in der Fraktion konsensfähig sein mußte. Wir Ausschußmitglieder waren schon der Meinung, daß dieser Teil hätte ausführlicher sein müssen, um auch der Beweiswürdigung im Ausschuß zu entsprechen.

SPIEGEL: Die FDP übt da weniger Rücksicht. Sie wirft Schwarz mangelnde Sorgfaltspflicht vor und lastet ihm seine nicht objektive Aufklärungsarbeit an. Mangelt es der CDU womöglich an der nötigen Selbstkritik und der Bereitschaft zu einem politischen Neuanfang?

HEISER: Natürlich fällt es vielen schwer in der Partei, die schrecklichen Dinge so zu sehen, wie sie wirklich waren. Das habe ich letzte Woche bei meiner Nominierung als Landtagskandidatin wieder gemerkt. Da hat eine Mitbewerberin davon gesprochen, nun müsse endlich Schluß sein mit den Canossa-Gängen vor die Tore der SPD. Im Falle Schwarz ist es wohl so gewesen, daß ihm die Kollegen nun den Abschied nicht noch zusätzlich schwermachen wollten.

Widerborstiger Kollege

Ein Berufsverbot, das die Ärztekammer gegen Professor Hackethal verhängen will, wird vor Gericht schwer durchzusetzen sein.

Im Sitzungssaal 331 des Münchner Justizpalastes trat Julius Hackethal, 66, als Wunderdoktor verehrt und verfemt, vor seine Richter und bezeugte wenig Respekt. Dies sei kein „Standesgericht", urteilte der Krebsprofessor zornig, sondern ein „Standgericht".

Die Herren, die über den Standeskollegen zu befinden hatten, verhielten sich entsprechend. „Weil Geldstrafen bei Professor Hackethal nicht zu wirken vermögen", empfahlen Berufsrichter Ernst Wolf, 52, und zwei Laienrichter der bayrischen Ärztekammer, Hackethal die Zulassung als Arzt zu entziehen.

Das Sündenregister des habilitierten Chirurgen und Orthopäden – alle tatsächlichen und vermeintlichen Verstöße gegen den hippokratischen Eid – hing im Verhandlungssaal, als das Tribunal begann: Er habe unerlaubt Sterbehilfe geleistet, Gift zur Selbsttötung versandt, gegen die ärztliche Gebührenordnung verstoßen, andere Ärzte berufswidrig mit „Schmähkritik" überzogen und eine Behandlungsmethode gegen Krebs eilfertig als Heilmethode publiziert.

Bei dieser Litanei an Vorwürfen mühte sich der streitbare Professor erst gar nicht, um Sympathie für sich zu werben. Als Richter Wolf eingangs versöhnlich fragte, wie er ihn anreden solle, meinte Hackethal: „Sie können ruhig Julius zu mir sagen!"

Hinterher nannte ihn Wolf einen „selbstherrlichen, nur seinen eigenen Überzeugungen verpflichteten" Menschen, der einen „Absolutheitsanspruch" erhebe. Bei ihm, mit seiner ausgeprägten „Persönlichkeitsstruktur", blieben die üblichen Bußgeldbescheide und „Ermahnungen" fruchtlos. Angebracht sei deshalb der härteste denkbare Spruch – und der lautete auf Berufsverbot.

Mit Hackethal wollen die Standesrichter einen widerborstigen Kollegen ruhigstellen, der die gesamte Ärzteschaft seit Jahren mit grobschlächtigen und undifferenzierten Ratschlägen verblüfft – fachlich nicht ganz, aber von der Form her meist völlig daneben.

Hackethals Vorwurf, „viele Ärzte" würden unter dem Deckmantel der passiven Sterbehilfe „medikamentösen Totschlag" verüben, brachte die Kollegen ebenso auf wie seine werbewirksamen Auftritte in den Medien.

Als schlimmste Standesverfehlung wurde ihm angekreidet, daß er 1984 der 69jährigen Hermy Eckert, die unheilbar an Hautkrebs erkrankt war, Zyankali zukommen ließ und deren letzte Stunden in einem Videofilm dokumentierte.



Ärzte-Kritiker Hackethal
„Sie können Julius zu mir sagen"

Schwer wiegt auch die Feststellung, er habe 1986 „euphorisch und vorschnell" eine Behandlungsmethode gegen Krebs bekanntgemacht. Er sei seinerzeit im Zusammenhang mit seinem „Wundermittel gegen Krebs" in Zeitungen zitiert worden: „Ich schmelze den Krebs weg."

Die dadurch geweckten Hoffnungen und die späteren Enttäuschungen, warf ihm Richter Wolf vor, hätten „massiv das Vertrauensverhältnis zwischen Patient und Arzt" beeinträchtigt.

Sollte die Regierung von Oberbayern, die als „Warnschuß" nur eine Geldbuße beantragt hatte, dem Krebsspezialisten die Approbation entziehen, will Hackethal das „skandalöse Urteil", das er sich gar nicht mehr anhörte, vor dem Verwaltungsgericht anfechten. Da gibt es drei Instanzen, und am Ende bleibt ihm, wenn alles erfolglos war, auch noch das Bundesverfassungsgericht.



Krebs-Patientin Hermy Eckert
Letzte Stunden auf Video

So leicht wie das Münchner Standesgericht werden es sich die anderen Richter nicht machen können. Erst jüngst hat das Bundesverfassungsgericht Standesrichtlinien für Anwälte – ein obskures „Sachlichkeitsgebot" und ein ebenso schwammiges „Werbeverbot" – als Verstoß gegen das Grundrecht der freien Berufsausübung kassiert. Hackethal könnte von diesem Spruch profitieren.

Hinsichtlich der „Unwürdigkeit" und „Unzuverlässigkeit", die Hackethal vorgeworfen werden, verlangen die Verwaltungsgerichte eine strenge Güterabwägung. Eine „Zurücknahme der Bestallung" jedenfalls akzeptieren die Bundesrichter nur als „letzte und äußerste Maßnahme". In allen Entscheidungen wird auf abgeurteilte „Straftaten" Bezug genommen. So stellte das Bundesverwaltungsgericht fest, daß ein nach früherem Recht zu Zuchthaus verurteilter Arzt „in aller Regel als unwürdig zur Ausübung seines Berufs anzusehen" sei.

Doch eine Verurteilung Hackethals vor einem ordentlichen Gericht hat es noch nicht gegeben. Das gegen ihn eingeleitete Strafverfahren wegen Sterbehilfe wurde vom Oberlandesgericht München eingestellt.

Nun will die Regierung von Oberbayern noch einmal umfassend und sorgfältig prüfen, ob sich der Standeskritiker „eines Verhaltens schuldig gemacht hat, aus dem sich seine Unwürdigkeit oder Unzuverlässigkeit zur Ausübung des ärztlichen Berufes ergibt".

Auf den einschlägigen Kommentar zur Bundesärzteordnung werden sich die Oberbayern nicht stützen können. In einer offenen Gesellschaft, heißt es da, dürften bei der Beurteilung der Berufswürdigkeit nicht sittliche Werte herangezogen werden, „die keine uneingeschränkte und allgemeine Anerkennung beanspruchen können".

Wie umstritten eben diese Werte sind, bewies zuletzt der Deutsche Juristentag 1986 mit einer hitzigen Debatte zum Thema „Recht auf den eigenen Tod?" ◆

„Macht eine Revolution von unten“

Verstrickt in Macht- und Flügelkämpfe, präsentieren sich die Grünen in den meisten Landesverbänden in desolatem Zustand. Alternative beschimpfen einander öffentlich als „Verräter“ und „Heuchler“, „Nazis“ und „Faschisten“. Ex-Umweltminister Joschka Fischer zweifelt, ob die Partei „überhaupt noch eine Zukunft“ habe.

Zu ihrem Parteitag in Bad Oldesloe erhielten Schleswig-Holsteins Grüne am vorletzten Wochenende telegraphisch gutgemeinten Rat: „Eine klare Koalitionsaussage“, empfahlen die Gesinnungsgenossen aus Niedersachsen ihren „meerumschlungenen Freunden“, auch könne die „konkrete Nennung von Namen für Ämter in einer zukünftigen Regierung“ in Kiel ein „Signal“ dafür sein, „daß sich bei den Grünen etwas bewegt“.

Den Wink müssen die Waterkant-Grünen mißverstanden, das Signal überhört haben: Bewegung war bei ihnen nicht angesagt – und Einmischung von außen schon gar nicht. Die Alternativen zwischen Nord- und Ostsee, die nach ihrer Niederlage bei der Landtagswahl am 13. September (3,9 Prozent) klaglos abgetaucht waren und auch aus der Barschel-Affäre politisch keinen Nutzen ziehen konnten, stehen weiter stramm zum flügelübergreifenden Immobilismus.

Zwar bekräftigten die grünen Nordlichter ihren „Willen zum politischen Wechsel auf der Grundlage rot-grüner Zusammenarbeit“ nach der nächsten Wahl am 8. Mai. Zu einer klaren Koalitionsaussage aber waren die Alternativen nicht bereit. Ein Realo-Vorschlag, ministrable Grüne wie die Hamburgerin Thea Bock oder den Bundestagsabgeordneten Otto Schily zu nominieren, wurde abgelehnt.

„Wir haben keine Lust, für Otto und Thea Wahlkampf zu machen“, meuterte die Schily-Kollegin Angelika Beer gegen den Realo-Flügel. Auch eine rot-grüne Regierung, so die fundamentalistisch ausgerichtete Parteitagsmehrheit, sei „nicht Ziel an sich“; komme es dennoch zu diesem Bündnis, sei die Zusammenarbeit zunächst einmal „inhaltlich neu zu fundieren“ – was immer das heißen mag.

Grünen-Spitzenkandidatin Tamara Tschikowani, 34, arbeitslose Betriebswirtin und Ratsfrau in Flensburg, sträubt sich ohnehin gegen eine Öffnung hin zur SPD um Björn Engholm. „Wir müssen nicht regiert werden“, räsonierte die Fundi-Frau mit Vergangenheit im Kommunistischen Bund, „wir wollen uns schließlich selbst verwalten.“ „Diese Grünen“, kommentierte vergangene Woche die alternative „Tageszeitung“ („taz“), „sind nicht zu wählen.“

Derart desolat präsentieren sich derzeit die meisten Landesverbände der Alternativen, die vor rund zehn Jahren angetreten waren, die politische Kultur zu verändern und andere Politikinhalte gesellschaftsfähig zu machen. Nach erfolgversprechenden Anfängen und dem Einzug in die meisten westdeutschen Parlamente aber befindet sich die bunte Partei nun weitgehend in einem Zustand, der den grünen hessischen Ex-Minister Joschka Fischer selbstkritisch fragen läßt: „Hat eine solche grüne Partei überhaupt noch eine Zukunft?“

„Hauptaktivität“ der Grünen etwa in Kiel, Hamburg oder Bonn sei, so Fischer, „die Beschäftigung mit sich selbst“ oder, „schlimmer noch, die Umsetzung eines radikalen Fundamentalismus in Verratsabstrafung und Linienpolizei“.



Grünen-Kritiker Fischer: „Nackt im Hemde“

Parteigänger der vielfältigen Flügel – Realos und Fundis, Zentralos und Banalos, Ökopaxe und Irrealos – beharken einander in Hinterzimmer-Zirkeln und Leserbriefspalten als „Verräter“ und „Heuchler“, als „Machos“, „machtgeile Politiker“ und sogar als „Nazis“ und „Faschisten“. Da ist von „Intellektuellenhaß“ und von „Lynchstimmung“ die Rede, von „Kämpfern mit den Ellenbogen“ und von „Tiefschlägen“, und gelegentlich ertönt der verzweifelte Ruf: „Macht eine Revolution von unten.“

In den Abwärtstrend gerieten die Grünen nach der Hessen-Wahl im letzten April. Das Modell einer rot-grünen Koalition war – auch durch eigenes Zutun – gescheitert, SPD und Grüne mußten einer CDU/FDP-Regierung weichen. Mit dem Wegfall des Hoffnungsbündnisses büßten die Reformer vom Realoflügel an Einfluß ein, das bis dahin funktionierende Gleichgewicht in der Partei war verloren.

„Nunmehr standen die Grünen nackt im Hemde ihrer Protestprogrammatik in der politischen Landschaft“, analysierte Fischer, „und waren zudem inhaltlich unter die Räuber gefallen.“ Alle anderen Parteien besetzten Umweltthemen, „Menschenrechte wurden von der CDU entdeckt, Frauenpolitik ebenso“ (Fischer), und die Abrüstung kam auch ohne die Ökopaxe voran. Die Grünen aber, klagt Fischer, „brutzeln im Saft der eigenen Konflikte“ und „stehen vor einer ganz entscheidenden Phase auch in der Parteigeschichte“.

Der neugewählte Fraktionsvorstand der Bundestags-Grünen zeigt das Dilemma: Je eine Fundi- und eine Realo-Frau und dazu ein sogenannter Unabhängiger sollen die Flügel klammern – „eine unheilige Notallianz“ (Schily). Antje Vollmer, Vertreterin der mittelnden „Zentralos“, die leer ausgingen, kritisiert den Wahlausgang: Viele hätten „das Ausmaß der Krise“ noch gar nicht erkannt, ein „Aufbruch“ sei mit der neuen Spitze sicher „nicht zu erwarten“.

Ähnlich immobil verhalten Grüne sich auch anderswo. Die Hamburger und Berliner Alternativen stecken schon seit Monaten in der Krise. Mit ihrer Verweigerungsstrategie gegenüber der SPD beförderte die Grün-Alternative Liste (GAL) in Hamburg zwangsläufig nicht nur das erste sozialliberale Bündnis seit der Bonner Wende; die GAL manövrierte sich durch ihren Richtungsstreit zugleich ins politische Abseits und befindet sich konsequent auf einem „grünen Marsch ins Sektierertum“ („Hamburger Morgenpost“).

Die vor gut einem Jahr erstmals angetretene und als Sensation gefeierte Frauenliste der GAL geht im politischen Kleinkram unter, die Damen haben sich in Flügelkämpfen gegenseitig lahmgelegt. So durften die Realo-Frauen der Fraktion nicht einmal ihre Mithilfe bei der spektakulären Befriedung des Konflikts um die Hamburger Hafenstraße herausstreichen, weil den Fundis die ganze Richtung nicht paßte. Hilflos wird der SPD-Bürgermeister Klaus von Dohnanyi, der unter Einsatz seines Amtes den Konflikt um die besetzten Häuser entschärfte, als „Gandhi im Nadelstreifen“ verspottet.



Grünen-Spitzenkandidatin Tamara Tschikowani: „Wir müssen nicht regiert werden"

Aus der Berliner Alternativen Liste (AL) ist Ende letzten Jahres gleich die ganze Arbeitsgruppe für Berlin- und Deutschlandpolitik ausgetreten. Grund: Unter der „Herrschaft linkssektiererischer Strömungen" sei „schon lange keine demokratische Diskussion mehr möglich". Es herrsche in der AL eine „Kultur der Inquisition, die taub ist für die Frage, ob sich die Erde nun dreht oder nicht, wenn sie den ideologischen Gegner nur vernichten kann".

Altgediente AL-Mitglieder steigen aus, zu Versammlungen kommen nur noch wenige, Mehrheiten bilden sich meist zufällig. Das „Lagerdenken", so eine AL-Mitbegründerin, werde die Partei „umbringen". Kaderpolitik, ein gestörtes Verhältnis zur Pressefreiheit und zur Gewaltfrage sowie der Einfluß von alten und neuen Kommunisten treibe die AL, so Kritiker, in eine ausweglose Lage. „Das ist verheerend", so die Alternative Johanna Mayr, „so sind keine Entwicklungen mehr möglich."

Auch in Nordrhein-Westfalen geht die Entwicklung, wie ein Grüner sagt, „nur in eine Richtung, ins Chaos". Seit 1985 sind vier Landesgeschäftsführer gegangen, wird das Amt nur kommissarisch verwaltet. Von elf Vorstandsmitgliedern amtieren gerade noch sechs, und ein Parteisprecher mußte vergangenen Herbst sogar schon nach 20 Tagen seinen Stuhl räumen.

Für Aufsehen sorgte der Parteiaustritt der engagierten Umweltstreiterin und Bundestagskandidatin Bettina Krems-Hemesath, die ihren Parteifreunden vorwarf, „nicht mehr basisdemokratisch, sozial-ökologisch und gewaltfrei" zu sein. Von „Konflikten zermürbt", verließ die langjährige Schatzmeisterin Cordula Günther-Bortlisz den Parteivorstand; die Vorstandssprecherin Christina Morgenschweis-Willwacher („Ich begreife manches nicht mehr") kritisiert offen die „Kopf-ab-Mentalität" in ihrer Partei, zur Mitarbeit im Vorstand brauche sie „auch Masochismus".

Die fortdauernden persönlichen Anfeindungen wollen die NRW-Grünen nun mit psychologischer Hilfe überwinden: Die Grünen-Landesspitze, so ein Beschluß, soll „in Anerkennung der schwierigen Verhältnisse für das Team und einzelne ein fünftägiges Schulungsprogramm" absolvieren, um in der Klausur mit Hilfe eines Psychologen die Probleme gruppendynamisch aufzuarbeiten.

In Niedersachsen, wo die Grünen sechs Jahre Parlamentserfahrung haben, wie in Rheinland-Pfalz, wo sie letzten Mai erstmals den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde schafften, sinkt ihr Einfluß bis zur Bedeutungslosigkeit.

Die „Oberförster-Grünen" (Parteispott) zwischen Harz und Heide wirken auf Landesebene wie in Lethargie versunken; in den Kommunen, wo sie vorzeigbare Arbeit leisten, bröckeln gleichwohl rot-grüne Bündnisse: In Hannover ist die SPD schon zur CDU geschwenkt, in Göttingen steht der rot-grüne Bruch bevor – auch hier zugunsten einer schwarz-roten Koalition.

Von den Grünen in Baden-Württemberg, die seit 1980 ununterbrochen im Stuttgarter Landtag sitzen und bei der Wahl am 20. März ihr Ergebnis von 1984 (acht Prozent, neun Mandate) erreichen wollen, ist seit Monaten kaum etwas zu hören. Seit ihr Fraktionschef Fritz Kuhn, der nicht wieder kandidiert, im Herbst Ministerpräsident Lothar Späth anbot, bei einem Verlust der absoluten CDU-Mehrheit könne er auf die Grünen bauen, wirken die Ökopaxe wie erstarrt.

Das Anbiedern wurde zwar von der Partei empört verworfen. Doch ihren Wahlkampf beginnen die Grünen erst jetzt, auf neu-alternative Art. Mit Hilfe von Biologen, Wirtschaftsforschern und Sozialwissenschaftlern wollen die Grünen beispielsweise im technologisch hochstehenden Ländle „High-Tech ins Gerede bringen". Die verfehlte EG-Agrarpolitik soll gleichfalls auf gediegene Weise attackiert werden: Beim oberschwäbischen Milchwerk erstehen die Grünen für rund 8000 Mark eine Tonne deutscher Markenbutter, um sie kostenlos zu verteilen – die Wähler bekommen ihr Fett weg.

FERNSEHEN

O.k., Fritz

Der Provinzjournalist Henning Röhl, der die Leitung von „Tagesschau" und „Tagesthemen" übernimmt, war nie Fernsehredakteur, aber frühzeitig Mitglied der CDU.

Das Abstimmungsergebnis in der Runde der ARD-Intendanten war schon vor der Diskussion ausgekungelt.

Der eine der beiden Kandidaten, die sich um den Chefposten bei „Tagesschau" und „Tagesthemen" in Hamburg bewarben, hatte bereits an die 2000 Berichte für die beiden Fernsehsendungen abgeliefert, der andere keinen. Der erste Bewerber konnte auf 25 Jahre Berufserfahrung als Fernsehjournalist verweisen, der zweite auf null.

Gewählt wurde, wie erwartet, Kandidat Nummer zwei – einfach, weil er das richtige Parteibuch besitzt: Henning Röhl (CDU) wird am 1. April Nachfolger von Edmund Gruber als Chefredakteur bei „ARD-Aktuell". Mit sechs gegen drei Stimmen entschieden sich die Intendanten am Dienstag letzter Woche in Stuttgart für den Direktor des Kieler Funkhauses; der parteilose New-York-Korrespondent Fritz Pleitgen fiel durch.

Die Mißwahl nach dem deutschen Rundfunk-Einmaleins bestätigt aufs neue den Verfall journalistischer Unabhängigkeit und die politisch-personelle Kumpanei in den Führungsetagen des öffentlich-rechtlichen Fernsehens.

Die Mehrheit der Intendanten, die ihre Posten den Parteien verdanken, funktionierte so, wie es die CDU/CSU-Medienlenker im Kanzleramt und in der Bonner Parteizentrale nicht besser hätten inszenieren können.

Friedrich Nowottny aber, dem Intendanten des Westdeutschen Rundfunks, gelang ein taktisches Meisterstück. Der Chef der größten ARD-Anstalt verschaffte sich durch seinen aussichtslosen Pleitgen-Vorschlag ein Alibi bei der heimischen SPD-Mehrheit. Und er begünstigte, statt einen erfahrenen Kandidaten wie etwa Gruber-Stellvertreter Heiko Engelkes oder den stellvertretenden

Bonner Studiochef Eberhard Piltz zu benennen, den unterqualifizierten Mann der CDU. Die Christdemokraten hatten Nowottny vor drei Jahren, als sie im Kölner Funkhaus noch die Stimmenmehrheit kontrollierten, ins Amt befördert.

Noch dazu behandelte Nowottny die Pleitgen-Kandidatur „absolut dilettantisch", wie ein Kollege spottet. Die Intendanten brachten erst auf Befragen aus ihm heraus, daß sich der versierte USA-Korrespondent offiziell bewarb.

Eine Kandidaten-Vorstellung hatte Nowottny durch fehlende Vorbereitung vereitelt: Pleitgen, der sich selbst keine „üppigen Chancen" ausrechnete, saß in New York. Derweil hielt sich Konkurrent Röhl, Protegé des NDR-Intendanten Peter Schiwy (CDU), bestens präpariert in Stuttgart zur Verfügung. Er wurde erst, als alles gelaufen war, zum Essen gebeten. Fast allen Intendanten war er bis dahin unbekannt gewesen.

Henning Röhl, 44, kommt aus konservativer Familie. Ein Onkel, zuvor Domorganist in Schleswig und Lübeck, verwaltet in Schiwys Hamburger Funkhaus die Musik. Ein anderer, einst Kreispräsident in Plön, saß zwölf Jahre im Mainzer ZDF-Verwaltungsrat. Neffe Henning, Pastorensohn aus dem schleswigschen Vier-Häuser-Dorf Töstrup, tat es beiden gleich: Er heuerte beim Rundfunk und bei der CDU an.

Zielstrebig kehrte der einstige Freiburger Philosophie- und Germanistikstudent, der nun das ausgefeilte Weltnachrichtensystem der ARD übernehmen soll, über Hörfunkstationen beim Baden-Badener Südwestfunk und beim Hamburger NDR vor fünf Jahren nach Schleswig-Holstein zurück. Während ihn Baden-Badener Kollegen als „offenen, gutgelaunten Profi" in Erinnerung haben, der „aus seiner politischen Meinung nie ein Hehl machte" (so der frühere „Report"-Redakteur Viktor von Oertzen), geriet Röhl als ehrgeiziger Kieler NDR-Chef unter den unheilvollen Einfluß des Machtpolitikers Uwe Barschel.

Wie der christdemokratische Regent mit mißliebigen Journalisten umging, wurde erst letzte Woche wieder bekannt. Barschel, enthüllte sein früherer Presse-Staatssekretär Gerd Behnke, habe im November 1986 den ZDF-Korrespondenten Alois Theisen abservieren wollen. Deshalb habe er konstruierte Beschuldigungen gegen Theisen aus einer Ermittlungsakte der Staatsanwaltschaft kurzerhand selbst an die ihm ergebene „Bild"-Zeitung durchtelephoniert.

Röhl dagegen war bei Barschel wohlgelitten, denn er sorgte im Kieler NDR-Funkhaus für die rechten Verhältnisse. Flexible Mikrophon-Talente gelangten durch redaktionelle „Umstrukturierungen" („die wahre Stärke Röhls", so ein Kieler NDR-Mann) auf maßgebliche Posten im Kieler Funkhaus: Sie kommentierten zwar unbedarft, aber linientreu.

Die Barschel-Affäre offenbarte, wie weit sich Journalist Röhl mit der Staatsmacht eingelassen hatte. Bei Kieler Kollegen kursierte die Information, Barschels Intimus Herwig Ahrendsen habe nach der SPIEGEL-Enthüllung die NDR-Strategie gegen den abtrünnigen Reiner Pfeiffer mit Röhl im einzelnen abgesprochen – was Röhl bestreitet: Er habe *vor* Beginn der Affäre mit Ahrendsen gesprochen.


Röhl


Pleitgen


Gruber

Leitende Fernseh-Journalisten
„Das Herz der ARD"

Später berichtete die Lübecker Staatsanwaltschaft, sie habe sich auf der Suche nach Pfeiffer an Röhl gewandt, der die beflissene, aber unrichtige Auskunft gab, der SPIEGEL habe Pfeiffer zu einem NDR-Interview „nur für eine Stunde ‚freigegeben'".

Nach Uwe Barschels Ehrenwort-Pressekonferenz sagte Röhl in einem NDR-Kommentar voraus, es werde Barschel „ein leichtes sein", die „nächste Legislaturperiode als Ministerpräsident" zu überstehen; Rücktrittsforderungen seien „absurd". Die Kieler ARD-Berichterstattung wurde später, ganz ungewöhnlich, von den ARD-Chefredakteuren in einer Protokollnotiz einmütig als „tendenziös" und „parteilich" gerügt.

Der künftige „ARD-Aktuell"-Chef gehört zur CDU-gerechten Fernsehgeneration der lächelnden Anpasser. Röhl redet seit einer Amerika-Reise gern über US-Kollegen, „durchweg hart, aber fair", und findet, „was sich Präsident Reagan an Fragen gefallen lassen muß", einfach „ungeheuerlich". Dennoch antworte er „immer freundlich und mit Witz".

Doch zu Hause, im Redaktionsalltag, sind die vorbildlichen Tugenden (Röhl: „Journalisten machen vor Politikern keinen Bückling") schnell wieder vergessen. Denn in Bonn nimmt CDU-Kanzler Helmut Kohl kritisch-unabhängige Pleitgen-Berichte nach amerikanischem Vorbild übel, obwohl der Reporter in den USA Lob sogar von Reagan-Anhängern bekommt: „That's o.k., Fritz." Den Bonner Regierungsstil kritisieren amerikanische Kenner inzwischen als „jovialen Demokratismus".

Redakteure von „Tagesschau" und „Tagesthemen", der größten deutschen TV-Nachrichtensendung, reagierten auf die Berufung des Fernsehlaien Röhl „mit Entsetzen". Die „ARD-Aktuell"-Redaktion, für TV-Journalisten noch immer „das Herz der ARD", werde von den Intendanten „nur noch als Wurmfortsatz behandelt", klagt ein Redakteur.

Schon unter dem Kohl-Günstling und künftigen Deutschlandfunk-Intendanten Edmund Gruber kam über den Kanzler fast nur noch Hofberichterstattung des Bonner ARD-Studios ins Programm. Kohls „Pannen in der Finanz- und Außenpolitik", die sogar die Springer-Presse dem Regierungschef letzthin anlastete, kamen in den aktuellen Nachrichtensendungen der ARD kaum noch vor. Statt dessen durfte der Kanzler über den Reagan/Gorbatschow-Gipfel in der „Tagesschau" im Stile eines CDU-Wahlwerbers plaudern.

Die SPD sieht dem journalistischen Niedergang der ARD-Nachrichtensendungen tatenlos zu. In den Gremien sind die Sozialdemokraten weitgehend abgemeldet. Es handele sich um „schlichte Prozesse der Mehrheitsbildung", beschied SPD-Medienpolitiker Peter Glotz jüngst einen Kritiker sozialdemokratischer Rundfunkpolitik. Glotz: „Früher gebrauchte man dafür das pathetische Wort Demokratie."

Daimler-Benz und MBB kommen sich näher

Nach Gesprächen zwischen Wirtschaftsminister Martin Bangemann, Mercedes-Chef Edzard Reuter und Bayerns Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß sind die Beteiligten optimistisch: Schon Anfang März könnten grundsätzliche Vereinbarungen über einen Einstieg von Daimler-Benz bei MBB getroffen werden. Vorgesehen ist ein stufenweiser Erwerb, beginnend mit rund 20 Prozent. Die an MBB beteiligten Länder Hamburg, Bremen und Bayern sollen ihre Anteile abgeben, Daimler soll die industrielle Führung übernehmen. Mit den Airbus-Risiken wollen die Stuttgarter aber nichts zu tun haben. Die MBB-Werke, die Teile für das Flugzeug fertigen, könnten ausgegliedert und zur besseren Kontrolle des Managements und der Kosten als selbständige Tochter geführt werden. Um die Airbus-Fabriken zu stärken, sollen die Bundesländer den Erlös aus dem Verkauf ihrer MBB-Anteile in dieses Unternehmen einbringen. Beteiligt blieben die Länder dann an der Airbus-Firma. Das allerdings wäre nur möglich, wenn Bonn den Ländern das Risiko, das durch den Dollar-Kurs besteht, abnimmt. Die Initiatoren hoffen, daß Finanzminister Gerhard Stoltenberg einer befristeten Absicherung des Dollar durch den Bund zustimmt. Zudem soll die Firma eng mit dem US-Konkurrenten McDonell Douglas zusammenarbeiten. Nach einer internen Studie könnte die Airbus-Produktion durchrationalisiert werden, wobei das Werk Speyer und Fabriken in Niedersachsen geschlossen würden. Das Land Niedersachsen kann die dort ansässigen Werke aber noch durch eine Beteiligung an der verselbständigten Airbus-Gesellschaft und durch mögliche Arbeitsplatzhilfen retten. Darüber werden nun Ministerpräsident Ernst Albrecht, Daimler-Vize Werner Niefer und CSU-Wirtschafts-Staatssekretär Erich Riedl verhandeln.





Schiesser

Millionen für Schiesser

Horst Schiesser macht mit den Gewerkschaften nun doch noch ein schönes Geschäft. Der Berliner Brotfabrikant, der im Herbst 1986 für einige Wochen Herr der konkursreifen Neuen Heimat war, erhält jetzt für sein Engagement von der Gewerkschaftsholding BGAG ein äußerst günstiges Darlehen: 25 Millionen Mark, rückzahlbar in zehn Jahren. Dafür muß Schiesser nur sechs Prozent Zinsen zahlen, was die Gewerkschaften mindestens vier Millionen Mark kosten wird, je nach Zinsentwicklung. Ob die BGAG ihre verliehenen Millionen überhaupt mal wiedersieht, ist noch gar nicht sicher: Das Geschäft ist weder durch Bürgschaften noch durch Hypotheken abgesichert.

Hahn-Kritiker bleibt VW-Vize

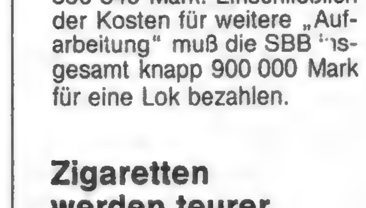
Horst Münzner, 63, stellvertretender Vorstandsvorsitzender bei VW, wird überraschend auch künftig in der Konzernspitze bleiben: Sein Ende dieses Jahres auslaufender Vertrag soll um ein Jahr verlängert werden. VW-Chef Carl Hahn will Münzner, der lange Zeit sein schärfster Kritiker war, weiter im Vorstand haben. Er braucht Münzners Dienste noch. Als Chef der Sparkommission ist er mit der wichtigsten Aufgabe bei VW betraut: Er soll die im Vergleich zu Konkurrenten viel zu hohen Kosten drastisch senken.

Seltsame Bahn-Geschäfte

Die Deutsche Bundesbahn macht seltsame Geschäfte mit einer Liechtensteiner Briefkastenfirma, hinter der sich der Schweizer Weinhändler Willy Würth verbirgt. Sieben ausgemusterte Dieselloks der Baureihe 220, die nicht mal zum Schrottpreis von 10 000 Mark absetzbar waren, verkaufte sie nach einer Überholung zum Stückpreis von 240 000 Mark an die Jelka Establishment in Schaan (Liechtenstein). Ein scheinbar gutes Geschäft für die Bahn. Doch die betagten Loks wurden immer schöner und wertvoller. Die Firma Jelka verkaufte sie nun an die Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) und kalkuliert dabei einen Stückpreis von



Bundesbahn-Lok 220



356 840 Mark. Einschließlich der Kosten für weitere „Aufarbeitung" muß die SBB insgesamt knapp 900 000 Mark für eine Lok bezahlen.

Zigaretten werden teurer

Die großen Zigarettenproduzenten bereiten den Handel auf eine Preiserhöhung vor. Von April an sollen Massenmarken um fünf Pfennig auf



Raucherinnen

3,75 oder 3,85 Mark pro 19-Stück-Packung angehoben werden. Die Teuerung läßt sich umgehen: Aus technischen Gründen werden Automatenschachteln weiterhin zum alten Preis von vier Mark für 20 Zigaretten angeboten.

Hilfe für den Tunnelbau

Wissenschaftler aus Bochum sollen verhindern, daß Briten und Franzosen bei den auf beiden Seiten des Kanals beginnenden Wühlarbeiten für den dreiröhrigen Tunnel aneinander vorbei buddeln. Die Bauherren in London und Paris, die zunächst ausschließlich Firmen aus ihren Ländern mit Aufträgen eindecken sollten, haben die WBK-Institute für Bergbau und Umweltforschung in Bochum um Unterstützung gebeten. Die Techniker aus dem Revier haben Geräte mit einer Meßgenauigkeit von einem tausendstel Grad konstruiert.

E U R O P Ä E R   A L L E R   L Ä N



DIE SACHE DER FRAUEN in Europa ist die Sache des Europäischen Parlaments.

Dafür haben wir Sozialdemokraten und die Sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament gesorgt.

Gleiche Bezahlung für Frauen für gleiche Arbeit wie Männer, Gleichbehandlung für Frauen und Männer in Ausbildung und Berufsleben, Gleichbehandlung von Frauen und Männern bei der sozialen Sicherung sind verbindliches Recht für alle

DER VEREINIGT EUCH.

Gruppe der SPD-Abgeordneten in der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments.

Mitgliedstaaten in der Europäischen Gemeinschaft.

Doch ist dieses Recht noch längst nicht in allen Staaten der EG verwirklicht. Deshalb wurde auf unsere Initiative ein ständiger Ausschuß eingerichtet, der dafür sorgt, daß die Rechte der Frauen in Europa Wirklichkeit werden.

Für uns gibt es in Zukunft kein Frauen- oder Männereuropa mehr, sondern ein Europa der Frauen und Männer.



Ende der Militärhilfe für die Contras?

Die linken Sandinisten sollten aus Nicaragua verschwinden, damit die rechten Contras dort die Macht übernehmen könnten – darauf hatte Ronald Reagan hingearbeitet, dafür hatte das Weiße Haus „Irangate“ riskiert, den größten Skandal der Reagan-Jahre. Jetzt stoppte der US-Kongreß die Militärhilfe für die Contras.

Ronald Reagan wandte sich an die Nation – und benutzte dabei jene Formulierung „Ich muß Ihnen ehrlich sagen“, auf die im Sprachgebrauch von Politikern gewöhnlich eine besonders zweifelhafte Aussage folgt: „Wenn der Kongreß jetzt die Hilfe ablehnt, werden die Freiheitskämpfer bald verschwunden sein.“

Diesmal könnte er sogar recht behalten.

Den flehentlichen Appell ihres Präsidenten am Dienstag vergangener Woche bekamen die US-Bürger indes kaum zu hören. Mangels „Nachrichtenwertes“ hatten die drei großen Fernsehgesellschaften auf eine Live-Übertragung der Reagan-Rede verzichtet. Und der Kongreß wollte ihm auch nicht mehr folgen.

Tags darauf lehnte das (in diesem Fall allein entscheidende) Repräsentantenhaus die von Präsident Reagan geforderte Hilfe für die nicaraguanischen Contras in Höhe von 36,25 Millionen Dollar ab.

Es war eine schmerzhafte Niederlage für den Präsidenten. Nach sieben Jahren Krieg, nach etwa 40 000 Toten, nach über 200 Millionen Dollar offiziell bewilligter Contra-Hilfe – und einem nicht wesentlich geringeren Betrag, der anderswo zusammengebettelt wurde – muß Reagan nun damit rechnen, daß er noch während seiner Amtszeit das Ende der rechten Contras erlebt, während die verhaßten linken Sandinisten die Macht in Managua behalten.

Beide Seiten, Weißes Haus wie Kongreß, hatten die Abstimmung zum „Endspiel“ hochstilisiert, zu einem „showdown“, der ein für allemal klären sollte, ob militärischer Druck auf die Sandinisten oder die Unterstützung des mittelamerikanischen Friedensplans durch Waffenstillstand und Entwaffung der Contras künftig die amerikanische Nicaragua-Politik bestimmen soll. In Reagans Weltsicht ging es wieder mal um „ein Ja oder ein Nein zur Sicherheit Amerikas“.

Mit seiner Niederlage konnte sich der Präsident zunächst nicht abfinden. Er wolle den Contras auch weiterhin helfen, ließ er sich am Morgen nach der Abstimmung trotzig vernehmen.

Pressesprecher Marlin Fitzwater versuchte unterdessen, die aufkommende Sorge vor einem neuen Contra-Skandal zu zerstreuen: Kategorisch schloß er aus, daß sich die USA um eine Contra-Finanzierung durch Drittländer bemühen würden. Anders auch als in dem „Iran-Contra-Ding“ (Fitzwater) werde sich das Weiße Haus aus der Förderung privater Contra-Spenden heraushalten.



Präsident Reagan: „Invest in the Contras“

Wenn das ernst gemeint ist, bleibt Reagan nur noch der Weg, im Rahmen regulärer Haushaltsforderungen um neue Militärhilfe für die Contras zu bitten. Doch anders als bei der Debatte in der vergangenen Woche kann die demokratische Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses eine Abstimmung über solche Forderungen durch die Geschäftsordnung verhindern.

„Wenn sich die Sandinisten nicht danebenbenehmen und nicht von ihren eingegangenen Verpflichtungen abweichen“, dann sei, sagt der demokratische Sprecher des Repräsentantenhauses, Jim Wright, die Militärhilfe für die Contras „effektiv“ beendet.

Die Niederlage des Präsidenten entspricht der wahren Einstellung der Amerikaner zu den Contras. Abgesehen von einer kurzen Zeit nach den stolzen Auftritten des Contra-Promoters Oliver North vor dem Kongreß gab es in den USA nie eine Mehrheit für Reagans aggressive Nicaragua-Politik.

Noch im vergangenen Jahr konnte die Organisation „Quest for Peace“, eine Koalition von über 400 Bürgervereinen, politischen und religiösen Gruppen, 100 Millionen Dollar für Nicaragua aufbringen – genau jene Summe, die der Kongreß zuvor als Contra-Hilfe bewilligt hatte.

Während sich im vergangenen Jahr auch prominente Demokraten bei Oliver North und seinem mittlerweile abgebröckelten Fan-Publikum anbiederten und sich in ihrer Contra-Treue nicht überbieten lassen wollten, wetteifern die sieben demokratischen Präsidentschaftsbewerber derzeit um den Titel des entschlossensten Contra-Gegners.

In seinen Fernseh-Spots, die das Elend Nicaraguas zeigen, verspricht etwa Massachusetts-Gouverneur Michael Dukakis, er werde als Präsident den Krieg beenden.

Genau das trauen die Demokraten im Kongreß dem Präsidenten Reagan nicht zu. Die vergleichsweise bescheidene Geldforderung des Weißen Hauses, nach außen als Kompromißbereitschaft des Präsidenten hingestellt, war in Wirklichkeit darauf angelegt, das Überleben der Contras als Kampftruppe zumindest bis zum Ende von Reagans Amtszeit zu garantieren.

Nur auf den ersten Blick forderte der Präsident 36 Millionen Dollar. Aus dem bereits bewilligten Militärhaushalt und einem Geheimposten wollte er den Re-

bellen weitere 27 Millionen zukommen lassen. Die Contra-Hilfe hätte es in sich gehabt: Sie sollte in erster Linie die Nachschubversorgung der Rebellen-Trupps durch die CIA sicherstellen.

Das Mißverhältnis zwischen 3,6 Millionen für neue Waffen und dem Riesenaufwand für den Transport beweist, daß der US-Geheimdienst noch längst nicht alle Waffen an die Contras weitergeleitet hat, die er aufgrund vergangener Haushaltsbewilligungen erhielt. Nach der Abstimmung am Mittwoch muß nun die CIA ihre Transportflüge am Monatsende einstellen. Legale Möglichkeiten für weitere Waffenlieferungen sind dann verschlossen.

Ein Plan der Kongreßmehrheit – kleiner Trostpreis für Reagan – sieht nur etwa zehn Millionen Dollar humanitärer Contra-Unterstützung vor, auszuliefern von einer internationalen Organisation, etwa dem Roten Kreuz, nicht durch die CIA. Im Weißen Haus wird diese Idee schon als „Kapitulation“ (Stabschef Howard Baker) und als „bloße Flüchtlingshilfe“ (Sprecher Fitzwater) abgetan.

Die Niederlage ihres Präsidenten hat noch einmal alle Hiwis aktiviert, die in der Folge des Iran-Contra-Skandals verstummt waren. General a. D. John Singlaub will wieder weltweit Geld für die Contras eintreiben.

Und Gary Jarmin von der „Amerikanischen Koalition für die Freiheit“ sucht zusammen mit anderen Rechten ganz dringend einen Wall-Street-Broker, der bereit wäre, „Kriegsanleihen“ auf den Markt zu bringen: „Invest in the Contras – darauf hätten wir schon viel früher kommen sollen.“



Contras, Ausbilder: Waffen nur noch bis Ende Februar

USA

Andere Kultur

Er hetzt zwischen Sonderstaatsanwälten hin und her – Reagans Chefankläger Ed Meese. Er ist des Präsidenten größter Skandalminister.

Die Kolumnistin Mary McGrory verglich ihn mit einem „Kleinstadt-Sheriff“. Der New Yorker Journalist Joe Conason nannte ihn „den wahrscheinlich gesetzlosesten Justizminister“ der amerikanischen Geschichte. Noch prägnanter wurde es kürzlich auf etwa 2000 über Nacht im gesamten Washington aufgetauchten Plakaten formuliert: „Edwin Meese ist ein Schwein“, hieß es dort in großen Buchstaben.

Solche Beleidigungen bringen Edwin Meese III., den mächtigen Justizminister der Regierung Reagan und alten Kumpel des Präsidenten, nicht aus der Ruhe. Das mit dem Schwein ist ihm seit den Zeiten der ersten Vietnamproteste geläufig. Weil die Kriegsgegner Polizisten als „Pigs“ beschimpften, begann der Polizeiverehrer Meese damals mit dem Sammeln kleiner Spielzeugschweinchen.

Die Schweine-Rufer hätte Meese, schon zu jener Zeit ein stramm konservativer Republikaner, am liebsten für lange Zeit hinter Gittern gesehen. 20 Jahre Gefängnis seien durchaus gerechtfertigt, sagte Meese 1966 vor dem „Ausschuß für unamerikanische Umtriebe“; immerhin hätten die Demonstranten dem nordvietnamesischen Feind „Hilfe und Erquickung“ verschafft.

Wäre Ed Meese ein kleiner Staatsanwalt im kalifornischen Oakland geblieben, würde er wohl immer noch zur Entspannung am Feierabend den Polizeifunk einschalten oder vom Rücksitz eines Streifenwagens Crime und Anarchie beobachten. Der Aufstieg Ronald Reagans, dem Meese bereits in Kalifornien diente, spülte den Provinzler jedoch nach Washington, wo er, zuerst als Berater Reagans, dann als Justizminister, nun selbst für Crime auf höchster Ebene sorgte.

Kein Jahr verging ohne einen neuen Meese-Skandal, längst ist der Chefankläger zu einem Fall für Staatsanwälte geworden. „Man findet nicht viele Verdächtige, die unschuldig sind“, hatte Meese einst behauptet. Ein Glück für ihn, daß sich die Nation solch merkwürdigem Rechtsempfinden nicht anschließen mochte.

Edwin Meese ist derzeit wieder einmal ein Verdächtiger: Als Meeses alter Studienfreund Robert Wallach 1985 Geld für den Bau einer Pipeline vom irakischen Ölgebiet in Kirkuk quer durch Jordanien an den Golf von Akaba aufzutreiben suchte, öffnete Meese dem windigen Wallach die Türen.

Vorbei am normalen Dienstweg, der seinen Freund ins State Department geführt hätte, sorgte Meese für prompten Zugang zu Sicherheitsberater Robert McFarlane. Die Pipeline, an der Wallach mächtig verdienen wollte, geriet dank Meese zu einer „Angelegenheit der nationalen Sicherheit“.

Bevor die Iraker sich jedoch auf das Projekt einließen, verlangten sie von den Amerikanern, sie sollten eine Zusicherung Israels beibringen, daß die Pipeline nicht angegriffen würde. Der Wunsch wurde prompt erfüllt.

Der Pipeline-Plan wurde Ende 1985 aufgegeben, nachdem der ebenfalls eingeschaltete McFarlane-Vorgänger William Clark zu Vorsicht geraten und das Projekt als einen „Alptraum“ bezeichnet hatte. Sonderankläger James McKay aber fand während seiner Nachforschungen bei Meese ein Memorandum, in dem Wallach vorschlug, Bestechungsgelder an die sozialdemokratische israelische Arbeitspartei zu zahlen.

Doch Edwin Meese hat schon andere Korruptionsvorwürfe überlebt. Es fing schon beim Umzug nach Washington vor sieben Jahren an. Den ließ sich der neuernannte Präsidentenberater – unerlaubterweise – vom Staat bezahlen. Dann, als die Sache aufflog, deklarierte er die Umzugskosten in Höhe von 10 000 Dollar kurzerhand als „Consulting-Gebühren“. Zurückgegeben wurde nichts. Freunde wie Bekannte aus Kalifornien, die ihm zinslose Darlehen gewährt hatten, fanden sich in hohen Regierungspositionen wieder.

So mußte denn, gerade als Ronald Reagan den treuen Meese zum Justizmi-





BEGA GANTENBRINK-LEUCHTEN OHG D-5750 Menden.

Leonhardt & Kern

BEGA

Außenleuchten von BEGA erfüllen hohe Ansprüche an Funktion und Haltbarkeit. Immer in so zeitlosen Formen, daß sie an namhaften deutschen Museen ebenso leuchten wie in italienischen Parks und japanischen Gärten. BEGA Leuchten gibt es beim Elektrohandwerk und im Elektrofachhandel.

BEGA – Licht draußen.

Ein leuchtendes Vorbild.

nister nominierte, der erste Sonderankläger gegen ihn bestellt werden. Dem fehlten letztlich die Beweise, Ed Meese gelobte trotzdem Besserung. Er sei jetzt „weitaus sensibler in diesen Angelegenheiten“ und wolle zukünftig „vorsichtiger“ sein, versicherte Meese dem Rechtsausschuß des Senats, der über seine Nominierung befand.

Im Land aber hielten sich Bedenken. Er sei für das Amt „nicht geeignet“, weil von „zweifelhafter Integrität“, befürchtete der „Boston Globe“. Als Justizminister sei er „nicht wünschenswert“, schrieb die „New York Times“. Und prophetisch warnte der ehemalige Watergate-Sonderankläger Archibald Cox vor einem Justizminister Edwin Meese. Das, so Cox, werde „uns eine bestürzende Lektion über den Zustand unserer Moral bescheren“.

Im Februar 1985, nach 13 Monaten Verzögerung und peinlichen Befragungen, wurde Meese schließlich vom Senat als Justizminister bestätigt; seitdem lieferte er zahlreiche Lektionen über die öffentliche Moral in Amerika. Durchweg waren sie traurig.

So half Meese etwa der mittlerweile bankrotten Rüstungsfirma Wedtech auf dubiose Weise beim Ergattern lukrativer Pentagon-Aufträge. Mit dabei, als Wedtech-Lobbyisten, waren Freund Wallach sowie der Reagan-Intimus Lyn Nofziger. Die beiden sahnten kräftig ab, Meese will sich nur dafür eingesetzt haben, daß Wedtech im Weißen Haus „eine faire Anhörung“ bekam. Wallach und Nofziger stehen mittlerweile wegen Wedtech vor Gericht, Meese tritt – vorerst – als Zeuge auf.

Daß Nofziger für Wedtech erfolgreich bei ihm antichambrierte, daran hat Ed Meese „keine spezifische Erinnerung“. Wie aus 55 000 Dollar, die Meese einem Finanzberater zum Investieren überließ, in nur zwei Jahren fast 100 000 Dollar wurden, ist Ed Meese unerklärlich. Reiner Zufall auch, daß der Finanzberater Direktor von Wedtech war und jetzt ebenfalls auf einen Prozeß wartet.

Weniger zufällig war wohl, daß Meese nach dem Bekanntwerden des Iran-Contra-Skandals fünf Tage zuwartete, bevor er das FBI einschaltete und dem Oberstleutnant Oliver North das Betreten des Weißen Hauses untersagte. Meese, so klagte der republikanische Senator Warren Rudman, habe seine Absichten „telegraphiert“.

North jedenfalls verstand und machte Überstunden am Reißwolf. Und wie immer, wenn es gefährlich wurde, konnte sich Edwin Meese auch vor dem Iran-Contra-Sonderauschuß an vieles nicht mehr recht erinnern.

So eilt der Mann, von dem Ronald Reagan sagte, er werde einen „wahrhaft hervorragenden Justizminister“ abgeben, dieser Tage vom Iran-Contra-Sonderankläger zum Pipeline/Wedtech-Sonderankläger, mal als Zeuge, mal als Verdächtiger. Das freut seine Gegner, denn je mehr Zeit Meese in eigener Sache bei den Staatsanwälten verbringen muß, desto weniger Zeit bleibt ihm als Justizminister. Ob Abtreibungsfreiheit oder die Rechte von Angeklagten, ob Minderheitenschutz oder Schulgebet: Auf seinem Weg zurück kommt Edwin Meese nicht mehr voran, weil er sich selbst neutralisiert hat.



Justizminister Meese: „Zweifelhafte Integrität“

Meese sei „ein Mann aus einer anderen Kultur“, schrieb der „Washington Post“-Journalist Robert Kaiser über Meese. Dorthin, in die „Law and Order“-Kultur, wird der Justizminister wohl bald wieder zurückkehren.

JUGOSLAWIEN

Häufig verfolgt

Der Historiker Plenča, der dem SPIEGEL das Waldheim-Papier übergab, geriet in einen innerjugoslawischen Konflikt zwischen alten Partisanen und Machtinhabern.

Die Partisanen kämpften und siegten in einem Bürgerkrieg gegen Monarchisten, Bauerndemokraten und vor allem die „Ustascha“-Faschisten in Kroatien. Sie siegten sogar über die Deutschen, ihre Besatzungsmacht – unter unsäglichen Opfern.

In einer ihrer schlimmsten Niederlagen, im Kozara-Gebirge im Sommer 1942, starben nach deutschen Angaben fast 4000 Partisanen. Zehntausende Zivilisten aus diesem Gebiet, darunter viele Kinder, wurden in Lager verbracht, wo viele verhungerten.

Die Überlebenden hören, wie der damalige Wehrmachtsleutnant Kurt Waldheim heute das Kozara-Massaker einstuft: „Flüchtlinge“ seien in „Auffanglager“ gebracht worden – kein Kriegsverbrechen. Der Ex-Feind war zum Uno-Generalsekretär und Präsidenten von Österreich aufgestiegen, und das auch noch dank jugoslawischer Hilfe.

Die ehemaligen Partisanen, heute zusammengeschlossen im Veteranenverband „Subnor“, müssen erleben, daß ihr Heroismus offenbar vergeblich war.

Die Schuld am Scheitern der Ideale aus der Kampfzeit geben die Veteranen nun, nach seinem Tod, ihrem Anführer Tito, der sie verraten habe. Ein letztes Gefecht ist fällig – daheim in Belgrad.

Dort erschoß sich der Ex-Kommandeur der 2. Proletarischen Brigade im Krieg, Veselinov, 1985 vor dem „Denkmal der Befreier Belgrads“; in einem Abschiedsbrief beklagte er den „totalen Widerspruch zwischen dem Erstrebten und dem Erreichten“. 1986 protokollierte der „Subnor“-Kongreß die „tiefe ökonomische, moralische und kulturelle Krise“ des von den Partisanen geschaffenen Regimes, die „Bedrohung der Kontinuität der Revolution“.

Im Mai 1987 versammelten sich die noch vorhandenen Kämpfer von 136 Partisanen-Brigaden in der Hauptstadt. Sie forderten die „Wiederherstellung der Einheit der Partei“ (in Jugoslawien: „Bund der Kommunisten“), die durch „Nationalisten“ zerstört worden sei, und drohten, die „unfähige“ Parteiführung abzusetzen. Darauf die Parteispitze: „Äußerst unannehmbare Standpunkte“, „ein Ultimatum“.

Vor sechs Wochen richteten viele pensionierte Partisanen-Generäle und Ex-Obristen einen dramatischen Appell an alle Kampfgefährten von einst: Sie sollten sich wie im Krieg noch einmal zusammenschließen, um Land und Sozialismus vor ihren Feinden zu schützen.

Die Belgrader Zeitschrift „Nin" zitierte daraufhin Kritik an den bejahrten Streitgenossen: „Je näher sie am Rande des Lebens stehen, desto unzufriedener und aggressiver werden sie." Nur sechs Prozent aller Ex-Partisanen, die 1944/45 Armee, Verwaltung, Partei und alle Wirtschaftsbetriebe übernommen hatten, sind noch im Amt – und deshalb, so ihre Weltsicht, leidet Jugoslawien.

Da erinnerte sich einer der Pensionierten, Oberst a. D. Dušan Plenča, der als Halbwüchsiger zu Titos Partisanen gestoßen war, eines Dokuments, das er bei seiner Tätigkeit im Militärhistorischen Institut, als Leiter des Belgrader Militärmuseums, oder in den ihm zugänglichen Geheimarchiven nach seinen Angaben vom Original photokopiert hatte: ein Funktelegramm nach der Kozara-Schlacht, verfaßt von dem Ustascha-Obersten Fedor Dragojlow – nach seiner Herkunft ein Serbe – über das Verlangen des Leutnants „Kurta" (ein in Kroatien gelegentlich gebrauchter Vorname, auch Spitzname) Waldheim, 4224 gefangene Zivilisten in Lager wegzuschaffen (SPIEGEL 5/1988).

Das Papier eignete sich nicht nur, Waldheim zum Mittäter an Kriegsgreueln zu stempeln, sondern auch Jugoslawiens Staatskrise noch zu verschärfen. Dieser Waldheim nämlich war, zum Kummer der Partisanen, ein diplomatischer Spezi des National-Idols Tito. Die Vorlage des Dokuments – beziehungsweise Originals – würde darauf hinweisen, daß der jugoslawische Staatschef aus taktischem Kalkül einen Mann favorisierte, der am 18. Dezember 1947 als Nummer 724 auf der jugoslawischen Liste mutmaßlicher Kriegsverbrecher stand, und zwar unter dem Verdacht der Nähe zu Geiselerschießungen und Mordbrennerei.



Uno-Chef Waldheim, Tito 1978*: „Nützliches Wissen"

Tito aber hatte dem Träger des Zvonimir-Ordens, der ihm vom faschistischen Ustascha-Regime zur Hitlerzeit verliehen worden war, noch den sozialistischen „Orden des jugoslawischen Sterns" zuerkannt und war mit ihm auf die Bärenjagd gegangen.

Plenča (dessen eidesstattliche Erklärung über die Authentizität der Telegrammkopie dem SPIEGEL vorliegt) verweigerte plötzlich die Beschaffung des Original-Papiers. An dessen Existenz hatte während des Wirrwarrs der vorigen Woche Antun Miletić, Abteilungsleiter im Belgrader Militärarchiv und Autor eines kriegshistorischen Standardwerks, keinen Zweifel.

Und der Betroffene Waldheim landete einen Coup eigener Art: Er erklärte nicht etwa – wie von ihm zu erwarten gewesen wäre – die Existenz des Papiers für gänzlich ausgeschlossen, erfunden und absurd, sondern vielmehr für möglich, wie er vorige Woche dem Wiener „Kurier" gestand:

> Selbst wenn sich die Echtheit dieses Telegramms erweisen sollte, so muß man sich die Art dieser Transporte näher ansehen. In jedem Krieg gibt es Gefangene und Flüchtlinge.

Und:

> Ich kann mich beim besten Willen nach 46 Jahren nicht erinnern. Ich kann nur sagen, daß alle Unterlagen, die mir zur Verfügung stehen, auf eine Tätigkeit im Nachschub hinweisen.

Warum verbarg Plenča, wie es tagelang schien, jetzt das Papier – war er beleidigt, daß er nicht in die internationale Historikerkommission aufgenommen wurde, die im Auftrag der österreichischen Bundesregierung Waldheims Kriegsvergangenheit bewältigt? Diese durch seinen Fund blamierte Kommission, klagte er, habe es sogar unterlassen, in seinen Beständen direkt nachzuforschen. Kommissionsmitglied Manfred Messerschmidt suchte vor allem in Zagreb.

Oder hatte Plenča das Original gar nicht mehr? Dutzende Experten durchkämmten vorige Woche die Belgrader Archive, in deren Kellern ungeordnete Akten der Ustascha-Regierung verrotten, insgesamt



Waldheim-Rechercheur Plenča*: Alter Partisan

* Oben: bei einem Besuch Waldheims in Split; unten: vor dem Militärmuseum in Belgrad.

fünf Millionen Dokumente und allein 330 000 des kroatischen Generalstabs sind noch vorhanden.

Oder hielt Plenča das Beweisstück zurück, weil sich bei Vorlage eine Falsifikation ergeben würde? Die jugoslawischen Zeitungen waren da seltsam zwiegespalten: Die kroatischen blieben eher zurückhaltend, die zentralistisch orientierte serbische Presse ging von Echtheit aus. Eine Antwort gab vorige Woche Frankreichs „Monde" mit einer Hypothese.

Danach war Plenča „nur der Mittelsmann zwischen dem SPIEGEL und einer Fraktion an der Spitze des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, die beschlossen hätte, das seit der Tito-Zeit gewahrte Schweigen zum Fall Waldheim zu brechen . . . Andere Beobachter der jugoslawischen Politik sehen in dieser Affäre sogar ein Zeichen der ‚Ent-Titoisierung'. Die Initiative dazu sollen alte Partisanen ergriffen haben, welche die Zeit für gekommen halten, das Idol ein bißchen auseinanderzunehmen".

Bekannt wurde, daß die alten Kämpfer die Belgrader Regierung mit Anfragen eindeckten, weshalb sie nicht selbst zum Fall Waldheim Stellung genommen habe. Kernsatz der Erklärung des Belgrader Außenministeriums zunächst: Es handele sich um „eine innere Angelegenheit Österreichs".

Der Text zu diesem Kommuniqué stammte vom derzeitigen Staatspräsidenten Lazar Mojsov, einem Waldheim-Freund aus New Yorker Uno-Zeiten, wo Mojsov bis 1974 die Belgrader Regierung vertrat. Im Mai wird Mojsov als Staatspräsident routinemäßig ersetzt durch den Bosnier Raif Dizdarević, einen früheren Partisanen. Ob erst dann in jugoslawischen Archiven Glasnost voll ausbricht?

Titos ehemaliger Widerpart Milovan Djilas, der selbst Waldheim belastende Original-Belege gesehen zu haben meint, geht davon aus, daß Tito über die Akte Waldheim unterrichtet war. Der wendige Jugo-Reporter Olaf Ihlau von der „Süddeutschen Zeitung" schrieb nach Recherchen in Belgrad doppelsinnig zwar vom „angeblichen Telegramm", wollte aber auch nicht ausschließen, „daß auf Geheiß des Marschalls belastende Dokumente aussortiert und in einem Sonderarchiv aufbewahrt wurden. Noch 1986, sechs Jahre nach Titos Tod, als Waldheims Kriegsvergangenheit international für Diskussionsstoff sorgte, wurde jugoslawischen Wissenschaftlern und Publizisten der Zugang zu dem Archivmaterial von der Belgrader Regierung verwehrt".

Man habe solche Einsichtnahme, so Außenminister Budimir Lončar, seinerzeit „politisch nicht für opportun gehalten". Ex-Partisan Vladimir Dedijer, Autor einer recht kritischen Tito-Biographie, sprach von einer jugoslawischen „Waldheim-Lobby", zu der eine Gruppe von Kadern des verstorbenen Sowjetagenten Stevo Krajačić gehöre – er habe alle kroatischen Archive für Historiker schließen lassen.

Zeitungen, die über Waldheim schrieben, wurden laut Dedijer „häufig verfolgt", eine Artikelserie in der Zeitschrift „Politika Svet" auf behördliche Anweisung gestoppt, und die Chefredakteurin zum Rücktritt aufgefordert.



Waldheim-Rechercheur Messerschmidt in Zagreb
Vergebliches Suchen

Möglich, daß Plenča zurückgepfiffen wurde: Das Hin und Her des oftmals zerstreuten, aber als Historiker und Zeitgeschichtsautor („Die internationalen Probleme Jugoslawiens im Zweiten Weltkrieg") anerkannten und länger schon mit Waldheim befaßten Wissenschaftlers erklärt sich vor allem aus dem Druck, unter den er im innerjugoslawischen Parteikonflikt um die Seele Titos durch die Veröffentlichung seines Dokuments geraten war: Er hatte, vermutlich nicht aus sich heraus, die Schleuse der verborgen gehaltenen Anti-Waldheim-Dokumente ein klein wenig geöffnet.

Das Parteiorgan „Borba" berichtete vorigen Freitag, das Archiv, zu dem Plenča Zugang hatte, verlange von seinen streng selektierten Benutzern eine schriftliche Erklärung (mit Strafandrohung), „Ansehen und Interessen Jugoslawiens sowie einzelner Personen" – Hinweis auf Tito – nicht zu verletzen.

Diese Interessen aber wären ernstlich gefährdet, wenn sich herausstellte, daß Aktenkenner Tito aus seinem Herrschaftswissen Nutzen zog – wenn auch im höheren Interesse. Waldheim vorige Woche zum „Figaro-Magazine": „Er wußte genau, was er von meiner Vergangenheit zu denken hatte."

Der oberste Österreicher hat sich stets darauf berufen, vor seiner Uno-Wahl von Geheimdiensten gründlich gecheckt worden zu sein, gewiß. „Vielleicht hielten die Supermächte ihr Wissen für nützlich, um Waldheim unter Kontrolle zu halten", vermutete dazu die „New York Times".

Am meisten wußten das sowjetische KGB, das nach dem Krieg alle Unterlagen in Jugoslawien hatte einsehen können, und der jugoslawische Sicherheitsdienst Udba. Der britische „Guardian" äußerte den Verdacht, „daß die Sowjet-Union Waldheim zuließ, weil sie ihn für vorsichtig und fügsam hielt". Die Sowjets, urteilte auch der deutsche Militärhistoriker Janusz Piekalkiewicz, „wußten schon etwas damit anzufangen, wenn sie die Schwächen eines so ehrgeizigen Menschen wie Waldheim kannten".

Bei dessen Wahl zum Uno-Generalsekretär 1971 legten sie kein Veto ein, obschon Waldheim auch in Rußland Hitler-Soldat gewesen war. In der Zwischenzeit hatte er sich offenbar bewährt: Als österreichischer Außenminister hatte er seinen Botschafter in Prag bei Moskaus ČSSR-Invasion 1968 angewiesen, Flüchtlinge nicht einzulassen. Bei der Uno machte er Moskaus Nahost-Protégé Arafat gesellschaftsfähig und steigerte die Zahl der sowjetischen Uno-Angestellten auf 250; den Jugoslawen Rudolph Stajduhar berief er zu seinem Pressesprecher.

Die Hintergründe kannten einige jener Ex-Partisanen, die im jugoslawischen Sicherheitsdienst ihre Domäne hatten und den „Subnor"-Vorsitzenden Aleksandar Ranković als Innenminister zum Chef. Sie wagen wohl erst heute, ihr Wissen auch zu nutzen, obwohl die Entfremdung gegenüber ihrem Idol Tito schon 1962 begonnen hatte: Damals ließ Belgrad Waldheims Kriegsvergangenheit unter eine – von den Altpartisanen nicht geschätzte – Amnestie fallen.

Der Unmut der Veteranen stieg, als Tito 1966 ihren „Subnor"-Vorsitzenden Ranković aus der Regierung stieß; mit ihm gefeuerte Ranković-Untergebene nahmen viele Dokumente mit.

Tito begann, seine alten Kampfgenossen zielbewußt durch junge Technokraten zu ersetzen. Er versüßte den Alten den Vorruhestand mit doppelter Anrechnung der Kriegsjahre bei der Rente, aber sie sahen sich vom Parteiblatt



Hamburger Abendblatt

„Österreichs Stehaufmännchen“

„Borba“ beleidigt: „Wir sind nicht dafür, daß man für Kriegsverdienste größere Tantiemen bezieht und ewig Coupons schneidet.“

Im Jahr darauf kam es zum Konflikt: Wegen „Fraktionismus und Parteischädigung“ flog der populäre „erste Partisan“ von 1941, Radivoje Jovanović, aus der Partei. Partisanen-Führer Vukmanović („General Tempo“) hielt 1967 Tito den Niedergang der Revolution vor und trat als Gewerkschaftschef zurück.

Derzeit fordern die Alten die Entlassung von Spitzenfunktionären in Kroatien, weil die sich gegen ihren „Subnor“-Verein gewendet hatten, gegen ihr rückwärts gerichtetes Denken und die Jugenderziehung nach „Vorbildern der Vergangenheit“: Die Ex-Partisanen, zumeist Serben, reden am liebsten von den Kriegsverbrechen der Kroaten.

Seit Wochen kursiert in Belgrad eine „schwarze Liste“, auf der alte Kämpfer registriert haben, wer dem Aufbau ihres Sozialismus im Wege steht: darunter fast die komplette Führung des Bundeslandes Slowenien, der sie vorwerfen, „Unruhe und Zwietracht“ in die Reihen der Partei und ihres ZK zu tragen. Dazu der slowenische Funktionär Joze Smole: „Eine Schweinerei.“

Admiral Branko Mamula, Ex-Partisan und Verteidigungsminister, sieht das anders. Auf einem Traditionstreffen pensionierter Freischärler erklärte er, „der Feind“ unterwühle schon sehr lange „die Grundfesten unseres Systems“. Gesäubert werden müßten auch Kultur und Geschichtswissenschaft.

Auf Widerstand stoßen die Partisanen allerorts im Jugoslawien von heute. Der Schauspieler Radko Polić fragte sie in der slowenischen Studentenzeitschrift „Tribuna“, warum sie „nach ihrem Sieg 1945 das Rad der Geschichte nur zurückgedreht haben“, bis Jugoslawien „in die völlige Niederlage“ geraten sei.

Generaloberst a.D. Pavle Jakšić, einst Wehrkreisbefehlshaber Belgrad, warnte Mamula brieflich vor dem Untergang des Sozialismus. Und die Ortsgruppe Split der alten Kameraden kündigte an: „Niemand wird uns bevormunden, worüber wir reden sollen. Wir werden alles auf die Tagesordnung setzen, was nötig ist.“

Auch den Fall Waldheim?

In der erbitterten Schlacht, deren Teilnehmer demnach bis in die obersten Ränge von Partei und Staat reichen, konnte das brisante Waldheim-Dokument des Historikers Plenča als schwere Mine lanciert, aber auch außer Verkehr gezogen oder vernichtet, als gefälscht oder authentisch präsentiert werden – alles war möglich. Mithin auch für jene Historikerkommission, die es sich nicht nehmen lassen wollte, ihr Gutachten mit oder ohne jugoslawische Hilfe diesen Montag vorzulegen – auf die Gefahr, es jederzeit revidieren zu müssen.

In Belgrad forderte das Parteiblatt „Borba“ – für einen kommunistischen Staat sensationell – die Regierung auf, nun doch Klarheit zu schaffen. Leicht war das gewiß nicht: Ein Regierungsinsider verriet der Agentur Associated Press, daß ein Beschluß der „Zustimmung aller sechs jugoslawischen Teilrepubliken und der zwei Provinzen“ bedürfe.

Vorigen Freitag schien sich in Belgrad eine Klärung abzuzeichnen: Ein für die Regierungsverlautbarungen zuständiger höherer Funktionär erklärte dem SPIEGEL autoritativ: „Das Originaldokument ist gefunden worden.“ Und, auf Nachfrage: „Man ist sich auf jeden Fall sicher, daß es sich nicht um ein Falsifikat handelt. Die Frage ist nur noch, wie man das Ganze handhaben soll.“

Und dann natürlich noch die Frage, auf welcher Seite der Front dieser Funktionär steht.

NAHOST

Zeit der Wende

Selbst Israels Rechte begreifen langsam: Eine politische Lösung für die besetzten Gebiete wird immer dringender.

Die „Intifada“ – so „Aufruhr“ auf arabisch – in den von Israel besetzten Gebieten begann vor zwei Monaten. Bisherige Bilanz: 42 tote Palästinenser, Hunderte Verletzter, ein Ende nicht in Sicht. „Das kann zwei oder drei Jahre anhalten“, bangte Israels führender Militärkommentator Seew Schiff.

Es könnte bald noch schlimmer werden, wenn nämlich „die bisher steinewerfenden Jungen zu scharfen Waffen greifen“, wie der Befehlshaber des israelischen Süddistrikts, General Jitzchak Mordechai, befürchtet.

Rechtsradikale Kreise in Israel dagegen wittern Böses ganz anderer Art: Friedensgefahr. Versuche der USA, die seit Jahren eingefrorenen Ausgleichsgespräche zwischen Juden und Arabern flottzumachen, könnten „Groß-Israels Aufbau und die Zukunft unseres Volkes gefährden“.

Will heißen: Was nach dem Abkommen mit Ägypten mit dem Sinai geschah – also die Totalräumung durch Israel –, stehe womöglich auch für die anderen besetzten Gebiete bevor.

Das wollen Israels Ultras aber unter keinen Umständen zulassen. Denn die Halbinsel Sinai sei etwas anderes als das Jordan-Westufer, die Urheimat des jüdischen Volkes. „Hier wird es Krieg geben“, drohte die rechtsradikale Abgeordnete Geula Cohen in der Knesset: Der Schatten eines Bürgerkriegs unter Israelis belastet alle Befriedungsversuche.

Auch die meisten jüdischen Wehrsiedler in den besetzten Gebieten rüsten zum Kampf gegen „die nahende Kapitulation“. Vergangene Woche griffen Gruppen von ihnen arabische Ortschaften und Flüchtlingslager an, schlugen Autoscheiben und Fenster ein, drohten über Lautsprecher noch schärfere Repressalien an. Nach dem Urteil der liberalen Zeitung „Jediot Acharonot“ blockieren „die Extremisten jede Koexistenz“.

Genau das wollen diese Groß-Israel-Chauvinisten tatsächlich. Denn erstmals seit langen Jahren zeichnen sich bescheidene Chancen für einen Dialog zwischen Israelis und den Arabern ab. Sogar innerhalb des rechten Likud-Blocks und aus dem Mund von Premier Jizchak Schamir waren zage Entspannungstöne zu hören.

Mitte Januar hatte Schamir einen detaillierten siebenseitigen Brief mit „neuen Ideen“ an US-Außenminister Shultz gerichtet. Der Regierungschef erklärte sich gewillt, den Palästinensern „eine völlige Autonomie“, wohl auch über Boden und Wasserreserven, zu gewäh-



Palästinensische Demonstranten im West-Jordanland: „Das kann zwei oder drei Jahre anhalten"

ren – das wäre mehr als je zuvor. Israel würde lediglich für Sicherheit und Außenpolitik der Gebiete verantwortlich bleiben. Gleichzeitig bestritt der Premier, daß er Verhandlungen über territorialen Verzicht, also „Frieden gegen Land", abgelehnt habe.

Wahrscheinlich wollte Schamir damit jedoch Zeit gewinnen: Verhandlungen, so glaubt er, würden den Status quo bekräftigen, ihre Dauer zu Israels Gunsten arbeiten.

Aber dann liefen die Dinge anders und schneller als erwartet. Ägyptens Präsident Husni Mubarak stellte ein Kompromißprogramm vor – unter Verzicht auf Gewalttaten und den Bau neuer Siedlungen –, für das er Zustimmung in den USA und in Westeuropa fand.

Amerika übermittelte neue Vorschläge an Jordaniens König Hussein: US-Sonderbotschafter Philip Habib flog in die jordanische Hauptstadt Amman, wo er „Skepsis, aber grünes Licht" vorfand. Noch vorigen Freitag plante US-Unterstaatssekretär Richard Murphy „energische Beratungen" (Shultz) im nahöstlichen Spannungsgebiet. Er will folgende Schritte vorschlagen:

▷ Für April/Mai soll eine internationale Konferenz aller Betroffenen sowie der Vertreter beider Supermächte vorbereitet werden – mit „authentischen Palästinensern" als Repräsentanten der besetzten Gebiete.

▷ Im Oktober würde eine palästinensische Selbstverwaltung in Aktion treten, Israel seine Truppen und seine Zivilverwaltung aus den großen Städten der besetzten Gebiete abziehen.

▷ Die Dauer der „beschleunigten Autonomie" soll von den in Camp David vorgesehenen fünf Jahren auf drei bis vier Jahre reduziert werden. Simultan müßten ständige Friedensvereinbarungen ausgehandelt werden.

Außenminister Schimon Peres, Chef der israelischen Arbeitspartei, hält „die Zeit einer Wende für gekommen". König Hussein äußerte sich in Paris „vorsichtig zuversichtlich". Und Ägyptens Mubarak mahnte, es wäre „eine unverzeihliche Tragödie, diese goldene Chance zu vergeuden".

Auch Israels bisheriger Scharfmacher Schamir hat sich mit seiner scheinbaren Konzilianz in eine Sackgasse manövriert. In seiner Hauspartei, dem rechten Cherut, wurde laut „Haaretz" wieder „die schwarze Flagge des ewigen Nein gehißt", vor allem durch den früheren Kriegshelden und jetzigen Industrieminister Ariel Scharon. Er forderte, die Reagan-Pläne durch den Bau zusätzlicher Wehrsiedlungen zu „neutralisieren", sein Gesinnungskollege, Wohnungsbauminister David Levi, versprach, „Tausende Häuser in den Gebieten zu erstellen".

Da diese beiden Hardliner darauf sinnen, Schamir vor den nächsten Wahlen die Führung der Partei streitig zu machen, mußte der Premier ihnen schon wieder ein wenig nachgeben: Autonomie sei „die absolute Grenze unserer Zugeständnisse", beteuerte er und versprach gleichfalls, den Bau zusätzlicher Siedlungen zu begünstigen.

Damit freilich würde er die Lage verschärfen. Zwar richtet sich Israel ohnehin auf einen langen Kampf ein und hat vergangene Woche erstmals Reservisten gegen die Aufrührer eingesetzt. Doch die „Revolte der Steine" machte vielen Israelis, wirksamer als alle bisherigen Kriege zwischen arabischen Staaten und Israel, die Notwendigkeit einer politischen Lösung klar.

Immer schmerzhafter berühren viele die auch im heimischen Fernsehen gesendeten Bilder von israelischen Soldaten, die brutal auf Palästinenser einprügeln – auf Befehl der Armeeführung. Die knochenbrechenden Soldaten, meist nicht älter als ihre Opfer und mindestens genauso ängstlich, empfinden viele Juden als krassen Widerspruch zur eigenen Verfolgungsgeschichte und zum moralischen Anspruch ihres Staates.

Vorvergangenes Wochenende forderten 489 israelische Psychologen die Jerusalemer Regierung auf, den Seelenzustand des Volkes nicht weiter zu erschüttern. Sonst lauere, so die Fachleute, eine große Gefahr: Die gesamte israelische Gesellschaft könne an dieser „praktisch und moralisch unhaltbaren Situation" erkranken.

ISRAEL

Saison der Steine

Sieben Prozent der Arbeitskräfte Israels sind Palästinenser. Rund die Hälfte von ihnen blieb wochenlang zu Hause.

Man sieht sie im Morgengrauen auf dem Uhrenplatz in Jaffa, vor dem Ali-Baba-Hotel in Ost-Jerusalem, an den Einfahrten nach Ashkelon oder Herzlija.

Man sieht sie überall in Israel – in ausgefranster Arbeitskleidung und schäbigen Turnschuhen, mit bescheidenen

Eßpaketen und primitivem Werkzeug in der Hand: Palästinenser aus den von Israel besetzten Gebieten auf dem Weg zur Arbeit oder auf der Suche nach Arbeit im jüdischen Kernstaat.

100 000 Araber – 45 000 aus dem Gazastreifen, 55 000 vom Jordan-Westufer – arbeiten für „den Feind in der eigenen Heimat", so ein Mechaniker aus Chan Junis, und über etliche Jahre verlief diese Art Kollaboration erstaunlich reibungslos.

Erst Mitte Dezember 1987, nachdem die Palästinenserrevolte in den besetzten Gebieten losgebrochen war, blieben Zehntausende von Palästinensern, etwa die Hälfte der in Israel tätigen, ihren Arbeitsplätzen fern – sei es, weil sie PLO-Anweisungen folgten, sei es, weil israelische Ausgehverbote für die Flüchtlingslager sie zum Müßiggang zwangen. Und manche, die erschienen, übten Sabotage. Die Folgen waren für viele israelische Betriebe schlimm.

Denn die palästinensischen Arbeitnehmer stellen etwa sieben Prozent der Werktätigen Israels. Sie bauen Häuser und Hotels, sind Straßenfeger und Gärtner, Kellner und Köche. Sie schaffen in den Wäschereien der Hospitäler, stehen an den Maschinen der Textilfabriken, ackern auf Feldern oder pflücken Orangen. Sie errichteten sogar die meisten israelischen Wehrsiedlungen und klagten zugleich, das sei „ein Krebs an unserem Leib".

Israel ist über die Jahre von diesen Arbeitern abhängig geworden. „Ohne sie kann kaum noch etwas laufen. Weil sie willig und billig sind, wollen an ihrer Stelle kaum noch Juden den Rücken krümmen", so umschreibt ein israelischer Fabrikbesitzer das Problem.

Mit wenigen Ausnahmen liegt das Einkommen der Palästinenser in Israel mindestens ein Drittel unter den für Israelis gültigen Tarifen, wenn auch beträchtlich über dem arabischer Betriebe.

Den festangestellten Gastarbeitern werden nahezu 30 Prozent Steuern abgezogen, deren größter Teil – schätzungsweise 180 Millionen Dollar jährlich – in die Kassen der Besatzungsmacht fließt. Dafür haben sie Anrecht auf Kindergeld, Krankenversicherung, Urlaub und Arbeitslosengeld. Etwa tausend über 65 Jahre alte arabische Arbeiter empfangen sogar Rente von einem Staat, den sie nicht anerkennen.

Tagelöhner hingegen sind bedeutend schlechter dran. Sie beziehen im besten Fall 20 bis 30 Dollar täglich, solange sie sich schinden, von Sozialleistungen keine Rede. Andererseits geraten sie nicht in Kontakt mit den staatlichen Behörden Israels, mit denen sie nichts zu tun haben wollen, um „nicht zum eigenen Begräbnis zu gehen".

Als sie wegblieben, Festangestellte wie Tagelöhner, geriet die Arbeit vielerorts, auf Baustellen etwa, ins Stocken. Ein Bauunternehmer in Jerusalem, in Zeitdruck geraten, bot jüdischen Bauarbeitern doppelte Löhne an, doch kaum einer kam: „Die fühlen sich wie Effendis."

Mehrere Fabriken im Süden des Landes, hauptsächlich kleine Unternehmen, gerieten in Schwierigkeiten oder mußten gar ihre Produktion einstellen: Bis zu einem Viertel ihrer Belegschaft kommt aus den besetzten Gebieten. Außerdem setzen sie im Schnitt 20 Prozent ihrer Produktion dort ab – der doppelte Ausfall war schwer zu verdauen.

In der Landwirtschaft, besonders während der Zitrusernte, sowie in den Packhäusern waren die weggebliebenen Arbeitskräfte ebenfalls schwer zu ersetzen. Denn dort sind die Gehälter besonders gering, jüdische Arbeiter ziehen das fast gleich hohe Arbeitslosengeld vor.

„Wir wurden zu Geiseln unserer arabischen Arbeiter", klagte ein Farmer im Negev, der seine diesjährigen Exportziele für Obst und Gemüse wohl kaum erreichen kann. Da half auch der Notstandseinsatz von Gymnasiasten oder Gewerkschaftern bei der Orangenernte wenig.

Den Schaden, den Israels Wirtschaft bislang erlitt, berechnete der Wirtschaftswissenschaftler Assaf Rasin auf 20 Millionen Dollar monatlich. Bei langfristig anhaltendem Produktionsausfall könnten daraus Hunderte Millionen Dollar im Jahr werden.

Mittlerweile kamen die meisten arabischen Arbeiter wieder zurück. Doch viele haben ihren zumindest passiven Widerstand nicht aufgegeben. Ein 21jähriger Kellner aus Chalchul warnte, jetzt wolle er wenige Wochen schaffen, „denn meine Familie braucht das Geld", anschließend werde „eine noch härtere Saison der Steine" beginnen.

Viele der an ihre Arbeitsplätze Zurückgekehrten scheinen ihren israelischen Arbeitgebern plötzlich „hochmütig geworden", erzählt der Leiter einer Zitrusplantage: „Jetzt steigen sie auf die Bäume und singen revolutionäre Palästinenserlieder." Ihm werde da manchmal mulmig: „Eine Waffe trage ich stets bei mir, denn diese Leute benehmen sich wie PLO-Vertreter."

„Satte Mägen knurren nicht", diese Devise hatte einst Israels Verteidigungsminister Mosche Dajan für die besetzten Gebiete ausgegeben. Sollte heißen: Wer tagsüber sein Brot in Israel verdient, werde nachts schwerlich dort Bomben werfen. Diese Gleichung geht nun plötzlich nicht mehr auf.

Israelische Unternehmer verdächtigten einige ihrer arabischen Angestellten sogar der Sabotage: Nägel wurden in Gasrohre geschlagen, Wasserleitungen verstopft, Elektroleitungen zerschnitten, sanitäre Anlagen beschädigt, zumindest in einem Fall über Nacht in einem Neubau alle Wasserhähne offengelassen.



Palästinensischer Arbeitsmarkt in Ost-Jerusalem*: Willig und billig

Um künftig vor Sabotage sicher und von Palästinensern weniger abhängig zu sein, will Israel Arbeitskräfte von fernher importieren. Der Industriellenverband empfahl, mindestens 14 000 Gastarbeiter per Charter einzufliegen.

Zwar weigert sich das Arbeitsministerium bisher, eine solche Absicht zu bestätigen. Doch schon jetzt schaffen – bei vier bis fünf Dollar Stundenlohn – 3000 legale sowie 5000 illegale Arbeiter in der israelischen Wirtschaft: so aus der Türkei, Griechenland und Spanien, aus Thailand und von den Philippinen. ◆

* Arabische Tagelöhner verdingen sich bei Israelis.

„Für uns ist der dritte Weltkrieg ausgebrochen“

SPIEGEL-Redakteur Hans Hielscher auf einem britischen Kriegsschiff im Golf

In der Nacht zum Freitag um 2.51 Uhr empfing die Fregatte „Battleaxe“ einen dringlichen Funkspruch: „Hier ist ‚Tavisstock‘, Position zwölf Meilen nordöstlich von Dubai. Wir werden angegriffen.“

Die Nachricht unterbrach die Routine auf dem britischen Kriegsschiff. Der Wachhabende weckte Kapitän Tim Norman-Walker, 46, und den auf der „Battleaxe“ stationierten Kommandanten der Royal Naval Task Force im Mittleren Osten, Colin Cooke-Priest, 47. Ein Offizier ermittelte indessen über die „Tavisstock“: 87 000-Tonnen-Gastanker, fährt unter Panama-Flagge.

„Wir werden angegriffen“, meldete sich die „Tavisstock“ wieder, „wir haben Feuer an Bord.“ Dann rief eine aufgeregte Stimme zweimal: „What we need is the Navy“ (Was wir brauchen, ist die Navy).

Doch die „Battleaxe“ konnte auf den Hilferuf nicht reagieren: Sie befand sich weitab in der Straße von Hormus, wo sie die Tanker „Eastern Power“ und „Havkong“ aus dem Golf hinausgeleitete.

Aber auch wenn sie nahe am Tatort gewesen wäre, hätte die Navy wohl nicht eingegriffen, denn Anspruch auf ihren Schutz haben nur Schiffe aus Großbritannien und abhängigen Territorien (Gibraltar, Hongkong, Bermuda, Bahamas).

So hörten denn kurz danach die Männer auf der Brücke der „Battleaxe“ erleichtert den Funkverkehr zwischen der „Tavisstock“ und dem Hafen von Dubai mit: „Alle sind okay . . . Wir haben keine Opfer zu beklagen . . . die Brände sind gelöscht.“ Die Angreifer hatten lediglich die Radaranlage zerstört.



Britische Fregatte, Tanker im Persischen Golf: „Wir sind besser als die“

„Das kann die ‚Sabalan‘ gewesen sein“, mutmaßten „Battleaxe“-Offiziere über die Attacke. Die Briten waren dieser iranischen Fregatte (gebaut 1972 in England und unter dem Namen „Rostam“ an den Schah geliefert) Donnerstag gegen 16 Uhr begegnet. Da hatte sich die „Battleaxe“ vor Dubai mit der „Eastern Power“ und der „Havkong“ getroffen, um anschließend im Konvoi durch die Straße von Hormus zu fahren.

Briten und Iraner hatten wie üblich höflich Grüße ausgetauscht: Namen der Schiffe, Reiseziel, „gute Fahrt“. „Die kennen uns und haben Respekt“, sagt „Battleaxe“-Kapitän Norman-Walker über die Iraner, „alle ihre Marineoffiziere über 40 sind in England ausgebildet worden.“

Das trifft nicht auf jene Angreifer zu, von denen der Koreaner Dee Mun, Kapitän des hinter der „Battleaxe“ fahrenden 240 000-Tonnen-Tankers „Eastern Power“, berichtet. Sein Schiff, registriert in Liberia, aber Eigentum von „Worldwide Shipping“ in Hongkong und damit zu britischem Schutz berechtigt, war am Heiligen Abend von drei Rennbooten mit Pasdaran bedroht worden. „Die kamen bis auf zehn Meter an uns heran“, sagt Dee Mun, „und wir waren auf das Schlimmste gefaßt.“

Doch die Revolutionskrieger drehten ab, ohne einen Schuß abgefeuert zu haben, als ein Hubschrauber der Fregatte „Scylla“ herannknatterte.

„Ich weiß nicht, was ohne den britischen Schutz passiert wäre“, sagt Mun, 58, ehemals Kapitän der südkoreanischen Kriegsmarine. Er transportiert Öl aus dem Golf zu den Philippinen. Die Besatzung, nur 26 Männer, sind alle Südkoreaner. Sie sagen, daß sie sich im Konvoi sicher fühlen, aber Maat Lee Cheol Ju hat seinen Angehörigen lieber verschwiegen, daß die Reise in den Golf ging.

In oder vor dem Meer, das mit 224 000 Quadratkilometern halb so groß ist wie die Ostsee, tummeln sich 40 Kriegsschiffe aus den USA und ein halbes Dutzend aus der Sowjet-Union. Frankreich hat rund 20 Schiffe in der Region. Dazu kommen Italiener, Holländer, Belgier und die Briten, deren Royal Navy mit zehn bis zwölf Schiffen im Einsatz ist.

Allein diese „Anhäufung von Marine-Hardware“, so urteilt im modernen Militärjargon die britische Fachzeitschrift „Defence“, berge ein hohes „Risiko von Konfrontationen“.

An Bord der britischen „Battleaxe“ herrscht ständig Alarmbereitschaft. „Für uns ist es, als wäre der dritte Weltkrieg ausgebrochen“, sagt Kapitän Norman-Walker.

Das 131 Meter lange Kriegsschiff hält seine Exocet- und Seawolf-Raketen feuerbereit. Die Geschütze sind geladen. Die 230 Besatzungsmitglieder behalten die Kleidung an, wenn sie schlafen ge-

hen. Motto zur Golf-Mission: „This is a frontline frigate."

Die Front-Fregatte ist im September im Golf eingetroffen und wird Mitte Februar vom Schwesterschiff „Boxer" abgelöst. „Ein Ende des Einsatzes", sagt Kommandant Cooke-Priest, „ist nicht abzusehen."

Für die Engländer ist die Operation so etwas wie ein Heimspiel; schließlich sind sie schon über 200 Jahre in diesen Gewässern aktiv.

Seit 1766 hatten die Briten die Herrscher im Osten der arabischen Halbinsel mit Schutzverträgen und Strafexpeditionen als Verbündete zwangsverpflichtet. Die Garnison in Aden stand als Einsatzreserve zur Erhaltung der Pax britannica bereit.

Nach dem Zweiten Weltkrieg unterstützten die Briten Vereinigungsbestrebungen unter den Mini-Emiraten und entließen sie 1971 in die Unabhängigkeit. Ein Freundschaftsvertrag mit den neu entstandenen Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) sicherte der alten Schutzmacht den dominierenden Einfluß bis heute.

Briten beraten die VAE-Ministerien, Briten drillen die VAE-Streitkräfte und die Kriegsmarine von Oman am Eingang zur Straße von Hormus. In den Emiraten leben und arbeiten rund 20 000 Bürger aus der einstigen Schutzmacht.

Die britische Präsenz ist so selbstverständlich, daß sich niemand in der Region aufregte, als London 1980 sofort nach Ausbruch des Iran-Irak-Krieges Navy-Einheiten in den Golf entsandte.

Seitdem begleitet die sogenannte Armilla-Patrouille aus Zerstörern und Fregatten (so genannt nach einem Computer-Codewort ohne besondere Bedeutung) Schiffe mit den Flaggen Großbritanniens und abhängiger Gebiete durch die Straße von Hormus bis Bahrein.

Die Welt nahm die britische Armilla-Patrouille kaum zur Kenntnis, wohl weil die Iraner nie einen solchen Geleitzug beschossen. Die Amerikaner dagegen liefen schon mit ihrem ersten Konvoi auf eine Mine, die den Supertanker „Bridgeton" am 24. Juli 1987 schwer beschädigte.

Die USA hatten sich erst im vergangenen Jahr in den Golf locken lassen, nachdem die Sowjet-Union der Bitte Kuweits an die beiden Großmächte nachgekommen war und dem bedrängten Ölland drei Tanker geliehen hatte. Da wollten die USA nicht nachstehen und ließen elf kuweitische Schiffe unter dem Sternenbanner – und damit unter amerikanischem Navy-Schutz – laufen.

Anders als die zurückhaltenden Briten forderten die Amerikaner Strafmaßnahmen gegen den Iran und drängten ihre Nato-Verbündeten, durch Entsendung von Minensuchern Solidarität zu demonstrieren. Damals erteilte ausgerechnet Margaret Thatcher Washington eine Absage: Es sei wichtig, Ruhe zu bewahren.

Wenige Wochen später aber liefen die vier modernsten Minensucher der britischen Navy in den Golf aus. Die Premierministerin hatte ihre Meinung geändert, weil inzwischen auch außerhalb des Golfs Minen entdeckt worden waren – bei Fudscheira, vor der Einfahrt in die Straße von Hormus, wo die Konvois der Armilla-Patrouille zusammengestellt werden.

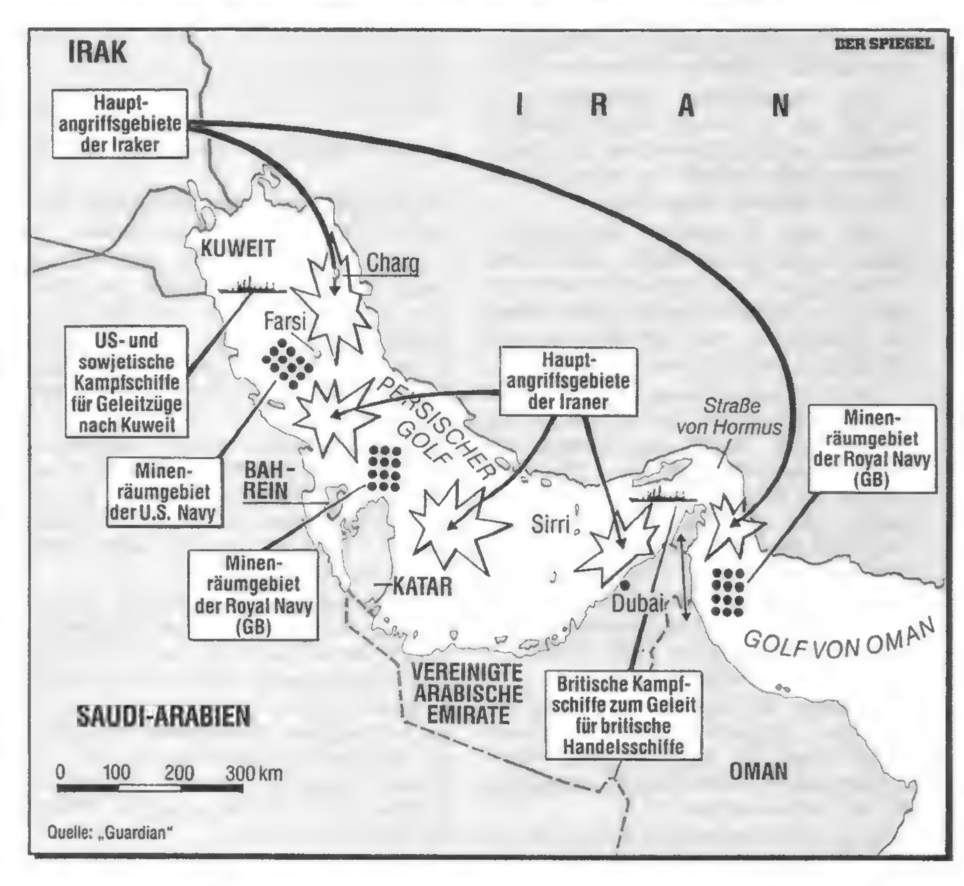
Die britischen Minensucher wurden vor Fudscheira und nördlich von Katar fündig. Neben den Handelsschiffen mußte die Armilla-Patrouille nun auch noch die Minenjäger schützen.

Die Minenjäger erweiterten das britische Engagement im Golf erheblich. Denn die kleinen Schiffe müssen relativ oft an Land anlegen, was verstärkte Kontakte mit den Golfstaaten nötig macht. Die Engländer bemühen sich dabei peinlich korrekt, keine Empfindlichkeiten zu verletzen: Sie bitten die Gastländer vor jedem Anlegen und vor jeder Hubschrauberlandung um Genehmigung und nehmen geduldig hin, daß die arabische Bürokratie manchmal langsam reagiert.

Die Araber schätzen das. Während die Amerikaner öfter durch ihre Forschheit Anstoß erregen, ist Kritik an den Briten, wie sie die kuweitische Zeitung „El-Kabas" übte, selten: „Da schickt die alternde Eiserne Lady ein paar Minenräumer in den Golf . . . Aber gleichzeitig werden Handelsschiffe angegriffen, und kein britischer Matrose läßt sich beim Sonnenbad stören . . . weil die angegriffenen Schiffe nicht die Flagge Ihrer Majestät tragen."

Die Briten sind eben bemüht, nicht zu herausfordernd Flagge zu zeigen. So betonen sie, daß ihre Armilla-Patrouille Handelsschiffe *begleitet* (to accompany), während die US-Flotte ihre Konvois *geleitet* (to escort): Bei den Amerikanern haben die Kriegsschiffe den Oberbefehl, bei den Engländern, so sagen die Navy-Leute, formiere sich der Geleitzug freiwillig wie im zivilen Leben.

„Wir sind besser als die", prahlt ein Besatzungsmitglied der „Battleaxe", „die Amerikaner eskortieren drei Tanker mit fünf Kriegsschiffen. Wir aber haben schon ganz allein fünf Handelsschiffe begleitet." Die „Battleaxe"-Besatzung nennt die beiden Hauptmotoren der Fregatte „Ronnie" und „Nancy".



Für die – ebenfalls um Zurückhaltung bemühten – Russen im Golf zeigen die Briten eine gewisse Sympathie. „Die verrichten den gleichen Job wie wir", sagt Kapitän Norman-Walker. Und anders als etwa im Nordatlantik herrsche im Golf ein geradezu herzlicher Ton im Funkverkehr. „Sie haben uns zum neuen Jahr gratuliert und uns gute Gesundheit gewünscht."

Freitag morgen mußte der Funker der „Battleaxe" einen Moment überlegen, als der Kollege vom Zerstörer „Admiral Zacharow" plötzlich fragte: „Was gibt es Neues in der Golfpolitik?"

Nach einer Verlegenheitspause antwortete der Brite: „Hören Sie um sieben Uhr die Nachrichten der BBC." ◆

LUFTFAHRT

Ausgesprochen unfair

Ist der neueste Airbus ein Super-Vogel oder eine lahme Ente?

John King hat es weit gebracht. Aus kleinen Verhältnissen ist er ohne jeden Schulabschluß zum Chef von British Airways aufgestiegen, der größten Fluggesellschaft Europas.

Wegen seiner Verdienste um die britische Wirtschaft darf sich John King, 70, nun Lord King of Wartnaby nennen. Das hört sich zwar ungemein fein an, aber ein Gentleman ist der Sohn eines einfachen Soldaten nicht geworden. Englisches Fairplay ist jedenfalls nicht im Spiel, wenn der vierschrötige Neu-Edelmann über den europäischen Airbus herzieht.

Der vielgerühmte Kurzstrecken-Jet A 320 sei zu schwer, seine Turbinen leisteten weniger als erwartet. Der Spritkonsum liege deshalb um neun Prozent höher als geplant, klagt King.

Das neue Prunkstück des europäischen Flugzeugbaus erhöht nach Kings Meinung „nicht nur generell unsere Kosten“. Auf langen Strecken sänken sogar die Einnahmen, weil „wir nicht mit voller Ladung fliegen können“.

Die Airbus-Ingenieure konnten's nicht fassen. Bislang galt der A 320 als ihr bester Wurf. Durch den Einsatz von Kohlenfaserstoffen ist der 150-Sitzer leichter als andere Flugzeuge, die Triebwerke sind sparsamer im Verbrauch. Auf 1000 Meilen (1600 Kilometern) sei der Airbus etwa zehn Prozent günstiger als die modernste Version der Boeing 737, rechnet Wolfgang Schneider, Chef des A-320-Programms beim deutschen Airbus-Partner MBB, vor.

Weshalb, so fragen sich die Airbus-Manager, versucht Lord King, diesen Super-Vogel, der mit dem modernsten, vollcomputerisierten Cockpit ausgestattet ist, mieszumachen?

King gilt als britischer Patriot, in seinem Weltbild ist das Europa-Flugzeug schwer unterzubringen. Bei British Airways fliegt bislang kein einziger Airbus; an den A 320 kommt die Fluggesellschaft nur, weil sie kürzlich den inländischen Konkurrenten British Caledonian übernommen hat und der Aufträge an Airbus erteilt hatte.

British Airways hält dem amerikanischen Flugzeughersteller Boeing die Treue. Das hat vor allem damit zu tun, daß die Amerikaner ihre Flugzeuge stets auch für Rolls-Royce-Triebwerke auslegen. Eine Maschine ohne Rolls-Royce-Motoren ist für King kein Flugzeug, lernten die Airbus-Manager bei ihren Verhandlungen mit dem eigenwilligen Lord. Der A 320 jedoch fliegt mit Turbinen von General Electric aus USA und Snecma aus Frankreich.

Trotz der Beteiligung von British Aerospace am Airbus-Projekt konnte der europäische Gemeinschafts-Jet deshalb nie bei British Airways landen.



Airbus A 320: Schon vor dem ersten Einsatz runtergeputzt

Kings Zuneigung zu Rolls-Royce hängt mit der Vergangenheit des robusten Briten zusammen. Mit 28 Jahren kaufte er einen kleinen Familienbetrieb in den Midlands und begann Kugellager herzustellen. Rolls-Royce war sein Hauptkunde.

Lieferant dieses edlen Automobilwerks zu sein kommt in England schon fast einem Ritterschlag gleich. Es erzeugt offenbar auch lebenslange Dankesschuld – unter der nun die Airbus-Ingenieure zu leiden haben.

King, meint Airbus-Manager Schneider, sei der erste Chef einer Fluggesellschaft, der es geschafft habe, ein Flugzeug runterzuputzen, bevor es überhaupt eingesetzt wurde. Der erste A 320 ist just am vergangenen Wochenende von MBB in Hamburg-Finkenwerder an die Air France übergeben worden. British Caledonian ist mit seinem ersten A 320 erst im März an der Reihe.

Anfang der achtziger Jahre gehörte British Caledonian zu den ersten Bestellern des damals nur im Entwurf existierenden Flugzeugs. Die Verträge sind im Laufe der Zeit nachgebessert worden. Das Triebwerk für den A 320 wurde modifiziert, die Kabine um 20 Sitze gestreckt.

Das wirkt sich natürlich auf den Treibstoff-Verbrauch aus. Es sei doch „ausgesprochen unfair“, verteidigt Airbus-Manager Schneider sein Baby, die Gründe für den erhöhten Kerosin-Konsum nicht zu erwähnen.

Schneider gibt zu, daß der A 320 beim Sprit-Verbrauch nicht exakt im Plan liegt. Das sei aber bei jedem neukonstruierten Flugzeug so. Erst allmählich, wenn es schon einige Zeit in Dienst sei, erreiche ein neues Modell seine optimale Leistung. Es habe noch nie ein Flugzeug gegeben, das schon bei der Indienststellung „alle Versprechen einhielt“, sekundiert Lufthansa-Chef Heinz Ruhnau.

Die französische Snecma, die gemeinsam mit General Electric das Triebwerk CFM56-5 für den Airbus entwickelt hat, räumt ein, daß ihre Konstruktion bis zu drei Prozent Flugbenzin mehr verbraucht als erwartet. Doch dieser Mangel soll durch verschiedene Nachbesserungen allmählich ausgeglichen werden.

Das alles, so finden die Airbus-Ingenieure, sei kein Grund, ihr Flugzeug mieszumachen. Wenn King den A 320 nicht haben wolle, bitte sehr, die Kunden stünden Schlange. Es gebe genug Fluggesellschaften, sagt Schneider, die „sofort in die Verträge einsteigen wollen“.

KERNKRAFT

Katastrophen möglich

Wie im Westen verhindern in der Sowjet-Union Bürger den Bau von Kernkraftwerken.

Für einige Stunden dräute abermals ein Tschernobyl. In der Sowjet-Union, tickerten am vorigen Mittwoch die Agenturen, habe sich ein Atomunglück ereignet – Fehlalarm.

Auslöser war ein Test der Telex-Linien zwischen der Internationalen Atomenergie-Organisation in Wien und der meteorologischen Weltorganisation WMO. Im Ernstfall soll über diese Verbindung die erste Nachricht von einem Gau laufen.

Die Reaktion auf ein Fernschreiben, in dem nicht einmal die Wörter „Atomunglück“ oder „Sowjet-Union“ vorkamen, zeigt, wie sensibel der Westen durch Tschernobyl geworden ist: Zwei Atom-Katastrophen in der UdSSR innerhalb kurzer Zeit erscheinen durchaus möglich. Nicht nur außerhalb des Ost-

blocks reagieren die Menschen feinfühlig auf alles, was sich mit sowjetischen AKW tut – oder nur tun könnte. Auch die Sowjets sind ängstlich geworden.

Folge: Die Anti-Atomkraftbewegung in der UdSSR wächst. Gegen 20 arbeitende und auch gegen die geplanten Reaktoren, meldete jetzt die „Komsomolskaja prawda“, Organ des Parteijugendverbands, leisteten die Anwohner „erbitterten Widerstand“.

In den Jahren vor Tschernobyl noch hatten die Provinzpolitiker in Moskau Schlange gestanden, um sich den Bau eines Kernkraftwerkes genehmigen zu lassen.

Das Ansinnen war verständlich. Denn ein AKW im eigenen Ort bedeutete für die Lokalfunktionäre nicht nur mehr Energiekapazität und Investitionen, sondern auch immerwährende Aufmerksamkeit der Moskauer Zentrale. Und diese ließ sich nutzen, um den Rayon wie sich selbst im besten Licht erscheinen zu lassen – mit einem Atommeiler vor der Haustür war die weitere Karriere so gut wie sicher.

Unter den Bittstellern befanden sich auch die Oberen des Bezirks Krasnodar aus dem Nordkaukasus. Die Moskauer willigten ein, 25 Millionen Rubel (75 Millionen Mark) wurden investiert.

Doch dann explodierte der Reaktor Nummer vier des Kernkraftwerks Tschernobyl, und prompt saßen die Krasnodarer wieder in den hauptstädtischen Vorzimmern.

Sie wollten, beteuerten sie, nun eigentlich doch kein Atomkraftwerk, ein großes Wasserkraftwerk würde es auch tun. Erneut hatte Moskau ein Einsehen. Es stoppte den Bau und gab dies nun sogar offen zu.

Das Erstaunliche: Der Protest in Krasnodar kam aus den oberen Etagen von Regierung und Partei. Führende Funktionäre äußerten sich selbst im Lokalfernsehen kritisch zu den AKW-Plänen und stellten sich so gegen die offizielle KP-Linie, die trotz Tschernobyl den weiteren Ausbau der Kernenergie vorsieht.

Die Bürger waren mit ihrer lokalen Obrigkeit einig. Sie hatten in Briefen an Partei und Presse gegen das Projekt protestiert. Einen zitierte jetzt die „Komsomolskaja prawda“: „Vom Gefühl der Bürgerverantwortung geleitet, bitten wir, die Arbeit am Krasnodarer Atomkraftwerk einzustellen . . .“

Der Krasnodarer Atommeiler ist nicht das einzige Atom-Projekt, das Bürger zu Fall gebracht haben. Auch bei Minsk und Odessa, so berichtete das Mitglied der Tschernobyl-Untersuchungskommission, der Atomphysiker Walerij Legassow, hätten Bürgerinitiativen den Bau neuer Reaktoren verhindert. Dies freilich hielten die Sowjet-Behörden bislang geheim.

Allenthalben in der Sowjet-Union rühren sich nun Bürger, die bislang Entscheidungen ihrer Obrigkeit widerspruchslos hinnahmen, gegen die Reaktoren. Armenier argumentieren zum Beispiel, ein weiteres Kraftwerk in ihrer Republik zu errichten sei zu gefährlich, weil das Land von Erdbeben erschüttert werde. In der kleinen Kaukasus-Republik demonstrierten Bürger gegen die Atom-Pläne.

Skeptisch äußerten sich auch hohe Funktionäre. So gestand 1983 der stellvertretende Energieminister Georgij Schascharin – entgegen der landläufigen Propaganda, die Erzeugung von Atomenergie sei ungefährlich –, daß AKW „natürlich“ nicht „absolut harmlos“ seien. Vor allem gebe es bei der Beseitigung von Atommüll reichlich Probleme.

Nach Tschernobyl hat sich der Kreis der Kritiker noch erweitert. Wissenschaftler debattieren, ob es sinnvoller sei, AKW nicht mehr in dicht besiedelte Gebiete zu stellen, der Atomphysiker und Dissident Andrej Sacharow denkt über die Möglichkeit nach, unterirdische Atomkraftwerke zu bauen.

Andere plädieren für den totalen Ausstieg. Künstler versuchen in Briefen an das Zentralkomitee, die führenden Genossen zu überzeugen, Kernenergie berge zuviel Risiken.

Der ukrainische Autor Oles Hontschar etwa warnte öffentlich vor dem Bau eines Atommeilers am Dnjepr, weil das Projekt katastrophale Planungsmängel aufweise – nach seiner Meinung ein „Tschernobyl Nummer zwei“.

Ökologisch interessierte Bürger, darunter Ärzte, Wissenschaftler und sogar Komsomol-Mitarbeiter, schlossen sich zu kleineren Gruppen zusammen. Sie organisierten im vorigen September in Kiew ein von über 1000 Menschen besuchtes Forum über „Perspektiven der Kernenergie“, auf dem Teilnehmer gegen den geplanten Bau der Blöcke fünf und sechs in Tschernobyl protestierten. Kurz darauf strichen die Behörden das Projekt.

Der ausgewanderte Dissident und Ökologe Jurij Medwedkow: „Das Tschernobyl-Erwachen hat eine rasante Blüte der sowjetischen Ökologie-Bewegung ausgelöst.“

An den Aktivitäten sind die Genossen nicht unschuldig. Im Zuge der von Parteichef Michail Gorbatschow propagierten „Glasnost“ berichteten Zeitungen über die Anti-Kernkraftbewegung in Westeuropa, die AKW in Österreich und Dänemark verhinderte.

Die Zeitung der litauischen KP, „Tiesa“, räumte ein, beim Betrieb des Meilers Ignalina gebe es ökologische Probleme: die Beseitigung der radioaktiven Abfälle und die „thermische Verseuchung“ des in einem Naturschutzgebiet gelegenen Sees von Druksiai, dessen Wassertemperatur bis auf 28 Grad gestiegen sei.

Nicht gerade zur Beruhigung der Bürger trug auch ein Artikel der „Sozialistitscheskaja industrija“ Ende vorigen Jahres bei. Die Atomwerker Tschernobyls hielten trotz der Katastrophe, die Moskau bislang 24 Milliarden Mark kostete, noch immer die Vorschriften nicht streng ein; im Reaktor zwei seien die Richtlinien sogar „schwer verletzt“ worden. Folge: überdurchschnittliche Strahlenbelastung. Innerhalb von zehn Monaten ereigneten sich dort 36 Unfälle, drei Arbeiter kamen ums Leben.

Offiziell hält Moskau an seinem Kurs fest, bis zum Jahr 2000 die Zahl der Reaktoren fast zu verdoppeln. Die Zukunft der Zivilisation, so die offizielle These, sei ohne die friedliche Nutzung der Nuklearkraft nicht sicherzustellen, der Super-Gau von Tschernobyl durch vermeidbares menschliches Versagen verursacht worden.

Doch nach der Veröffentlichung des Krasnodarer Protestes fürchten die Genossen weitere Bürgerreaktionen, die, wie die „Komsomolskaja prawda“ empfindet, verhängnisvoll wären. Denn: Atomkraftwerke seien „praktisch harmlos“ – aber nur „unter normalen Umständen“. ◆



Ministerpräsidenten Özal (l.), Papandreou (r.)

Athen und Ankara verständigen sich

Die beiden Erbfeinde im östlichen Mittelmeer, Griechenland und Türkei, die im März vergangenen Jahres kurz vor einer militärischen Auseinandersetzung standen, sind auf Entspannungskurs. Bei ihrem Treffen im schweizerischen Davos verabredeten die Ministerpräsidenten Andreas Papandreou und Turgut Özal, die neuralgischen Punkte im Verhältnis beider Länder zu entschärfen. So wollen sich Athen und Ankara künftig über Manöver im umstrittenen Seegebiet der Ägäis unterrichten und absprechen. Türken-Premier Özal sagte überdies zu, er wolle seinen Staatspräsidenten Kenan Evren dazu bewegen, auf einen geplanten Besuch im bislang nur von Ankara anerkannten türkischen Separatstaat Nordzypern zu verzichten, um Athen als Schutzmacht der Zypern-Griechen nicht zu provozieren. Über ein Krisentelephon wollen die Regierungschefs künftig drohende Konflikte beilegen.

Comeback für einen Vorbestraften

Der ehemalige belgische Premierminister Paul Vanden Boeynants, vor 19 Monaten wegen massiven Steuerbetrugs zu drei Jahren Gefängnis und Geldstrafen in Höhe von 30 500 Mark verurteilt, plant sein politisches Comeback. Der 68jährige möchte Bürgermeister von Brüssel werden. Im Oktober will er die zweisprachige Liste der frankophonen und flämischen Christsozialen anführen.

Gaddafi heuert Palästinenser an

Libyens Revolutionsführer Muammar el-Gaddafi stellt eine neue Truppe auf: Mit rund zehn Millionen Dollar rekrutierte er 600 jugendliche Mitglieder einer extremistischen Palästinenserorganisation. Die Freiwilligen kommen überwiegend aus Flüchtlingslagern im Gazastreifen. Gaddafi verspricht, alle kampfeswilligen Palästinenser würden in libyschen Ausbildungslagern auf den „Endkampf gegen den Weltzionismus" und die Befreiung Palästinas vorbereitet. Insider glauben jedoch, daß er die Palästinensertruppe im Tschad einsetzen will.



Revolutionsführer Gaddafi

Juquin verzichtet auf Memoiren

„Ich werde keine Memoiren schreiben", versprach vorigen Montag in einem TV-Interview Pierre Juquin, Präsidentschaftskandidat der von Frankreichs KP abgefallenen Reformer. Der Hintergrund: Das ehemalige Politbüro- und ZK-Mitglied Juquin hatte Mitte Januar den Plan der KPF ausgeplaudert, bei den Präsidentschaftswahlen 1981 die Linke zu verraten. Statt, wie offiziell mit den Sozialisten vereinbart, für den Linken François Mitterrand zu werben, wollte sie die Genossen zur Stimmabgabe für den Rechten Valéry Giscard d'Estaing überreden. Die KP glaubte damals, daß ein rechter Präsident langfristig der Partei mehr nützen werde als ein linker. Doch nun hat Juquin sich besonnen: Er will seine ehemaligen Freunde nicht bloßstellen.

Kopflastige Panzerabwehrwaffe der Nato

Die Nato bangt um ihre Schlagkraft in der Panzerabwehr. Seit Moskau seine modernen Kampfwagen mit einer Spezialpanzerung versieht, erweisen sich westliche Abwehrraketen zunehmend als wirkungslos. Die erstmals im Libanon-Krieg 1982 von den Israelis eingesetzte Zusatzarmierung besteht aus Sprengstoffplatten, die auf besonders gefährdeten Bereichen des Kampfpanzers befestigt werden. Trifft eine Abwehrrakete – Hauptwaffe des Westens gegen die rund 50 000 Warschauer-Pakt-Panzer – die Aktivpanzerung, lenkt deren Explosion den nahezu 1000 Grad heißen Massestrahl der Hohlladung so ab, daß er die dahinterliegende eigentliche Panzerung nicht mehr durchdringen kann. Von den Amerikanern bereits hochgelobte Tandemladungen sollen Abhilfe schaffen: Ein zusätzlicher kleiner Sprengsatz in der Raketenspitze läßt die Aktivpanzerung detonieren, so daß die Haupthohlladung ungehindert ihr Zerstörungswerk vollenden kann. Die nach diesem Prinzip arbeitende amerikanische Tow-2A-Rakete, modernste Panzerabwehrwaffe der Nato, ist nach neuesten Testergebnissen dadurch jedoch so kopflastig geworden, „daß sie sich beim Anflug überschlägt", beklagte jetzt „entsetzt" einer der ranghöchsten Nato-Generale „das Desaster". Der Westen habe „bis Mitte der neunziger Jahre" außer den 120-Millimeter-Panzerkanonen keine Waffe mehr, die sowjetische Kampfpanzer vernichten könne.



Tow-Rakete

Neue Werkstoffe für neue Ideen

Neue Werkstoffe initiieren neue Produkte. Sie beeinflussen die Produktionstechnik, das Prüfwesen und die Qualitätssicherung. Hannover ist der Markt für innovative Werkstoffalternativen und -anwendungen. Für Metalle, Keramische Werkstoffe, Polymere. Elastomere und Verbundwerkstoffe.

DIE MESSE DER MESSEN

Weltmarkt
Elektronik und Elektrotechnik
mit Weltlichtschau

MICROTRONIC
Bausteine der Elektronik

INTERMATIC-Systempräsentation
Fertigungsnahe System- und C-Techniken

ICA – Anlagenbau.
Transport und Verkehr, Bau-Technik

CeREG
Reinigung, Entsorgung, Abwasser

ENERGIE
Energie-, Luft-, Umwelttechnik

OPTEC
Technische Optik und Laser

Forschung und Technologie

Neue Werkstoffe

Oberflächentechnik

Zuliefermesse

Werkzeuge

Betriebsausrüstung

Centrum der Werbung

20. 4. – 27. 4. 1988



Weitere Informationen:
Deutsche Messe AG, Messegelände, D-3000 Hannover 82, Telefon (0511) 89-1, Telex 922728, Btx * 30143 #.



Kokoschin (M.) beim SPIEGEL-Gespräch*: „Am meisten versprechen wir uns von elektronischer Kriegführung"

„Wir schlagen SDI in Stücke"

Der sowjetische Rüstungsexperte Andrej Kokoschin über die Weltraumwaffen der Supermächte

SPIEGEL: Professor Kokoschin, Ihr Parteichef Michail Gorbatschow hat kurz vor seinem Gipfeltreffen mit Ronald Reagan vergangenen Dezember in Washington eingeräumt, „wir tun genau das, was die Vereinigten Staaten machen". Das Geständnis, auch Ihr Land arbeite an Weltraumwaffen, muß Sie als einen der führenden sowjetischen SDI-Kritiker doch frustrieren.

KOKOSCHIN: Sie interpretieren die Worte des Generalsekretärs falsch. Er gab zwar zu, daß bei uns Grundlagenforschung in ähnlichen Bereichen getrieben wird, in denen auch die Amerikaner arbeiten. Aber das heißt doch nicht, daß die UdSSR ein SDI-ähnliches Programm hat oder haben wird. Das hat Gorbatschow mehrfach betont, auch in dem von Ihnen zitierten Interview.

SPIEGEL: Jahrelang hat Moskau weltweit SDI-Panik geschürt. Amerikanische Befürworter der Rüstung im All konnten deswegen ihren Kritikern stets entgegnen: Sogar die Russen halten SDI für machbar, sonst hätten sie doch nicht solche Angst davor. Nun liefert Moskau mit dem Eingeständnis, selbst Weltraumwaffenforschung zu betreiben, Washingtons Aufrüstern schon wieder ein schlagkräftiges Argument.

* Mit Redakteuren Siegesmund von Ilsemann und Hans Hoyng während eines Kokoschin-Besuchs in Washington.

Andrej Kokoschin

ist einer der profiliertesten sowjetischen SDI-Kenner. In mehreren Studien untersuchte er die technischen Probleme, die wissenschaftliche Fragwürdigkeit und die strategischen Denkfehler der amerikanischen Idee einer Raketenabwehr im All. Er nennt sich einen „entschiedenen Gegner dieser Entwicklungen – auf beiden Seiten". Selbstkritisch meint Kokoschin aber auch, in der Sowjet-Union habe man wegen SDI zunächst „überreagiert", inzwischen sei man zuversichtlich, mit SDI-Waffen fertig werden zu können. Auf Gegenwaffen sollte die Sowjet-Union nach Meinung von Kokoschin „schon aus moralischen Gründen" möglichst verzichten. Kokoschin, 42, Vizechef des Moskauer Instituts für die USA und Kanada, aber auch als Elektronik-Ingenieur ausgebildet, glaubt ein mögliches amerikanisches Weltraumwaffensystem dadurch lähmen zu können, daß die Gegenseite dessen hochempfindliche Sensoren täuscht, die komplizierten Computer verwirrt und die komplexen Nachrichtenverbindungen stört.

KOKOSCHIN: Vielleicht waren Anfang der achtziger Jahre manche unserer Stellungnahmen zu SDI nervöser und lauter, als es den Beziehungen zwischen unseren Ländern gutgetan hat. Manche haben dem Programm auch deswegen zuviel Beachtung geschenkt, weil es in den Augen unserer Experten die ohnehin schon sehr komplexen militärstrategischen Beziehungen zwischen den USA und der Sowjet-Union noch weiter zu komplizieren drohte. Aber vermutlich haben viele von uns überreagiert, wenngleich die Kritiker grundsätzlich recht haben. Auch ich bin ein entschiedener Gegner dieser Entwicklungen – auf beiden Seiten.

SPIEGEL: Verurteilen Sie also auch die von Gorbatschow überraschend zugegebene sowjetische Weltraumwaffenforschung?

KOKOSCHIN: Diese Forschung ist zum Verständnis dessen wichtig, was die USA tun, und sie bildet die Grundlage unserer asymmetrischen Antwort auf SDI – einer Vielfalt von Gegenmaßnahmen. Ich gehöre zu denen, die unsere Antwort entwickeln und vertreten.

SPIEGEL: Wieso dann die Aufregung? In den USA läuft doch zur Zeit auch nur Grundlagenforschung.

KOKOSCHIN: Das SDI-Programm ist keineswegs bloße Grundlagenforschung. Es zielte auf die Entwicklung eines mehrfach gestaffelten Sy-

stems von Waffen mit einem Schwerpunkt bei den weltraumgestützten Elementen. Sowjetische Vertreter haben immer wieder erklärt, daß wir an der traditionellen Raketenabwehr, wie sie rund um Moskau installiert ist, weiterarbeiten. Das hat nichts mit SDI zu tun. Auch Michail Gorbatschow hat im zweiten Teil der von Ihnen zitierten Bemerkung klar gesagt, daß unsere – in jedem Fall billigere – Antwort auf SDI nicht so aussehen wird, wie es die Amerikaner vielleicht erwarten.

SPIEGEL: Wie sieht sie denn aus?

KOKOSCHIN: Am meisten versprechen wir uns zur Zeit von elektronischer Kriegführung, weil wir ja noch gar nicht wissen, welche Waffen die Amerikaner im All stationieren werden. Abwehrmaßnahmen gegen einen Waffentyp wirken aber möglicherweise nicht gegen einen anderen.

In jedem Fall benötigen die Amerikaner ein komplexes Gefechtsführungssystem mit Nachrichtenverbindungen und Sensoren für die Zielerfassung und -verfolgung. Die technischen Prinzipien solcher Geräte sind weitgehend bekannt. Die elektronische Kriegführung hat vielfältige Möglichkeiten, Funk und Laser zu stören, Computer zu verwirren, Scheinziele vorzugaukeln und vieles mehr. Die Mittel dazu gibt es schon.

SPIEGEL: Gegenwaffen planen Sie nicht?

KOKOSCHIN: Daran sollten wir schon aus moralischen Gründen nicht denken. Ich glaube fest daran, daß wir dieses Monstrum SDI auch ohne Vernichtungsmittel lahmlegen können. Wenn wir die Verbindungen zwischen den Teilsystemen kappen, arbeitet der ganze gewaltige Apparat nicht mehr. Wir schlagen SDI in Stücke, ohne die Systeme zu zerstören. Als zusätzliche Sicherung aber wären möglicherweise weitere Gegenmittel erforderlich.

SPIEGEL: Nach Pentagon-Schätzungen hat die Sowjet-Union in den vergangenen zehn Jahren rund 80 Milliarden Dollar in die Abwehr von Atomraketen investiert. Was hat man denn mit dieser gigantischen Summe gemacht?

KOKOSCHIN: Die Erfahrung hat gezeigt, daß sich die US-Militärs noch ganz andere Zahlen aus den Fingern saugen können. Die Rechenkünstler haben einfach ihre Schätzungen unserer Gesamtausgaben für Zivilschutz, für Luftverteidigung und für Raketenabwehr multipliziert. So will Washington der Öffentlichkeit weismachen, daß die Sowjet-Union schon gewaltige Summen für eine Weltraumrüstung à la SDI ausgegeben habe.

SPIEGEL: Aber die Amerikaner halten Ihnen doch konkrete Rüstungsbeispiele vor.

KOKOSCHIN: Na, dann schauen Sie sich mal an, was Washington die sowjetische Spielart von SDI nennt. Da wird die „Galosch“-Raketenabwehr um Moskau aufgeführt, dann die dazugehörigen

Magnat®



LAUTSPRECHER TEST 10/87



MONITOR D
von
Magnat
Technologies

Testurteil: Gut
* Nach Punkten schnitt Magnat Monitor D am besten ab.

Wir schicken Ihnen gerne Informationsmaterial zu.

MAGNAT ELECTRONIK
Postfach 50 16 06 · 5000 Köln 50

Wo sonst bekommen Sie eine Bouillabaisse Marseillaise auf die korrekte englische Art serviert?

Auf Jersey – wo sonst. In unseren zahlreichen Restaurants fühlen Sie sich wie Gott in Frankreich, korrekt bedient nach englischer Art. Die britische Insel Jersey liegt 20 Kilometer vor der französischen Küste, und das merkt man ihr an. Sie golfen wie in England, boulen wie in Frankreich und fühlen sich im Ärmelkanal fast wie am Mittelmeer. Das verdanken wir dem warmen Golfstrom, der uns ein angenehmes Klima beschert.Wir sind per Flugzeug oder Fähre zu erreichen. Ihr Reisebüro sagt Ihnen genau, von wo und wie. Good journey et bon appetit. P.S.: Auch für Konferenzen ist Jersey bestens vorbereitet.



Näheres durch airtours international, boness reisen, Germania-Reisen, Reisebüro J. Hartmann, Ruoff-Reisen, TUI/Hummel-Reisen, Wolters-Reisen. Oder direkt von Dept. G 6, States of Jersey Tourism, Postfach 61 01 66, 6000 Frankfurt 61.

Name:
Straße:
PLZ/Ort:

☐ Urlaub
☐ Konferenzen

Jersey
Die Oase im Kanal.

UNSERE
CLUB CLASS HAT
JETZT WENIGER
PLÄTZE.
DAMIT SIE MEHR
PLATZ HABEN.

CLUB
EUROPE

Weniger ist eben manchmal mehr. Deswegen haben wir bei nahezu allen London- und Berlin-Flügen eine ganze Reihe Sitze weggelassen. Damit Sie es noch bequemer haben als bisher. Ein Beispiel von vielen für den „A bis Z"-Service, der den neuen Club Europe zu einer Klasse für sich macht.



großen Radaranlagen. Und schließlich taucht unser unzureichendes, seit fünf Jahren gar nicht mehr getestetes Antisatellitensystem auf, um mal die wichtigsten Komponenten zu nennen. Das ist mit den amerikanischen SDI-Plänen überhaupt nicht zu vergleichen. Dort handelt es sich um weltraumgestützte Laser- und Teilchenstrahler, um Riesenspiegel im All und kinetische Waffen, um eine umfassende Struktur für Zielentdeckung und -verfolgung sowie Gefechtsführung. Bei uns haben Amerikas SDI-Befürworter nichts Vergleichbares gefunden, was sie in ihren Propagandabroschüren hätten präsentieren können.

SPIEGEL: Bei Saryschagan betreibt die UdSSR umfangreiche Laserlabors.

KOKOSCHIN: Sogenannte künstlerische Darstellungen, die unsere Anlagen mit außerordentlich starken Laserstrahlen zeigen, sind unaufrichtig, weil die Einrichtungen dort gar nicht solche Kapazitäten haben. Ich glaube, ernsthafte US-Experten wissen das auch.

SPIEGEL: Sie wollen doch nicht behaupten, daß Ihre Wissenschaftler dort mit niedlichen kleinen Medizinlasern experimentieren?

KOKOSCHIN: Medizinisch würde ich nicht gerade sagen. Sie dienen der Bahnverfolgung von Weltraumobjekten.

SPIEGEL: Und wie steht es mit der Anlage auf einem hohen Berg bei Duschanbe im Grenzgebiet zu Afghanistan, von der die westliche Öffentlichkeit erst kürzlich durch Satellitenaufnahmen erfuhr?

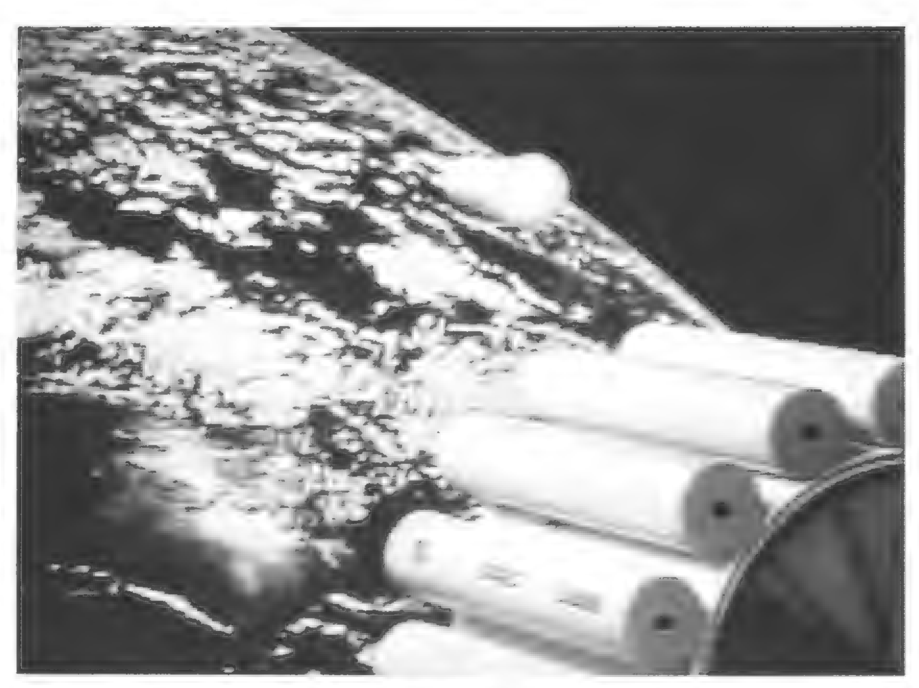
KOKOSCHIN: Es ist gewiß nicht das, was in einigen westlichen Quellen daraus gemacht wird. Auf dem tadschikischen Gipfel namens Sanglok gibt es genau gesagt sogar zwei Anlagen. Eine, das astronomische Labor des Instituts für Astrophysik, arbeitet bereits. Noch im Bau befindet sich eine optisch-elektronische Anlage für die Überwachung von Objekten im erdfernen All. Die optisch-elektronischen Geräte werden nur passiv arbeiten.

SPIEGEL: Was Moskau auch immer bei Duschanbe betreibt – außer Zweifel steht doch, daß beide Supermächte im geheimen an der strategischen Verteidigung arbeiten ...

KOKOSCHIN: Wir arbeiten nicht heimlich an SDI-Waffen.

SPIEGEL: Wenn es bei Ihnen keine Geheimprojekte gäbe, hätten Ihre Militärs doch den Beruf verfehlt. Diese Arbeiten laufen seit Jahrzehnten, werden weitergehen und aller Erfahrung nach früher oder später in neue Waffen umgesetzt werden. Ist da die Forderung nach einem Verbot nicht illusorisch?

KOKOSCHIN: Nein. Auch in der Vergangenheit sind schon Entwicklungen gestoppt worden, obwohl von ihnen ein ungeheurer Technologieschub ausging. Ich denke an den überaus wichtigen Teilteststopp-Vertrag von 1963, mit dem Nuklearversuche unter Wasser, in der Luft und im Weltraum untersagt wurden; oder an den Vertrag von 1967, der verbietet, Atomwaffen und andere Massenvernichtungsmittel im All zu stationieren.



US-Kampfsatellit (Trickfilmzeichnung): „Einige üble Dinge"



● *В корпусном цехе завода — бригадир В. Минин и председатель совета И. Чемко.*

(Окончание репортажа на 2-й стр.).

рено графиком, товарной продукции выпущено на десятки тысяч рублей. И на всех переде-

Н. ГЛАДКОВ.
(Корр. «Правды»).
г. Ташкент.

РЕПОРТАЖ С «ЗАГАДОЧНОГО КОМПЛЕКСА»

ТУМАН ПРИ ЯСНОЙ ПОГОДЕ

Эту обсерваторию на

ДО СИХ ПОР помнится первая, много лет тому назад, встреча с горами Таджикиста- ... как ученые расшифровывают этот феномен особенностями местного климата, удивительной прозрачностью атмосферы. Таджикской ССР — в числе первых с территории нашей страны, когда комета виделась еще как объект 22-й звезд-

„Prawda"-Artikel über Sowjet-Observatorium: „Wir arbeiten nicht im geheimen"

Obwohl damals beide Seiten über die Technologien verfügten, haben sie auf deren Nutzung verzichtet, weil beide eingesehen hatten, daß sie sonst gegen lebenswichtige Interessen verstoßen würden. Ich hoffe sehr, daß wir klüger werden und auch andere technologische Entwicklungen begrenzen.

SPIEGEL: Damals verzichtete man doch nur auf Möglichkeiten, deren militärtechnischer Nutzen fragwürdig war. Bei SDI arbeiten Labors in Ost und West hingegen auf technologischem Neuland, dessen strategische Bedeutung noch gar nicht richtig erforscht ist.

KOKOSCHIN: Wir sollten deswegen den Wettlauf zu Weltraumwaffen noch vor seinem wirklichen Beginn beenden. Wenn sich die Amerikaner dieser Überzeugung anschließen würden, wäre das ein enormer Schritt voran. Denn wenn erst einmal Schritte zur Waffenentwicklung getan sind, entsteht von seiten der Rüstungstechniker ein ungeheurer Druck, mit dieser Arbeit fortzufahren.

SPIEGEL: Aber gibt es diesen Wettlauf zu neuen Raketenabwehrwaffen nicht längst? Geht es nicht in Wahrheit nur noch darum, dieses Wettrüsten in vertraglich kontrollierte Bahnen zu lenken, wie das auch schon bei früheren



Internationaler Sponsor der Olympischen Spiele 1988.



IN ALLE WELT GETRAGEN

Die Olympische Fackel kommt nach Calgary, um dort das olympische Feuer zu entzünden und die Olympischen Winterspiele 1988 zu eröffnen.

Visa, gleichfalls in alle Welt getragen, ist alleiniger Sponsor der Olympischen Spiele 1988 und wird als einzige Kreditkarte bei den Spielen anerkannt.

Auf Ihren Geschäfts- oder Urlaubsreisen in Europa oder anderen Teilen der Welt können Sie sich darauf verlassen, daß man Ihre Visakarte sowie Ihre Reiseschecks und Reisegutscheine gerne entgegennehmen wird. Verlorene oder gestohlene Schecks können Ihnen an über 60.000 Bankschaltern ersetzt werden – normalerweise innerhalb von 24 Stunden.

Weltweit wird Ihre Visakarte an über 5,7 Millionen Orten bereitwillig akzeptiert, wenn Sie reisen, ausgehen oder einkaufen wollen.

Mit der Visakarte können Sie zuversichtlich reisen.

VISA

Ist alles was Sie brauchen.

Rüstungskontrollvereinbarungen der Fall war?

KOKOSCHIN: Ich hoffe noch immer, daß sich die ganze Entwicklung stoppen läßt. Spezialisten aus allen Wissenschaftsbereichen prüfen bei uns jede Begrenzungsmöglichkeit. Die radikalste wäre natürlich, die Weltraumwaffenforschung zu beenden und die Laboratorien auf Dauer für Kontrollen zu öffnen. So etwas haben sowjetische Vertreter in den Verhandlungen ebenso vorgeschlagen wie eine Überwachung jedes Weltraumstarts vor Ort. Ergänzt durch Kontrollen vor dem Start, könnte man so ein Abkommen über ein Waffenverbot im All ziemlich zuverlässig überwachen.

SPIEGEL: Der einflußreiche US-Senator Sam Nunn hat jetzt eine Mini-Abwehr vorgeschlagen, als Versicherungspolice gegen irrtümliche oder unautorisierte Raketenstarts, vielleicht gar gegen Angriffe atomarer Kleinstaaten aus der Dritten Welt. Könnte so etwas nicht auch Ihre Strategen interessieren?

KOKOSCHIN: Darüber haben wir nachgedacht und das auch mit den Amerikanern beraten, die ja in SDI schon längst nicht mehr Reagans raketendichten Weltraumschirm sehen. Das „Komitee Sowjetischer Wissenschaftler für den Frieden und gegen die nukleare Bedrohung" hat den Gedanken nicht rundheraus abgelehnt, denn er ist ja nicht abwegig. Aber bei all meinem Respekt für Senator Nunn muß ich sagen, die Idee überzeugt nur auf den ersten Blick. Selbst ein begrenztes, dünnes Raketenabwehrsystem, das weit über das Land verstreut wird, gefährdet die strategische Stabilität. Wenn beide Seiten eine solche Versicherungspolice über die Begrenzungen des Raketenabwehr(ABM)-Vertrags von 1972 hinaus unterhalten, müßten sie befürchten, die andere Seite könne das als ersten Schritt zu einem umfassenden System mißbrauchen.

SPIEGEL: Dem könnte man doch durch einige der Kontrollen begegnen, die Sie so zahlreich anbieten.

KOKOSCHIN: Wozu soviel Aufwand, wenn das Ergebnis wenig bringt? Für Terroristen oder Länder der Dritten Welt gäbe es statt technisch aufwendiger Raketen viel einfachere, billigere und sicherere Mittel, uns oder die Amerikaner mit einem Atomsprengsatz zu beglücken. Lastwagen, Schiffe, Flugzeuge könnten primitive, sperrige Atombomben doch viel besser transportieren. Dagegen würde ein Weltraumabwehrsystem gar nichts helfen. Es wäre nur eine riesige Geldverschwendung.

SPIEGEL: Aber es könnte doch mal eine Atomrakete irrtümlich Feindkurs nehmen, wenn ein verrückt gewordener Kapitän eines Raketen-U-Bootes auf den roten Knopf drückt. Rechtfertigt nicht die Aussicht, wenigstens in einem solchen Fall unvorstellbare Verwüstungen verhindern zu können, eine Mini-Abwehr?

KOKOSCHIN: Glücklicherweise gibt es technische Lösungen, wie ich sie zusammen mit Jewgenij Welikow und Roald Sagdejew 1986 in dem Buch „Space Weapons: Security Dilemma" beschrieben habe.

SPIEGEL: Sie meinen Selbstsprengeinrichtungen, mit denen Raketen auch nach dem Start noch auf Funkbefehl vernichtet werden könnten.

KOKOSCHIN: Die gehören dazu und existieren bereits. Zur Verhinderung irrtümlicher oder unautorisierter Raketenstarts müßten beide Seiten ein wenig kooperieren. So dürften beispielsweise nur Raketen aufgestellt werden, die eine solche Vorrichtung besitzen.

SPIEGEL: Der amerikanische Kongreß kürzt das SDI-Budget immer stärker. Keiner der möglichen Nachfolger Ronald Reagans wird dessen Lieblingskind so nachhaltig fördern wie der jetzige Präsident. Ernstzunehmende Experten rechnen zudem nicht damit, daß noch in diesem Jahrtausend irgendeine Weltraumwaffe stationiert werden könnte. Warum konzentriert sich Moskau da nicht einfach auf die Halbierung der strategischen Arsenale und überläßt SDI seinem Siechtum?

KOKOSCHIN: Wir richten unser Augenmerk ja auf die strategischen Waffen, den Umfang der Streitkräfte, die konventionelle Rüstung und die chemischen Waffen. Aber wir können doch nicht unberücksichtigt lassen, daß SDI die strategische Stabilität und den ABM-Vertrag zu untergraben droht.

SPIEGEL: Wenn diese Gefahr wirklich so groß wäre, hätte Michail Gorbatschow vor dem Dezember-Gipfel wohl kaum erklärt, SDI sei für ihn kein Thema.

KOKOSCHIN: Um genau zu sein, Gorbatschow sagte, SDI sei kein Thema der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen. Aber das heißt nicht, wir hätten nicht mehr dieselbe ablehnende Haltung zu SDI wie vorher. Uns geht es um die Einhaltung des Raketenabwehr-Vertrages in seiner traditionellen, engen Auslegung. Im Washingtoner Gipfelkommuniqué hat der amerikanische Präsident bekräftigt, daß er den ABM-Vertrag in dem Sinn einhalten wird, in dem er 1972 unterschrieben wurde.



Gipfelpartner Gorbatschow, Reagan*: „Nicht auf den nächsten Präsidenten warten"

SPIEGEL: Die Amerikaner sehen in der Formulierung nur eine Übereinstimmung darüber, daß man nicht übereinstimmt. Daraus leiten sie einen Freibrief für ihre weite ABM-Vertragsauslegung ab, die ihnen bei der SDI-Entwicklung keinerlei Schranken auferlegen würde.

KOKOSCHIN: Hier werden die Nuancen ganz wichtig. Wörtlich heißt es zu der dem Kommuniqué zugrundegelegten Vertragsinterpretation: „wie er 1972 unterschrieben wurde". Und ein weiteres Detail in diesem Schlußdokument darf nicht übersehen werden. Die Einhaltung des ABM-Vertrages im Geist von 1972 wird als die Voraussetzung für die Halbierung der strategischen Offensivwaffen genannt. Rechtlich hat diese Anbindung denselben Wert wie die in Reykjavik eingegangene gemeinsame

* Vergangenen Dezember in Washington.



Schneeweiß

RSCG BUTTER. RANG

Das Sondermodell in limitierter Auflage.

Die gute Nachricht zuerst: Das neue BX Sondermodell Selection kostet mit Sonderausstattung weniger als ohne. Seine unverbindliche Preisempfehlung: DM 17.495,- ohne Überführung. Sein Vorteil gegenüber dem vergleichbaren Basismodell BX 14 RE: DM 1.200,-. *Nun die schlechte Nachricht: Seine Auflage ist auf 1.750 Exemplare limitiert. Wer zu den Auserwählten gehören will, sollte sich also nicht länger mit dieser Zeitschrift aufhalten, sondern sich schnurstracks zum nächsten Citroën-Händler begeben.* Der schneeweiße BX Selection erwartet Sie dort mit zartviolettem Streifendekor, farblich abgestimmten



Radkappen, Heckscheibenwischer und einem Stereo-Cassettenradio. Mit umfassenden Korrosionsschutz-Maßnahmen und dem HP-Fahrwerk, das in der Mittelklasse konkurrenzlos ist, ein Höchstmaß an aktiver Fahrsicherheit gewährleistet und den legendären Citroën-Fahrkomfort ermöglicht. Mit schadstoffarmen 52 kW (72 PS) und bis zu DM 378,- Steuerersparnis und einem bemerkenswerten Angebot der P. A.-Creditbank: *2,99% effektiver Jahreszins bei 20% Anzahlung und bis zu 36 Monaten Laufzeit. So läßt sich der feine BX Selection auch fein finanzieren. Schönen Urlaub!*

CITROËN
Die Kraft der Kreativität.

Citroën empfiehlt TOTAL.

Verpflichtung, die strategischen Waffen um 50 Prozent zu verringern.

SPIEGEL: Aber in dem Dokument heißt es auch, Forschung sei in dem Umfang „wie erforderlich“ zulässig.

KOKOSCHIN: Dagegen haben wir ja zunächst auch gar nichts. SDI ist nicht Gegenstand der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen, auch wenn ich selbst weiterhin ein ganz entschiedener Gegner dieses Programms bin. Aber solange die Laboratorien nicht geöffnet werden, können wir doch sowieso nicht kontrollieren, was da vor sich geht. Die forschen weiter nach Weltraumwaffen, und wir arbeiten weiter an unserem Konzept der asymmetrischen Gegenmittel.

SPIEGEL: Dann ist die amerikanische Interpretation richtig?

KOKOSCHIN: Wenn diese Forschungen und Entwicklungen eine bestimmte Grenze überschreiten, verletzen sie den ABM-Vertrag und verhindern – schlimmer noch – weitere nukleare Abrüstung. Deswegen sollten wir hart mit den Amerikanern darüber verhandeln, wo sie die Grenzen des ABM-Vertrags in der 1972 unterzeichneten Form sehen.

SPIEGEL: Zunächst hat Moskau die SDI-Idee als Vertragsverstoß verteufelt, dann hielten Ihre Unterhändler Laborarbeiten für zulässig, seit letztem Herbst will der Kreml auch Versuche außerhalb der Labors nicht mehr grundsätzlich verbieten, und vor dem Gipfel schienen sogar Weltraumtests kein Sakrileg mehr zu sein. Bestätigt soviel Beweglichkeit nicht Washingtons Hardliner, die immer gesagt haben, wenn wir nur hart bleiben, werden die Sowjets schon noch mehr Zugeständnisse machen?

KOKOSCHIN: Die Einhaltung des ABM-Vertrags, seine Bekräftigung stand für uns immer im Vordergrund. Da werden wir hart bleiben.

SPIEGEL: Aber geändert hat sich die sowjetische Haltung dennoch.

KOKOSCHIN: Wir wurden immer zuversichtlicher, der Bedrohung durch Weltraumwaffen begegnen zu können. Wir glauben das strategische Gleichgewicht aufrechterhalten zu können, selbst wenn die Amerikaner mit ihrer SDI-Arbeit fortfahren . . .

SPIEGEL: . . . und ihre Erfolge preisen.

KOKOSCHIN: Es werden einige üble Dinge entwickelt, die uns noch manches Kopfzerbrechen bereiten werden. Deswegen haben diejenigen völlig recht, die sagen, daß schon die Grundidee einer Weltraumverteidigung falsch war. Doch zunächst müssen wir uns um die Einhaltung des ABM-Vertrages bemühen, und da haben wir mit der amerikanischen Unterschrift unter diese Verpflichtung einen wichtigen Schritt getan.

SPIEGEL: In Amerika sieht es aber so aus, als treibe Ronald Reagan mit seiner SDI-Idee die Sowjet-Union von einer Konzession zur nächsten.

KOKOSCHIN: Wenn wir es schaffen, die strategischen Arsenale zu halbieren, den ABM-Vertrag zu bewahren und den Weltraum von Waffen freizuhalten, würde mich das Gerede, die Sowjet-Union habe der US-Administration nachgegeben, völlig kaltlassen.

SPIEGEL: Wird Ihre Regierung noch mehr Zugeständnisse machen, um diese Ziele zu erreichen?

KOKOSCHIN: Ich sehe keine substantiellen, den Kern der Sache berührenden Zugeständnisse unserer Seite. Und ich bin fest davon überzeugt, daß es solche Konzessionen nicht geben wird.

SPIEGEL: Hoffen Sie darauf, mit Reagans Nachfolger einfacher zu einem befriedigenden Ergebnis zu kommen?

KOKOSCHIN: Die sowjetische Führung hat schon bewiesen, daß sie versucht, mit jedem amerikanischen Präsidenten Abrüstungsverträge zu schließen, egal welcher Partei er angehört und welches Etikett er trägt. Für die Welt steht so viel auf dem Spiel, daß wir es uns gar nicht leisten können, auf den nächsten Präsidenten zu warten.

SPIEGEL: Wie wird Moskau reagieren, wenn die Amerikaner den ersten SDI-Test machen, der eindeutig die Grenzen der traditionellen Interpretation des ABM-Vertrages verletzt?

KOKOSCHIN: Im Gipfelmonat Dezember hat Präsident Reagan ein Haushaltsgesetz unterschrieben, in dem die USA sich verpflichten, solche Tests vorerst nicht zuzulassen. Darüber hinaus müssen wir zu Vereinbarungen kommen, die solche Versuche für alle Zukunft verhindern.

SPIEGEL: Professor Kokoschin, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

SOWJET-UNION

Ein Genie

In Moskau starb unbeachtet Stalins Nachfolger Malenkow, ein Schreibtisch-Massenmörder und ein später Freund der Deutschen.

Nach der Verbannungszeit im Grenzland zu China konnte der alte Herr seine letzten Jahre noch in der Hauptstadt verbringen. Er wohnte mit Ehefrau Walerija am Moskauer Frunse-Kai, kaufte im Funktionärs-Sonderladen selbst ein und fuhr mit dem Vorortzug auf seine Datscha in Kratowo.

Dort sah man ihn in der Dorfkirche, auch in der Kathedrale am Bauman-U-Bahnhof: Er hatte sich zum orthodoxen Glauben bekehrt. Reue bekam ihm gut.



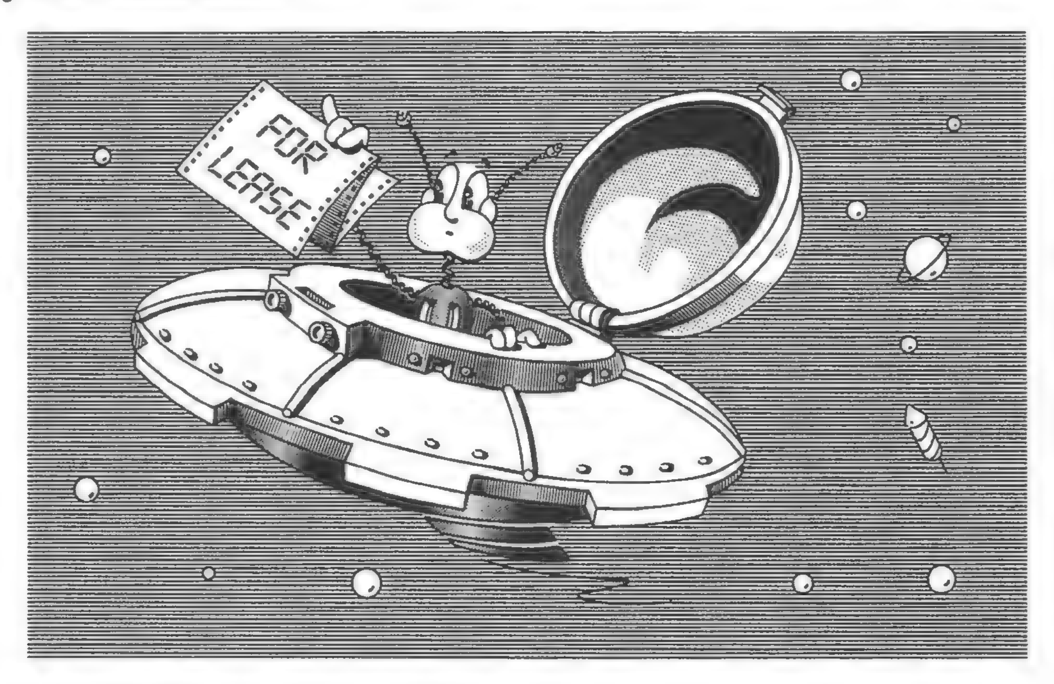
Stalinist Malenkow, Gönner (1952): „Neues Leben für alle“

Den Pensionär, der Mitte Januar mit 86 Jahren still verschied, hatten jährliche Kuren im Woronowo-Sanatorium fit gehalten – bis er dort von einem Altbolschewiken erkannt wurde: als Georgij Maximilianowitsch Malenkow, Stalins ergebener Diener und Nachfolger.

Er verdanke Malenkow 15 Jahre Lagerhaft, sprach der Mitpatient ihn an. Im Schreibtischmörder-Stil erwiderte Malenkow, davon nichts gewußt zu haben, und mußte hören: „Ich habe selbst Ihre Unterschrift auf meiner Akte gesehen.“

Das war der Weg, Stalin zu beerben: Mit 17 hatte sich Malenkow, Bürgersohn aus Orenburg im Süd-Ural, zur roten Bürgerkriegsarmee gemeldet, ein Idealist, aber von der mörderischen Art:

Auf dem Weg in die nächste Galaxis.



Raumschiffe haben wir erst morgen im Programm, Flugzeuge, computergesteuerte Werkzeugmaschinen, Ihren Verwaltungsneubau oder komplexe Daten- und Nachrichtentechnik können Sie dagegen schon heute bei uns leasen. Die Deutsche Leasing AG bietet Ihnen alles, was Sie für Produktion, Transport und Kommunikation brauchen. Wir zeigen Ihnen: Mit uns ist Leasing für jede Größenordnung die geeignete Finanzierungsform.

Aber damit ist unser Angebot noch lange nicht erschöpft. Die Deutsche Leasing AG ist auch Ihr Partner bei der Absatzförderung. So haben Sie als Hersteller die Möglichkeit, durch die Kooperation mit der Deutschen Leasing AG Ihren Kunden ein optimales Leasing-Angebot zu unterbreiten.

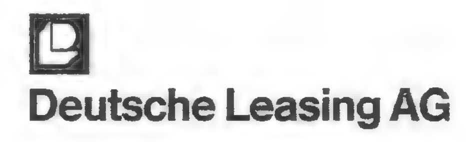
Es ist die Summe unserer Leistungen, die uns auszeichnet und die garantiert, daß wir auch Sie zufriedenstellen können. Planen Sie mit der Deutschen Leasing AG Ihren Erfolg. Rufen Sie uns an.

Deutsche Leasing AG
Frolingstraße 15-31
Bad Homburg v.d.Hohe
Tel. 0 61 72/88-00

Geschäftsstellen
Hamburg
Tel. 0 40/20 16 61
Bremen
Tel. 04 21/23 20 67
Hannover
Tel. 05 11/56 00 10
Bielefeld
Tel. 05 21/52 00 90
Dusseldorf
Tel. 02 11/13 08 90
Koln
Tel. 02 21/67 10 90
Frankfurt am Main
Tel. 0 69/6 64 00 90
Nurnberg
Tel. 09 11/3 71 73
Karlsruhe
Tel. 07 21/1 60 10
Stuttgart
Tel. 07 11/21 03 90
Munchen
Tel. 0 89/50 07 10

Konzerngesellschaften
Deutsche Auto-Leasing GmbH
Tel. 0 61 72/88-01
DIF Bank Deutsche Investitions Finanz GmbH
Tel. 0 61 72/88-04
LGS Leasinggesellschaft der Sparkasse GmbH
Tel. 0 61 72/88-02

Der erfahrene Investitionspartner



Erfahrung.

Keiner beherrscht
das "Haus zu Haus" Containerkonzept
besser als Cast,
das Containertransport-Unternehmen
der "ersten Stunde".



Das "Blue Box" System, das Erfolgskonzept im Containerverkehr

Gerade volljährig, wurde er Kommissar und brach den Widerstand der Moslems in Mittelasien.

Hernach studierte er Elektrotechnik an der Moskauer TH, zeigte als Mitglied einer Überprüfungskommission trotzkistische Kommilitonen an und heiratete die stalinistische Funktionärin Walerija Golubzowa, die ihn zum Eintritt in den Parteiapparat drängte und später selbst Direktorin des Elektrotechnischen Instituts wurde.

Malenkow gelangte in die Personalabteilung des ZK. 1934 wurde er deren Chef, als sein Vorgesetzter Nikolai Jeschow zur Parteikontrolle und dann an die Spitze der Geheimpolizei überwechselte. Die Zeit des Terrors begann.

Malenkow, Bürokrat im Mao-Look mit einem photographischen Gedächtnis und wacher Witterung für Häresie, gefiel dem Generalsekretär Stalin. Auf die Vorstellung bei ihm hatte sich Malenkow acht Wochen mit täglich 18 Stunden Memorieren vorbereitet: Er konnte Stalins Frage nach der Stahlproduktion von 1926 ebenso prompt beantworten wie die nach der Zahl der Parteimitglieder in Belorußland. Reden seines Herrn hatte er auswendig gelernt.

„Dieser Mann ist ein Genie", befand Stalin. Er brauchte einen Arbeitswütigen, der die Dossiers der „Parteifeinde" führte und Jeschow das Material zulieferte; er soll selbst auch mal an Folter-Verhören teilgenommen haben. Er war wohl Idealtyp eines intelligenten und dennoch seinem Chef ergebenen Funktionärs. 1938 wurde er Stalins persönlicher Sekretär.

Er fuhr auch selbst in die Provinzen und brachte Erschießungslisten mit. Insgesamt ließ Stalin in jenen Jahren nach westlichen Schätzungen etwa eine Million Kommunisten exekutieren.

1939 wurde Malenkow ZK-Sekretär. Im Krieg ins „Staatliche Verteidigungskomitee" berufen, den Befehlsstab Stalins, kümmerte er sich um die Flugzeugproduktion und besuchte in höchstem Auftrag viermal die Front. In Stalingrad warf er einem Fliegermajor vor, er habe „das Kämpfen vergessen" – es war Stalins Sohn Wassilij, 21: „Beim letzten Kampf hat keiner von den 25 Fliegern Ihres Regiments auch nur einen Deutschen abgeschossen. Wie sollen wir das verstehen?"

Nach dem Krieg wurde Malenkow Vollmitglied des Politbüros und Vize des Ministerpräsidenten Stalin. Dem gefiel er offenbar immer besser. Auf seinem letzten Parteitag 1952 ließ er ihn die Hauptrede halten, damit war er als Nachfolger benannt. Im folgenden Frühjahr starb der Tyrann, Malenkow hielt die erste Totenrede, die Führungsgenossen übergaben ihm Stalins Machtposition in der Regierung und wählten ihn zum Ministerpräsidenten.

Da offenbarte Malenkow eine entscheidende Schwäche – er hatte verstanden, sich an die Macht zu schleichen und sie rücksichtslos auszuüben, aber die Taktiken, die Macht zu bewahren, hatte er nicht erlernt: Nach einer Woche verzichtete er auf seinen Posten als ZK-Sekretär, Parteichef wurde Aufsteiger Nikita Chruschtschow, der den Parteiapparat als das eigentliche Herrschaftsinstrument erkannt hatte.

Premier Malenkow versprach dem Volk eine Atempause, Konsumgüter statt Rüstung sowie „ein neues Leben für alle", ein „friedliches Nebeneinander von Kapitalismus und Sozialismus". Als erster Sowjetführer warnte er vor atomarer Aufrüstung, weil im Kriegsfall die gesamte Zivilisation untergehen werde. Parteichef Chruschtschow nannte dieses Programm „Revisionismus", Malenkow berichtigte sich: „Nur der Kapitalismus" werde in einem Atomkrieg untergehen.

US-Botschafter Charles Bohlen fand Malenkow sympathisch, weil er „sich von anderen sowjetischen Führern dadurch abhob, daß er nicht soviel trank".

Malenkow setzte damals auf die Deutschen und bot am 15. Januar 1955 die Wiedervereinigung „als Großmacht" durch freie Wahlen an. Als ein Echo ausblieb, schlug Chruschtschow zu. Drei Wochen später gelang es ihm, Malenkow abzusetzen. Premier wurde der Verteidigungsminister Bulganin, der seinen Vorgänger einen „Abenteurer" und „Intriganten" nannte. In einer Selbstkritik erklärte Malenkow, er sei für eine leitende Stelle zu unerfahren; er wurde Elektrizitäts-Minister. Chruschtschow lud sogleich Bonns Adenauer zur Anerkennung der deutschen Zweistaatlichkeit nach Moskau; der mitreisende Sozialdemokrat Carlo Schmid traf beim Kreml-Empfang auf Malenkow und unterhielt sich mit ihm, auf Latein.

Chruschtschow übernahm Malenkows revisionistisches Programm, steigerte es bis zur Verurteilung Stalins auf dem 20. Parteitag im nächsten Jahr, wogegen sich die alten Kämpfer um Malenkow und Molotow – Stalins Vorkriegspremier und Außenminister – wehrten: Im Sommer 1957 wollten sie mit einer Politbüro-Mehrheit Chruschtschow stürzen.

Der rief das ZK zusammen und stürzte die Stalinisten: Sie trügen „persönliche Verantwortung für zahlreiche Massenverfolgungen". Der Generalstaatsanwalt leitete ein Verfahren wegen „verbrecherischer Verletzung der sozialistischen Gesetzlichkeit" ein.

Doch die Stalinisten im zweiten Rang waren stark genug, so etwas zu verhindern. Malenkow wurde Direktor eines Kraftwerks in Kasachstan, aber im Gegensatz zu Molotow nicht wieder in die Partei aufgenommen. Eines seiner Opfer, Belorußlands Ex-Premier Kowaljow, verlangte jüngst in einer Lokalzeitung, den Stalin-Helfer der Verachtung des Volkes preiszugeben.

Kurz darauf starb Malenkow, am 14. Januar, und wurde fern der Kremlmauer auf einem unbekannten Friedhof christlich begraben. ◆





WELTMARKT PROVINZ.

Zu den positiven Eigenheiten unserer Volkswirtschaft zählen wir die erstaunlich gute Infrastruktur auch vermeintlich wirtschaftsschwacher Regionen. Die Stärke der mittelständischen Wirtschaft erleben wir als aufmerksame Beobachter häufig gerade dort und nicht in den Metropolen. Wir sehen speziell zwei Gründe dafür.

Da ist einmal die historisch gewachsene Verteilung der wirtschaftlichen Aktivitäten über das ganze Land. Sie ist das Resultat der Eigenständigkeit und Eigeninitiative der kommunalen Selbstverwaltungen, wofür wir noch heute dem Freiherrn vom Stein als geistigem Vater der Entwicklung zu Dank verpflichtet sind.

Und da ist die konsequente Verwirklichung der Idee der öffentlichen Sparkassen, deren Erfolge wir seit Beginn des 19. Jahrhunderts beobachten und deren Interesse für das Ersparte wichtige Impulse für die Wirtschaftsentwicklung in der Provinz gestiftet hat. Denn diese Idee besagte: Bindung an den eigenen Ort, Bindung an die eigene Region, Orientierung am Gemeinwohl.

Ein weiterer wichtiger Grund dafür, daß die Provinz wirtschaftlich reüssiert, erklärt sich aus der gelungenen Teilung der Aufgaben zwischen den Sparkassen und den Landesbanken. Bewegen sich die Sparkassen mit ihren Filialen weit in die regionalen Märkte hinaus, so kommt uns als Landesbank die Aufgabe zu, die vielen Arbeitsprozesse, die draußen anfallen, zu bündeln und zu rationalisieren.

Hier kommt natürlich auch die besondere Aufgabenstellung von uns Landesbanken ins Spiel. Weil wir über die strukturpolitischen Notwendigkeiten eines Landes wie Rheinland-Pfalz Bescheid wissen, sehen wir den Kreditbedarf der regionalen Wirtschaft nicht nur mit privatwirtschaftlich interessiertem Auge.

Was eine solch zukunftsorientierte Kundenpolitik von Banken zu bewirken vermag, ist den Daten unseres Landes zu entnehmen: Seit 1969 sind 5.700 Betriebe im Land gefördert worden, wurden mit öffentlichen Mitteln mehr als 110.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Zukunftsorientierte Schlüsselindustrien wie Automobilbau, Mikroelektronik oder Industriekeramik wurden ins Land geholt mit Ansiedlungen von überregionaler Bedeutung.

Wer will da bei Namen wie BASF, Boehringer, IBM, KSB, Opel, Pfaff oder Schott heute noch sagen, daß die Provinz Provinz ist?

LANDESBANK RHEINLAND-PFALZ

DUVENDACK GUENTHER BAGINSKI & PARTNER

Luxusware Windeln

Als erster osteuropäischer Staat hat Ungarn die totale Steuerreform angeordnet. Ergebnis: ein totales Chaos.

Die alte Frage „Was ist Sozialismus?“ findet seit 1. Januar 1988 eine überraschende Antwort. „Sozialismus ist der umständlichste und härteste Weg vom Kapitalismus zum Kapitalismus“, formulieren die Ungarn zynisch.

Das spüren sie jetzt täglich am eigenen Leib. Mit Jahresbeginn hat ihre Regierung nicht bloß die neumodische Mehrwertsteuer eingeführt, sondern obendrein noch jene Individualsteuern, die nach der roten Machtübernahme 1948 feierlich abgeschafft und seither als Instrument der kapitalistischen Ausbeutung verteufelt wurden. Entscheidend für den Gewaltakt waren nicht Übermut oder gar Ideologie, sondern pure Budgetnot.

Der „Gulasch-Kommunismus“ der Magyaren, lange Zeit Vorbild aller Neuerer im KP-Imperium, ist gescheitert. Das belegen erschreckende Zahlen: ein Haushaltsdefizit von 35 Milliarden Forint (fast 1,3 Milliarden Mark), drastischer Rückgang der Exporterlöse in konvertierbarer Währung, Verluste der staatlichen Großunternehmen in Höhe von 360 Millionen Mark.

Die ungarische Bruttoverschuldung, die höchste Pro-Kopf-Quote unter den Ostblock-Ländern, wuchs im Vorjahr um weitere 1,5 Milliarden Mark und ist nun bei 27 Milliarden Mark angekommen. 1988 werden volle zwei Drittel aller Deviseneinnahmen für den Schuldendienst draufgehen.

Ungarns neuer starker Mann Károly Grósz, Ministerpräsident und chancenreichster Kandidat für die Nachfolge des KP-Chefs János Kádár, spricht ohne Umschweife von einem „Taltief“. Es gelte, „die Rutschbahn zu verkürzen“, also zu sparen und nochmals zu sparen.

Grósz und Genossen wollen dies primär auf Kosten der Bevölkerung tun. Das im vergangenen September Hals über Kopf beschlossene „Sanierungsprogramm“ entpuppt sich bei näherer Betrachtung als drakonischer Befehl zum Konsumverzicht.

Kernstück des Programms ist ein osteuropäisches Novum: die große Steuerreform. Ein lebenslustiges Volk, das bislang von Finanzämtern und doppelter Buchhaltung weithin verschont blieb, sieht sich nun über Nacht mit höchst komplizierten Lohn-, Einkommen-, Vermögen- und Mehrwertsteuer-Verordnungen konfrontiert. Als Dreingabe gibt es eine hundertprozentige „Flugsteuer“ bei Luftreisen im Comecon-Raum.

Die Regierung erhofft sich von dem spektakulären Paket bereits für 1988 zusätzliche Einnahmen von 15 Milliarden



Privathandel in Budapest: „Der Staat verzichtet auf Hundesteuer . . .



. . . und läßt uns lieber bluten“: **Trödelmarkt in Budapest**

Forint und somit eine Verringerung des Haushaltsdefizits auf 20 Milliarden Forint. Parallel dazu sollen die Subventionen größtenteils beseitigt, das heißt die Preise kostendeckend, die Gewinn- oder Verlustspannen der Produktionsfirmen endlich transparent werden.

Die wenigen gut arbeitenden Industrien, die sich in der Vergangenheit für die vielen schlechten verausgabt haben, sollen immerhin mit Erleichterungen belohnt werden. Der Staat gedenkt, ihnen fortan nur noch 70 statt der bisherigen 90 Prozent ihrer Reinerträge abzunehmen.

Dem Volk aber stehen schwere Zeiten bevor. Beschert wird ihm „ein schwedisches Steuersystem, gekoppelt mit äthiopischen Löhnen“ (so ein Ökonomie-Professor). Die Steuerspitzensätze erreichen mit 60 Prozent durchaus westliches Niveau, während die Gehälter weit darunter liegen.

33 von 100 Ungarn, nach inoffizieller Schätzung sogar 40, leben ohnehin an der Armutsgrenze. Ein weiteres Drittel kommt bloß mit Tricks und Pfusch einigermaßen passabel über die Runden: Der Durchschnittsverdienst liegt bei 7000 Forint im Monat, wofür sich zwei schlechte Anzüge kaufen lassen.

Begreiflich, daß die Verabschiedung der Steuergesetze im vergangenen Herbst sogleich Panik auslöste. Wer's

Fresnel- und Objektivlinsenscheinwerfer arbeiten mit Halogen-Metalldampflampen (70 und 150 Watt) und weißen Natriumdampflampen (50 Watt). Damit ergeben sich hohe Lichtausbeuten, wie sie bisher nur von der Bühnentechnik bekannt sind: 4.000 lx aus 3 m Abstand.



Der Lichtkegel des Fresnellinsenscheinwerfers ist weichzeichnend und im Durchmesser variabel. Die Einstellung erfolgt über einen stufenlosen Zahnstangenantrieb, der Ausstrahlungswinkel zwischen Spot mit 15° und Flood mit 45° erlaubt.

ERCO Leuchten gibt es im guten Fachhandel.
ERCO
Leuchten GmbH
Brockhauser Weg
5880 Lüdenscheid

Die neue Dramaturgie des Lichts braucht die Optionen der Optik.

Die Farbe des Lichts kann mit Glasfarbfiltern von Rot über Gelb und Grün bis Blau verändert werden. Vorgeschaltete komplette Filtermagazine erleichtern die Farbwahl. Eclipse bietet Bühnentechnik im Schaufenster- und Ausstellungsbereich mit ökonomischen, langlebigen Leuchtmitteln.

Mit dem Linsenscheinwerfer ist eine randscharfe Ausleuchtung von Objekten und Flächen möglich. Je nach Wahl der Brennweite der Objektivlinsen und der dazu kombinierbaren Lochblende können eng- bis breitstrahlende Lichtkegel gebildet werden. Lichtstärken bis 20.000 cd liefern auch in 10 m Abstand noch 200 lx.

Das System von Schiene und Strahler hat schon seit Jahrzehnten erreicht, daß Licht dramaturgisch eingesetzt werden kann.

Um Effekte zu erzielen.

Um Akzente zu setzen.

Und das immer wieder anders und immer wieder neu.

Doch durch die dramatische Entwicklung neuer, besonders starker Lichtquellen, die sich ausgezeichnet mit den Regeln der Optik beherrschen lassen, haben wir Scheinwerfer entwickeln können (Design Mario Bellini), wie es sie bisher nur in der professionellen Bühnenbeleuchtung gab.

Das Stichwort heißt Lichtkegeldurchmesser.

Er kann mit beiden Scheinwerfern, wenn auch auf jeweils andere Weise, überaus flexibel eingestellt werden.

Von ganz eng (zum Beispiel 0,14 Meter) bis zu ganz breit (zum Beispiel 7,27 Meter).

Sie können sich vorstellen, welche Wirkungen sich mit diesen Scheinwerfern erzielen lassen.

Der eine Scheinwerfer arbeitet mit dem Prinzip der Fresnel-Linse, der andere mit einem ausgeklügelten optischen System.

Mit diesem System erreicht man randscharfe Ausleuchtungen von Objekten und Flächen in einem Winkelbereich zwischen 8° und 72°.

Die Scheinwerfer aus dem neuen Eclipse-Programm schaffen mit den Möglichkeiten der Optik eine neue, hochflexible Dramaturgie des Lichts, wie sie bisher so nur im Theater möglich war.

ERCO

Tagsüber die feine englische Art. Abends das französische Savoir Vivre.

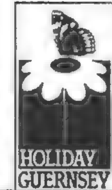


Guernsey, die Insel im Ärmelkanal, ein Urlaubsparadies für Kenner und Genießer. Ursprünglich zu Frankreich gehörend, untersteht es heute der englischen Krone. Geprägt durch seine Geschichte, die Lage im Golfstrom und seine politische Autonomie, hat sich Guernsey von beiden Ländern das Beste erhalten. Fragen Sie in Ihrem Reisebüro oder schreiben Sie uns. Sie erhalten den farbigen Prospekt über Guernsey, wo die Welt noch in Ordnung ist.

URLAUB AUF GUERNSEY

Attention please: Anzeige mit Absender an Guernsey, c/o British Tourist Board, Neue Mainzer Straße 22, 6000 Frankfurt, 069/23 80 70. That's all!

SP/06



A.B.S.

MORGENSTUND...

... hat Gold im Mund. Diese Lebensweisheit erfahren Sie täglich, wenn der **Rollotron** nach vorprogrammierter Zeit Ihre Rolladen öffnet. **Rollotron** ist ein vollautomatischer, computergesteuerter Rolladenantrieb, der ganz einfach in den vorhandenen Gurtkasten eingebaut wird. **Rollotron** arbeitet auch, wenn Sie Ihren verdienten Urlaub angetreten haben, und schützt Ihr Haus vor ungebetenen Besuchern.

rollotron®

Fordern Sie weitere Informationen an.
Rademacher Geräte Elektronik GmbH
Postfach 107 (S)
4292 Rhede b. Bocholt
Telefon 02872/1046

rademacher

Name
Straße
PLZ/Ort

sich leisten konnte, kaufte die erstbeste Einzimmerwohnung oder etliche Quadratmeter Freizeitland, möglichst nahe am Plattensee. Wer nur über kleinere Reserven verfügte, wollte wenigstens einen Goldring oder einen Farbfernseher ergattern. Und wer noch weniger besaß, kratzte die allerletzten Forint zusammen, um Waschmittel und Konserven zu hamstern. Klopapier zum Beispiel war ausverkauft, die Kaufhäuser orderten Hilfslieferungen aus Österreich.

Nun ähneln die winzigen ungarischen Wohnungen Warenlagern für Notzeiten. Mehl, Seife und Zucker stapeln sich in freien Ecken bis zur Decke. Unter den Betten liegen Säcke mit Zement und Dachziegel für die Frühjahrsreparatur am Wochenendhaus.

Diese Investitionen rentierten sich. Denn seit Januar verteuerten sich 80 Prozent sämtlicher Konsumartikel – nicht selten bis zu 300 Prozent. Selbst Grundnahrungsmittel zogen wieder flott an. Das Kilo Brot – 1970 für 3 und 1979 für 6 Forint zu haben – kostet jetzt 12 bis 13 Forint.

Besonders hart trifft die staatliche Preistreiberei kinderreiche Familien. Kleinmöbel sind jetzt dreimal so teurer wie im Dezember, Kinderstiefel kosten 800 statt 250 Forint. Windeln wurden mit 31 statt 8 Forint eine Luxusware. Kommentar eines Vaters von zwei Kindern: „Der gütige Staat verzichtet auf die Hundesteuer und läßt uns lieber bluten.“

Fürs laufende Jahr sind 15 Prozent Inflation eingeplant, was einem Rückgang des allgemeinen Lebensstandards um ein Zehntel gleichkäme. In der Praxis wird man froh sein, wenn die Geldentwertung 20 oder 25 Prozent nicht überschreitet.

Die miserable Vorbereitung des fiskalischen Überfalls brachte zusätzlichen Ärger: Formulare fehlen, nichts klappt, niemand kennt sich aus. Ein rasch zusammengeschusterter TV-Nachhilfekursus in Steuerrecht beginnt beinahe regelmäßig mit der Entschuldigung, leider sei „alles falsch gewesen, was wir beim letztenmal erzählt haben“.

Zwar wird der Grundlohn von Arbeitern und Angestellten zunächst einmal „bruttoisiert“, das heißt um jenen Betrag aufgestockt, den die Individualsteuer ausmacht. Da aber zum Grundlohn auch diverse Prämien und Zulagen (etwa für Fremdsprachenkenntnis) zählen, geht die Addition kaum jemals richtig auf. Mancher Ungar findet jetzt das Doppelte auf seinem Lohnstreifen – in der Lohntüte aber nur die Hälfte von vorher.

„Unvorstellbares Chaos“, stöhnt ein Verlagsbuchhalter. Die Betriebsmanager wissen nicht, wo sie das nötige Kapital für die „Bruttoisierung“ hernehmen sollen – manche denken an den Abbau von Sozialeinrichtungen bis hin zum Verkauf der Ferienheime. Andere entschließen sich schweren Herzens zur



Ungarischer Premier Grósz
„Rutschbahn verkürzen“

Kündigung von Belegschaftsmitgliedern, um mit dem ersparten Geld die übrigen halten zu können.

Noch mehr verunsichert fühlen sich die privaten Kleingewerbetreibenden und Boutiquenbesitzer, auf deren Initiative die KP-Führung hoffte. Werden sie die neue Einkommensteuer verkraften? Wäre es nicht vielleicht klüger, den Gewerbeschein zurückzugeben und wie ehemals schwarz zu arbeiten?

Die 600 000 Werktätigen, die offiziell einem Zweit- oder Drittjob nachgehen und deren Nebeneinkommen den Steuersatz gewaltig in die Höhe treibt, sehen wenig Sinn darin, ihre Gesundheit durch Mehrarbeit zu ruinieren.

Kurzum, die Ungarn sind tief verstört und deprimiert. Erstmals seit dem Revolutionsjahr 1956 herrscht in der angeblich „fröhlichsten Baracke des Ostens“ nicht bloß eine schwere Wirtschaftskrise, sondern zugleich eine ernste Vertrauenskrise. Die einstige Vaterfigur János Kádár hat, stellvertretend für den Sozialismus, jeglichen Glanz eingebüßt.

„Extremistische Elemente senden eine steigende Anzahl von Drohbriefen an den Ministerpräsidenten und die Regierungsmitglieder“, mußte Károly Grósz bei einem Fabrikbesuch in Györ bekennen. ZK-Sekretär Mátyás Szürös sprach in Wien von einer „wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Sackgasse“.

Angesichts des Schocks sah sich die KP-Führung veranlaßt, den derzeit laufenden Umtausch der Parteibücher rasch zu stoppen: Eine interne Umfrage ergab, daß sich 60 der Altgenossen weigern, einer derart in Verruf gekommenen „führenden Kraft“ des Landes auch fürderhin anzugehören.

Im Theaterwissenschaftlichen Institut von Budapest traten sämtliche Angestellten korporativ aus der KP aus. Allein der Direktor will ausharren. ◆

Franchising bei Schulen?

Verstärkt suchen in letzter Zeit sog. „Franchisegeber“ gutgläubige Franchisenehmer; dabei fungiert der Begriff Franchising als eine Art Zauberwort, mit dem die selbsternannten Franchisegeber vorgeben, etwas Neues oder Seltenes oder Originelles gegen Lizenzentgelt veräußern zu können.

Immer wieder wird dabei auch auf die (selbstgegebene) Gebietsschutzkompetenz verwiesen. Die Franchisegeber deuten dabei an, auch mit eigenen Betrieben in das zu schützende Gebiet gehen zu können: Vielfach fehlen ihnen hierzu nicht nur die liquiden Mittel, sondern sogar die dafür notwendige Organisationsstruktur, Personal- und Managementvoraussetzungen.

Die klassische Gebietsschutzkompetenz haben eigentlich nur die Firmen, die auf ein bestimmtes (unimitierbares) Know-how bzw. auf ein Produkt ein Monopol besitzen (nur Ford baut Ford-Autos, deshalb kann nur Ford für Ford-Autos Gebietsschutz erteilen).

Auch für Nachhilfe- bzw. private Lehrinstitute gibt es eine Gebietsschutzkompetenz bzw. eine Franchising-Kompetenz nur, wenn diese tatsächlich über ein unverwechselbares didaktisches Know-how verfügen. Unter „Know-how“ ist folgendes *nicht* zu verstehen: „Betriebswirtschaftliche Beratung (wird von IHK und anderen Institutionen kostenlos bzw. gegen geringes Entgelt angeboten), die sog. „Erfahrung“ (manche haben viele Erfahrungen, jedoch überwiegend die falschen) das sog. „Logo“ (das sich meistens auf simple Schriftzüge beschränkt).

Interessenten für das Schul-Franchising sollten deshalb vor der Entscheidung die folgenden Kriterien beachten:

- Bietet der Franchisegeber fachdidaktisches Material an, insbesondere Repetitorien?
- Verfügt er über eigenes, spezifisches pädagogisches und methodisches Know-how?
- Hat er eine dem Franchisegedanken entsprechende soziale Kompetenz?
- Ist sein Marketing-Know-how und sein „Logo“ tatsächlich attraktiv?
- Stehen die Gebühren im Verhältnis zu den effektiven Leistungen?
- Hält der Franchise-Vertrag juristisch Stich?
  (Viele Gebietsschutzregelungen sind rechtlich unwirksam.)
- Verfügt der Franchisegeber auch wirklich über eine flächendeckende Marktgeltung und über einen ernstzunehmenden Bekanntheitsgrad, von dem man profitieren kann?
- Gestattet das „Logo“ (also der Name der Schule, Rechtsform, Signet) die Aufnahme zusätzlicher Dienstleistungen in das Angebot?
  (Häufig sind die „Logos“ viel zu eng gewählt.)
- Haben die sog. Organisationshilfen einen echt erfinderischen, schutzbedürftigen Charakter?
- Ist die offerierte Franchise ein Gebührenabführungsvertrag für betriebswirtschaftliche Beratung?

Der STUDIENKREIS GfM, Gesellschaft für angewandte Methodik im Schulunterricht mbH, sieht sich als größte Ergänzungsschule und größter Franchisegeber auf diesem Gebiet – mit derzeit 220 Niederlassungen und über 1200 Mitarbeitern – verpflichtet, auf die Häufung unseriöser Franchise-Angebote hinzuweisen und zu warnen.

Mit diesem Beitrag wirbt der STUDIENKREIS nicht für sein eigenes Franchisesystem. Vielmehr möchte er zu bedenken geben, sich auf ein Gebietsschutzversprechen einzulassen, das schon nach wenigen Monaten von zusätzlichen, neuen Franchisegebern wertlos gemacht werden kann.

Informationsmaterial zum Schul-Franchising bekommen Sie kostenlos über STUDIENKREIS, Gesellschaft für angewandte Methodik im Schulunterricht mbH, Universitätsstraße 74, 4630 Bochum, Telefon (02 34) 3 33 06 01, Herr Feyh, Frau Mehl, Frau Kipshoven.

STUDIENKREIS

Lernen von Grund auf



Ein Bombenwetter heute. Glitzernd schimmert das Meer, und der Wind schmeichelt durch das Haar. Genau das richtige Wetter für einen würzigen Bommerlunder.
Die Würze des Nordens.
Sein charakteristischer Geschmack beruht auf feinem Kräuterdestillat. Die lange Reifezeit gehört zur Rezeptur. Sie wird seit Generationen gehütet und noch heute nach strengen Regeln eingehalten.
BOMMERLUNDER
HERM. G. DETHLEFFSEN
FLENSBURG
TRADITION
SEIT 1760
0,7 l

PARAGUAY

Kultur der Angst

In Scheinwahlen läßt sich Bayernsohn Stroessner zum achtenmal als Präsident bestätigen.

Der General tat bescheiden: „Ich habe nie einen Finger gerührt, um Kandidat zu sein. Aber wenn die Partei mir eine Aufgabe zuteilt, dann muß ich sie erfüllen. Ich bin ein disziplinierter Mensch, ich höre auf den Willen des Volkes."

Seit 34 Jahren schon hört Alfredo Stroessner auf den Willen des Volkes, Präsident des Vier-Millionen-Volkes im südamerikanischen Binnenstaat Paraguay zu bleiben. Am kommenden Sonntag werden seine Landeskinder, Nachkommen der Guaraní-Indianer und ihrer spanischen Kolonisatoren, den Bayernsohn zum achtenmal mit einem fünfjährigen Mandat betrauen und ein neues Parlament wählen.

Das Datum ist passend: Karnevalssonntag. Denn Urnengang in Paraguay ist eine Farce, eine bittere Satire auf die Demokratie. Schon Wochen vor der Wahl steht das Ergebnis fest, sogar die Namen der gewählten Abgeordneten sind bekannt. Allein die Kandidaten der beiden offiziellen Oppositionsparteien haben noch Zweifel, wie viele Stimmen ihnen zugeteilt werden.

Gegen hohe Besoldung helfen sie Stroessner seit Jahrzehnten, Paraguays Demokratie-Theater auf dem Spielplan zu halten. Das Wahlgesetz sichert ihnen ein Drittel der Sitze im Parlament – mehr ist nicht möglich.

„Wir haben ja so viele Stimmen", prahlte einst der Präsidenten-General, „daß wir es uns erlauben können, welche zu verschenken." Rund 90 Prozent fährt die nach ihrer roten Fahne „Colorado" genannte Regierungspartei National-Republikanische Aktion (ANR) bei den Wahlen für ihren Chef ein.

„Wir nennen das Bleistift-Wahl", sagt Luis Becker, ein Stroessner-Gegner in der ANR. „Am Tag der Wahl ruft man das Parteibüro in der Hauptstadt an und fragt, wie viele Stimmen man für jede Partei eintragen soll."

Stroessner übernahm 1954 ein Land, das seit seiner Unabhängigkeit von Spanien Demokratie nie kennengelernt hat, sondern vor allem Kriege und Diktaturen. Auf Gewaltherrschaft folgte meist Chaos, in den 19 Jahren nach 1935, dem Ende des sinnlosen wie blutigen Krieges gegen Bolivien, stellten verschiedene Bürgerkriegsparteien und Putschisten elf Präsidenten.

Stroessner kam wohl nur ans Ruder, weil die verschiedenen Fraktionen ihn für zu dumm hielten, als daß er lange an der Macht bleiben würde. Doch der unscheinbare Offizier, dem jedes Charisma abgeht, stellte Zug um Zug alle Gegner kalt – durch Haft, Ausweisung oder Mord.

Als ausführendes Organ seiner Militärdiktatur setzte er eine der traditionellen Parteien – die Colorados – ein, die zunächst jede Opposition beiseite fegte. Dann spielte Stroessner die internen Fraktionen der Partei so lange gegeneinander aus, bis Ende der sechziger Jahre nur noch eine ihm absolut hörige Machtmaschine übrigblieb.

Heute sind 1,3 von rund 4 Millionen Paraguayern Mitglieder der Colorados. Die Beamten sind es gezwungenermaßen, sogar das Abonnement für das schrille Parteiblatt „Patria" wird ihnen im voraus vom Gehalt abgezogen. Nur wer Colorado ist, darf Lehrer werden oder in die Offiziersschule eintreten. In den entlegensten Dörfern sorgt die Colorado-Sektion für Ordnung, nur bei ihr kann man auf die Gunst des Regimes hoffen.



Präsident Stroessner (M.): Das Land ist ihm absolut hörig

Für Ruhe sorgt die Armee mit ihren 17 000 Soldaten und 6000 Polizisten, eine bewaffnete Macht, die laut US-Historiker Paul M. Lewis „zu den kopfstärksten der Welt im Verhältnis zur Bevölkerung" zählt. Auf 40 Soldaten kommt ein Oberst.

Direkte Repression ist heute kaum mehr notwendig. Seit Ende der siebziger Jahre, als das Militär Land-Gewerkschafter dutzendweise niedermachte oder verschwinden ließ, vermeidet das Regime allzu offene Gewalt.

Die Colorados und ihr Heer von Spitzeln sorgen für Schweigen und Folgsamkeit. Schon zehn Prozent der Paraguayer haben irgendwann einmal in Stroessners Gefängnissen gesessen, sie leben, so der Schriftsteller Rubén Bareiro Saguier, in einer „Kultur der Angst". Zugleich haben „die Menschen die Fähigkeit verloren, sich zu entsetzen", meint Humberto Rubin, Besitzer der vom Regime geschlossenen Radiostation Nandutí, „Menschenrechte interessieren keinen mehr".

Aber das Regime ist auch subtiler geworden. Statt Folter und Mord setzt es heute vor allem Festnahmen zur Abschreckung ein. Nur wer als gefährlich gilt, wird unerbittlich verfolgt: Bauern etwa, die sich organisieren, oder Medien, die Erfolg haben. Seit vier Jahren darf die einst größte Tageszeitung „ABC Color" nicht mehr erscheinen.

Auch die Opposition ist integrierender Bestandteil des Systems. „Die politischen Parteien sind unfähig, eine Alternative zu bieten", gesteht der Sozialdemokrat Euclides Azevedo. So ist das Land befriedet, ja „politisch verblödet", lautet das Urteil des Bischofs Mario Melanio Medina.

Die Colorado-Partei ist in sieben Fraktionen zersplittert, nur ein interner Putsch konnte die Macht der Regierungstreuen noch sichern: Am Parteitag 1987 umstellte die Polizei das Versammlungslokal und sperrte Stroessner-Kritiker aus. Allzu viele wagen es nicht, sich von der Staatspartei loszusagen. „Ich bin gegen Stroessner", geben einige im privaten Gespräch zwar zu, bleiben aber dennoch Mitglieder der Colorados.

In seinen Grundlagen ist das auf Korruption und Ämterverteilung gegründete System wohl kaum zu erschüttern, solange der Diktator lebt. Ein ausländischer Diplomat glaubt: „Das Ende dieser Diktatur wird biologisch sein – wenn Stroessner stirbt." ◆

SH 2'88

Zeigen Sie dem Winter die rote Karte.

Die –22 °C Garantie für Diesel-Pkw.

7 Uhr 30 und Montagmorgen. Und wieder mal viel zu spät aufgestanden. Dabei wäre es doch so wichtig, heute pünktlich zu sein.

Und dann das: ein „unerwarteter Kälteeinbruch", wie der Mann von der Wetterkarte immer so schön sagt. Nicht genug, daß Sie Ihr Auto freikratzen müssen, nein, Sie fahren auch noch einen Diesel. Das heißt, an dem Tag fahren Sie ihn nicht, denn Ihr Diesel fährt nicht. Doch das ist Schnee von gestern.

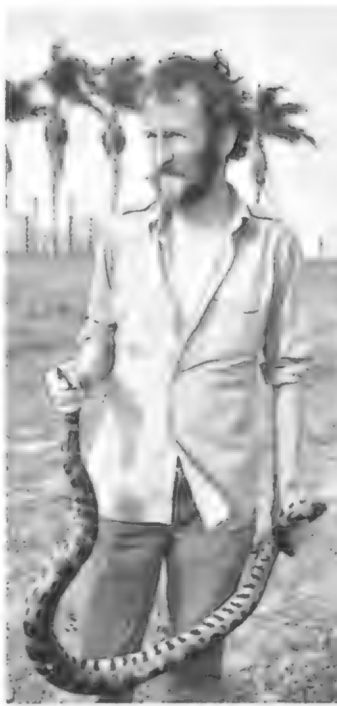
Dieses Jahr gibt es das neue Dieselshell plus. Ein neuartiger Diesel-Kraftstoff, der sogar bis 22 Grad unter Null flüssig bleibt. Das garantieren wir für Pkw. Schriftlich.

Daß wir uns dabei so sicher sind, liegt einfach daran, daß wir es letzten Winter bereits getestet haben.

Die Garantie gibt Ihnen Ihre Shell Station. Fragen Sie danach. Und zeigen Sie dem Winter die rote Karte.



Die wirtschaftliche Art, Diesel zu fahren.

Bolivianischer Nationalpark Beni, Naturschützer: Dreiecks-Handel von Bank, Regierung und Umweltorganisation

SCHULDENKRISE

Dem Markt glauben

Die internationale Schuldenkrise hat sich noch zugespitzt. Bei den Gläubigern wächst die Einsicht, daß es so wie bisher nicht weitergehen kann.

Lange Zeit grübelten die Manager der American Express Co. über ein vertracktes Problem.

Die Geldverwalter in New York, die außer dem Kreditkartengewerbe auch Bankgeschäfte betreiben, überlegten, wie das auch bei ihnen hochverschuldete Mexiko seinen Schuldenberg verkleinern kann, ohne Bares zu leisten.

Die Amexco-Männer kamen schließlich auf einen vielversprechenden Einfall.

Für Rechnungen, die Touristen in Mexiko mit Amexco-Kreditkarten begleichen, braucht das New Yorker Finanzhaus stets große Beträge in mexikanischer Landeswährung. Zu diesem Zweck – so die Absicht – übernimmt künftig die Kreditkartenfirma mexikanische Staatsschulden in den USA, zum Discount-Preis, versteht sich. Die mexikanische Staatsbank tauscht für den Gegenwert zu günstigen Konditionen Peso ein.

Allen ist damit geholfen. Amexco erhält auf vorteilhafte Weise Devisen, Mexiko vermindert seine Schulden, und die Gläubiger bekommen das Geld zurück, das sie an Mexiko verliehen haben, wenn auch mit einem Abschlag.

An Phantasie mangelt es neuerdings nicht, wenn es um die Milliarden Dollar geht, die westliche Banken (und Regierungen) den Entwicklungsländern pumpten, die nun aber kaum noch einzutreiben sind.



Brasiliens Finanzminister Mailson
Milliarden frisches Geld gefordert

Eine amerikanische Umweltschutzorganisation etwa kaufte für 100 000 Dollar eine Kreditforderung der US-Bank Citicorp an Bolivien mit einem Nennwert von 650 000 Dollar. Sie erließ der Regierung in La Paz die gesamte Schuld gegen die vertragliche Zusicherung, rund um den Nationalpark Beni im Amazonas-Becken ein zusätzliches Gebiet von rund 1,5 Millionen Quadratkilometern unter Naturschutz zu stellen. Der südamerikanische Staat soll dafür Landeswährung im Wert von 650 000 Dollar ausgeben.

Andere Gläubiger stehen mit ungewöhnlichen Vorstößen kaum nach. Die kalifornische Regionalbank First Interstate Bancorp vermarktete Shrimps und Spargel aus Peru. Den Erlös rechneten die Banker teilweise gegen Forderungen an den Andenstaat auf.

Der Geldkonzern Citicorp erwarb in Chile Beteiligungen an Minengesellschaften sowie von Unternehmen aus der Fisch-, Agrar- und Forstindustrie. Bankers Trust Co. investierte in ein chilenisches Kraftwerk. Auf diese Weise verwandelten die Banken Hartwährungsforderungen in Investitionskapital.

Mit solchen Kunststücken versuchen Gläubiger und Schuldner von Santiago de Chile bis Mexiko immer häufiger, die Schuldenbombe zu entschärfen. Zauberformeln sind es nicht. Doch die Versuche zeigen, wie wenig der Finanzkrise der Dritten Welt mit herkömmlichem Krisenmanagement beizukommen ist.

Erschöpft und müde geworden, stellen sich die Gläubiger, wenn auch noch widerwillig, darauf ein, daß sie ohne einen teilweisen Schuldenerlaß nicht davonkommen werden. Das Beharren auf Rückzahlung und auf Zinsen koppelt die Dritte Welt, das müssen nun auch die Banker erkennen, allmählich vom internationalen Geld- und Warenstrom ab.

Die Bilanzen der Gläubiger werden dadurch nicht schöner. Allein in Lateinamerika hatten Bolivien, Costa Rica, Ecuador, Kuba, Nicaragua und Peru Zins- und Tilgungszahlungen eigenmächtig eingestellt.

Brasilien, mit 114 Milliarden Dollar das größte Schuldnerland, zahlte den Auslandsbanken nach fast einjährigem Moratorium vorige Woche erstmals wieder einen Teil der Zinsen. Finanzminister Mailson Ferreira da Nóbrega will erst wieder regelmäßig zahlen, wenn die Banken alte Schulden strecken und Milliarden frisches Geld einschießen.

Auch in Argentinien sind die Kassen leer, die Gläubiger müssen mit einem

Griechenland,

ein Meer von Inseln...



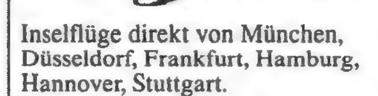
...und jede anders.

Mit eigener Geschichte, eigener Landschaft und eigenem Volkscharakter. Eine Inselwelt, die begeistert.

Blättern Sie sich durch diese Welt, suchen Sie Ihre Insel – im größten Katalog für Griechenlandreisen.

Fragen Sie in Ihrem Reisebüro nach dem Attika-Katalog. Sollte er dort nicht vorrätig sein, schicken Sie den Coupon sofort an uns.

Wir fliegen mit Hapag-Lloyd



Inselflüge direkt von München, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Stuttgart.

Bitte schicken Sie mir kostenlos Ihren Katalog.



Sonnenstr. 3, 8000 München 2
Tel. (089) 59 62 01 · 55 55 06 · 55 55 01

Anschrift: ____________________

Sp 6/88

Moratorium rechnen. Selbst Mexiko, das mit einer großzügigen Umschuldungsaktion mehr als nur eine Atempause erhalten sollte, verlangt schon wieder Kredite in Milliardenhöhe.

In den fünf Jahren seit Ausbruch der Schuldenkrise ist es Gläubigern und Schuldnern nicht gelungen, die absurde Entwicklung zu stoppen: Nur mit immer neuen Krediten können die Entwicklungsländer notdürftig ein paar Zinsen aufbringen – die Banken bezahlen sich die Darlehenszinsen gewissermaßen selber und erhöhen so ständig den Schuldenstand in den Entwicklungsländern.

Seit 1984 haben sich die Finanzströme umgekehrt: Aus den Ländern der Dritten Welt fließt mehr Kapital in die Industriestaaten zurück, als von dort kommt. 1987 waren es 29 Milliarden Dollar, nahezu soviel wie im Jahr vorher (siehe Graphik).

Die gesamten Schulden der ärmeren Welthälfte kletterten auf fast 1200 Milliarden Dollar, vor drei Jahren lag der Betrag noch bei 958 Milliarden. In diesem Jahr, schätzt die Weltbank, wird der Schuldenturm die beängstigende Höhe von 1245 Milliarden Dollar erreichen – das übertrifft bei weitem die gesamten für 1988 vorgesehenen Ausgaben der Regierung in Washington.

„Überdruß" mache sich angesichts des ausweglos scheinenden Dilemmas breit, urteilt Markus Lusser, Vizepräsident der Schweizerischen Nationalbank. „Um so dringlicher", so Lusser, „ist die Suche nach neuen Lösungen."

Im vorigen Jahr rührte US-Finanzminister James Baker erstmals an das Tabu. Die Banken, gab er zu verstehen, müßten sich darauf einstellen, Lateinamerika-Forderungen abzuschreiben. Und als erster Banker der westlichen Welt sprach Alfred Herrhausen, Vorstandssprecher der Deutschen Bank, ein Wort offen aus, das bislang unter den Kreditmanagern geächtet war: Schuldenerlaß.

Die Deutsche Bank hat inzwischen 70 Prozent der Lateinamerika-Darlehen „wertberichtigt". Herrhausen war es denn auch, der jetzt den bislang umfassendsten Versuch eines teilweisen Schuldenerlasses wohlwollend beurteilte.

Nutznießer der neuen Initiative ist Mexiko. Mit dem lateinamerikanischen Staat handelte das New Yorker Bankhaus J. P. Morgan & Co. einen komplizierten Tauschhandel zur Schuldenentlastung aus. Amerikas Schatzamt ist maßgeblich in den Deal verwoben.

Mexiko, das vereinbarten die Schuldenmanager, begibt eine neue Staatsanleihe von zehn Milliarden Dollar. Zur Sicherung dieser Anleihe kauft der lateinamerikanische Staat eine sogenannte Nullkupon-Anleihe („zero bond") ebenfalls im Nominalwert von zehn Milliarden Dollar, mit einer Laufzeit von 20 Jahren.

Zero bonds erfordern keine laufenden jährlichen Zinszahlungen, die Zinsen werden erst bei Rückzahlung fällig. Daher liegt der Ausgabepreis einer solchen Anleihe deutlich unter dem Rückzahlungskurs von üblicherweise 100 Prozent – die Differenz entspricht dem Zinsertrag bis zur Fälligkeit.

Mexiko muß für die US-Anleihe vorerst nur zwei Milliarden Dollar aufbringen. Mit dieser Anleihe, wie eine Art Pfand deponiert bei der amerikanischen Notenbank, garantiert die US-Regierung gewissermaßen die Rückzahlung der neuen mexikanischen Staatsanleihe, freilich nicht deren ordnungsgemäße Verzinsung.

Der Clou des Finanzpakets: Die Gläubigerbanken können nun dubiose Forderungen umtauschen gegen die neue Anleihe – mit kräftigen Abschlägen, über deren Höhe von Fall zu Fall verhandelt wird. Bis zu 50 Prozent soll der Schuldennachlaß reichen.

Dieser Schuldentausch sei „die erste wirklich brauchbare Idee", frohlockte der Spitzenbeamte im US-Finanzministerium David Mulford, „die zu einer Verminderung der mexikanischen Schuldenlast führt".

Bemerkenswert dabei: Erstmals seit Beginn der Schuldenkrise beteiligt sich nun die US-Regierung direkt an einem Lösungsversuch.

Mexiko könnte zum Präzedenzfall werden. Schon zeigt sich Venezuela an dem Modell interessiert. In Brasilien forderte der Chef der führenden Partei, Demokratische Bewegung, Ulysses Guimarães, ebenfalls einen Schuldentausch nach dem Vorbild Mexikos.

Der jetzt vollzogene „erste Schritt in die Realität" („The Financial Times") ist kein Allheilmittel zur Bewältigung der Schuldenkrise, aber, so der demokratische US-Abgeordnete Charles E. Schumer, „die Anerkennung der Tatsache, daß es sinnlos ist, immer wieder an die Länder der Dritten Welt Gelder auszuleihen, die sie lediglich als Zinsen wieder an die Banken abführen müssen".

Amerikas Banker taten sich besonders schwer mit der Vorstellung, daß die vielen Milliarden für die Dritte Welt eine Art unfreiwilliger Entwicklungshilfe gewesen sein könnten. Während Europas Banken ihre Dritt-Welt-Kredite seit Jahren wertberichtigen, zögerten die Amerikaner lange mit diesem Schnitt.

Erst im vorigen Jahr gingen dann auch in den USA immer mehr Geldinstitute dazu über, die dubiosen Forderungen abzuschreiben. Die 15 größten Geldkonzerne, von Citicorp bis zu Hanover Trust, haben für 20 bis 50 Prozent ihrer notleidenden Darlehen Rückstellungen gebildet – also den Verlust in der Bilanz einkalkuliert. American Express schrieb Mitte Januar sogar 60 Prozent der Lateinamerika-Forderungen ab.

Vom Ende der Illusion, bei den Lateinamerika-Forderungen sei der Dollar noch immer 100 Cent wert, kündet

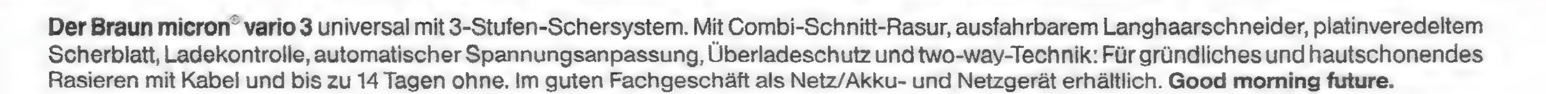
SCHNELL

UND ZUVERLÄSSIG WIRKT DEUTSCHLANDS GROSSES SCHUPPEN SHAMPOO.

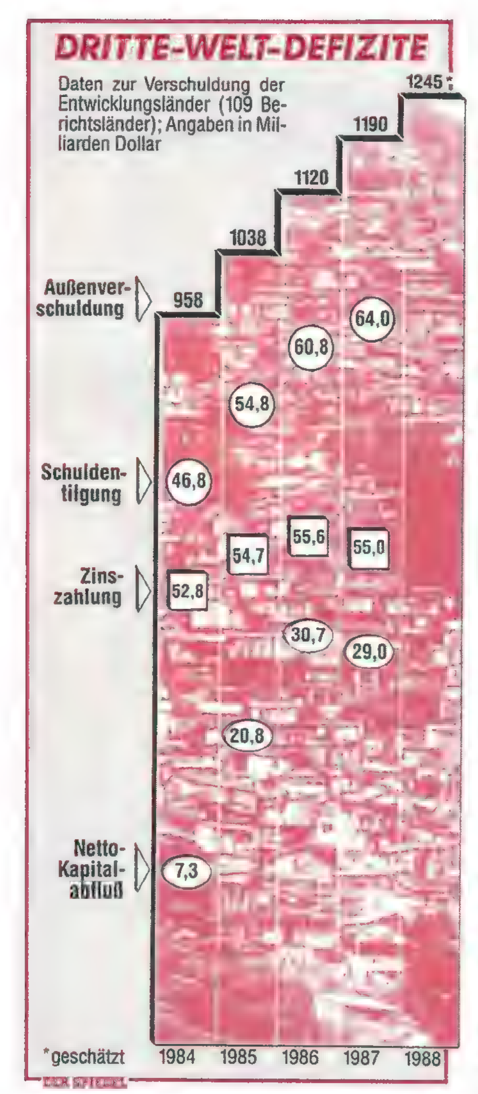


Eines Morgens muß es dieser Braun sein.

STIFTUNG WARENTEST
test 12/86
sehr gut







inzwischen ein ganzes Bündel anderer Entschuldungsprogramme.

Die meisten gehen dabei vom nur noch geringen Marktwert der Schuldpapiere aus. Forderungen an Argentinien und Brasilien, Peru oder Bolivien werden auf einem sogenannten Zweitmarkt wie Gebrauchtwagen zu Niedrigpreisen gehandelt. Der Preis für Brasilien-Forderungen beispielsweise beträgt nur noch gut 50 Prozent vom Nominalwert, Schuldscheine Perus und Boliviens sind nur noch rund ein Zehntel des ursprünglichen Kreditbetrags wert.

Bolivien will jetzt einen Teil seiner Schuldtitel zum Marktwert zurückkaufen. Das Geld dafür sollen befreundete Länder in einen Fonds einbringen, den der Internationale Währungsfonds in Washington verwalten will. Das Bonner Entwicklungshilfe-Ministerium hält den Plan für sinnvoll, doch die Beamten des Bonner Finanzministeriums sperren sich.

Der Gedanke eines „buy-back" findet auch im übrigen Lateinamerika Gefallen. „Der Markt", meinte unlängst der angesehene uruguayische Außenminister Enrique Eglesias, „sagt uns, daß die Schulden Lateinamerikas nicht mehr 400 Milliarden, sondern nur 200 Milliarden Dollar wert sind. Wenn wir an den Markt glauben, warum folgen wir ihm dann nicht?"

Zinsen und Tilgungen sollten, lautet die Forderung von Argentinien bis Mexiko, nur noch auf der Basis des Marktwerts kalkuliert werden. Zumindest erwarten die Schuldner, daß ihre Verbindlichkeiten von den Banken entsprechend der Höhe der darauf gebildeten Wertberichtigungen reduziert werden.

Noch leisten die Banker hinhaltenden Widerstand. Doch die Einsicht wächst, daß es allmählich sinnlos wird, den Schuldenberg lediglich immer weiter vor sich herzuschieben.

Die Schuldenkrise, erkannte Jürgen Westphalen von der Deutsch-Südamerikanischen Bank in Hamburg, gehe „in ein neues Stadium über".

Worauf das hinausläuft, formulierte Günther Schmidt-Weyland, Vorstandsmitglied der Frankfurter DG Bank: „Man kann nur das holen, was da ist."

Das ist fast nichts.

CHINA

Düster und matt

Fahrräder, Zigaretten, Kunstdünger: Betriebe fälschen Markenartikel und verkaufen sie teuer.

Genosse Shi, Chauffeur mit dem Vornamen Jianfu („Aufbau des Glücks"), hatte Pech: Er war darauf aus gewesen, ungesetzlich zu Geld zu kommen. Gemeinsam mit seinem jüngeren Bruder mit dem Vornamen „Aufbau des Reichtums" montierte der clevere Schanghai-Chinese aus Ausschußware und minderwertigen Ersatzteilen Fahrräder zusammen.

Mit gefälschten Etiketten der chinesischen Fahrradmarken „Phönix" oder „Forever" verkaufte er die Ramschräder für den Phantasiepreis von 230 bis 260 Jüan, den Gegenwert von zwei Monatslöhnen. Getäuscht wurden Hunderte von Kunden, die statt der Markenware schrottreife Imitate gekauft hatten, während die Fahrrad-Fälscher in nur 18 Monaten 290 000 Jüan (rund 145 000 Mark) Umsatz machten.

Als die beiden illegalen Bastler festgenommen wurden, hatte der einschlägig vorbestrafte ältere Shi einen Profit von 40 000 Jüan (über 20 000 Mark) eingestrichen.

Das ungesetzlich tätige Bruderpaar ist kein Einzelfall. Seit Chinas Reformkommunisten ihre „Öffnung nach außen und Belebung nach innen" betreiben, haben ländliche Kollektivunternehmen oder private Familienbetriebe die Parole „Werdet wohlhabend" als Anreiz zu illegaler Bereicherung mißverstanden und sich auf die ersprießliche Produktion gefälschter Markenartikel verlegt.

Anders aber als die kapitalistischen Vettern in der britischen Kronkolonie Hongkong, die Luxusprodukte wie Rolex-Uhren, Cartier-Feuerzeuge oder Lacoste-Leibchen für den Export kopieren, schaffen Chinas Fälscher für die bescheideneren Ansprüche des sozialistischen Binnenmarktes.

Nachgemacht werden „Diamant"-Ventilatoren oder „Zehntausend Schätze"-Eisschränke aus Kanton, gefälscht werden Zigaretten wie „Steinwald" oder „Päonie", Schnäpse wie „Bambusblatt" oder „Westlicher Phoenix", Sojasauce und Sesamöl, Orangensaft, Feuerwerk, Nähgarn, Zement und Pestizide.

Nach „unvollständigen Statistiken" des chinesischen Verbraucherverbandes erfaßte der Etikettenschwindel in den vergangenen zwei Jahren eine halbe Million Fahrräder, 230 000 Uhren, 3,6 Millionen Stangen Zigaretten, 80 000 Tonnen Dünger, 26 Millionen Tonnen Saatgut und 19 Millionen Flaschen Schnaps.

Betroffen sind nicht nur die Konsumenten, die ihr sauer Erspartes für minderwertige Qualität ausgeben, sondern auch die Hersteller, da miese Kopien den guten Ruf ihrer Markenartikel schädigen.

Weil Vorschriften den Boom mit Falsifikaten nicht stoppen konnten – ein Gesetz zum Schutz von Markenartikeln trat 1983 in Kraft –, soll jetzt ein Aufklä-



Echte, gefälschte Markenfahrräder*
„Uneben und roh gefertigt"

* Auf der Ausstellung im Pekinger Militärmuseum.



Mehr Komfort, Schiffe, Routen unter einer neuen Flagge. Für Unterhaltung
hat für jeden Geschmack etwas, Cafeterias und Bars warten nur darauf, Sie
preiswert einkaufen und unsere Video-Kinos, daß Sie sich auf längeren Strec
gnügungsfahrt über den Kanal? Von Zeebrugge nach Felixstowe und Dover, v
von Le Havre und Cherbourg nach Portsmouth. Schreiben Sie uns. Wir schicken

Fährlinie über den Kanal zu sagen hat:)

st bei uns an Bord bestens gesorgt: Unsere Küche
zu erfrischen, unsere Duty-Free-Shops, daß Sie
ken entspannen. Wie wär's mit einer kleinen Ver-
on Oostende, Calais und Boulogne nach Dover und
Ihnen gerne unseren neuen Prospekt. Kostenlos.



ABT. S 2, GRAF-ADOLF-STRASSE 41
4000 DÜSSELDORF 1, TEL. 0211/387060



KLIMA THERAPIE

TOTES MEER ISRAEL

jetzt zuschußfähig + absetzbar!**

** Unter bestimmten Voraussetzungen können Psoriasis* Kuren am Toten Meer gegenüber der Steuer als außergewöhnliche Belastungen geltend gemacht werden; und immer mehr Krankenkassen bezuschussen diese Kuren, weil ihnen die idealen Voraussetzungen für eine Besserung bekannt sind.

Unser Tip:

„keine Psoriasiskur*",
bevor Sie unsere Informationen gelesen und die Angebote gründlich verglichen haben.
Als Spezialisten für Kur- und Fit-Reisen seit über 10 Jahren sind wir besonders preisgünstig und gut!

***„Schuppenflechte"**

Die Broschüre
fit spezial
„Klimatherapie Totes Meer"
erhalten Sie kostenlos.

manager Reisen

Ravensteinstr. 2 · 6000 Frankfurt 60

☎ 0 69/43 99 93



Präsentation von gefälschtem Orangensaft, Funktionär*: Ersprießliches Geschäft

rungsfeldzug die illegale Praxis beenden. So konnten mehr als 100 000 Besucher im Pekinger Militärmuseum bestaunen, was kriminelle Energie der Fälscher zustande bringt. In drei Hallen waren Originale und Fälschungen aufgereiht: Fahrräder und Fernseher ebenso wie Schuhe, Jeans, Medikamente, Bier und Bonbons.

Nicht immer sind die Kopien leicht auszumachen. Nur geschulte Augen erkennen an den Schweißnähten eines Herrenrades, daß es sich nicht um ein Nobelfabrikat der Marke „Fliegende Taube" handelt. Das minderwertige Falsifikat trägt nämlich das echte Emblem. „Die Schilder werden gestohlen – teils von unseren Arbeitern oder schon beim Hersteller", erläutert der Vertreter der Fahrradfabrik.

Die Warenzeichen an den Fernsehern der Marke „Goldener Stern" hingegen sind geschickt gefälscht. Der Hersteller empfiehlt daher genaues Hinsehen: „Die echten Symbole ‚Goldener Stern' werden mit international fortschrittlichen Verfahren hochglänzend und fleckenlos rein gefräst, so daß Bild und chinesische Zeichen den Eindruck perspektivischer Tiefe vermitteln." Die gefälschten Etiketten, warnt die angesehene Schanghaier Firma, seien hingegen „düster und matt", „uneben und roh gefertigt".

Detektivischer Spürsinn nützt nichts, wenn etwa handgedrehte Zigaretten in den echten Päckchen der Marke „99" verpackt sind, billige Teeblätter in Originalpackungen des Spitzengewächses „Drachenbrunnen" eingetütet werden oder Fusel in original „Maotai"-Flaschen abgefüllt ist. Selbst Chinas Führer Teng Hsiao-ping soll schon einmal gepanschtem Getreideschnaps aufgesessen sein, versichert ein Händler. Kein Wunder: Von dem hochprozentigen Klaren gibt es allein 40 verschiedene Imitate.

Ein einzeln operierender Landwirt, der seine Schönheitscremes aus Ätznatron, Fettsäuren und Wasser abends im Hotelzimmer zusammenmengte und tagsüber verkaufte, ist eine Ausnahme. Die Herstellung von gefälschten Markenartikeln gedieh in manchen Gegenden Chinas zum blühenden Gewerbe: Schanghai, Tiantsin und die Nordprovinz Hopei sind für Fahrrad-Falsifikate berüchtigt, in den Zentralprovinzen Honan und Hupei werden Düngemittel nachgemacht, aus dem südlichen Kwantung kommen die Raubkopien von Musikkassetten.

Die illegale Produktion erstreckt sich über ganze Landstriche. Im Kreis Fengxiang (Provinz Shaanxi), so berichtete die Zeitung des chinesischen Verbraucherverbandes, betreiben von 118 Schnapsfabriken mehr als 60 Prozent Etikettenschwindel, im Kreis Xiangcheng der Provinz Honan sind von 580 Haushalten eines Dorfes 522 mit der Herstellung nachgemachter Zigaretten beschäftigt.

Warum das so ist, schrieb die „Arbeiterzeitung": „In einigen Gegenden werden die Fälscher von Verwaltung und Partei geschützt." Zu Nachforschung, Anklage und Verurteilung kommt es oft gar nicht, die Verfahren bleiben im Beziehungsnetz der Parteibonzen hängen.

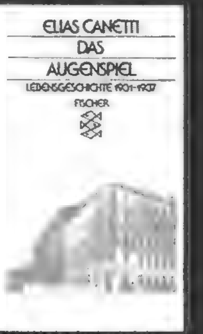
Geldstrafen schrecken kaum ab: Die Höchststrafe für Verstöße gegen das Markenartikelgesetz, 5000 Jüan (2500 Mark), ist schnell verdient.

Von dem jetzt begonnenen Feldzug gegen den Etikettenschwindel verspricht sich nicht mal Chinas oberster Chef über Markt und Markenartikel rasche Erfolge: „Der Kampf zwischen Kontrolle und Laxheit wird noch lange weitergehen." ◆

* Vizepremier Yao Yilin (M.).



Elias Canetti



Bd. 9140 DM 14,80

Mit diesem dritten Teil seiner Autobiographie schließt der Nobelpreisträger Elias Canetti seine großangelegte Entwicklungsgeschichte eines Schriftstellers ab. Während der Jahre 1931 bis 1937 arbeiten in Wien Autoren wie Musil und Broch, komponiert Alban Berg, geht Fritz Wotruba neue Wege in der Bildhauerei. »Das Augenspiel« besteht in vielen Passagen aus Beobachtungen und Berichten vom Leben in den Ateliers, Cafés und intellektuellen Zirkeln. Canettis Erinnerungsbuch beschreibt Wien als den bedeutendsten geistigen Kristallisierungspunkt Europas zwischen den beiden Weltkriegen.

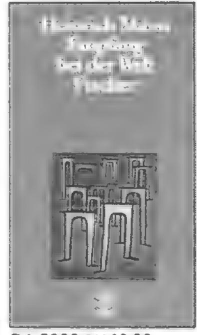
ELIAS CANETTI – DIE GERETTETE ZUNGE – GESCHICHTE EINER JUGEND – FISCHER

Bd. 2083 DM 12,80

ELIAS CANETTI – DIE FACKEL IM OHR – LEBENSGESCHICHTE 1921-1931 – FISCHER

Bd. 5404 DM 14,80

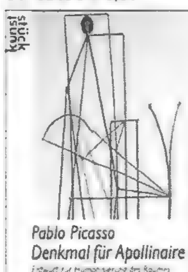
Foto: Isolde Ohlbaum



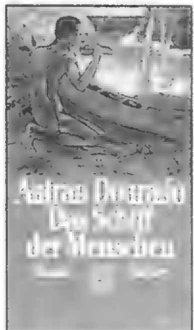
Bd. 5930 DM 19,80



Bd. 8261 DM 8,80



Bd. 3946 DM 16,80

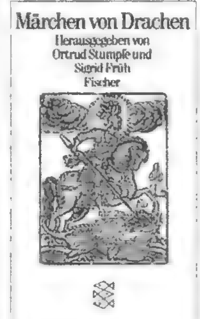


Bd. 9166 DM 14,80

Autran Dourado, einer der bedeutendsten Dichter der brasilianischen Gegenwartsliteratur, hat in seinem spannenden Roman eine düstere Parabel auf die Verführbarkeit der Menschen und die Hinfälligkeit ihrer Vernunft geschrieben.



Bd. 9168 DM 12,80



Bd. 2875 DM 8,80

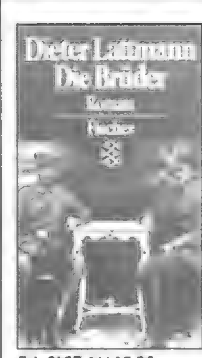


Bd. 4388 DM 26,80



Bd. 3871 DM 14,80

In diesem Band zeigen die Autoren an vielen konkreten Beispielen, wie es möglich sein könnte, die ethische Verantwortung der Wissenschaften wieder in den Mittelpunkt der Forschung zu stellen.



Bd. 9167 DM 16,80



Bd. 4707 DM 14,80



Bd. 6565 DM 14,80



Bd. 4474 DM 24,80
Bd. 4475 DM 24,80

Sergej M. Eisenstein war nicht nur ein faszinierender Regisseur, der bereits als 27jähriger durch seinen Film »Panzerkreuzer Potjomkin« Weltruhm erlangte, sondern auch ein phänomenaler Filmtheoretiker und brillanter Erzähler.

WEITERE NEUERSCHEINUNGEN:

Peter Hamm
Die verschwindende Welt
Bd. 9173 DM 10,80

Cornelia Otis Skinner
Madame Sarah
Bd. 5669 DM 16,80

Neue Rundschau
Bd. 9029 DM 14,80

Alfred Marquart
C. Auguste Dupin meets Edgar Allen Poe
Bd. 8262 DM 8,80

Elizabeth Scarborough
Die seltsamen Taufgäste
Bd. 2734 DM 14,80

Bernhard Meier (Hg.)
Grenzen-los
Liebe zwischen Ost und West
Bd. 7590 DM 10,80

Fischer Länderkunde
Südostasien
Bd. 6379 DM 29,80

Kenneth R. Pelletier
Die neue Medizin
Bd. 3874 DM 15,80

Herbert Heckmann/ Hans-Martin Gauger
Wir sprechen anders
Bd. 4179 DM 12,80

Walter Holtzapfel
Krankheitsepochen der Kindheit
Bd. 5566 DM 8,80

Ursula Heilborn-Maurer/ Georg Maurer
Nach einem Suizid
Bd. 3250 DM 11,80

Christian Büttner (Hg.)
Spielerfahrungen mit Kindern
Bd. 3350 DM 12,80

Sigmund Freud/ Georg Groddeck
Briefe über das Es
Bd. 6790 DM 9,80

Claudio Naranjo/ Robert F. Ornstein
Pschychologie der Meditation
Bd. 42298 DM 14,80

Jean-Pierre Vernant
Tod in den Augen: Artemis und Gorgo
Bd. 7401 DM 12,80

ATARI setzt Maßstäbe – Ihren Augen zuliebe 71 Hz. 640 x 400 Bildpunkte.



Der Monitor ATARI SM 124 hat eine Bildwiederhol-Frequenz von 71 Hz. Das heißt: 71 Mal pro Sekunde wird das Bild wiederholt – das, was Sie auf dem Monitor sehen, sehen Sie also völlig ruhig. Ihre Augen werden nicht gereizt. Folgeerscheinungen wie Ermüdung und Überanstrengung, die zu Fehlleistungen führen, werden vermieden. Der Monitor ATARI SM 124 erfüllt allein damit Voraussetzungen, die von Verbänden und Berufsgenossenschaften als Grundbedingungen gefordert werden. Er setzt Maßstäbe, wie alle ATARI-Geräte der ST-Serie.

Der ATARI SM 124 ist Technologie von heute. Und Technologie von heute ist preiswerter. Soviel Leistung zu solch' niedrigen Preisen kann Ihnen nur bieten, wer modernste Technologie einsetzt.

ATARI, das ist Computertechnologie für Menschen, die mit mehr Leistung mehr leisten wollen.

ATARI Monitor SM 124 für alle ATARI ST-Computer.



...wir machen Spitzentechnologie preiswert.

Vieh oder Bares

Frauen wehren sich gegen Kinderhochzeiten und Polygamie – mit wenig Aussicht auf Erfolg.

Ihren Mann lernte Hadyza Mohammed erst am Tag der Hochzeit kennen. Die Eltern, Erdnußfarmer aus dem moslemischen Norden Nigerias, hatten sie nach herkömmlichem Recht und alter Sitte an einen zahlungskräftigen Bewerber verkauft. Die Braut war 13.

Neun Monate nach der Eheschließung gebar Hadyza ein totes Kind – bei der Entbindung hatte es wegen ihres schmalen Beckens Komplikationen gegeben.

Seitdem ist Hadyza Mohammed unfruchtbar. Sie bettelte vor dem Murtala-Mohammed-Hospital in der nordnigerianischen Handelsmetropole Kano und wartete, daß ein Arzt ihre Blase operierte, die bei der Niederkunft verletzt wurde. Gatte und Eltern hatten sie davongejagt. Hadyza Mohammed: „Nachdem mein Mann mein Leben ruiniert hatte, warf er mich einfach hinaus."

Zusammen mit der mittlerweile 16jährigen kampieren unter trocknenden Windeln noch rund zwei Dutzend Leidensgenossinnen. Auf der Warteliste des Krankenhauses stehen rund 2000 Namen.

Insgesamt, so schätzen die Behörden in der nigerianischen Hauptstadt Lagos, haben 20 000 Teenager wegen ihres jungen Alters bei der Entbindung gesundheitliche Schäden erlitten. „Während wir einen Fall operieren", sagt ein Arzt des Murtala-Mohammed-Hospitals, „werden zehn weitere verursacht."

Die Patientinnen sind Opfer einer alten Unsitte – der Kinderheirat. Nach Dorothy Anamah, Wortführerin des nigerianischen „Nationalrates der Frauenverbände", müßten Kinderhochzeiten generell verboten werden: „Wir wollen bei Eheschließungen ein Mindestalter von 18 Jahren."

Die Forderung klingt revolutionär. Vor allem bei den afrikanischen Moslems – in Nigeria gut die Hälfte der Bevölkerung – ist es seit jeher üblich, Kinder zu verheiraten. In den islamischen Provinzen Nigerias bekommen Mädchen meist schon im Alter zwischen 11 und 13 Jahren einen Mann zugeteilt, trägt eine unverheiratete 14jährige bereits den Makel einer Außenseiterin.

Überall entscheiden Geschäftsinteressen über die Partnerwahl, die Brauteltern verlangen Vieh oder Bares für ihre Töchter. Sind die Kinder unfähig, Kinder zu bekommen, oder nicht unberührt in die Ehe gegangen, müssen die Eltern den Preis zurückerstatten.

Ein Mindestalter für Eheschließungen, wie es nun nigerianische Frauenrechtlerinnen für ihr Land verlangen,



Frauenrechtlerin Dorothy Anamah
Revolutionäre Forderung

dürfte kaum durchsetzbar sein. Im islamisch geprägten Norden des 100-Millionen-Einwohner-Staates haben trotz weltlicher Regierung Emire und Mullahs großen Einfluß, bestimmen islamische Riten und Gesetze das Leben.

Dazu gehört auch die im Koran erlaubte Mehrehe, die nach wie vor auch in südlichen Regionen des westafrikanischen Staates weit verbreitet ist. Selbst gebildete, westlich erzogene Nigerianer bestehen darauf, mehr als eine Frau zu haben – was das Gesetz unter bestimmten Umständen zuläßt.

Der moslemische Anwalt Gani Fawehinmi: „Es ist kein Verbrechen, sich eine zweite Frau zu nehmen."

Der Hang zur Vielehe führt in letzter Zeit in den Städten häufig zu heftigen familiären Konflikten, ausgelöst von verstoßenen Ehefrauen. Genüßlich enthüllt das auf solche Fälle spezialisierte Wochenblatt „Lagos Life" die Kräche auf der Titelseite. So überschüttete die Gattin eines hohen Polizeibeamten jüngst die Rivalin mit kochendem Wasser. Eine andere jagte die unbekleidete Nebenbuhlerin aus dem Haus und ließ sie vor der Tür verprügeln.

Selten wenden sich die Frauen gegen ihre Männer: Offenbar erscheint ihnen der Kampf aussichtslos.

Wie empfindlich die männlichen Moslems auf Einschränkungen ihrer vermeintlichen Rechte reagieren, zeigen jüngste Unruhen, als Demonstranten mehrere Christen töteten und Kirchen niederbrannten – weil ein Prediger den Koran kritisiert hatte.

Immerhin, die Kampagne des nigerianischen Frauenverbandes gegen die Kinderehen bekam durch das Schicksal des Mädchens Hauwa Abubakar Auftrieb: Es war mit neun Jahren gezwungen worden, einen Hirten zu heiraten.

Das Kind weigerte sich in den ersten zweieinhalb Jahren der Ehe standhaft, zu seinem Gatten zu ziehen. Als es jedoch mit zwölf geschlechtsreif wurde, zwangen es die Eltern, weil sie fürchteten, den Brautpreis zu verlieren. Nach einem Fluchtversuch schlug der Gatte seiner Frau zur Strafe mit einer Axt beide Beine ab. Für Hauwa Abubakar kam jede Hilfe zu spät.

Der Fall empörte Moslems wie Christen. In den nördlichen Bundesstaaten Borno, Bauchi und Kaduna wurden Gesetze verabschiedet, nach denen Eltern Geldstrafen zahlen müssen, wenn sie ihre Töchter vorzeitig aus der Schule nehmen, um sie zu verheiraten.

Die Mehrheit der Moslems dürfte dies allerdings kaum abschrecken: Nur rund die Hälfte aller Kinder im Norden lernt auf staatlichen Schulen, der Rest besucht Koranschulen.

Der stellvertretende Chefredakteur der einflußreichen nordnigerianischen Zeitung „The New Nigerian", Adamu Adamu, verteidigt denn auch die alten Bräuche: Er werde seine Töchter einem Mann geben – sobald sie zwölf Jahre alt seien. ◆



Patientinnen des Murtala-Hospitals
Auf der Warteliste 2000 Namen



Fortschritt ist unser Anspruch.

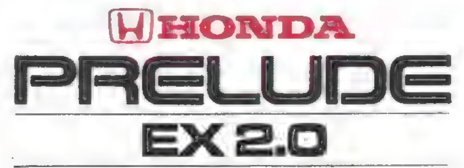
Das klassische Sportcoupé in neuer Qualität.

M WV 7000

Honda-Triebwerke haben es dem Williams/Honda-Team ermöglicht, die Formel-1-Konstrukteurs-Weltmeisterschaft aufeinanderfolgend 1986 und 1987 zu gewinnen. Technologie mit der absoluten Kraft zur Spitze. 1988 werden Honda-Triebwerke dem Lotus- und McLaren-Team helfen, ganz vorne mitzufahren. Und zu gewinnen.

Der neue Honda Prelude, ein klassisches Sportcoupé! Ausgereifte Technologie verbindet sich mit vitalem Fahrspaß. Der neue Prelude fasziniert den passionierten Fahrer durch eine Ausgewogenheit, die den Durchschnitt hinter sich läßt. Kurz: Sportgeist in Reinkultur. Es stehen zwei kraftvolle 2.0-Liter-Motorversionen, die beide aus der intensiven Formel-1-Erfahrung hervorgegangen sind, zur Verfügung.

Der Honda Prelude EX 2.0 bietet kompakte Leistung mit obenliegender Nockenwelle und elektronisch gesteuertem Doppelvergaser. Die EX 2.0i-16-Version verfügt über ein ausgesprochen kräftiges 16-Ventil-Triebwerk mit zwei obenliegenden Nockenwellen und PGM-FI-Kraftstoffeinspritzung. Beide Modell-Versionen sind serienmäßig mit geregeltem 3-Wege-Katalysator ausgestattet. Ebenfalls in der Formel 1 gereift ist die „Double-Wishbone"-Radführung an allen 4 Rädern, die im neuen Honda Prelude einen beeindruckenden Standard in Sachen Fahrkomfort und Handling-Eigenschaften setzt. Und letztendlich eine äußere Form, die selbst anspruchsvolle Ästheten auf den ersten Blick überzeugt. Der neue Honda Prelude repräsentiert eine neue automobile Qualität in überzeugender Weise. Als Zusatzausstattung gegen Aufpreis ist für den Honda Prelude EX 2.0i-16 die 4WS-Vierradlenkung lieferbar.



Honda Deutschland GmbH, Offenbach/M.

POWERED by HONDA





Alliierte Militärpolizei auf Patrouille*, Militärparade der Alliierten in Wien 1946: 10 000 Österreicher kämpften in fremden Uniformen

„Dieses Volk bekam, was es verdient"

Österreichs Anschluß im März 1938 (III): Österreicher, die auf der anderen Seite ihre Pflicht erfüllten

Über 600 000 Österreicher, etwa zehn Prozent des Volkes, waren aktive Nationalsozialisten, ein größerer Anteil als jener der Nazis im gesamten Großdeutschen Reich. 1,2 Millionen Österreicher haben in Hitlers Wehrmacht „ihre Pflicht erfüllt", so wie auch Kurt Waldheim; eine Viertelmillion sind in deutscher Uniform gefallen.

Rund 140 000 Österreicher, zu 95 Prozent Juden, flohen vor den Nazis ins Ausland. Etwa 10 000 von ihnen kämpften in fremden Uniformen gegen Hitler. Viele kamen als Befreier in die Heimat zurück, nur selten als solche begrüßt. Und nur wenige machten in der alten neuen Heimat Karriere:

Der Kommunist Ernst Fischer etwa, im Troß der Roten Armee wieder nach Wien zurückgekehrt, war Unterrichtsminister in der ersten provisorischen Regierung. Oder Oscar Pollak, der nach den Emigrationsjahren in England Chefredakteur des sozialistischen Zentralorgans „Arbeiter-Zeitung" wurde.

Peter Sichrovsky, erfolgreicher jüdischer Schriftsteller in Wien („Schuldig geboren. Kinder aus Nazi-Familien"), hat solche Österreicher befragt, nach ihren Motiven, Erlebnissen und Erfahrungen in den Armeen der Alliierten, bei der Rückkehr sozusagen als Sieger, nach ihren Gefühlen, nachdem sie wieder zu Hause waren – in der heutigen Waldheimat.

Sichrovsky kennt sich aus im Milieu: Er hat nicht nur Kinder von Nationalsozialisten interviewt, auch Kinder von Juden, die trotz allem heute wieder in Deutschland und Österreich leben. Und sein Vater, Harry Sichrovsky, war selber einer von denen, die ihre Pflicht auf der anderen Seite erfüllten.

Harry Sichrovsky

Britische Armee

1936, ich war damals 14 Jahre alt, begann ich als kaufmännischer Lehrling bei einem orthodoxen Juden in einem Papiergeschäft im 1. Bezirk. In den letzten Monaten vor dem Einmarsch der Deutschen gab es eine ungeheure Aufbruchsstimmung.

Ich war damals bei der Jugendorganisation der Sozialdemokraten, und wir hatten die Vorstellung, daß es in Österreich eine breite antifaschistische Bewegung gäbe. In den letzten Tagen gab es die auch, aber dann kam über Nacht der Anschluß.

Am nächsten Tag bin ich ganz normal ins Geschäft gegangen und war sogar beeindruckt von der Wehrmacht. Die waren alle so freundlich und nett, und eines Nachmittags, als ich sie so mit meinen Freunden beobachtete, dachten wir uns, wenn wir keine Juden wären, wären wir vielleicht gar nicht so dagegen, daß sie da sind.

Aber das änderte sich alles sehr schnell. In unserer Wohnung saß bald ein kommissarischer Verwalter, und der Hausmeister befestigte einen Schaukasten an der Hauswand neben der Eingangstür, in dem der „Stürmer" ausgehängt war. Derselbe Mann hat dann Jahre später auch meine Mutter und meine Schwester verraten, die sich im Haus versteckten. Beide habe ich nie wiedergesehen.

Unter uns Jungen gab es nur ein Thema: Wie kommen wir weg von hier? Wir haben überall nach Verwandten gesucht. Einige haben einfach amerikanische Telephonbücher durchgeblättert und irgend jemandem geschrieben, der den gleichen Namen hatte. Bei manchen hat das sogar geklappt.

Zu viert beschlossen wir dann, einfach allein zu fliehen. Die Eltern wollten nicht weg. Wir haben uns am 2. August 1938 getroffen, fuhren zum Westbahnhof und stiegen in den nächsten Zug. In Köln haben wir übernachtet, dort war die jüdische Gemeinde noch voll funktionsfähig. Es war grotesk, aber die Flüchtlingshilfe für die Juden aus Österreich wurde von den Juden in Deutschland organisiert.

Wir hatten einen genauen Plan, aber als wir den Zug kurz vor der Grenze verließen, warteten schon die SS und die Polizei auf uns. Wir wurden verhaftet

* Die vier im Jeep: russischer, französischer, englischer, amerikanischer Soldat.



gegen Hitler

und dann mitten in der Nacht aus den Zellen geholt. Der Kommandant sagte zu uns, daß wir erschossen werden. Aber es kam anders. Je zwei von uns führten sie in den Wald und erklärten uns, wie wir nach Belgien kommen würden. Sie retteten uns damit das Leben, warum, wissen wir nicht.

Am 15. Mai 1939 kam ich nach England. In Dover, bei der Zollkontrolle, stand plötzlich meine Nachbarin aus Wien neben mir. Bis zum Ausbruch des Krieges lebte ich in einem Sammellager auf einer Kanalinsel. Dort war ein österreichischer Ingenieur, der sich freiwillig zur Luftwaffe meldete, dann jedoch als Spion verhaftet wurde. Bis vor ein paar Jahren war er übrigens Direktor der Austrian Airlines.

Ich war in verschiedenen Internierungslagern und habe auch in der Landwirtschaft gearbeitet. Anfang 1942 meldete ich mich zur Armee. Ich wollte einfach etwas tun.

Zu Beginn gab es nur eine Einheit, in die Ausländer aufgenommen wurden. Ich kam zu den Pionieren. Ich weiß es noch, es war der 26. Januar 1942. Im Büro der Armee in Wales mußte ich mich bei einem Offizier melden, der früher Besitzer des Herrenmodengeschäfts im Nachbarhaus in der Wiener Praterstraße war. Die englischen Offiziere aßen gerne bei uns Ausländern, weil wir österreichische Köche hatten.

Wir bekamen Auftrag, uns einen neuen Namen auszusuchen, um bei einer eventuellen Gefangennahme besser ge-





Zeitzeuge Sichrovsky, Briten-Soldat Sichrovsky 1944: „Auf der richtigen Seite"



FLUSHTRONIC.
DAS EINZIGE
ELECTRONISCHE
URINAL-SPÜLSYSTEM
OHNE
NETZANSCHLUSS.

In nur knapp 15 Minuten bringt Ihnen Ihr Installateur das neue Flushtronic-System an jedes vorhandene Urinal an.

Ohne großen Dreck und großen Ärger, denn Flushtronic braucht keinen Netzanschluß.

Eine Batterie sorgt ca. 8 Jahre lang für Frische und Sauberkeit.

Flushtronic spült das Urinal automatisch nach jeder – wahlweise auch vor und nach jeder Benutzung und einmal in 24 Stunden sogar selbsttätig (Urlaubs-/Werksferien etc.). Übrigens erhalten Sie Flushtronic auch als vandalismus-geschützte Unterputz-Ausführung für Renovierung und auch Neubau.

Fragen Sie noch heute Ihren Installateur, oder senden Sie uns den Informations-Gutschein.



Keramag, Postf. 14 20, 4030 Ratingen 1
Ja! Wir machen Schluß mit dem Geruch von Urinalen.

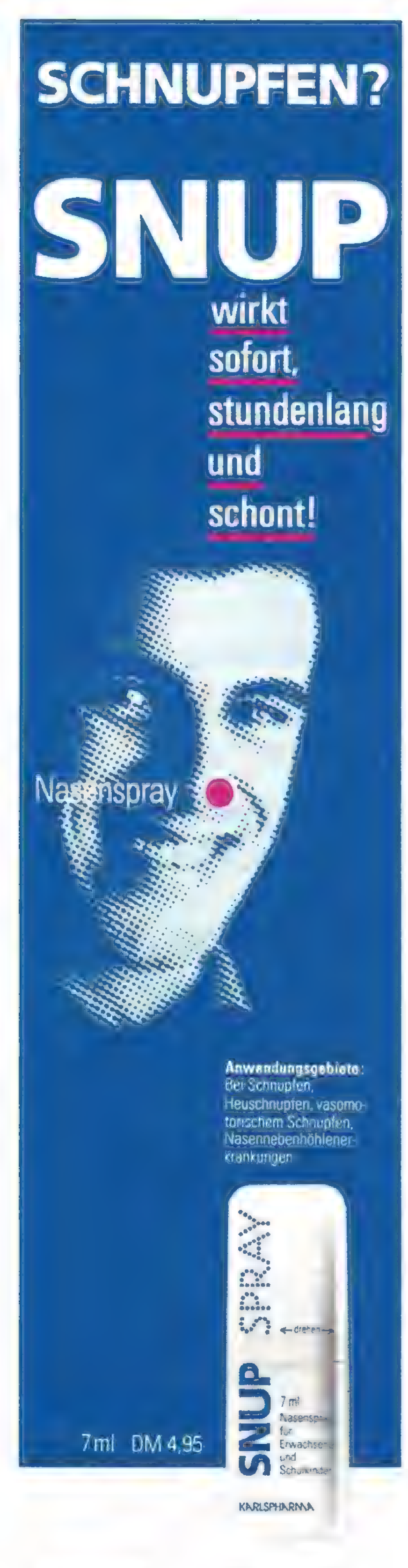
Name

Firma

Straße

PLZ/Ort

Telefon SP 6/88



Zusammensetzung:
2-(o-Isopropyl-phenoxy-methyl)-2-imidazolin-hydrochlorid 0,01 g/10 ml.
SNUP gibt es auch als Tropfen für Erwachsene und Schulkinder (0,1%) und für Kleinkinder und Säuglinge (0,05%).

Nicht anwenden bei trockenem Schnupfen und Überempflindlichkeit gegen Benzalkoniumchlorid.
Bei besonderer Empfindlichkeit gelegentlich Reizerscheinungen möglich.

KARLSPHARMA
Pharmazeutische Produkte GmbH 7500 Karlsruhe 41



Schottische Soldaten in Wien: „Nicht als Befreier empfangen"

schützt zu sein. Zu Beginn kam es zu einem furchtbaren Durcheinander. Immer wieder reagierte einer nicht bei der Nennung seines neuen Namens.

Ich entschied mich für Sheridan. Das war ein irischer Dichter, und meine Überlegung war, daß ich als Ire meinen Akzent besser begründen könnte.

Wochenlang haben wir gewartet in einem Sammellager in Südengland. Keiner wußte, wann es losgehen sollte und auch nicht wohin. Anfang 1944 kamen wir auf ein Schiff. Wir waren eine englische Einheit, außer mir gab es nur noch ein oder zwei Deutsche.

Das erste Stück Land, das wir erkannten, war Gibraltar. Gut, dachten wir. Nicht Frankreich, sondern Italien. Aber als wir zum Suezkanal kamen und Tropenkleidung verteilt wurde, war uns klar, wo es hinging.

Am 12. Februar 1944, genau zehn Jahre nach dem Aufstand der Arbeiter in Wien, landete ich in Bombay. Ich war enttäuscht. Hatte ich mich doch freiwillig gemeldet, um meine Heimat zu befreien, und nun saß ich in Indien. Und was das Schlimmste daran war, als Soldat einer Besatzungsmacht. Gegen die Deutschen wollte ich kämpfen! Sie hatten meine Stadt besetzt, als fremde Soldaten. Und nun kam ich nach Indien, um Inder zu unterdrücken. Als Soldat einer Besatzungsmacht.

Ich war eine Zeitlang bei den Funkern, bei der Artillerie und in Kandy in Ceylon in der Verwaltung im Hauptquartier des Oberbefehlshabers Lord Mountbatten.

An einen Tag erinnere ich mich noch ganz genau. Der Funkwagen hatte mich irgendwo im Dschungel mit meinem Gerät abgesetzt. Ich sollte wie üblich Verbindung mit den ausgeschwärmten Abteilungen aufnehmen, aber es gab auf meine Signale keine Reaktionen.

Ich begann – das war üblich in solchen Pausen –, Sender zu suchen. Und plötzlich hörte ich ganz klar auf englisch: „Das sowjetische Informationsbüro meldet, daß die Truppen der 3. Ukrainischen Front unter dem Kommando von Marschall Tolbuchin heute das Stadtzentrum der österreichischen Hauptstadt Wien vom Feind gesäubert haben. Auf dem Wiener Rathaus weht die rotweißrote Fahne."

Aber immer noch war ich weit weg von der Heimat. Nach der Kapitulation der Japaner am 15. August 1945 marschierten wir in Singapur ein. Erst im Frühjahr 1946 wurde ich zurück nach England geschickt, und im Herbst kam ich als englischer Soldat nach Wien.

Das war der zweite große Schock. Zuerst war ich enttäuscht gewesen, daß ich nicht in Europa eingesetzt wurde, und dann, daß man mich in Wien nicht als Befreier empfing. Die Menschen haben mich entweder ignoriert, oder sie hatten einfach nur Angst. Aber es war wohl nur meiner Naivität zuzuschreiben, daß ich dachte, die Österreicher würden sich endlich befreit fühlen.

Aber wir Österreicher, die wir als Soldaten der Alliierten zurückkamen, standen 1945 als Symbol der Niederlage und nicht der Befreiung da. Für mich selbst war es trotzdem enorm wichtig, mitgemacht zu haben. Ich bin nicht auf irgendeinen Kriegsdienst stolz, aber darauf, auf der richtigen Seite gestanden zu haben.

Und seit der Waldheim-Geschichte trage ich bei offiziellen Anlässen immer die Rosette der Befreiungsmedaille. Wenn mich die Leute fragen, was das sei, antworte ich: Das ist ein Zeichen dafür, daß ich meine Pflicht getan habe – aber für die Befreiung Österreichs!

Martin Grünberg

Rote Armee

An den Tag, an dem die Deutschen in Österreich einmarschierten, kann ich mich noch sehr gut erinnern. Wir standen vor einer Landkarte und markierten mit Fahnen, wo die Kampflinien verlaufen könnten. Als wir dann erfuhren, daß die Deutschen einfach bis Wien marschierten, ohne jeden Widerstand, waren wir entsetzt und niedergeschlagen.

Es war 1935 gewesen, als wir der Heimat den Rücken gekehrt hatten. Ich stand mit meinem Vater am Fenster im Zug, der in Richtung Tschechoslowakei fuhr, er hatte den Arm um meine Schultern, und wir beide sagten uns: Wir wissen nicht, wann wir zurückkommen, aber daß wir zurückkommen, ist sicher!

Als meine Eltern und ich Wien verließen, war mein Vater als Buchhalter in der sowjetischen Handelsvertretung tätig. Diese wurde nach der Machtübernahme von Dollfuß stark verkleinert, und da mein Vater außerdem noch polnischer Staatsbürger war und schwer kriegsinvalid aus dem Ersten Weltkrieg, hat er im Sommer 1935 ein Angebot angenommen, als Buchhalter in einem wissenschaftlichen Institut in der Nähe von Moskau zu arbeiten.

Mein Vater war damals in Österreich Mitglied der Kommunistischen Partei und auch Mitglied der „Gesert“, einer Organisation, die Juden zu überzeugen versuchte, daß sie nach Birobidschan in das Jüdisch Autonome Gebiet in der UdSSR ziehen sollten. Ich weiß allerdings von keinem, der ging.

Ich wurde 1920 in Wien geboren. In unserer Familie war die jüdische Herkunft nie ein Thema, aber einige meiner Verwandten waren religiös.

Nach unserer Übersiedlung besuchte ich ab September 1935 die deutsche Karl-Liebknecht-Schule in Moskau. Dort gab es drei Gruppen von Schülern: die Kinder der Emigranten, sicherlich die größte Gruppe, die Kinder von Russen, die im Ausland gelebt hatten, und die Kinder der Spezialisten aus dem Westen. Man kann sich das heute kaum vorstellen, wie wir Jungen damals begeistert waren von dem Geschehen in der Sowjet-Union.

Ich wurde gleich Kandidat für die Pionierorganisation, dann Pionier, und im Dezember 1936 wurde ich in den Komsomol aufgenommen. Das war nur möglich, weil ich zu diesem Zeitpunkt bereits sowjetischer Staatsbürger war.

Aber damals begannen auch schon die Verhaftungen. Täglich verschwanden Menschen. Der Direktor, der meinen Vater in die UdSSR geholt hatte, verschwand, sein Nachfolger, sein Stellvertreter, ein Großteil der Lehrer in meiner Schule, viele Eltern und sogar auch einige ältere Schüler.

Warum uns damals nichts passiert ist, weiß ich bis heute nicht. Möglicherweise hat die Tatsache eine Rolle gespielt, daß wir außerhalb von Moskau lebten. Vielleicht haben wir einfach nur Glück gehabt. Einmal nach Kriegsbeginn kam die Miliz mitten in der Nacht, kontrollierte die Papiere und stellte fest, daß meine Eltern in Kolomer geboren waren, was zu diesem Zeitpunkt sowjetisches Staatsgebiet war. Als Nationalität stand „Juden“, so daß nichts auf Ausland hinwies. Sie entschuldigten sich und gingen wieder.

Ich war im 6. Semester auf der Hochschule, als die Deutschen die UdSSR überfielen. Gleich nach dem Abschluß des Studiums – ich bekam ein Diplom als Mittelschullehrer in Mathematik – meldete ich mich zur Armee. Aufgrund meines Hochschulstudiums kam ich in eine Offiziersschule. Sie befand sich in einem ehemaligen Sträflingslager auf dem Grund eines späteren Stausees.

Im April 1942 wurde ich schließlich selbst Ausbildungsoffizier in einer Offiziersschule. Ich war dort gut angeschrieben, galt als junger hoffnungsvoller Offizier, so daß ich mich nicht wunderte, als eines Tages im Juli der Kommissar fragte, ob ich nicht auf die Militärakademie wollte. Erst später merkte ich, daß dies eine Falle war.

Am nächsten Tag fuhr ich nach Gorki und meldete mich dort. Der diensthabende Offizier öffnete den geschlossenen Brief, den ich mithatte und forderte mich sofort auf, meine Pistole abzugeben. Ich hatte gar keine. Dann sollte ich ihm meine Offizierslegitimation geben, aber ich weigerte mich. Ich wurde in eine Baracke eingewiesen, in der schon andere Offiziere waren, und im Laufe der nächsten Tage kamen immer mehr. Aber keiner wußte etwas. Wir wählten eine Delegation, die zum Garnisonskommandanten, einem General, ging. Als wir eine Liste der Offiziere erstellten, dämmerte uns, was los war. Wir hatten alle ausländische Namen.

Wie wir später erfuhren, gab es einen Befehl von Stalin, alle Ausländer aus der Armee zu entfernen. Ursprünglich sollten wir nach Karaganda geschickt werden, um in den Kohlengruben zu arbeiten. Aber bei den Offizieren kam es dann doch nicht dazu. Ich wurde im Juli 1942 demobilisiert. Schon vorher hatte ich allerdings einen Brief an die Komintern geschrieben und meine Dienste angeboten. Man schickte mich auf die Kominternschule in Kuschnarenkowo. Ein Jahr später, im Herbst 1943, kam ich wieder zur Roten Armee an die 3. Ukrainische Front, als Propaganda-





Zeitzeuge Grünberg, Sowjet-Soldat Grünberg 1944 (Pfeil): „Bis zu Stalins Tod völlig unkritisch“

HANS BRINDFORS WERBEAGENTUR

Jch will mein neues Bü
ohne lange Lieferfrist

Jch will mein neues Bü
ohne hohe Preise.

Jch will alles für mein neu
in einem Geschäft kau

Kaltenkirchen bei Hamburg, Stuhr b. Bremen, Großburgwedel b. Hannover, Berlin, Kassel, Löhne-Gohfeld, Kamen b. Dortmund, Kaarst b. Düsseldorf, Köln-Godorf, Dorsten, Hofheim-Wallau b. Fr



IKEA Contract: Ihre geschäftliche Unabhängigkeits-erklärung.

Was wollen Geschäftsleute? Keine Zeit verschwenden. Für Qualität keinen Pfennig mehr ausgeben als notwendig.

Mit IKEA Contract ist das einfach. IKEA Contract bietet Ihnen alles fürs Büro. Und alles unter einem Dach.

IKEA Contract. Damit sich Investitionen lohnen.

Funktionale, schöne, haltbare Büromöbel müssen nicht teuer sein. Wenn Sie bei IKEA Contract kaufen.

Und IKEA Contract bietet Ihnen noch einen weiteren Vorteil: Hier finden Sie nicht nur Möbel. Sondern auch Lampen, Teppiche, Pflanzen. Alles, was Sie für gute Arbeitsplätze gut gebrauchen können. Und alles außerordentlich günstig.

IKEA Contract. 17mal in Deutschland.

IKEA Contract hat eine eigene Abteilung in unseren Möbelhäusern.

Hier berät man Sie gern. Unverbindlich, aber gründlich. Hier informieren wir Sie über die speziellen Service-Leistungen. Hier erfahren Sie alles über Ihre geschäftliche Unabhängigkeitserklärung.

Herzlich willkommen!

IKEA FÜRS BÜRO.

Gratis für Sie: Der 64seitige IKEA Contract-Katalog. Rufen Sie uns an: 0 61 21/46 10 85. Oder schicken Sie uns den Coupon.

FIRMA ______________________

VORNAME, NAME ______________________

STRASSE, POSTFACH ______________________

PLZ, WOHNORT ______________________

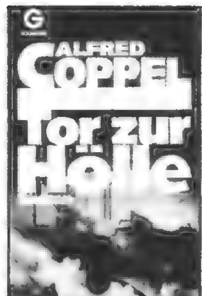
TEL. ______________________

2

IKEA Deutschland, Verkaufs GmbH, Am Wandersmann 2–4, 6238 Hofheim-Wallau.

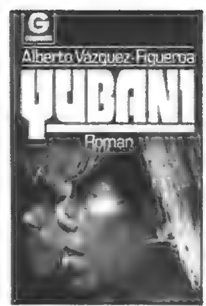


ankfurt, Walldorf b. Heidelberg, Fürth b. Nürnberg, Bous b. Saarbrücken, Stuttgart, Eching b. München, Freiburg. IKEA-Versand. Tel. 05732-8980.

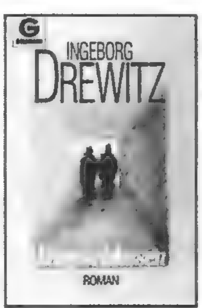


Alfred Coppel
Tor zur Hölle
8944/DM 8,80
Vor dem Hintergrund des Sinai-Krieges entwickelt sich eine bittersüße Romanze.

GOLDMANN
DIE NEUEN TASCHENBÜCHER IM FEBRUAR



Alberto Vázquez-Figueroa
Yubani
8951/DM 9,80
Ein packender Roman um den Zusammenprall der westlichen Zivilisation und einer unberührten Indio-Kultur.



Ingeborg Drewitz
Eingeschlossen
8947/DM 9,80
Ein engagierter Roman, in den die Erfahrungen eines mutigen Lebens eingegangen sind.

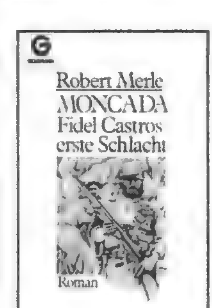


Die fesselnde Schilderung einer schwindelerregenden Karriere und der Bericht einer faszinierenden Reise in fremde Kontinente und unbekannte Welten des Ichs zugleich.

Shirley MacLaine · Raupe mit Schmetterlingsflügeln
8949/DM 9,80



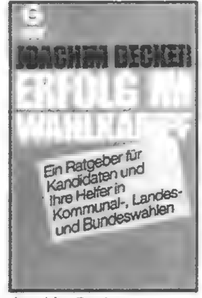
Jörn Pfennig
Abschied von der Männlichkeit
8950/DM 9,80
Gescheite Gedanken über den Geschlechterkrieg.



Robert Merle
Moncada
8957/DM 12,80
Der authentische Roman um den blutigen kubanischen Befreiungskampf.



Bernt Engelmann
Vorwärts und nicht vergessen
8953/DM 17,80
Eine kritische Geschichte der SPD zum 125jährigen Bestehen der Partei im März 1988.



Joachim Becker
Erfolg im Wahlkampf
10398/DM 9,80
Ein Ratgeber für Kandidaten und ihre Helfer in kommunalen, Landes- und Bundeswahlen.



Claudia Pütz
Geliebte, Tod und Teufelin
21011/DM 8,80
Weibliche Homosexualität in Gedichten, Phantasien, Erzählungen und Erfahrungsberichten.



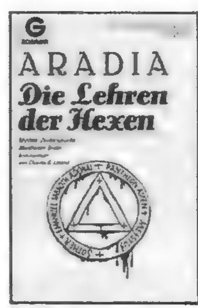
Arthur Schopenhauer
Ausgewählte Texte
11032/DM 8,80
Die Welt als Wille und Vorstellung – Schriften des Philosophen, vorgelegt zum 200. Geburtstag.



Jiddu Krishnamurti
Ausgewählte Texte
11033/DM 8,80
Texte des spirituellen Lehrers in Ost und West, dessen Botschaft lautet: Erkenne Dich selbst.



Ruth Eder
Die geschlagenen Frauen
11436/DM 9,80
Ein Report über die Ursachen der Gewalt und Anregungen für Auswege aus der Bedrohung.



Aradia
Die Lehren der Hexen
11816/DM 9,80
Mythen, Zaubersprüche, Weisheiten und Bilder. Eine der Hauptquellen zu magischem Denken.

offizier in ein Auffanglager für Kriegsgefangene.

Die Soldaten der Wehrmacht waren damals in einem fürchterlichen Zustand. Nach Monaten in den Sümpfen des Dnjepr waren sie völlig demoralisiert. Dazu kam, daß die rumänischen Gefangenen ein Terrorregime über die Deutschen und Österreicher errichtet hatten.

Ich kam nach einer schweren Typhuserkrankung in eine der zwei Schulen für Kriegsgefangene; zuerst als Lehrer, später als Leiter des österreichischen Sektors.

Als im Dezember 1947 der Großteil der Österreicher zurückgeschickt wurde, wollte man mich zu den deutschen Gefangenen versetzen. Ich verlangte, nach Österreich heimkehren zu können, man lehnte aber ab und ernannte mich zum Stellvertretenden Leiter einer Schule für deutsche Kriegsgefangene. Bald darauf jedoch, im März 1948, durfte ich doch nach Hause.

Das Verhältnis zwischen der UdSSR und Österreich war und ist für mich ein dauerhaftes Anliegen. Ich arbeitete dann auch 25 Jahre lang in der Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft und habe versucht, Menschen aus den verschiedensten politischen Lagern zusammenzubringen, was mir, glaube ich, auch gelang. Meiner Meinung nach liegen enge Kontakte auf kulturellen und wissenschaftlichen Gebieten zur UdSSR im ureigensten Interesse Österreichs.

Rückblickend muß ich feststellen, daß ich bis zu Stalins Tod völlig unkritisch war. Danach erschienen die ersten Artikel über den Personenkult, und plötzlich sah ich alles anders, erinnerte mich an Selbsterlebtes, und es fiel mir wie Schuppen von den Augen.

Nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in die Tschechoslowakei habe ich protestiert. Ich war immer der Meinung, daß Freundschaft Kritik nicht ausschließt, aber in Moskau hat man diese Ansicht offensichtlich nicht geteilt, und so wurde ich wegen meiner kritischen Haltung als Zentralsekretär der Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft abgelöst. In den ersten drei Jahren danach wurde mir sogar die Einreise in die Sowjet-Union verweigert.

Henry Leichter

US-Armee

Ich komme aus einer typisch österreichischen Familie: die Eltern meiner Mutter aus Böhmen, die meines Vaters aus Mähren. Besonders die Familie meiner Großeltern mütterlicherseits repräsentierte einen Typ, der dazu beitrug, dem Wien der Jahrhundertwende eine besondere Prägung zu geben: die des intellektuellen, liberalen jüdischen Bürgertums, das sich völlig assimiliert fühlte.

Mein Großvater war ein bekannter und angesehener Hof- und Gerichtsad-



Rote-Armee-Kommandantur in Wien: Hammer und Sichel an der Donau

vokat, assimiliert und Freidenker. Wir Kinder wurden konfessionslos erzogen.

Meine Eltern, beide in Wien geboren, waren in führenden Stellen der Sozialdemokratischen Partei der Zwischenkriegszeit tätig, mein Vater als Redakteur der „Arbeiter-Zeitung", meine Mutter in der Arbeiterkammer.

Von 1934 bis 1938, zur Zeit des Austro-Faschismus, waren beide aktiv in der sozialistischen Untergrundbewegung. Nach dem Anschluß im März 1938 sollte mein Vater auch sofort verhaftet werden, war aber nicht zu Haus, als die Nazis ihn abholen wollten. Es gelang ihm, in die Tschechoslowakei und von dort nach Frankreich zu flüchten.

Ich war damals 14, mein Bruder acht. Meine Mutter wollte ganz legal mit uns Kindern ausreisen und wartete in Vorkenntnis des Ernstes der Lage auf eine Ausreisebewilligung. Kurz bevor sie sich doch zur Flucht entschloß, wurde sie Ende Mai 1938 von der Gestapo verhaftet.

Sie wurde wegen Vorbereitung zum Hochverrat vor ein Volksgericht gestellt, jedoch freigesprochen, dann aber der Gestapo überstellt, kam ins KZ Ravensbrück und wurde 1942 vergast.

Eine ehemalige Hausgehilfin brachte meinen Bruder illegal über die Grenze, während ich einen Paß erhielt und im August 1938 ausreisen durfte.

In Paris trafen wir mit meinem Vater zusammen und führten zwei Jahre lang ein einigermaßen normales Leben, obwohl ich heute noch nicht weiß, wovon wir lebten. Flüchtlinge bekamen keine Arbeitserlaubnis, und man mußte sich auf kleine, illegale und schlechtbezahlte Arbeiten einstellen.

Der Zusammenbruch Frankreichs im Sommer 1940 kam für alle überraschend. Wir flüchteten mit anderen österreichischen Emigranten nach Südfrankreich. Da man annahm, daß mein Vater auf der Liste derer stand, die den Nazis von der Vichy-Regierung ausgeliefert werden sollten, was sich später als richtig herausgestellt hat, erhielt er ein amerikanisches Sondervisum, und wir flüchteten über die Pyrenäen durch Spanien nach Portugal.

Von Lissabon ging es mit einem griechischen Schiff nach New York. Das Gefühl, in Sicherheit und in einem freien und offenherzigen Land zu sein, werde ich nie vergessen und empfinde es bis heute.

1943 meldete ich mich zur U.S. Army. Ich fand, daß man an dem Kampf gegen den Nazismus teilnehmen müßte. Das war nicht ein Gefühl der Rache, ich glaube aber doch, daß ich, verglichen mit vielen meiner amerikanischen Kameraden, eine stärkere Motivation hatte, gegen Hitler zu kämpfen.

Im Herbst 1944 kam ich als Soldat wieder nach Europa und landete in der Normandie. Die Front stand damals schon in Elsaß-Lothringen, und wir kamen zum erstenmal im Oktober 1944 in der Nähe von Lunéville zum Einsatz. Ich war als Sanitäter einer Infanteriekompanie zugeteilt und blieb bis Ende des Krieges, was man in unserer Armee ein „dogface" und in der deutschen Wehrmacht ein „Frontschwein" nannte.

Merkwürdigerweise habe ich mich an der Front zu einem viel besseren Soldaten entwickelt, als ich es in der Ausbildung gewesen war. Ich meldete mich zu besonderen Missionen, wurde zweimal verwundet und erhielt zwei Tapferkeitsauszeichnungen. Das lag nicht etwa an einer Kriegsbegeisterung (den Krieg als solchen habe ich damals wie heute absolut gehaßt). Ich hatte aber die felsenfeste Überzeugung, auf der richtigen Seite zu stehen und zur Befreiung vom größten Übel aller Zeiten beizutragen.

Durch die Befreiung von Konzentrationslagern hat sich die Einstellung der meisten amerikanischen Soldaten radikal geändert. Meine Kompanie hat ein kleines KZ in der Nähe von Wetzlar überrannt. Es war nicht eines der ganz schlimmen, kein Vernichtungslager, aber es war arg genug, besonders für die US-Soldaten, die Nazis bis dahin nur aus der Kriegspropaganda kannten.

Da kam es unter den abgehärteten amerikanischen Frontsoldaten zu spon-





Zeitzeuge Leichter, US-Soldat Leichter 1944: „Frontschwein bis zum Ende"

Es_ _ _ _ _

MACHT DEN FEBRUAR EINEN GUTEN TAG LÄNGER







Wir zählen zu den größten Export-Nationen der Welt. Doch im internationalen Showbusiness ist Deutschland ein Entwicklungsland. Wie gut, daß sich im hiesigen Münster ein großes Talent entwickelt hat: Ute Lemper. Im neuen ESQUIRE erzählt der junge Weltstar alles über sich und seine Träume...

Deutschlands Leser haben am Kiosk die Wahl unter rund 1300 Zeitschriften-Titeln. Seitdem der deutsche ESQUIRE hinzugekommen ist, fällt diese Wahl leichter.

ESQUIRE ist die älteste Männerzeitschrift der Welt. Neu ist die deutsche Version: So exklusiv im Inhalt wie unverwechselbar im Konzept.

Die Welt des ESQUIRE ist aufregend. Und entspannend. „Männer, Möglichkeiten, Meinungen" – so haben wir sie überschrieben. In diesem Sinne möchte ESQUIRE seine Leser beraten, aber niemals belehren. Augenzwinkerei statt Augenwischerei.

Auf ESQUIRE können Sie sich verlassen. Wie auf einen guten Freund. Und Partner. Und einen guten Zeitschriftenhändler erkennen Sie von nun an immer an ESQUIRE*. Jeden Monat neu.



Sollten die Wähler den Kanzler samt Kabinett in die Wüste schicken, müssen Kohl & Co. nicht verdursten. Weil sie beste Chancen haben, ihr Geld auch im Showbusiness zu verdienen. In welchen Rollen? Nun, schauen Sie doch mal in den neuen ESQUIRE...!



Unvergessen ist der „Faust"-Film von Gustav Gründgens. Nun gibt es einen neuen „Faust." ESQUIRE zeigt Bilder aus diesem Film und sprach mit Regisseur Dieter Dorn. Über sein Werk, die Schauspieler und die Bedeutung von Goethes „Faust" in unserer Zeit...



Ein klassisches Männer-Thema, das jede Frau interessiert: Warum gehen Männer so gern in Kneipen? Um das herauszufinden, hat ESQUIRE sie befragt, die Männer am Tresen. Und eine Frau ebenfalls: Sängerin Ina Deter...

***(Falls vergriffen, bestellen Sie bitte bei: ESQUIRE-Leserservice, Postfach 30 05 45, 2000 Hamburg 36, oder telefonisch zum Ortstarif: 0130/2014)**



US-Soldaten in Salzburg: „Nazis nur aus Kriegspropaganda gekannt"

dern vor allem ununterbrochener, betäubender, kopfzersplitternder Lärm. Diese plötzliche Ruhe an diesem herrlichen Frühlingstag in Tirol!

Daß ich diesen Tag als amerikanischer Soldat in meiner österreichischen Heimat erlebt habe, erfüllt mich noch heute mit Stolz. Nicht etwa ein Gefühl der Rache, sondern eher der Genugtuung, an der Befreiung Österreichs und Deutschlands teilgenommen zu haben und sagen zu können: „Aus meiner Heimat lasse ich mich nicht vertreiben."

Warum bin ich nicht in Österreich geblieben? Ursprünglich hatte ich es vor. Mein Vater hat es auch ein Jahr lang versucht. Aber es wurde den Emigranten nicht leicht gemacht. Die damalige Führung der Sozialistischen Partei hat ihn abgelehnt. 1948 kam er ziemlich enttäuscht wieder nach New York zurück.

tanen Haßausbrüchen. Fast alle SS-Wachmannschaften waren schon weg, einen haben sich die Gefangenen aber gegriffen, und er flehte uns um Hilfe an. Wir haben uns nicht eingemischt.

Das Erlebnis der Lagergrauen ist noch heute für die Haltung vieler Amerikaner kennzeichnend. Und das unterschätzt man in Deutschland und Österreich oft. Der KZs wegen ist der Eindruck des Zweiten Weltkriegs in Amerika immer noch nicht verblaßt (wie zum Beispiel der Krieg gegen Japan oder in Korea oder sogar der viel nähere Vietnamkrieg). In den Augen der Amerikaner war es eben kein Krieg wie die anderen, und die Nazis waren eben keine Feinde, mit denen man sich versöhnen kann. Das ist auch der Grund, warum die Waldheim-Affäre in Amerika so ernst genommen wird, und keineswegs nur unter Juden oder, wie man so schön sagt, „in gewissen Kreisen an der Ostküste".

Das Ende des Krieges habe ich in Tirol erlebt, in Lermoos. In dieser Gegend wurde noch bis zum letzten Moment gekämpft, von einer besessenen SS-Einheit am Fernpaß, den sie für den Eingang zur „Alpenfestung" gehalten haben.

Dann war es aber wirklich aus, und was mir in greifbarer Erinnerung geblieben ist, ist die plötzliche, absolute Stille. Krieg, für alle, die ihn aus der Nähe erlebt haben, ist nicht nur Angst, Blut, Schmerz, Kälte und Übermüdung, son-

Ich habe mein Studium in Amerika beendet und wurde Rechtsanwalt, habe auch drei Jahre im amerikanischen diplomatischen Dienst in Deutschland verbracht. Heute vertrete ich vor allem deutsche und österreichische Firmen in den Vereinigten Staaten.

Leider hat Österreich, dank Waldheim, in letzter Zeit hier enorm an Ansehen eingebüßt. Ein hiesiger österreichischer Freund hat mir neulich gesagt: „Das waren noch schöne Zeiten, wo man uns mit Australien verwechselt hat!" Aber so wird es sicher bleiben, bis Waldheim von der Bühne abtritt.

Im Rückblick bin ich sehr froh, daß ich auf der Seite der Befreier am Krieg teilgenommen habe. Ich bin froh, mein Zugehörigkeitsgefühl für Österreich behalten zu haben – und ich bin froh, Amerikaner zu sein.



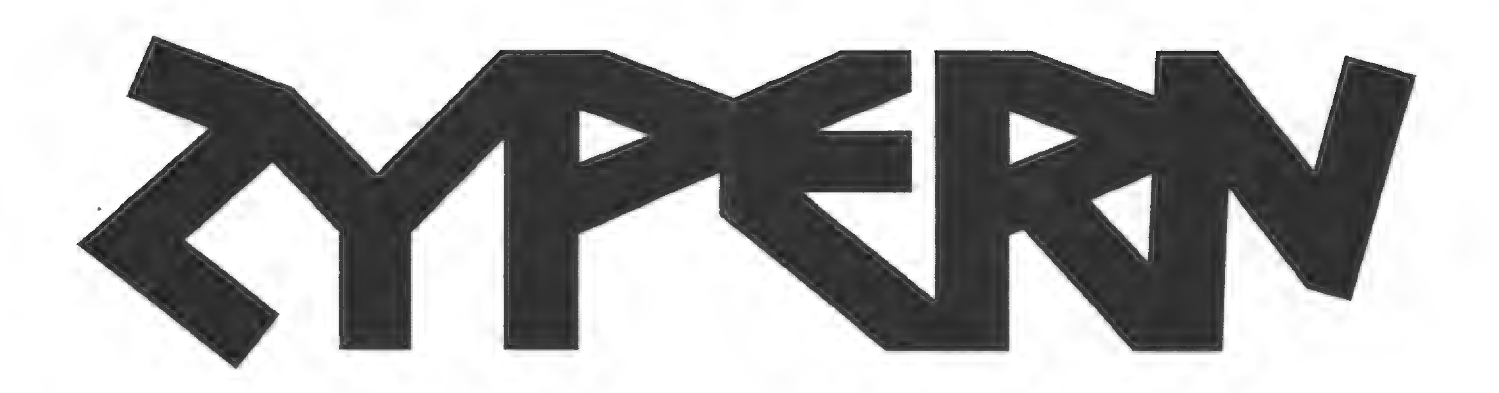
US-Soldaten nach Dienstschluß: „Plötzliche Ruhe"

Hans Reichmann

Französische Armee

Obwohl ich christlich erzogen wurde und wir auch zu Hause immer nur die christlichen Feste feierten, stamme ich nach Definition der Nürnberger Gesetze aus einer nichtarischen Familie – obschon sich bei uns niemand als Jude fühlte. Mein Vater kam aus dem Waldviertel und war Sohn eines Kleinbauern, und in der Familie meiner Mutter gab es so viele Ehen mit Christen, daß ich es sogar schaffte, Kriegsverbrecher in der eigenen Familie zu haben.

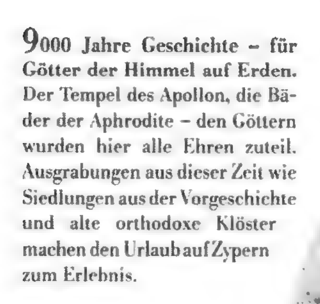
Im Frühjahr 1937, in einer Zeit drohender Kriegsgefahr, hatte ich noch das Bestreben, unerläßliche Grundbegriffe des Soldatentums zu erlernen, und bin der Frontmiliz beigetreten. Nach einer dreimonatigen Grundausbildung und

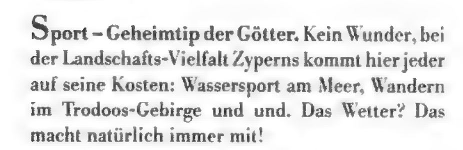


9000 Jahre Geschichte – für Götter der Himmel auf Erden. Der Tempel des Apollon, die Bäder der Aphrodite – den Göttern wurden hier alle Ehren zuteil. Ausgrabungen aus dieser Zeit wie Siedlungen aus der Vorgeschichte und alte orthodoxe Klöster machen den Urlaub auf Zypern zum Erlebnis.



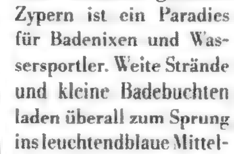
Essen und Trinken – die Urlaubslust der Götter. Die Zyprioten sind für ihre Gastfreundschaft bekannt. überall ist man willkommen. Auf einen Mokka. Oder bei der Meze, einer schier endlosen Reihe kleiner Schlemmereien. Dazu gibt's köstlichen Inselwein. Jià sou – Prost!



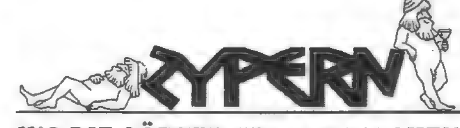


Sport – Geheimtip der Götter. Kein Wunder, bei der Landschafts-Vielfalt Zyperns kommt hier jeder auf seine Kosten: Wassersport am Meer, Wandern im Trodoos-Gebirge und und. Das Wetter? Das macht natürlich immer mit!





Bademöglichkeiten – von Göttern getestet. Zypern ist ein Paradies für Badenixen und Wassersportler. Weite Strände und kleine Badebuchten laden überall zum Sprung ins leuchtendblaue Mittelmeer ein.



WO DIE GÖTTER URLAUB MACHEN.

Wir informieren Sie gern ausführlich. Schicken Sie uns einfach den Coupon. An die Fremdenverkehrszentrale Zypern, Kaiserstraße 13, 6000 Frankfurt am Main 1. Cyprus Airways fliegt Sie hin.

Sp

Name

Straße

PLZ/Wohnort

FREMDENVERKEHRSZENTRALE ZYPERN
CYPRUS TOURISM ORGANISATION ZYPERN

Lernen wie im Schlaf



SITA LEARNING SYSTEM: Von Wissenschaftlern entwickelt, von Wissenschaftlern getestet.

Einfach zurücklehnen und SITA-Lernmaske auf. Ohne Büffeln und Pauken können Sie Englisch, Französisch, Spanisch und Italienisch lernen oder auffrischen. Denn mit SITA LEARNING können Sie die Kraft Ihres Unterbewußtseins aktivieren. Machen Sie die Probe auf's Exempel.

Gratis-Info von SITA, Amselstieg 38, D-2080 Pinneberg, Tel. (041 01) 61055

Ja, bitte kostenlose Info über SITA LEARNING

Name Vorname

Straße

Ort

Ausschneiden und gleich in den Briefkasten an:
SITA, Amselstieg 38, D-2080 Pinneberg (SP 6)

Nichts ist erfolgreicher als der Erfolg!

Erfolgsdruck!
Leistungsdruck!
Umsatzdruck!

Blutdruck?
Wie alt sind Ihre letzten Werte?

Beugen Sie vor:
Gesundheits-Check up bei uns!
» Auch am Wochenende «

Unsere Frau Theunihsen übersendet Ihnen gern umfangreiche Informationsunterlagen.



dem Besuch aller für den Offiziersgrad erforderlichen Kurse, war meine Ernennung zum Cornet bereits aktenmäßig vorgesehen, aber die Übergabe des Dekretes unterblieb, die Deutschen waren bereits einmarschiert. Ich hatte 1928 maturiert und mein Studium aus Jura und Welthandel abgeschlossen, als ich im Sommer 1938 nach Paris ging. Meine Eltern blieben leider zurück, und ich sah sie nie wieder. Nur die Erinnerung, als Sieger zurückgekommen zu sein, kann diesen Schmerz etwas lindern.

Es gab für mich nie einen Zweifel, daß man seine Überzeugung durch Taten und nicht durch Worte beweisen mußte. Am 2. September 1939 meldete ich mich als Freiwilliger zur Französischen Armee. Die Unterzeichnung meiner Meldung bedeutete jedoch keineswegs den Beginn der Dienstleistung. Der zuständige Feldwebel gab mir zu verstehen, daß man bei einer Generalmobilisierung andere Sorgen hätte, als sich um Freiwillige zu kümmern. Ich solle inzwischen zu Hause warten.

Kurze Zeit später wurden dann alle Flüchtlinge in Sammellagern zusammengefaßt, und dort hatte jeder die Möglichkeit, sich für die Dauer des Krieges zur Französischen Armee zu melden. Vertragspartner war aber die Militärverwaltung der Fremdenlegion. Ich wurde zu einer Einheit versetzt, die zu Ausbildungszwecken nach Algerien verlegt werden sollte. Mitte Januar 1940 landeten wir in Oran und fuhren dann weiter nach Sidi-bel-Abbès, dem großen Verwaltungszentrum der Fremdenlegion.

Aufgrund einer Verordnung, daß jeder Kriegsfreiwillige Anspruch auf den militärischen Rang habe, den er bereits in seinem Ursprungsland hatte, wurde ich – wenn auch mit einigen Hürden – Offizier der Französischen Armee. Meine erste ehrenvolle Aufgabe war die des Wachkommandanten im Quartier Réserve, dem Bordellviertel von Sidi-bel-Abbès, wofür man mir 15 Mann, einen Sanitäter und eine Patrouille von sechs Senegalesen zur Verfügung stellte.

Nach einer Prüfung verließ ich am 1. September 1940 mit Papieren auf den Namen Henri Raynal als Offizier der Französischen Armee die Fremdenlegion und Sidi-bel-Abbès.

Nach der Landung der Alliierten in Nordafrika am 7. November 1942 wurde ich zum stellvertretenden Kabinettchef des bedeutenden Strategen General Goislard de Monsabert ernannt, des späteren Oberbefehlshabers der französischen Besatzungstruppe in Deutschland. Als ich jedoch meinem Chef mitteilte, daß der Chef seines Deuxième Bureau ein Idiot sei, kam ich an die Front.

In Tunesien wurde ich verwundet. Von Rommels Granaten schlug eine in unmittelbarer Nähe ein, und ich wurde von 20 Splittern auf beiden Unter- und Oberschenkeln getroffen. Mit einer geladenen Maschinenpistole wartete ich – einer Gefangennahme wollte ich auf jeden Fall entgehen – von acht Uhr morgens bis sieben Uhr abends, bevor ich gefunden wurde.

Wieder geheilt, schrieb ich am 5. August 1943 an General de Gaulle einen Brief, in dem ich ihn um Unterstützung für Österreich bei der Wiedererlangung seiner Unabhängigkeit bat. Später wirkte ich bei der Gründung eines Vereins mit dem Namen „Comité autrichien d'Alger" mit.

Mein nächster Plan war die Trennung der österreichischen Kriegsgefangenen von den deutschen, was nicht einfach war, weil das Bekenntnis zu Österreich bei den deutschen Gefangenen immer noch den Tatbestand des Hochverrats erfüllte.

Einmal besuchten wir ein Lager für Unteroffiziere. Von den 1200 Gefangenen waren etwa 80 Österreicher.

Der französische Lagerkommandant berichtete uns, daß unsere Ankunft bereits seit Tagen bekannt war und von den Deutschen enormer Druck auf die Österreicher ausgeübt werde. Dabei wurden der zu erwartende Endsieg, die Lebensunfähigkeit Österreichs und der Fahneneid als Argument vorgebracht, so daß tatsächlich ein großer Teil der Österreicher es nicht wagte, sich für eine Verlegung zu melden.

Letzten Endes gelang es uns, doch mehr als 1000 der etwa 1500 österreichischen Gefangenen in einem eigenen Lager zusammenzufassen. Die Verpflegung war dort besser und die Bewachung nur noch Formalität.

Alle Österreicher in diesem Lager wollten sich an der Befreiung ihrer Heimat beteiligen, dies notfalls auch mit der Waffe tun.

Nachdem den Franzosen bekannt war, daß es in Jugoslawien bereits vier österreichische Bataillone gab, die zusammen



Zeitzeuge Reichmann, Soldat Reichmann,



Französische Soldaten bei Grenzüberquerung 1945: „Truppe aus österreichischen Gefangenen zusammengestellt"

mit Titos Partisanen gegen die Wehrmacht kämpften, stand einer österreichischen Einheit aus Nordafrika nichts mehr im Wege.

Ich kann heute mit Stolz sagen, daß ich der einzige Österreicher war, der im Westen eine Truppe aus österreichischen Kriegsgefangenen zusammengestellt hatte. Als wir am 2. Mai 1945 mit 200 Mann und fünf Offizieren unter meinem Kommando Algier verließen, war jedoch Gott sei Dank einige Tage später der Krieg zu Ende.

Ich wurde dem französischen Oberbefehlshaber in Österreich zugeteilt, verließ am 17. Dezember 1945 Paris und erreichte am nächsten Tag Innsbruck. Ende Januar 1946 kam ich nach Wien. Am 2. April 1946 verließ ich die französische Armee, und mein Abenteuer als Soldat, der seine Heimat befreien wollte, war zu Ende.



Ehefrau 1944: „Kriegsverbrecher in der Familie"

Am 20. April begann ich mit meiner Arbeit im Außenministerium in der Völkerrechtsabteilung. Durch meine guten Kontakte zu den französischen Militärs konnte ich immer wieder Österreichern helfen, die in Schwierigkeiten gerieten.

Am 1. April 1947 wurde ich in das Innenministerium versetzt, und zwar als zweiter Mann in der Staatspolizei. Man hatte mich der Spionage zugunsten der Franzosen verdächtigt, und wie es in Österreich so ist – wo in anderen Ländern bei gleichem Verdacht die Gefahr der physischen Liquidierung mit der Möglichkeit einer postumen Rehabilitierung nach vielen Jahren besteht, wird man hierzulande in die oberste Leitung der Staatspolizei versetzt.

Bis 1954 arbeitete ich im Ministerium für Inneres, dann wurde ich wieder ins Außenministerium versetzt, war von 1958 bis 1963 Österreichs Vertreter im Europarat und später noch Botschafter beim Heiligen Stuhl und Gesandter beim Malteser Ritterorden – eine schöne Karriere für einen Nicht-Arier laut den Nürnberger Gesetzen.

Zur Situation Österreichs in diesem Gedenkjahr 1988 möchte ich mit aller Deutlichkeit etwas sagen: Die Art der Berichterstattung über Österreich in den letzten Monaten, vor allem in Deutschland, ist nicht mehr mit höflichen Worten zu beschreiben. Man hätte glauben können, daß am 12. März – den ich ja miterlebt habe – nicht die Wehrmacht in Österreich, sondern das Bundesheer ins demokratisch regierte Deutschland eingefallen ist, um Hitler an die Macht zu helfen.

Obwohl es derzeit teilweise Mode ist, Schuld zu bekennen, weil uns Hitler geholt hat, so gibt es für jeden Kenner der geschichtlichen Entwicklung nicht den geringsten Zweifel, daß das österreichische Drama im März 1938 die unvermeidliche Folge der damaligen Weltlage darstellte.

Das Deutsche Reich hat in allen von ihm besetzten Ländern Kollaborateure gefunden, deren persönliche Schuld nicht dem Staat angelastet werden kann. Oder kann jemand glauben, daß die sogenannte Endlösung bis zu den griechischen Inseln hin hätte verwirklicht werden können, wenn Hitlers Schergen nicht überall eifrige Komplicen unter der ansässigen Bevölkerung gefunden hätten? Wie haben die damals in Rhodos herauskriegen können, wer ein sogenannter Nicht-Arier war und wer nicht?

Unter einem nichtnationalsozialistischen Bundeskanzler, egal ob Schuschnigg oder sonst wer, hätte es keine Kriegserklärung an die USA, an die Sowjet-Union und auch keine Verfolgung, gleichgültig welcher rassischen oder religiösen Minderheiten, gegeben, geschweige denn eine Endlösung.

Hier wäre nichts dergleichen passiert, wenn sie uns nicht überfallen hätten. Und die Entrüstung so mancher anderer Staaten heute kann einen nur wundern. Was haben sie denn damals getan? Sie hatten gehofft, jetzt wo er Österreich hat, gibt er vielleicht Ruhe. Man kann bei einer Vergewaltigung nicht gleichgültig oder sogar genießerisch zuschauen und dann das Opfer verdammen: Pfui! Die Hur!

Deshalb ist die sogenannte Mitschuld der größte Blödsinn, den ich je gehört habe. Es wurden in der ersten Woche 60 000 bis 70 000 Österreicher verhaftet. Es hätte eine Orgie der Rache gegeben, wenn Österreich sich gewehrt hätte beim Einmarsch der Deutschen. Und meine Vorstellungen für den 12. März 1988 sind sehr einfach: Der Karfreitag ist ein Trauertag und kein Feiertag; gefeiert wird erst am Ostermontag, die Auferstehung!

Ende

Wo haben Ihre Anlage binnen 24 Stunden Em





LINTAS:FRANKFURT SI 1/88

Laß mal die Bahn ran: Stückfracht '88

Auf allen Sendern ist es bald zu hören: Die Geschwindigkeit der Stückfracht '88 ist hitverdächtig: Binnen 24 Stunden bei Direktverbindungen ist Ihre Fracht schon da. Ansonsten in maximal 48 Stunden. Das liegt an den neu definierten Frequenzen: Wir holen die Fracht bei Ihnen ab und bringen sie zum verkehrsgünstigsten Stückfrachtbahnhof. Da hat sie zügig Anschluß und rollt per Schiene bis zum Zielbahnhof. Dort werden ein paar Bässe zugeschaltet, denn es geht per LKW bis vor die Haustür des Empfängers.

n besten Anschluß und pfang?

Selbst aufliefern und abholen können Sie wie bisher. Bei Ihrem Stückfrachtbahnhof in Ihrer Nähe. Weitere Loblieder auf die Stückfracht '88, zum Beispiel über Datentausch und Verpackungsmittel-Service, trägt Ihnen gern Ihr DB-Kundenberater vor.

Deutsche Bundesbahn



„Fußball und Arbeit waren Brüder“

Der Niedergang der Traditionsvereine im Ruhrgebiet

Zur Halbzeitpause, während der abendlichen Spiele, marschierte eine Bergmannskapelle auf den Rasen der Gelsenkirchener Glückauf-Kampfbahn, die uniformierten Herren nahmen Haltung an und intonierten mit viel Blech und Schellenbaum: „Der Steiger kommt.“ Dann erlosch das Flutlicht.

Wie auf Kommando zündeten Zehntausende Zuschauer Streichhölzer, Feuerzeuge oder Kerzen an – ein Lichtergruß an die Knappen, die sich direkt unter ihnen, Hunderte Meter tief, in die Flöze schlugen. „War 'n tolles Bild, ergreifend“, sagt der frühere Schalker Spieler Günter Siebert, 57, jetzt Präsident des Bundesligaklubs.

Die Plackerei verband. „Wir kennen eine Feindschaft nicht, wir schaffen Hand in Hand“, heißt es im Vereinslied von Borussia Dortmund, „Fußball und Arbeit“, sinnierte einmal Ernst Kuzorra, Kapitän der Schalker in ihren ruhmreichen Vorkriegsjahren, „Fußball und Arbeit waren Brüder.“

Im Ruhrgebiet ist diese Solidargemeinschaft längst zerbrochen. Niemand leuchtet heute in Gelsenkirchen, auch in Bochum, Essen, Duisburg oder Dortmund ist es zappenduster.



Jubelnde Dortmunder*: „Durchsetzungsvermögen einer Klasse und ihrer Kultur“

Auf Plakaten protestieren Fans gegen Zechentod und Hüttensterben, auf Spruchbändern verdammen sie die Regierenden und verlangen nach Beschäftigung – die Arbeitslosenquote liegt im Durchschnitt über 15 Prozent, in manchen Städten über 18 Prozent.

Ausgerechnet in jener Gegend Deutschlands, wo einst „die hart arbeitenden Kumpel den technisch besten Fußball spielten“ (Gelsenkirchens Stadtrat Klaus Rose), droht dieser spezifischen Kulturform das Abseits.

Zwar mangelt es in Dortmund und Schalke noch nicht an Zuschauern, auch gelang es, wie etwa der Borussia, mächtige Schuldenberge abzubauen. Kenner des Revierfußballs aber fürchten, dies könne ein letztes Aufflackern sein. „Uns drohen schwere Zeiten“, sagt der frühere Nationalspieler und kurzzeitige Schalke-Manager Rolf Rüßmann, 37.

Borussia Dortmund, Schalke 04 und der VfL Bochum nehmen, nach Ende der Winterpause, punktgleich in der Fußball-Bundesliga die Tabellenplätze 14, 15 und 16 ein, Rot-Weiß Essen und Rot-Weiß Oberhausen krebsen in der Zweiten Liga herum, und die Oberhausener stehen unmittelbar vor der Pleite.

Traditionsreiche Klubs wie Hamborn 07 oder der MSV aus Duisburg – immerhin elftgrößte Stadt der Republik – sind ebenso in die Bedeutungslosigkeit abgesunken wie die Spielvereinigung Erkenschwick, Westfalia Herne, BV Altenessen06,STVHorst-Emscher,Sportfreunde Katernberg oder Schwarz-Weiß Essen.

Manche Vereine, die früher eine Rolle spielten, gibt es gar nicht mehr – wie den VfL Altenbögge, zu seligen Oberligazeiten Angstgegner der Schalker. Der Spitzenfußball, analysiert Dortmunds Präsident Gerd Niebaum, sei „praktisch parallel mit dem wirtschaftlichen Niedergang“ ins Mittelmaß abgesunken.

Schon beizeiten, in den zwanziger Jahren, hatte es im Kohlenpott diese nur auf den ersten Blick eigenartige Symbiose von Fußball und Arbeit gegeben. Dieser Sport war „eine günstige Möglichkeit des Ausgleichs für die oft einseitigen physisch-psychischen Belastungen“, urteilt der Essener Historiker Siegfried Gehrmann**. Die Vereine in den klassischen Arbeitervierteln galten „als Kommunikations- und Identifikationszentren“ (Gehrmann).

Im Schatten der Fördertürme und Schlote formten sich starke Mannschaften, gesponsert von den jeweiligen Arbeitgebern. Schalkes Heimatpütt war die Zeche „Consolidation“, Sportfreunde Katernberg praktisch eine Werks-Elf von „Zollverein“, die Erkenschwicker arbeiteten auf „Ewald-Fortsetzung“, Dortmunder standen bei Hoesch als Stahlwerker im Sold, Hamborner bei Thyssen.

Vom Pütt ging es direkt auf 'n Platz „zur zweiten Schicht“ (Rüßmann) – manchmal ungewaschen, wie sich der Erkenschwicker „Jule“ Ludorf erinnert. Ludorfs Kollege Horst Szymaniak schuftete nackt im Streb und wollte partout nichts anziehen, als eine Besuchergruppe eingefahren wurde: „Steiger, ich muß arbeiten wie 'n Schwein, also kann ich auch so aussehen.“

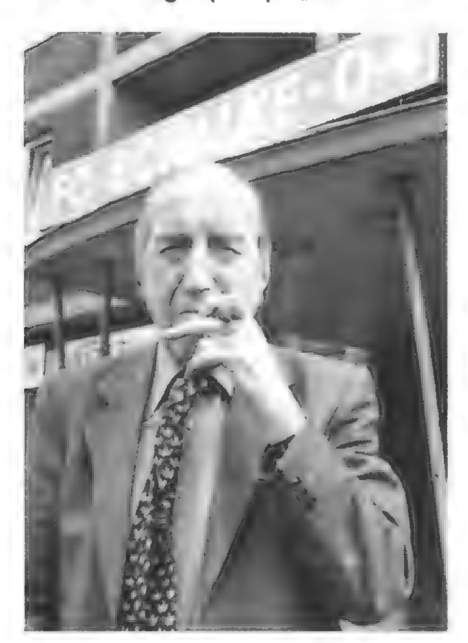
Szymaniak zählte, wie Klodt und Kelbassa, Rahn und Preißler, Koslowski und Niepieklo, Islacker und Kwiatkowski, in den fünfziger Jahren zu *den* Fußball-Idolen im Revier – wenngleich er erst beim Wuppertaler SV Nationalspieler wurde. „Komprimierte Klasse“, sagt der Autor, „Welt der Arbeit“-Chefre-

* Am 5. Mai 1966 in Glasgow nach dem Europacupsieg gegen Liverpool; auf den Schultern der Spieler: Trainer Willy Multhaup.

** Siegfried Gehrmann: „Fußball, Vereine, Politik. Zur Sportgeschichte des Reviers 1900 – 1940“. Reimar Hobbing Verlag Essen; 240 Seiten; 38 Mark.



Schalker Sieger (1934)*: „Quelle der Lebensfreude und Daseinsbejahung“



Schalke-Idol Kuzorra
„Identifikationstypen fehlen“

dakteur und Gewerkschafter Dieter Schmidt, „das hätte für zwei, drei Nationalmannschaften hinter- und nebeneinander gereicht.“

Die Arbeiter zwischen Ruhr und Emscher gehörten in der Aufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg eh zu den ersten Leuten im Staate, nicht nur beim Fußball. Es wurde flott verdient, das Revier galt den Amerikanern als „Kraftquelle der Teutonen“, für Nikita Chruschtschow war es die Manifestation des Kapitalismus – furchterregender noch als Wall Street.

In jenen Jahren zwischen 1955 und 1963 stellte das Ruhrgebiet fünfmal den Deutschen Fußballmeister (Dortmund dreimal, Schalke, Rot-Weiß Essen). Immer noch stand der Fußball, urteilt der Pädagoge und Jugendforscher Alfred Bietau, für das „Durchsetzungsvermögen einer ganzen Klasse und ihrer Kultur“.

Gewiß ist der einstige Dortmunder Kumpel Timo Konietzka noch heute stolz darauf, daß er 1963 das erste Tor nach Einführung der Fußball-Bundesliga geschossen hat, nach 57 Sekunden im Spiel gegen Werder Bremen. Aber ebenso wichtig blieb für ihn, wie es im gestelzten Tegtmeier-Deutsch heißt, das Resultat seiner eigenen Hände Arbeit: „Soviel Kohle, wie ich gemacht hab’, könnt ihr überhaupt nicht verbrennen.“

Mittlerweile sind fast 400 000 Arbeitsplätze verlorengegangen oder wegrationalisiert worden, in Dortmund, Essen und Bochum gibt es keine Zechen mehr, um den Stahl wird derzeit gekämpft wie bei einer nationalen Revolution. „Wenn nichts geschieht“, warnte vorige Woche Theo Steegmann, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender bei Krupp in Rheinhausen, „wird Duisburg ein zweites Liverpool.“

Der letzte große Erfolg war 1966 Borussias Europacup-Sieg gegen den Football Club aus eben jenem Liverpool – das Jahr, in dem das große Zechensterben begann und Tausende mit schwarzen Fahnen, stumm und verzweifelt, durch das Revier zogen.

Symbol für die Abwärtsbewegung „in die tiefste Provinz“ („Sport-Illustrierte“) ist die vergammelte Glückauf-Kampfbahn. Wo einst Fritz Szepan und sein Schwager Ernst Kuzorra den legendären „Schalker Kreisel“ kreierten und der Volksheld Reinhard „Stan“ Libuda die Verteidiger schwindlig spielte, wuchert das Unkraut. Seit 15 Jahren kicken die Schalker im doppelt so großen Parkstation, einem ungemütlichen Kasten, der Distanz zu den Spielern herstellt und nicht Nähe wie früher.

Die Tribüne der Glückauf-Kampfbahn steht nun unter Denkmalschutz – eine Erinnerungsstätte für Fans, die melancholisch besseren Zeiten nachhängen.

Fußball im Revier kann, so oder so, nicht mehr das „Erlebnismedium besonderer Farbigkeit, Tiefe und Intensität“ sein, nicht mehr „Quelle der Lebensfreude und Daseinsbejahung für eine gesellschaftliche Schicht“ (Historiker Gehrmann). Die einstige Talentquelle ist versiegt. Gelingt einem jungen Spieler doch noch der Durchbruch, wird er meist von den reichen Klubs im Süden der Republik weggekauft. Wie Roland Wohlfarth und Jürgen Wegmann von Bayern München, Eike Immel vom VfB Stuttgart.

Als Teamchef Franz Beckenbauer den Schalker Olaf Thon, 21, einen „Boris Becker des deutschen Fußballs“ nannte, stärkte dies das kollektive Selbstwertgefühl der Schalker Fan-Gemeinde mehr noch als ein Sieg über die verhaßten Neureichen vom FC Bayern München.

Dieser „echte Junge aus dem Revier, auf Kohle geboren“ (Rüßmann), verhieß seinen Landsleuten wieder jene glanzvollen Fußballfeste, auf die sie seit langem verzichten müssen.

Auch diese Hoffnung trog. Zum Saisonende verkaufen die hochverschuldeten Schalker den Nationalspieler Thon. Am liebsten an die Italiener, weil die am meisten zahlen. Niemand ist Thon böse, daß er geht. „Es muß ja sein“, sagt Siebert.

Die Kollegen haben Thon, einen der jüngsten im Team, in der vergangenen Woche sogar zum Kapitän gewählt. Wohl in der Hoffnung, daß er sich in seiner verbleibenden Schalker Dienstzeit voll engagiert und sie so zumindest vor dem drohenden Abstieg bewahrt.

Es mutet beinahe wie eine verzweifelte Beschwörung an, wenn die Fans in Schalke den Stürmer Klaus-Dieter Wollitz, 22, nach ein paar Bundesligaeinsätzen schon „Pelé“ rufen. Im vorigen Jahr spielte Wollitz noch bei den Amateuren.

Oder wenn Klaus Fichtel, 43 Jahre alt, für das Bundesligaspiel am Dienstag kommender Woche beim Tabellenführer Bremen reaktiviert werden soll. Fichtel, ein gelernter Bergmann, der 1965 seinen

* Nach dem Gewinn des ersten Meistertitels in Berlin; im Fenster links Fritz Szepan, Ernst Kuzorra.

„Winter + Allrad = SUBARU

Diese Rechnung geht sicher auf."

Keke Rosberg,
Formel I-Weltmeister, beantwortet Fragen zum SUBARU-Allrad.



Frage: Herr Rosberg, wie können Sie das begründen?

Keke Rosberg: Daß Allrad besonders im Winter von großem Vorteil ist, weiß heute jeder. Außerdem hat jeder SUBARU-Allrad eine beispielhafte Komplett-Ausstattung, die bei anderen Pkw seiner Klasse durchaus nicht selbstverständlich ist.

Frage: Herr Rosberg, was verstehen Sie unter beispielhafter Komplett-Ausstattung?

Keke Rosberg: Nehmen wir z. B. den Super-Station 1800 Turbo-Allrad (s. Abb.) mit Automatik-Getriebe inkl. „mitdenkender Allrad-Automatik", 5-Gang-Getriebe mit Untersetzung, Turbolader, elektropneumatische Einzelradaufhängung mit Niveauausgleich, Servo-Lenkung mit stufenlos verstellbarem Lenkrad, elektrischen Außenspiegeln und Fensterhebern, Sicherheits-Monitor, Zentralverriegelung, Rückrollbremse „Hill-Holder", Heckscheiben-Wisch/Wasch-Anlage mit Intervall-Scheibenwischer, u. s. w. Wenn man bedenkt, daß der SUBARU trotz dieser beispiellosen Komplett-Ausstattung einen so vernünftigen Preis hat, ist der Allrad-Antrieb geradezu geschenkt.

Frage: Wie kommt es, daß es SUBARU-Allrad-Pkw zu so vernünftigen Preisen gibt?

Keke Rosberg: SUBARU baut seit 16 Jahren Allrad-Pkw in Großserie (bisher über 1,8 Mio). Diese langjährige Erfahrung zahlt sich natürlich aus. Und deshalb gibt es eben SUBARU-Allrad zu so vernünftigen Preisen.

Frage: Wieviel Allrad-Modelle gibt es bei SUBARU?

Keke Rosberg: Bei SUBARU findet jeder „seinen" Allrad-Pkw. Modelle mit zuschaltbarem Allrad-Antrieb: Den preiswertesten Allrad-Pkw Deutschlands, Justy (55 PS), den Super-Justy (68 PS), den Multitalent-Kleinbus Libero (52 PS) und die 1800er Modellreihe als Kombi, Limousine und Coupé (90/98 PS). Modelle mit permanentem Allrad-Antrieb: Die 1800er Turbo-Serie mit dem Allrad-Sportwagen XT (136 PS).

SUBARU Deutschland GmbH
Mielestraße 6, 6360 Friedberg,
Telefon: 0 60 31 / 60 60

SUBARU
Der meistgekaufte Allrad-Pkw der Welt



Super-Station 1800
Turbo-Allrad, 1781 ccm
100 kW (136 PS)

GHS



Fußballplatz in Dortmund (1984): Die Ausläufe früherer Tage wurden wegsaniert

ersten Vertrag in Schalke unterschrieb und es dann auf 541 Bundesligaeinsätze brachte, war zuletzt Assistenztrainer in Schalke. Er habe „keinen besseren Libero“, begründete Chefcoach Horst Franz die Rückkehr des Seniors.

Es gibt kaum noch Straßenfußballer, die sich, außerhalb jeder Vereinsdisziplin, mit Blechbüchsen und Filzkugeln „auf dem Kanaldeckel“ (Siebert) Ballgefühl antrainierten – Mützen oder Jacken oder Stecken markierten die Tore. Die Ausläufe früherer Tage, Bergarbeiterkolonien, Pöhlplätze, Nebenstraßen, mußten wegsaniert werden, der Fußball hat unter Jugendlichen überdies erhebliche Konkurrenz bekommen: Tennis vor allem, auch Squash.

Wer von unten hochgekommen war, wurde ein Liebling der Massen. „Nirgends“, so Dortmunds Niebaum, „ist die Identifikation mit dem Fußball so groß wie hier, wir Ruhrgebietler haben eine ganz eigene Mentalität.“

Geschichte, auch das. „Über Generationen wurde die Liebe zu einem bestimmten Verein vererbt, egal was geschah“, sagt der Westfale Michael Meier, seit kurzem Manager bei Bayer 04 Leverkusen. „Diese Kette ist jetzt unterbrochen.“

Konietzka hat es erleben müssen. Als er vor drei Jahren seinen alten BVB trainierte und nach dem neunten Match die siebente Niederlage kassierte, wurde er beschimpft und bespuckt, Polizeihunde sicherten ihn. Dortmund entließ Konietzka „aus Fürsorgepflicht“.

Jahrzehntelang, bemerkt der Tübinger Rhetorikprofessor Walter Jens, habe der „Revierfußball auf Kontinuität aufbauen können, wer da an der Spitze mitspielte, war einer von denen. Dünnpfiff nach der ersten Zigarre aus Kuzorras Laden, das galt wie ein Schwur“.

„Echte Identifikationstypen“, glaubt Jens, ehemaliger Torhüter des Hamburger Stadtteilklubs Eimsbüttler TV, „fehlen heute. Jede Figur kann doch durch eine andere ersetzt werden. Solch beliebige Austauschbarkeit ist für jede spezielle Lokalität tödlich.“

Derzeit gibt es kaum Anzeichen dafür, daß sich die Lage irgendwann einmal entspannen könnte.

Ein Deutscher Fußballmeister komme erst dann wieder aus dem Revier, prophezeite spitz Hans-Josef Justen, Sportchef der auflagenstärksten Ruhrgebietszeitung „WAZ“, wenn „die restlichen Konkurrenten disqualifiziert werden“. ◆

Nationalspieler Thon (M.)*: „Auf Kohle geboren“

* Am 18. April 1987 beim Länderspiel gegen Italien in Köln.

Das neue USA-Angebot von DERTOUR Amerika ABC und Condor:

Ab sofort Frankfurter Preise für alle.

Wer nicht in Frankfurt wohnt, mußte bisher bei Condor-Flügen in die USA Extra-Kosten durch die Anreise in Kauf nehmen. Das ist vorbei. Mit DERTOUR Amerika ABC können Sie ab sofort zu Frankfurter Preisen auch von Bremen, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, Köln, München, Nürnberg und Stuttgart (via Frankfurt) in die USA fliegen. Und wer noch keine 26 ist, kann jetzt den neuen, noch günstigeren Jugendtarif buchen (nur ab Frankfurt). Fragen Sie in Ihrem Reisebüro nach DERTOUR Amerika ABC '88, dem USA-Programm des Deutschen Reisebüros mit Condor, Deutschlands beliebtem Ferienflieger.

	Normaltarif	Jugendtarif
Baltimore/Washington	ab DM 1.099,–	ab DM 937,–
Chicago	ab DM 1.089,–	ab DM 911,–
Cleveland	ab DM 1.089,–	ab DM 944,–
Denver	ab DM 1.409,–	ab DM 1.146,–
Detroit	ab DM 1.199,–	ab DM 960,–
Los Angeles	ab DM 1.449,–	ab DM 1.167,–
Minneapolis	ab DM 1.298,–	ab DM 911,–
New York	ab DM 989,–	ab DM 859,–
Orlando	ab DM 1.269,–	ab DM 1.041,–
San Francisco	ab DM 1.449,–	ab DM 1.167,–
Tampa	ab DM 1.269,–	ab DM 1.041,–





TENNIS

Sehr persönlich

Zu den sechs Profi-Schiedsrichtern im Tennis-Zirkus zählt auch der Deutsche Rudolf Berger.

Der Mann, so schien es, stand unmittelbar vor einem Kollaps. Er verdrehte die Augen, zuckte immer schneller mit den Pupillen – rechts, links, rechts, links.

Doch der Eindruck täuschte. Rudolf Berger, 36, war durchaus wohlauf, wie er versicherte. Was er da mache, erläuterte er, sei, „so komisch das auch klingen mag“, für ihn Konditionstraining.

Berger ist Tennis-Schiedsrichter, einer von sechs auf der Welt, die diesen Job hauptberuflich betreiben.

Wie die Spieler, die sich zum Aufwärmen gegenseitig die Bälle zuschlagen, versucht auch Berger, schon vor Spielbeginn seinen „Rhythmus zu finden“. Denn die meisten Fehlentscheidungen, so weiß er, unterlaufen Schieds- und Linienrichtern am Anfang eines Matches.

Daß der Deutsche „wirklich gut gukken“ kann, ist ihm schon des öfteren ausdrücklich bestätigt worden. Vor einigen großen Turnieren, etwa dem Masters in New York, werden die Schiedsrichter von Augenärzten eingehend auf ihre Sehtauglichkeit geprüft. Aber das bewahrt Berger und Kollegen auch nicht davor, von den Stars in nahezu jedem Spiel als „du Blinder, du“ abqualifiziert zu werden.

Eigentlich ist Rudolf Berger Regierungsamtmann beim Deutschen Patentamt in München. Im Juli 1987 hat er sich beurlauben lassen, zunächst für ein Jahr. Wenn seine Frau, „natürlich auch die Vorgesetzten“, einverstanden sind, will er „noch ein Jahr dranhängen“.

Seine ersten Erfahrungen als Schiedsrichter machte Berger in der Tennis-Bundesliga. Da sei, so erinnert er sich, praktisch jeder willkommen gewesen: „Die waren froh, wenn sie einen Dummen fanden.“ Schließlich amtierte er auch bei internationalen Turnieren, nahm dafür unbezahlten Urlaub und zahlte die Anreisen selbst.

Die sechs Berufs-Spielleiter, ausgestattet mit Einjahresverträgen, sind dem „Men's International Professional Tennis Council“, der Administration des Profitennis, unterstellt.

Für eine Wochengage von jeweils 500 Dollar (plus Unterkunft, Reisekosten und Spesen), soviel wie etwa Tennisrüpel John McEnroe für eine „verbale Obszönität“ Strafe zahlt, leiten sie 32 Wochen im Jahr die wichtigsten Spiele, lassen sich als „Arschloch“, „Schlappschwanz“ oder „Schwuler“ beschimpfen und betrachten ihren Job gleichwohl als „ganz tolle Sache“, wie der Australier Richard Ings, 22.

Keiner von ihnen hat jemals mit Tennisspielen Geld verdient, in der Weltrangliste wurden sie nie geführt. Als Schiedsrichter freilich sind sie erfahren: Ings „arbeitete bereits als 15jähriger an den Linien“, der Amerikaner Richard Kaufman, 37, der sich als „Pionier“ empfindet, leitete vor mehr als einem Jahrzehnt sein erstes Match im Profitennis. Gerald Armstrong, 32, vormals Fußball-Torwart beim Londoner Profiklub Fulham FC, debütierte in Wimbledon, weil „für einen der Nebenplätze Schiedsrichter gesucht wurden und das für mich die einzige Möglichkeit war, ohne Karte reinzukommen“.

Etwa 300 Spiele leiten die Berufsschiedsrichter im Jahr. Sie „leben und erleben Tennis satt“, so Berger. Spiele, die ihnen „zu entgleiten drohten“ (Ings), sehen sie sich möglichst gemeinsam auf Video an, diskutieren ihre Fehler und unterbreiten Vorschläge über Regelkorrekturen. Die Gilde der Profi-Schiedsrichter, außer Berger, Kaufman, Armstrong, Ings noch der Brasilianer Paulo Pereira, 40, und der Franzose Bruno Rebeuh, 26, versteht sich als die Elite der Branche.



Schiedsrichter Berger, Tennisrüpel McEnroe*
„Beleidigungen tun manchmal weh“

„Es wäre ideal“, so Berger, „wenn wir unsere Erfahrungen an die Kollegen weitergeben könnten, die ihr Amt nebenberuflich ausüben und deshalb nicht so viel Zeit darin investieren können.“

Auch wenn etwa ein Kevin Curren abfällig von den „besserwisserischen Oberlehrertypen“ spricht, die „uns Spieler zu perfekten Menschen erziehen wollen“: Ohne die Freizeit-Schiedsrichter läuft die Chose nicht. In diesem Jahr werden bei den Männern insgesamt weltweit nahezu 100 Grand-Prix-Turniere ausgetragen, da mangelt es zwangsläufig an erfahrenen Spielleitern. Deshalb soll das Kontingent an Berufsschiedsrichtern erweitert werden.

Aber auch Profis wie der Engländer Armstrong sind längst zu der Erkenntnis gelangt: „Es wird uns nie gelingen, es jedem recht zu machen.“ Je härter die Spieler die Bälle schlagen – bei Boris Becker sollen schon 302 Stundenkilometer gemessen worden sein –, desto wahrscheinlicher sind Fehlentscheidungen und Frust.

„Ich spiele seit Jahren nicht aus Spaß, sondern um Geld“, hielt etwa ein zorniger Jimmy Connors nach einer umstrittenen Entscheidung dem Schiedsrichter vor.

Für Cracks wie Connors, McEnroe, auch Lendl gehören die Wutausbrüche auf dem Center Court zur psychologischen Kriegführung. Nicht nur der Gegner soll eingeschüchtert werden, sondern auch der Spielleiter, und das glückt bisweilen. Instinktiv wird sich ein Schiedsrichter bemühen, jenen Star zu besänftigen, der aufmüpfig ist – nicht selten auf Kosten eines Spielers, der auch Fehlentscheidungen widerspruchslos hinnimmt.

„Bei uns können die soviel schreien und lamentieren, wie sie wollen“, behauptet zwar Richard Kaufman. Aber auch Kaufman machte durchaus keinen gelassenen Eindruck, als, beim Endspiel um den „World Team Cup“ im Mai vorigen Jahres in Düsseldorf, McEnroe nach einem heftigen Disput mit ihm schließlich den Schläger einpackte und das Match vorzeitig beendete. Bei derselben Veranstaltung hatte McEnroe auch Berger beschimpft.

„Dich bringe ich um“, drohte der Österreicher Horst Skoff einmal dem Deutschen. Der hatte „irgendwie Verständnis“. So etwas sage „sich leicht aus der Erregung heraus“.

„In den ersten Schiedsrichter-Jahren“, erinnert sich Gerald Armstrong, „habe ich das alles sehr persönlich genommen.“ Manchmal, so Berger, „tun die Beleidigungen ein wenig weh“, doch „so was schüttele ich ganz schnell ab. Sonst wäre ich nach drei Monaten in diesem Geschäft meschugge“. ◆

* Im Mai 1987 beim „World Team Cup“ in Düsseldorf.

DIE
DIGITALEN
VIDEORECORDER.
ALLES, WAS SIE
IM KOPF
BEHALTEN MÜSSEN,
SIND
2 TASTEN.

ITT

FÜHREND IN DER DIGITAL-TECHNIK.

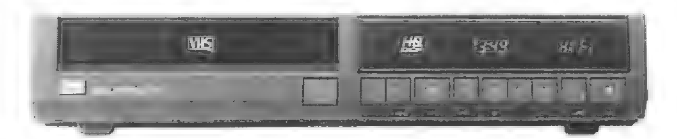
DIGICONTROL. HOCHINTELLIGENTE TECHNIK, DIE

DIGIcontrol können Sie sofort bedienen. Dieser Videorecorder verzichtet auf die Unübersichtlichkeit von vielen Tasten, Knöpfen und Schaltern. Alles, was Sie an komplizierter, verwirrender Video-Technik in Erinnerung haben, ist hier auf Plus und Minus reduziert: Mit nur 2 Tasten (+ und –) haben Sie die ganze Technik im Griff. Der eingebaute Computer nimmt Ihnen viele komplizierte Bedienungsschritte ab und erleichtert die Programmierung.

Die Logik des Computers wird in einfachen Schritten nachvollziehbar. Ein Leuchtdisplay zeigt an, was nacheinander zu tun ist.

Mit **DIGIcontrol** erfahren Sie, was Vorsprung in der Digital-Technik im täglichen Gebrauch tatsächlich bedeutet.

Logisch, daß der ITT DIGIcontrol mit noch manch anderen technischen Feinheiten für Aufsehen sorgt. Etwa mit HQ-DCP, das heißt High Quality Digital Contour Processing und bedeutet



DIGICONTROL HIFI

ITT

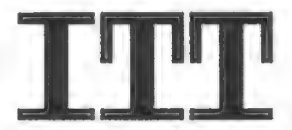
ITT. DER VORSPRUNG IN D

DIE BEDIENUNG VON GRUND AUF VEREINFACHT.

auf Dauer ein perfektes Bild und erstklassige Klangqualität. Oder mit dem Super VPS-Decoder, der selbst extremste Programmverschiebungen berücksichtigt und zudem auf Tastendruck anzeigt, welches VPS-Signal ausgestrahlt wird.

Erleben Sie mit DIGIcontrol eine neue Sicht des Mediums Video. Mit HiFi-Stereo und 2-Kanal-Ton, mit Bildsuchlauf für 2 Geschwindigkeiten, Bandstellensuchlauf und erstklassigem Sofortstandbild mit Einzelbildfortschaltung, einem Kabelfernsehtuner für alle Kanäle und einer Fernbedienung, mit der sich auch das Fernsehgerät bedienen läßt.

Und mit vielen anderen Neuerungen, die Ihnen Ihr Fachhändler gerne zeigt.



FÜHREND IN DER DIGITAL-TECHNIK.

14:16

HI FI

ER DIGITAL-TECHNIK.

Wensauer & Partner

Hollywoods neue Kleider

SPIEGEL-Redakteur Hellmuth Karasek über die Amerikaner auf der Berlinale

Das US-Kino klotzt auf der diesjährigen Berlinale. Drei der amerikanischen Inland-Hits und Kolossal-Gemälde laufen auf dem frühesten der drei großen westeuropäischen Festivals: Spielbergs Ostasien-Film „Empire of the Sun", der Börsen-Thriller „Wall Street" von Oliver Stone und das Medien-Spektakel „Broadcast News".



Medien-Film „Broadcast News"*: Tränen im Fernsehen

Junge trifft Mädchen, Mann liebt Frau, alter Mann liebt junge Frau, lediger Mann küßt Verheiratete, Ehemann schläft mit Freundin, Hund beißt Mann, ein Mann zwischen zwei Frauen, ein Mann zwischen Mann und Frau – die Arithmetik der erotischen Verwicklungen in Film und Melodram ist begrenzt.

In „Broadcast News", so sehr der Film auch so tut, als ginge es um das amerikanische TV-Business, steht eine Frau zwischen zwei Männern. Der eine, gut und gebildet, ist Reporter, der andere, skrupellos und gut gebildet, ist kommender „anchorman" (also eine Art Politmoderator, Hanns Joachim Friedrichs auf amerikanisch), und sie ist Redakteurin der Nachrichtensendung.

Sie liebt den harten Erfolgstypen, wird vom weichen Versager geliebt – die Tränen fließen. Und um eine Träne, die der Moderator bei einem Interview mit einer geschändeten Frau vergossen hat, geht es im Grunde. Hat er sie echt geweint oder nachträglich für einen Gegenschnitt produziert?

Geweint oder nicht geweint – das ist hier die Frage, und es ist schon putzig anzusehen, wie Regisseur Brooks im Fernseh-Geschäft neue moralische Wälle errichten möchte, Dämme gegen falsche Tränen.

Der Film zeigt ansonsten, wenn er Urlaub vom Melodram nimmt und die Liebenden nicht heulen, schreien, telephonieren oder sich schlaflos wälzen läßt, wie chaotisch es in einer amerikanischen Nachrichtensendung zugeht, wie alles erst in letzter Minute fertig wird, wie sich alle, vom Reporter bis zur Sekretärin, abrackern, damit die Sendung zustande kommt. Und er zeigt, wie sie trotzdem rigoros gefeuert werden, wenn die TV-Station Geld einsparen muß.

Lieben und leiden, heuern und feuern, darum dreht sich die turbulente Geschichte von „Broadcast News", der in den USA vor allem wegen seines kleinwüchsigen Stars Holly Hunter Furore macht. Kein Zweifel, sie ist der Wirbelwind in diesem journalistischen Trio und was ihr an Körpergröße fehlt, sucht sie durch schauspielerische Power zu ersetzen, so grimassiert und gestikuliert sie sich dem „Oscar" entgegen, der ihr von allen Auguren schon im voraus versprochen wird.

So intensiv Holly Hunter in diesem Film zwischen Liebe und Arbeit hin und her rast – der Film, der vorgibt, hinter die Kulissen des Nachrichtengeschäfts zu blicken, bleibt dabei in den Filmkulissen stecken: Hollywood trifft das Fernsehen, und daraus entsteht keine unheimliche Begegnung der dritten Art, sondern nur das Rendezvous zweier Scheinwelten.



Daß sich heutige Konflikte (dieser unserer modernen Welt) nicht mehr auf das Schema und den Showdown des Western reduzieren lassen, hat sich allmählich herumgesprochen, jedenfalls bis zu „Platoon"-Regisseur Oliver Stone. Unsere Gegenwart wird weniger mit Kanonen, mehr mit Aktien regiert. Setzt „Broadcast News" auf die Vernetzung des elektronischen Zeitalters, so setzt „Wall Street", wie der Name schon sagt, auf die Börse: „Geld regiert die Welt".

Es ist schon imposant, wie Stone seinen Film anfangen läßt: Mit sämtlichen Verkehrsmitteln und auf allen Verkehrswegen pumpt New York das Heer der Broker und Angestellten in die City von Manhattan, preßt es in die Fahrstühle, ergießt es in die Büros, wo die Monitore und Computer gefräßig warten, die Tele-



Börsen-Film „Wall Street"*: Cowboys in

* Oben: Holly Hunter; unten: Michael Douglas.

phone ständig klingeln, die Kurse pausenlos vorbeiflimmern.

In diesem Heer des täglichen Börsenkrieges, in diesem Fußvolk des Kapitals marschiert ein junger Mann namens Bud Fox mit, der nach oben will, dorthin, wo der Geldstrom dirigiert, die Aktienschlachten manipuliert werden.

Karrieregeil und teiggesichtig (Charlie Sheen spielt ihn als glatten Yuppie mit vor Ehrgeiz mahlenden Kinnbacken) robbt sich der Junge an den Börsenhai Gordon Gekko (nicht verwandt mit dem gleichklingenden Salamander, aber wirksam gespielt von Michael Douglas) heran.

Aber was nach dem Skandal um den Wall-Street-Schwindler Ivan Boesky geschrieben und gedreht wurde, erweist sich als simple Wildwest-Geschichte, nur daß die Scheckkarte an die Stelle der Kanonen getreten ist. Fox erfährt von seinem Vater, einem biederen Gewerkschafter bei einer Fluggesellschaft, dem er ständig in den Ohren und auf der Tasche liegt, daß die Washingtoner Flugaufsichtsbehörde ein Verfahren zugunsten der Firma entschieden hat.


Spielberg-Film „Empire of the Sun“: Asien mit Kinderaugen

Er gibt Gekko den Tip, das Spekulationskarussell kommt in Schwung, Aktien steigen, Konkurrenten werden ausgetrickst, Arbeitsplätze gehen verloren.

Der aufstiegsbesessene Junge schwankt zwischen seinem neuen, gerissenen, millionenschweren Ziehvater und seinem guten alten Daddy von der Gewerkschaft. Als der Vater wegen der aus Spekulationsgründen entlassenen Kollegen einen Infarkt erleidet und am Tropf liegt, siegt das Gute.

Fox läßt sich von Gekko im Central Park in die Fresse hauen, nachdem der ihm das böse Geschäft vermasselt hat. Und Fox geht forsch ins Gefängnis. Lieber arm und gewerkschaftsfreundlich, als reich und von Papa verachtet – wenn ein Wallstreet-Film auf solche Holzfällermoral hinausläuft, dann fragt man sich, wozu die Börse bemüht wurde.



Auch Steven Spielbergs neuer Mammut-Film, die Zweieinhalbstundenoper „Empire of the Sun“, bleibt den alten Hollywood-Prinzipien Spielbergs treu: Er betrachtet die Welt mit den Augen eines Kindes. Spielberg ist der ewige Peter Pan, ob er nun andere Sterne, andere Zeitalter oder nur andere Kontinente filmisch abgrast.

Hier, im „Empire of the Sun“, geht es um das Shanghai des Jahres 1941, wo die britischen Diplomaten und Kaufleute in einer irreal intakt-brüchigen Welt leben. Während die japanische Invasion droht, spielen sie, inmitten des Gewusels diensteifriger Chinesen, britisches Kolonialleben: stilvoll, luxuriös, golfspielend, Whisky-trinkend.

Der 13jährige Christian Bale spielt ein englisches Kind, das als weißes Herrenmenschlein von chinesischen Dienstboten gehätschelt wird und mit Spielzeugflugzeugen den Krieg spielt, der es bald grausam aus seinem Traumleben reißen wird.

Spielbergs Film, anfangs in den wunderbaren Straßenschluchten von Shanghai gedreht, hat ein paar unverwechselbar hinreißende Momente: der spielende Junge, der plötzlich, seinem Spielzeugflugzeug folgend, in einem chinesischen Schützengraben steht. Der gleiche Junge, der eines Nachts mit seiner Taschenlampe spielt und glaubt, durch seine Funksignale die japanische Kanonade auf die Stadt ausgelöst zu haben.

Wie aus dem verwöhnten Söhnchen in japanischen Konzentrationslagern ein Wolfsjunge wird, der sich als Waise mit Klauen und Zähnen durchschlagen muß, das ist schon eine bewegende Geschichte, wie sie keiner so gut wie Spielberg zu erzählen versteht, weil er naiv und skrupellos, sentimental und effektsicher zugleich ist.

Aber er scheint der eigenen Gefühligkeit diesmal so wenig zu trauen, daß er sie so sehr in süßlich schmalzige Musik von Kinderchören taucht, so sehr in den Himmel der Flugzeuge und Wolken hebt, daß sie in schmalzigem Blau zu ertrinken droht. „Empire of the Sun“ ist eine Shanghai-Oper. Spielberg verkörpert wie kein zweiter das neue Hollywood. Er steckt es in neue, exotische Kleider, notfalls in die der Armut, des Schreckens und des Krieges.

Aber in den neuen Kleidern schlummern die alten Gefühle des Kindertraums, des Melodrams, der Pferdeoper. In „Empire of the Sun“ gibt es eine anrührend stumme Freundschaft zwischen dem englischen Jungen und einem kleinen Japaner. Die Flugzeugspielerei, mit der die Erwachsenen sich auf Leben und Tod bekriegen, vereint sie über den Stacheldraht hinweg.

In Spielbergs Gefühlsbörse wird die Kindheit hoch notiert. Sie ist das verlorene Paradies, in das sich das Kino zurückträumt. In Farbe und mit ganz, ganz viel Musik. ◆


Manhattan

„Abgeschunden bis zum Kern der Seele“

SPIEGEL-Redakteur Gunar Ortlepp über Keri Hulme: „Unter dem Tagmond“

Über die See heult der Wind, gegen den öden Strand schlägt die Brandung, die Möwen klagen, auf „pfeifenden Flügeln“ rauschen Kormorane vorbei, und „ein erwachsener Mann liegt unter dem kalten Mond auf den Knien und weint über den Schmerz in seinem Herzen und die Schuld in seinen Händen, und niemand kann ihn mehr hören“.

Trostlos verlorene Kreaturen, „abgeschnitten von den Wurzeln“, „krank und preisgegeben“, verdüstert von „Seelenschatten“ sind die Gestalten in diesem wahrhaft wuchtigen und wundersamen Roman aus Neuseeland, dem „leuchtend hellen Land“ Aotearoa, wie die polynesischen Ureinwohner vom Volk der Maori ihre Heimat nannten, in der sie heute nur noch eine kleine Minderheit bilden, Randexistenzen in der modernen Welt der weißen Pakeha.

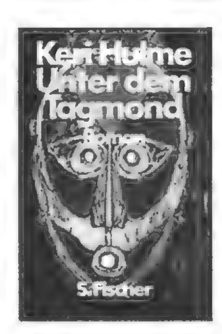
Und von polynesischer Wesensart erzählt die 40jährige Autorin Keri Hulme, die zwölf Jahre lang an ihrem Erstling laborierte und dann sechs weitere Jahre vergebens nach einem Verleger dafür suchte, bis das Werk schließlich, unter der Obhut eines feministischen Verlagskollektivs in Wellington, 1984 in einer Auflage von 2000 Exemplaren auf den Markt kam.

Inzwischen jedoch ist Miss Hulmes „entfesseltes Maori-Monster“ aufs prächtigste gediehen: ein Bestseller in Neuseeland, von englischen und amerikanischen Kritikern gerühmt als ein „aufregendes Werk“ von „unheimlicher Poesie und Erfindungskraft“ und ausgezeichnet unter anderem mit Britanniens kostbarster Literaturtrophäe, dem 15 000 Pfund Sterling schweren Booker-McConnell-Preis.

„The Bone People“, so lautet der Originaltitel des Romans, und die „Knochenmenschen“, das sind die wilden, streitbaren, kannibalischen Ahnen, die als Mythos und Legende weiterleben in den Nachgeborenen, in Keri Hulme sowohl wie in ihrer absichtsvoll namensähnlichen Hauptfigur Kerewin Holmes, denen beiden Maoriblut in den Adern fließt, zu einem Achtel zwar bloß, aber schon das, meditiert Kerewin, reicht aus, um „mich in meinem Herzen, in meinem Geist und meinen Neigungen ganz als Maori zu fühlen“.

„Der Polynesier neigt zur Melancholie: Tod, Enttäuschung, Furcht vor dem Neuen, der Verfall oder das Verbot uralter Spiele machen ihn leicht traurig; und Trauer entreißt ihn dem Leben“, schrieb vor einem Jahrhundert der große schottische Erzähler Robert Louis Stevenson, der auf einer Südseeinsel begraben liegt.

Auch die Malerin Kerewin, das gestandene Weibsbild von polynesischer Leibesfülle, die „eiserne Dame und Jungfrau“, ist bei allem rüden Gebaren ein schwermütiges Geschöpf. Einsam, abseits vom Dorf, haust sie in einem Turm am verlassenen Gestade, heimgesucht von tiefer Existenz- und Schaffenskrise, „abgeschunden bis zum rohen Kern meiner Seele“, und befeuert ihre Dämonen mit enormen Quantitäten Alkohol.



Keri Hulme: „Unter dem Tagmond“ Aus dem Englischen von Joachim A. Frank S. Fischer Verlag Frankfurt 656 Seiten 48 Mark

Doch da schleicht sich der siebenjährige Simon ein in die Klausnerei, ein streunender weißer Junge und notorischer Schulschwänzer, stumm, verstockt, aufsässig, „emotional gestört“, der alles klaut, was ihm zwischen die flinken Finger kommt.

Bald taucht dazu Simons verwitweter Adoptivvater Joe Gillayley auf, Halb-Maori, Fabrikarbeiter nach unvollendetem Studium, ein desperater, armer Schlucker auch er; und es beginnt zwischen den drei Outcasts ein verzweifelter Reigen der Zuneigungen und Zurückweisungen, ein schier endloses Drama der Suche nach Eintracht und Geborgenheit, der Exzesse von Haß und Zorn und Gewaltsamkeit.



Romanautorin Keri Hulme
Lamento der Entfremdung

Nur widerstrebend widmet die Turmherrin dem kleinen Simon ihre Fürsorge. Glücklos, gedemütigt wirbt Joe um „Kerewin die Steinerne“, die „niemals weint“, die „jede Berührung haßt“, jeden „sexuellen Trieb oder Appetit“ verleugnet und ihren Verehrer allemal unter den Tisch trinkt. Zwiespältig sind Joes väterliche Gefühle für den schwierigen Ziehsohn von mysteriöser Herkunft, den er einst, als einzigen Überlebenden eines Schiffbruchs, am Strand gefunden hat, den er innig liebt und umsorgt und im Suff windelweich prügelt.

„Ich weiß, daß du uns allen mißtraust. Vielleicht ist das auch klug. Auf diese Weise kannst du nicht verletzt werden“, sagt Joe zur renitenten Gefährtin. „Das Leben ist einsam, Feinde sind wir alle, einer vom andern getrennt“, schreibt Kerewin in einem Gedicht und spürt voll Qual und Entsetzen den brennenden Schmerz im Bauch, das böse Geschwür, „das Ding, das in sie eingedrungen ist“, „die wild wuchernden Zellen, die wachsen und wachsen“.

So machen die drei, gebeutelt an Leib und Psyche, in brüchiger Gemeinschaft sich selbst und gegenseitig die Hölle heiß und schlagen einander ihre Wunden, bis die Katastrophe hereinbricht: Simon, in enttäuschter Sehnsucht nach mütterlicher Wärme, zertrümmert Kerewins silberne Gitarre und wird dafür von seinem Stiefvater halbtot gedroschen. Joe muß wegen Kindesmißhandlung ins Gefängnis, Simon kommt ins Internat. Kerewin legt ihren Turm in Schutt und Asche und zieht davon. Zum märchenhaften Schluß jedoch, geläutert, finden sie selbdritt sich wieder in einer Art mystischer Vereinigung.

Ein „nichtgenormtes Buch“ nennt die Autorin ihr gewaltiges Lamento der Entfremdung und Entwurzelung und der Kluft zwischen zwei Kulturen. Es ist in der Tat, durchwirkt mit vielen Floskeln aus der Maori-Sprache, ein sehr exotisch anmutendes, oft auch irritierendes Buch von seltener Originalität, ein Roman der desolaten Seelenlandschaften, widergespiegelt in Landschaftsbildern von menschenleeren Küstenstrichen am Rand der Unendlichkeit, von winterlichen Regenschauern und „den stillen Abenden, wenn sich der Wind gelegt hat und die heimwärts fliegenden Vögel ihre geheimnisvollen, einsamen Schreie ausstoßen“.

Keri Hulmes Roman „Unter dem Tagmond“ hat das kleine, weltenferne Neuseeland als eine neue literarische Region entdeckt. ◆

Diese Woche von IBM: Eine Zwischenbilanz aus der Betriebswirtschaft.



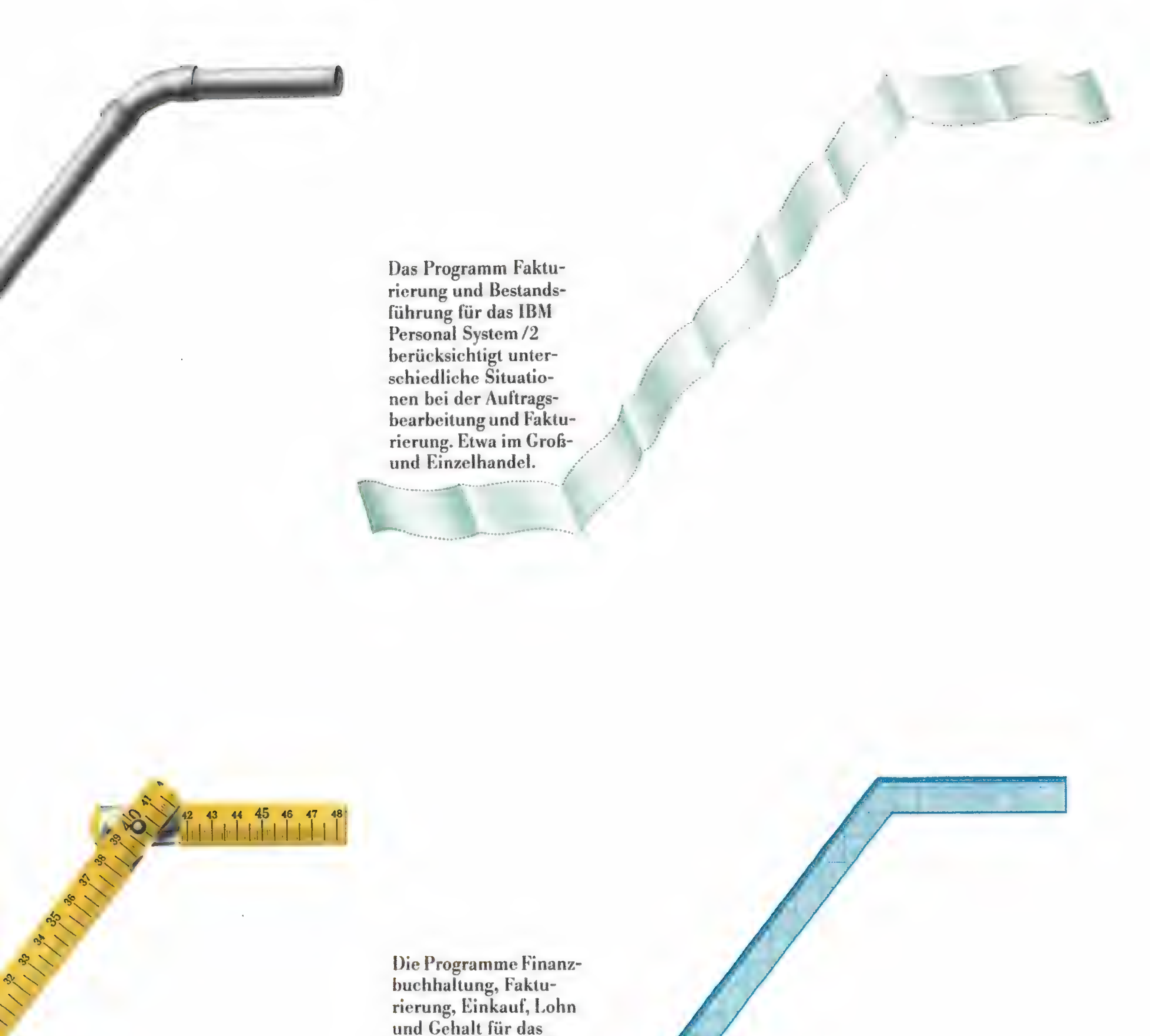
Das Programm Zahlungsverkehr für das IBM Personal System /2 erledigt den bargeldlosen Zahlungsverkehr mit Banken, Sparkassen und Postämtern. Damit beispielsweise Schreinereien mehr Zeit für spezielle Kundenwünsche haben.

Das Programm Finanzbuchhaltung für das IBM Personal System /2 ist eine Lösung, die für den allgemeinen Einsatz in der Geschäftsbuchhaltung entwickelt wurde, zum Beispiel für das Sanitär-Handwerk.

Das Programm Lohn und Gehalt für das IBM Personal System /2 entlastet beispielsweise den Elektrohandel von Routineaufgaben wie Datenverwaltung, Lohn- und Gehaltsabrechnung, Abwicklung von Zahlungen, Erstellung von Nachweisen und vielem mehr.

Das Programm Einkauf für das IBM Personal System /2 unterstützt zum Beispiel Einkäufer in der Fertigungsbranche bei der Planung, Beschaffung, Kontrolle und Verwaltung. Von der ersten Anfrage bis zur Rechnungsprüfung.

Diese IBM Programmreihe Betriebswirtschaft wird durch ganz spezielle IBM Personal System /2 Programme für viele Branchen ergänzt. Alle IBM Programme werden ständig aktualisiert und erweitert. Wenn Sie



Das Programm Fakturierung und Bestandsführung für das IBM Personal System /2 berücksichtigt unterschiedliche Situationen bei der Auftragsbearbeitung und Fakturierung. Etwa im Groß- und Einzelhandel.

Die Programme Finanzbuchhaltung, Fakturierung, Einkauf, Lohn und Gehalt für das IBM Personal System /2 gibt es auch als besondere Version für den Einsatz in Schule und Ausbildung, etwa an Fach- und Hochschulen.

mehr über die IBM Programme für das IBM Personal System /2 wissen wollen, rufen Sie uns zum Ortstarif an: Hallo IBM 0130-4567. Oder wählen Sie IBM in Btx *52800#.

IBM

Studium generale

Aus 26 Fachgebieten und 3000 Büchern zu günstigen Vorzugspreisen wählen unsere über 150 000 Mitglieder in aller Welt ihre Lektüre für Studium, Weiterbildung und Freizeit. Bei einem Jahresbeitrag von DM 14,– (Schüler und Studenten DM 7,–) und nur einer Pflichtbestellung pro Jahr können auch Sie die Vorteile einer Mitgliedschaft bei der WISSENSCHAFTLICHEN BUCHGESELLSCHAFT nutzen.



Wissenschaftliche Buchgesellschaft

Es lohnt sich, Mitglied zu sein

✂ – – – – – – – – – – –

Coupon

Schicken Sie mir kostenlos und unverbindlich den Jahreskatalog 1988.

Ich interessiere mich besonders für:

- ☐ Kunst, Musik, Philosophie, Theologie
- ☐ Geschichte, Klassische Philologie
- ☐ Neuphilologie und Literatur
- ☐ Gesellschafts- und Staatswissenschaften
- ☐ Human- und Naturwissenschaften
- ☐ Sachbücher, Moderne Literatur, LPs, MCs für Erwachsene und Kinder

SP2

Name

Beruf

Straße

PLZ/Ort

Bitte auf Postkarte aufkleben und einsenden an

Wissenschaftliche Buchgesellschaft
Postfach 11 15 53 · 6100 Darmstadt 11

LEBENSHILFE

Länge 17

Sexratgeber in Hörfunk und Fernsehen locken die Kundschaft mit freimütig erörterten Schlafzimmerproblemen ans Gerät.

Keinesfalls will Horst, 48, behaupten, daß er „ein großer Beischläfer" sei. Trotzdem habe er jahrelang seine Frau „im Bett voll auf Touren" gebracht, ohne jedoch „auch mal selbst auf meine Kosten zu kommen". Neulich rief der selbstlose Mann – „Ich habe schon gar keine Lust mehr" – beim Fernsehen an und bat um Hilfe.

Im Kölner Studio des Privatsenders RTL plus hält sich Erika Berger, 48, für derartige Fälle am Telephon zur Beratung bereit. Beim Thema Sex ist Frau Erika Profi, da bringt sie schon lange „nichts mehr zum Erröten". Die Dame im blauen Seidenkleid vergewissert sich erst einmal, ob sie auch alles richtig verstanden hat:

„Also kaum, daß Sie drin sind, Horst", flötet sie in die Kamera, „da ist Ihre Frau schon da, und Sie kommen einfach nicht mit?" So egoistisch, meint sie, dürfe es nicht zugehen, „wenn ihr euch liebhabt". Frau Erika rät zum Handanlegen, und selbst Kondome seien „manchmal ganz witzig".

Seit einem Jahr leistet Erika Berger im Fernsehen Beistand zum Beischlaf. Mit freimütig erörterten Schlafzimmerthemen wie Erektionsstörungen, Orgasmusschwierigkeiten oder Partnertausch soll die erste Guckkastentante der Nation das Liebesleben der Kundschaft auf Trab und die Einschaltquote zu einem nächtlichen Höhepunkt bringen. Die Dame ist gut im Geschäft: Um das Aufklärungsbedürfnis der Fernsehgemeinde zu befriedigen, mußten die einmal monatlich angesetzten Sprechstunden der Privatstation verdoppelt werden.

Auch das Kommerz-„Radio Hamburg" profitiert davon, daß der sexuelle Notstand im Bundesgebiet 20 Jahre nach Oswalt Kolles Stöhn- und Drangzeit offenbar noch nicht behoben ist. Werner Habermehl, 38, der jeden Freitag von 22 Uhr bis Mitternacht „Open House" zum „Thema Nummer eins" hält, bleibt bei den heißesten Fragen cool. Frank, dessen Frau „nur Spaß am Sex hat, wenn sie ordentlich Krach machen kann", und der wissen will, ob er seinen Nachbarn „Kopfhörer schenken soll", empfiehlt der Fachmann, doch lieber die Wohnung schalldicht zu isolieren.

Norbert, der „auf Plastik steht", rät Habermehl, „in einschlägigen Blättern zu inserieren". Und Ingo, der in seiner Freundin „wochenlang nach dem lustfördernden G-Spot gesucht" hat und jetzt „langsam total den Spaß verliert", weist der Experte noch mal geduldig den Weg.

Die Anrufer in Rundfunk und Fernsehen plaudern intimste Probleme vor einem Millionenpublikum aus. Erika Berger erklärt das mit „einseitiger Anonymität": Der Ratsuchende setze darauf, seinerseits unerkannt zu bleiben, bringe dem Ratgeber jedoch Vertrauen entgegen, weil er den durch das Medium zu kennen glaube. Zudem, meint Habermehl, scheuten die meisten den Gang zu Ärzten, Psychologen oder Eheberatern: „Viele glauben, dann hielte man sie für abnorm oder verrückt."

Angefangen mit der Telephonsexsorge hat vor drei Jahren die deutsch-amerikanische Sexualwissenschaftlerin Ruth Westheimer, 59, die in den Vereinigten Staaten 25 Millionen TV-Familien darüber aufklärt, daß man „brillant sex" wie gute Butter im Hause haben muß. Seit

Bestseller

BELLETRISTIK

1	**García Márquez: Die Liebe in den Zeiten der Cholera** Kiepenheuer & Witsch; 39,80 Mark	(1)
2	**Simmel: Doch mit den Clowns kamen die Tränen** Droemer; 39,80 Mark	(2)
3	**Süskind: Das Parfum** Diogenes; 29,80 Mark	(3)
4	**Pfaue: Anna** Loewes; 19,80 Mark	(4)
5	**Lenz: Das serbische Mädchen** Hoffmann und Campe; 34 Mark	(5)
6	**Ossowski: Wolfsbeeren** Hoffmann und Campe; 39,80 Mark	(7)
7	**Gordon: Der Medicus** Droemer; 44 Mark	(8)
8	**Clavell: Wirbelsturm** Droemer; 44 Mark	(13)
9	**Fynn: Anna schreibt an Mr. Gott** Scherz; 16,80 Mark	(6)
10	**Süskind: Die Taube** Diogenes; 16,80 Mark	(9)
11	**Miller: Zeitkurven** S. Fischer; 58 Mark	(15)
12	**King: Sie** Heyne; 19,80 Mark	(10)
13	**Allende: Das Geisterhaus** Suhrkamp; 38 Mark	(14)
14	**King: Es** Heyne; 24,80 Mark	(11)
15	**Brösel: Werner – normal ja!** Semmel; 16,80 Mark	

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom

letztem Oktober fordert die erfahrene Therapeutin auch deutsche Zuschauer freitags im Sextip zum Wochenende bei RTL plus auf: „Tut's doch!"

Ihre Kollegin Erika Berger, früher Klatschkolumnistin der „Bild"-Zeitung, hat sich für die Beratungen vor allem durch Erotiktips in der Nackedei-Postille „Neue Revue" und mit Buchtiteln wie dem „Bett-Knigge" qualifiziert.

Die zweifache Mutter, laut RTL-Redakteurin Eva Müller in erotischen Dingen „unglaublich kompetent", bleibt selbst „bei den härtesten Themen" immer ganz die „liebreizende Dame" (Müller). In einer Mixtur aus Oberschwester-Besorgnis, Marke: „Wie geht's uns denn heute?", und Crêpe-de-Chine-Sexappeal schreckt die Call-Lady vor keiner Weisheit zurück. „Die Lebensmitte", trällert sie, „ist etwas ganz Natürliches." Mit ihrer kraft Massenmedium verliehenen Autorität wagt sich die Amateur-Therapeutin sogar an analytischen Rat. So klärt sie Mario, 19, der sehr verunsichert ist, weil seine 28jährige Freundin nach zwei Jahren „gar nicht mehr zärtlich ist", darüber auf, daß „solche Beziehungen früher oder später sowieso zerbrechen". Der verstörte Junge – „Das ist aber sehr traurig" – erfährt, es gebe



Sexberaterin Erika Berger
„Wenn ihr euch lieb habt"

„noch sehr, sehr viele andere Frauen, die Ihnen ganz bestimmt auch gefallen".

Der Hamburger Sozialwissenschaftler Habermehl hält sich „aus Psychodingen lieber raus". Er beantwortet „vorzugsweise Infofragen" nach der Funktion eines Dildo oder der Größe des westdeutschen Durchschnittspenis: „Länge 17, Durchmesser 3,5 Zentimeter, im ausgefahrenen Zustand."

Schwer tut sich der Chef eines Sex-Umfrageinstituts gelegentlich mit Begriffsdefinitionen, „was etwa ‚spanisch' bedeutet". Da vertröstet der sexualtechnisch ansonsten umfassend gebildete Berater auf die nächste Sendung und zieht „schon mal schnell die Musik auf". Nicht immer erkennt der Fachmann sofort, ob eine Anfrage ernst gemeint ist, wie bei jenem Anrufer, der seine unglückliche Liebe zu seinem Schäferhund offenbarte.

„Voll in Ordnung", findet der Erotikexperte, daß Hörer die Sendung nur deshalb einschalten, „weil sie sich aufgeilen oder schlapplachen wollen". Habermehl bleibt selbst bei Torsten ganz ernst, der „auch ein Problem mit der Liebe" hat: „Ich möchte mit meiner Freundin schlafen und krieg' meine Vorhaut nicht zurück. Sie heißt Angelika." ◆

SACHBÜCHER

1	**Gorbatschow: Perestroika** Droemer; 36 Mark	(1)
2	**Schmidt: Menschen und Mächte** Siedler; 48 Mark	(2)
3	**Norwood: Wenn Frauen zu sehr lieben** Rowohlt; 29,80 Mark	(4)
4	**Haffner: Von Bismarck zu Hitler** Kindler; 36 Mark	(3)
5	**Lindlau: Der Mob** Hoffmann und Campe; 36 Mark	(5)
6	**Fisher-Ruge: Nadeschda heißt Hoffnung** Econ; 32 Mark	(6)
7	**Kronzucker: Unser Amerika** Rowohlt; 39,80 Mark	(7)
8	**Dambmann, Lange, Rohde: Mit Edmund Hillary durch den Himalaya** Herder; 39,80 Mark	(9)
9	**Carnegie: Sorge dich nicht, lebe!** Scherz; 36 Mark	(10)
10	**Pu Yi: Ich war Kaiser von China** Hanser; 29,80 Mark	(8)
11	**Capra: Das neue Denken** Scherz; 38 Mark	(11)
12	**Hoimar von Ditfurth: Unbegreifliche Realität** Rasch und Röhring; 39,80 Mark	(12)
13	**Kostolany: ... und was macht der Dollar?** Econ; 39,80 Mark	(15)
14	**Yallop: Im Namen Gottes?** Droemer; 42 Mark	
15	**Däniken: Wir alle sind Kinder der Götter** C. Bertelsmann; 39,80 Mark	(14)

Fachmagazin „Buchreport"

Esquire

IM FEBRUAR

Ein verrücktes Paar: Loriot und Partnerin Evelyn Hamann über Witzbolde, deutschen Humor und das Abenteuer, einen Film zu drehen – „Ödipussi".

Bonn in Hollywood: Wie Amerikas führende Besetzungsbüros Kanzler Kohl und sein Kabinett in Film und Fernsehen auftreten lassen würden.

Von Null auf Hundert: Andreas von Bechtolsheim – Deutschlands Antwort auf die High-Tech-Tüftler des Silicon Valley. Die klassische Erfolgsstory des Habenichts, der zum zigfachen Millionär wurde.

„Jimmy": Die Geschichte eines Jungen, der mit seinem Vater zu einer aufregenden Reise aufbricht – und der tödlichen Gewalt begegnet. Ein neuentdeckter Krimi von Ernest Hemingway.

Crash und schwacher Dollar: Finanzexperte und Bestseller-Autor Paul Erdman über die Folgen des Schwarzen Montags und die Aussichten der Industriestaaten.

Die gute Ute: Bekenntnisse einer 24jährigen Frau aus der sprichwörtlichen deutschen Provinz, die innerhalb weniger Monate den großen Karrieresprung schaffte – Ute Lemper über Ute Lemper.

Krach um Beuys: Der Ärger mit der Berliner Ausstellung ist nur die Spitze des Eisberges – es geht vor allem um das Erbe des Künstlers.



Jetzt bei jedem guten Zeitschriftenhändler!

Erstaunlich, wie oft man sich hier oben begegnet.



Wie sehr die Swissair in Afrika auf der Höhe ist, zeigt Ihnen schon die Liste unserer Destinationen, die fast so lang gerät wie der Hals der Giraffe: Abidjan, Accra, Algier, Brazzaville, Casablanca, Dakar, Dar es Salaam, Douala, Johannesburg, Kairo, Khartum, Kinshasa, Lagos, Libreville, Monrovia, Nairobi, Tripolis und Tunis. Sehr kurz dagegen wird Ihnen die Flugzeit vorkommen. Denn eine besonders aufmerksame Betreuung und exquisites Essen gehören bekanntlich zur Swissair - wie Giraffen, Löwen und Gazellen zu Afrika.

swissair



Michalkow-Film „Schwarze Augen"

Kino-Huldigung an Tschechow

Marcello Mastroianni, der unwiderstehliche Phlegmatiker, hätte für sein Leben gern einmal den Oblomow gespielt. Doch nach dem meisterhaften „Oblomow"-Film des russischen Regisseurs Nikita Michalkow hatte er keinen Mut mehr zu dieser Rolle, um so mehr Lust auf den Regisseur. So hat Michalkow, der charmante Nostalgiker des Sowjetkinos, aus Tschechowschen Novellenmotiven (vor allem „Die Dame mit dem Hündchen") eine ideale Mastroianni-Rolle gefiltert: das Abenteuer eines alternden Italieners, der auf der Suche nach einer schönen Russin, in die er sich verliebt hat, durch das Zarenreich reist, bis er sie wiederfindet und wieder verliert. Der Michalkow-Mastroianni-Film „Schwarze Augen" – eine italienische Produktion, doch zu einem gut Teil in Rußland und mit russischen Stars gedreht – läuft jetzt auch in den deutschen Kinos: eine intelligente, verschwenderisch einfallsreiche und leichtfüßige Kino-Huldigung an die Welt des Anton Tschechow; Michalkows Film gelingt es, ein elegantes Gleichgewicht zwischen Sentimentalität und Satire zu finden.

Post-Moderne mit Popstars

Motive aus der Popszene fanden bisher auf deutschen Briefmarken keine Berücksichtigung. Nun entdeckt die Post die Moderne: Vom 14. April an präsentiert sie in ihrer „Briefmarkenserie für die Jugend" die Konterfeis von – freilich bereits verblichenen – Popstars. Die Marken werden mit 50 Prozent Zuschlag verkauft, mit dem Erlös finanziert die „Stiftung Deutsche Jugendmarke" soziale Projekte. Sieben Musikerporträts standen zur Auswahl, die Zuschauer der ARD-Videoclip-Parade „Formel Eins" nominierten vier. Demnächst auch an Ihrem Schalter: Buddy Holly, John Lennon, Jim Morrison und Elvis Presley.

Schillers Fritz flippt aus

Der Schriftsteller Peter-Paul Zahl, der wegen versuchten Mordes an zwei Polizisten eine (umstrittene) langjährige Freiheitsstrafe verbüßen mußte, hat einen Leidensgefährten entdeckt: den klassischen Dichtergenius Friedrich Schiller. Als Auftragswerk für das Jugendtheater „Schnawwl" der Schillerstadt Mannheim entstand „Fritz – A German Hero oder Nr. 447 bricht aus!" (Uraufführung am 12. Februar). Das Stück erzählt von den Leiden des jungen F. in der Militärakademie: von geheimer Bettlektüre, homosexueller Liebe und Halluzinationen auf der Krankenstube. Es verfolgt den Weg des Rebellen bis zur Flucht von Stuttgart nach Mannheim, wo die „Räuber" eingeschlagen haben, „Fritz ausflippt und vom Landesfürsten 14 Tage Knast und Berufsverbot aufgebrummt bekommt" (Programmheft). Zahl wurde wegen „seiner Lebenserfahrung" auf das Stück angesetzt. Der Autor ist bei der Uraufführung nicht zugegen. Er lebt seit einiger Zeit auf Jamaika und leitet dort eine Laientheatergruppe.

Mannheimer Inszenierung von „Fritz – A German Hero"



Aus der Rolle gefallen

„Die Einladung" („L'Invitation") lautet der Titel eines gerade erschienenen 94-Seiten-Büchleins, mit dem der Schriftsteller Claude Simon



Simon

in Frankreich Furore macht. Der Literatur-Nobelpreisträger von 1985 verarbeitet darin satirisch die Eindrücke einer Reise: Er gehörte zu jenen 15 internationalen Künstlern, Wissenschaftlern und Schriftstellern, die der Romancier und Gorbatschow-Vertraute Tschingis Aitmatow, „der Tolstoi Zentralasiens" (Simon), im Herbst 1986 in seine kirgisische Heimat eingeladen hatte, um über die Zukunft der Menschheit zu palavern. Überraschend wurde die Gruppe anschließend vom Generalsekretär persönlich im Kreml empfangen. Schon während der Reise fiel Simon aus der Rolle, indem er sich gegen jede Instrumentalisierung der Kunst für politische Zwecke wandte. Nun beschreibt er minutiös und maliziös die inhaltsleeren Rituale der Friedensbeschwörung und die eigentümliche Begegnung zwischen „Geist" und „Macht".



Künstler Beuys, Kinder Jessyka und Wenzel (1968 in der Kunstakademie Düsseldorf): „Auch wir waren eine seiner Skulpturen"

Beuys zwischen allen Fettstühlen

Zwei Jahre nach seinem Tod soll Joseph Beuys durch eine große Ausstellung geehrt werden, doch die Trauergemeinde ist tief entzweit. Sie streitet um reine Lehren, Geld und Ruhm. Witwe Eva Beuys fühlt sich vom Ausstellungsmacher Heiner Bastian geschnitten und durch irreführende Werkdatierungen (zu wessen Nutzen?) düpiert. Ein Hauptleihgeber, den Bastian berät, will seine Kunstsammlung demnächst verkaufen.

Er war, ein rundes Dutzend Jahre lang, des Meisters wohlgelittener Adlatus. Er hat ihn durch die große Welt geleitet und ihn bei Bedarf auch abgeschirmt, er hat beim Aufbau seiner Werke zugepackt und sie in klugen, wohllautenden Texten gedeutet. Nun schickt der Autor und Kunstvermittler Heiner Bastian sich an, dem Übervater Joseph Beuys postum und in großem Rahmen zu huldigen.

Vom 20. Februar bis zum 1. Mai werden, durch Bastian ausgewählt und zusammengeholt, im West-Berliner Martin-Gropius-Bau mehr Beuys-Skulpturen, -Räume und -Zeichnungen anzuschauen sein als je zuvor an einem deutschen Ort. Doch „nichts auf der Welt", versichert der Organisator, hätte ihn „dazu gebracht, diese Ausstellung zu machen", wenn ihm in den Sinn gekommen wäre, welche „Irritationen" er sich damit einhandeln würde.

Irritiert ist Bastian, weil andere auf seine Aktivität nervös reagieren. So hat er sich von dem Düsseldorfer Beuys-Mitarbeiter Johannes Stüttgen „massive Geschäftsinteressen und Selbstdarstellungsgelüste" vorwerfen lassen müssen. Und in Darmstadt, wo er aus einem vielteiligen Beuys-Arrangement Leihgaben zu entnehmen gedachte, sah er sich, im Dezember, geradewegs vor ein öffentliches „Tribunal" gezerrt. Eine Phalanx von Kritikern warf ihm vor, eine „originale Beuys-Installation" leichtfertig zerstören zu wollen.

Künstler-Witwe Eva Beuys ihrerseits fühlt sich durch Bastian ausgebootet und wie „mit einer Axt im Schädel". Sie leiht nichts nach Berlin und sieht angeblich noch nicht ab, ob sie Zeit haben wird, zur Eröffnung aus Düsseldorf anzureisen. Die Erbin ist auch durch Auseinandersetzungen genervt, die sie mit dem Berliner Immobilienhändler und Kunstsammler Dr. Erich Marx zu bestehen hatte; dabei soll der Zwist sich, so ihr Anwalt, jüngst „in Wohlgefallen aufgelöst" haben.

Von der Szene der Irritationen ist Marx damit nicht verschwunden. Er spielt dort markante Rollen, weil er sich von Bastian gegen Honorar beraten läßt, weil er große Leihgaben (unbestreitbar wichtige übrigens) in den Gropius-Bau gibt und weil er seine Kollektion unter bestimmten Voraussetzungen veräußern will. Für Berliner Lästerzungen wird die Beuys-Schau mit ihrem 1,9-Millionen-Etat aus Senatsmitteln so zur „höchstsubventionierten Verkaufsausstellung". Und daß der Sammler, wie honorig und kostensparend auch immer, zudem ihre Geschäftsführung übernommen hat, verlockt zu Wortspielen mit dem Beuys-Werkstoff Filz.

Zwei Jahre ist Beuys nun tot. Im Januar 1986 hatte sein durch lange Krankheit geschwächtes Herz versagt. Seine Asche wurde in drei Bronze-Urnen, Überbleibseln seiner berühmten „Honigpumpe am Arbeitsplatz", in die Nordsee versenkt. Unter Überlebenden ging mit dieser letzten Ruhe die Betriebsamkeit erst richtig los, proportional zur Bedeutung der Epochenfigur Beuys.

Vor allem mit Blick auf das anstehende Ereignis im Gropius-Bau, den Schau-Einstieg in das Jahr der „europäischen Kulturhauptstadt" Berlin, wird ernsthaft debattiert, wie mit dem nachgelassenen Beuys-Œuvre zu verfahren sei. Unvermeidlich geht es freilich auch um hohe Markt- und Prestigewerte, um tatsächliche oder vermutete Geschäftemacherei und um ein so irritierendes Phänomen wie eine Ausstellung früher Beuys-Zeichnungen in Ost-Berlin – eröffnet ausgerechnet durch jenen Johannes Rau, der 1972, als nordrhein-westfälischer Wissenschaftsminister, Beuys aus seiner Akademieprofessur gekündigt hatte und ihm seitdem als eine Art Antichrist galt.

„Der tote Beuys kann sich nicht wehren", sagt der Berliner Ex-Galerist René

Block, der mit dem lebenden gut auskam. Er konstatiert beiderseits der Mauer „die gleiche kulturpolitische Geschmacklosigkeit“ und hätte Bastians Schau schon aus dem arg weit hergeholten Grund, daß „die Berliner Beuys nie geliebt haben“, gern vereitelt gesehen. Nun wünscht er sie sich möglichst gut und will dafür auch zwei Beuys-Vitrinen herleihen sowie selber aufbauen.

Das nämlich ist ein heikler Punkt und Stoff für hitzige Auseinandersetzungen: Bei Beuys zählt oft nicht nur das einzelne Objekt, sondern ebensoviel die spannungs- und sinnvolle Ordnung der Dinge zueinander und im Raum. Wurde eine Werkgruppe an einen anderen Ort verbracht, dann pflegte der Künstler selber sie mit sicherem Gespür auch anders zu verteilen und nach dem Rücktransport vielleicht abermals neu. Zwar ließ er von Fall zu Fall auch Beauftragte wirken, behielt sich aber sein Placet vor. Hinterbliebene Adepten können nur bewahren oder notfalls rekonstruieren.

Diesem im Grunde Beuys-widrigen Dilemma, daß die Rauminstallationen durch den Tod des Künstlers der kreativen Veränderung entzogen und wie in einen Dornröschenschlaf gebannt sind, hat Bastian Rechnung getragen, indem er etliche Leihgeber zum Aufbau in den Gropius-Bau lud. Aber wohl oder übel mußten auch Ausstellungsarchitekten heran.

„Plight“ beispielsweise, die Auskleidung der Londoner Galerie Anthony d'Offay zur Filzhöhle (1985), brachte Bastian titelgemäß in die „Zwangslage“, beide Schauräume von damals komplett samt Deckengliederung nachbauen zu lassen. Ein Environment aus dem Eindhovener Museum erforderte abgeschrägte Raumecken, weil ein Gewehr mit der Aufschrift „Denken“ sonst nicht originalgetreu auf das Photo eines Schwanes gezielt hätte. Sie wurden in Kulissenbauweise erstellt.



Künstlerwitwe Eva Beuys: „Axt im Schädel“

Die Gegenprobe, wie es nämlich ist, mit plastischen Beuys-Elementen den Beuys spielen zu müssen, hat Bastian schon ohne Beifall absolviert. Mit der zu Lebzeiten des Künstlers nicht mehr vollständig gezeigten Metallskulpturen-Gruppe „Blitzschlag mit Lichtschein auf Hirsch“ glückte ihm bei der Documenta nur ein „geschmäcklerisch angepaßtes Rauminszenarium“ (Stüttgen) in „Streublümchenweise“ (Eva Beuys). Er selbst freilich will aus intimem Umgang mit dem Meister wissen, er habe das Werk „absolut“ so angeordnet, „wie Beuys es aufgestellt haben wollte“.

Wie wirklich im Sinne des Verstorbenen zu agieren und wer dazu autorisiert sei – an diesem Punkt waren schon vor der Documenta Differenzen aufgebrochen, so Anfang 1987 im Duisburger Wilhelm-Lehmbruck-Museum.

Daß Beuys-Werke höchst sinnvoll da hineinpassen würden, zeigte sich, als der Küntler elf Tage vor seinem Tod in Duisburg den Lehmbruck-Preis entgegennahm und sich dabei zu dem Namensgeber, dem expressionistischen Bildhauer, als Anreger bekannte. Mit Dauerleihgaben von Marx, Bastian und Eva Beuys ließ sich eine Sammlungslücke schließen. Doch in welcher Weise Bastian etwa die Basaltsäulen „Das Ende des 20. Jahrhunderts“ aus dem Besitz seines Klienten in den Raum legte, wollte der Witwe gar nicht gefallen.

In 27jähriger Ehe-Erfahrung hat Eva Beuys, ohne in jedes Ateliergeheimnis eingeweiht zu werden, doch ständig Umgang mit dem Werk ihres Mannes gehabt – unvermeidlich schon deswegen, weil er zwischen Kunst und Leben nicht zu trennen pflegte. „Auch wir“, sagt sie über Sohn Wenzel, 26, Tochter Jessyka, 23, sowie sich selbst, „waren eine seiner Skulpturen.“ Dem widersprach aber nicht, daß die Gattin Farbe zu reiben, symbolträchtige „Eurasienstäbe“ mit Filz zu beziehen, einen „plastischen Fuß“ und einen „elastischen Fuß“ zu nähen hatte. Und so meint sie auch ein Gespür dafür bekommen zu haben, wann ein Beuys-Werk stimmig installiert ist und wann nicht.

Daß Bastian aber in Duisburg keine einschlägigen Ratschläge annehmen wollte, war für Eva Beuys eine „traurige Erfahrung“, die der alten Freundschaft einen entscheidenden Knacks versetzte.

Bastian, nun 44, hatte Lyrik publiziert und bei der Gruppe 47 gelesen, bevor er 1969 in Berlin die Kunstsammlung des Darmstädter Kosmetikfabrikanten Karl Ströher ausgestellt sah – einschließlich jener Vitrinen mit kleinen Beuys-Objekten, die nun vom Hessischen Landesmuseum verwahrt werden. „Intuitiv hingezogen“, besuchte er die Ausstellung „viele Male“. Im selben Jahr lernte er auch den Künstler selber kennen, als der



Ausstellungsmacher Bastian*: „Absolut, wie Beuys es wollte“

* Mit Beuys-Werk „Terremoto“.

in Berlin eine Aktion vorführen wollte, von randalierenden Studenten aber unterbrochen wurde.

Die Bekanntschaft entwickelte sich laut Bastian, indem er gelegentlich bei Ausstellungen half und „Beuys sah, daß ich praktisch arbeiten konnte“. Zur festen Bindung wurde sie seit 1975, als Eva Beuys, so ihre Erinnerung, einen „Hilferuf“ ausstieß.

Ihr Mann, mittlerweile wegen seiner Rebellion gegen den Numerus clausus aus dem Lehramt entlassen, hatte einen Herzinfarkt erlitten. Er brauchte für etwaige Reisen einen fürsorglichen Begleiter, zunächst aber auch Zuspruch als Rekonvaleszent. Zur Kur in Bad Tölz, geriet er in Panik, als er in einem „himmelblauen Strampelanzug“ (Eva Beuys) Gymnastik machen sollte, und fühlte sich „tot im Kopf“. Bastian, sagt die Witwe, „war glücklich, als Freund gerufen zu werden“.

Worin die Freundespflicht hauptsächlich bestand, darüber gehen die Erinnerungen auseinander. Für Eva Beuys war Bastian vor allem ein „Bollwerk“ zum Schutz des Künstlers, ein „Rausschmeißer“, wie auch Stüttgen durchaus anerkennend sagt. Für ihn selbst stand die Assistenz bei Installationen im Vordergrund. Entlohnt wurde er mit Beuys-Arbeiten – „sehr großzügig“, sagt er, wenn man den Marktwert ansetze.

Das Vertrauen, das Bastian genoß, war stark genug, daß er dann auch als einziger Außenstehender ans Klinikbett durfte, als Beuys 1985 an jener Lungeninfektion erkrankte, die indirekt zu seinem Tode führte. Bei diesen Besuchen ging Eva Beuys diskret aus dem Zimmer. Nachträglich scheint ihr, sie sei vielleicht „eine dumme Frau“ gewesen.

Denn unvermutet groß war dann ihre Mühe, den Stand der Hinterlassenschaft zu durchschauen. Riesige Sammlungsbestände gab es nicht zu sichten, auch kaum schriftliche Abmachungen aus jüngerer Zeit. Statt dessen mußte die Witwe auf die Aussagen Dritter hören, wer was mit Beuys mündlich abgemacht haben sollte und wer folglich was noch zu zahlen oder zu bekommen hätte.

Beispielsweise stand, schon ein paar Jahre lang, in der Beuys-Wohnung ein Küchenstuhl, dessen Sitzfläche der Künstler mit seiner plastischen Ur-, Nähr- und Wärmesubstanz Fett belegt und mit einem (1985 durch Frau Eva eingekauften) Thermometer komplettiert hatte. Die Witwe hätte den Stuhl, den sie „heiß und innig“ liebte, „sehr gern behalten“.

Daraus wurde nichts. Denn kurz nach dem Tod ihres Mannes mußte sie, laut ihrem Bericht, von Bastian hören, Sammler Marx habe das Stück bereits für 60 000 Mark (die sie dann prompt bekam) erworben – ein recht günstiger, doch für Kenner Beuysscher Willkür in Geldfragen nicht weiter auffälliger Preis.

Aber während Bastian das „Angebot“ des Künstlers an den Sammler bestätigt, erklärt Marx (letzte Woche dem SPIEGEL) ganz bestimmt: „Ich habe damit nichts zu tun.“

Um so eigentümlicher nimmt sich somit eine Passage in dem von Bastian verfaßten Duisburger Beuys-Katalog aus, die eben diesem Kunst-Möbel („Private Dauerleihgabe“) einen hervorragenden Platz im Œuvre des Künstlers zuspricht. Es wird dort als „Fettstuhl I“ deklariert und mit der Jahreszahl 1964 versehen. Aus demselben Jahr indes stammt schon ein längst berühmter „Fettstuhl“ im Darmstädter Museum, mit schräg zur Lehne hin ansteigender Talgmasse. Nun soll das Nachlaß-Stück noch ein bißchen älter sein.



Beuys-Mitarbeiter Stüttgen: „Parallelprozeß“ im Bus





Beuys-Werke „Fettstuhl“, „Fettstuhl I“: Salomonische Datierung

Bastian-Katalogtext: „1964 entstehen zwei ganz verschiedene Fassungen der Skulptur Fettstuhl“; die „erste Version“ sei „Fettstuhl I“. Mündlich nachgereichte Bastian-Erklärung: Beuys habe von einem „Prototyp“ gesprochen, er selber daraus seine Schlüsse gezogen. Wichtiger als der Zeitpunkt der schließlichen Ausführung sei halt das Datum der Konzeption. Im Berliner Ausstellungskatalog soll das Objekt nun salomonisch „1964/85“ datiert werden.

Verjüngt, mit der Angabe „1982“, erscheint dort nach heftiger Intervention von Eva Beuys auch ein filzbedecktes „Feldbett“ samt Aggregat, das so, wie es ist, unbestritten damals für die „Zeitgeist“-Schau im Berliner Gropius-Bau entstand. In Duisburg sollte die Liegestatt, eine Bastian-Leihgabe, von 1963/64 stammen. Eva Beuys empört: „Da pfuscht der Heiner ja nun offensichtlich.“

„Daß ich mich bei Datierungen irren kann“, sagt Bastian in mäßiger Zerknirschung, „das nehme ich auf mich.“ Tatsächlich herrscht auf dem Felde wohl viel Verwirrung.

Der Münchner Verleger Lothar Schirmer, der selber Beuys sammelt und nun für Berlin ein opulentes Katalogwerk in zwei Bänden vorbereitet, könnte auf Anhieb mehrere Falschdatierungen nennen. Doch vorrangig gilt, was die Leihgeber melden. Immerhin sollten die Ansprüche an Genauigkeit mit Prominenz



Beuys-Sammler Marx (mit „Straßenbahnhaltestelle"): Bedarf an seelischen Trostpflastern

und Kennerschaft des Auskunftgebers steigen dürfen und Beuys-Äußerungen, die nicht nachprüfbar sind, mit Vorsicht herangezogen werden.

Soviel zeigt der Zahlenwirrwarr jedenfalls: Von einer umfassenden, detailgenauen Kenntnis der Beuys-Hinterlassenschaft sind auch die Spezialisten noch weit entfernt. Eben darum halten Bastian-Kritiker wie Stüttgen die Berliner Ausstellung für verfrüht, und vor allem ein rascher Eingriff in den sogenannten „Beuys-Block" in Darmstadt wäre ihnen als verheerend erschienen. Noch im November hatte Bastian reihenweise Ausstellungsstücke von dort vorgesehen. Nach heftigen Protesten und wohl auch, weil die New Yorker „Dia Art Foundation" eine wichtige Leihgabe an diese Bedingung knüpfte, verzichtete er schließlich „aus konservatorischen Gründen" ganz auf diese Quelle.

Das heiß umkämpfte Ensemble geht auf die späten sechziger Jahre zurück, in denen Beuys sich mit dem sammelnden Kosmetikfabrikanten Karl Ströher verbunden hatte. In den Familienablagen findet Eva Beuys dazu wahrhaft „kafkaeske" Dokumente wie etwa ein Ströher-Elaborat über das Thema „Wunschtraum (des Künstlers = K) und Erfüllung (durch Mäzen = M)". Der vorgebliche „M" verlangte „für ein paar Jahre Geldhilfe" vom „K" erhebliche „Opfer".

In weiteren, teils sogar von beiden Partnern unterschriebenen Papieren wurde vorgesehen, daß Ströher beispielsweise für 400 000 Mark, zahlbar in Raten, das ganze noch beim Künstler befindliche Beuys-Werk samt „ausschließlichem Nutzungsrecht" erwerben und „gegen Erstattung der nachgewiesenen Materialkosten" auch Anspruch auf die späteren Arbeiten haben sollte. Eva Beuys glaubt nun sogar zu durchschauen, Ströher hätte am Ende seinen ganzen Einsatz wieder herausbekommen und die Kunst noch dazubehalten.

Völlig scheint die Ausbeutung und Knebelung des „K" nicht in die Praxis umgesetzt worden zu sein, obwohl jahrelang alle Beuys-Verkäufe über Ströher abzurechnen waren. Beuys immerhin hatte regelmäßige Einkünfte und die Gewißheit, daß ein Großteil seiner Produktion zusammenblieb und öffentlich gezeigt wurde. Denn Ströher lieh seine Kollektion – neben Beuys hauptsächlich Pop Art aus der von ihm erworbenen New Yorker Sammlung Kraushar – ins Darmstädter Museum. Nach einem nötigen Erweiterungsbau sollte eine Schenkung daraus werden.

Doch die hessischen Kulturpolitiker verschliefen das Angebot. Nach Ströhers Tod 1977 verkauften die Erben viel Pop an die Stadt Frankfurt, der Beuys-Block ging an einen geheimnisvollen „Freundeskreis", für den Heiner Bastian als „Sprecher" auftrat. Jetzt wurde die Identität der Freunde gelüftet, es sind nur zwei: Der Londoner Galerist Anthony d'Offay und Sammler Marx in Berlin teilen sich (ohne schriftlichen Vertrag) je zur Hälfte in das Eigentum.

Marx, um 1975 durch Bastian mit Beuys bekanntgeworden, hat auch sonst offenbar manche Ströher-Funktionen übernommen. Er kaufte nicht nur bedeutende Einzelstücke wie ein Guß-Exemplar des Beuys-Ensembles „Straßenbahnhaltestelle" (1976), sondern finanzierte auch vorab das Großprojekt „Unschlitt" für eine Skulpturenausstellung 1977 in Münster. Er war, so Bastian, ansprechbar, wenn Beuys Spenden für seine politische Tätigkeit brauchte und rettete die Kasseler Pflanzaktion „7000 Eichen" durch Ankauf der von anderen Künstlern zu diesem Zweck gestifteten Werke, was Bastian organisiert hatte.

Das rechnet auch Eva Beuys beiden Akteuren hoch an. Über ihren Streit mit Marx, zu dem der „keinen Ton sagen" will, liegt großenteils ein Schleier von Diskretion. Öffentlich (durch Hessisches Fernsehen und „Frankfurter Rundschau") behauptete die Künstlerwitwe, Marx habe ihr zugemutet, für die Berliner Ausstellung auf Urheberrechte „und sämtliche sonstigen Rechte" zu verzichten. Tatsächlich hatte er nur die Zusage verlangt, Frau Beuys solle aufgrund solcher Rechte „keinen Einspruch gegen die Ausstellung" erheben. In der Atmosphäre von Machtkampf und Mißtrauen gedeiht auch die Desinformation.

Als ein Reserve-Ströher denkt nun Marx, 67, gleichfalls daran, seine hochkarätige Kunstsammlung (neben Beuys hauptsächlich Werke von Rauschenberg, Warhol, Twombly, Kiefer) in öffentliche Hände zu „übergeben" und hat deswegen schon drei Gespräche mit dem „sehr interessierten" Stuttgarter Ministerpräsidenten Lothar Späth geführt. Doch anders als bei Ströher selbst, anders auch als beispielsweise bei dem vielgeschmähten Peter Ludwig oder bei dem Baron Hans Heinrich Thyssen-Bornemisza, auf dessen Altmeister-Kollektion sich Späth ebenfalls Hoffnungen macht, geht es hier keineswegs um Geschenke; Marx will schlicht verkaufen. Den Erlös, sagt er, brauche er auch, um sich dann wieder ein bißchen Kunst als „seelisches Trostpflaster" leisten zu können.

Ein Fall für sich bleibt der Damstädter Beuys-Block. Da hat auch d'Offay mitzureden, und der verhandelt erst einmal mit dem Land Hessen. Vielleicht wird die Wiesbadener Wende-Regierung noch teuer bezahlen müssen, was SPD-Vorgänger sich vor vielen Jahren arrogant verscherzten. Den Versicherungswert in Darmstadt nennt Marx „ganz erheblich höher" als die von der „FAZ" kolportierten 14 Millionen Mark.

Im Getümmel um handel- und ausstellbare Beuys-Kunst kommt dem Düsseldorfer Beuys-Gefolgsmann Stüttgen der Gesichtspunkt viel zu kurz, daß der Verstorbene ein Mensch von utopisch-politischen Absichten war und daß er Bilden und Reden als „Parallelprozesse" verstand. Stüttgen für sein Teil prozessiert mit dem Land Nordrhein-Westfalen um Schadensersatz (50 000 Mark) für eine Beuys-„Fettecke", die von einer Putzkolonne im einstigen Beuys-Raum der Düsseldorfer Akademie weggekratzt worden ist, vier Meter über dem Boden und also kaum versehentlich. Nach Mißerfolg in der ersten hofft er nun auf die zweite Gerichtsinstanz. Das Geld

willkommen, weil Stüttgen und Freunde auf Kredit einen „Omnibus für direkte Demokratie“ angeschafft und ausgerüstet haben. Er fährt, etwa zu Vorträgen im Geist von Beuys, über Land und soll Ende des Monats auch Berlin ansteuern, nicht nur den Gropius-Bau, sondern nach Möglichkeit auch die Beuys-Schau im Ostteil der Stadt.

Schön denkt es Stüttgen sich, hier wie dort den „Aufruf zur Alternative“, einen Beuys-Text von 1978, verteilen zu können, „meinetwegen auch an Honecker“.

THEATER

Aus dem Zwinger

In Hamburg hat in dieser Woche Wedekinds „Lulu“ Premiere. Der scheidende Schauspielhausintendant probte das Drama der Kindfrau vier Monate lang.

Für das bürgerliche Bestiarium der Kommerzienräte war sie die Katastrophe schlechthin: „das wahre, das wilde, schöne Tier“, eine Frau, die geschaffen ward, „Unheil anzustiften, zu locken, zu verführen, zu vergiften – zu morden, ohne daß es einer spürt“. Als grotesken schockierenden Theatercoup, der mit einer Zirkusnummer beginnt und Jack the Rippers Lustmord endet, hatte Frank Wedekind seine Lulu auf die Bühne gefiebert.

In der Uraufführung des ersten Teils („Erdgeist“, 1898) spielte er selbst den Dr. Schön, der von ihr erschossen wird. Wedekind, der Journalist und Zirkusmann, Sekretär eines Hochstaplers, Regisseur und Schauspieler, hatte mit seiner wilden Männerphantasie nicht nur die Doppelmoral der Salons, sondern auch den naturalistischen Theatermuff der Zeit attackieren wollen. Er forderte: Mehr Vergnügen auf die Bühne. Er forderte: „Eine neue Dramatik.“

Seither hat sich Lulu, die schrecklichschöne Kindfrau, selten aus dem Zwinger des grotesken Zeitstücks befreien können. Ein Scherz aus dem vorigen Jahrhundert, belächelt in seinem Pathos, seiner Bürgerschreck-Allüre, denn nichts ist so alt wie eine veraltete „neue Dramatik“.

Nun hat sich Peter Zadek, (Noch-)Intendant des Hamburger Schauspielhauses, an die Wiederbeatmung der Repertoire-Leiche gemacht. Befund des Frauenregisseurs Zadek („Hedda Gabler“, „Der Widerspenstigen Zähmung“, „Verlorene Zeit“): „Lulu ist modern. Ein Mädchen, das überleben will und dabei einige Leichen zu begraben hat.“

Die Richtung seiner Assoziationen schildert ein Buch, das dieser Tage im Athenäum Verlag erscheinen wird. Skizzenentwürfe mit der deutschen Trümmerlandschaft nach 1945, mit Photos und Pin-ups von Filmstars der fünfziger Jahre unter dem Titel „Lulu – eine deutsche Frau“**.

Die stilistischen Korsetts, die „Hackebeil-Sprachführung“, in die Wedekind-Regisseure ihre Protagonisten oft zwängen, sind Zadek ein Greuel. „Wenn einer von Stil spricht, werde ich nervös.“

Um „Stil“ zu vermeiden, griff er zurück auf erste handschriftliche Entwürfe des Stückes, die „wilder, schneller, unraffinierter, lebendiger sind“ als die endgültige, meist gespielte Theaterfassung.

Ins Zentrum hat er eine junge Schauspielerin gerückt, die er zu den „aufregendsten Entdeckungen der letzten Jahre“ zählt: Susanne Lothar ist Lulu. Die 26jährige Tochter von Hanns Lothar und Ingrid Andree (die in der gleichen Rolle vor 17 Jahren im Hamburger Thalia Theater auf der Bühne stand) ist für das 61jährige Theaterschwergewicht Zadek ein Glücksfall: „Sie reagiert sofort, unberechenbar und immer neu.“ Susanne Lothar, die bereits in Wedekinds „Musik“ und dem Rockspektakel „Andi“ kraftvolle, moderne Frauentypen spielte, in Shepards „Liebestoll“ auch schon mal 90 Minuten lang mit gebrochener Nase, über ihre Arbeit mit Zadek: „Ich brauche Regisseure, die Wasserverdrängung haben, die mich fordern.“



Zadek-Inszenierung „Lulu“*
Mehr Vergnügen auf die Bühne

Gefordert werden nächsten Samstag, am Premierenabend, aber auch die Zuschauer. Auf fünf Stunden rechnet man im Schauspielhaus die Aufführung, die als leises Kammerspiel beginnt und in großen, irrwitzigen Tableaus (Bühnenbilder: Johannes Grützke) auslaufen soll.

Vier Monate hat der Regisseur Peter Zadek an Wedekinds „Monstre-Tragödie“ geprobt. Und den Intendanten Zadek gezwungen, andere Premieren und Termine zu verschieben.

Keine ausgesprochen Hamburger Krankheit: In Wien hat der Burgtheaterchef Claus Peymann seinen Lieblingsregisseur (Peymann) sechs Monate Shakespeares „Sturm“ üben und die Bühne unter Wasser setzen lassen, bevor er, am vergangenen Samstag, das Ergebnis der Öffentlichkeit vorstellte.

Für sich hat Zadek bereits im Januar die Konsequenzen gezogen. „Da in Hamburg populäres Theater zu Kinopreisen nicht durchzusetzen ist, finde ich es besser, mich auf einzelne Projekte zu konzentrieren, statt ein Theater zu leiten, das nicht im ganzen reflektiert, was ich meine.“ Den Hamburger Kultursenator Ingo von Münch ließ er wissen, daß er für eine zweite Amtsperiode über den Sommer 1989 hinaus nicht zur Verfügung stehe.

Die Wartezeit auf theatralische Megaprojekte wie „Sturm“ und „Lulu“ versüßt sich die Feuilletonbranche unterdessen mit einem alten Gesellschaftsspiel, einer Variante des Kindergartenknüllers „Reise nach Jerusalem“, bekannt unter dem Namen „Intendantenkarussell“: Wer geht wohin, wenn wer geht?

Übernimmt der Hamburger Thalia-Chef Flimm das Schauspielhaus, um der FDP Gelegenheit zu geben, aus dem Thalia ein kostengünstiges Tourneetheater zu machen? Oder schickt etwa Peymann seinen Co-Direktor Uwe Jens Jensen nach Hamburg, der ihm den Platz warmhalten soll, bis sein Wiener Vertrag ausläuft? Wird Heribert Sasse als Berliner Generalintendant geschaßt, und wechselt Flimm an die Spree? Sind die Regisseure Dieter Giesing und Arie Zinger für Hamburg noch im Intendanten-Rennen?

Oder überlegt sich Peter Zadek, nach einem Erfolg mit „Lulu“, die Sache mit dem Vertrag noch einmal? Denn in einem Punkt unterscheidet er sich gewaltig von dem Theatermaniac Wedekind. Der gab als sein Motto an: „2 × 2 = 4“.

Beim Hamburger Theatermacher kann bei entsprechender Tagesform schon mal fünf herauskommen.

* Mit Ulrich Wildgruber und Susanne Lothar.

** Peter Zadek/Johannes Grützke: „Lulu – eine deutsche Frau“. Athenäum Verlag, Frankfurt; 144 Seiten; 38 Mark.

FILM

Sahne im Café

„Linie 1", das Erfolgsmusical des Berliner „Grips"-Theaters, nun auch als Film. Reinhard Hauffs Vier-Millionen-Werk eröffnet die Berlinale.

Sechs Uhr fünfzehn am Bahnhof Zoo, dem D-Zug entsteigt, schwanger und sehr naiv, ein Mädchen aus der Provinz und hebt gleich an zu singen: „Wahnsinn, das isse, die Luft von Berlin."

So beginnt die musikalische Revue „Linie 1" des Berliner „Grips"-Theater-Prinzipals und Kabarett-Texters Volker Ludwig und des Komponisten Birger Heymann. Die Nummernrevue, im April 1986 uraufgeführt, geriet aus dem Stand zum überwältigenden Kassenerfolg und zum Exportschlager der Halbstadt.

„Grips"-Aufführungen der „Linie 1" sind auf Wochen hinaus ausgebucht, im letzten Sommer gastierte das Ensemble in der Freien Volksbühne, auch diese Vorstellungen waren ausverkauft. Längst gibt es „Linie 1"-Experten unter den Zuschauern, die das Stück schon so oft besucht haben, daß sie einzelne Auftritte bereits vorab bejubeln. Als „brandaktuelles Berliner Kabarett" rühmte Londons „Times" das Rock-Musical. Das Stück geht im Mai nach Amerika und anschließend nach Australien. Neun Theater haben das Musical nachinszeniert, zuletzt, seit vorigen Donnerstag, die Nürnberger Bühnen. Am Freitag dieser Woche wird die „Linie 1" in der Verfilmung des „Stammheim"-Täters Reinhard Hauff die Berliner Festspiele eröffnen.

„Linie 1", die Irrfahrt der stets großäugig staunenden Provinzlerin durch den Berliner Untergrund auf der Suche nach dem Kinds-Vater (Beruf: Rocksänger, Wohnsitz: Kreuzberg) ist ein wüstes wie sozialkritisches, kabarettistisches wie tränentreibendes Spektakel mit mehr als 90 Rollen, die von elf „Grips"-Akteuren gegeben werden.

Im U-Bahnwagen auf der Bühne tummeln sich, zwischen Bahnhof Zoo und Schlesischem Tor, Typen, die nur leicht irrer sind als die real existierenden Berliner in ihrer tatsächlichen U-Bahnlinie 1 zwischen dem gutbürgerlichen Westen und dem proletarischen Kreuzberg.

Alle singen, alle saufen, alle maulen. „Wir raufen, rammeln, vögeln, bis die Wasserhähne tränen", jubelt ein Chor der Punker. „Vom Kudamm bis zum KaDeWe, sind wir die Sahne im Café", so tirilieren im Transvestiten-Schritt vier Wilmersdorfer Nazi-Witwen. Und höflich wie im richtigen Leben parlieren die Penner: „Appelfatzke" – „Bouillonkopp".

Verletzlich und Verletzte sind sie allemal. Hinter dem Aufputz der Punks verbirgt sich allergrößte Empfindlichkeit



Hauff-Film „Linie 1": „Wir raufen, rammeln, vögeln"

gegen die Kälte der Welt da oben, hinter dem aggressiven Saufen pöbelnder Handwerker die Angst vor der Entlassung und hinter dem starren Schweigen kleinbürgerlicher Eheleute die Ahnung vom Tod auf Raten: „Schrankwand – Wüstenrot – Rentenbescheid".

Kein Wunder, daß in der „Linie 1" aus quergeschlitzten Pulsadern Blut fließt, irgendwann wirft sich, no future, auch eine jugendliche Fixerin auf die Schienen, was im Fahrplan wieder mal zur Verspätung führt, während sich im Waggon einen Atemzug lang die buntgemischte Schicksalsgemeinschaft verbrüdert. Sonst aber, so im Song „Kontroletti-Tango", herrscht im Untergrund nur „Dschungelkrieg".

Es bekriegen sich, im Film plastischer (also klischeehafter) herausgearbeitet als in der Bühnenversion, exotische Stämme, zwischen denen Verständigung ebensowenig möglich ist wie zwischen Schwarzfahrer und Kontrolleur. Doch ganz gleich, ob Punk oder Skinhead, ob Büroleiche oder Rentenzombie – gestört sind sie alle. Nur wenige Sekunden lang dauert, im Film, ein Auftritt Dieter Hildebrandts. Mit seinem im Bahnhofsvorsteher-Tonfall vorgebrachten Kalauer „Verrrrrückt bleiben, bitte" wird der alltägliche Wahn auf die Kabarettisten-Pointe gebracht.

Regisseur Hauff pflegte bei den Dreharbeiten nachdrücklich daran zu erinnern, daß er vor seinem zählebigen Wirken als Politdramatiker („Messer im Kopf", 1978) in den sechziger Jahren das Handwerk eines TV-Entertainers („Die Ofarims") hatte erlernen wollen. Er hat das üppig mit Pointen bestückte Dreieinhalbstunden-Kult-Stück „Linie 1" im Einvernehmen mit Autor Ludwig (eigentlich: Eckart Hachfeld junior) auf Kinolänge komprimiert, Anfang und Schluß verändert.

Statt mit der Hymne an Berlin beginnt Hauffs ausschließlich im künstlichen Studiolicht gedrehtes Vier-Millionen-Mark-Werk (Bundesstart: am 18. Februar in 70 Kinos) mit einem grotesken Verkehrschaos und einer Huldigung an den öffentlichen Nahverkehr: „Fahr mal wieder U-Bahn." Das Mädchen aus Westdeutschland, im Bühnenstück noch eine halbwegs handlungsfähige Person, ist im Film fast nur noch staunende, urteilslose Schulmädchen-Schönheit.

Zusätzlich zum „Grips"-Ensemble tanzt eine Ballett-Truppe mal als Punker, mal als Banker, auf den Treppen und Perrons. Gleichwohl muß, wie auch auf der Bühne, jeder „Grips"-Schauspieler etliche Rollen bewältigen, was nach Hauff seinem jugendlichen Publikum einen besonderen Reiz verschaffen soll: herauszufinden nämlich, in wieviel Rollen ein Darsteller erscheint.

In jedem Fall entspricht die Austauschbarkeit der Rollen der Austauschbarkeit der Menschen im Großstadtleben, wo in die grelle „Selbstinszenierung der eigenen Person" (Ludwig) als Punker oder Bogart-Verschnitt verlegt wird, was Bürojob oder Arbeitslosenschicksal verweigern: Identitätsgefühl.

So gesehen, könnte durchaus auch der Hauff-Film ähnlich exportfähig sein wie das Musical des „Grips"-Theater. Denn jeder Berliner weiß, daß, unter den Jungen zumal, der Zustrom aus Westdeutschland in die Berliner Subkulturen anhalten wird. Nach nur einem Tag der Irrfahrt im Berliner Untergrund übt sich, fast wie im richtigen Leben, Ludwigs „Wessi-Tussi" im rotzigen Tonfall Berlins. Ihren Rocksänger und Märchenprinzen hat sie gefunden; er entpuppt sich als aufgedonnerter Schlager-Fuzzi: „Ich muß dich wiedersehen!" sülzt er.

Darauf sie: „Ich dich auch! Schon wegen die Alimente, wa." ◆

Spielrausch: „Stärker als die Liebe“

Glücksspiel ist in der Bundesrepublik verboten – und boomt wie nie. Lotto-Gesellschaften und Spielbanken melden neue Rekord-Einnahmen. Der Staat, der die Spiellust kontrollieren sollte, verdient tüchtig mit und erweist sich als unfähig, die Ausuferung privater Spielhallen zu bremsen. Die Folge: Dutzende von Suchtberatungen und Selbsthilfegruppen sind entstanden, um den Opfern der Spielleidenschaft beizustehen.

In seinem ersten Leben war Ludwig Rielandt ein Mensch, der jeden, aber auch jeden Gebrauchtwagen losgeworden wäre: Als Streifenpolizist symbolisierte er staatliche Fürsorge, jagte später Terroristen und vollendete seinen Dienst am Gemeinwesen als Chef der weltberühmten Davidswache auf der Hamburger Reeperbahn, wo er das komplizierte Zusammenleben von Huren, Hallodris und Halunken feinfühlig überwachte.

Als alles überstanden war, nach der Pensionierung, wechselte Rielandt auf die andere Straßenseite. Seit ein paar Monaten herrscht er über Glücksräder, Black-Jack-Tische und „einarmige Banditen“: Rielandt ist Geschäftsführer der neuesten Reeperbahn-Attraktion, eines monumentalen Spielkasinos.

Friedhelm Merz kämpfte in seinem ersten Leben in vorderster Front für den demokratischen Sozialismus. Er zählte zu Willy Brandts engsten Vertrauten, schrieb Reden für den SPD-Führer und leitete später das Partei-Organ „Vorwärts“.

Wie lange kann man auf den demokratischen Sozialismus warten? Merz hat sich erst mal einen Spiel-Verlag angeschafft und organisiert Ende des Monats eine Werbe-Veranstaltung für die Hersteller von Spielautomaten im oldenburgischen Kasino-Ort Bad Zwischenahn.

Der Polizist und der Publizist haben einen guten Riecher. Wer anno 1988 im Glücksspiel-Gewerbe der Bundesrepublik tätig ist, braucht keinen Sechser im Lotto – er hat ihn schon.

Der Spieltrieb der Deutschen bricht sich auf atemraubende Weise seine Bahn. In den Innenstädten drängeln sich Spielhallen in nahezu jeden pleite gegangenen Krämerladen, die Lotto-Verwalter berichten von ständig neuen Rekord-Ziffern. Die Zahl der Spielbanken stieg in den vergangenen drei Jahren stetig an. In Nordrhein-Westfalen warten 40 Gemeinden sehnsüchtig darauf, den Zuschlag für das vierte Kasino im Lande zu erhalten. Unter den Namen „Pilotenspiel“ oder „Schneverdinger Joker“ entstehen aus dem Nichts innerhalb weniger Stunden private Spieler-Treffs, wo Dutzende von bislang vernünftigen Menschen 1000 oder mehr Mark auf den Tisch werfen, um eventuell ein paar Tausender zu machen.

Spielen oder Zocken, wie der lautmalerisch treffendere Ausdruck ist, hat,



Ausfüllen des Lotto-Scheins: Ständig neue Rekorde


Roulette-Betrieb (Spielbank Hamburg): „Die Ausbeutung der natürlichen Spielleidenschaft

Spielerin an Geld-Automaten: Wie eine Seuche in den Innenstädten der Bundesrepublik ausgebreitet



unter staatliche Kontrolle und Zügelung nehmen"

schwarz oder legal, Konjunktur. Die Deutschen, in aller Welt als ernsthaft und arbeitsam verschrien, zeigen, was sonst noch in ihnen steckt, und zocken, als sollte es morgen verboten werden.

Die Sorge ist unbegründet: Das Glücksspiel in der Bundesrepublik ist schon verboten – mit dem Ergebnis, daß es sich ausbreitet wie eine Seuche.

Der Paragraph 284 des Strafgesetzbuches hat etwa die gleiche Durchschlagskraft wie jene Vorschriften, die gewerbsmäßige Unzucht und Zuhälterei verbieten: Das Leben ist über sie hinweggerollt.

Kein Wunder, denn der mächtigste Helfer im Lande ist dabei: Der Staat hat beim Glücksspiel ein Zuhälter-Monopol.

Wenn es sich denn gar nicht vermeiden ließe, so hatte einst der Bundesgerichtshof erkennbar selbstquälerisch geurteilt, dann sei „die wirtschaftliche Ausbeutung der natürlichen Spielleidenschaft des Publikums unter staatliche Kontrolle und Zügelung zu nehmen". Um keine falschen Deutungen zuzulassen, hatte das Bundesverfassungsgericht festgelegt, „im Einzelfall" solle die „an sich unerwünschte Tätigkeit" in einer Spielbank erlaubt sein.

Inzwischen sind alle Zügel los, alle Einzelfälle die Norm. 4,1 Milliarden Mark, so meldete vergangene Woche ganz frisch das Statistische Bundesamt, hätten die Bundesländer vergangenes Jahr aus Roulette, Lotto und den diversen Neben-Wetten kassiert – stolze zehn Prozent mehr als im Jahr zuvor.

Betretenes Schweigen bei den Zuhältern? Im Gegenteil, „Glück ist machbar", heizt die Spielbank Hamburg den zweifelnden Interessenten an. „Machen Sie Ihr Spiel", feuerte der Direktor der Spielbank Wiesbaden „den freien Bürger" zur Wiedereröffnung seines Kasinos an. Mitleidig erinnerten sich die Wiesbadener des Fürsten Karl von Nassau-Usingen, der vor gut 215 Jahren dem Volk die Kasinotür vor der Nase zuklappte.

Mitten im geplagten Ruhrrevier, eine knappe Autostunde von Rheinhausen, ist es „zum Glück nie zu weit": Schon früh am Nachmittag karrt ein Gratis-Omnibus die Kundschaft in das Dortmunder Kasino Hohensyburg, die Perle unter den 30 deutschen Spielbanken.

Weit über 100 Millionen Mark hat das „goldene Flöz", wie Oberbürgermeister Günter Samtlebe die 1200-Quadratmeter-Spielhölle nannte, vergangenes Jahr abgeworfen.

Zur Kaffeezeit fallen Damenkränzchen mit Schlachtrufen wie „heute muß er werfen, das ist sicher" aus allen Teilen des Reviers ein. Fast 3000 Menschen tummeln sich Tag für Tag in dem schnieken Prachtbau aus Aluminium, Sandstein und Glas – den „Einzelfall" der Verfassungsrichter ziert eine neun Meter hohe Hängeskulptur aus Edelstahl. Un-

geniert feiert eine populäre WDR-Fernsehsendung die „sozialdemokratische Antwort auf Monte Carlo". Und die Spielbank-Manager selbst glauben, wohl zu Recht, ihr Institut „von modernem Zeitgeist geprägt".

Dies vielbeschworene Gespenst ist längst auch in die Verwalter der allwöchentlichen und verbreitetsten aller Glücksträume gefahren. Die Lotto-Toto-Bude an der Ecke, einst als letzte Heimstatt ausrangierter Fußball-Größen bekannt, ist zum Point of sale eines Milliarden-Unternehmens geworden.

Lotto am Mittwoch und am Samstag, Toto, Rennquintett, Glücksspirale, Rubbellos, Spiel 77, Klassenlotterie – wie ein Fabelwesen, dem ständig neue Arme nachwachsen, langt das Gewerbe nach der Kundschaft, die sich schwach und willig hingibt. Gestützt auf das Prinzip Hoffnung, das jede Woche rund 20 Millionen Menschen vom Freitag- bis zum Samstagabend, wenn Karin Tietze-Ludwig erscheint, träumen läßt, haben die Lotto-Manager leichtes Spiel.

Da können Mathematiker xmal ausrechnen, daß die Chance, vom Blitz erschlagen zu werden, viermal größer ist als ein Sechser im Lotto. Wo war denn bitte letzte Woche das Gewitter? Hat nicht vielmehr in der „Bild"-Zeitung gestanden, daß die Oma aus Dingsda den Jackpot abgeräumt hat?

Theodor Schwefer, der Geschäftsführer der „Westdeutsche Lotterie GmbH & Co. im Deutschen Lottoblock", hat das Ziel, „den Beteiligungsgrad der Bevölkerung am Glücksspiel schlechthin weiter zu steigern". Das ist nicht leicht, und daher erweckt Schwefer den Eindruck, als würde er den Bundesbürger gern von der Wiege bis zur Bahre per Dauerauftrag einbinden. Folgerichtig soll künftig die Methode „Lotto à Konto" kräftig „gepuscht" werden.

Schwefers „GmbH & Co." hat im vergangenen Jahr 2,5 Milliarden Mark umgesetzt, 10,3 Prozent mehr als im Vorjahr, wie er unverkennbar stolz mitteilt. In Nordrhein-Westfalen gehen fast 30 Prozent aller Gelder des gesamten Lottoblocks ein.

Per Dauerauftrag und Einzugsermächtigung will Schwefer die Berührungsängste einer „gewissen Bildungsschicht" überwinden. Gemeint ist jener scheue, zugleich zahlungskräftige Bürger, der „den Gang zur Lotto-Annahmestelle normalerweise scheut, aber insgeheim gerne spielen möchte".

In Kürze soll in Köln mit den Sparkassen – die öffentlichen Hände greifen fest ineinander – ein Pilotprojekt anlaufen, „wo wir mal versuchen, wie man das Modell", kommt der Geschäftsführer wieder zu seiner Lieblingsvokabel, „am besten puschen kann".

Weil er einmal dabei ist, will Schwefer in Nordrhein-Westfalen auch gleich den Lottoschein umgestalten, „klar und übersichtlich lesbar". Klar ist vor allem, daß der Schein statt acht Zahlenreihen künftig zehn, notfalls sogar zwölf Reihen fassen wird.



Berufswechsler Rielandt
Zur anderen Seite der Reeperbahn

Die Zeit für Lotto-Neuerung ist günstig wie nie. Der Super-Jackpot aus dem Januar, als für den richtigen Sechser fast 19 Millionen Mark lockten und der Ex-Innenminister Gerhart Baum die Frage nach Sitte und Moral aufwarf, trieb auch bislang Lotto-resistente Bundesbürger an die Annahme-Stellen.

In Bayern gingen 200 000 Lotto-Scheine mehr als üblich ein. Der Umsatz kletterte von den üblichen 17 Millionen auf 24 Millionen Mark. In der Stuttgarter Klettpassage berichteten die Bediensteten des Annahme-Kiosks von einem „Überfüllungskoller". Auch in Baden-Württemberg nahmen die Lotto-Einsätze um fast 50 Prozent zu.

Als die 18,6 Millionen schließlich unter 213 Gewinnern zerstoben, ebbte der Ansturm zwar wieder ab. Aber spätestens an jenem Wochenende war den wachstumssüchtigen Lotto-Managern aufgegangen, wieviel Geld noch zu holen ist, wenn sie den Teig nur richtig kneten. In der Sprache des Hessen-Geschäftsführers Fritz Rückel, der offenkundig genauso gut Dosenbier oder Unterwäsche statt Glücksspiele verkaufen könnte, heißt das: „Mit Hilfe ausgefeilter Marketing-Konzepte noch mobilisierbares Umsatzpotential erschließen."

Wie das funktioniert, belegt die Entstehungsgeschichte des Mittwochs-Lotto, das der Tipp-Gemeinde seit 1982 zusätzlich zur Samstagsrunde Hoffnung und Frust schenkt.

Nachdem die Lotto-Macher ursprünglich den Haupttreffer mit maximal 500 000 Mark und dann 1,5 Millionen Mark honorierten, hüpften sie Anfang der achtziger Jahre sogar auf drei Millionen Mark. Weil sie zugleich den Spieleinsatz von 50 Pfennig auf eine Mark erhöhten, moserte die Lotto-Gemeinde über die Preiserhöhung.

Hastig beruhigten die Manager ihre Gemeinde und schufen das Mittwochs-Lotto zu alten Preisen und Gewinnen. Nur: Die teure Samstagsrunde blieb. Nun liefern die Tipper bundesweit Mittwoch für Mittwoch 20 bis 25 Millionen Mark ab; samstags sind es im Schnitt sogar 100 Millionen Mark.

Da natürlich die Höhe des Hauptgewinns Reiz und Beteiligung am Lotto erhöht, gingen die Manager des Volksspiels Mitte 1985 in die Vollen. Angelehnt an die Las-Vegas-Sprache führten sie den Jackpot ein.

Bis dahin pflegte der Höchstpreis von drei Millionen Mark im Samstags-Lotto auf die Gewinner der nächsten Ränge verteilt zu werden, wenn sich kein einziger Sechser im ganzen Land fand. Seither wird nun der nicht getroffene Gewinn stehen gelassen und in der folgenden Woche ausgespielt.



Berufswechsler Merz
Wie lange auf den Sozialismus warten?



Dortmunder Spielbank Hohensyburg: „Sozialdemokratische Antwort auf Monte Carlo"

Zum Jackpot kam es bislang sechsmal. Im November 1986 waren an einem Samstag über 16 Millionen Mark im Topf. Sechs Gewinner teilten sich damals die Beute. Der richtige Sechser brachte jedem knapp 2,7 Millionen Mark – weit mehr als den glücklich-unglücklichen Gewinnern im Januar, die bis auf einen Zehnfach-Tipper nicht einmal 90 000 Mark überwiesen bekamen.

Der Staat, angeblich angetreten, die Spielleidenschaft seiner Bürger zu zügeln, gibt statt dessen die Sporen: „Ganz Hessen ist empfangsbereit für die neue Rubbel-Zeit", reimt werbend die hessische Lotteriegesellschaft. Gemeint ist jenes Spiel für den ganz ungeduldigen Spieler, der nicht bis Mittwoch- oder Samstagabend warten will. Der gummierte Schutz über dem Rubbel-Los läßt sich noch am Kiosk wegschruppen: Der Kunde weiß also sofort, daß seine Mark weg ist.

Die Rubbelei ist das jüngste Ergebnis der Marketing-Anstrengungen. In Hessen sollen jetzt 40 Fernsehspots und 148 Funk-Werbesendungen („Rubbel Deine Wünsche wahr bis 45 000 Mark in bar") dem ohnehin bereits prosperierenden Lotto-Baby richtig auf die Beine helfen.

Nur zaghaft meldet sich hin und wieder ein Politiker wie etwa der nordrhein-westfälische Sozialminister Hermann Heinemann und bittet höflich, doch „die reißerische Werbung" für die Rubbel-Lose einzuschränken, weil sich die „jungen Menschen besonders angesprochen fühlen könnten".

Staatlich überwachtes Roulette und Lotto nehmen die Politiker im allgemeinen mit stillschweigender Billigung hin. Die Erträge des Spieltriebs fließen größtenteils direkt in die Haushalte oder an gemeinnützige Organisationen, die sonst unterstützt werden müßten. Typisch ist der Stoßseufzer des Dortmunder Stadtkämmerers Horst Schiffmann, der ohne das „Las Vegas" in Hohensyburg „morgen den Zylinder aufsetzen und Konkurs anmelden könnte".

Daß die privat betriebenen Spielhallen in vielen Innenstädten zum Ärgernis geworden sind, beklagen Politiker – und haben sie doch selbst genehmigt.

Mit breiter Brust und 90 SPD-Abgeordneten im Rücken zog vergangenen September der SPD-Bundestags-Vizepräsident Heinz Westphal in einer Debatte für die „Eindämmung der Spielhallenflut" vom Leder: Das „Problem steht vor uns allen in all unseren Städten und Orten". Westphal mußte sich vorhalten lassen, daß ausgerechnet in Nordrhein-Westfalen, wo auch sein Wahlkreis liegt, die Spielhallen-Dichte besonders groß sei und die meisten Konzessionen in den vergangenen drei Jahren neu erteilt worden seien.

In ihrer Sorge um die Arbeitsplätze und aus Angst, bloß das Kleingewerbe nicht zu verprellen, haben Sozialdemokraten in NRW, Bremen oder Hamburg die Spielhallen besonders ausufern lassen. Während in München etwa die Spielhallen in der Innenstadt kaum genehmigt werden, hält Oberhausen den deutschen Rekord pro Kopf der Bevölkerung. Auch die Schwaben stemmen sich vergleichsweise erfolgreich gegen die Spielhallenflut: In Stuttgart gibt es 45 Salons, im kaum kleineren Duisburg rund 200.

Wenn sich die Seuche einmal ausgebreitet hat, tun sich die Politiker schwer, die tristen Etablissements wieder wegzuschaffen. Denn über allem thront die Gewerbefreiheit – und die ist mit dem Zeitgeist im Bund.

Wo politische Ideologien im Nebel verschwunden sind, wo die Frage nicht mehr „Sein oder Haben", sondern „Sein oder Design" lautet, wie der Philosoph Bernd Guggenberger spottet, wo Pennäler und Studenten im „Handelsblatt" die Börsenkurse studieren, wo Erfolg oder Reichtum frisch geputzte Begriffe sind, da käme die Eindämmung des Spielbetriebs einer säuerlichen Bevormundung gleich.

Für Zocker und vor allem die Abzokker hinter den Roulette-Kesseln und Automaten sind hohe Zeiten angebrochen, wenn der örtliche Pfarrer in Garmisch-Partenkirchen Gottes Segen für die neueröffnete Spielbank erteilt –

Zum „Joker“

kommen die Spieler nach Feierabend. Für drei, vier Stunden platzt die kleine Kneipe nahe dem Hamburger Michel aus allen Nähten. Im Schankraum, Kerzen flackern gemütlich auf den Holztischen, ist kein Durchkommen.

Wo sonst im Tagesschnitt gerade 20 Zecher am Tresen hocken, haben sich etwa 250 Gäste eingefunden. Die meisten kommen direkt aus den Büros um die Ecke, Angestellte in Anzug und Krawatte, Damen in Rock und Blazer.

Seltsam erwartungsvoll ist die Stimmung. Die Versammlung lächelt einander einverständlich zu. Zuversicht und gute Laune sind dem Stimmengewirr zu entnehmen, das Musikband ist abgestellt.

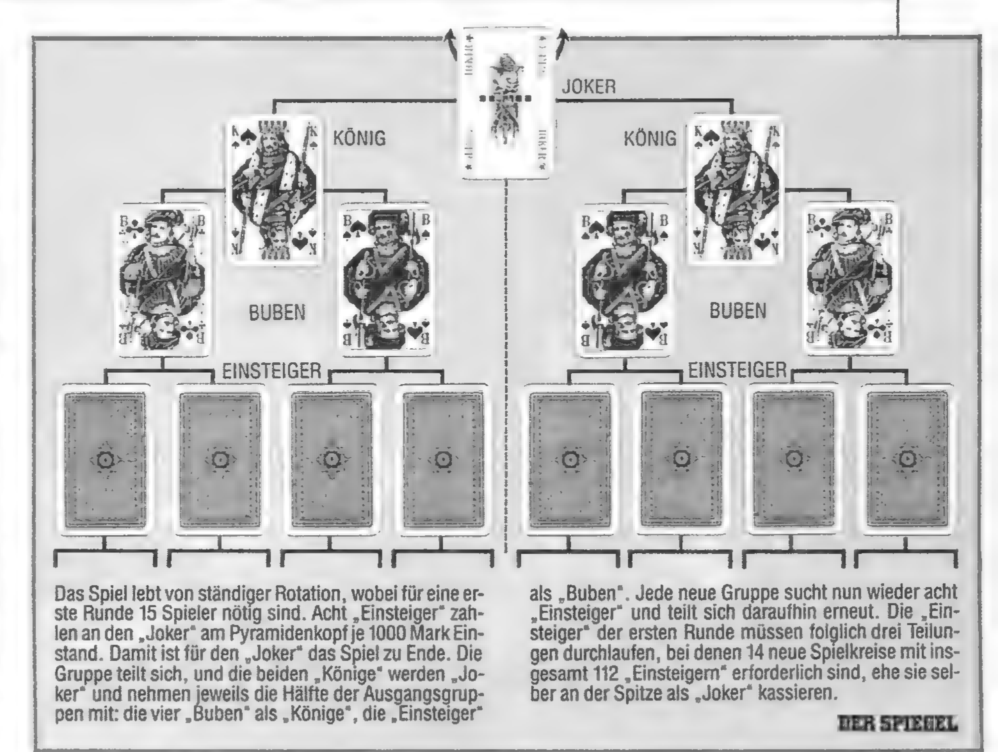
Die fast ausnahmslos jungen Leute haben es auf ein paar Tausender abgesehen. Sie sind Teil einer Gemeinde, die in den vergangenen Wochen und Monaten mit atemraubender Geschwindigkeit quer durch die Bundesrepublik angewachsen ist: die Ketten-Spieler.

Seit der Bundesgerichtshof vor gut einem Jahr entschied, daß Kettenbriefe weder Glücksspiel noch Lotterie seien, geht die Seuche um. Die herkömmliche Art, per Brief an neue Mitspieler zu kommen, ist effizienteren Methoden gewichen: Beim „Joker-Spiel“ versammeln sich die Teilnehmer auf privaten Partys oder, häufiger noch, in Lokalen – statt des anonymen Versandspiels nun die halböffentliche Gaudi. Das kommt dem stets gleichen Grundprinzip des Spiels entgegen: Nur wenn der Zustrom der Spieler (siehe Graphik) nicht abreißt, ist Gewinn möglich.

Der Erfolg des Spiels mag verwundern angesichts der Tatsache, daß erst vor kurzem das „Piloten-Spiel“ zusammenbrach. Das gleichgestrickte Spiel mit dem etwas klingenderen Namen war besonders in der Aufsteigerszene beliebt. Die Schickimickis trafen sich bei Schampus und Scampi in Bars, Trenddiskos oder in Penthouse-Wohnungen, um, für 3000 Mark „Flugpreis“, vom „Passagier“ zum „Piloten“ aufzusteigen.

Am „Joker-Spiel“ mit den volkstümlichen Kartenbildern findet, wie Fachleute meinen, eine andere Schicht ihr Vergnügen. Das große Heer der Angestellten, Arbeiter und kleinen Freiberufler engagiert sich hier.

Auf Zetteln werden Rangfolge und ordnungsgemäßer Ablauf notiert. Eine schlanke, hochgewachsene Postangestellte namens Jutta redet unentwegt, der Kopf glüht rot vor Eifer, auf einen bärtigen Pfeifenraucher am Tresen ein. „Du brauchst“, macht sie ihm das Spielchen schmackhaft, „doch nur, wie alle anderen, zwei Leute zu finden, die auch mitmachen, und schon kassierst du 7000 Mark Gewinn.“ Die Interessenten würden dann beim nächsten Treff ja sehen, schmettert die Dame von der Post letzte Bedenken beiseite, daß es funktioniert.



Das Spiel lebt von ständiger Rotation, wobei für eine erste Runde 15 Spieler nötig sind. Acht „Einsteiger“ zahlen an den „Joker“ am Pyramidenkopf je 1000 Mark Einstand. Damit ist für den „Joker“ das Spiel zu Ende. Die Gruppe teilt sich, und die beiden „Könige“ werden „Joker“ und nehmen jeweils die Hälfte der Ausgangsgruppen mit: die vier „Buben“ als „Könige“, die „Einsteiger“ als „Buben“. Jede neue Gruppe sucht nun wieder acht „Einsteiger“ und teilt sich daraufhin erneut. Die „Einsteiger“ der ersten Runde müssen folglich drei Teilungen durchlaufen, bei denen 14 neue Spielkreise mit insgesamt 112 „Einsteigern“ erforderlich sind, ehe sie selber an der Spitze als „Joker“ kassieren.

Der Bärtige wägt murmelnd seine Chancen, aus dem Büro und der Familie könne er schon den einen oder anderen beibringen. Schließlich legt er einen Eurocheque auf die Theke.

Nebenan stellt Werner, „Bube“ und Kaufhausangestellter, seinem „Joker“ zwei Kolleginnen aus der Strumpfabteilung seines Hauses vor. Werners „Joker“, Versicherungsvertreter Uwe, präsentiert sich als lebenden Beweis fürs schnelle Geld, er sei schon zum drittenmal Joker, einmal „sogar am Mittwoch eingestiegen, am Sonnabend wieder raus“. „Ich habe“, gibt der junge Profi mit dem Goldkettchen am Arm sein bisheriges Erfolgsgeheimnis preis, „natürlich sofort wieder neu investiert.“

Solche Erfolgsstorys, immerhin hat der Vertreter in wenigen Wochen 21 000 Mark Gewinn eingesteckt, besänftigen manchen Zweifler. Dabei ist das „Joker-Spiel“, ähnlich einem bösartigen Computervirus, auf die Vernichtung des ganzen Systems angelegt. Denn je länger das muntere Spiel lebt, desto schwieriger wird es, tückische Mathematik, Nachrücker zu finden.

Unabschätzbar hoch wird folglich die Zahl derer sein, die ihren Tausender schlicht fehlinvestiert haben. Allein in der Kneipe am Hamburger Michel sind aus gerade mal 20 Zuversichtlichen vor zwei Wochen inzwischen 250 Tapfere geworden, nicht eingerechnet die Gruppen, die nach einem Splitting woanders weiterspielen.

Über die Stereoanlage gibt der Wirt den nächsten Spielabend bekannt. Versicherungsvertreter Uwe („Bei uns spielt schon die ganze Firma“) arbeitet noch in ruhiger Therapeutensprache an den zwei Damen aus der Strumpfabteilung. Schließlich hat er Erfolg. Dann packt er Zettel und Geld in seinen schwarzen Aktenkoffer und zieht zum nächsten „Joker“-Spielplatz, einer bekannten Hamburger Wochenenddiskothek, die eigens für die „Joker“-Freunde während der Woche öffnet.

Ein frühzeitig eingestiegener Zokker, fünfmaliger „Joker“, gruppiert noch seine „Investitionen“, sprich Spielzettel, neu. Er hat eine lukrativere Zielgruppe aufgetan: „Ich spiele das jetzt mit Ärzten, Apothekern und anderen, die richtig Moos haben.“

Damit es denen auch richtig Spaß macht, kann man gleich 70 000 Mark gewinnen. „Bei zehn Mille Einsatz, versteht sich.“

Das zeugt von Unternehmergeist. Vergangene Woche tauchten die ersten Kleinanzeigen in Hamburger Blättern auf: Gesucht werden Neu-Einsteiger. Für Fachleute der Szene sind derartige Hilferufe der Anfang vom Ende.

schließlich bleibt ein Teil des Ertrages in der Gemeinde. Falls die Bemerkung des Philosophen Jürgen Habermas von der „Neuen Unübersichtlichkeit" zutrifft, dann hier, wo indirekt das Weihwasser auf den Spielteufel geschüttet wird.

Die Manager des wuchernden Spielbetriebs freilich haben die Übersicht durchaus nicht verloren. Mit beträchtlichem Aufwand und Geschick versucht die Automaten-Branche, ihr schmuddeliges Image aufzubessern. Das Zauberwort ist „die Freizeitgesellschaft".

Wenn kürzere Arbeitszeit und mehr Einkommen mehr Gelegenheit für Sport, Spiel und Spannung böten, dann wären die Bürger bei ihnen richtig: „Es sind mündige und volljährige Mitbürger, die zu unseren Spiel- und Freizeitangeboten ja sagen", spricht die Branchen-Leitfigur Paul Gauselmann (siehe Seite 214); diese Mitbürger „empfinden es als Überheblichkeit, wenn ihre freie Entscheidung in der politischen und der öffentlichen Meinung in Mißkredit gebracht wird".

Bernie, der in einer Daddelhalle am Hamburger Steindamm verbissen drei Automaten gleichzeitig stopft, ist zweifellos volljährig. Im übrigen interessiert ihn weder irgendeine politische oder sonstige Meinung, sondern einzig und allein, warum er in den vergangenen sechs Stunden rund 200 Mark verloren hat und „die verdammten Dinger nicht spukken".

Bernie ist ohne festen Job. Arbeitslos gemeldet, verdient er „mal hier, mal da" Geld dazu, das er prompt bei seinem „Merkur Disc" wieder abliefert. Bernie ist ein Prototyp der vermeintlichen Freizeitgesellschaft. Er könnte auch sonstwo, etwa in Berlin, vor den blinkenden Geldgräbern sitzen: In proletarischen Bezirken wie Tiergarten, Neukölln oder Schöneberg hat sich die Zahl der Spielhallen binnen Jahresfrist verdreifacht.

Wieviel Geld die Bernies der Republik jährlich in den Automaten lassen, weiß kein Finanzamt und keine Behörde. Die Geldschlucker sind zwar mit blinkenden Lampen und elektronischem Innenleben stattlich ausgerüstet: Aber zu einem kleinen Zählwerk hat es nicht mehr gereicht.

Entwirrt man die Verlautbarungen der Automatenbranche, so ergeben sich rund 4,5 Milliarden Mark pro Jahr – bei einem Zuwachs von knapp zehn Prozent im Jahr 1987 – für alle „Münzgeräte". Dazu gehören auch Flipper und fauchende Star-Wars-Apparaturen, die jedoch nach Ansicht von Fachleuten allenfalls ein Zehntel ausmachen.



Rubbel-Spieler
„Ganz Hessen ist empfangsbereit"

Den Bemühungen des Stuttgarter Verwaltungsgerichts ist eine detaillierte Betrachtung der Ertragslage zu verdanken. In einem Verfahren gegen einen Automaten-Aufsteller, der sich gegen die Zahlung einer Vergnügungssteuer aufgelehnt hatte, fand die Kammer vergangene Woche erstaunliche Zahlen heraus. Nach Abzug aller Kosten blieb in einem durchschnittlichen Geldspielautomaten des Jahres 1984 ein Reingewinn von gut 3000 Mark. Bei gut 180 000 Geräten, die inzwischen in der Bundesrepublik rattern und blinken, müßten den Automaten-Betreibern im Laufe eines Jahres über 500 Millionen Mark entgegenfallen.

Die schwäbischen Richter haben mit Sicherheit nicht zu hoch gegriffen. Fachleute wie Gerhard Goller, Leiter der Gaststättenbehörde beim Amt für Öffentliche Ordnung in Stuttgart, schätzt sogar den monatlichen Reingewinn in gut laufenden Automaten auf „spielend 4000 bis 8000 Mark".

Angesichts dieser Zahlen verwundert es nicht, daß Paul Gauselmann „die Lust am Verbieten" für eine „gefährliche Entwicklung" hält, „die auch nicht im Interesse unserer politischen und gesellschaftlichen Kultur liegen kann". Denn die, mindestens, halbe Milliarde fließt nicht wie der Großteil des Ertrages vom Lotto oder den 30 Spielbanken und ihren Automaten-Filialen an den Staat, sondern an die privaten Aufsteller.



„Joker"-Spielrunde mit Gewinnerin: „Bei uns spielt schon die ganze Firma"

Daß derlei gedeihliche Geschäfte in einem Land möglich sind, das das Glücksspiel verboten hat, ist auf eine semantische Besonderheit zurückzuführen. Zocken in der Daddelhalle ist nämlich juristisch kein Glückspiel, sondern das Fummeln an einem „Unterhaltungsautomaten mit Gewinnmöglichkeit".

Anders als die Slot-Maschinen und „einarmigen Banditen" in den Kasino-Ablegern, die in rattenhafter Geschwindigkeit Zwei-Mark-Stücke oder sogar Fünfer verschlingen, sind die Spielhallen-Geräte auf den ersten Blick harmlos: Jedes Spiel muß bei einem Einsatz von 30 Pfennig 15 Sekunden

„Du brauchst Entfesselung, so 'nen Kick“

SPIEGEL-Reporter Hans-Joachim Noack über das Wochenende eines Berliner Zockers

Spielen ist ein Grundelement höhergestellter Lebewesen.

Peter Hosemann, Geschäftsführer der Spielbank Berlin

Kurz vor Mitternacht ist am Sonnabend vorvergangener Woche das Spielcasino im Berliner Europa Center überfüllt wie der Bahnsteig einer verkehrsträchtigen Metropole, während der Zug einläuft. In Dreier- und Viererreihen drängeln sich die Gäste vor den grünen Filztableaus, um ihre Plastikjetons zu placieren.

Da geschieht es, daß der Zocker Jürgen Kobler*, der zwischen den Kesseln der Roulettetische 1 und 8 hin und her pendelt, ins Abseits gerät. Rien ne va plus – nichts geht mehr. Obschon sich der schmächtige Mann beschwörend durch die Menschenwälle zu wühlen versucht, wird er zurückgedrückt.

Es kommt die 17 respektive die 31, und Kobler hat Grund, sich seinen Frust mit einem Fluch von der Seele zu stoßen. „Beknackte Wessies!“ Sein Zorn gilt den breiten Bauernrücken jener aus Westdeutschland zur „Grünen Woche“ eingeströmten Bundesbürger, die ihm so den Weg zum Gewinn verstellt haben.

Denn der 43jährige Computerexperte, Spezialist für Software, setzt seit geraumer Zeit die „Orphelins“ – mit Hartnäckigkeit vertraut er einer Zahlenkombination, in der die 17 praktisch einen Volltreffer und die 31 nochmals die Hälfte, ein „cheval“, erbracht hätte.

Nach der Spielweise Koblers – „à Louis“, also unter Einsatz von 20-Mark-Chips – ist ihm immerhin ein runder Tausender verwehrt worden. Indem er sich mit einer etwas zittrigen Handbewegung unterhalb des zuckenden Adamsapfels die Krawatte lockert, zieht er sich grollend an die Theke zurück.

Zwischenbilanz beim Piccolo: Es läuft nicht so. Überschlägig dreieinhalb Stunden zielt er jetzt schon auf das ständig gleiche Segment, und sein Barkapital von ursprünglich vier „Riesen“ ist bedrohlich zusammengeschmolzen. Und nun „diese Ärsche“! Doch was soll's: „Daß ich im Brand bin“, klagt er sich an, habe er schließlich selber verschuldet.

* Name von der Redaktion geändert.

Er sei sich darüber im klaren, sagt Kobler am Tresen, die ihm eigene Schwäche liege in einer gewissen Zwanghaftigkeit, nur schwer auf das einmal gewählte Zahlenbild verzichten zu können. „Bestußt ist das, rechtzeitiges Umsteigen ist alles, du mußt das in den Fingerspitzen haben.“

Heftig rauchend wartet er alsdann auf „den Anruf“, eine Art innere Stimme, die ihm zu einem verfeinerten Feeling verhelfen soll. Aber schon wenige Lidschläge nachdem er beschlossen hat, sich erst mal rauszuhalten, treibt es ihn an Tisch 9, wo er sich unmittelbar vor dem Abwurf für die „Finale 4/5“ entscheidet.



Spieler am Roulette-Tisch
„Nach Anrufen aus dem Inneren Finale 5/6“

Der Croupier trifft die 30, doch danach zweimal die 35. Unter Insidern heißt das „Doppelschlag“ – und der Zocker zieht mit, erhöht nun kräftig, annonciert an gleichzeitig vier Tischen; aus den eben noch hängenden Schultern scheint ihm neue Kraft zu wachsen.

Was Jürgen Kobler so zwischen ein Uhr dreißig und Ultimo – Schlag drei – über den kreisenden Roulettezylindern verrichtet, ist deutlich Schwerstarbeit. Unablässig suchen da seine flatternden Blicke den Lauf der Elfenbeinkugel zu bannen. Bisweilen schließt er die Augen und hält sich die Ohren zu: Es gibt Zahlen und Konstellationen, deren monotone Ankündigung durch den Croupier er „fast schon als Körperverletzung“ empfindet.

In den „Downs“ ohnehin, aber selbst in der nun anbrechenden Gewinnphase lastet der Streß, verschwimmt das Glücksgefühl zu einem Augenblicksereignis. Meistens leidet er. Doch er leidet schweigend und derart selbstvergessen, daß er darüber die elementarsten Bedürfnisse auszuschalten vermag.

Erst nach dem letzten Coup wird Kobler an diesem langen Abend zur Toilette hetzen, um das halbe Dutzend zwischen den Einsätzen hastig heruntergestürzter Piccolos abzuschlagen. Er räumt ein, daß das „vermutlich ein Zeichen eines tatsächlich vorhandenen Ausnahmezustandes“ sei.

Für Sucht, sagt er beim üblichen Spätbier, mit dem er in seiner Stammkneipe aufschnaufend entspannt, halte er das dennoch nicht. Kobler sieht sich vielmehr von Schüben heimgesucht – „ähnlich einem Quartalssäufer“ –, und der Auslöser sei „eine schwer definierbare Unruhe“, die sich dem „relativ dumpfen Gleichmaß“ seines Privat- und Berufslebens entgegenstemme.

„Da brauchst du Entfesselung, brauchst so 'nen Kick.“ Ausgepumpt, zugleich aber wieder hellwach, wie aus einer Trance zurückgekehrt, wirkt er jetzt. Und eine Spur zu kokett zeichnet sich der Ehemann und Vater zweier Kinder als einen im Kern ungefährdeten Grenzgänger-Typus. Allein schon die ihm „innewohnende Spießigkeit“ werde ihn hindern, sich kaputtzumachen.

Doch andererseits: So gänzlich sicher ist er sich dabei nicht. Zumal in den letzten Wochen war es „ein bißken ville“: Da hat er nach einem 12 000-Mark-Verlust plötzlich den Drang verspürt, sich einem Menschen zu öffnen.

Kobler sucht in Charlottenburg den Kontaktladen für süchtige Zocker, das „Café Bei-Spiel-los“, auf. Er ergreift dann aber sofort wieder die Flucht, als er in einer Ecke Kartons mit der Aufschrift „Scrabble“ und „Denkfix“ erblickt.

Das nun bitte nicht mit ihm; das kam ihm vor „wie bei der Heilsarmee“. Und darüber hinaus: Was könne man einem wie ihm, fragt sich der Informatiker, einem Mann mit immerhin abgeschlossener Hochschulbildung, überhaupt noch vermitteln, das sich als erlösender Aha-Effekt nutzbar machen ließe. Spielwut als Selbstzerstörungstrieb, als unterschwellig nach innen gewendete Aggression? Er kennt „diese gängigen Psycho-

logismen", in denen er sich „ehrlich nicht wiederfindet".

Was immer das sein mag, das ihn von Zeit zu Zeit umtreibt: „Die Sache tiefer hängen", heißt Jürgen Koblers Parole. Daß er auf seine Neigung nicht stolz ist – „im Grunde eine lächerlich stupide Beschäftigung" –, verbietet ihm „schon der Intellekt", aber er möchte auch keineswegs in Panik darüber geraten.

In den anderthalb Jahrzehnten seiner anonymen, der Familie verborgen gebliebenen Spielerkarriere, hat er so insgesamt 140 000 Mark verdaddelt. Das fuchst ihn natürlich, denn das hat „die Spitzen meiner Konten abgekämmt".

Was folgt daraus? „Daraus folgt", sagt er fast feierlich, „daß du die Nerven bewahren mußt." In dieser Nacht vom Samstag auf Sonntag ist es Kobler gelungen, noch „zwo Mille, achthundert" einzufahren. Geschnappt hat er die buchstäblich mit dem letzten Coup – „à Louis doppelt, Finale 5/6": „Da hat der Zokkergott mitgeholfen."

Aber der Zockergott, Herr über alle Zufälle, fängt ihn auch. So bombensicher sich Kobler ursprünglich war, anderntags unabkömmlich zu sein, so entschlossen tigert er am Sonntag abend wieder zwischen den Filztischen, um die Strähne zu fassen zu kriegen. Verbiestert sucht er den Lauf über das sogenannte Spiel 7/9, das ihm angeblich einer seiner „Anrufe" diktiert hat.

Sein Niedergang vollzieht sich dabei lautlos, undramatisch. Anders als in der Nacht zuvor, die Kobler zugleich wilde Einbrüche, aber auch stolze Serien bescherte, verstrickt er sich nun zusehends in einen „zähen Stellungskrieg".

Ständig verliert er ein bißchen mehr, als er in die Tasche steckt. Am Ende erscheint er in seinem viel zu großen Jackett merkwürdig ausgemergelt. Mit dem ewig zuckenden Adamsapfel und der wie nach Luft schnappenden, hochgereckten Kinnlade ähnelt er einem hungrigen Vogel, der nach Beute giert.

Um drei Uhr dann die Abrechnung, die sich dennoch keineswegs katastrophal ausnimmt. Beide Abende zusammengezählt, ist er ja noch immer im Plus geblieben – und zwar um sieben jener blaßroten Jetons, gleich 140 Mark, die er in einer Haltung von schwankender Restwürde zur Kasse trägt. „Dostojewski war das gerade nicht", kommentiert er in einer Mischung aus Zynismus und Scham sein „im Grunde doch mickriges Wochenende".

Peter Hosemann, einer von zwei Geschäftsführern der Spielbank Berlin, wird dagegen am Montag nachmittag den Auftritt des Gastes Jürgen K. ausdrücklich belobigen. Vom Ergebnis her sei „die Kurve ideal gewesen" – in der Art zu spielen „von Sucht keine Spur", sondern „das übliche Stammkunden-Verhalten".



Spieler-Selbsthilfegruppe: „Ähnliche Folgen wie bei Alkohol oder Medikamenten"

dauern – und darf nur einen Gewinn von drei Mark bringen.

Aber mit Sonderspielen und „Risiko"-Tasten verfeinerte die Automaten-Branche, die überdies meist drei Geräte handlich nebeneinander hängt, Gewinn-, aber vor allem Verlust-Chancen. Aus gutem Grund: „Wenn man die Risiko-Taste verbieten würde", sagt Jürgen Schwarz vom Therapiezentrum für suchtkranke Männer im badischen Münzesheim, „wäre der ganze Spuk schnell vorbei."

Daran ist nicht zu denken. Zuständig für die „Spielverordnung", die das Geschäft mit den Automaten regelt, ist das Bundeswirtschaftsministerium. Unter der Obacht der FDP wird darauf geachtet, daß die erfindungsreichen Daddel-Unternehmer am Drücker bleiben. Der Ex-Minister Otto Graf Lambsdorff verdient sich ein Zubrot als Aufsichtsrat der Firma NSM in Bingen, eines der größten deutschen Automatenhersteller.

Lambsdorffs Nachfolger Martin Bangemann bequemte sich Ende 1985 unter dem allgemeinen Druck zu einer Neuregelung der Spielordnung. Fortan sollten weniger Automaten in eine Spielhalle gequetscht werden dürfen. Aber großzügige Übergangsbestimmungen bis Mitte des nächsten Jahrzehnts sorgen für weiterhin steten Geldfluß.

Überdies führte die Änderung zu einer Flut neuer Spielhallen-Anträge: Wenn weniger Automaten in eine Halle dürfen, müssen, logisch, mehr Hallen her. „Die Regelung ist ein echter Flop", urteilte der SPD-Bundestagsvize Heinz Westphal.

Besorgte Briefe, etwa der Suchttherapeuten aus Münzesheim, pflegt das Wirtschaftsministerium mit dem Hinweis auf allerlei Professoren zu beantworten: „Der Automat macht nicht süchtig." Als die Therapeuten darauf aufmerksam machten, daß diese Schlußfolgerung aus Gutachten stammte, die von der Automaten-Industrie bezahlt worden waren, nahm das Ministerium diese „Ausführungen mit Interesse zur Kenntnis".

In den buntgestreiften Vorstellungen der Liberalen von der postindustriellen Freizeitgesellschaft, in der hinter der Gewerbefreiheit als Monstranz lauter glückliche Partner-Menschen umherspringen, finden die verkaterten Opfer des Spielrausches nicht statt.

Natürlich ist kein Süchtiger, wer sich mit einem Tausender der Massenpsychose der Joker-Gemeinde (siehe Seite 210) anschließt. Und auch das Image der Lottospieler zeigt einer Emnid-Umfrage zufolge keinerlei nennenswerte Verhaltensauffälligkeiten: „optimistisch, gesellig, selbstbewußt, ehrgeizig, modern und risikofreudig". Gegenüber dem Bild des Nichtspielers („sachlich, sparsam, vorsichtig, zuverlässig, selbstbewußt, unabhängig") läßt sich nicht ausmachen, wer besser durchs Leben kommt.

Was indes den exzessiven Spieler ausmacht, darüber führen Psychologen und Therapeuten noch ausgedehnte Diskussionen. Daß Spielen Masturbationsersatz ist, wie Sigmund Freud an Fjodor Michailowitsch Dostojewski festzustellen meinte, glauben manche, andere nicht.

Sicher scheint, daß scharfe Zocker ein eigenartiges Verhältnis zu magischen Vorstellungen haben. Das richtige Hemd, der richtige Automat muß es sein. Selbst Computerfachleute, die wissen, daß kein Knopfdruck beim Automaten wirklich nützt – es sei denn, man kennt das Programm (siehe Seite 216) – und keine Zahlen-Chance beim Roulette

„Spiel als Ausdruck der Freiheit"

Wie der Automaten-Tycoon Paul Gauselmann versucht, das Schmuddel-Image der Branche aufzupolieren

Ich habe den Spielern zugeschaut", verriet er einst sein Erfolgsrezept. Paul Gauselmann, 53, der Daddel-König aus Westfalen, Automatenhersteller, Spielothekenbesitzer und Brancheneminenz, lernte schnell und gründlich, was Spieler nie lernen werden: daß man nicht mit dem Zocken, sondern nur mit dem Abzocken der Zocker wirklich gewinnen kann.

Die Erfolgsgeschichte des kleinen Tüftlers, der zum bundesdeutschen Automatenkönig aufstieg und heute die Branche beherrscht wie ein Pate, klingt wie aus einem Lore-Roman zur inneren Erbauung müder Kapitalisten, ist aber echt.

In den fünfziger Jahren, als das Kneipenpublikum noch mit Würfeln und Skat auskam, startete der gelernte Fernmeldetechniker seine Karriere. Nach Feierabend stellte Gauselmann Wählscheiben auf Lokaltische, mit denen beschwingte Gäste Gerhard Wendlands Schmalz oder Elvis Presleys Rock aus der Musikbox holen konnten, ohne aufzustehen.

Die Wählscheiben-Idee war so erfolgreich, daß Gauselmann auf eigene Rechnung in die Automatenbranche einstieg. Er kaufte 20 Musikautomaten, stellte sie in Gaststätten auf und weitete später den Handel mit Automaten aller Art aus.

Doch ein Hersteller, der lieber selbst das Aufstellergeschäft machen wollte, versuchte, den cleveren Westfalen aus dem Geschäft zu drängen. Gauselmann erkannte, daß Erfolg nur der hat, der Automaten herstellt, vertreibt und aufstellt. Alles aus einer Hand – das wurde sein Erfolgsrezept.

Gauselmann ersann immer neue Geldspielkästen und besitzt an die 200 Patente. Parallel eröffnete er seine „Spielotheken", Spielhallen, die zum Konzern gehören. Dessen über 3200 Mitarbeiter erwirtschafteten vergangenes Jahr einen Umsatz von 705 Millionen Mark.

120 Spielotheken gibt es inzwischen, mit Teppichboden, Hydropflanzen, Westernschwingtüren und einer unnachahmlichen Mischung von Sterilität und Trostlosigkeit. Seine Automatenhallen, mit denen der Branchenführer herkömmliche Spiel-Spelunken aus dem Markt drückt, gibt der Großunternehmer als „familienfreundliche Spielstätten" aus – als ob sich je eine ernst zu nehmende Zahl von Mamis und Papis mit ihren Kindern in eine solche Glücksspielwüste verirren würde.

Werbung ist der Motor des Geschäfts: Von Bremen bis Tiflis sind Gauselmanns Spielotheken bei Sportveranstaltungen als Bandenwerbung fernsehpräsent. Der Automatenkönig investiert überdies seit Jahren so systematisch wie kein zweiter in die ideologische Rechtfertigung des Spielbetriebes.

Zunächst möbelte Gauselmann den Verband der Deutschen Automatenindustrie auf, in dessen Vorstand er sitzt, und stellte ihm eine Informationsgemeinschaft Münz-Spiel (IMS) zur Seite. Beide zusammen, so Verbandsgeschäftsführer Jürgen Bornecke, „versuchen, der öffentlich vorgetragenen Kritik an der Spielgerätewirtschaft entgegenzuwirken".

Zu diesem Zweck heuerte die IMS ein Münchner „Peutinger-Institut" an, das mit Branchengeldern „Grundlagenforschung zum Spielverhalten" betreibt.



Automatenindustrieller Gauselmann: Professoren für die Imagepflege eingesetzt

Denn um „positive Freizeitgestaltung", wie Gauselmann das Gedaddel in Orwellschen Neusprech übersetzte, zu verkaufen, „müssen Meinungsmacher, Kritiker, egal aus welcher Richtung, mehr informiert werden", auch wenn das ein „langer, weiter und teurer Weg" sei, forderte er im Branchenblatt „Automaten Markt".

Bei ihrem langen Marsch versuchte es die Branche zunächst auf die harte Tour. Aber die Bemühungen, die Spielsuchtthesen des Bremer Psychologen Gerhard Meyer gerichtlich zu stoppen, schlugen fehl. Aus der Niederlage lernte der Automatenunternehmer. Gauselmann baute ein eng verflochtenes Lobbyistennetz auf, das fortan pseudowissenschaftliche Informationen und indirekte PR unter Bürger und Politiker streute.

Von diesem Institut, dessen Schriften alte Wappen und griechische Säulen zieren und das Broschüren mit dem Titel „Homo ludens – Homo politicus – Spiel als Ausdruck der Freiheit" direkt vertreibt, laufen die Geldströme zu Forschungsvorhaben.

Über den Peutinger-Verein finanziert Gauselmanns Branche das „Institut für Therapieforschung" mit, in dem gestandene Wissenschaftler des Max-Planck-Instituts für Psychiatrie, die Psychologen Johannes Brengelmann und Gerhard Bühringer, an der langen Leine des Westfalen die Thesen des Spielsuchtforschers Meyer bekämpfen.

Während sich Bühringer, Seriositätsansprüchen folgend, darum bemüht herauszubekommen, wie viele Automatenzocker „problematisches Spielver-

halten“ an den Tag legen, und sich zur Freude der Branche mit Erhebungen viel Zeit läßt, ist Brengelmann mehr fürs Grobe zuständig.

Der Professor schimpft gegen unverantwortliche Presseberichte, die von Spielsucht reden, und folgert: „Würde man alle über uns herabgeschauerten Ängste der Negativpresse ernst nehmen, gäbe es keine gesunden Leute mehr in unserem Land, sondern nur noch ein Volk von Süchtigen und Kaputten. Wer wehrt sich eigentlich gegen diese Krankmacher?“

Gern reicht die Branche auch zu PR-Veranstaltungen oder kostspieligen Wochenendseminaren den Professor für Praktische Pädagogik an der Ruhr-Universität Bochum, Joachim H. Knoll, herum, der permanent den längst nicht mehr erhobenen Vorwurf entkräftet, das Videospiel mache aggressiv. Die Knoll-Studien laufen immer auf die gleiche Pointe heraus: Der Gesetzgeber solle sich zurückhalten.

Gelegentlich spannt die Branche von ihr mitfinanzierte Wissenschaftler werbewirksam ein. Der Hamburger Verhaltenstherapeut vom Universitätskrankenhaus Eppendorf Professor Iver Hand, dessen Programm zur Heilung der Daddelsucht die Glücksspielindustrie unterstützt, wurde in einer IMS-Anzeigenkampagne mit einer Feststellung aufgenommen und ohne Namensnennung zitiert, daß „Leute, die Probleme haben, einfach mit irgendeiner Bezeichnung, mit einem Etikett, z.B. ‚Süchtiger‘ für Spieler, versehen werden. Dabei kommen die Ursachen ganz woanders her“.

Zuweilen gehen die PR-Aktionen unglücklich nach hinten los. So überreichte Gauselmann einen Scheck für krebskranke Kinder an die Gattin des niedersächsischen Ministerpräsidenten, Heidi Adele Albrecht – dummerweise zusammen mit Marian Felsenstein, dem spielsüchtigen Aufsichtsratsvorsitzenden der Niedersächsischen Spielbank, die unter dessen Führung pleite machte.

Pech hatte die Gauselmann-Branche auch in Bonn. Um Politikern die Sauberkeit der Zockeretablissements vorzuführen, schleuste die Informationsgemeinschaft Münz-Spiel die Herren im Rahmen eines parlamentarischen Abends durch einen Spielsalon am Rande des Regierungsviertels.

Um der Veranstaltung die nötige Fallhöhe zu verleihen, kamen die Daddellobbyisten den Politikern mit Schiller: „Der Mensch spielt nur, wo er in voller Bedeutung des Worts Mensch ist, und er ist nur da ganz Mensch, wo er spielt.“ Das war dann doch zu dick. Empört wies der SPD-Abgeordnete Heinz Westphal in einer Bundestagsdebatte das Schiller-Wort als „Mißinterpretation“ zurück.

größer ist als irgendeine andere, sprechen von inneren „Anrufen“ (siehe Seite 212), die ihnen die Zahlen signalisieren.

Ein hannoverscher Taxifahrer erzählt von einem Fahrgast, der öfter nach Mitternacht ganz dringend ins Kasino gebracht werden mußte, weil ihm die Zahlen gerade eingegeben worden waren.

Nicht auszurotten ist der Glaube an Systeme und Glückszahlen; Wahrsager bieten in Atlantic City, einem der US-Spieler-Paradiese, ihre Dienste ebenso erfolgreich an wie der Marburger Astrologe Gustav Krüger, der jahrelang Lotto-Glückstage vorhersagte, bis ein Gericht ihn stoppte.

Die Nähe zu Magie und Ritual führt zuweilen zu Verhaltensweisen, die an Primaten erinnern: In Hamburg hüpfte ein Roulette-Spieler, nachdem die 29 ihm 1500 Mark eingebracht hatte, mit ausladenden Armen und dem Schrei „Geld, Geld, Geld“ auf das grüne Tuch – Chips wirbelten auf den Boden, und geistesgegenwärtige Zeugen ließen 60 000 Mark verschwinden.



Spielsucht-Forscher Meyer
Amerikanische Erkenntnisse eingeschleppt

Daß die Gefühle beim ernsten Zocken nicht im Alltag zu erleben sind, sondern vielmehr in tieferen Schichten siedeln, schlägt sich in der Sprache von krankhaften Spielern nieder: „Wie ein Hund vorm Vollmond“ habe er vor den Automaten gesessen, erzählt ein Berliner Spiel-Opfer. Der Hang zur Kugel sei „stärker als die Liebe“, berichtet eine 65jährige Handelsvertreterin in Ulla Fröhlings Buch „Droge Glücksspiel“. „Ich weiß genau, mit dem Geld, das ich nicht habe, würde ich gewinnen“, beschreibt ein Spieler mit einer schon komischen Wendung seine ewige Hoffnung, „aber alles, was ich in der Hand halte, verliere ich.“

Ob Zocker Opfer einer „Sucht“ sind oder nicht, darüber tobt seit fünf Jahren eine heftige Diskussion zwischen zwei verfeindeten Lagern. Der Streit wird auch dadurch verstärkt, daß in der Bundesrepublik über Zocker-Verhalten bislang wenig geforscht worden ist.

Der Bremer Psychologe Gerhard Meyer, der durch einen Fall in der Verwandtschaft an das Spiel-Thema geraten war, ließ 1983 in einer aufsehenerregenden Doktorarbeit keine Zweifel daran, daß es bei Automaten-Spielern eine Sucht gäbe – wie die Abhängigkeit von Alkohol oder Drogen.

Meyer schleppte vor allem amerikanische Forschungserkenntnisse in die Debatte ein. So führt die American Psychiatric Association einen Katalog von neun Punkten auf, der pathologische Glücksspieler kenntlich macht, wenn nur vier der Symptome zutreffen:

▷ häufige gedankliche Beschäftigung mit dem Glücksspiel oder damit, das Geld dafür zu besorgen (zentraler Lebensinhalt);
▷ häufiges Glücksspiel mit höheren Beträgen oder über einen längeren Zeitraum als beabsichtigt (Kontrollverlust);
▷ ein Bedürfnis, die Höhe der Einsätze oder die Häufigkeit des Glücksspiels zu steigern, um eine angestrebte lustbetonte Erregung zu erreichen (Toleranzerwerb);
▷ innere Unruhe oder Reizbarkeit, wenn nicht gespielt werden kann (Entzugserscheinungen);
▷ wiederholte Verluste beim Glücksspiel und Rückkehr an einem anderen Tag, um die Verluste zurückzugewinnen („chasing“);
▷ wiederholte Versuche, das Glücksspiel einzuschränken oder aufzugeben (Abstinenzunfähigkeit);
▷ häufiges Glücksspiel, wenn man eigentlich sozialen oder beruflichen Verpflichtungen nachkommen müßte (Interessenabsorption);
▷ Aufgabe wichtiger sozialer oder beruflicher Tätigkeiten oder Freizeitaktivitäten, um zu spielen (Rückzug aus dem sozialen Umfeld);
▷ Fortsetzung des Glücksspiels trotz der Unfähigkeit, die wachsenden Schulden zu bezahlen, und drohender sozialer oder beruflicher Probleme oder gar Gesetzeskonflikte, von denen die Person weiß, daß sie sich

„2000 Mark passen in die Tasche“

Wie Systemspieler Jochen M. einen Münzautomaten „rasiert“

Mit drei Geldstücken und einem zu hoher Empfindlichkeit geschulten Gehör nähert sich Jochen M. dem Automaten, dessen flirrende Zahlenscheiben ihm zu seinem Lebensunterhalt verhelfen – und das nicht schlecht.

Nacheinander läßt er ein Markstück, einen Zweier und dann einen Fünfer in den Münzschlitz gleiten – und lauscht dann, wie sie, „kling“, „klong“, durch den Führungskanal zu ihren in den einzelnen Münzschächten schon versammelten Vettern gleiten. Dreimal „klong“, der Spieler nickt wohlgefällig: dieser Kasten ist prall gefüllt bis an die Halskrause; lohnt sich.

„Warum an leeren Automaten tingeln?“ Für Jochen M., den Profi- und Systemspieler mit mehr als 3000 Stunden Spielerfahrung, wäre das Zeitvergeudung. Der junge Mann mit dem blassen Teint eines Spielhallen-Zockers hat das Abmelken der staatlich konzessionierten Dukatenesel rationalisiert.

Gut zwei Stunden, rechnet er an diesem Mittag in der „Las Vegas“-Spielhalle im Hamburger Stadtteil Hoheluft, werde er wohl brauchen, um den Münzspielautomaten vom Typ „Merkur Disc“ leerzuräumen. „Merkur Disc“ ist das Standardmodell in allen bundesdeutschen Spielhallen, Jochen M. ist auf dieses Gerät spezialisiert. Denn das Programm, das diesen Typ von Automaten steuert, hat er – buchstäblich – in der Tasche.

Etwas Arbeits-, oder besser: Zeitaufwand braucht es schon, das Gewinnsystem, mit dem Jochen M. arbeitet; aber verläßlich ist es. Schließlich wurde es mit allen Tricks moderner Computertechnik dem geheimen Steuerprogramm abgeluchst, das in Münzautomaten dieses Typs schaltet und waltet. Jochen M. knackt das Standardmodell in drei Spielphasen.

Etwa 20 Minuten und 20 Mark Einsatz benötigt er für die erste Spielphase: Über die „Risiko“-Taste des Automaten gilt es das sogenannte Risikoprogramm auszuforschen. Ist er erst mal drin im Programm, benötigt der Systemspieler – zweite Phase – rund 50 Minuten, um auf den zehn Sprossen der Risikoleiter den höchsten Risikorang („100 Sonderspiele“) zu erklimmen – und damit die höchstmögliche Gewinnstufe. „Juuppiiee“, röhrt Jochen dann, das gehört zu seiner Tarnung; denn von jedem normalen, unverdächtigen Spieler erwartet die Spielaufsicht so einen Lustschrei, wann immer die Erkennungsmelodie durch die Spielhalle tönt und das seltene Sonderspiel-Ereignis verkündet.



Münzautomat „Merkur Disc“
„Tote Zahlen werden weggedrückt“

3230232222123141
1431322110212013
2111321033212311
4213312132344213
2221221233331141
1333231212333213

„Merkur“-Risikoprogramm (Ausriß)
Mit Connections ins Innenleben

Für Jochen ist die Serien-Fanfare das Signal zur letzten Spielphase. Noch eine weitere Stunde kitzelt der Meister den Automatenknecht – dann hat er das „Glücksspiel“ ganz für sich entschieden; der elektronische Zufall, der vorgeblich hinter all den münzspeienden Rädchen wirkt, ist ihm zu Diensten.

Daß nichts als der reine Glück oder Pech bringende Zufall im Spiel sei, wird die Automatenbranche nicht müde, den Kunden einzuhämmern. Immer wenn „Spiele-Freunde“ das „aktive und moderne Münzspiel“ wählen, heißt es in „highscore“, der Hauspostille der Spielhallenbranche, werfen sie „bildlich gesehen“ eine Münze in die Luft: „Kopf oder Zahl, Ja oder Nein“ – „jedes Spiel hat die gleiche Chance.“

Über die strikte Einhaltung des Zufallsprinzips, blendet die Automatenlobby ihre gläubige Klientel, wache – als „verlängertes Auge des Gesetzgebers“ – die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB). Jedes neue Fabrikat auf dem Münzspielautomaten-Markt prüfe die PTB vor der Zulassung „scharf und mit preußischem Eifer“ in 3,4 Millionen Spielen. „Gleiche Chance also für alle“, versichert „highscore“. „Jede Zahl und jede Kombination, ob Gewinn oder Verlust, kann schon im nächsten Spiel wieder dabeisein.“

„Alles Quatsch“, sagen dazu die Leute, die begriffen haben, wie die Automaten ticken. Am Ende eines jeden Spielzyklus gewinnen nur drei: der Automatenaufsteller, das Finanzamt (bescheiden) – und der Systemspieler, der das Programm im Steuerzentrum des „Merkur Disc“ beherrscht.

Jeweils zwei auf Chips gespeicherte Programme bestimmen den Ablauf des „Zufalls“ in jedem Münzspielautomaten: Das „Walzenprogramm“ regelt den Lauf der drei rotierenden Scheiben mit den aufgedruckten Geld- und Sondergewinnen; das zweite, das „Risikoprogramm“ entscheidet, wie hoch ein Spieler auf den Sprossen der Risikoleiter mit Geld- und Sonderspiel-Zuweisungen klettern kann.

Am Walzenprogramm ist nichts zu verdienen. Nur das Risikoprogramm wirft ein ordentliches Auskommen ab – bei emsigen Programmspielern fünfstellige Summen im Monat, netto, steuerfrei.

Mit Tricks und „mit Connections“, so Jochen M., setzten sich die Profis in den Besitz des Risikoprogramms. Wie man da rankommt? Einen Münzautomaten kann sich schließlich jeder Wirt und jeder Würstchen-Maxe installieren lassen, und Computer-Kids, die das elektronische Steuerzentrum auszubauen und dessen Programmspeicher zu „lesen“ und zu kopieren verstehen, gibt's auch genug.

Die Computerdiskette mit dem Risikoprogramm für „Merkur Disc“ speichert 10 240 Zahlen – einen Zahlenbandwurm, dessen Glieder aus den Codeziffern 0, 1, 2, 3 und 4 bestehen (siehe Ausriß). Jede der fünf Codeziffern im Automatenprogramm löst vier Ja-Nein-Entscheidungen aus: Ist im Programmablauf zum Beispiel gerade eine Code-Null angesagt, muß das Risikoprogramm viermal hintereinander auf „Nein“ entscheiden (im Klartext: Absturz auf der Risikoleiter); ist hingegen eine „4“ an der Reihe, folgt viermal das glückbringende „Ja“ (was für den Spieler bedeutet: Aufstieg zu höheren Risikosprossen).

Der Systemspieler muß also, kein leichtes Ding, dem jeweils zum Gegner

erwählten Automaten auf die Spur kommen und herausfinden, an welcher Stelle des Zahlenbandwurms das Risikoprogramm gerade angekommen ist. Findet er die Stelle, ist der Sieg schon fast errungen, denn der Automat spult, in bestimmten Untergruppen**, jeweils Teile der programmierten Zahlenfolge stur herunter.

Den Zugang zum Geheimnis seines Gegenübers verschafft sich Münz-Profi Jochen M. in größter Unauffälligkeit, mit kleinen elektronischen Helfern, wie sie auch der Yuppie im Börsenspiel an der Wall Street schätzt. Kleinstrechner von Scheckkartengröße, in der Jackentasche verborgen oder an einer Zigarettenschachtel festgeklebt, dienen ihm als Notizblock, wenn er sich, auf der Suche nach der Sesam-öffne-dich-Zahlenfolge, an das Programm eines „Merkur Disc" herantastet.

Nach etwa sechs Dutzend Spielen – jedes währt nach PTB-Norm exakt 15 Sekunden – und einem guten Dutzend Kleingewinnen hat der Systemspieler dem Automaten drei bis vier Risikozahlen abgeluchst. Der Trick: Jeder erfolgreiche Druck der Risiko-Taste steht für ein „Ja", jeder Absturz von den Sprossen für ein „Nein" – 12 bis 16 Ja-Nein-Werte reichen aus, eine Dreier- oder Vierer-Sequenz von Codezahlen zu ermitteln.

Dann, bei einem schlendernden Gang auf die Toilette, der Automat rotiert unterdessen brav weiter, steigt Jochen M. in den Datenwust. Nicht in dem Groß-Bandwurm von über 10 000 Ziffern, sondern dem handlichen „Unterprogramm" von 160 Codezahlen (das ihm zu Hause ein Personal Computer vorgefertigt hat) fahndet er nach jener Ziffernfolge, die der vom Automaten gerade vorgeführten entspricht.

Es kostet ihn nicht mehr als zwei Minuten, die Zahlenkombination auf dem schmalen Papierstreifen von Bleistiftlänge aufzuspüren, der das vollständige Unterprogramm aufführt. Und von da ab – kein Problem mehr: Alle weiteren Automatenrunden spielt der Disc-Fuchs dann im Gleichschritt mit dem Code – also auf der Gewinnstraße.

Während er „tote Zahlen" (die „Nein"-Entscheidungen im Risikoprogramm) in unwichtigen Spielphasen „wegdrückt", tastet sich der Profi an eine Folge von „Ja"-Werten heran. Dann erst, wenn er eine längere Sequenz von „Ja"-Würfen im Code kommen sieht, klettert er hinauf in die höchste Risikostufe: „100 Sonderspiele".

Von diesem Moment an rotiert das elektromechanische Innenleben der Maschine nur noch für den Meister. Jeder Kleingewinn, den die Scheiben ausweisen, addiert im Münzzähler weitere drei Mark Sonderprämie zum Gesamtgewinn. Der Automat scheint sich zu winden, aber der Profi führt die Zügel: Weitere Sonderspiele – am Ende sind es mehr als 200 – zwingen das Gerät schließlich in den elektronischen Offenbarungseid.



Ansturm in der Lotto-Annahme*: „Optimistisch, modern, risikofreudig"

Nach einer Stunde ungleichen Kampfes entleert sich der Münzesel: Die Fünfmark-, die Zweimark- und Markstücke kollern aus den Speichern, mit flinker Handbewegung fächert der Disc-Zampano den Münzsturz in die Auffangrinne.

Die Aufsicht der Spielhalle vollzieht den letzten Akt. Wenn so viele Markstücke purzeln, ist die Sache klar: Die Speicher für Fünfmark- und Zweimarkmünzen sind leer – ein Stück Tesakrepp, über den Münzschlitz geklebt, besiegelt das Automaten-Schicksal: „Der ist wohl rasiert!"

Zwei Stunden und zehn Minuten Arbeit, zwölf Zigaretten, gut 300 Mark Ausschüttung bei 26 Mark Einsatz – für Jochen M. ist das nur die erste Etappe eines Zehn-Stunden-Pensums. Weitere Automaten in anderen Spielhallen, alle bereits „angespielt", bei allen demnach das jeweils laufende Unterprogramm schon klar, stehen auf dem Tagesprogramm.

Am Ende, bald nach Mitternacht, wird Jochen M. die rechte Brusttasche seiner Lederjacke mehr als zur Hälfte mit Silbergeld gefüllt haben. „2000 Mark ungefähr", so weiß er aus Erfahrung, „passen da rein."

* Am „Super-Jackpot-Wochenende" im Januar.

** Das Gesamtprogramm umfaßt 64 Unterprogramme zu je 160 Codezahlen; jeweils eines der Unterprogramme, das nach einem Zufallsprinzip ausgewählt wird, steuert den aktuellen Spielverlauf.

durch das Glücksspiel verstärken (bewußte Selbstschädigung).

Dagegen bringt die Automaten-Branche ihre Gutachter in Stellung. Deren These lautet zusammengefaßt: Exzessive Spieler sind Neurotiker und haben mithin erst ein psychisches Problem und gehen dann zur Ablenkung zocken. Streit gibt es auch über die Zahl der abhängigen Spieler: Allenfalls 20 000, sagt die Automaten-Lobby, weit über 300 000 vermutet die Meyer-Fraktion.

Die Binsenweisheit, daß auch Alkoholiker über eine Seelen-Störung an den Schnaps kommen, blendet die Automaten-Fraktion gern aus: Das Wort „Sucht" im Zusammenhang mit Spielen paßt so gar nicht zum frohen Freizeit-Menschen und ist schlecht fürs Geschäft.

Für Therapeuten wie Walther Lechler, den Leiter der Klinik Bad Herrenalb, ist die Debatte um das Wort müßig: „Bei den Spielern, die zu uns kommen, sehen wir ähnliche Einstellungen, Lebenshaltungen und ähnlich katastrophale Folgen wie bei Alkohol- und Medikamenten-Abhängigen."

Nicht nur in Lechlers Klinik ist die Zahl der Spieler in den letzten Jahren gestiegen. Dutzende von Organisationen, oft Selbsthilfegruppen „Anonyme Spieler", die nach dem Vorbild der „Anonymen Alkoholiker" vorgehen, suchen der grassierenden Sucht beizukommen.

„Erstens gibt es mehr Spielhöllen", sagt Andreas Schulz von der Düsseldorfer Kontaktstelle der Selbsthilfegruppen, „und zweitens eine Reihe von Leuten, die erst von harten Drogen auf Medika-

mente und schließlich aufs Spielen umgestiegen sind."

Besonders anfällig, so der Stuttgarter Suchtberater Gunther Zeltner, seien Arbeitslose und Frühpensionäre. Wer zockt, spürt „einfach die innere Leere nicht mehr".

Eine Besonderheit unterscheidet die kranken Spieler in aller Regel von anderen Sucht-Opfern: Sie haben, wie es im Jargon heißt, „ökonomischen Suizid" begangen. Zeltner etwa betreut einen 48jährigen Angestellten, der in Baden-Baden beim Roulette 600 000 Mark gelassen hat. Das Geld wird der Zocker nie zurückzahlen können. Nun lernt er bei den Suchtberatern, sich ein Leben an der Armutsgrenze vorzustellen.

Die Symptome der Spielsucht wiederholen sich stets: Dem Rausch folgt ein regelrechter Kater mit Schuldgefühlen, Selbstmitleid, aber auch körperlichen Folgen wie zitternden Händen, Schlafstörungen oder Kreislaufproblemen. Dagegen hilft wieder nur eins: Zocken.

Helmgard Koch-Witte, Therapeutin in der Düsseldorfer Diakonie, hat unter ihren Patienten die Spielarten untersucht: 90 Prozent seien Automatenspieler, der Rest Kasino-Spieler. Bislang gab es erst einen einzigen süchtigen Lotto-Spieler.

Wie Heroin-Abhängige rutschen suchtkranke Zocker immer öfter in die Kriminalität: „Wenn ich nicht gerade mein Geld verspielte", sagt ein „Anonymer Spieler" aus Hamburg, „kreisten meine Gedanken unaufhörlich um die Geldbeschaffung."

Der Münchner Kripo-Kommissar Edelbauer untersuchte die Motive von 149 Bankräubern: In jedem zweiten Fall hatten Spieler die Kreditinstitute heimgesucht.

Im Norden der Republik kam der Oldenburger Kriminalist Sigmund Janke zu ähnlichen Ergebnissen: „Die Spielsucht von Jugendlichen und Heranwachsenden ist in zunehmendem Maße Motiv für Straftaten."

Die Einzelfälle lesen sich, als sei das behäbige Oldenburg ein Vorort von Chicago: Ein 14jähriger stahl seinen behinderten Eltern 12 000 Mark und verjubelte sie, ein 17jähriger finanzierte seine Spielsucht mit einer Einbruchsbeute, zum Teil aus Automaten, von 5000 Mark. Ein 22jähriger ergaunerte mit gestohlenen Schecks rund 30 000 Mark, 22 Jugendliche begingen zusammen mehr als 500 Diebstähle: Immer war Spielsucht das Motiv.



Spielleidenschaft in der Karikatur (1855): „Mit dem Geld, das ich nicht hab', würd' ich gewinnen"

Suchtforscher Meyer ist inzwischen in mehr als 20 Gerichtsverfahren gegen suchtkranke Spieler als Gutachter aufgetreten. Die Karrieren der Delinquenten ähneln sich, gleichgültig ob sie aus besseren Kreisen stammten oder als „Hallenkinder" galten, wie die Automatenspieler im Milieu heißen: erst ein wenig Gewinn, dann eine oft unerklärliche Zunahme der Spielerei, die ersten Verluste, die ersten Illusionen, höhere Verluste – bis zum Zusammenbruch der Existenz.

Das Karriere-Muster eines Spielers gilt weltweit. In den USA hat der Spielforscher R.M. Politzer inzwischen überschlagen, daß ein suchtkranker Spieler runde 60 000 Dollar an sozialen Kosten verursacht. „Wenn eine Gesellschaft die wachsenden Spielmöglichkeiten billigt", sagt Politzer, „muß sie sich auch um die Opfer der pathologischen Spielsucht kümmern."

AIDS

Barer Unsinn

Das Geschäft mit obskuren Aids-Heilmitteln blüht. Jüngstes Beispiel: der Brotaufstrich „AL 721".

Ein wenig las sich das Rezept, als seien die Hexen in Shakespeares „Macbeth" damit zugange: Drei „aktive Fette" werden aus dem Dotter frischer Eier gewonnen und im Verhältnis 7:2:1 gemischt. Dann kommen noch Aceton, ein Spritzer Äthanol und eine Prise Vitamin E dazu. Das Ergebnis soll Aids-Kranken wieder Hoffnung machen. „Weltexklusiv" veröffentlichten die Rechercheure der „Zeitgeist"-Illustrierten „Wiener" das Rezept für die angebliche Wunderwaffe gegen Aids.

„AL 721" lautet die Chiffre für den Stoff, den der Biophysiker Meir Shinitzky vom israelischen Weizmann-Institut in Rehovot 1981 gefunden hat. 17 Aids-Patienten streichen sich das milchig weiße AL 721 im Tel Aviver Ichilow-Hospital unter ärztlicher Aufsicht seit eineinhalb Jahren zum Frühstück aufs Brot.

Zwar lasse sich, behauptet der „Wiener", mit dem Eier-Medikament Aids nicht heilen, aber der Fortgang der Immunschwäche werde gestoppt. Eine „Mafia aus Politik und Pharma-Industrie" habe die industrielle Fertigung des Mittels bisher verhindert – Verschwörung gegen den Fortschritt der Medizin?

Irgendwo im Text brachten die „Wiener"-Autoren den salvatorischen Hinweis unter, für die „Ungefährlichkeit und Wirksamkeit des Stoffes" könne „keinerlei Garantie" übernommen werden. Wohl wahr: Bislang gibt es keinen einzigen wissenschaftlichen Nachweis für den klinischen Nutzen von AL 721 – auch wenn die Paste unter Infizierten als Geheimtip gilt. So fand die Frankfurter Retrovirologin Helga Rübsamen-Waigmann, als sie letztes Jahr ähnliche Fette in Zellkulturen testete, „keine greifbare Wirkung gegen das Virus".

Die Crux liegt wie so oft bei der Anwendung am Menschen. Während Wirkstoffe Aids-Viren bei In-vitro-Tests (in der Petrischale) schon öfter abzutöten vermochten, gerieten die klinischen Tests am Menschen zum Reinfall: Das Aids-Virus zeigte sich im lebenden Körper gegen alle Nachstellungen gefeit.

Einem kausal wirkenden, brauchbaren Mittel gegen Aids werden die Forscher



DAS REZEPT

AL 721 ist leicht herzustellen, aber in Europa schwer zu beschaffen. In der Bundesrepublik verfügen nicht einmal Universitätsinstitute über den Stoff. Er ist derzeit nur auf dem Schwarzmarkt erhältlich. Offiziell werden etwa 23 Kilogramm AL 721 in Israel hergestellt und von Professor Meir Shinitzky im Weizmann - Institut Rehovot sowie von Dr. Israel Just im Ichilow-Hospital Tel Aviv an Aids-Patienten abgegeben. Unglaublich, daß das Medikament den Aids-Patienten vorenthalten wird. Das WIENER-Foto und das Rezept dokumentieren, daß jeder AL 721 herstellen kann.

„AL 721"-Entdecker Shinitzky, „Wiener"-Rezept: „Verfall wissenschaftlicher Disziplin"

noch Jahre, vielleicht sogar Jahrzehnte hinterherjagen. Mit der 1987 zugelassenen Substanz AZT („Retrovir") besitzen die Mediziner bisher nur ein einziges Mittel, dessen lebensverlängernde Wirkung in klinischen Tests nachgewiesen ist. Doch der Gewinn an Lebenszeit wird teuer erkauft: Knapp jeder dritte AZT-Behandelte leidet unter Blutarmut und einer krankhaften Verminderung der weißen Blutkörperchen.

Jeder vierte Patient, der den Wirkstoff erhält, benötigt Blutübertragungen; in vielen Fällen muß das Mittel, weil seinerseits lebensbedrohend, wieder abgesetzt werden. Noch immer, so konstatierten Münchner Immunologen, stünden die Mediziner vor der Immunseuche „mit fast leeren Händen da".

Kein Wunder, daß im Umfeld von Angst und Hoffnungslosigkeit – ähnlich wie bei Krebskranken – eine fatale Wundergläubigkeit gedeiht. Die Hilflosigkeit der Mediziner und der oft wechselhafte Verlauf der Krankheit machen es selbsternannten Aids-Therapeuten und Geschäftemachern leicht, auch die obskursten Mittel an den Mann zu bringen.

Schätzungsweise eine Milliarde Dollar, so errechnete die US-Arzneimittelbehörde FDA, gaben amerikanische HIV-Infizierte im vergangenen Jahr für fragwürdige und betrügerische Aids-Therapien aus. Bis zu vierstellige Beträge knöpfen deutsche Aids-Bekämpfer ihren Patienten für medizinischen Hokuspokus und abenteuerliche Cocktails ab. Auch in der Bundesrepublik wird gegen Aids aufgeboten, was immer pseudomedizinische Phantasie sich ausdenken mag. Beispiele:

- ▷ Ozon-Therapie – Eigenblut des Kranken wird mit Ozon angereichert und in den Kreislauf zurückgeleitet; das Gas soll beim Zerfall Energie freigeben, die das Virus angreift; der Medizinspuk mag subjektiv Linderung verschaffen, gegen den Fortgang der Krankheit vermag er nichts.
- ▷ Thymus-Therapie – schon 1985 behauptete Heilpraktiker Manfred Köhnlechner, er habe Aids-Kranke erfolgreich mit Thymusdrüsenextrakt behandelt; seither hält sich der Münchner Guru mit Erfolgsmeldungen zurück (Heilpraktiker dürfen die Infektionskrankheit Aids nicht behandeln).
- ▷ Vitamin-Therapie – mehr als 150 Aids-Patienten verabreichte der US-Arzt Robert F. Cathcart Vitamin-C-Dosen von bis zu 120 Gramm pro Tag; die Kranken wurden nicht geheilt, aber sie fühlten sich laut Cathcart „besser denn je".

Die „Wunderheiler treten auf den Plan", kommentierte die „Frankfurter Rundschau" eine Veranstaltung der Aids-Hilfe, bei der Opfern der Immunseuche das klassische Repertoire der Alternativmedizin vorgeführt wurde: von makrobiotischer Diät und Meditation bis hin zu Homöopathie, Darmsanierung und Psychotherapie. Und immer wieder mal müssen in das Geschäft mit den Ängsten und Nöten der Betroffenen auch die Staatsanwälte eingreifen.

So wanderte Ende Dezember ein 55jähriger Mann aus der Nähe von Hannover in Untersuchungshaft, weil er das angebliche Aids- und Krebswunderheilmittel „Novomycellin", das in der Bundesrepublik nicht zugelassen ist, für knapp 1900 Mark pro 100 Milliliter verkauft hatte. Das Präparat, so stellte sich heraus, war aus entmineralisierter Batterieflüssigkeit und Roßkastanienextrakt hergestellt.

Doch auch deutsche Hochschulmediziner scheinen vor der Versuchung nicht gefeit, sich im Rummel um Aids mit fragwürdigen Erkenntnissen einen Namen zu machen.

Mit einem aus dem Blut der Erkrankten gewonnenen Impfstoff („lymphozytäre Autovakzine") behauptete Anfang letzten Jahres der Blutgerinnungsexperte und Transfusionsmediziner an der Universität Düsseldorf, Professor Herbert Brüster, Aids-Patienten geholfen zu haben. Unter den Hochschulkollegen Brüsters löste die Erfolgsmeldung einen Sturm der Entrüstung aus.

In den Falldokumentationen des Düsseldorfers wimmle es nur so von „Auslassungen, Fehlern und Ungereimtheiten", monierten Münchner Immunologen; Brüsters „Märchenonkel-Sprache", der „niedergeschriebene bare Unsinn", so attackierten ihn Kölner Virologen im „Deutschen Ärzteblatt", sei „symptomatisch für einen beklagenswerten Verfall wissenschaftlicher und publizistischer Disziplin unter dem Vorwand eines Ausnahmezustandes bei Aids".

Auch den israelischen Brotaufstrich AL 721 können sich Aids-Patienten mittlerweile bei Brüster besorgen. „Ersatzweise" will der Professor die aktiven Fette aus frischem Hühnereidotter bei Patienten probieren, die AZT nicht vertragen. Vor falschen Hoffnungen auf den vermeintlichen Aids-Killer hatte allerdings schon im April letzten Jahres das israelische Gesundheitsministerium gewarnt.

„Fast jeden Tag", so der Berliner Aids-Therapeut Hans Dieter Pohle, bekomme er den Hinweis auf ein neues Mittel gegen die Seuche. Doch Zweifel, so der Mediziner, seien „nach fünf Jahren intensiver Forschung angebracht". Pohle: „Bisher hat alles versagt."

Besonders sensibilisiert für die Tricks mit Aids sind Ärzte, die ihre Patienten auch dann noch betreuen, wenn das Leben zur Neige geht. Die Propaganda um AL 721 rieche nach „hit and run"-Betrug, argwöhnt der Frankfurter Aids-Experte Professor Wolfgang Stille. Kollegin Eilke Brigitte Helm empfindet ähnlich: Leere Versprechungen, sagt sie, seien eine „Gemeinheit angesichts der Tatsache, daß Aids eine tödliche Krankheit ist".

AUTOMOBILE

Gefahr aus dem Äther

Mitsubishi stellt seinen „Galant" vor – vollgestopft mit Elektronik. Wird das zunehmende Gewirr elektronischer Schaltkreise am Ende anfällig gegen Störungen?

Wer die besten Autos der Welt baut – für Deutschlands Autobosse ist das keine Frage. „Ich bin sehr glücklich", urteilt BMW-Chef Eberhard von Kuenheim über die japanische Konkurrenz, „daß der technische Abstand noch ganz beträchtlich ist." Auch Daimler-Benz-

Vorstand Werner Niefer mäkelt: Zwar hätten die Japaner „viel Schnickschnack in ihren Autos, den sie als High Tech verkaufen", aber „in Wahrheit ist es Low Tech".

Vergrämt über solche Urteile, setzten letzte Woche die Ingenieure des japanischen Herstellers Mitsubishi zum großen technischen Paradesprung nach vorn an: In Lissabon präsentierten sie ihre neue „Galant"-Baureihe, deren Spitzenmodell eine solche Fülle technischer Finessen enthalten soll, wie sie „bislang noch kein Hersteller" bieten könne – auch die Deutschen nicht.

Für die – frühestens ab Dezember in der Bundesrepublik erhältliche – 144 PS starke und 205 km/h schnelle, rund 45 000 Mark teure Mittelklasselimousine wurde alles aufgeboten, was die Techniker in Tokio derzeit auf Lager haben:

Die Liste der Vorzüge, die mit der „revolutionären Konstruktion" (Mitsubishi) des Galant-Flaggschiffs angeblich erlangt wurden, liest sich wie eine einzige Klage über all jene bedauernswerten Autofahrer, die sich noch immer in einem herkömmlichen Daimler oder BMW über die Straßen schleppen. Das – laut Mitsubishi – „unstreitig fortschrittlichste Fahrwerks- und Antriebssystem der Welt" soll so ziemlich alles besser machen als bisher: von der Bodenhaftung bis zum Bremsverhalten, vom Geradeauslauf bis zur Beschleunigungsstabilität. Auch überhöhte Kurvengeschwindigkeiten, heißt es, könne der Wagen schon mal verzeihen, und durch das perfektionierte „Lenkansprechverhalten" blieben dem Fahrer deutlich längere Reaktionszeiten als in anderen Autos.

Neuer Mitsubishi Galant: High Tech oder Low Tech?

von der hydraulisch gesteuerten Allradlenkung (die bei mehr als 50 km/h automatisch einsetzt) über permanenten Allradantrieb mit Viskose-Kupplung und eine neuartige, im Rennsport erprobte Einzelradaufhängung bis hin zu einer besonderen Vierventiltechnik, die der Leistungssteigerung des Katalysator-Motors (zwei Liter Hubraum, Vierzylinder) dienen soll*.

Ein Antiblockier-Bremssystem (ABS) für alle vier Räder versteht sich da fast schon von selbst. Und auch an Umweltbewußte ist gedacht: Ein neues Schadstoffprüfsystem soll dem Fahrer innerhalb von fünf Sekunden anzeigen, ob Gemischaufbereitung und Abgasreinigung reibungslos funktionieren. Ein Mitsubishi-Manager: „Toll. Alle Grünen müssen jetzt Galant fahren."

* Die 22 900-Mark-Version (1,8 Liter Hubraum, 86 PS) sowie der 26 700 Mark teure Typ 2000 (2 Liter, 109 PS) sollen bereits im Frühjahr auf den deutschen Markt kommen.

Konsequent schreiten die Japaner mit dem Galant fort auf einem Weg, an dessen Ende die elektronische Allgewalt im Fahrzeug stehen könnte: Vermeintliche technische Vorzüge werden erkauft durch das Hinzufügen immer neuer elektrischer Schalt- und Regelkreise – eine Entwicklung, die längst nicht alle Autoingenieure für richtig halten. Denn Elektronik hat auch ihre Tücken.

Je mehr Sensoren und zentral gesteuerte Mikroprozessoren unters Blech gepflanzt werden, um so anfälliger wird das Gesamtsystem für Störungen und um so höher wird das Risiko möglicher Ausfälle einzelner Systeme.

„Ein Auto", klagte beispielsweise Testingenieur Don W. Briggs von General Motors, „hat große Stromkreise und damit aufnahmefähige Antennen für den Ätherschmutz" – gemeint ist der Wirrwarr unzähliger unsichtbar umhergeisternder elektromagnetischer Wellen.

Abgestrahlt werden die potentiellen Störenfriede von Haushaltsgeräten wie Staubsaugern und geheizten Bettdecken, von Verkehrsampeln, Heimcomputern und Radiosendern, aber auch von Industrierobotern und von Radargeräten, die der Flugüberwachung dienen. Mitunter kann der unkontrollierte Wellensalat wichtige Elektroniksysteme irritieren.

Solche Fälle sind aus der Luftfahrt bekannt geworden – als Ursache eines Tornado-Absturzes der Bundeswehr im Juli 1984 wurde beispielsweise vermutet, der Sender „Radio Free Europe" habe die sensible Steuerungsautomatik des Kampfflugzeugs außer Betrieb gesetzt.

Aber auch aus dem Straßenverkehr wurden – wenn auch harmlosere – Störfälle dieser Art gelegentlich gemeldet. So versagte die ABS-Anlage in einem Porsche 928 an einer Stuttgarter Straßenkreuzung; schuld war ein Schaltkasten am Straßenrand. Der Motor eines Opels geriet regelmäßig ins Stottern, wenn sein Besitzer den Antennenwald der Deutschen Welle bei Jülich passierte. Golf-Fahrer in Süddeutschland wunderten sich, daß der Scheibenwischer in Funktion trat, wenn sie von einem Feuerwehrwagen (mit defekter Funkantenne) überholt wurden.

Um die Gefahr aus dem Äther zu bannen, arbeiten Behörden und Automobilkonzerne an wirksamen Schutzvorrichtungen. So wurde auf der Autobahn A 8 bei Heusweiler im Saarland ein sonderbares Stahlnetz über die Fahrbahn gespannt. Die geerdeten Strippen sollen dem nahen Sender der „Europawelle Saar" seine gefährliche Wirkung nehmen. Firmen wie Ford oder Fiat leisten sich Speziallabors, in denen der Einfluß elektromagnetischer Störquellen auf die Schaltkreise erforscht werden soll.

Natürlich beteuern auch die Mitsubishi-Ingenieure, sie täten alles, um für die perfekte Abschirmung der elektronischen Systeme gegen Streustrahlungen zu sorgen. Aber noch härter wollen die Japaner künftig darum ringen, die äußere Verpackung ihrer Serienautos zu verbessern: Wenn nicht bei der Technik (wie die deutschen Bosse bemängeln) – bei der Ästhetik hapert's jedenfalls.

Während Verarbeitung, technischer Standard und Preispolitik der Fernost-Mobile bei westlichen Autokritikern und Verbrauchern kaum mehr Grund zum Tadeln bieten, gilt ihr Blechkleid nach wie vor als hausbacken und bieder. Auch der neue Galant, kritisierten viele Autotester letzte Woche in Lissabon, werde „wohl kaum einen Schönheitspreis gewinnen".

Flache Schnauze, bulliges Heck und dazwischen Türen mit barockem Faltenwurf – das geht in der Automode der späten achtziger Jahre allenfalls als uniforme Massenware weg. „Auch wenn die Leute unsere Autos bislang gelobt haben", mußte Mitsubishi-Designer Hitoshi Mizutani ernüchtert feststellen, „eine wirkliche Begeisterung war nie zu spüren."

Selektion im Mutterleib

Ein neues Kapitel in der modernen Fortpflanzungsbiologie haben amerikanische Ärzte eröffnet: mit der „selektiven Abtreibung“. Nicht zuletzt, weil die Ärzte unter Erfolgszwang stehen, kommt es bei Hormonbehandlungen unfruchtbarer Frauen und bei künstlicher Befruchtung häufig zu Mehrlingsgeburten. Schon in der Frühphase einer Schwangerschaft läßt sich auf Ultraschall-Aufnahmen erkennen, wie viele Föten im Mutterleib heranwachsen. In einem bekannt gewordenen Fall waren es Achtlinge; die Ärzte entschlossen sich daraufhin, sechs der gerade erst vier Zentimeter großen Föten abzutöten. Dies geschieht, indem – unter Ultraschall-Kontrolle – den am besten zugänglichen Föten Kaliumchlorid in den Brustraum injiziert wird, was zum Herzstillstand führt. Schwere Bedenken äußerten Rechtswissenschaftler und Mediziner angesichts eines Falles, bei dem durch selektive Abtreibung Vierlinge zu Zwillingen „reduziert“ wurden. Befürworter halten den Eingriff für gerechtfertigt, wenn fünf oder mehr Föten eine Fehlgeburt unausweichlich erscheinen lassen. Gegner meinen, daß eine gezielte Abtreibung von gesunden Föten alle bisher gezogenen ethischen Grenzen verwische – so werde es dahinkommen, daß schließlich auch ein einzelner Fötus abgetrieben werde, nur weil er nicht das von den Eltern gewünschte Geschlecht hat.



Turiner Leichentuch

Leichentuch Jesu in drei Labors

Das Alter des Turiner Leichentuchs, in das angeblich der Leichnam Jesu gehüllt wurde, soll jetzt bestimmt werden – wenn der Vatikan nicht noch einen Rückzieher macht. Schon 1986 war vereinbart worden, daß die Reliquie von sieben Labors untersucht werden sollte. Jetzt will der Vatikan nur noch drei Labors Gewebeproben des 4,50 mal 1,10 Meter großen Leinentuchs mit dem gespenstisch anmutenden Gesichtsabdruck überlassen. Jedes Labor soll Gewebefäden aus dem Hauptteil des Leichentuches erhalten. Doch selbst wenn die Datierung ergeben sollte, daß die Proben 2000 Jahre alt sind, wäre damit nur erwiesen, daß es sich um ein 2000 Jahre altes Leichentuch handelt.

Zunge raus – Abstand halten!



Schüler beim konzentrierten Arbeiten

Warum lassen viele Menschen, wenn sie sich konzentrieren, die Zunge aus dem Mund gleiten? Dieser drängenden Frage sind Psychologen der University of Western Australia lange nachgegangen, jetzt haben sie die Antwort gefunden: Eine zwischen den Lippen herausragende Zunge signalisiert, daß ihr Besitzer nicht gestört werden möchte. Daß die Zunge ihre Funktion gleichsam als „Bitte nicht stören“-Schild erfüllt, wiesen die Experten mittels eines Tests nach. Dabei beorderten sie Studenten zu einem Schein-Examen, dessen Aufgaben auf vier Seiten niedergelegt waren. Da eine unleserlich war, mußten sich die Probanden beim Aufsichtspersonal ein neues Blatt holen. Manche der Aufseher hörten Musik per Kopfhörer, andere trugen einen abwesenden Gesichtsausdruck zur Schau oder taten so, als seien sie eingenickt. Zeitweilig ließen sie ihre Zungen hervorlugen. Ergebnis: „Die Studenten zögerten weit länger, wenn sie einen Aufseher ansprechen mußten, dessen Zunge zu sehen war.“

Rückkehr zum Wohlgeschmack?

Einen faden Dickhäuter haben die Agrarzüchter aus dem einst würzigen Paradiesapfel gemacht – nun soll die Tomate ihr altes Aroma wiedererhalten. In den Labors der biotechnischen Firma NPI in Salt Lake City sind Gen-Ingenieure damit beschäftigt, mindestens sechs geschmacksbestimmende Gene von Tomaten durch radioaktive Markierung kenntlich zu machen. Bei späteren Zucht-Experimenten ließe sich dann anhand der Samen feststellen, ob die Pflanze mit den gewünschten Aromen ausgestattet sein wird. Auf diese Weise soll Genmanipulation wiedergutmachen, was die jahrzehntelange Zucht transportfester, haltbarer Handelsware versaut hat. Voraussichtlich 1989 könnten die gentechnisch verbesserten Aroma-Tomaten auf den Markt kommen. Mit ähnlichen Genmanipulationen sollen auch besonders süßer Mais und vitaminreiches Obst gezüchtet werden.



Genmanipulierte Aroma-Tomaten

Aids-Schrecken in Bulgarien

Eine böse Überraschung lieferte ein Aids-Test gefährdeter Frauen in der nordwestbulgarischen Industriestadt Wraza. In dem fernab aller Touristenwege gelegenen Ort (60 000 Einwohner) erwiesen sich 16 Prostituierte als Aids-positiv. Die Regierung in Sofia beschloß daraufhin, Aids vorrangig zu bekämpfen: Mit Hilfe von 600 000 im westlichen Ausland eingekauften HIV-Tests sollen umgehend alle „Risikopersonen“ getestet werden. Zu den Aids-Gefährdeten zählen nach bulgarischer Definition Homosexuelle, Bluter, Prostituierte, Studenten, Funktionäre, Soldaten, Auslandsreisende und Ausländer mit längerem Aufenthalt in dem Balkanstaat. Der HIV-Antikörpertest wurde auch für Heiratswillige und Schwangere eingeführt, ebenso eine Meldepflicht für Positive.

BIRNEN

Die Birnen waren alles andere als gewöhnliche Birnen. Denn sie stritten heftig darüber, welche von ihnen wohl das beste Desktop Publishing System zu bieten habe: „Seht mich an“, rief die erste, „mein Äußeres weist nicht den geringsten Makel auf, das müßt Ihr zugeben.“ – „Geschenkt“, antwortete die zweite süffisant, „Du vergißt nur zu erwähnen, daß es immer eine Ewigkeit dauert, bis Du reif bist.“ – „Tu doch nicht so“, ereiferte sich die dritte und wandte sich an die zweite: „Du selbst bist doch nur zu genießen, wenn man gartentechnisch über Meisterhände verfügt.“ – „Genau“, frohlockte die erste und ließ auch die dritte nicht ungeschoren: „Deine Schönheit, meine Liebe“, flötete sie, „muß viel zu teuer erkauft werden.“ Und während die drei Birnen noch stritten, erschien der Apfel. Sofort wollten sich zwei von ihnen auch mit dem Apfel messen, als die dritte fragte: „Kann man überhaupt Birnen mit Äpfeln vergleichen?“

Das Apple Symbol, die Namen Apple und Macintosh sind lizenzierte Warenzeichen von Apple Computer Inc.



Informationen: APPLE COMPUTER GMBH, Ingolstädter Straße 20, 8000 München 45

SK

OP

SHING

APFEL

Der Apfel war alles andere als ein gewöhnlicher Apfel. Denn bei ihm handelte es sich um den Apple-Apfel. Und weil das so war, genügte es ihm beileibe nicht, nur ein Desktop Publishing System zu bieten, das perfekt war: Brillant im Ergebnis, verblüffend einfach in der Anwendung, erstaunlich in der Vielseitigkeit – und bei allem durchaus erschwinglich. Nein, im Apple-Apfel waren schon wieder weitere Ideen gereift. Ideen, die dem Menschen dabei helfen, über sich selbst hinauszuwachsen. Wie alles von Apple.

IMPRINTA 88
DÜSSELDORF
18.-24.2.1988
HALLE 5 - STAND F 29



Apple Computer

The power to be your best.™

TEAM/BBDO Hamburg

personalien

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

ZEUGNIS

für Rau, Johannes — 87/88

Lektionen: 116 — 35 Stunden — 1 mal

LEISTUNGEN:

1.	mangelhaft	7.	gut
2. Förderung von Schülerinnen und Schülern	mangelhaft	8.	mangelhaft
		9.	befriedigend
3.	ungenügend	10.	mangelhaft
4.	mangelhaft	11. Freundlichkeit	gut
5. Kooperation mit der GEW	mangelhaft	12.	mangelhaft
6.	ausreichend		

Zusätzliche Leistungen: Johannes hat in diesem Halbjahr keine weiteren Leistungen erbracht

Bemerkungen: Johannes sollte im 2. Halbjahr am Förderunterricht teilnehmen.

Bonn, den 29.1.88

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)
Stadtverband Bonn
Maximilianstr. 14 (DGB-Haus)
5300 Bonn 1
Tel. (02221) 65 39 66

17.2. 20.00 Uhr.

Friedrich Zimmermann, 62, Bundesinnenminister, umwarb im Auftrag des Kanzlers einen Sozi. Telephonisch meldete sich der CSU-Mann beim nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau und bat um Unterstützung beim Kampf um die Kunstsammlung von Hans Heinrich Thyssen-Bornemisza. Der deutschstämmige Industriellensproß mit Sitz in Lugano sucht seit Monaten für große Teile seiner Bilderkollektion eine neue Heimat und wird weltweit von Politikern und Stiftungen umworben. Helmut Kohl, so Zimmermann zu Rau, sehe in dem Erwerb der Sammlung eine „einmalige Gelegenheit", den Ruf der Bundeshauptstadt zu polieren. Geplant ist, in der Nähe des Bundeskanzleramtes ein eigenes Thyssen-Museum zu bauen. Rau, der bislang den reichsten Schweizer ebenfalls umgarnt hatte, versprach dem Christsozialen eine Doppelstrategie: Öffentlich will er weiterhin für einen Standort im Ruhrgebiet eintreten, gegen Bonn wolle er allerdings nicht antreten – die Stadt liege immerhin in NRW.



Georg Bamberg, 52, SPD-Bundestagsabgeordneter aus Rosenheim, gewann als erster Deutscher in der 20jährigen Geschichte des Coupe d'Europe das Skirennen europäischer Parlamentarier in Val d'Isère. Beim Riesenslalom auf der Weltcup-Strecke ging er mit 1,31 Sekunden Vorsprung vor dem Favoriten Prinz Henri von Luxemburg (49,29 Sekunden) durchs Ziel. Trotz Bambergs schneller Abfahrt (Photo o.) kam die deutsche Mannschaft lediglich auf Platz fünf, weil die Genossen Peter Büchner und Hermann Wimmer sowie die CSU-Kollegen Michael Glos, Günther Müller und Lorenz Niegel nur zwischen Rang 14 und 27 landeten.

Johannes Rau, 57, nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, bekam am vorvergangenen Wochenende zusammen mit Millionen von Schülern ein Zeugnis – vom Bonner Stadtverband der Lehrer-Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Die Pauker, vergrätzt darüber, daß der Landesvater keine Zeit fand, sich ihre Anliegen und Forderungen anzuhören, stuften Rau zwischen „mangelhaft" und „ungenügend" (Abb. o.) ein und bewerteten lediglich seine Volkstümlichkeit und Freundlichkeit mit einem „gut". Trotz der Mahnung, im zweiten Halbjahr am Förderunterricht teilzunehmen, läuft der Düsseldorfer Regierungschef Gefahr, das Klassenziel bis zum Sommer nicht zu erreichen: Bislang bemühten sich die Gewerkschaftsfunktionäre vergebens um einen Termin für die Zeugnisübergabe.

Gerhard Stoltenberg, 59, Bundesfinanzminister, hat durch schlechtes Haushalten Geld gespart. 1983 hatte er im Kreis von Parteifreunden versprochen, wenn er es schaffe, die Neuverschuldung des Bundes im Jahr 1987 auf 25 Milliarden Mark zu drücken, werde er für die gesamte CDU/CSU-Fraktion ein riesiges Fest schmeißen. Wolfgang Schäuble, damals noch Parlamentarischer Geschäftsführer, hielt die Zusage schriftlich fest und ließ sie von Stoltenberg gegenzeichnen. Am vorigen Montag – als Wiedervorlagetag war der 1. Februar 1988 vereinbart – mußte Schäuble „leider feststellen, daß Stoltenberg nicht zu zahlen braucht". Die Neuverschuldung belief sich auf über 27 Milliarden.



John Connally, 70 (Photo l., mit Ehefrau Nellie), Ex-Gouverneur von Texas und Ex-Finanzminister der Vereinigten Staaten, bleibt auch nach dem Konkurs seines Immobilien-Imperiums der Gang zum Arbeitsamt erspart. Der knorrige Texaner, der seinen Gläubigern knapp 50 Millionen Dollar schuldet und bei der Versteigerung seines persönlichen Besitzes vor vollem Haus (Photo u.) rund drei Millionen Dollar erzielte, hat gute Aussichten, in die Washingtoner Anwaltskanzlei eines alten Freundes einzutreten. Solange hält er sich mit Werbespots für die „Houston's University Savings", viertgrößtes Kreditinstitut des Bundesstaates, über Wasser. Die Reklame besticht durch Lebensnähe: „Obwohl wir unser Leben lang hart gearbeitet haben, lief nicht alles wie geplant. Aber das ist in Ordnung; denn es gibt keinen besseren Platz als Texas, um durchzustarten und ein bißchen zu sparen."



Hans-Jochen Vogel, 62, wurde vom Kölner Boulevardblatt „Express“ per Setzfehler vom Genossen- zum Gangsterboß befördert: „So haben die Ganoven ihren strengen Vorsitzenden noch nie gesehen“, berichtete die Zeitung am letzten Donnerstag über Vogels Geburtstagsfeier „in einem Büro an der Baracke“. „Auf den Knien“ sei der Jubilar dort gesichtet worden, „nur mit weißen Socken an den Füßen . . . in einer Moschee“. Tatsächlich hatte der SPD-Vorsitzende zum 62. Geburtstag von vier Mitarbeiterinnen seines Parteibüros ein gerahmtes Bild bekommen. Es zeigt den, wegen seines harten Führungsstils oft gescholtenen, Chef in ungewohnter „Demutshaltung“ (Vogel): kniend, aber keineswegs hüllenlos, sondern nur ohne Schuhe und auch nicht in einer Moschee, sondern in einem japanischen Tempel (Photo u.).

Norbert Blüm, 52, Bundesarbeitsminister, traf beim internationalen Managersymposium in Davos einen alten Bekannten aus dem Fußballstadion. Beim Betreten des Kongreßzentrums grüßte ihn just jener Eidgenosse („Norbert, wie geht es dir?“), der 1986 beim Endspiel der Fußball-Weltmeisterschaft in Mexiko-Stadt neben ihm gesessen hatte. Seinerzeit hatten sich die beiden Nachbarn so gut verstanden, daß sie nach dem Spiel auf „Norbert“ und „Kurt“ tranken. In Davos erst erfuhr Blüm, daß er damals nicht, wie er glaubte, neben einem sympathischen Fußballfunktionär gesessen hatte: Blüms Kumpel Kurt war Kurt Furgler, ehemaliger schweizerischer Bundespräsident, in Davos Schirmherr der Manager-Tagung.

Heiner Geißler, 57, CDU-Generalsekretär, akzeptierte in der NDR-Talkshow zwar die Entschuldigung des Ex-Fernsehshowmasters Hans-Joachim Kulenkampff, der ihm vorgeworfen hatte, „schlimmer als Goebbels“ zu sein, gegen den SPD-Bundestagsabgeordneten Albrecht Müller aber, der Kuli öffentlich unterstützt hatte, ging er jetzt juristisch vor. Müller, der Geißlers Gegenkandidat im Wahlkreis Südpfalz ist, soll nicht mehr erklären, Kulenkampff habe beschrieben, „was Geißler bisher gesagt und getan“ hat. Selbst Geißler-Äußerungen, so dessen Anwälte, dürfe Müller in diesem Kontext „nicht mehr wiederholen, und/oder verbreiten lassen“. Dazu zählen das Geißler-Wort, die SPD sei die „fünfte Kolonne“, aber auch dokumentarisch belegbare Geißler-Attacken gegen den Polit-Graphiker Klaus Staeck.

ZITATE

„Die Bonner Inszenierungen sind nicht immer vergnügungssteuerpflichtig.“

Lothar Späth, *baden-württembergischer Ministerpräsident.*



„Wir haben nur die Wahl: Verändern oder verenden.“

Norbert Blüm, *Bundesarbeitsminister, über die Reform der Krankenversicherung.*



„Nur 0,2 Milligramm Plutonium war in den Fässern. Das muß man sich mal auf der Zunge zergehen lassen.“

Karlheinz Kaske, *Siemens-Vorstandsvorsitzender, über falsch deklarierte Atommüllfässer.*



„Johannes Rau hält Parteibuchwirtschaft schon für Wirtschaftspolitik.“

Christa Thoben, *stellvertretende Vorsitzende der CDU in NRW.*



„Wie war noch der Name von diesem Menschen mit Donna Rice?“

Hosni Mubarak, *ägyptischer Staatspräsident, auf der Suche nach dem Bewerber um die US-Präsidentschaftskandidatur Gary Hart.*

FRAGEN AN



GERD KÄFER, 55. Der Chef des Münchner Feinkost- und Partyservice-Unternehmens verkauft jährlich rund zwei Tonnen Kaviar. Kaviar aber wird bald knapp: Die Sowjet-Union erließ ein kommerzielles Fischfangverbot für das Asowsche Meer, weil der Wasserspiegel durch Industrieableitungen dramatisch gesunken und der Kaviar-Lieferant Stör damit vom Aussterben bedroht ist.

SPIEGEL: Stellen Sie sich auf Hamster-Käufe ein?

KÄFER: Nein, wir sind russenunabhängig. Wir verkaufen zu 90 Prozent iranischen Kaviar.

SPIEGEL: Eignen sich denn angesichts der Baisse an der Börse Sewruga oder Beluga für gewinnträchtige Anlagegeschäfte?

KÄFER: Kaviar ist nur begrenzt haltbar, und wahre Liebhaber schauen nicht auf den Preis.

SPIEGEL: Gibt es für den verwöhnten Gaumen eine Alternative zum Stör-Kaviar?

KÄFER: Gar keine. Der rote Lachskaviar ist nicht zu vergleichen.

SPIEGEL: Wie steht's mit den französischen Schneckeneiern?

KÄFER: Die sind viel teurer und kein Ersatz für Kaviar.

SPIEGEL: Was spricht gegen eine Käfer-eigene Stör-Zucht im Starnberger See?

KÄFER: Alles. Weil ich davon nix versteh'.

SPIEGEL: Aber Sie würden sich an die Spitze einer Vereinigung von Kaviar-Freunden aller Länder zur Rettung des russischen Störs stellen?

KÄFER: Sofort.



register

GESTORBEN

Ehmi Bessel, 83. In den Gazetten spielte sie die größte Rolle auf den Gesellschaftsseiten: Ehmi Bessel als „aufopfernde“ Mutter dreier Kinder und „Frau an seiner Seite“. Dabei war dies nur der private Teil als Frau von Werner Hinz und Mutter von Dinah, Michael und



Knut. Daß der häufig mehr Aufmerksamkeit erregte als ihre beruflichen Erfolge am Düsseldorfer Schauspielhaus, den Münchner Kammerspielen, dem Hamburger Schauspielhaus, lag an ihr selbst: „Als wir heirateten, da sagte ich mir: Einer muß nun mit seinem beruflichen Ehrgeiz zurückstecken. Und das muß die Frau sein.“ Dabei hat die Tochter eines Kaufmanns und einer Bäuerin aus Bessarabien im Laufe ihrer mehr als 50jährigen Schauspielerkarriere viel Kritikerlob für große Frauenrollen wie Ibsens „Nora“, Lessings „Minna von Barnhelm“ oder Hebbels „Maria Magdalena“ erhalten. 1947 gehörte sie zum Ensemble, das zwischen den Ruinen der ehemaligen Reichshauptstadt Bert Brechts „Furcht und Elend des Dritten Reiches“ zum erstenmal auf eine deutsche Bühne brachte. In den sechziger Jahren übernahm sie Fernsehrollen, spielte in der Kinoversion „Bekenntnisse des Hochstaplers Felix Krull“ mit Horst Buchholz. Sie akzeptierte ihren Platz zwei auf den Familienbildern des Schauspielclans Hinz, wenn auch mit dem Wissen um die entgangenen Chancen: „Vielleicht hätte ich egozentrischer sein müssen.“ Ehmi Bessel starb am vergangenen Mittwoch in Hamburg.

James Rhyne Killian jr., 83. Als die Sowjets 1957 ihren „Sputnik“ in den Weltraum schossen, wurde der Wissenschaftsmanager zum unentbehrlichen Berater amerikanischer Präsidenten. Unter dem Druck der erfolgssüchtigen Öffentlichkeit ließ Präsident Dwight D. Eisenhower, der Ex-General, sogar zu, daß die unter Leitung Killians entstehende Weltraumbehörde Nasa eine zivile Behörde wurde. Killian, zuvor ein Jahrzehnt lang an der Spitze des „Massachusetts Institute of Technology“ vor allem als begnadeter Geldbeschaffer aufgefallen, brachte das Raumfahrtprogramm der Amerikaner mit Fachwissen, Organisationstalent und oft zitierter Integrationskraft schnell in Fahrt. Später diente er auch John F. Kennedy, dem er „viel Verständnis“ für die Forschung attestierte, als Ratgeber. Seinem beschwichtigenden Einfluß war es zuzuschreiben, daß der Präsident nach dem „Schweinebucht“-Fiasko die CIA nicht völlig umkrempelte. Mit Augenmaß wollte er auch Korrekturen im amerikanischen Mediensystem durchsetzen: Wegen seines Engagements für das nichtkommerzielle Fernsehen galt er als „Vater des Public Broadcasting“. Doch der gebürtige Südstaatler war in erster Linie an Technologie interessiert, obwohl er sein Fachstudium nur mit dem niedrigsten Grad, dem „bachelor“, abgeschlossen hatte. Später wurde der Farmersohn mit 39 Doktorhüten entschädigt. James Rhyne Killian jr. starb vorvergangenen Freitag in Cambridge, Massachusetts.

Marcel Bozzuffi, 58. Er hatte eine Visage, die sich auf den ersten Blick einprägt: eckig, narbig, mit eisblauem Blick. Ein Publikumsliebling konnte er damit nicht werden, doch seine ständige Präsenz hat ihn über drei Jahrzehnte zu einem der auffälligsten Nebendarsteller im französischen und italienischen Kino gemacht, zu einem Markenzeichen des Krimis: Wo er aus dem Schatten auftauchte, drohte Gefahr. In Filmen von Clément, Melville und Lelouch, von Rosi und Lizzani war Bozzuffi zu sehen, manchmal als harter Bulle, öfter als Killer vom Dienst, so bei seinen effektvollsten Auftritten in Costa-Gavras' Politthriller „Z“ und in William Friedkins Rauschgift- und Mafiafilm „French Connection“. Das Image des Hartgesottenen hat seinen anderen Ambitionen Grenzen gesetzt: Als Autor und Regisseur des Kinofilms „L'Américain“ (1969) hatte er keinen Erfolg, so hat er später nur noch fürs Fernsehen geschrieben und inszeniert und zuletzt auch wieder in Paris Theater gespielt. Marcel Bozzuffi starb vergangenen Dienstag an Krebs.




TECHNIK MIT ZUKUNFT
Die Steyr-Daimler-Puch AG hat Kraft für die Zukunft. Sie verfügt über ein hohes innovatives Potential in Forschung und Entwicklung. Ein Beispiel dafür: die Motorenkonzepte. Sie setzen neue Akzente. Die neuen Motoren nehmen Rücksicht auf unsere Zukunft – Steyr-Daimler-Puch entwickelt und produziert die umweltfreundlichsten Motoren der Welt. Motoren mit besonders niedrigen Emissionswerten. Damit Technik Zukunft hat
STEYR
Steyr-Daimler-Puch AG

DIESE WOCHE IM FERNSEHEN

Montag, 8. 2.

19.30 Uhr. ZDF. Im Schatten der Angst

Wer schreitet so kalt durch den deutschen Thriller? Regisseur Wolf Gremm weiß, daß niemand glaubhafter ein Verbrechen begehen kann als Ruth-Maria Kubitschek (Photo, mit Pinkas Braun). Diesmal ist der blonde Racheengel vom Dienst als betrogene Chefarztgattin zu besichtigen. Um es ihrem Ex-Mann (Dietrich Mattausch) heimzuzahlen, verbindet sich die Betrogene aus kalter Berechnung mit einem anderen. Demnächst will Regisseur Gremm die Kubitschekiade fortsetzen. Thema: ein lasterhaftes Paar. Günter Strack assistiert als der Dicke an der Seite der Heroine.



21.15 Uhr. ZDF. WISO

Themen: Steueramnestie für Zinseinkünfte; Stückgutfracht auf der Bahn; Bestattung nicht mehr auf Krankenschein; Ausbildung zum Altenpfleger.

22.10 Uhr. ZDF. Atelier 4

Der gestrenge Rutenschwinger Franz Xaver Kroetz und der Hanser-Verlags-Mann Michael Krüger, Liktor und Lektor, wenden sich heute dem Wohnungsbau zu. Ihre literarische Kompetenz in diesem Thema wird noch durch ein paar Fachleute arrondiert: den Verleger Wolf-Jobst Siedler, den Architekten und Städtebauer Werner Zlonicky, den Soziologen Werner Durth, den Wohnungswirtschafter Johannes Bauer und Anneliese Theilmeier (Arbeiterwohlfahrt).

22.30 Uhr. West III. Rückblende

Das traurige Ende des Münchner Komikers Karl Valentin, der 1948 starb. In den letzten Lebensjahren wurden seine Rundfunkmanuskripte abgelehnt. Film von Heike Kratzmarzik.

23.00 Uhr. ARD. Pablos Verwandlung

Der Regisseur Manuel Gutiérrez Aragón, neben Carlos Saura bedeutendster Vertreter des spanischen Kinos, bindet mit dieser Märchen-Groteske von 1984 (Szenenphoto) den Zuschauern einen Bären auf: Pablo, ein verwilderter Junge, verwandelt sich in ein Zotteltier und lernt menschliche Verhaltensweisen, bis zu Bärendiensten im Büro.



Dienstag, 9. 2.

19.30 Uhr. Südwest III. Schauplatz Europa

Gelungener TV-Journalismus aus den beliebten französischen Fernsehsendungen: „Questions à domicile“ von TF1 besucht den französischen Kulturminister François Leotard, und „L'heure de vérité“ von Antenne 2 nimmt den Rechtsextremisten Jean-Marie le Pen in die Zange; Schreckensnachricht für Toskana-Fans: Die Einwohner des Weinortes Greve fürchten wegen neuer Mülldeponien um den Chianti Classico.

20.15 Uhr. ARD. Was bin ich?

Gäste? . . . Ach, nein!

21.00 Uhr. ARD. Report

Aus Baden-Baden: Alternative Energien; Müllvergiftung Leverkusen; Moorlager Rickling – KZ der Inneren Mission.

22.25 Uhr. Nord III. Joseph Beuys: Ausfegen

Während sich die Erben streiten (siehe Seite 200), sieht man den Meister in diesem Film von Jürgen Boettcher noch agieren: Er fegt im Jahre 1972 in Berlin Demonstrantenabfall zusammen – Kunst, vergänglich wie die Fettecke.

22.55 Uhr. ZDF. Fabian

Deutscher Spielfilm (1979) nach dem Kästner-Roman.

23.00 Uhr. ARD. Bücherjournal

Beiträge unter anderem: Drei traurige Tiger, Roman des Exil-Kubaners Guillermo Cabrera Infante; das Buch über die androgyne Revolution von Elisabeth Badinter; Landleben im 19. Jahrhundert (Ingeborg Weber-Kellermann); Deutsche Gesellschaftsgeschichte von dem Bielefelder Historiker Ulrich Wehler; ein Beitrag zum 90. Geburtstag von Bertolt Brecht und die erste gesamtdeutsche Ausgabe seiner Werke; das erste Interview mit dem kamerascheuen Autor Jean-Marie Gustave Le Clézio über seinen Roman „Der Goldsucher“; Bücher zur deutschen Gesellschafts- und Alltagsgeschichte: Sigrid und Wolfgang Jacobeit.

Mittwoch, 10. 2.

20.15 Uhr. ARD. Chimären – Fiktion und Wirklichkeit

Das Fernsehspiel von Hans-Rüdiger Minow über Gen-Manipulation (Photo: Gerd Böckmann, Hans-Peter Hallwachs) und die anschließende Reportage von Gero von Boehm über das liebesmüde Hyperschwein wurden vor Monaten wegen König Fußball wegmanipuliert. Auch Fernsehspiele mit Schwein brauchen Schwein, gesendet zu werden.



20.15 Uhr. ZDF. Kennzeichen D

Themen: Schwamm drüber? – Die Bilanz von Waterkantgate; Neue Fragen – alte Rezepte: DDR-Tradition im Umgang mit Andersdenkenden.

21.15 Uhr. Südwest III. Seit 19 Jahren querschnittsgelähmt

Der Beitrag von Karl Wiehn dokumentiert die Rehabilitation einer gelähmten Frau. Leider nur in Baden-Württemberg zu sehen.

22.40 Uhr. ZDF. Mutter Courage und ihre Kinder

Zu Brechts 90. Geburtstag zeigen die Mainzer seine „Chronik aus dem Dreißigjährigen Krieg“ in einer eigenwilligen und umstrittenen Aufführung des Schauspiels Köln (Premiere vor vier Monaten). Regie führt der aus der DDR stammende Manfred Karge, die Titelrolle spielt die populäre Ost-Berliner-Komödiantin Ursula Karusseit. Die „FR“ urteilte, Brecht würde nur „einschüchternd zelebriert“, die „SZ“ hingegen fand, revuehafte Frechtheit mache da aus dem Krieg von gestern „ein Stück Unterhaltungskultur“.

Donnerstag, 11. 2.

20.00 Uhr. West III. Zu allem entschlossen



US-Spielfilm von 1951 (Regie: Joseph Pevney). Ein Nobody (Photo: Frank Sinatra mit Shelley Winters) steigt zum Hollywoodstar auf, bleibt aber abhängig von erpresserischen Nachtklubbesitzern. Die „New York Times" sprach von einem „im ganzen heiteren Märchen". Daß die Wirklichkeit anders war, weiß man seit der Sinatra-Biographie.

20.15 Uhr. ARD. Pro und Contra

Langsam ein Hüter aus dem Tante-Emma-Laden: Unter Ernst Elitz' Leitung wird über Zivilklagemöglichkeit gegen Pornographie diskutiert. Mit Alice Schwarzer.

21.03 Uhr. ARD. Scheibenwischer

Kabarett von und mit Dieter Hildebrandt. Gäste: Henning Venske, Hans Korte, Jürgen Thormann, Petra Zieser, Dieter Landuris.

21.40 Uhr. Nord III. Bücherjournal

Streitgespräch über Literaturkritik zwischen SPIEGEL-Autor Harald Wieser („Von Masken und Menschen") und „Zeit"-Feuilletonist Fritz J. Raddatz („Der Wolkentrinker").

22.30 Uhr. Nord III. Im Gespräch

Ernst Elitz noch einmal, diesmal mit dem Oberrhetoriker Walter Jens.

Freitag, 12. 2.

20.15 Uhr. ARD. Mainz, wie es singt und lacht

Wolle mer se widder reilasse? Besser nicht! Narrhallaabmarsch.

21.45 Uhr. Nord III. Hessen III. NDR-Talkshow

Eingeladen: Julius Hackethal; Paul Bocuse; Schauspielerin Anja Kruse; „Benimm"-Expertin Rositha Nissen.

22.10 Uhr. ZDF. Aspekte

Themen: Eröffnung der Berliner Filmfestspiele; Beuys in Berlin; 200 Jahre Schopenhauer; die Geschichte des Farbfilms.

22.55 Uhr. ZDF. Diebe wie wir

Amerikanischer Spielfilm von 1973, Regie: Robert Altman. Im Süden der USA der dreißiger Jahre: Drei Gefängnisausbrecher (Photo: Keith Carradine, John Schuck) überfallen meh-



rere Banken, doch schon bald verläßt sie das Glück. Die „Frankfurter Allgemeine" schrieb in ihrer Kritik: „Altmans Film wirkt auf den ersten Blick wie eine mäßig originelle Variation der Gangsterromanze ‚Bonnie und Clyde'. Doch schon bald realisiert man, daß hier die Fabel vom Gangsterpärchen aus dem Bereich des Mythos in den der Wirklichkeit zurückgeholt worden ist. Altman verzichtet ganz auf jenen balladesken, elegischen Ton, der noch Arthur Penns Film bestimmt hatte. Altman kommt es weniger auf die Stimmung als auf die exakte Beschreibung des Milieus an. So finden sich eine Unzahl naturalistischer Details, die im Grunde ohne dramaturgische Bedeutung sind."

Samstag, 13. 2.

20.55 Uhr. ARD. Eröffnungsfeier Olympia

Erst Kultur, oder das, was man bei den Sportfunktionären dafür hält, dann jede Menge Action live, nach diesem Rezept wird auch Olympia in Calgary von ARD und ZDF aufbereitet. 180 öffentlich-rechtliche TV-Angestellte und zwölf Millionen Mark Expeditionskosten erbringen in den kommenden 16 Tagen über 200 Fernsehstunden. Für Live-Enthusiasten dauert die Eiszeit nächtens bis morgens um fünf. Tags gibt es Olympia zum Frühstück, Mittag und Feierabend – wenn auch nur in Aufzeichnungen und Zusammenfassungen. Die Quantität bricht alle Rekorde, die Qualität wohl kaum, denn wo ist unter den 35 ARD- und ZDF-Reportern einer wie Bruno Moravetz, der mit seinem „Wo ist Behle?" die Nation bewegte? Die Eröffnungsfeier kommentieren Gerd Rubenbauer und Jochen Sprentzel.

22.00 Uhr. ZDF. Frankfurter Opernball

In der „Alten Oper" wird nun schon zum sechstenmal alte Gesellschaft gespielt: Wieder sitzen die Großen und Möchtegern-Großen der Society zusammen. Das ZDF will sich um den Showteil kümmern. Mit dabei Harry Belafonte, Ute Lemper, Stan Getz.

Sonntag, 14. 2.

19.30 Uhr. ZDF. Waldhaus

Wer sich nicht im Ersten mit dem hölzernen Moderator Manfred Vorderwülbecke über die Olympia-Piste quälen möchte, hat nur diese Alternative.

23.30 Uhr. ZDF. Drei gegen Drei



Hilflos zappelt die Popgruppe Trio (Photo, mit Sunnyi Melles) durch eine erbärmliche Verwechslungsklamotte (Regie: Dominik Graf). Zuvor hatten die Blödelbarden mit dem Hit „Da da da – Ich lieb' dich nicht, du liebst mich nicht – Aha, aha, aha" beglückt. Nun ja.

23.35 Uhr. ARD. Inspektor Lavardin oder die Gerechtigkeit

Regisseur Claude Chabrol lädt in eine Provinzstadt und führt wieder einmal die Heuchelei der Provinzbourgeoisie vor: Ein wenig schmeckt der Film nach zweitem Aufguß. Lavardin aber, der Schauspieler Jean Poiret (Photo, mit Bernadette Lafont), bleibt ein Krimiheld der Extraklasse: Eisig lächelnd setzt er Brutalität, Erpressung und Beweismittel-Unterschlagung ein, um den wahren



Mordhergang zu vertuschen und einen Unschuldigen ans Messer zu liefern – das ist seine Art von Gerechtigkeit, die feinere, höhere, die eines „wahren Zynikers" (Chabrol).

HOHLSPIEGEL

Aus der West-Berliner „B.Z.“: „Vier italienische Fluggäste mußten nach der Landung mit Knochenbrüchen und Prellungen ins Krankenhaus gebracht werden. Sieben niederländische Besatzungsmitglieder erlitten leichtere Verletzungen. Einen Passagier traf die Landung besonders hart: Er wurde aus dem Erste-Klasse-Abteil in die zweite Klasse geschleudert.“

△

Aus der Düsseldorfer „Bild“: „Ein Beamter der Autobahn-Polizei analysierte die Sache so: ‚Wochenbeginn, hohes Verkehrsaufkommen und Regen in beiden Fahrtrichtungen‘ . . .“

△



Werbe-Aufkleber einer Lampen-Firma.

△

Balbir Singh s/o Swaran Singh Dorf Golian P. O. Mola Wahin Pur Teh. Garhshankar ändert seinen Namen in **Balbir Singh Sehra**

Aus den „Stuttgarter Nachrichten“.

△

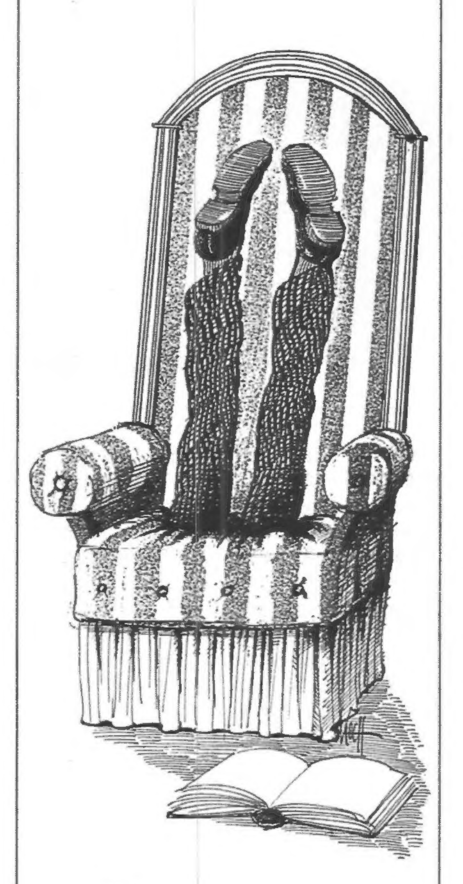
Kondom in echter Haselnuß, BEIERSDORF Wohn- u. Geschenkideen, Eppendorfer Landstr. 64, 2000 Hamburg 20

Aus dem „Hamburger Abendblatt“.

△

Aus der „Kölnischen Rundschau“: „Woraus folgt: Was immer Shirley Bassey tut, man wird es nicht mißverstehen. Nie gibt es Zweifel, sie ist immer eindeutig. Sie hat es nicht nötig, sich mit einem Geheimnis zu umgeben. Einer ihrer Songs sagt es: ‚I am what I am‘. Im Englischen ist das nicht klar. Im Deutschen sind zwei Übersetzungen möglich: ‚Ich bin was ich bin‘, oder auch ‚Ich bin was, ich bin.‘ Das ist es wohl.“

DIE KUNST DES LEBENS. (6)



Du kannst dein Leben nicht verlängern, noch verbreitern, nur vertiefen.

Gorch Fock

Wir fragen uns „wie?“, Herr Fock, „wie?“. Vielleicht kommt uns ja bei einem Gläschen unseres Henkell Trocken die richtige Idee.

HENKELL TROCKEN

RÜCKSPIEGEL

Zitate

Die Wiener „Presse“ zum SPIEGEL-Titel „Trauma Anschluß – Trauma Waldheim“ in Nr. 4/1988:

Wir haben uns bis jetzt immer den Kopf über das Image im Außenverhältnis, über den Eindruck, der im Ausland über uns herrscht, zerbrochen. Schön langsam – was heißt schön langsam? geradezu rapide! – wird das innere Image zerstört. Es ist sinnlos, sich über SPIEGEL-Bilder zu giften, wenn in den Österreichern selbst eine Bewußtseins-Veränderung vorgeht. Es fällt den Denkenden unter ihnen immer schwerer, sich mit ihrem Land zu identifizieren. Wir sind auf dem besten Weg vom Austromasochismus zum Austronihilismus.

△

Das österreichische Wirtschaftsmagazin „Cash-Flow“:

Österreich, eine Republik der Skandale und Affären. Als dies vor zwei Jahren das deutsche Nachrichtenmagazin SPIEGEL behauptete, ging ein Aufschrei der Empörung durch unser Land. Das „Riesenrad der Skandale“ dreht sich aber weiter – und immer schneller. Eine Eiterbeule nach der anderen bricht auf.

△

Hans-Ulrich Wehler, Professor für Geschichte an der Universität Bielefeld, schreibt in seinem Buch „Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum ‚Historikerstreit‘“:

Im SPIEGEL wies zuerst der für Zeitgeschichte zuständige Fachredakteur, der Historiker Wolfgang Malanowski, die „apologetischen Tendenzen“ u.a. am Beispiel von Hillgrubers Buch nach. Später nahm der Herausgeber Rudolf Augstein die „neue Auschwitz-Lüge“ in einem Kommentar aufs Korn, in dem nicht nur, über das übliche Maß unverschnörkelter SPIEGEL-Kritik hinaus, Fraktur geredet, sondern auch die helle Empörung über den neuen Kurs spürbar wurde.

△

Die Zeitschrift „Emma“ zum SPIEGEL-Titel „DER NEUE STREIT UM DIE PORNOGRAPHIE“ in Nr. 1/1988:

Der Sensibilisierung eines Einzelnen, Kulturchef Hellmuth Karasek, scheint die differenzierte Pornotitelgeschichte im SPIEGEL, Anfang Januar, zu verdanken zu sein. Karasek kritisiert die erschreckende Entwicklung der letzten 20 Jahre, die Lüge der Libertinage und benennt die Funktion von Pornographie als klar frauenfeindlich.


Bitburger
Bitburger Pils
Bitte ein Bit


Rothmans
KING SIZE
Best tobacco
money can buy
An Bord von mehr als 140 Schiffahrts-Linien,
auf allen sieben Weltmeeren, in über 160 Ländern,
auf allen fünf Kontinenten ist er hoch geschätzt:
Der unverwechselbare, würzige Geschmack
der Rothmans King Size.
Made in Great Britain
Rothmans
KING SIZE
BY SPECIAL APPOINTMENT
FILTER TIPPED
ROTHMANS OF PALL MALL, LONDON, EST. 1890
888
Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält 1,2 mg Nikotin und 14 mg Kondensat (Teer). (Durchschnittswerte nach DIN).